

Harry Jewell

Harry Zweifel

Uns trifft keine Schuld!

**Report der amerikanischen – jüdischen Attacken
und Lügen gegen die Schweiz**

Biograph

Erste Auflage Juni 1997

©1997 by *Harry Zweifel*

©1997 by *Biograph-Verlag GmbH*

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung der Lizenzausgaben und der Verwendung in den Print- und elektronischen Medien usw. vorbehalten.

Lektorat: Dr. Norbert M. Schmitz

Umschlaggestaltung: Alois Cremers

Gedruckt auf 90 g holzfrei, gelblich-weiss, säurefrei

Gesamtherstellung: Freiburger Graphische Betriebe, Freiburg

Gebunden in Comtesse-Leinen von Peyer, Leonberg.

ISBN 3-905248-12-3

internet: <http://www.biograph-verlag.com>

Eingelesen mit **ABBYY Fine Reader 16**

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben,
wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt!

Friedrich Schiller,
«Wilhelm Tell»



Der Autor vor einem seiner Bücherschränke
Bild aus ,10-vor-10‘ vom 23. April 1997

<https://www.srf.ch/play/tv/10-vor-10/video/marcel-harry-huber?urn=urn:srf:video:582d50d4-aad3-4ea1-89a3-0492f069b8d0>

Die Sendung wurde samt Kameraführung sehr erniedrigend gegen den Autor und seine Bücher geführt, so wie sich dies für einen Staats-TV gehört.

Vorwort

Seit Wochen und Monaten wird die Schweiz mit ihrer Regierung und den Grossbanken von den amerikanischen und jüdischen Organisationen in gespenstischer Weise angegriffen, mit Boykotten bedroht und beleidigt, wie es unter befreundeten Staaten völlig unverständlich ist.

Je länger sich diese Angelegenheit hinzog, die Politiker, die Verantwortlichen in der Wirtschaft und nicht zuletzt die Medien in ihren Bann zog, desto grösser wurde die Zahl gutwilliger und zur Bewältigung der eigenen Geschichte durchaus bereiter Bürger, die ernsthaft an der moralischen Sinnhaftigkeit der Vorgänge zu zweifeln begannen.

Es steht keinem Staat, keiner Regierung und keiner Organisation das Recht zu uns zu verurteilen, so sie nicht in den gleich bedrängten Bedingungen im Zweiten Weltkrieg gestanden und es nicht besser gemacht hätten.

Wäre die Schweiz tatsächlich so willfährig mit den Nazis gewesen, wie dies die Gegner behaupten, gäbe es heute keine Juden mehr in der Schweiz und auch diejenigen Flüchtlinge, die von uns aufgenommen wurden, wären in den Konzentrationslagern umgekommen.

Es ist eine Schande für jene Organisationen, die heute noch Kapital aus dem Leid der Holocaust-Opfer herausschlagen wollen. Denn es geht ihnen nicht um Gerechtigkeit oder Wahrheit, sondern um viel Geld.

Auffallend ist in der ganzen Affäre, dass jene Staaten, die am meisten «Dreck am Stecken» haben, Amerika und die Juden in Israel, gerade heute wieder schwere Schuld auf sich laden. Israel zum Beispiel verweigert immer noch den Palästinensern das Lebensrecht und verwendet zur Durchsetzung seiner

Machtpolitik in einem Rechtsstaat völlig inakzeptable Foltermethoden an, die an längst überwunden geglaubte Vorbilder aus der Nazizeit erinnern. Auf blutigem Unrecht jedoch hat noch kein Staat gedeihen und überleben können.

Die Schweiz ist ein moderner Rechtsstaat, und sowohl die mächtige Lobby der jüdischen Organisationen als auch Vertreter der amerikanischen Administration hätten sich mit der Schweizer Regierung und den betroffenen Grossbanken an einen Tisch setzen können, anstatt eine Lawine von Drohungen, lügnerischen Vorwürfen und Beschuldigungen auszulösen. Derartiges hat die Schweiz nicht verdient!

Nun aber haben die Juden – mit der gekauften Billigung der amerikanischen Regierung und ihres Präsidenten – nur Geschirr zerschlagen und Gemüter erzürnt, die sehr leicht jenen Minderheiten Auftrieb geben, rassistische Abneigungen vor allem gegen unsere jüdischen Mitbürger zu zeigen.

Auch wenn bis heute – dank unserem Antirassismus-Gesetz – keine öffentlichen Ausbrüche zu beklagen sind, haben viele Schweizer die Faust im Sack und sehen möglicherweise den Moment nahen, wo das Fass zum Überlaufen kommt. Dabei sind die Brunnenvergifter in weiter, sicherer Entfernung, in den USA und in Israel und anderswo.

Es ist auch nicht gut, wenn unsere jüdischen Miteidgenossen sich ängstlich aus der Diskussion heraushalten. Verschüchterung und Servilität sind kein Mittel, um für ein Recht zu kämpfen. Es braucht Zivilcourage ohne verzerrte Bilder. Bis heute haben sich die schweizerischen jüdischen Organisationen sehr fair in diesem vom Ausland gesteuerten Dauerfeuer gegen den Schweizer Rechtsstaat verhalten.

Nicht ein angeblicher Schandfleck ist es, welcher die Schweizer missmutig macht, sondern vor allem die Haltung ge-

wisser Personen in der Schweiz, die schon zu den Kriegszeiten landesverräterisch wirkten, macht uns lähmend.

Ich hoffe, dass die Scheinheiligen – dazu gehören all jene politischen Kräfte, die jetzt mit grossen Tönen Profit aus der misslichen Lage schlagen wollen – die Rechnung bei den nächsten Volksabstimmungen erhalten werden. Nicht zuletzt sind die Journalisten zu verurteilen, die mit ihren Querschlägen noch mehr Unheil anrichten und so zusätzlich alles aufheizen. Es wird viele, viele Jahre brauchen, bis der Scherbenhaufen, den die ausländischen Juden angerichtet haben, wieder gekittet ist und das Vertrauen im Ausland wiederhergestellt sein wird. Dabei hilft auch eine so rudimentäre Milliardenstiftung der Schweiz nichts. Zwar rufen viele kirchliche und politische Organisationen zur Versöhnung auf. Allein, das Kind ist in den Brunnen gefallen, und es herauszuholen bei diesen stürmischen Fluten, dürfte eine grosse Anstrengung sein.

Die Schweiz mit einer über siebenhundertjährigen Tradition der direkten Demokratie kann sich wegen ihres etwas schwerfälligen Systems nicht so schnell bewegen, wie die jüdischen Organisationen und die amerikanische Regierung es gerne sehen. Und für eine Beschneidung der Bürgerrechte haben wir zum Glück eine breite Schicht selbstbewusster Mitbürger, die wachsam ein Auge offenhält.

Aber eben diese Schwerfälligkeit erweckt in den Augen der Akteure aus dem Ausland Unwillen, weil sie den Eindruck haben, dass die Schweiz ihnen kein Ohr leihen will. Da die US-Amerikaner kein solches Rechtssystem wie die Schweiz kennen, in dem die Bürger einen wesentlich grösseren Einfluss auf die Politik der Regierung haben, steht es ihnen auch nicht zu, uns irgendwelche Vorhaltungen zu machen. Sie sollten beachten, dass ihre eigene Demokratie erst gerade einmal 200 Jahre

alt geworden ist. Sie können also noch recht viel lernen von uns Schweizern – auch Israel!

Inzwischen haben die Schweizer Grossbanken einen grossen Schritt getan, was ihnen leichter fällt als einer schweizerischen Institution wie die Nationalbank, denn diese ist dem Bund und dem Parlament unterstellt. Die Nationalbank kann nicht so agieren und das Geld, das dort einliegt, gehört der Eidgenossenschaft. Auch die Wirtschaft und das Volk haben es leichter, wenn Spenden zusammenkommen, die zugunsten der Notleidenden in einen Fonds einfliessen. Wenn hingegen das Parlament Gelder frei geben will für eine solche Sache, die die Steuerzahler oder die Substanz der Notenbank betrifft, kann es für die Regierung sehr schnell ungemütlich werden.

Die neu gegründete Stiftung wird nun angeblich von Bundesrat und Nationalbank verwaltet – und schon hagelt es Proteste von den jüdischen Organisationen, weil sie gehofft hatten, dass sie die Milliarden zu ihrer freien Verfügung haben und diese in dunklen Kanälen abfliessen und letztlich, wie die Gelder von der Bundesrepublik im Ostblock im Nichts verschwunden sind, entweder in den israelischen Staatshaushalt gelangen oder für die Bauten auf den Golanhöhen oder für wichtige Waffenkäufe gegen die Araber ausgegeben werden.

Noch ist dieser Kredit von sieben Milliarden für diese Stiftung mit dem wohlklingenden Namen nicht vor das Volk gekommen. Denkbar ist, dass dieses das Projekt mitsamt der notwendigen Veränderungen für die Notenbank (Verkauf der nationalen Goldreserven und die damit verbundene Destabilisierung des Schweizer Franken) ablehnt. Dann aber steht die Landesregierung vor neuen Problemen. Denn der Erwartungshorizont der Juden ist gross: Sie wollen, dass die Schweiz ihnen

viel, sehr viel Geld dafür bezahlt, dass wir ihnen (oder einem Teil von ihnen) damals das Leben in einer heilen Schweiz gerettet haben.

Nun, die Juden in Amerika wussten, dass die Schweiz ein reiches Land ist, und hofften, sie würde schon zu Kreuze kriechen, wenn man sie international nur lange genug mies und madig macht, sie sukzessive in ein schlechtes Licht rückt, bis kein grüner Zweig mehr auf einem Schweizerbaum übrig bleibt. Eine Taktik, für die die einfallsreichen Juden und die Amerikaner sehr bekannt sind.

Wie schwerwiegend und verhängnisvoll Drohungen mit Wirtschaftsboykott sowohl für die jüdischen Organisationen als auch für die Amerikaner selbst sind, wird in einem Kapitel dieses Buches behandelt. Bereits ist ein weiterer solcher Boykott von Israel gegen die italienische «Generali-Versicherung» ausgerufen worden. Sicher ist, dass der Schaden gerade für Israel mit seinen Agrarprodukten und für den jüdischen Textilhandel usw. viel grösser ist, als sie annehmen.

Wissen wir aber auch, dass mit dem Boykott die Vernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg begonnen hat. Lernen die Juden denn nie dazu?

Boykottdrohungen – auch wenn sie vielleicht gar nicht so ernst gemeint sein sollten – passen einfach nicht mehr in die heutige Zeit. Wieviele Schweizer mögen sich heute sagen, auf «Jaffa»-Produkte kann ich gerne verzichten, und mit einem marktwirtschaftlichen «Verbraucherboykott» ihre Missbilligung zum Ausdruck bringen. Dies muss nicht sein.

Dass die Juden nun seit den US-Präsidentschaftswahlen in der US-Regierung einen engen Verbündeten bei ihren Angriffen gegen die Schweiz fanden, zeigt, wie gross der Einfluss der jüdischen Organisationen auf die amerikanische Politik ist. Und wer weiss, ob der israelische fadenscheinige «Friede» vor und wäh-

rend der US-Präsidentchaftswahlen mit Arafat nur zustande gekommen ist, weil im Gegenzug die amerikanische Regierung sich verpflichten musste, Druck auf die Schweiz und ihre Grossbanken auszuüben. Denn die Juden riefen ständig nach Milliarden von Holocaust-Vermögen und Milliarden von Raubgold, die angeblich in den Tresoren der Schweizer Banken liegen sollen.

Es wird zu einer herben Enttäuschung werden, wenn auch die verschiedenen Historikerkommissionen nur die genannten 40 Millionen Franken bestätigen können, die von Verschollenen, darunter zum Teil nichtjüdischen Holocaust-Opfern, stammen.

Und noch eine Tatsache sollte man in Erinnerung rufen: Die kleine Schweiz bringt jährlich 730 Millionen Franken an privaten Spenden auf, während die USA mit einer mehr als 25mal grösseren Bevölkerungszahl jährlich gerade einmal 600 Millionen Dollar zusammenbringen.

Auch dies zeigt, welchen Stellenwert die Eidgenossen den hilfeschuchenden und bedürftigen Menschen beimessen. Die reichsten Menschen sind ja bekanntlich – neben den Ölscheichs – die Juden. Vielleicht sollten auch sie selbst einmal für ihre notleidenden Glaubensbrüder eintreten, anstatt weltweit Unfrieden anzuzetteln.

Die Schweizer würden gerne für einen guten Zweck und mit wesentlich grösserer Freude Geldmittel zusammenbringen, wenn man sie nicht unberechtigt – und von Personen und Staaten, denen es nicht zusteht, gegen die Schweiz anzugehen – auf die Anklagebank stellen würde, sie förmlich teert und federt. So etwas vergessen die Schweizer nicht so schnell! Auch das sollten sich diese Organisationen vor Augen halten.

Harry Zweifel

1. KAPITEL

Die Attacken gegen die Schweiz

Welcher Teufel die Juden in Amerika geritten haben mag, dass sie ihren Senator *D'Amato* wie einen Torpedo auf die Schweizer Nation losgelassen haben, ist nicht klar. Klar ist jedoch, dass die Juden und die amerikanische Regierung sich und ihrer Sache mit diesem Komplott gegen die Schweiz keinen Freundschaftsdienst erwiesen.

Sie beschuldigen nicht nur die Schweizer Banken und Versicherungen, während des Zweiten Weltkrieges der deutschen Reichsregierung ohne Not verwerfliche Dienste geleistet zu haben, sie greifen das ganze Schweizervolk in derselben beleidigenden und unhaltbaren Weise an.

Sowohl die Juden in Amerika als auch *D'Amato* wollten bewusst die Schweizer Bevölkerung treffen, mit dem Hintergedanken, dass diese aus einem latenten Schuldgefühl heraus Druck auf die Regierung ausüben und ihrem Ansinnen Nachdruck verleihen werde, dass die Schweiz Gelder zu zahlen habe, um eine noch offene historische Schuld zu begleichen.

Die Zielstrebigkeit dieser Vorgehensweise wird in der nachfolgend wiedergegebenen Chronologie der ausländischen Medienattacken gegen die Schweiz erkennbar. Die Auszüge sind so zusammengestellt, dass die Strategie der manipulierenden Einflussnahme auf die öffentliche Meinung und somit auf jeden einzelnen Bürger beim (Nach-)Lesen bewusst nachvollzogen werden kann.

Am 31. Oktober 1996 richtete das Jüdische Dokumentationszentrum Simon Wiesenthal in Los Angeles einen Forderungskatalog an die Schweizer Regierung, in dem das Einfrieren aller «ruhenden» und «zweifelhaften» Konten auf Schweizer Banken, die zwischen 1933 und 1945 eingerichtet wurden, angemahnt wurde.

Unter «ruhenden» Konten versteht das Dokumentationszentrum Konten, für die zwischen 1945 und 1950 keine Transaktionen stattfanden, wie es in einem Brief an die Schweizer Botschaft in Washington heisst. Als «zweifelhafte» Konten werden alle Konten bezeichnet, die zwischen 1933 und 1945 von deutschen Unternehmen oder ihren schweizerischen Filialen eröffnet wurden, die nachweislich Gewinne aus Zwangsarbeit in Nazilagern machten.

Das Dokumentationszentrum verlangte von der Schweiz zudem die Aushändigung aller Archivadokumente und sämtlicher Korrespondenzen betreffend den Bundesbeschluss von 1962 über nachrichtenlose Vermögen auf Schweizer Banken. Das Nachforschungsgebiet der gemischten Kommission der Schweizerischen Bankiervereinigung und des Jüdischen Weltkongresses müsse auf alle «ruhenden» und «zweifelhaften» Konten ausgedehnt werden. Weiter wurde verlangt, die Schweiz solle eine «Wahrheitskommission» nach dem Muster Südafrikas einsetzen und Straffreiheit für alle Aussagen über die Kontakte von Schweizer Geldinstituten mit deutschen Firmen während der Nazizeit garantieren. Sodann wird die Schweiz aufgefordert, die Rechtssprechung amerikanischer Gerichte anzuerkennen.

Am 1. November 1996 forderte der amerikanische Senator Alfonse *D'Amato* in einem Brief an den Schweizer Botschafter in Washington Carlo *Jagmetti*, dass der Bundesrat seine Zustimmung zu einer unabhängigen Durchsuchung der Schweizer Archive gebe. Mit der Untersuchung soll der Frage auf den Grund gegangen werden, was mit den nachrichtenlosen Ver-

mögenswerten von Opfern des Holocaust auf Schweizer Banken geschehen ist. Ausserdem richtete *D'Amato* die gleiche Forderung an den Bundesrat, wie sie vom Jüdischen Dokumentationszentrum Wiesenthal erhoben wurde, nämlich eine «Wahrheitskommission» einzusetzen, welche Informationen über die Kollaboration mit Nazi-Deutschland sammeln soll.

D'Amato rief den Bundesrat auf, alle Dokumente, Briefe und Verträge mit allen Ländern zu veröffentlichen, in denen die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg Vereinbarungen darüber getroffen hatte, was mit den jüdischen Vermögenswerten auf Schweizer Banken geschehen solle.

Zwei Wochen zuvor hatte *D'Amato* auf ein Protokoll aus dem Jahre 1949 zwischen der Schweiz und Polen hingewiesen, wonach die bei Schweizer Banken und Versicherungen deponierten Vermögen verschollener polnischer Bürger nach einem gewissen Zeitraum für die Entschädigung von Schweizern herangezogen werden sollten, deren Besitz in Polen von der damaligen kommunistischen Regierung enteignet worden war.

«Aufgrund von Dokumenten, die kürzlich in London gefunden wurden», schrieb der Senator in seinem Brief an Botschafter *Jagmetti*, «sind wir sehr über die Verträge besorgt, welche die Schweizer Regierung mit Jugoslawien am 27. September 1948 und mit der Tschechoslowakei am 22. Dezember 1949 unterzeichnete. Es scheint, dass es sich um die gleiche Art der Vereinbarung mit Polen handelt.»

Noch gleichentags forderte in Bern die aussenpolitische Ständeratskommission (APK), rasche Klarheit in der Frage nachrichtenloser Vermögen von möglichen Nazi-Opfern zu schaffen. Im Unterschied zur Nationalratskommission schlug die APK in diesem Zusammenhang auch selbstkritische Töne an.

Die Bedeutung der Frage der nachrichtenlosen Vermögen sei in der Schweiz allzulange unterschätzt worden, nicht nur seitens der Banken und der Regierung, sondern auch vom Parlament selbst, hiess es in der Stellungnahme der Ständeratskommission. Die Schweiz müsse sich mit diesem unerfreulichen Kapitel der jüngeren Geschichte umfassend, sachlich und offen auseinandersetzen und unbewältigte Aspekte der Vergangenheit in aller Offenheit aufarbeiten.

Dabei gehe es darum, allen Betroffenen und Beteiligten, den Opfern, den Banken und auch der damaligen Regierung gerecht zu werden.

Die Kommission ging in der ausführlichen Diskussion nicht im Detail auf die ungeheuerlichen und diffamierenden Anschuldigungen aus den USA gegen die Schweiz ein.

Anlässlich der Aussprache der Kommission mit dem Chef des EDA (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten), Bundesrat Flavio *Cotti*, über die Aufnahme der Tätigkeit, ernannte dieser Thomas *Borer* als Botschafter der neu eingesetzten Task Force.

Die anhaltenden Vorwürfe des amerikanischen Senators Alfonso *D'Amato* wegen der nachrichtenlosen Gelder lösten in der Schweiz harten Widerspruch aus. So sagte der FDP-Generalsekretär Christian *Kauter*, es sei nun angebracht, dass das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten die amerikanische Botschafterin ins Aussenministerium zitiere und ihr erkläre, dass die Schweiz ein souveräner Staat sei und sich nicht wie eine Kolonie behandeln lasse.

Die SVP verlangte vom Bundesrat den gleichen Schritt, um der Botschafterin darzulegen, dass die Schweiz nicht länger bereit sei, «die wöchentlichen Eskapaden von Senator *D'Amato* zu tolerieren». Es liege gewiss nicht an Regierungsvertretern der Schweiz, *D'Amato* aufzusuchen und ihm schweizerisches Archivmaterial zu unterbreiten.

Der arrogante *D'Amato* sei im Gegenteil aufzufordern, in die Schweiz zu reisen und sein gesamtes Archivmaterial dem Bundesrat zu unterbreiten, damit dieser seine Untersuchung rasch und umfassend durchführen könne.

Alt-Staatssekretär Paul R. *Jolies* äusserte, ohne direkt zu den Vorstössen *D'Amatos* Stellung zu nehmen, auf Anfrage der Agentur Press (AP), als Schweizer Bürger, der keine offizielle Funktion mehr ausübe, sei er besorgt über die bei; spiellosen täglichen Angriffe aus dem Ausland gegen die Schweizer Bevölkerung und gegen den Bundesrat. Was dringend nötig sei, seien vielmehr gemeinsame Anstrengungen aller betroffenen Regierungen, um die Fakten zu klären und dann ohne Verzug im Geiste der vollen Zusammenarbeit alle heute möglichen Lösungen umzusetzen.

Am 4. November 1996 sicherte der US-Präsident *Clinton* dem Jüdischen Weltkongress (WJC) zu, ihn bei der Suche nach Nazi-Gold auf Schweizer Banken zu unterstützen. *Clinton* versprach in einem Brief an den WJC, bisher als geheim klassifizierte Dokumente freizugeben und in einigen Monaten einen Zwischenbericht vorzulegen. Die Rolle der USA bei der Beschlagnahmung und der Weiterverwendung von Nazi-Guthaben und anderen Vermögenswerten während des Zweiten Weltkriegs solle klargestellt werden, hiess es in dem Brief *Clintons*.

Eine Kopie des Schreibens an WJC-Präsident Edgar *Bronfman*, datiert vom 30. Oktober, wurde Journalisten zugänglich gemacht. Das Mandat der amerikanischen Historiker wurde laut *Clinton* in diesem Sinne ausgeweitet. Der Botschafter Stuart *Eizenstadt* wurde als amerikanischer Sonderbeauftragter in Mitteleuropa für die Rückerstattung von Eigentum benannt, das von den früheren kommunistischen Regierungen beschlagnahmt worden war.

Der Präsident bezeichnete es als Priorität seiner Administration, alle wichtigen Dokumente freizugeben. Die Aufgabe sei

enorm, gab *Clinton* mit Blick auf die grosse Menge zu bearbeitender Unterlagen zu bedenken. Er teile die Meinung des WJC, dass die Frage aller Nazi-Guthaben auf Schweizer Banken umfassend und schnell untersucht werden müsse.

Dem Schreiben *Clintons* ging ein Brief *Bronfmans* an die US-Regierung voraus. Darin wollte dieser Klarheit über die Auszahlung des auf mitteleuropäischen Banken von den Nazis gehorteten Goldes.

Am 5. November 1996 entstand eine Unruhe über den Fall *Beer*. Die Amerikanerin *Greta Beer*, die in der Schweiz nach Vermögen ihres verstorbenen Vaters forschte, war bestürzt über voreilige Informationen von Schweizer Seite über die angebliche Lösung ihres Falles. Die 73jährige aus Rumänien stammende Frau bezichtigte den Schweizer Botschafter in Washington, *Carlo Jagmetti*, der Verleumdung und der Diffamierung. *Jagmetti* hatte den Fall von *Greta Beer* während der Pressekonferenz auf der Schweizer Botschaft als Beispiel erwähnt, wie schwierig die Suche nach Konten von Holocaust-Opfern und Flüchtlingen in der Schweiz sei.

Das Konto von Frau *Beers* Vater sei zwar gefunden worden, doch habe sich herausgestellt, dass ihr Onkel oder eine andere Person Zugang zum Schweizer Konto ihres Vaters gehabt habe.

Tatsächlich hat Botschafter *Jagmetti* die ihm zugeschriebene Aussage in etwas abstrakterer Form gemacht. Und ebenso scheint Frau *Beer* über ein solches Resultat ihres Auskunftsbegehrens – falls dies wirklich das Ergebnis der Nachforschungen des Bankenombudsmannes sein sollte – bisher noch nicht informiert worden zu sein. Der Botschafter erklärt nun aber, nicht er habe hier eine Information bekannt gemacht, sondern er habe lediglich wiederholt, was *Edgar Bronfman*, der Präsident des

WJC, auf einer Pressekonferenz im Oktober ausgesagt habe. Woher dieser seine Information habe, wisse die Botschaft nicht.

In Bern bedauerte das EDA die unglückliche Äusserungen des Schweizer Botschafters *Jagmetti* über den Fall *Greta Beer*.

Als Vorsitzender des Bankenausschusses im US-Senat schrieb *Alfonse D'Amato Jagmetti* in dieser Angelegenheit einen geharnischten Brief. Er sei schockiert, wie *Jagmetti* den Fall von *Greta Beer* behandelt habe. Der Botschafter hatte den Fall der 73jährigen rumänischen Amerikanerin als Beispiel für die Schwierigkeiten bei der individuellen Suche nach Vermögenswerten von Holocaust-Opfern oder von Flüchtlingen aus der Nazi-Zeit erwähnt.

In jenen Kreisen, die sich in der Schweiz um eine offene und lückenlose Aufarbeitung der Holocaust-Geld-Frage bemühen, wird die Panne auf der Botschaft in Washington als umso ärgerlicher empfunden, als damit erneut Argumente für die Pauschalvorwürfe *D'Amatos* an die Schweiz geliefert wurden. Nicht zuletzt dank der im EDA eingesetzten Task Force wollte der Bundesrat Strukturen schaffen, die künftig ein koordiniertes Vorgehen und eine einheitliche Information gegen innen und aussen sicherstellen sollten. Dieser Beschluss und die Mandatierung zweier Historiker, die der Frage des Entschädigungsabkommen mit osteuropäischen Ländern nachgehen, sind inzwischen von der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrates mit Befriedigung zur Kenntnis genommen worden.

Eine gemischte Delegation der beiden aussenpolitischen Kommissionen der Bundesversammlung will ausserdem mit dem jüdisch-britischen Labour-Abgeordneten *Greville Jänner* Zusammentreffen. Auf einen Vorstoss *Jänners* hin hatte das britische Aussenministerium im September einen Nazi-Gold-

bericht veröffentlicht. *Jänner* will die Schweiz im Laufe des Novembers 1996 besuchen. Das EDA erklärte, *Jänner* werde bei seinem Besuch auch mit Bundesrat *Cotti* und der eingesetzten Task Force Zusammentreffen.

Aus Paris kam am 13. November der Bericht, dass die Goldvorräte der Nationalsozialisten, welche die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg sichergestellt hatten, bis in dieses Jahr hinein unter neun Ländern aufgeteilt worden sein sollen. Die französische Wochenzeitschrift «Le Nouvel Observateur» briefte sich diesbezüglich auf einen Geheimbericht einer französisch-britisch-amerikanischen Kommission. Es sei unzweifelhaft, dass der grösste Teil des Goldes von Privatpersonen enteignet worden sei. Der Bericht sei seit 1971 quasi fertig, aber unter Verschluss gehalten worden.

Sind es also nicht die Schweizer, die das Gold geraubt und behalten haben, sondern die Alliierten, die es unter sich aufteilen? Muss *D'Amato* nicht zuerst in seinem eigenen Land nach dem abhanden gekommenen Gold suchen?

Die Agentur Press brachte am 15. November 1996 eine Mitteilung, dass die Schweiz ihre Bemühungen zu einem koordinierten Vorgehen bei der Bewältigung der Nazi-Geld-Frage fortsetze. In Bern trafen sich zwölf Botschafter wichtiger Schweizer Missionen mit Bundesrat *Cotti* und der EDA-Task Force. Der Chef der Task Force im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, Thomas *Borer*, hatte die Zusammenkunft der Missionschefs einberufen, um die Informationen in Sachen nachrichtenloser Vermögen und Nazi-Raubgut zu koordinieren und zu verbessern.

Die Konferenz ist gemäss EDA schon vor dem Wirbel um Äusserungen von Botschafter Carlo *Jagmetti* in Washington zum Fall Greta *Beer* angesetzt worden. Geplant sei ausserdem ein Treffen der Task Force mit mehreren Spitzenvertretern von

Banken und Versicherungen sowie den Empfang zweier britischer Parlamentarier, darunter der Labour-Abgeordnete Greville *Janner*, der die Schweiz im September wegen der Nazi-Gold-Geschäfte scharf kritisiert hatte.

Alfonse *D'Amato* hatte zwei Tage zuvor in Washington einen Brief an den Präsidenten des Schweizerischen Anwaltsverbandes, Ulrich *Hirt*, veröffentlicht, in dem der Vorsitzende des Bankenausschusses im US-Senat berichtet, sein Stab habe in Geheimunterlagen eine Liste mit 86 Schweizer Anwälten entdeckt, die während des Zweiten Weltkriegs deutsche Vermögenswerte in der Schweiz versteckt haben sollen. Die dem Schreiben beigelegte Liste ist so neu allerdings nicht: Sie wurde bereits im August 1990 von der Juristenzeitschrift «plädoyer» und der «Sonntags-Zeitung» veröffentlicht.

D'Amato behauptet, dass aus einem am 16. November veröffentlichten Dokument des amerikanischen Finanzministeriums hervorgeht, die Nazis sollen sich während des Zweiten Weltkrieges Zugang zu von Juden in der Schweiz eröffneten Bankkonten verschafft haben. Gemäss diesem Memorandum vom 28. Mai 1945 soll die Gestapo französischsprachende Sympathisanten bei führenden Schweizer Banken eingeschleust haben. In einem Fall soll dies dazu geführt haben, dass der wohlhabende österreichische Jude Henry *Lowinger*, Besitzer einer grossen Wäscherei in Wien, sein Leben gegen sein Vermögen eintauschen musste. Er und seine Frau sassen während zweieinhalb Jahren im Gefängnis. Schliesslich sei ihm angeboten worden, das Land verlassen zu können, wenn er dafür alle seine auf Schweizer Banken deponierten Guthaben der Gestapo ausliefere. Diese haben aufgrund der Kontakte in der Schweiz genau gewusst, wieviel Geld *Lowinger* bei welchen Banken angelegt hatte. Im Endeffekt habe das Schweizer Bankgeheimnis nur ge-

genüber den Alliierten, nicht aber gegenüber den Achsenmächten funktioniert – so die Schlussfolgerung, die kein seriöser Historiker bestätigen würde.

Bei ihrem Besuch forderten die beiden britisch-jüdischen Abgeordneten Greville *Jänner* und David *Hunt* eine rasche «Geste der Wiedergutmachung». Die beiden Engländer trafen den Präsidenten der Schweizerischen Bankiervereinigung, Georg *Krayer* zusammen mit dem Bankier *Bär* und führten im Anschluss noch ein Gespräch mit Bundesrat *Cotti* und einigen Parlamentariern. Vor den Medien äusserten sich die beiden Briten befriedigt vom Verlauf der Gespräche und zeigten sich überzeugt, dass die Schweiz sich des Ernstes der Lage bewusst sei und sie alles tun werde, offene Fragen zu den Goldgeschäften mit den Nazis und zu den nachrichtenlosen Vermögen vorbehaltlos zu klären.

Einzig unbefriedigender Punkt nach *Jänners* Auffassung sei, dass in den Gesprächen kein Anzeichen des Willens zu einer raschen Geste der Wiedergutmachung zu erkennen gewesen sei. Er forderte die Banken und den Bund auf, jetzt eine Zahlung zugunsten einer Stiftung der jüdischen und der nichtjüdischen Opfer des Nazi-Regimes zu leisten. In fünf Jahren, wenn die vom Bundesrat und Parlament eingesetzte Kommission ihre Arbeit spätestens abschliessen werde, sei es für die Opfer zu spät, weil sie dann alle tot sein dürften. Eine solche Geste sei im Interesse der international tätigen Banken.

Der Chef der Task Force, Thomas *Borer*, bekräftigte die Haltung der Schweiz, sie wolle die Vorgänge vorbehaltlos und schnell aufklären. *Cotti* habe den beiden Briten aber auch den Standpunkt des Bundesrates erklärt, man wolle zunächst die Untersuchung der Kommission abwarten und dann Schlussfolgerungen ziehen. Bezüglich der Forscherkommission sicherte

Cotti den beiden Besuchern zu, dass unter den acht bis neun Mitgliedern auch Ausländer sein würden, aber keine Bankiers. *Jänner* und *Hunt* verlangten zudem, dass das «schädliche» Washingtoner Abkommen von 1946 neu verhandelt werde.

Tags darauf forderte der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG), dass die Nazi-Raubgold-Gewinne der Schweizerischen Nationalbank und solche nachrichtenlose Vermögen von Holocaust-Opfern, die von Banken nicht zugeordnet werden können, für humanitäre Zwecke und Forschungsarbeiten verwendet werden sollten.

Das SIG-Zentralkomitee unterstrich die Forderung, nachrichtenlose Vermögen auf Schweizer Banken, die keinem rechtmässigen Erben zugeordnet werden können, seien nach Kontrolle durch das gemischte Volcker-Komitee an eine neutrale Stelle zu transferieren. Die Gelder sollten einem «von jüdischen Organisationen noch zu bestimmenden sinngemässen Zweck zugeführt werden», heisst es in dem SIG-Communiqué.

Hinsichtlich der Gewinne der Schweizerischen Nationalbank aus dem Handel mit Raubgold aus dem Zweiten Weltkrieg nimmt der SIG die Forderung von Klaus *Urner*, Leiter des Archivs für Zeitgeschichte der ETH Zürich, auf, wonach diese Werte in eine Stiftung einfliessen sollten. Diese solle humanitäre Hilfe an Holocaust-Geschädigte leisten, die Erinnerungsarbeit fördern und Forschungsprojekte zur Aufklärung und Prävention von Genoziden unterstützen.

Am 19. November gab der frühere US-Notenbankchef und Vorsitzende des «unabhängigen Ausschusses angesehener Persönlichkeiten» Paul A. *Volcker*, auf einer Medienkonferenz in New York bekannt, dass das von ihm geleitete und im Übrigen paritätisch aus Vertretern der jüdischen Weltorganisation und der Schweizerischen Bankiervereinigung zusammengesetzte

Gremium drei Treuhandgesellschaften ein detailliertes Mandat zur Aufspürung allenfalls noch nicht aufgedeckter nachrichtenloser Vermögen von Holocaust-Opfern bei den Banken erteilt habe. Den in einem 22 Abschnitte langen «Memorandum» umschriebenen Auftrag erhielten die drei grossen Treuhandgesellschaften Arthur Andersen, KPMG Peat Marwick und Price Waterhouse.

Die Untersuchungen werden in zwei Etappen erfolgen. In einer ersten, rund sechsmonatigen Phase sollen gründliche Vorbereitungen getroffen und bei einer Reihe noch nicht festgelegter Banken Testläufe «pilot audits» durchgeführt werden. Auf dieser Grundlage will dann der Volcker-Ausschuss das endgültige Mandat für die zweite und die eigentliche Untersuchung betreffende Phase festlegen. Nach der heutigen Einschätzung des Gremiums wird diese Etappe im Juni 1997 beginnen und im Juni 1998 abgeschlossen werden. Nach Angaben *Volckers* werden die «substantiellen» Kosten dieser Überprüfungen von der Schweizerischen Bankiervereinigung getragen. Der frühere US-Notenbankchef hütete sich vor Spekulationen über die wahrscheinliche Höhe der Auslagen für die Untersuchung. Dem fügte er dann aber doch hinzu, dass «gewiss mit mehreren Millionen Dollar» gerechnet werden müsse, weil der Ausschuss an gründlichen Abklärungen interessiert sei.

Wie aus einer Presseinformation der Schweizerischen Bankiervereinigung hervorgeht, hat der Genfer Rechtsprofessor Alain *Hirsch*, den Volcker-Ausschuss aus persönlichen Gründen verlassen. Zu seinem Nachfolger hat die Bankiervereinigung (sie bestimmt die Schweizer Mitglieder des Ausschusses) den Baselbieter Ständerat René *Rhinow* ernannt. Der 1942 geborene *Rhinow* ist seit 1982 Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Basel. Er gehört seit 1987 dem Ständerat an und präsidiert dessen aussenpolitische Kommis-

sion. Die Schweizer Delegation umfasst neben *Rhinow* den Genfer Professor *Curt Gasteyger*, Alt-Staatssekretär *Klaus Jacobi* sowie die beiden Ersatzleute *Peider* und *Mengiardi* (früherer Verwaltungsratspräsident der ATAG) und den Bankier *Hans J. Bär*.

Von der Schweizerischen Bankiervereinigung wurden bisher umfangreiche Vorarbeiten erledigt. So wurde auch die Grösse des Ausschusses mehr oder minder erweitert, indem Ersatzmitglieder zusammen mit *Michael Bradfield*, dem Assistenten von *Paul Volcker*, in die Arbeiten mit einbezogen worden sind. Nebst den vorerwähnten Schweizer Mit- und Ersatzmitgliedern wirken als jüdische Vertreter: *Ruben Beraja*, Präsident *Delegacion de Asociaciones Israelitas Argentinas*, *Avraham Burg* (*Jewish Agency*), *Ronald Lauder* und die Ersatzmitglieder *Zvi Barak* und *Israel Singer*.

Zum gleichen Zeitpunkt hatte der Ständerat ohne eine Gegenstimme den Bundesbeschluss über die Untersuchung der während und wegen der Nazi-Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte und des Erwerbs «arisierten» privaten und geschäftlichen jüdischen Besitz gutgeheissen. Die Mitglieder des Ständerates bejahten einhellig die moralische Pflicht der Schweiz zur lückenlosen und schonungslosen Erforschung ihrer Geschichte in den dreissiger und vierziger Jahren. Nach den vorverurteilenden Anschuldigungen aus dem Ausland (vorwiegend aus den USA) sei es auch eine Frage der Selbstachtung, meinte der Obwaldner Christdemokrat *Küchler*, diese Aufklärungsarbeit zu leisten. Auch wenn man nie im Besitz der ganzen Wahrheit sein werde, so der Innerrhoder Christdemokrat *Carlo Schmid*, entbinde dies ein Volk nicht vom Dauerauftrag

zur weiterführenden Wahrheitsfindung. Diese Wahrheiten, stellte der Urner Christdemokrat *Danioth* fest, dürften weder durch falsche Mythen verschüttet noch durch subjektive Darstellungen verzerrt werden. Der Baselbieter Freisinnige *Rhinow* fügte hinzu, in diesem Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung komme die Nation auch nicht darum herum, bislang Verdrängtes ins Bewusstsein zu heben. Nicht das, was die Schweiz getan oder unterlassen habe, sondern ihr defensiver Umgang mit jenem Wissen empöre das Ausland, ergänzte der Basler Sozialdemokrat *Plattner*. Trotz dem Trommelfeuer aus dem Ausland, fuhr *Rhinow* fort, müsse die Schweiz jedoch kühlen Kopf bewahren. Vermutungen und Behauptungen seien noch keine Tatsachen, und die historische Wahrheit erkenne man erst am Ende der Untersuchung.

Der Tessiner Freisinnige *Marty* bedauerte, dass sich die Schweiz nicht früher und von sich aus intensiver mit jener dunklen Zeit beschäftigt habe. Die Schweiz habe nämlich keineswegs nur eine düstere Rolle gespielt. Sie habe zwar als von den Nazis umzingeltes und auf sich selbst gestelltes Land damals Konzessionen machen müssen. Im Dunkel jener Jahre sei die Schweiz als funktionierender Rechtsstaat, als Verteidigerin einer freien Presse und – bei allen gebotenen Einschränkungen – auch als sicherer Hafen für viele Flüchtlinge ein tröstliches Licht und einer verlässlichen Stimme der Hoffnung in Europa gewesen. Anlass zur Selbstgeißelung bestehe nicht.

Küchler empfand deshalb die aus dem Ausland gesteuerte Kampagne als empörend, die Schweiz in die Nähe der Nazis zu rücken. *Schmid* sprach von pauschaler Verunglimpfung und vom Versuch, ein ganzes Volk in Sippenhaft zu nehmen. Nicht alle, die lautstark gegen die Schweiz aufträten, bedauerte *Marty*, täten dies mit lauterem Motiven, und der Freiburger

Christlichdemokrat *Cottier* geisselte die unter dem Deckmantel der Moral geführte handfeste Interessenpolitik ausländischer Finanzplätze gegen die schweizerische Konkurrenz.

Um so wichtiger, war man sich einig, sei die Entschlossenheit der Schweiz, sich den Angriffen zu stellen und die Vorwürfe rasch und lückenlos aufzuklären. Nur so werde es der Schweiz gelingen, die ruf- und geschäftsschädigenden Attacken abzu wehren. Um später einmal nicht wieder von der Vergangenheit eingeholt und auf die Anklagebank gesetzt zu werden, mahnten *Marty*, *Schmid* und der Schwyzer Christlichdemokrat *Frick*, müsse die Schweiz nicht bloss Vergangenes aufarbeiten, sondern ihr künftiges Tun und Lassen noch konsequenter auf solide ethische Werte abstützen. Insbesondere den Banken wurde nach den negativen Erfahrungen mit den Marcos-Geldern eine Änderung ihrer Geschäftspolitik beim Entgegennehmen von Vermögenswerten empfohlen, von denen viele offensichtlich nur unredlich erworben worden sind und früher oder später zurückgefordert werden.

Für *Cottier*, *Frick* und den St. Galler Christlichdemokraten *Gemperli* bezahlt die Schweiz heute aber auch einen hohen Preis für ihr demonstratives internationales Abseitsstehen, das ihr im Ausland zunehmend als mangelnde Solidarität ausgelegt werde (gemeint ist hier vermutlich der vom Schweizervolk abgelehnte Beitritt zur EWR. sic.), weshalb man sie jetzt im Regen stehen lasse.

In der Diskussion machte die Zürcher Freisinnige *Vreni Sperry* den Vorschlag, die nachrichtenlosen Bankguthaben aus der Zeit vor 1945 auszugliedern und sozial-caritativen Zwecken zuzuführen. Im Übrigen empfahl sie, unabhängig vom diskutierten Untersuchungsgegenstand den Umgang mit nachrichtenlos gewordenen Vermögen generell verbindlicher ins Recht zu fassen.

Meinungsverschiedenheiten traten nur bei der Ausgestaltung des Rechtsschutzes bei der Anwendung des Bundesbeschlusses auf. Die Mehrheit wollte den Rekurs an das Bundesgericht nicht nur bei Streitigkeiten über die Aufbewahrung und Akteneinsicht, sondern auch bei Anonymisierung von Personendaten ermöglichen. Diese Ausweitung des Rechtsschutzes befürchtete die Genfer Sozialdemokratin *Christane Brunner*, könnte die Abklärungen verzögern und die Wahrheitsfindung beeinträchtigen. Der Schaden sei grösser, replizierte die Berner Freisinnige *Christine Beerli*, wenn ein allfälliger Streit nach Strassburg gezogen und dort entschieden werde, dass der Rechtsschutz den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht entspreche. Diese Divergenz zwischen den beiden Räten soll noch in der Herbstsession bereinigt, der Beschluss als dringlich erklärt und unmittelbar nach seiner Verabschiedung in Kraft gesetzt werden.

Rolf Bloch, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, würdigte die Debatte des Ständerates über das Shoa-Geld-Gesetz als hochstehend, bedauerte jedoch die Beschlüsse.

Er habe festgestellt, dass der Wille zur Verabschiedung des Bundesbeschlusses zur Durchleuchtung des Finanzplatzes Schweiz während der Nazi-Zeit einhellig sei und ein allgemeiner Konsens für die Dringlichkeit des Anliegens herrsche, sagte *Bloch* in einer ersten Stellungnahme. Die Ausdehnung des Rechtsschutzes sei zwar juristisch nachvollziehbar. Auch wenn dies nicht die Absicht des Ständerates gewesen sei, so sei aber doch zu befürchten, dass durch diesen Entscheid vor allem im Ausland (gemeint sind die amerikanischen Juden, sic.) neue Zweifel am Willen der Schweiz zur Transparenz entstehen könnten. Es sei zu befürchten, dass sich die Schweiz erneut dem Vorwurf ausgesetzt sehe, sie wolle auf Zeit spielen.

Dann lenkte die Ständeratskommission doch noch in der Frage des Rechtsschutzes auf die Linie des Nationalrates ein. Die nach wie vor gültigen juristischen Bedenken bezüglich der Konformität des Beschlusses mit der Europäischen Menschenrechtskonvention seien auf Grund der ausserordentlichen Situation und im Interesse eines möglichst raschen Beginns der Arbeit der Forscherkommission hintangestellt worden.

Anfangs Dezember teilte dann der Jüdische Weltkongress mit, dass er jetzt auch in Argentinien Nazi-Gelder entdeckt hätte. Während anfangs der Debatte von den amerikanischen Juden auch von Milliarden von Dollar in der Schweiz gesprochen wurde, sollte ein Papier aus dem Jahre 1945 dies bezeugen. Der WJC habe dieses Dokument an die Banken und Versicherungen in Buenos Aires gesandt.

Und am Schluss der Meldung kam dann beigelegt, dass die genaue Zahl nur eine Schätzung sei!

In Bern hat man die von US-Senator *Alfonse D'Amato* gemachten Vorwürfe im Zusammenhang mit den verschollenen Geldern aus der Nazizeit zurückgewiesen. Dieser prüfe seine Quellen nicht, wurde dazu mitgeteilt. Der von der Schweizer Regierung eingesetzte Botschafter *Thomas Borer* erklärte, bisher sei ihm nicht bekannt, dass Schweizer Bankiers im Rahmen einer diplomatischen Mission Nazi-Vermögen nach Südamerika gebracht hätten. «Was ich einmal mehr bedauere, ist, dass *D'Amato* öffentlich Behauptungen als fundierte Tatsachen präsentiert und sich dabei einseitig auf Quellen abstützt, die nicht gegengeprüft werden», sagte *Borer*. Dass das Thema damals nicht aufgekommen sei, zeige, «dass sicherlich gewisse Zweifel an derartigen Behauptungen angebracht sind». Die Historikerkommission werde diesem Thema nachgehen. *Borer* bedau-

erte auch, dass er auf sein Angebot, sich in der kommenden Woche in den USA mit *D'Amato* zu treffen, keine Antwort erhalten habe.

Mitte Dezember wurde erstmals im Bankenausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses ein ausführliches Hearing zum gesamten Fragenkomplex der vor, während oder kurz nach dem Krieg in die Schweiz transferierten und mutmasslich noch dort verschollenen Vermögenswerte von Opfern des Nazi-Terrors durchgeführt. Auf Begehren des Jüdischen Weltkongresses hatte der Bankenausschuss des Senats unter der Führung des New Yorker Senators *Alfonse D'Amato* bereits am 23. April 1996 eine erste Anhörung zu dem Thema durchgeführt. *D'Amatos* Kollege im Repräsentantenhaus, der ebenfalls von den Republikanern gestellte Ausschussvorsitzende *James A. Leach* aus dem Staat Iowa, schien sich in seinem Gremium eher um eine faire und sachliche Anhörung zu bemühen.

Leach, ein nüchtern wirkender Politiker mit langjähriger Erfahrung im diplomatischen Dienst, wandte sich eingangs klar gegen ein einseitiges Kesseltreiben gegen die Schweiz und bot denn auch Hand zu einer deutlich ausgewogeneren Auswahl der zur Anhörung geladenen Interessenvertreter und Experten. Neben dem unvermindert aggressiv vorgehenden Senator *D'Amato* und dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, *Edgar Bronfinan*, wurden auch mehrere Vertreter der Schweiz eingeladen. Für die Schweizer Regierung sprach Botschafter *Thomas Borer*, der Chef des Task Force «Vermögenswerte Naziopfer», und für die Schweizerische Bankiervereinigung deren Vorsitzender *Georg Krayer*.

Angehört wurden auch *Rolf Bloch*, der Präsident des Schweizerisch-Israelitischen Gemeindebundes, sowie der Schweizer Historiker *Jacques Picard*. Zu einer Versachlichung der Diskussion schien zudem der von Präsident *Clinton* eingesetzte

Sonderbeauftragte Stuart E. *Eizenstadt* beitragen zu wollen, der den jüngsten Anstrengungen der Schweiz Anerkennung zollte und für Anfang 1997 die Veröffentlichung eines «vorläufigen» Forschungsberichts von Fachleuten unter der Führung des Historikers im State Departement ankündigte. Für eine behutsame und geduldige Prüfung des Fragenkomplexes sprach sich sodann der frühere US-Notenbankchef Paul A. *Volcker* aus, der den «unabhängigen Ausschuss angesehener Persönlichkeiten» führt.

Trotz diesem Lichtblick bestätigte aber die neueste Veranstaltung, dass in den USA weiterhin eine tiefsitzende Skepsis gegenüber der Ehrlichkeit und Kooperationsbereitschaft der Schweiz in dieser Frage besteht und dass von dem Kleinstaat nicht bloss Worte, sondern auch «Taten» erwartet werden. *D'Amato* und *Bronfman* bezichtigten die Schweizer Behörden und Banken auch während des neusten Hearings einer Tendenz zum «Mauern» und wiederholten die meisten ihrer bereits in den letzten Monaten geäußerten Vorwürfe, die nun erst noch von den verschiedenen Kommissionen untersucht werden müssen. Beide forderten, dass die Schweiz durch die Schaffung eines vorläufigen Rückerstattungsfonds eine «Finanzgeste des guten Willens» (*Bronfman*) machen sollte.

Die meisten Abgeordneten stellten während des Hearings zwar oft kritische, doch selten geradezu inquisitorisch und böswillig wirkende Fragen. Bedrohlich tönte es von Paul E. *Kanjorski* (Demokrat Pennsylvania) an *D'Amato*, ob er Sanktionen für erforderlich halte, um die Schweiz zur Kooperation zu zwingen. Darauf antwortete der Senator, dass er hoffe und auch nicht glaube, dass dies nötig sein werde. Andere Abgeordnete versuchten sodann auch einen Bezug zwischen der Problematik der Holocaust-Gelder und der Frage herzustellen, ob das

Schweizer Bankgeheimnis noch heute Kriminellen Zuflucht gewähre. In diesem Punkt schien *D'Amato* aber angemessene Kenntnis von den effektiven Grenzen des heutigen Bankgeheimnisses zu haben; und auch Botschafter *Borer* wurde Gelegenheit zu klärenden Worten geboten.

Botschafter *Borer* beteuerte in seinem Eröffnungsstatement mit mehrmaligem Nachdruck, dass der Schweiz nichts wichtiger sei, als die Wahrheit möglichst rasch und vollständig zutage zu fördern. Man sei sich völlig bewusst, dass das Ansehen der Schweiz als ehrwürdiges Land und zuverlässiger Freund auf dem Spiel stehe. Entsprechend seien nun die Untersuchungen rasch in die Wege geleitet worden, nachdem frühere Erforschungen zugegebenermassen zu bruchstückhaft gewesen seien und die «notwendige Perspektive» vermissen liessen. *Borer* wies sodann konkret auf die kurz bevorstehende Bildung der unabhängigen Expertenkommission hin, die alle Aspekte der Rolle des Schweizer Finanzplatzes während und im Umfeld des Kriegs ausleuchten soll. Und dafür würden für fünf Jahre erstmals selbst die Gesetzesbestimmungen für das Bankgeheimnis aufgehoben.

Der Schweizer Diplomat scheute sich jedoch während der Hearings nicht, energisch der nicht zuletzt von *D'Amato* verbreiteten Behauptungen entgegenzutreten, dass die Expertenkommission erst in fünf Jahren Resultate produzieren werde. Es bestünden vielmehr die Absicht und die Erwartung, diese Untersuchung innerhalb von zwei bis drei Jahren abzuschliessen. Unbegründet ist laut *Borer* ebenso der Vorwurf, dass die Forschungsarbeiten von Schweizern dominiert werden. Es sei nämlich immer die Absicht der Schweizer Regierung gewesen, eine substantielle Zahl ausländischer und jüdischer Experten in die Kommission zu integrieren. *Borer* bekräftigte ferner den Willen, möglichst eng mit der Volcker-Kommission zusammenzu-

arbeiten, welche sich mit dem Fragenkomplex der nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust-Opfern bei den Banken auseinandersetzt. Abschliessend appellierte der Sonderemissär der Schweizer Regierung, dass sich fortan alle Seiten über das Niveau von Spekulationen, hastigen Schlussfolgerungen und substanzlosen Behauptungen erheben sollten.

Am 13. Dezember 1996 kam nach längerem Hin und Her endlich ein Treffen zwischen *D'Amato* und Botschafter Thomas *Borer* zustande. Die gut halbstündige Unterredung fand im Büro des Vorsitzenden des Bankenausschusses des US-Senates statt. Beide erklärten nach einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass sie sich auf regelmässige Kontakte und auf einen stetigen Austausch von Forschungsinformationen und historischen Dokumenten geeinigt hätten.

Senator *D'Amato* gab sich offensichtlich konzilient und bekundete die Hoffnung, dass das Treffen einen neuen Geist der Zusammenarbeit geschaffen habe. Ähnliche Zuversicht demonstrierte der Schweizer Task Force-Chef. Mit Genugtuung wies *D'Amato* sodann darauf hin, dass der neuen, vom Schweizer Parlament gebilligten unabhängigen Expertenkommission, welche die Rolle des Finanzplatzes Schweiz während der Nazi-Zeit gründlich untersuchen soll, nicht nur Schweizer angehören werden.

Der Senator betonte, dass die Aufarbeitung der düsteren Vergangenheit ein kooperativer Effort sein sollte. Dabei erwähnte er die laufenden historischen Forschungsarbeiten unter der Leitung der Historiker im State Departement. Er versuchte sich sodann von einem Kesseltreiben gegen die Schweiz insofern zu distanzieren, als er geltend machte, dass die Forschungsarbeiten gewiss auch Informationen zu Tage fördern würden, die für die Alliierten höchst unangenehm seien. Und wiederum unterstrich *D'Amato* die Forderung des Jüdischen Weltkongresses,

dass die Schweiz angesichts der hochbetagten Nachkommen von Holocaust-Opfern schon heute eine «Finanzgeste des guten Willens» machen sollte. Der Botschafter erklärte dazu unverbindlich, dass dieser «Vorschlag ebenfalls auf dem Tisch» sei und er seine Regierung informieren werde. Dabei rief der Schweizer Diplomat aber in Erinnerung, WJC-Präsident *Bronfman* habe selbst einmal erklärt, dass es ihm in erster Linie nicht ums Geld, sondern um die Aufdeckung der vollen Wahrheit gehe.

Die NZZ brachte Mitte Dezember 1996 einen Bericht über die Schweizerische Nationalbank (SNB) (siehe zu diesem Thema Kapitel 2) und die dreisten ausländischen Anschuldigungen, sie habe damals Raubgold von Nazi-Deutschland aufgekauft. Die Zeitung sieht als Motive für den Goldhandel während des Weltkriegs stabilitätspolitische Überlegungen des damaligen Direktoriums und den Willen, einen intakten Finanzplatz als Beitrag zur Landesverteidigung zu erhalten. Es gebe keine Hinweise dafür, dass Gold aus Konzentrationslagern aufgekauft wurde.

Und wieder schoss der Jüdische Weltkongress einen Vogel ab, indem er am 19. Dezember – kurz nach dem Hearing und der Zusammenkunft *Borers* mit *D'Amato* in New York – die irritierende und haltlose Behauptung und Lüge verbreitete, dass die Schweizerische Nationalbank mehr als 3 Milliarden Dollar an Geschäften mit von den Nationalsozialisten geraubtem Gold verdient habe. Diese Behauptung wurde vom Vicepräsidenten Kalman *Sultanik* geäußert, der sich sehr erstaunt zeigte über die Erklärung der Bank (SNB), wonach das Unternehmen nur einen Profit von rund 20 Mio. Franken bei Goldtransaktionen mit der Deutschen Reichsbank gemacht habe. Die SNB habe bei ihrer Schätzung Kapitalgewinne nicht berücksichtigt.

Am 18. Dezember 1996 meldete die NZZ, dass eine grosse Skepsis in den USA gegenüber der Schweiz bestehe und weiterhin eine Boykottgefahr im Streit um Holocaust-Gelder drohe.

Die Hoffnung *Borers* nach einem Versprechen vor den Medien Vertretern mit dem Gegenspieler Senator *D'Amato*, dass die Schweiz nun vorerst in Ruhe gelassen werde, um für eine gründliche Beleuchtung ihrer Rolle während der Nazizeit sorgen zu können, zerschlug sich bald. Scheinbar galten sowohl den Juden als auch den Amerikanern die Stillhaltevereinbarungen nichts. Die Juden machten Stunk, wo es nur ging, um weiterhin Druck auf die Schweizer Regierung auszuüben. Sie beherrschen weltweit auch die Presse- und Informationsnetze, wo sie ihre infamen Behauptungen und Lügen verbreiten können. Wie widersprüchlich die Angaben vom Jüdischen Weltkongress sind, zeigen die Aussagen *Bronfinans*, dass es ihm erstmals um die Wahrheit gehe und nicht ums Geld, und doch ist bei jeder Gelegenheit die Drohung an die Schweizer Regierung und Banken zu hören, dass sie Geld – sehr viel Geld – locker machen sollen. Sie wollen der Schweiz Schuldgefühle aufzwingen, obwohl die Schweizer Bevölkerung alleine – einmal von den Ausschaffungen durch die Regierung im Zweiten Weltkrieg abgesehen – Millionen an Hilfe für die Flüchtlinge gesammelt und sie versorgt hatte. Kein anderes Land, weder die jüdischen Organisationen, noch Amerikaner haben eine solche karitative Leistung erbracht. Auch sie waren jene, die die Juden an der Grenze abgewiesen haben und nur Menschen im Land aufnahmen, wenn erhebliche Bürgschaften für sie geleistet wurden oder wenn die amerikanische Regierung irgendeinen wirtschaftlichen Nutzen von einem Wissenschaftler erwarten konnte.

Die Hoffnung *Borers*, zumindest in gemässiger Art miteinander verkehren zu können, entpuppte sich somit bald als illu-

sorisch. Nur wenige Stunden nach dem Treffen mit ihm übte der scheinheilige *D'Amato* bereits harte Kritik an der Darstellung der Schweizerischen Nationalbank, wonach es keinerlei Hinweise gebe, dass sich unter den Goldlieferungen aus Deutschland Gold aus Konzentrationslagern befunden habe. «Wie können sie überhaupt wissen, woher das Nazi-Gold kam und ob es nicht eingeschmolzen wurde», sagte er, der dem Bankenausschuss des Senats vorsitzt. Und tags darauf argwöhnte der Politiker *D'Amato*, dass die Schweiz «offenkundig nicht das neutrale Land gewesen ist, als das es sich in der Welt darstellen wollte». Dabei stützte er sich auf einen im amerikanischen Nationalarchiv «soeben ausgegrabenen» und kurz nach dem Krieg verfassten Bericht des State Departement, gemäss dem nicht nur etwa die Schweizer Banken, sondern auch die Industrieunternehmen des Landes ganz im Dienst der Nazis gestanden und zu Überfakturierungen für die Kaschierung von Kapitaltransfers Hand geboten hätten.

Erinnern wir uns, dass zum Abschluss des durchgeführten Kongress-Hearings *James Leach*, der Vorsitzende des Bankenausschusses im Repräsentantenhaus, noch erklärt hatte, dass die Äusserungen betreffend guter Absichten von Botschafter *Borer* nun zum Nennwert genommen werden müssten. Zugleich wies *Leach* auf die nach wie vor weitverbreitete Skepsis gegenüber der Schweiz hin, und er unterstrich, dass sein Ausschuss die Massnahmen der Volcker-Kommission, der Schweizer und der amerikanischen Regierung sowie der Banken genau beobachten werde.

Die amerikanischen Medien schienen sich in letzter Zeit ebenfalls um eine insofern etwas ausgewogenere Berichterstattung zu bemühen, als sie den Standpunkten *D'Amatos* und des jüdischen Weltkongresses sowie der Position der Schweizer Regierung und der Schweizer Banken etwa gleich grossen

Raum zugestanden. Mit Genugtuung wurde sodann vom Schweizer Diplomaten zur Kenntnis genommen, dass das «Wall Street Journal» eine Gegendarstellung der früheren von Präsident *Reagan* nach Bern entsandten Botschafterin Faith *Whittlesey* unter dem Titel «Nazigold: The Swiss Side of the Story» veröffentlichte.

Trotz dieser Terraingewinne im Ringen um die öffentliche Meinungsbildung weisen die meisten in den USA ansässigen Diplomaten, Bankiers und Rechtsexperten darauf hin, dass man in den USA der Schweiz in der Frage der Holocaust-Vermögen nach wie vor mit einem grossen Misstrauen begegnet. Entsprechend gebe es bisher auch nicht die geringsten Anzeichen dafür, dass der Jüdische Weltkongress und *D'Amato* vorerst weniger starken Druck auf die Schweiz ausüben werden. Tatsächlich wird auch von dieser Seite unentwegt mit Nachdruck eine Finanzgeste des guten Willens gefordert. Wie ein Damoklesschwert scheint über den Schweizer Banken weiterhin die Gefahr eines Boykotts zu hängen. Die Juden liessen zwar vor einigen Tagen verlauten, dass ein Boykott bloss ein letzter Ausweg wäre und man den Schweizern nun ein wenig mehr Zeit gewähren wolle. Zugleich wurden in der amerikanischen Presse WJC-Vertreter zitiert, die erklärten, dass ihre Organisation einen Boykottentscheid nicht vor Ende des nächsten Monats fällen werde.

Vertreter der Schweizer Regierung und der Schweizer Banken räumten in verschiedenen Gesprächen ein, dass bisher in den USA der weitverbreitete Eindruck kaum zerstreut werden könne, dass die Schweiz letztlich nur auf Druck von aussen reagiere, sich eher zähneknirschend zur Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit durchgerungen habe und ihre Rolle während der Nazizeit eher zu rechtfertigen, als zu erhellen versuche.

In New York ansässige Banken Vertreter machen geltend, dass das Misstrauen teilweise natürlich auch mit dem in Hollywood-Filmen unentwegt beliebten Bild ihrer Institute Zusammenhänge. Ganz abgesehen von diesem Imageproblem bestehe ein starker Nachholbedarf im Bereich der Informationspolitik der Banken, die sich in den USA noch immer nicht auf eine prominente Persönlichkeit und eine wirkungsvolle Anlaufstelle für die amerikanischen Medien abstützen könne.

Am 20. Dezember 1996 erschienen Artikel über weitere Attacken gegen die Schweiz von der WJC New York. Elan *Steinberg*, Geschäftsführer des WJC, übte erneut scharfe Kritik an der von der Schweizer Regierung neu gebildeten Expertenkommission, welche die Rolle des Finanzplatzes in der Schweiz während der Nazi-Herrschaft aufdecken soll. Zwar räumte er der Schweizer Regierung das Recht zur autonomen Festlegung der Kommissionsmitglieder ein, ohne zuvor den Jüdischen Weltkongress konsultiert zu haben; doch *Steinberg* mahnte, dass «wir selber nicht für den Absturz mitverantwortlich sein können, wenn wir nicht beim Start dabei waren». Ferner hielt er an seiner Position fest, dass die Ernennung des britischen Wirtschaftshistorikers Harold *James*, der an der renommierten US-Universität Princeton lehrt, «völlig inakzeptabel» sei, weil er vorgefasste Ansichten habe.

Professor *James* reagierte in einem Interview «mit starkem Befremden und Bedauern» auf die Vorwürfe des WJC. Der auf die deutsche Wirtschafts- und Bankengeschichte in der Nazizeit spezialisierte Geschichtspräsident erklärte jedoch, dass er wegen des Wirbels nicht an einen freiwilligen Rücktritt denke.

Steinberg wiederum warf Professor *James* konkret vor, dass er in einem am 4. November 1996 im Magazin «Newsweek»

erschienenen Artikel Kritik an einem zuvor erschienenen Bericht des britischen Foreign Office geübt und damit Partei in einer Kontroverse ergriffen habe, die es nun erst zu klären gelte. In dem sogenannten Rifkind-Bericht war suggeriert worden, dass sich in der Schweiz unentwegt Nazigold im Wert von 400 Mio. Dollar befinden könnte.

Im zitierten «Newsweek»-Artikel wurde nun diese britische Darstellung als falsch bezeichnet; zudem wurde die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass sich die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) während des Krieges pikanterweise unter Führung des Amerikaners Thomas *McKittrik* aktiv an den Drehscheibengeschäften mit dem Nazigold beteiligt habe. Und im Artikel wurde Professor *James* wie folgt zitiert: «Die BIZ war ein zentraler Transmissionplatz, wo Geschäfte vereinbart wurden und sich portugiesische Vertreter mit Vertretern der Reichsbank trafen».

In einem bereits am 13. Oktober 1996 von der Londoner «Financial Times» abgedruckten Leserbrief hatte Professor *James* selber direkte Kritik am Bericht des Foreign Office erhoben. Unter Berufung auf von ihm selber eingesehene Akten über das Konto der Reichsbank bei der Nationalbank, stiess er sich an der Schlussfolgerung des britischen Aussenministeriums, dass die Schweiz noch immer «möglicherweise 90 Prozent des Kriegsschatzes halte». Tatsächlich seien aber die meisten Vermögenswerte nicht in der Schweiz geblieben, sondern «fast sofort zur Bezahlung von für Deutschland strategisch bedeutsamen Importgütern verwendet worden». *James* bedauert heute keineswegs, dass er sich zur Richtigstellung derart offenkundiger Verzerrungen gezwungen sah.

Im zitierten Leserbrief übte der Professor übrigens auch Kritik an der Politik der Schweizerischen Nationalbank. Ihr Ver-

halten sei zweifellos unmoralisch gewesen, und die Manager der Notenbank hätten gewusst, dass zumindest ein Teil des Goldes aus illegalen Quellen stammte. Uneingeschränkte Anerkennung in den Medien und unter Fachleuten erhielt der 1956 geborene britische Wissenschaftler zuvor auch schon für seinen kritischen Beitrag zu dem Buch «Deutsche Bank 1870-1995». In diesem vom deutschen Kreditinstitut anlässlich des 125-Jahr-Jubiläums selber finanzierten Buch beschrieb *James* in ungeschminkter Form die unrühmliche Rolle der Deutschen Bank während der Nazizeit.

Diese plumpen Versuche, die Glaubwürdigkeit eines anerkannten Wissenschaftlers zu untergraben, blieben auch in der Schweiz nicht unbemerkt. So kommentierte die NZZ mit wohl- ausgewogenen Worten:

«Es berührt doch einigermaßen merkwürdig, dass von interessierter Seite die Berufung eines Fachmanns in eine Kommission deswegen kritisiert worden ist, weil er es gewagt hat, seine genauen Kenntnisse als Historiker in eine öffentliche Debatte einzubringen. Dass der Bericht des britischen Aussenministeriums einem Zahlenirrtum erlegen ist, gilt inzwischen als weitgehend erhärtet. Wo kämen wir hin, wenn in eine Kommission, die nach der historischen Wahrheit zu suchen hat, nur Leute berufen werden dürften, die auf ihr unabhängiges kritisches Urteil verzichten oder es zumindest verschweigen?»

Die Berner Regierung lehnte eine sofortige Schaffung eines Entschädigungsfonds ab. Noch am Vorweihnachtstag nahm Bundesrat Flavio *Cotti* im Schweizer Radio DRS Stellung zur jüdischen und amerikanischen Forderung, die er rundwegs ablehne. Zuerst müssten die Fakten in Ruhe geklärt werden, sagte er.

Der Bundesrat werde sobald als möglich aufgrund des Historikerberichts von Peter *Hug* und Marc *Perrenoud* über die nachrichtenlosen Vermögen im Zusammenhang mit dem Oststaaten-Abkommen eine erste Bewertung machen und entsprechende Schlüsse ziehen, sagte *Cotti* weiter. Dazu könnten auch finanzielle Konsequenzen gehören. *Cotti* räumte ein, dass die Frage der nachrichtenlosen Vermögen und des Raubgoldes den durch internationale Zusammenarbeit geschaffenen Goodwill der Schweiz im Ausland geschädigt habe. Er gab sich überzeugt, dass die Schweiz die Krise meistern werde. Gleichzeitig wies der Bundesrat die Kritik von jüdischer Seite zurück, bei der Zusammensetzung der Historikerkommission sei der Jüdische Weltkongress nicht kontaktiert worden. Schliesslich seien zwei jüdische Mitglieder in der Kommission vertreten. Er sei der Ansicht, es handle sich um eine gute und ausgewogene Kommission.

Bundesrat Arnold *Koller* hatte im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen von Nazi-Opfern Arroganz und unfaire Methoden von aussen als falschen Weg bezeichnet. Das Ausland und die (jüdischen sic.) Organisationen müssen kooperativ bei der Wahrheitsfindung mitwirken, sagte *Koller* in der «Samstags-Rundschau» im Radio DRS. «Wir dürfen uns nicht allzusehr unter Druck setzen lassen und müssen nach meiner Meinung ein wenig Nerven zeigen», fügte der künftige Bundespräsident hinzu. Der Mensch und ganze Staaten neigten offenbar dazu, lieber die problemlosen als die problembehafteten Seiten der Geschichte aufzuklären. Hier bestehe sicher eine Unterlassung. Die nötigen Beschlüsse seien aber mit dem Einsetzen der beiden Kommissionen gefasst worden. Für «Arroganz von aussen und unfaire Methoden mit wöchentlich neuen Enthüllungen» zeigte *Koller* kein Verständnis. Dies sei nicht der kooperative Weg, der zum Ziel führe.

Am 3. Januar 1997 machte der Schweizerische Israelitische Gemeindebund bekannt, dass er seine Vorschläge über seine Idee für einen möglichen Holocaust-Entschädigungsfonds unterbreiten wolle. Martin *Rosenfeld*, der Generalsekretär der SIG, gab im Radio bekannt, im Vordergrund stehe der Gedanke, die Schweiz solle die Juden für die Betreuung der jüdischen Flüchtlinge in der Schweiz während der Nazizeit entschädigen.

Es ist richtig, dass die Juden für die Betreuung der jüdischen Flüchtlinge bezahlen mussten, während für andere Flüchtlinge, die in der Schweiz 1933-1945 beherbergt wurden, der Staat aufkam. Rund 55 Millionen Franken wurden dafür aufgebracht; davon stammen rund 10 Millionen von schweizerischen Juden, der Rest kam von ausländischen jüdischen Organisationen, vorab aus den USA (wo die reichsten Juden leben und Millionen und Milliarden Vermögen besitzen, sic.). Für den SIG bilden diese gesicherten Fakten einen Ansatzpunkt für eine Diskussion über eine Entschädigungszahlung seitens der schweizerischen Regierung, erklärte *Rosenfeld*. Auf die genaue Höhe eines solchen Fonds wolle man sich aber noch nicht festlegen. Das Geld sollte zum grössten Teil ins Ausland gehen und für karitative Zwecke sowie für notleidende Holocaust-Opfer eingesetzt werden. Ein kleinerer Teil – entsprechend dem Anteil, den die Schweizer Juden zur Betreuung jüdischer Flüchtlinge in der Schweiz leisteten – sollte in der Schweiz für «Erinnerungsarbeit» eingesetzt werden.

Ein anderes Kapitel jedoch seien mögliche Entschädigungszahlungen der Banken. Diese seien zuständig für die nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust-Opfern, meinte *Rosenfeld*. Jedenfalls wäre für die Banken wie für den Bund eine rasche Geste angebracht und könnte zur Beruhigung der Gemüter beitragen. Schliesslich müssten die Nazi-Raubgold-Geschäfte der

Schweizerischen Nationalbank genauer untersucht werden. Die Gewinne seien fragwürdig, und eine Wiedergutmachung für Geschädigte müsse diskutiert werden.

Nebenbei bemerkt sei darauf hingewiesen, dass Vorwürfe über fragwürdige Gewinne seitens der Juden wohl kaum berechtigt sind, wenn man bedenkt, welche Geschäfte auch sie mit hohen Gewinnen erzielen. Und Gelder ausserhalb der Schweiz in fremde – vor allem in rein jüdische Hände abzuliefern – wäre wohl der fatalste Fehler. Wer könnte da noch garantieren, dass nicht diese Gelder nach Israel für Waffengeschäfte oder unstatthafte Erweiterungsbauten auf den Golan-Höhen oder in Jerusalem verwendet würden? Ein solcher Fond muss unter allen Umständen in der Schweiz und unter schweizerischer Aufsicht bleiben. Nur so kann unter Umständen eine Kontrolle bestehen.

Am 5. Januar 1997 wurde dann der abtretende Bundespräsident Jean-Pascal *Delamuraz* mit gewaltigen Attacken sowohl in der Schweiz, aber auch aus den Reihen der jüdischen Organisationen und vom US-Aussenministerium angegriffen.

Die vom Bundesrat *Delamuraz* in einem Interview gemachten Aussagen zu den umstrittenen Holocaust-Geldern stiessen im amerikanischen Aussenministerium auf heftige Ablehnung. Sprecher Nicolas *Burns* ging in einer kurzen Stellungnahme in Washington auf die Aussagen *Delamuraz*' ein, ohne den Vorsteher des Eidgenössischen Volksdepartements (EVD) allerdings beim Namen zu nennen. Auf die Frage eines Journalisten zum Stand der amerikanischen Untersuchung über die nachrichtenlosen Vermögen aus der Nazi-Zeit und das Raubgold sagte er: «Wir haben kürzlich einige Stellungnahmen der Schweizer Regierung zu dieser Angelegenheit gesehen, die – ehrlich gesagt – recht überraschend waren. Wir weisen jede An-

schuldigung zurück, die USA oder irgendeine Amtstelle der USA verfolgt in dieser Sache irgend etwas anderes als die besten Absichten. Wir fühlen uns der historischen Wahrheit verpflichtet. Es gibt Zehntausende von Überlebenden des Holocaust, die davon betroffen sind, ob wir Regierungen uns ihnen gegenüber richtig verhalten. Ehrlich gesagt, es ist albern, die Anschuldigung zu erheben, dass eine Regierungsstelle der USA irgendwie versuche, das Schweizer Bankensystem zu destabilisieren oder die Schweizer Regierung zu erpressen. Wir haben einige derartige Anschuldigungen von einem sehr hohen Schweizer Regierungsvertreter am Wochenende gesehen.»

Mit Verlaub gesagt, wo ist die Wahrheitsfindung der Amerikaner gegenüber den Millionen Indianern, die von ihnen ausgerottet wurden? Ihnen wurde ihr Land gestohlen, die Erde ausgebeutet und verwüstet und die restlichen Indianer in solche Reservate geschickt, wo sie elendiglich krepieren. Wo ist die Gerechtigkeit der Amerikaner gegenüber den versklavten Farbigen, die ausgebeutet und bis zum heutigen Tag verfolgt, gedemütigt und arbeitslos auf den Strassen sind? Täte Amerika nicht besser daran, zuerst vor der eigenen Türe zu kehren? Dutzende von Kriegen nach dem Weltkrieg haben sie nicht nur mitgemacht, sondern auch angezettelt und überall, wo es etwas zu «verdienen» gab, wie am Arabischen Golf, wo sie sich mit Milliarden-Beträgen bezahlen liessen, waren sie dabei. Und jetzt sind es die reichen Juden in den Staaten und in Israel, die die Araber vertreiben wollen (siehe Kapitel 4).

Zur Äusserung des Sprechers des US-Aussenministeriums teilte der EVD-Sprecher Thomas *Schwendinann* mit, der Vorsteher des EVD-Departements lege Wert auf die Feststellung, dass er in seinen Bemerkungen weder die Regierung der USA

noch andere amerikanische Regierungsstellen erwähnt oder anvisiert habe – weder direkt noch indirekt.

Bundesrat *Delamuraz* hatte in einem an Silvester veröffentlichten Zeitungsinterview die Forderungen jüdischer und andere Kreise in den USA nach der sofortigen Äufnung eines Holocaust-Fonds mit 250 Millionen Franken als Erpressung bezeichnet. Der scheidende Bundespräsident erhob jedoch keine direkten Anschuldigungen an Regierungsstellen der USA. *Delamuraz* bedauerte selbst später, dass seine Aussagen missverstanden worden seien und dass er Betroffenen möglicherweise wehgetan habe. In der Frage des Fonds wollte er seine Meinung aber nicht ändern.

Aus Jerusalem kam postwendend ein Protest jüdischer Organisationen gegen diese Äusserungen von Bundesrat *Delamuraz* und man drohte mit Sanktionen gegen Schweizer Banken. Avraham *Burg*, Präsident der halbamtlichen israelischen Einwanderungsbehörde Jewish Agency, sagte, er erwäge eine Empfehlung an die jüdischen Organisationen, ihre Investitionen bei den Banken in der Schweiz rückgängig zu machen. Der Vicepräsident des Jüdischen Weltkongresses, Israel *Singer*, gab den Schweizer Behörden «vier Wochen Zeit, um mitzuteilen, ob die jüngsten Äusserungen von Bundesrat Jean-Pascal *Delamuraz* eine Änderung der bisherigen Haltung der Schweiz in der Nazi-Gold-Affäre bedeuteten».

FDP-Präsident Franz *Steinegger* bezeichnete die Bemerkungen von Bundesrat *Delamuraz* im Zusammenhang mit einem Holocaust-Fonds als überspitzt. Es sei indessen nicht falsch, wenn nun auch die andere Seite gewisse Signale zur Kenntnis nehme. *Delamuraz* habe mit den Aussagen unterstrichen, dass der Bundesrat und die Schweiz zu einer härteren Haltung gewillt seien. Entsprechende Verlautbarungen seien nicht zuletzt bereits von den Bundesräten Flavio *Cotti* und Arnold *Koller*

ausgegangen. *Steinegger* erinnerte daran, dass die FDP in einer Motion die Schaffung eines Fonds mit den gegenwärtig bestätigten nachrichtenlosen Geldern befürwortet habe.

Am 5. Januar 1997 traf aus New York eine Pressemitteilung über eine schwere Anschuldigung von einer 89jährigen jüdischen Witwe, Rudolfine *Schlinger*, ein. In verschiedenen New Yorker Medien machte die Witwe geltend und erhob den Vorwurf, dass der Schweizerische Bankverein noch immer über das Konto ihres Mannes verfüge. Das Kreditinstitut weigere sich aber, das von ihrem Mann vor der Flucht im Jahre 1939 aus der Schweiz zur New Yorker Filiale des Bankvereins transferierte Geld zurückzugeben. Die Grossbank wies diese Anschuldigungen in einer überzeugend begründeten, doch von den US-Medien vorerst wenig beachteten Erklärung als völlig unzutreffend zurück. Zwar habe ein William *Schlinger* noch im Jahre 1941 bei der New Yorker Filiale ein Konto mit 3'717,75 Dollar besessen, doch sei das Konto in der Zwischenzeit, und zwar vor mindestens zwanzig Jahren, geschlossen worden. Nach der Schliessung eines Kontos bewahrt der Bankverein die betreffenden Akten jeweils noch 20 Jahre und damit weit länger auf, als das in den USA vorgeschrieben und üblich ist. Im Weiteren unterstrich die Grossbank, dass sie in den USA keinerlei nachrichtenloses Vermögen aus den vierziger Jahren habe; das untermauerte die Bank mit dem Hinweis, dass im Staat New York alle Konten, die länger als fünf Jahre nachrichtenlos («Dormant») bleiben, der öffentlichen Hand anvertraut werden müssen.

Die im New Yorker Stadtbezirk lebende *Schlinger* lässt sich durch den Anwalt Edward *Fagan* vertreten, der 1996 in der Kontroverse um die Holocaust-Gelder die erste der zwei gegen die Schweizer Grossbanken gerichtete Sammelklagen bei ei-

nem Bundesbezirksgericht in Brooklyn eingereicht hatte. Und in der politischen Arena will sich nun auch noch der aus New York stammende Kongressabgeordnete Rick *Lazio* für Frau *Schlinger* einsetzen. Der republikanische Politiker sitzt im Bankenausschuss des Repräsentantenhauses. In diesem Gremium hatte er sich Anfang Dezember aktiv am Hearing über mutmasslich in der Schweiz verschollene Holocaust-Vermögen beteiligt; dabei dankte er dem republikanischen Senator *D'Amato* mehrmals ausdrücklich für dessen Rolle in dieser Kontroverse.

Der Bankverein erklärte, dass er nicht mehr über die erwähnte, jeweils 20 Jahre alte Akte verfüge und deshalb nicht mehr eruieren könne, unter welchen Umständen das Konto geschlossen wurde. Allerdings konnte das Institut darauf hinweisen, dass es 1941 selber in einem Bericht an die US-Behörden das Schlinger-Konto aufgeführt und als von den USA blockiertes Vermögen eines ungarischen Staatsbürgers identifiziert hatte. Dieser Bericht wurde von den Behörden verlangt, als die USA am 14. Juni 1941 die Einlagen aller deutschen Staatsangehörigen und von Bürgern aus Ländern einfroren, die sich entweder mit den Nazis verbündeten oder von diesen besetzt worden waren; vorsorglich wurden auch alle Schweizer Konten eingefroren.

Von diesem speziellen historischen Hintergrund sind, wie der Bankverein in seinem Communiqué darlegte, folgende drei Szenarien für das weitere Schicksal Schlinger-Kontos denkbar:

Erstens erhielt *William Schlinger* von den US-Behörden die Genehmigung, über sein Konto wieder frei zu verfügen. Zweitens konfiszierte die Regierung das Konto als «Feindvermögen», wogegen *Schlinger* Rekurs einlegen konnte. Drittens könnte das Guthaben wieder freigegeben worden sein, gelangte unter die Aufsicht des Bankvereins und fiel an den Staat New

York, falls *Schlinger* über fünf Jahre lang nicht mehr den Kontakt suchte.

Am Montag dem 6. Januar 1997, einen Tag nachdem der Vorsitzende der Jewish Agency, Avraham *Burg*, und der Generalsekretär des World Jewish Congress, Israel *Singer*, in sehr scharfen Worten auf die Äusserungen des ehemaligen Bundespräsidenten *Delamuraz* reagiert hatten, nahm die parlamentarische Kommission über die «Rückführung jüdischer Besitztümer» ihre Arbeit auf. Die Intensität des gegen die Schweiz und vor allem gegen die Äusserungen von Bundesrat *Delamuraz* gerichteten Pfeilhagels liess auch in der Knesset nicht nach. Der Vorsitzende der Kommission, Avraham *Hirschsohn*, bezeichnete die Handhabung der nachrichtenlosen Vermögen in der Schweiz als grössten Bankraub der Geschichte. Die Kommission hatte sich die Aufgabe gestellt, jüdische Guthaben weltweit aufzuspüren, aber die Schweiz sei – nicht zuletzt wegen *Delamuraz*' Bemerkungen – zum Hauptziel geworden.

Um die bilateralen Beziehungen zu der Schweiz nicht zu belasten, hatte die israelische Regierung bis anhin darauf verzichtet, sich in die Angelegenheit einzumischen, und die Behandlung der nachrichtenlosen Vermögen der halbamtlichen Jewish Agency überlassen. *Delamuraz*' Bemerkungen machten diese für beide Seiten annehmbare Regelung zunichte.

In einer Presskonferenz hatte *Burg* erklärt, dass die Äusserungen von *Delamuraz* dem Antisemitismus Vorschub leisten und dass seine Bemerkungen entweder auf Borniertheit oder auf schlechten Willen schliessen liessen.

Zwischenfrage: Wie soll ein Schweizer die Bemerkungen vom Vorsitzenden *Hirschsohn* bezeichnen, der mit einer solchen frechen und ungeheuerlichen Beschuldigung die Schweizer Banken als Bankräuber bezeichnet. Sollen doch die Juden

die ehemaligen Nazis fragen, wo ihr Vermögen geblieben ist. Schliesslich gab es auch noch andere Banken in anderen Ländern. Der grösste Teil dieser Vermögen wurden jedenfalls von der Deutschen Wehrmacht zu Waffen gebraucht.

Dann wieder weiter mit *Burgs* Persiflage: Wenn jemand für das finanzielle Unrecht, das den Juden während der vergangenen fünfzig Jahre widerfuhr, unempfindlich sei, so sei er borniert, wenn er aber die schon laufenden Untersuchungen torpedieren wolle (was Bundesrat *Delamuraz* niemals getan hatte! sic.) so sei er schlechten Willens. Der ehemalige Bundespräsident stehe mit seinen Ansichten nicht alleine, meinte *Burg*, denn ähnliche Bemerkungen habe man schon früher auch von anderer Seiten gehört. Man erinnert sich dabei an die abfällige Behandlung, die jüdischen Organisationen in der Schweiz anfangs zuteil wurde. Beklagt wurde ausserdem, dass sich weder die Schweizer Banken noch die Bankiervereinigung von den Äusserungen *Delamuraz* distanzieren.

Burg vermutet, dass die Bemerkungen des Bundespräsidenten Anzeichen einer Verschwörung seien, die zum Ziel habe, die letztens gut funktionierenden Kommunikationskanäle zwischen den jüdischen Organisationen und den Schweizer Banken zu zerstören. *Singer* schlug in die gleiche Kerbe, gab aber immerhin zu, dass das Schweizervolk (höchstens 22 Prozent! sic.) gegen die Bemerkungen seines Bundespräsidenten protestieren werde. *Singer* erinnerte an die positiven Kontakte zu *Delamuraz* ' Vorgänger *Kaspar Villiger* – auf Vermittlung eines prominenten Vertreters der jüdischen Gemeinde in der Schweiz hatte er ihn persönlich getroffen – und hoffte, dass die jüngsten verbalen Auseinandersetzungen keine Abwendung von der seit damals geltenden Politik darstellten.

Dann verlangten die beiden jüdischen Organisationen innert eines Monats eine Rücknahme der (angeblich sic.) unverantwortlichen Bemerkungen aus der Schweiz. Dabei genüge es bei Weitem nicht, sich einfach für ungeschickte Äusserungen zu entschuldigen. Man erwarte hier eine Bekräftigung des guten Willens und eine Bestätigung der bisherigen Politik. (Und schon kommen wieder handfesten Drohungen, sic.). Sollten solche Signale ausbleiben, so drohen die beiden Organisationen mit einem Katalog von privaten, öffentlichen und gerichtlichen Strafmassnahmen gegen die Schweizer Banken: Boykott dieser Finanzinstitute und Abzug von Einlagen und Investitionen, Überprüfung der Lizenzen für deren Niederlassungen in den Vereinigten Staaten sowie eine Generalklage (Class action) im Namen aller jüdischen Geschädigten durch die Jewish Agency und den WJC. (Muss man sich da nicht einfach fragen, ob die Juden mit solchen Drohungen und Hetzkampagne nicht wieder ihre Glaubwürdigkeit verspielen? sic.)

Zusammen mit dem Vorsitzenden der Knessetkommission berichtete gleichentags Edward *Fagan* (es gibt in der englischen Literatur eine bekannte Figur mit gleichem Namen (Charles *Dickens*, «*Oliver Twist*»), ein Anwalt der im Namen amerikanischer Überlebender des Holocaust eine Generalklage in Milliardenhöhe gegen die Schweizer Banken anstrengt und in seiner Eigenschaft als Experte ebenfalls von der Knessetkommission angehört wurde. Die Sache sei erst fünfzig Jahre nach Beendigung des Krieges ins Rollen gekommen, da erst kürzlich Einsicht in Archive gewährt wurde. Die anderen Ausführungen des Anwalts wirkten zeitweise etwas konfus. So schlug *Fagan* die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gleich einmal zu den Schweizer Banken. Zu der Klage der 89jährigen Frau, die die Einlagen ihres Schweizer Ehemannes zurückfordert, wurde verschwiegen, dass dieses Guthaben

möglicherweise schon vor Jahren laut amerikanischem Recht in amerikanischen Staatsbesitz übergegangen sein konnte.

Auf die Frage, was die Knesset denn von der Schweiz erwarte, jetzt, da die Historikerkommission ernannt worden sei und der WJC mit der Bankiers Vereinigung einen gemeinsamen Untersuchungsausschuss gegründet habe, meinte *Hirschsohn*, dass die Banken ein halbes Jahrhundert Zeit hatten, selber vorzutreten, aber statt dessen während der ganzen Zeit alle Nachforschungen blockiert hätten. Nun wolle man sofortige Antworten, denn die Überlebenden seien zu alt, um auf die Schlussfolgerungen von Akademikern warten zu können. Damit steht die Knessetkommission teilweise im Widerspruch zum WJC, der sich ausdrücklich für eine gründliche Untersuchung durch die Kommission entschieden hatte.

Nach den schweren Vorwürfen, die in den zwei Vortagen an die Adresse der Schweiz gemacht wurden, führte der Schweizer Botschafter in Tel Aviv, Pierre *Monod*, ein Gespräch mit Avraham *Burg*. Die Unterredung fand noch vor der am gleichen Tage erfolgten Erklärung des Bundesrates zu diesem Thema statt. Das Treffen in Jerusalem, das schon seit Längerem vorgesehen war, aber wegen der laufenden Ereignisse vorgezogen wurde, sei nützlich gewesen und habe in einer freundlichen Atmosphäre stattgefunden, meinte *Monod* später. Es sei beschlossen worden, die Kanäle offen zu halten. *Burg* gab im Anschluss an das Treffen nähere Auskunft über die Beweggründe für die kürzlich gemachten Drohungen der Jewish Agency und des WJC.

Nach den Bemerkungen von Bundesrat *Delamuraz* sei es den jüdischen Vertretern in der Volcker-Kommission unmöglich, sich mit den Schweizer Bank Vertretern an einen Tisch zu setzen, solange sich diese nicht in unmissverständlicher Weise von den beleidigenden Äusserungen distanziert hätten, meinte

Burg. Er persönlich sei durch den Vorwurf «Erpressung» sehr verletzt worden. (Und wie ist es mit den jüdischen und amerikanischen Vorwürfen gegen die Schweiz? Soll sie nur die eine Backe hinhalten? sic.). Die kränkende Bemerkung *Delamuraz*¹ könnte er sich nicht anders erklären, als dass gewisse Kreise ein Interesse hätten, die Arbeit der Volcker-Kommission zu hintertreiben. (Schon wieder so eine krankhafte Vermutung! sic.). Die Tatsache, dass bloss die ungeschickte Art, wie die Äusserung gemacht wurde, zu einer Entschuldigung Anlass gab, sowie das Ausbleiben jeglichen Bedauerns über die Beleidigung durch Bankvertreter liessen keinen anderen Schluss zu, sagte *Burg*. Was genau er von der Gegenseite erwarte, wollte *Burg* nicht sagen. Es läge an der Schweizer Seite, die nötigen Schritte zur Zufriedenstellung der jüdischen Gesprächspartner zu finden, und dafür habe sie einen Monat Zeit. Eine blosser Neubesätigung der Verpflichtung zur Untersuchung der Rolle der Schweizer Banken genüge aber nicht und mache den Affront keineswegs wett. Die Jewish Agency wünsche den Schweizer Banken keinen Schaden, fügte der Vorsitzende der Organisation hinzu, und das einzige Ziel sei es, die angefangenen Arbeiten weiter zu führen. Aber dafür brauche es neben der rechtlichen auch eine emotionale (wir befürchten, dass wohl wiederum Geld gemeint ist!) Verpflichtung zur Aufarbeitung der Geschichte. *Burg* gab bekannt, dass die drei Buchprüfungsfirmen, die von der Volcker-Kommission mit der Untersuchung der nachrichtenlosen Vermögen beauftragt würden, im kommenden Juni die Resultate einer ersten Pilotstudie bekannt geben würden.

Burg bedauerte in einer Stellungnahme zu Agenturberichten über die Erklärung des Bundesrates, dass darin keine Entschuldigung zu den vorangegangenen Äusserungen von Bundesrat *Delamuraz* enthalten sei. Wörtlich heisst es in der Stellungnah-

me: «Es erstaunt, dass die Schweizer versuchen, uns mit Geld zu kaufen (bis dato wurde stets von der Schweiz und den Regierungsbehörden ein von der WJC und den USA geforderter, sofort zum «Zeichen des guten Willens» einzurichtender Fonds abgelehnt. Während die Juden und die Amerikaner stets nur von Geld redeten!), das ihnen niemals gehörte. Es ist wichtig daran zu erinnern, dass niemand von den Schweizern ver-, langte, einen Entschädigungsfonds einzurichten. (Wie widersprüchlich doch alle diese Bemerkungen von *Burg* und Konsorten sind!). Wir wollen nicht mehr als das, was uns gehört. Wie wir schon zu früheren Gelegenheiten den Leitern der Schweizer Banken klarmachten, muss das Prinzip, nach dem keine Guthaben, die auf unlauterem Weg erworben wurden, in den Schliessfächern der Schweizer Banken verbleiben, gewahrt bleiben.»

Aus Washington meldete sich nun wieder der US-Senator Alfonso *D'Amato* bei Bundespräsident Arnold *Koller*. In einem Brief forderte er, die Äusserungen seines Vorgängers Jean-Pascal *Delamuraz* offiziell zurückzuweisen. *D'Amato* wiederholte seine Forderung nach der Bildung eines Holocaust-Fonds als «Zeichen des guten Willens» (wer lügt jetzt?). Der Erpressungsvorwurf von *Delamuraz* im Zusammenhang mit einem vorgezogenen Holocaust-Fonds habe nicht dazu gedient, die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit aufzuklären. Das Schweigen des Bundesrates über die Bedenklichkeit dieser Bemerkungen sei zugleich bezeichnend für die Politik der Schweiz in dieser Angelegenheit.

Die erste Sitzung des Bundesrates im neuen Jahr findet jeweils am 15. Januar statt. Die heftigen ausländischen Reaktionen und das Interview, in dem Ende des Jahres 1996 der abtretende Bundespräsident Jan-Pascal *Delamuraz* einige aus seiner

Sicht bedenkliche Begleitaspekte der Kampagne gegen die Schweiz kritisiert hatte, bewogen die Landesregierung, in einer Telefonkonferenz die Lage zu besprechen und ihre Haltung in der Frage des Verbleibs nachrichtenloser Vermögen nochmals darzulegen.

Der Bundesrat bekräftigte seinen Willen zur uneingeschränkten Klärung der Herkunft und des weiteren Schicksals von Vermögenswerten, die vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg wegen des Naziregimes in die Schweiz gelangt sind. Diese Suche nach der historischen Wahrheit braucht Zeit. Der Bundesrat werde sich aber dem Ergebnis stellen und die nötigen Konsequenzen aus den Schlussfolgerungen ziehen. So weit bestätigte der Bundesrat seine Skepsis gegenüber spontanen finanziellen «Gesten des guten Willens» und vorgezogene Fonds, wie sie nacheinander die Bundesräte *Cotti*, *Koller* und schliesslich *Delamuraz* in ihren öffentlichen Erklärungen zum Ausdruck brachten. Begründet wurde diese Haltung u. a. mit der Sorge, dass ein solches einseitiges Entgegenkommen von der anderen Seite als Schuldgeständnis aufgefasst würde und umgehend weitergehende Forderungen nach sich ziehen würde. Im Gegenwind des Entrüstungssturms, den *Delamuraz* in den USA und Israel mit seiner pointierten Kritik am Auftritt der jüdischen Interessen Vertreter der Schweiz gegenüber entfesselt hatte, zog sich der Bundesrat aber auf die zu einem früheren Zeitpunkt erwogene Position zurück und stellte zwei Möglichkeiten finanzieller Abgeltung in Aussicht.

Auch für den Bundesrat ist die Lagebeurteilung klar, dass nachrichtenlose Gelder auf Konten bei Schweizer Banken einer sinnvollen Verwendung zuzuführen sind. Entsprechende Gespräche sollen mit den Banken und interessierten Kreisen aufgenommen werden. Die Landesregierung übernimmt damit im Prinzip den Vorschlag der FDP. Diese schlägt einen Bundesbeschluss vor, «der es erlaubt, die in der Schweiz deponierten und

durch die Volcker-Kommission oder andere Untersuchungsgremien eruierten nachrichtenlosen Vermögen einem öffentlichen Fonds des Bundes zur Verwaltung zuzuleiten». Der Bundesrat will bis Ende Januar zu diesem Vorstoss Stellung nehmen. Ferner stellt der Bundesrat die Prüfung allfälliger Massnahmen in Aussicht, falls bereits im Verlauf der historischen Aufarbeitung damalige Tatbestände definitiv erhärtet werden, die ein rasches Vorgehen erfordern. Unter diesem Titel könnte der Bundesrat beispielsweise jene Kosten zurückerstatten, welche die Behörden damals den jüdischen Organisationen in der Schweiz zur Betreuung der ausländischen jüdischen Flüchtlinge auferlegt hatten.

Der Bundesrat lehnte es hingegen ab, die Äusserungen von *Delamuraz* nachträglich zu zensieren, und der letztjährige Bundespräsident verzichtete auch auf öffentliche Entschuldigungen. Er wiederholte indessen sein Bedauern, dass seine «falsch verstandenen Äusserungen» zur Einrichtung eines Fonds der Naziopfer und ihrer Familien verletzen konnten und derart heftige Reaktionen auslösten. *Delamuraz* betonte zudem, seine Kritik habe sich weder gegen die USA noch einen anderen Staat, sondern allein gegen jene gerichtet, welche gegenüber dem Chef der Task Force, Botschafter Thomas *Borer*, während seines Aufenthaltes in den USA die sofortige Einrichtung eines Fonds von 250 Millionen Franken verlangt hatten. *Delamuraz*⁹ harsche Bemerkungen entstanden offensichtlich unter dem Eindruck interner Rapporte über jene Begegnung Mitte Dezember, wonach die mit Boykottandrohungen verbundene Geldforderung einen erpresserischen Charakter hatte.

Aus den Reaktionen der Umgebung von *Delamuraz* wurde deutlich, dass das umstrittene Interview kein unkontrollierter Ausrutscher war. Der Waadtländer Magistrat erachtete es vielmehr als seine Pflicht, die Souveränität des demokratischen

Rechtsstaates Schweiz gegen die nach seiner Einschätzung unqualifizierten Versuche von aussen zu verteidigen, der Schweiz ihre Politik diktieren zu wollen. Mit Verständnis im Volk zu seiner Sorge um die innere Befindlichkeit eines Volkes im Dauerangriff kann *Delamuraz* bestimmt rechnen.

Dennoch muss von einem verantwortlichen Politiker erwartet werden können, Worte zu vermeiden, die nachträglich wieder halbwegs zurückgenommen und mit Formeln des Bedauerns relativiert werden müssen. Denn derartige Äusserungen sind nur Wasser auf die Mühlen derartiger Kampagnen und tragen zudem zur innenpolitischen Verunsicherung bei.

Wortlaut der Erklärung des Bundesrates:

«In den letzten Tagen haben sich Erklärungen, Reaktionen, Forderungen und Missverständnisse zur Haltung der Schweiz in der Frage des Verbleibs der nachrichtenlosen Vermögen gehäuft. Der Bundesrat hat heute morgen an einer Telefonkonferenz darüber beraten. Er beschloss dabei, seine Haltung in dieser Frage nochmals klar dazulegen.

Der Bundesrat ist gewillt, die Haltung der Schweiz vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg vollständig und ohne jegliche Einschränkung zu klären. Zusammen mit dem Parlament hat er einen umfassenden Prozess in die Wege geleitet. Ziel dieses Prozesses ist die Wahrheitsfindung.

Die Einsetzung der von Professor *Bergier* geleiteten Expertenkommission, in der international anerkannte Fachleute mitwirken, unterstreicht den unvoreingenommenen Willen, die Wahrheit zu finden. Um dies zu verwirklichen, hat das Parlament die nötigen Entscheide getroffen. Der in einmalig schneller Zeit einstimmig verabschiedete Dringliche Beschluss sieht

u.a. vor, dass der Kommission sämtliche Dokumente zur Verfügung stehen, insbesondere auch diejenigen, die sonst durch das Bankgeheimnis gesperrt wären. Die von der Schweizerischen Bankiervereinigung und dem Jüdischen Weltkongress eingesetzte Volcker-Kommission wird ihre Anstrengungen zur Abklärung allenfalls noch bestehender Ansprüche von Shoa-Opfern und -Nachfahren intensiv führen.

Die Suche nach der historischen Wahrheit in dieser dramatischen Zeit der Geschichte braucht Zeit. Der Bundesrat betont aber bereits heute seinen Willen, sich den Untersuchungsergebnissen vorbehaltlos zu stellen. Er wird, wie dies schon im Parlament dargelegt worden ist, seine Schlussfolgerungen auf Grund dieser Forschungsergebnisse ziehen. Sollten schon während der Zeit der Erhebung damalige Tatbestände definitiv erhärtet werden können, die ein sofortiges Handeln erfordern, so wird der Bundesrat die notwendigen Schritte prüfen. Dies gilt auch im Hinblick auf die verschiedenen Vorschläge nach finanzieller Entschädigung, die in jüngster Zeit vorgebracht worden sind.

Klar ist auch, dass entsprechende nachrichtenlose Gelder, welche auf Bankkonti liegen, einer sinnvollen Verwendung zuzuführen sind. In diesem Bereich ist der Bundesrat bereit, mit den Banken und den interessierten Organisationen sofort Gespräche über die Schaffung eines Fonds zugunsten der Holocaust-Opfer und ihrer Nachkommen zu führen.

Mit all diesen Massnahmen zeigt die Schweiz, dass sie bereit ist, ihre Vergangenheit selbstkritisch aufzuarbeiten. Sie tut dies in einem Geist der Offenheit und der Klarheit. Sie erwartet, dass ihr guter Wille nicht angezweifelt wird. Die Schweiz ersucht alle betroffenen Organisationen und Behörden, mit ihr in einem Dialog und ohne Vorurteil zusammen zu arbeiten. Die Suche nach der Wahrheit und der Wille zur Solidarität mit den

Opfern des Holocaust sollen die einzige Triebkraft all dieser Bemühungen sein.»

Avraham *Burg* weigerte sich aus Protest gegen die Aussagen von Bundesrat *Delamuraz*, Botschafter Thomas *Borer* als offiziellen Vertreter der Schweizer Regierung zu treffen. Einen entsprechenden Brief sandte er an den Botschafter mit folgendem Wortlaut:

«Ich bedaure, Sie darüber in Kenntnis setzen zu müssen, dass ich unter den gegenwärtigen Bedingungen weder interessiert noch fähig bin, Sie als offiziellen Vertreter der Schweizer Regierung zu treffen. Die Äusserung Ihres scheidenden Bundespräsidenten, der uns des Versuchs der Erpressung gegen die Schweizer angeklagt hat, hat eine Tatsache geschaffen, die es mir wie auch meinem Kollegen verbietet, in den Verhandlungen mit den Schweizer Banken offizielle Vertreter der Schweizer Regierung zu treffen.» (Würde die Schweiz über die gleichen Beleidigungen und haltlosen Vorwürfe, Drohungen und Erpressungen gleich reagieren, wie die Juden, wären die Verhandlungen längst abgebrochen. Aber scheinbar wird hier mit zweierlei Mass gemessen! sic.).

Der NZZ-Inlandredaktor Matthias *Sax* brachte am 13. Januar 1997 folgenden Leitartikel, der für alle Parteien versöhnlich klingen, aber auch zur Zurückhaltung mahnen will:

«Die Dissonanzen des Paukenschlags von Bundespräsident *Delamuraz* mitten in die politische Festtagspause hallen noch immer nach. Umfragen und zahlreiche persönliche Briefe (siehe Kapitel 8. sic.) der jüngsten Tage mögen Bundesrat *Delamuraz* den Rücken stärken. Die in guten Treuen gemach-

ten, aber offenbar auf Missverständnissen basierenden Äusserungen vertragen sich jedoch ebensowenig mit dem Stil des Präsidenten einer Landesregierung wie sie der Lösung eines besonders heiklen aussenpolitischen Problems dienen. Unhaltbare Vorwürfe und Drohungen muss die Landesregierung zurückweisen – aber in einem Stil und einer gemeinsamen Sprache, die entspannend wirken statt Öl ins Feuer giessen».

Ob es nun ein Zeichen besonderer politischer Klugheit war, im Verein mit ausländischen Organisationen die übrigen Bundesräte zu einer Distanzierung von *Delamuraz* zu drängen und damit das Kollegium spalten zu wollen, dieser Frage werden sich wiederum die Sozialdemokraten zu stellen haben. Ganz zu schweigen vom lauten Nachdenken der Grünen über eine Rücktrittsforderung an *Delamuraz*, in der Hoffnung, ihr an Kronen Verlichtung leidender Wählerstamm gesunde ob solcher Wortmeldungen. Nicht abzuschätzen ist andererseits die Wirkung der Äusserungen *Delamuraz* auf gewisse Kreise, die sich in ihren antisemitischen Überzeugungen bestärkt sehen könnten.

Immerhin gibt es auch besonnene Stimmen, die zu einer raschen Abkehr vom Wortkrieg raten und vor den negativen Folgen rhetorischer Scharfmacherei im In- und Ausland warnen. Die TV-«Arena» zeigte einen Bundespräsidenten *Arnold Koller*, der die Worte behutsam wählt und seine Emotionen zu kontrollieren weiss. Die Schweiz ist mit einem Bundespräsidenten, der lieber einmal zu wenig redet, als einmal zuviel schwatzt, in diesem schwierigen Jahr wohl gut bedient. Verzeichnenswert auch, dass Bundesrätin *Dreifuss* in ihrer besonderen Lage dem Drängen ihrer Partei und der Medien nach einer Solotour im Siebnerkollegium bisher nicht nachgegeben hat.

Auch Sigi *Feigel* leistete einen Beitrag der Besonnenheit, indem er in einem Schreiben an den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses um Mässigung und um Vertrauen für den Bundesrat warb. Als Ehrenpräsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich erinnert er den Jüdischen Weltkongress «in echter und grosser Besorgnis» daran, auch Gesprächsverweigerungen, Ultimaten und Boykottdrohungen von jüdischer Seite seien «hervorragende politische Fehlleistungen». Der israelische Aussenminister war schon in der vergangenen Woche auf Distanz zu den Boykottdrohungen einzelner jüdischer Organisationen gegangen, und die amerikanische Botschaft in der Schweiz räumte in ihrem Lob für die schweizerische Aussenpolitik ein, Regierung und Banken der Schweiz hätten bei den nachrichtenlosen Vermögen angefangen, wichtige Schritte zu unternehmen.

Diesen Schritten müssen ohne Verzug, aber auch ohne Überstürzung weitere folgen. Die Schweiz muss sich die Zeit für die kritische Aufarbeitung ihrer jüngeren Vergangenheit nehmen. Und die notwendige Zeit dazu ist ihr vom In- und Ausland zu gewähren, denn andere Länder in Europa und bis hin nach Japan sind mit dem Ausleuchten ihrer vergangenen Fehler und Versäumnisse zum Teil noch weniger weit.

Den Bundesräten sollten Worte zu dieser schwierigen Angelegenheit fortan in ihren gemeinsamen Sitzungen leichter von der Zunge gehen als im medialen Einzelsprung vor irgendwelchen Mikrofonen. Pannen und Peinlichkeiten, wie sie bei der Bestellung und bei der Finanzierung der Historikerkommission sowie über das Jahresende vorgekommen sind, bedürfen wahrlich keiner Wiederholung. Der Wille des Bundesrates und der Banken, das Mögliche zu tun, muss glaubhaft erkennbar wer-

den. Bei erhärteten Fakten sind Taten in Form einer Stiftung oder eines Fonds mit Umsicht anzugehen.

Politiker und Medien sind im Interesse einer einvernehmlichen Lösung auch gut beraten, wenn sie nicht aus partikulären Interessen ihre eigenen Süppchen kochen. Die Aufarbeitung der Geschichte soll nicht zum agitatorischen Vorwand degradiert werden, die ganze Aktivdienstgeneration in unverhohlenen (Schaden-)Freude endlich in Sack und Asche vorzuführen, als ob es damals in der Schweiz nur feige Anpassung und keinerlei Widerstand oder Hilfe für Bedrohte gegeben hätte. Unter anderem haben sich gerade um die Betreuung jüdischer Flüchtlinge auch zahlreiche nichtjüdische Schweizer verdient gemacht.

Im Übrigen muss es weiterhin möglich sein, sich auch mit Argumenten von jüdischer Seite kritisch und öffentlich auseinanderzusetzen, ohne umgehend als Rassist gebrandmarkt zu werden. Gegen den Volkswillen lässt sich nämlich die Vergangenheit hierzulande nicht bewältigen.

Jeden Tag geht das Seilziehen um die Kontroverse, wie die Schweiz in Bezug auf einen Entschädigungsfonds vorgehen soll. Die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), Ruth *Dreifuss*, sicherte in einem Interview mit der „Sonntags-Zeitung“ zu, der Bundesrat wolle mit den Überlebenden des Holocaust nicht auf Zeit spielen. Für ihn sei es klar, dass jetzt rasch etwas gehen müsse. Die Schweiz sei völlig frei, zwischen den Bedürfnissen nach Wahrheit und dem dringenden Verlangen nach Gerechtigkeit die nötigen Entscheide zu treffen.

Im Vordergrund steht der Entscheid über die Vermögen in der Höhe von gut 40 Millionen Franken, die von den Schweizer Banken als nachrichtenlos ermittelt worden waren. Der Chef der Task Force, Thomas *Borer*, sagte, dass in dieser Frage bereits zwei Sitzungen mit den Banken stattgefunden hätten. Da-

von zu trennen sei indessen die Frage eines Fonds oder einer Stiftung.

Um eine Versachlichung der Diskussion bemühte sich auch der Konzernchef des Schweizerischen Bankvereins, Marcel *Ospel*. In einem Interview der Zeitung «Finanz und Wirtschaft» sagte er, er habe absolut keine Anzeichen dafür, dass eine Verschwörung gegen den Finanzplatz Schweiz im Gang wäre. Überlegungen einer finanziellen Geste seien den Banken nicht fremd.

Wie Stellungnahmen aus dem In- und Ausland deutlich machten, stehen gemeinsamen Anstrengungen der Schweiz und jüdischer Organisationen zur Bewältigung der Krise einerseits die bisher ausgebliebene Entschuldigung von Bundesrat *Delamuraz* und andererseits eine offenere Haltung der jüdischen Organisationen im Ausland im Wege. Eine weitere Distanzierung des Gesamtbundesrats von der *Delamuraz*-Aussage, wonach Forderungen nach finanzieller Wiedergutmachung in der Höhe von 250 Mio. Franken einer Lösegelderpressung gleichkämen, ist gemäss Bundespräsident *Arnold Koller* und Bundesrätin *Ruth Dreifuss* nicht geplant.

Avraham Burg stellt sich vor, dass der israelitische Staat und alle jüdischen Vereinigungen den von der Schweiz zu schaffenden Holocaust-Fonds tragen. In einem Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin «Der Spiegel», sagte *Burg* weiter, erste Nutzniesser sollten die rechtmässigen Besitzer und die Überlebenden des Holocaust sein. *Burg* wiederholte seine Kritik an Bundesrat *Jean-Pascal Delamuraz* und sagte, mit seinem Erpressungsvorwurf habe er alle Juden in einer Weise beleidigt, «die es mir verbietet, mich je wieder an einen Tisch mit ihm zu setzen». Über diesen Mann liesse sich, dies sei nebenbei bemerkt, einiges sagen. Die Hälfte der Schweizer Bevölkerung schein ihm zur Einkehr bereit. (Offensichtlich ist *Burg* falsch orientiert.

Die Schweizer Bevölkerung ist für eine gerechte Aufklärung und für einen Fonds bereit, den vorwiegend die Schuldigen zu tragen haben. Beleidigungen, Drohungen und unhaltbare Vorwürfe, die jeden Schweizer persönlich treffen, und wie sie permanent von jüdischer Seite her gegen die Schweiz und die Regierung losgelassen werden, toleriert er nicht. Da reagiert der Eidgenosse wesentlich differenzierter, als die Juden und Amerikaner wahrhaben wollen. sic.). *Burg* meint: «Das Volk der Schweizer sollte sich offen von dieser Beleidigung distanzieren.» *Burg* stellte ferner in Abrede, der Schweiz zu drohen. «Wir fassen nur alle Möglichkeiten ins Auge, um bei den Verhandlungen über die Rückgabe der jüdischen Guthaben im Februar 1997 in New York endlich zu einem Resultat zu kommen.» (Was ist das anderes, als eine wiederholte versteckte Drohung? sic.).

Max *Frenkel* von der NZZ nahm daraufhin in einem Kommentar zu den Äusserungen *Burgs* Stellung, indem er die Schwächen und negativen Effekte ihrer Argumentation blosslegte:

«Es ist nicht ganz einzusehen, weswegen die Schweizer Einkehr üben sollten. Sie und ihre Vertreter im Parlament haben mit dem kürzlich gefassten Bundesbeschluss bewiesen, dass sie Klarheit über seinerzeit begangenes Unrecht schaffen und daraus Konsequenzen ziehen wollen. So weit ist in der laufenden Kontroverse bisher noch kein anderes Land gegangen. Und sicher liesse sich über Jean-Pascal *Delamuraz* einiges sagen. Auch über Avraham *Burg* – über jedermann – liesse sich einiges sagen. Aber es ist genau diese seit Monaten gegenüber der Schweiz und ihren Vertretern verwendete verunglimpfende Sprache, die von vielen hierzulande wenn nicht als notwendig, so doch als beleidigend empfunden wird. Sie steht zudem im deutlichen Kontrast zur Empfindlichkeit des Sprechers selbst.»

WJC-Präsident Edgar M. *Bronfman* doppelte in einem Briefwechsel nach. Allerdings in einem scheinbar versöhnlichen Ton mit Bundesrat *Delamuraz*. In ihrer Aussprache mit dem Leiter der Task Force, Thomas *Borer*, hatten die beiden jüdischen Vertreter des WJC am 9.12.1996 in New York sehr bestimmt die Einrichtung einer Stiftung mit einer vorläufigen Einlage von 250 bis 300 Millionen Franken verlangt. Sie begleiteten die Forderung mit eindeutigen Drohungen für den Fall, dass der Bundesrat nicht zu einer Absichtserklärung Hand böte. Hinweise auf Drohungen und die Möglichkeit des WJC, diese politisch umzusetzen, fand sich auch in den Depeschen der in den USA stationierten Schweizer Diplomaten.

Insgesamt wirkte die unbedachte Äusserung von Jean-Pascal *Delamuraz* wie eine unfreiwillige Vorlage für all jene, die die Schweiz mit pseudo-moralischen Vorhaltungen unter Druck setzen wollten. Ohne sich zuvor mit den Kollegen im Bundesrat abzusprechen und ohne Rücksprache mit Kennern der sensiblen Thematik und des politisch heiklen Umfelds liess sich *Delamuraz* in einer Aufwallung zur Verteidigung der Schweiz gegen Druckversuche von aussen zu unreflektierten Äusserungen hinreissen, was ihm den Vorwurf der mangelnden politischen und moralischen Sensibilität eintrug. Der Vorwurf der «Lösegelderpressung» brachte sämtliche jüdischen Organisationen gegen die Schweiz auf und provozierte Unmutsäusserungen der Regierungen in Jerusalem und Washington. Die in den letzten Monaten mühsam aufgeschichteten Bausteine des gegenseitigen Vertrauens wurden umgeworfen, der WJC und andere jüdische Organisationen verweigerten die Fortsetzung des Dialogs, und der Bundesrat geriet unter zunehmenden Druck, sich von seinem Kollegen zu distanzieren und ihn zur Entschuldigung zu drängen. Die Möglichkeit der Entspannung zeichne-

te sich erstmals ab, als ein Sprecher des WJC im Schweizer Fernsehen die Existenz der Entschädigungsforderungen seiner oder einer anderen jüdischen Organisation in der Grössenordnung von 250 bis 300 Millionen Franken kategorisch dementierte. Botschafter *Borer* nahm es in seiner Stellungnahme auf sich, den Bundesrat über solche Forderungen des WJC informiert zu haben. Das Dementi eröffnete *Delamuraz* die Chance, mit dem Hinweis auf offensichtlich unpräzise oder zumindest widersprüchliche Informationen über die ultimativ erhobenen Entschädigungsforderungen die Voraussetzungen für sein Interview als gegenstandslos zu erklären und auf seine Worte zurückzukommen. Bis beide Seiten diese goldene Brücke beschreiten und den Konflikt bereinigen könnten, braucht es aber zähe Verhandlungen.

Der Schweizer Magistrat konnte und wollte sein Gesicht nicht verlieren und vor allem sicher sein, dass seine Distanzierung vom Interview von der anderen Seite tatsächlich akzeptiert und nicht als ungenügend zurückgewiesen würde. Gleichzeitig musste er aber einsehen, dass ihn eine zu rigide Haltung im Bundesratskollegium und mit einer zeitlichen Verzögerung wohl auch in der Öffentlichkeit mehr und mehr isolieren würde. In New York bemühten sich Botschafter *Defago* vom schweizerischen Generalkonsulat, und der am Rande zu Besuch weilende Berner Nationalrat François *Loeb*, Generalsekretär Israel *Singer* vom WJC und in Bern Bundespräsident Arnold *Koller* um die Redaktion von für beide Seiten zufriedenzustellenden Brieftexten, wobei um jedes Wort gerungen wurde. Der Durchbruch erfolgte denn auch erst am späteren Abend. Noch vor der Bundesratssitzung trat Bundesrat *Delamuraz* vor die Medien und erklärte, seit seinem Interview seien neue, ihm damals nicht bekannte Elemente bezüglich des Entschädigungsfonds bekannt geworden. Er habe deshalb erklärt, wie weit er von fal-

schen Voraussetzungen ausgegangen sei. Das Ergebnis dieser Abklärungen schlug sich im Brief an WJC-Präsident *Bronfinan* nieder, in dem *Delamuraz* noch einmal bedauert, die Gefühle vieler Menschen, insbesondere jene von Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft, verletzt zu haben. «Ich versichere Sie, dass dies nicht meine Absicht war. Die Informationen, auf denen meine Äusserungen zur Schaffung des Fonds basierten, waren unpräzise» lautete schliesslich die diplomatische Formel.

In seiner Antwort erklärt sich *Bronfinan* erfreut, «zum konstruktiven Dialog mit den schweizerischen Behörden und Banken zurückzukehren, um die offenen Fragen zu lösen, welche die Einrichtung unseres gemeinsamen Ziels der Wahrheitsfindung und Gerechtigkeit fördern». Mit diesem konzilianten Ausklang endete die bittere Konfrontation, welche die Schweiz und die jüdischen Organisationen wegen der Erpressungsvorwürfe, Gesprächsverweigerungen, Ultimaten und Boykottdrohungen in einer ausweglosen Situation zu blockieren drohten.

Die Fehlleistung von *Delamuraz* widerspiegelt das Unvermögen des Bundesrates als Kollegium, das Entstehen von kritischen Situationen rechtzeitig zu erkennen, das brisante Thema zur «Bundesratssache» zu machen und rasch ein angemessenes Krisenmanagement aufzubauen. Obwohl neu veröffentlichte Quellen zur historischen Aufbereitung des Zweiten Weltkrieges schon seit Monaten bedrohlich lange Schatten auch auf die Schweiz warfen, unterschätzte der Bundesrat die potentielle Gefahr für das Land und unterliess es, sich in Klausursitzungen mit Experten auch von ausserhalb der Verwaltung zu umgeben, die Thematik zu durchleuchten, die Personen und Beweggründe der Gegenseite kennenzulernen und eine Strategie zum klugen Umgang mit Fakten, Forderungen und eigenen Verlässnissen zu entwerfen. Aus einer solchen gemeinsamen Er-

arbeitung der längerfristigen Politik ergäben sich auch untereinander abgesprochene und anschliessend für alle verbindliche Sprachregelungen, mit denen sich Informationspannen vermeiden liessen.

Dieses zielsichere Krisenmanagement ist nach der erneuten Freigabe des Dialogs um so wichtiger, als jetzt der Bundesrat Tatbeweise erbringen muss für die Umsetzung der von *Delamuraz* gegenüber *Bronfman* erneut in Erinnerung gerufenen Grundsatzentscheide des Bundesrates, «die Wahrheit zu finden und Gerechtigkeiten walten zu lassen, Werte, denen sich mein Land tief verpflichtet fühlt». Einen Anfang machte dann der Bundesrat mit seinem Ersuchen an die von Professor *Bergier* präsidierte Historikerkommission, zu prüfen, ob zwei der historisch bereits aufgearbeiteten Gebiete, wie die Goldtransaktionen der SNB und die Flüchtlingspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs, vorab behandelt werden könnten. Dies offensichtlich in der Absicht, rasch und gezielt bestimmte Hilfeleistungen zu erbringen. Bezüglich der nachrichtenlosen Gelder auf Schweizer Bankkonti, teilte der Bundesrat mit, werde er in Kürze über das Ergebnis von Gesprächen zwischen den Banken und interessierten Organisationen ins Bild gesetzt. Gestützt auf diese Informationen, werde sich die Landesregierung mit der Schaffung eines Fonds zugunsten der Shoa-Opfer und ihrer Nachkommen befassen.

Kaum schien man sich wieder auf sicherem und konstruktivem Terrain zu befinden, kam es erneut zu einem Zwischenfall. Diesmal aus einer Grossbank in der Schweiz selbst.

Unter dem Titel «Ein bedauerlicher Fehler bei der SBG» hat die Schweizerische Bankgesellschaft die Medien über einen Vorfall orientiert. «Die SGB hat am 10. Dezember 1996, noch vor der Verabschiedung des Bundesbeschlusses betreffend his-

torische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögen einen unbegrenzten, generellen Aktenvernichtungsstopp erlassen. Trotzdem hat ein Mitarbeiter nach Durchsicht von jahrzehntealten Geschäftsakten der SBG-Tochtergesellschaft Eidgenössische Bank Unterlagen zur Entsorgung freigegeben. Er hatte diese als unwichtig beurteilt. Ein Vertreter einer Firma, welche bei der SBG mit Bewachungsaufgaben betraut ist, hat diese Dokumente entdeckt, entwendet und der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich übergeben, welche die Strafverfolgungsbehörden eingeschaltet hat. Die SBG hat sofort mit der Untersuchung der Bezirksanwaltschaft IV für den Kanton Zürich zusammengearbeitet. Die internen Abklärungen bei der SBG haben ergeben, dass keine Absicht bestand, Akten zu vernichten, die im Zusammenhang mit der Aufklärung der Vorgänge während des Zweiten Weltkrieges stehen könnten. Die SBG bedauert den Vorfall ausserordentlich und wird verstärkt dafür sorgen, dass die angeordneten Massnahmen strikt eingehalten werden...»

Die erwähnte Bezirksanwaltschaft hat darauf hin eine Strafuntersuchung wegen einer möglichen Verletzung des erwähnten Bundesbeschlusses sowie des Bankgeheimnisses eingeleitet und konnte, nach eigener Angabe, dank «der vorbehaltlosen Kooperation der Bankorgane» den Vorfall noch am selben Tag klären. Sie will im Interesse der laufenden Untersuchung vorläufig keine weiteren Auskünfte erteilen.

Es sollte alles anders kommen, denn spektakuläre Auskünfte waren schon an einer vom Präsidenten des ICZ, Werner *Rom*, am späten Nachmittag einberufenen Pressekonferenz zu erhalten. Bei dieser Pressekonferenz war auch der Informant, der etwa 30jährige Christoph *Meili*, Vater von zwei Kindern, anwesend. Als Folge der Geschehnisse ist er von seiner Arbeitge-

berin, der Firma Wache AG, vor läufig suspendiert worden. Doch es gab noch viel mehr zu erfahren: Er habe, so *Meili*, am 8. Januar bei einem Kontrollgang im SBG-Gebäude Grünhof an der Nüscherstrasse in Zürich im verschlossenen Shedderraum zwei kleinere Aktenwagen mit einer grossen Zahl von alten Protokollbänden und Kassenblättern von 1875 bis in die siebziger Jahre gesehen und sofort an die Diskussion um die nachrichtenlosen Vermögen gedacht. (Seine Erklärungen kamen stotternd und ziemlich wirr über den Abendbildschirm. Scheinbar hatte er Mühe sich irgendwie zu artikulieren, sic.). Bei der Durchsicht des Materials habe er gedacht, dass man solches doch nicht vernichten dürfe, und sei zum Schluss gekommen, dass die Öffentlichkeit informiert werden müsse. Und dann kam die etwas weithergeholte und sektiererische Formulierung: «Wenn Gott mir diese Akten in die Hände gibt, so muss ich etwas damit unternehmen.»

Meili durchsuchte in der zur Verfügung stehenden Zeit das Material und entfernte zwei Gruppen von Dokumenten: Drei handgeschriebene Protokollbände einer «Direktion 9» der Eidgenössischen Bank von Anfang des Jahrhunderts bis 1926. Aus diesen Bänden sei hervorgegangen, dass die Bank deutschen Firmen, zum Beispiel der Deutschen Bank, grosse Kredite eingeräumt habe. In *Meilis* Vorstellung ist das ein Indiz für die Verstrickung der Bank in den später aufkommenden Nationalsozialismus. *Meili* nahm aber auch etwa 40 Blätter aus der Periode 1930 bis 1940 über Immobilien in Berlin an sich, die an die SBG – zum Teil wie auf den Blättern vermerkt – aus Zwangsverwertungen übergegangen und teilweise mindestens noch in den siebziger Jahren in deren Besitz gewesen seien. Als Beispiel wurde die Claridenstrasse 8 genannt. *Meilis* Meinung nach betraf der grössere Teil der am folgenden Tag dann tatsächlich vernichteten Akten die Periode 1930. Zwei weitere,

nur zusammengepresste Bände fischte er tags darauf noch aus dem Müll.

Und *Meili*? «Ich fühlte mich verpflichtet, auch dem jüdischen Volk gegenüber etwas zu tun.» Die Akten der Polizei zu übergeben, erschien ihm zu gefährlich, weil diese die SBG schützen könnte. So telefonierte er der israelitischen Botschaft in Bern und wurde von dieser eingeladen, ihr die Unterlagen per Post zu senden. Aber *Meili* befürchtete, dass ein solches Paket an die Botschaft irgendwo geöffnet werden könnte. Also setzte er sich am Freitag mit der ICZ in Verbindung und lieferte Bände und Blätter dort ab. Die ICZ übergab sie der Bezirksanwaltschaft, bei der sich *Meili* dann – aus eigenem Willen – am Montag mit einem von der ICZ organisierten Anwalt stellte und während vier Stunden ein vernommen wurde.

Der grosse Teil der vernichteten Akten hatte, wie sich später herausstellte, keinen Zusammenhang mit der vom Bundesbeschluss abgedeckten Periode. Ein nicht unwesentlicher Teil betraf genau diese, wie etwa die erwähnten Liegenschaftenblätter. Man darf der SBG-Leitung wohl Glauben schenken, dass die Vernichtung ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen durchgeführt wurde. Aber irgendwo in dieser Hierarchie wird diese Vermutung des guten Glaubens arg strapaziert. Der mit der Durchsicht betraute Mitarbeiter und sein Chef dürften ja auch hin und wieder Zeitung gelesen oder Radio und Fernsehen gehört und geschaut haben. Wer zu Jahresbeginn dennoch Bankakten aus der Zeit nach 1930 vernichtete, handelte entweder kriminell oder dumm. Dass dieser bedauerliche Fehler der SBG Schaden verursachen wird, dessen Mass jetzt wahrscheinlich noch gar nicht abzusehen ist, ist das eine. Er ist von ihr zu tragen. Dass der Schaden aber auch andere und nicht zuletzt den über Gebühr angeschlagenen Ruf der Schweiz treffen wird, ist mehr als nur bedauerlich. Es wird zur teilweisen Reparatur des Schadens

auch zu überlegen sein, ob die Strafverfolgungsbehörden nicht eine beträchtliche Summe Geldes für Hinweise aussetzen sollten, die ähnliche Vernichtungsaktionen andernorts seit etwa letztem Herbst aufdecken könnten – und hoffentlich nicht aufdecken werden, weil es sie nicht gab.

Bleibt die Frage des Schicksals von *Meili*. Zwar wirkten seine Überlegungen teilweise naiv und dann wieder auf fremdem Mist gewachsen. Er hat Akten entwendet, und er hat wahrscheinlich das Bankgeheimnis verletzt. Dieses Handeln hat das Gericht zu beurteilen. Aber die Tatsache bleibt, dass er ein persönliches Risiko eingegangen ist, um Unverantwortliches aufzudecken. Zugleich aber wird man sich die Frage stellen, wie ein solcher Mensch mit dem Strudel der Vereinnahmungen seines Tuns durch andere zurecht kommen wird.

Schon versuchte die Sozialdemokratische Partei, Profit daraus zu schlagen, indem sie verlangt, dass der Bundesrat einen Dringlichen Bundesbeschluss für ein umfassendes Inventar der vorhandenen Akten bei Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltungen veranlasst. Damit sollen weitere Aktenvernichtungen verhindert werden. Die Vernichtungsaktion der SBG sei nur durch Zufall bekannt geworden. Die SP, die in ihrer Mitteilung gegen den «schwerwiegenden Verstoss» protestierte, ruft im Weiteren auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Banken und Versicherungen auf, Kenntnisse über Straftaten im Zusammenhang mit nachrichtenlosen Vermögen umgehend der Historikerkommission unter der Leitung von Jean-François *Bergier* mitzuteilen. (Die bange Frage sei gestellt: Werden jetzt das Schüren von Misstrauen gegen den Rechtsstaat und seine Organe und unverhohlene Demagogie zur offiziellen Parteipolitik? sic.)

Im Anschluss darauf gab es einen Lokaltermin im Bundesarchiv. Am 14. Januar erschien ein Bericht in der NZZ, wonach der riesige Andrang vom In- und Ausland zur Veranstaltung des Freisinnig-Demokratischen Presseverbands über die praktischen Aspekte rund um den Themenkomplex der nachrichtenlosen Vermögen deutlich machte, dass hier von privater Seite eine Lücke im Informationsdispositiv der Behörden geschlossen worden ist. Der Lokaltermin im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern bot einerseits Gelegenheit, Einblick in die gigantische wissenschaftliche Aufgabe zur Aufarbeitung der schweizerischen Vergangenheit zu nehmen. Darüber hinaus gab er, fernab von den tagespolitischen Turbulenzen, ausgewiesenen Kennern der Schweizer Geschichte die Möglichkeit zu einem klaren Wort aus berufenem Munde.

Dann kam wieder viel Lob von jüdischer Seite für die Schweizer Banken. Im Wechselbad dieses Auf und Ab meldete sich Direktor Abraham *Foxman*, der zuvor *Meili* vor den Medien und vor laufender Kamera umarmte und ihm die Nachricht unterbreitete, dass, wenn die Schweizer Banken ihm einen Strick drehen sollten, für seine Familie gesorgt wäre. Denn eine jüdische Organisation hatte einen Fonds von 50'000 Franken zur Verfügung gestellt, damit seine Familie nicht in Not geraten sollte, wenn er seine Arbeit verlöre. Auch erhielt *Meili* von *D'Amato* einen Telefonanruf, wonach er ihm zu seiner heldenhaften Tat gratulierte und ihn mit seiner Frau nach New York einlud. *Foxman*, Leiter der einflussreichen jüdisch-amerikanischen Anti-Difamation League (ADL) sagte an einer Pressekonferenz in Zürich, er habe während eines anderthalbstündigen Gesprächs mit Spitzenvertretern der Schweizer Banken grösseres Verständnis für die Besorgnis der jüdischen Gemeinde im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust-Opfern gefunden als in allen anderen Be-

reichen der Schweiz. Er habe den Eindruck erhalten, die Banken betrieben nicht einfach «Business as usual». Die von *Foxman* angeführte, zehnköpfige Delegation der ADL hatte sich mit dem Präsidenten und dem Ersten Sekretär der Schweizerischen Bankiervereinigung, Georg *Kray er* und Andreas *Hubschmid*, mit den Konzernchef der Credit Suisse und des Bankvereins, Lukas *Mühlemann* und Marcel *Ospel*, mit dem Chef-Rechtskonsultanten des SBG-Konzerns, Direktor Urs *Roth*, und mit Privatbankier Hans J. *Bär* getroffen.

Über den Gesprächsinhalt ging *Foxman* nicht ins Detail. Beide Seiten stimmten seiner Ansicht nach aber darin überein, dass zur Lösung des Problems «etwas Aussergewöhnliches, Dramatisches, aber nichts Legalistisches» gefunden werden müsse. Am Rand der Pressekonferenz sagte *Foxman* der Nachrichtenagentur AP, seine Organisation sei «unter allen Umständen» gegen einen von anderer Seite angedrohten Boykott der Schweizer Banken. Ein Boykott sei leicht verhängt, aber nur schwer wieder rückgängig zu machen; zudem hätten Boykotte die Tendenz, unschuldige Leute zu treffen.

Dann, am 22. Januar 1997 kam der kühne Vorstoss vom Präsidenten der Credit Suisse, Rainer E. *Gut*. Er meint die Glaubwürdigkeit der Schweiz stehe auf dem Spiel.

Rainer E. *Gut* hat sich seit mehr als neun Monaten mit der Problematik der Shoa-Gelder auseinandergesetzt. Wer *Guts* Stil kennt, weiss, dass der Verwaltungspräsident der Credit Suisse Group (sie umfasst unter anderem die alten Bankeinheiten Schweizerische Kreditanstalt, Schweizerische Volksbank, Bank Leu, Neue Aargauer Bank sowie CS First Boston) hier schon längst gern grosszügige Taten gesehen hätte. Allein, zumeist hatte bisher Zaudern das Verhalten der an sich zuständigen Instanzen bestimmt. Wie *Gut* in einem Gespräch mit der

«Neuen Zürcher Zeitung» festhält, ist er mittlerweile zur Überzeugung gelangt, die internationale Glaubwürdigkeit der Schweiz sei seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so angeschlagen gewesen. Daher hat das Land nach seiner dezidierten Auffassung das Gesetz des Handelns möglichst rasch wieder in die eigenen Hände zu nehmen. *Gut*, der einen guten Willen des Bundesrates und aller Beteiligten ausdrücklich anerkennt, ist der Auffassung, dass das verfügbare Zeitfenster laufend kleiner werde. Mit Studieren, Debattieren und Recherchieren komme die Schweiz nicht mehr weiter. Die Aktenvernichtungsaktion der Schweizerischen Bankgesellschaft habe in den USA bereits die Frage aufkommen lassen, ob dies der neue «Swiss Style» sei.

Sein Drei-Punkte-Programm geht von folgenden Grundformeln aus: Gefordert sei eine Generation, die keine Schuld mehr für die Schatten des Zweiten Weltkriegs treffe. Diese Generation sei aber verantwortlich für die Institution Schweiz. Sie habe zwar alles zu tun, um die Vergangenheit abzuklären. Heute habe sie jedoch primär zu handeln. Erst mit diesem Handeln werde die Schweiz ihre schwer angeschlagene Glaubwürdigkeit wieder zurückerlangen. Würde dies unterbleiben, so mache sich auch die heutige Generation schuldig. Konkret heisst das, dass in einem koordinierten Vorgehen nach *Guts* Auffassung folgende Massnahmen nötig sind: Zum ersten ist ein rein gemeinnütziger Fonds durch die drei Gruppen Banken/Versicherungen, Schweizerische Nationalbank und Eidgenossenschaft zu schaffen. Weitere Branchen müssten aber dazustossen. Später könnten sich andere Länder anschliessen. Jeder der drei Einzahler müsste rund ein Drittel beisteuern. Bei den Banken seien dabei primär die Grossbanken in der Pflicht.

Über die Grösse des Fonds will sich *Gut* nicht direkt auslassen, gibt aber zu verstehen, dass er noch vor Weihnachten mit

100 Mio. Franken gerechnet habe. Angesichts der Ereignisse seit dem Jahreswechsel müsse es aber bedeutend mehr sein. Begünstigte Personengruppen des Fonds wären, ungeachtet des Glaubens, sämtliche Gruppen von Holocaust-Opfern samt Angehörigen, die sich in Not befinden. Humanitäre Organisationen gingen hier von rund 400'000 Menschen aus. *Gut* erachtet diesen ersten Punkt als Geste, die ganz auf der Linie der humanitären Tradition der Schweiz stehe.

Zweitens unterstützt *Gut* die Errichtung einer ebenfalls gut dotierten Garantie des Bundes, die all jene historischen Ansprüche abdecken sollte, die sich aus der Aufarbeitung der Geschichte der Schweiz während der Nazizeit durch die Historikerkommission unter Leitung von Professor *Bergier* und durch die Volcker-Kommission ergeben. Im Gegensatz zur ersten Massnahme, bei der die Leistungen ausdrücklich *à fonds perdu* zu erfolgen hätten, enthalte die Bundesgarantie Regressionsmöglichkeiten. Der Bund soll damit auf eruierte Verursacher des Schadens zurückgreifen können. Diese beiden finanziellen Massnahmen ermöglichen es zwar, die historischen Abklärungen sorgfältig vorzunehmen, reichen aber laut *Gut* nicht aus.

Nach seiner Auffassung sind drittens mit Dringlichkeit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass künftig nachrichtenslose Vermögen zur Weiteraufbewahrung an den Staat übergeführt werden können. Dies habe nach einer Frist zu geschehen, die sich mit der Pflicht zur Aufbewahrung von Dokumenten decke. Diese beträgt zehn Jahre, gerechnet nach Beendigung des Vertragsverhältnisses; ob sie zu verlängern sei, müsse dabei ebenfalls diskutiert werden. Eine solche Abgabepflicht an den Staat würde zweifellos auch die Banken dazu animieren, auf intelligente Art zu versuchen, mit den Inhabern scheinbarer «dormant accounts» Kontakt zu pflegen.

Der NZZ-Redaktor Max *Frenkel* bezeichnete den Vorstoss *Guts* als «Husarenstreich» und kommentierte den Vorschlag mit Zurückhaltung:

«Um so mehr sind deshalb die Konsequenzen von *Guts* Vorschlägen genau zu prüfen, damit einzelne davon nicht zu Rohrkrepieren und damit im Ganzen zum Bumerang für die Schweiz werden. Zur Beteiligung der öffentlichen Hand am gemeinnützigen Fonds ist einmal anzumerken, dass diese ihre Zeit braucht und nur dann erreicht werden kann, wenn ganz klar ist, dass die Verwendung von der Schweiz kontrolliert wird. Unverständlich sind einstweilen die Überlegungen zur Bundesgarantie. Wofür hätte diese eigentlich einzustehen? Es ist der gemeinnützige Fonds, der so bedeutend auszustatten wäre, dass eben gerade die Rechnerei um diese oder jene seinerzeitige moralische Verfehlung, die in ein unwürdiges Feilschen ausarten müsste, damit zum Voraus verhindert werden kann. Das würde das notwendige Klima der Serinität für die verschiedenen anlaufenden Untersuchungen schaffen. Eine auch im Interesse der Banken liegende Initiative übernimmt *Gut* mit seinem dritten Vorschlag, dem der Überführung nachrichtenloser Konten in die Staatsverwaltung, wie sie etwa die USA vornehmen. Nichts würde allerdings die Banken hindern, das bereits von sich aus, zum Beispiel mit einer Stiftung, die mit dem Geld (im Unterschied zu den USA) auch etwas unternimmt, zu praktizieren, sofern nach wie vor die Eigentumsrechte allfälliger Berechtigter vorbehalten blieben.»

Die Idee einer sofortigen und grosszügigen finanziellen Geste der Schweiz zugunsten der Holocaust-Opfer gewann an Unterstützung. Bundesrat und Nationalbank hielten sich aber vorerst noch bedeckt. Der Schweizerische Bankverein stand dem Vorschlag grundsätzlich positiv gegenüber, legte aber

Wert darauf, dass der Bundesrat die Führerschaft in dieser Angelegenheit übernehmen sollte.

Die Schweizerischen Bankgesellschaft, die sich mit ihrer Aktenvernichtungsaktion und der anschliessenden Schadensbegrenzungsstrategie auch innerhalb der Branche ins Abseits manövierte, gab keine Stellungnahme ab. Die Bankiervereinigung, deren Verwaltungsrat gleichentags getagt hatte, bekräftigte ihre Gesprächsbereitschaft. Solche Gespräche müssten geführt werden, und Dringlichkeit sei gegeben. Die Problematik betreffe die ganze Schweiz, erklärte Sprecherin Silvia *Matile* und fügte hinzu, der Bundesrat müsse und werde darum für die Konkretisierung des Fonds die Initiative ergreifen. Nötig sei ein Konsens aller angesprochenen Kreise. Zurzeit lägen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch. Der Sache würde deshalb kein Dienst erwiesen und es wäre verfrüht, wenn die Bankiervereinigung in der jetzigen sehr heiklen Phase für einen einzelnen Vorschlag öffentlich in den Vordergrund rücken würde.

Als sehr erfreulich stufte der Vizepräsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG), Thomas *Lyssy*, die Initiative *Guts* ein. Die beiden Grossbanken schwenkten damit auf die Linie des SIG ein, der stets die Auffassung vertreten habe, für eine humanitäre Geste lägen ausreichende Fakten vor. Ähnlich argumentierten über 130 Professorinnen und Professoren der Universität Basel in einem offenen Brief an den Bundesrat. Eine moralische Schuld der politischen Verantwortlichen einzugestehen würde die gegenwärtige Debatte entlasten. Sie fordern ebenfalls einen Entschädigungsfonds, begründeten dies aber nicht so sehr mit der internationalen politischen und ökonomischen Reputation der Schweiz. Es gehe mehr noch darum, dass die Schweiz sich ihrer Verantwortung hinsichtlich der historischen Schuld stelle, Unrecht einzugestehen und

Recht herzustellen vermöge, um den demokratischen und humanen Idealen der Eidgenossenschaft heute treu zu bleiben.

Nicht konkret über die verschiedenen Vorschläge hat der Bundesrat diskutiert, wie Vizekanzler Achille *Casanova* sagte. Bei der Task Force gab es ebenfalls keine Stellungnahme zum Vorschlag *Guts*. Die Nationalbank ist nach den Worten ihres Sprechers Werner *Abegg* nicht gegen eine Beteiligung an einem Fonds. Da es bei den Vorschlägen um moralisch begründete Leistungen gehe, vertrete die Nationalbank aber die Auffassung, dass eine derartige Geste auf Grundlage von Erkenntnissen der unabhängigen Expertenkommission erfolgen müsste. *Abegg* verwies auf die Erklärung des Bundesrates, wonach eine vorgezogene Abklärung der Goldgeschäfte der Nationalbank durch die Historikerkommission angestrebt werde, um gestützt darauf die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Der SNB-Sprecher erinnerte ferner daran, dass die Nationalbank rechtlich eine Ermächtigung der politischen Instanzen für eine derartige Leistung benötige.

Tage später las man in den Zeitungen, dass der Bundesrat mit Blick auf eine humanitäre Geste der Schweiz zugunsten der Holocaust-Opfer eine Führungsrolle übernehmen wolle. Über eine finanzielle Beteiligung des Bundes könne aber erst im Laufe des Sommers entschieden werden.

Wie einer Mitteilung aus der Bundeskanzlei zu entnehmen war, hat der Bundesrat seine bisherige Haltung dabei sofern modifiziert, als er die Vorschläge für eine humanitäre Geste aufgenommen hat. Zuvor hatte der Bundesrat der Frage der Verwendung der nachrichtenlosen Vermögenswerte auf den Banken im Umfang von rund 40 Millionen Franken Priorität eingeräumt. Vizekanzler Achille *Casanova* ergänzte, der Bundesrat sei auch willens und bereit, bei den weiteren Konsultationen mit allen interessierten Kreisen eine Führungsrolle zu

übernehmen. Die Task Force will sich unterdessen mit allen rechtlichen und organisatorischen Fragen eines solchen Fonds befassen. Gleichzeitig wiederholte der Bundesrat bereits frühere Angaben, dass über eine allfällige Beteiligung des Bundes an der Finanzierung eines Fonds erst beim Vorliegen von historisch erhärteten Fakten entschieden werden könne.

Voll hinter diese Erklärung des Bundesrates stellte sich die Schweizerische Volks Partei (SVP). Die Freien Demokraten (FDP) sehen sich insofern bestätigt, als sie einen solchen Fonds bereits im Dezember eingereicht hatten. Es gehe nun darum, die Grundlagen zu schaffen und dann auf Grund der historischen Erkenntnisse die nötigen Schritte zu unternehmen. Für die linke, die Sozialistische Partei (SP) wär es vor allem Sache der Banken, sofort eine Geste zu zeigen. Eine Beteiligung der Steuerzahler sei jedoch nicht gerechtfertigt. Der SP-Vorstand will seine künftige Haltung zu allen Aspekten noch festlegen. Dabei lag dem Gremium auch ein hinterhältiger Antrag vom roten Gesinnungsgenossen Nationalrat Paul *Rechsteiner* vor, Bundesrat Jean-Pascal *Delamuraz* zum Rücktritt aufzufordern.

Daraufhin gab Bundesrat Jean-Pascal *Delamuraz* über die Schweizerische Depeschengagentur folgende Stellungnahme ab:

«Die Resolution der SP stellt meinen Willen in Frage, die Entscheidungen des Bundesrats, die volle Wahrheit über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg offenzulegen, umzusetzen.

Die Resolution der SP stellt meinen Willen in Frage, die guten Absichten des Bundesrats, Regierung eines souveränen Landes, zu verteidigen.

Die Resolution der SP schwächt unser Land, indem sie die Situation für politische Zwecke missbraucht. Dies, obwohl der Präsident des Jüdischen Weltkongresses in seinem an mich gerichteten Brief vom 14. Januar 1997 seinen Willen zur Wiederaufnahme des konstruktiven Dialogs bestätigt hat.

Die Resolution der SP beschuldigt mich, eine Welle des Antisemitismus ausgelöst zu haben. Dabei habe gerade ich als erster in einem Interview vom 31. Dezember 1996 auf diese Gefahr hingewiesen. Jede antisemitische Haltung ist scharf zu verurteilen.

Die Resolution der SP ist nicht akzeptabel.»

Wenn einer vom Ausland zu Unrecht und unwürdig, ja masslos angegriffen wird, steht dem Angegriffenen wohl das Recht zu, sich zu verteidigen. Was wären wir Schweizer sonst für Duckmäuser geworden, wenn wir alles still schlucken würden. Wenn die gewissen Leute, die glauben, dass alles, was an Unrecht vom Ausland an die Schweiz getragen wird und sie sich unglücklich fühlen, warum wandern sie nicht in jene Staaten aus? Vielleicht werden sie dort lernen, dass sie noch viel weniger Freiheit haben, als hier in der Schweiz.

Täglich gelangen neue Informationen und positive Reaktionen aus den Reihen der Banken, Versicherungen, Wirtschaft und Behörden. Und was macht der WJC? Er begrüsst zunächst die prinzipielle Einigung über die Einrichtung dieses Holocaust-Fonds. So jedenfalls erklärte der Direktor der WJC, *Elan Steinberg*. Besonders schätze der WJC, dass der Bundesrat direkt mit ihm in Kontakt getreten sei. Ähnlich positiv äusserte sich auch *D'Amato* in einem Communiqué. Dennoch müsse man weiterhin «wachsam bleiben», meinte der arrogante Kerl, um sicherzustellen, dass die Verteilung von Geldern aus dem

Fonds gerecht erfolge. (Solange diese Verwaltung in Schweizer Händen bleibt, ist dies in der Tat sicher. In den Händen einer Organisation könnten diese in unbekannte Kanäle fließen, was weder der Wille noch der Zweck eines solchen Fonds ist. sic.). *D'Amato* gratulierte dem WJC und vielen anderen, dass deren «Ruf nach Gerechtigkeit endlich erhört worden sei.» (In Kapitel 4 wird speziell das Thema fehlende Gerechtigkeit der Amerikaner gegen die Indianer und Farbigen behandelt, sic.).

Wieder schien ein Hoffnungsschimmer zu leuchten, da schlug am 23. Januar fatal das Geschütz auf einen unserer höchsten Magistraten, Bundesrat *Kaspar Villiger*, als neue Akten zur Familienfirma und Zigarrenproduzenten ans Licht gerieten.

Das bekannte Unternehmen im Kanton Luzern, dessen Mitinhaber Bundesrat *Kaspar Villiger* bis zu seiner Wahl in die Landesregierung gewesen ist, hatte 1935 die deutsche Firma Geska ihren jüdischen Besitzern abgekauft und dank des damit erworbenen Tabakkontingents gewinnbringend fortgeführt. Dieser Aspekt der Unternehmensgeschichte, der im Zusammenhang mit der von den Nationalsozialisten erzwungenen «Arisierung» der Wirtschaft zu sehen ist, wurde 1989 in einer Sendung von Radio DRS hervorgekehrt. Kurz nach der Bundesratswahl hatte die Publikation eine klare politische Spitze. Die Folgen waren eine Beschwerde, die dann abgelehnt wurde, und Debatten zum Stil der «Enthüllungen» wie zur Sache selber. Nun ist die Rundschau des Fernsehens DRS auf dieses Trittbrett gesprungen – im Zusammenhang mit der intensivierten Begegnung der Schweiz und ihrer Wirtschaft mit ihrer Vergangenheit.

Die für die Sendung unternommenen Recherchen brachten einige neue Dokumente an den Tag. So konnte näher gezeigt

werden, wie die früheren, in die USA emigrierten Eigentümer, Julius und Ludwig *Strauss*, 1948 in einem Wiedergutmachungsverfahren in Deutschland von Max *Villiger* eine Verdoppelung des Verkaufspreises forderten. In einem rechtlichen Vergleich bezeichneten sie dann die seinerzeitige Summe als angemessen, während *Villiger* ihre Anwaltskosten übernahm. Der deutsche Staat seinerseits zahlte einen Betrag wegen der in den dreissiger Jahren ausgeübten Pressionen. Vorgehalten wird dem Unternehmen im Weiteren die Anstellung eines Freundes von *Goebbels*, der dann die Mutter der ehemaligen Eigentümer schikaniert habe. Und schliesslich wurde im Bundesarchiv ein Antrag Max *Villigers* auf ein deutsches Dauervisum gefunden, wo in der betreffenden Rubrik sein Eintrag steht: «seit 400 Jahren arisch und katholisch» – war das nicht mehr als die notwendige Anpassung? Oder aber eine trotzige Ironie? – Der heutige Firmeninhaber, Heinrich *Villiger*, berief sich, mit den neuen Aktenstücken konfrontiert, auf Aussagen seines Vaters, er habe einen fairen Preis bezahlt, und auf ein Gutachten, wonach der verlangte Betrag tatsächlich erstattet worden sei. Zu anderen Kritikpunkten konnte er sich nicht äussern.

Dieser Einzelfall wirft teilweise für die heutige Selbstprüfung typische Fragen auf: Wo haben Schweizer während der Nazi-Zeit, ohne etwa selber Täter zu sein, von den schlimmen Umständen profitiert? Welche Konsequenzen soll die heutige unbeteiligte Generation ziehen? Kaspar Wffiger nahm zugleich als Sohn und als Bundesrat Stellung. Er räumte ungezwungen ein, heute für das Thema eine andere Sensibilität zu haben als etwa zum Zeitpunkt, als er eine Firmengeschichte in Auftrag gab, die sich im wesentlichen auf die Schweiz beschränkte. Sein Vater, sagte er, habe ihn nie angelogen. So irritierte es ihn nun, wenn einiges, von aussen her betrachtet, in ganz anderem Licht erscheine.

Eine Gesamtverurteilung wolle er deswegen nicht vornehmen, wohl aber prüfen, ob und wie sein bisheriges Bild zu ändern sei. Auch die Frage einer nachträglichen Leistung an die Strauss-Erben sei nicht ohne vertiefte Klärung zu beantworten.

Villiger illustrierte so eine offizielle Position: Bereitschaft, der eignen Vergangenheit in einem schmerzlichen Prozess neu zu begegnen, bei anhaltender Kritik von aussen nicht so wehleidig zu sein, aber auch keine Sofortreaktionen auf punktuelle Befunde – wobei er die Präsentation der Fakten durch die Sendung mit nur rudimentären Erläuterungen zum Zusammenhang nicht kritisierte.

Nun schien es auch wieder an der Zeit, erneut den Fall der Aktenvernichtung in der Schweizerischen Bankgesellschaft zur Sprache zu bringen. Der zuständige Konzernarchivar wurde angeblich nie über das bankinterne Aktenvernichtungsverbot informiert. Selbst, wenn dies zutreffen sollte, so muss doch auf Treu und Glauben angenommen werden, dass ihm die heftigen Diskussionen – insbesondere über die Schweizer Banken – nicht entgangen sein konnten. Auch angenommen, er würde keine Zeitung lesen, kein Radio hören und von Fernsehen grossen Abstand nehmen, wären um ihn herum und vor allem auch an den Sitzungen in seinem Stab die Diskussionen unüberhörbar gewesen. Immerhin kümmerte sich der Konzernarchivar um die wichtigsten Dokumente in einer Bank.

Ende Januar dann schlug auf Grund einer tendenziösen Indiskretion in der «Sonntags-Zeitung» eine neue Bombe ein. So schreibt die NZZ in einem Bericht am 27. Januar 1997: «Wie berichtet wurde, hat ein EDA-internes, vertrauliches Strategiepapier des Schweizer Botschafters in Washington, Carlo *Jaggi*, vom 19. Dezember 1996 zum Themenkomplex der nach-

richtenlosen Konti, wahrscheinlich aus dem Mitarbeiterkreis eines der sieben routinemässig informierten Bundesräte, den Weg in die indiskreten Medien gefunden, und zwar zur «Sonntags-Zeitung». Das Blatt informierte darüber im typischen Entfüllungsstil unter dem Titel:

«Botschafter *Jagmetti* beleidigt die Juden – Geheimpapier: Man kann dem Gegner nicht vertrauen». Als Begründung für die behauptete Beleidigung der Juden diene dabei offenbar eine Aussage von Martin *Rosenfeld*, dem Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, der – wahrscheinlich nicht mit wesentlich mehr Information als sie auch der «Sonntags-Zeitung»-Leser erhält – *Jagmettis* Äusserungen als schockierend und zutiefst beleidigend hinstellte.

Der Chefredaktor des Blattes verlangt die rasche Abberufung des in einigen Monaten in Pension gehenden Diplomaten, denn er sei nicht der richtige Mann, «wenn es in den nächsten Monaten darum geht, mit Senator *D'Amato* und den jüdischen Organisationen Gespräche zu führen.» *Jagmettis* Strategiepapier werde auch in den USA für Ärger sorgen; es ist Öl ins Feuer für alle, die behaupten, die Schweiz trete nicht ehrlich auf, fuhr die «Sonntagszeitung» fort.

Ansonsten beschränkte sich die Zeitung darauf, aus dem mehrseitigen Text einige Stellen aus dem Zusammenhang zu reissen. Der gesamte Inhalt selber sei nämlich «eine banale Einschätzung der Lage», meint der SZ-Kolporteur. Das stimmt zwar nach dem Kenntnisstand der NZZ nicht ganz – *Jagmetti* versuchte immerhin, auch Optionen zu zeigen –, aber es erlaubt der «Sonntagszeitung» offenbar, sich auf *Jagmettis* zynische Haltung, so der Chefredaktor, zu konzentrieren. Sie macht dem Botschafter zum Vorwurf, von einer Kampagne gegen die Schweiz zu sprechen. Nach der SZ hätte er auch verwaltungs-

intern nicht sagen dürfen: «Es geht um einen Krieg, den die Schweiz an der Aussen- und Innenfront führen und gewinnen muss.» Senator *D'Amato* und die jüdischen Organisationen (wohl die mit *D'Amato* zusammenarbeitenden) seien «Gegner, von denen man den meisten nicht vertrauen kann». *Jagmetti* schlug auch einen Deal vor mit einer globalen Zahlung zur Begleichung «per Saldo aller Ansprüche» der jüdischen Forderungen, damit «auf allen Ebenen Ruhe eintreten» könne. Die jüdischen Kreise in den USA sollten mit Hilfe einer amerikanischen PR-Firma «in freundlicher Weise, aber ohne Servilität» gepflegt werden.

Diese Art der Berichterstattung gedeiht leider auch in unserem Land und versucht, sich beim Leser mit scheinbaren «Enthüllungen» wichtig zu machen. Der SZ-Chefredaktor hat recht, wenn er annimmt, dass *Jagmettis* Worte für Ärger sorgen und Öl ins Feuer giessen werden. Aber nicht *Jagmetti* ist dafür verantwortlich zu machen, sondern die «Sonntagszeitung». Weder besteht ein Interesse der Öffentlichkeit, über alle Mosaiksteine informiert zu werden, die im EDA zur aussenpolitischen Entscheidungsbildung zusammengetragen werden, noch kann es Sache einer verantwortungsbewussten Presse sein, in einer überaus heiklen Angelegenheit die Interessen des Landes den eigenen, kommerziellen zu opfern. Der heuchlerische Zynismus der SZ-Macher ist kaum zu überbieten.

Postwendend wurde die «Information» vom jüdischen Lager aufgegriffen und – wie es vorauszusehen war – gezielt eingesetzt. Zuerst äusserte sich der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG), der Kritik an den angeblichen Worten des Schweizer Botschafters Carlo *Jagmetti* übte. Der Bundesrat sei aufgerufen, sich möglichst rasch von den Äusserungen *Jagmettis* zu distanzieren. Wenn der Schweizer Botschafter in den

USA im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg mit Worten wie Krieg und Gegner um sich werfe, dann zeige dies, dass er die ganze Sensivität und Tragweite des Themas nicht begriffen habe, kritisierte der SIG-Vizepräsident Thomas *Lyssy*. Das ganze «Vokabular ist effektiv erschreckend». Die Bemerkungen, die von einem Spitzenbeamten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten stammten, zeigten, dass das Vertrauen nicht vorhanden sei. Laut *Lyssy* sei der Bundesrat jetzt aufgerufen, möglichst rasch Stellung zu den Bemerkungen *Jagmettis* zu beziehen und sich davon zu distanzieren. Es sei nicht am SIG, den Rücktritt von Botschafter *Jagmetti* zu fordern. Der Bundesrat muss wissen, ob ein solcher Mann noch tragbar ist, so *Lyssy*.

Und *Burg*, der Leiter der Jewish Agency, forderte den Bundesrat zu einer sofortigen öffentlichen Entschuldigung für die Aussagen von Botschafter Carlo *Jagmetti* auf. In einer in Jerusalem veröffentlichten Erklärung verlangte er zudem, der Bundesrat solle die Stellungnahme vollständig veröffentlichen. Die Jewish Agency wolle wissen, ob die Stellungnahme *Jagmettis* der offiziellen Schweizer Politik entspreche. Falls dem nicht so sei, wolle man wissen, welche Massnahmen der Schweizer Präsident und der Aussenminister beschliessen wollten, damit alle heutigen Gegner des jüdischen Volkes auf völlig und absolute Zurückweisung stiessen, statt auch noch auf stillschweigende Unterstützung. *Burg* sagte, er habe diese Forderung der Schweizer Botschaft in Israel mitgeteilt.

Durch Falschmeldungen und Entstellungen aus solchen internen Papieren können unverantwortliche Journalisten, die sich und ihre Druckerzeugnisse profilieren wollen, die Verantwortlichen in arge Schieflage bringen.» (Wir werden im Kapitel 7 noch darauf zukommen).

Es zeigt aber noch etwas anderes, nämlich dass alle Juden dermassen aufgeputscht sind, dass sie nicht einmal eine Klärung abwarten, sondern gleich ziellos dahinschiessen, wenn nur eine falsche Silbe ihnen zu Ohren kommt. Auch sie müssen lernen, wenn sie ein Ziel beharrlich erreichen wollen, mit kühlem Kopf zu agieren. Indiskretionen in jeder Form sind nicht dazu angetan, um sich lauthals übers Ziel hinauszuschiessen. Die Juden oder die jüdischen Organisationen, sollten jeweils in einer solchen Lage ein Thema hinterfragen und nicht gleich wieder damit in die Presse gehen. Auch wenn die Schweizer Juden sich bis heute absolut korrekt und loyal zur Schweiz verhalten haben, wie man es von Schweizern verlangen kann, sind sie doch dazu aufgerufen, etwas mehr Distanz zu negativen Presseverlautbarungen zu zeigen. Meistens wird die Suppe nicht so heiss gegessen, wie sie gekocht wird.

Dennoch zeigte die Affäre, dass der Schweizer Botschafter in den USA abtreten musste. Er bat den Bundesrat in einem Brief, ihn vorzeitig von seiner Aufgabe zu entbinden.

Das Leck (der Botschafter nennt den eigentlichen Grund für sein Rücktrittsgesuch, nämlich den Vertrauensbruch, dem er zum Opfer fiel) und die dadurch provozierten Reaktionen, schreibt *Jagmetti*, hätten für ihn eine untragbare Lage geschaffen. Ein derart kompromittierter Diplomat, das erkannte der in diesem Geschäft sehr erfahrene *Jagmetti*, ist in seinem Gastland kein verbaler Ansprechpartner mehr und damit für seine Regierung nutzlos.

«Ich bin über die Vorgänge erschüttert. Was mich besonders bewegt, ist die Unterstellung, der Bericht reflektiere Antisemitismus. Ich bedaure es zutiefst, dass die jetzt öffentlich bekannte Wortwahl so empfunden wurde, und ich bedaure es auch, mit der im Bericht an einzelnen Stellen verwendeten Aus-

drucksweise als Folge der unautorisierten Publikation die Empfindungen jüdischer Kreise und der Öffentlichkeit verletzt zu haben.»

Bundesrat *Cotti* räumte ein, dass einzelne Begriffe, losgelöst vom Kontext, nicht mit der Politik des Bundesrates übereinstimmen. Er wies aber ausdrücklich darauf hin, dass *Jagmetti* sich in seinem Papier für einen offenen Dialog mit allen interessierten Kreisen eingesetzt habe. Der Aussenminister bedauerte es, dass eine erfolgreiche und pflichtbewusste Laufbahn so zu Ende gehen müsse. Er verneinte entschieden, den Botschafter zu dieser Entscheidung gedrängt zu haben. *Jagmetti* wäre Ende Juli dieses Jahres ohnehin in Pension gegangen.

Von Interesse ist die Tatsache, dass zu den Personen, die als erste ihr Bedauern über den Rücktritt *Jagmettis* äusserten, Greta *Beer* gehört, jene Frau, die der Botschafter mit einer unbedachten Bemerkung über das Schicksal des Kontos ihres Vaters nach dem Befund des New Yorker Senators *D'Amato* so tief verletzte und beleidigte. Frau *Beers* Reaktion darf wohl als ein gutes Beispiel dafür gewertet werden, wie man das Fahrwasser, in welches die Diskussion in der Schweiz geraten ist, hätte meiden können.

Als Nachfolger *Jagmettis* zog der Schweizer Generalkonsul in New York, Alfred *Defago*, ein enger Vertrauter Bundesrat *Cottis*, an den Potomac.

Auch *Burg* und *D'Amato* begrüßten den Rücktritt *Jagmettis*. Und die Israelische Cultusgemeinde Zürich bezeichnete die Demission von Botschafter *Jagmettis* als richtigen Entscheid. Erstaunlich ist dies seitens der Schweizer Juden, die nun in Tat und Wahrheit mitbekommen haben, dass das veröffentlichte und entstellte Schriftstück in die gleiche Kerbe haut, wie die Juden in Washington mit *D'Amato*. Dies bestätigt erneut, welch fataler Wortwechsel in einer Gehässigkeit von ihnen

ausgeht. Jede noch so banale Bemerkung, die nicht auf ihrer Linie liegt, wird sofort als Antisemitismus ausgelegt.

Zu welchen verzerrten Darstellungen auch in den amerikanischen Medien der Rücktritt *Jagmettis* führte, zeigt folgender Bericht aus dem «Wall Street Journal Europe». In der What's News-Rubrik des Blattes heisst es:

«Der Schweizer *Jagmetti* trat zurück, nachdem ein von ihm geschriebenes, vertrauliches Dokument, in dem er zur Kriegführung gegen jüdische Gruppen und andere Kritiker aufruft, der Presse zugespielt worden war. Aussenminister *Cotti* erklärte, der kriegerische Ton des Papiers sei unangemessen.»

Der etwas ausführliche Artikel zum selben Thema im Innern des Blattes hält sich dann wieder an die Sprache der «Sonntags-Zeitung», der Urheberin des die Schweiz schwer schädigenden Rufmordes an *Jagmetti*.

Das Thema der von *Jagmetti* angeblich vorgeschlagenen Kriegführung wird auch von der israelitischen Presse, und hier wiederum vom Presseamt der dortigen Regierung, aufgenommen. «Yediot Acharnot» fügt in einem Kommentar bei:

«Des Botschafters Rücktritt kann die Realität – die täglich klarer wird – bezüglich der Schweizer Rolle beim Plündern der Erbschaft des jüdischen Volkes im Besonderen und bei der Unterstützung des Naziregimes im Allgemeinen nicht ändern.»

Dann mit einem Paukenschlag eine neue Reaktion aus Jerusalem. Der Vorsitzende der Jewish Agency, Avraham *Burg*, hat die Schweiz und ihre Banken erneut scharf kritisiert. In einem

Interview des Israelischen Armeesenders bekräftigte er seine Genußnahme über den Rücktritt von Botschafter Carlo *Jagmetti*. Doch sei er unglücklich, dass es in der Schweiz Leute gebe, die wie *Jagmetti* dächten. «Ich spreche nicht nur von den Banken, sondern auch von der Schweizer Regierung. Alles brauche derart grosse Anstrengungen. Nichts komme von selbst. Schweden verhalte sich im Gegensatz zu den Schweizern sehr vernünftig. Die Schweiz wehre sich, sich der Vergangenheit zu stellen, weil sie befürchte, dass das ganze Ausmass der Zusammenarbeit mit den Nazis zum Vorschein komme: Was herauskommen wird, ist, dass die neutrale Schweiz nur auf einer Seite neutral war. Die neutrale Schweiz war die Bank der Nazis.» (Es ist erschreckend, mit welchen geschichtlichen Zerrspiegeln hier hantiert wird! sic.)

Burg ging auch auf die Rolle der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz ein und sagte dazu, es gebe zwei Kategorien von Leuten, die auf die Ergebnisse der Untersuchungen warteten. Auf der einen Seite gebe es Überlebende des Holocaust, die sagten, es bleibe keine Zeit mehr übrig. Diese Menschen wollen jetzt eine Entschädigung, solange sie noch lebten. Und die andere Gruppe sei die jüdische Gemeinschaft, zum Beispiel jene in der Schweiz, die sage: sei sehr vorsichtig, denn alles, was du tust, kann uns schaden und uns gefährden.

Burg sagte weiter, «es gehe ihm nicht nur um Geld, sondern um das Prinzip. Nicht einen Rappen, der nicht den Schweizer Banken gehöre, dürfe in den Taschen der Banken Zurückbleiben. Alles müsse den berechtigten Eigentümern zurückerstattet werden. Diese prinzipielle Forderung pralle mit dem Schweizer Prinzip des Geheimnisschutzes zusammen. Dies sei sehr unerfreulich für die Schweiz. Weil ihr ganzes System auf dem Geheimnisschutz basiere, hinter dem sehr viele böse Dinge ver-

borgen werden könnten. Diese Kombination einer sehr schwierigen historischen Selbstprüfung mit dem wirtschaftlichen Problem des Bankensystems bedeutet, dass wir um jede Position kämpfen müssen. Er, *Burg*, müsse aber sagen, bis jetzt haben sie in jeder Position, die sie einnahmen, alle Kriege gegen uns verloren.»

Daraufhin erschien in der NZZ folgender Nachsatz von Max *Frenkel*:

«Man wird wohl nicht behaupten können, *Burg* wisse nicht, was die Schweiz unternommen habe und welches die Position der schweizerischen Juden sei. Er will es nicht wissen, um sich um so ungehemmter seiner Profilierung in Israel – er befindet sich auf einem politischen Abstellgeleis – widmen zu können. Natürlich müssen sich die Schweizer Mitglieder der Volcker-Kommission irgendwann einmal fragen, ob sie mit einem solch zügellosen Polemiker noch am gleichen Tisch sitzen können. Wenn sie die Drohung der Gesprächsverweigerung nicht, wie *Burg* bereits einmal, ebenfalls aussprechen wollen, hat das wahrscheinlich damit zu tun, dass das schweizerische Interesse am Ergebnis der Kommissionarbeiten – die internationale Revision des Umgangs mit nachrichtenlosen Konten in schweizerischen Banken – grösser sein könnte als das jener Kreise, die völlig irrealen Zahlen in die Welt gesetzt haben.»

Bekanntlich war von jüdischer Seite aus mit von Franken die Rede, die unrechtmässig auf Schweizer Banken liegen sollen. Eine spätere Überprüfung hatte dann allerdings nur noch 40 Millionen Franken ergeben. Und das ist es, was die Juden wurmt, nämlich letztlich selbst eingestehen zu müssen, dass sie völlig daneben lagen. Und dies wird dann auch noch aus ihren

eigenen Reihen von wissenschaftlichen Nachforschungen und Revisionen überprüft worden sein. Und wenn dann die Schweiz einige Hundert Millionen Franken in einen – von der Schweiz verwalteten Holocaust-Fonds, in dem auch nichtjüdische Opfer zehren dürfen, – einbringt, müssen sie sich nur noch schämen für ihre Ausbrüche und ungerechtfertigten Anschuldigungen. Aber das Beste ist dann, wenn die Schweizerische Eidgenossenschaft den Fonds verwaltet, damit er nicht in fremde Hände gerät, wo keine Kontrolle des Ausflusses herrscht und Gelder versickern oder zweckentfremdet werden.

Am 30. Januar kam aus den USA ein neuer Faustschlag, als nämlich im Stadtrat von New York City eine Resolution eingebracht wurde, die einen Boykott der Schweizer Banken zum Ziel hatte. Der Antrag, über den noch kein Beschluss vorlag, stammt vom Führer der demokratischen Stadtrates-Mehrheit im City Council, und Sprecher Peter F. *Vallone*. Eine endgültige Entscheidung, mit der die Stadtverwaltung aufgefordert würde, ihre Einlagen von Schweizer Banken abzuziehen und keine weiteren neuen Mittel zu deponieren, ist noch nicht zu erwarten, sondern einzig die Überweisung der Angelegenheit an einen Ausschuss. Die materielle Bedeutung des Antrags ist, wie erste Würdigungen in der New Yorker Bankengemeinde zu erkennen gaben, weniger wichtig als das mit ihm verbundene Signal. Eine Reaktion der Stadtverwaltung selbst liegt noch nicht vor. Sollte Bürgermeister Rudolph *Guiliani*, nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf die Steuerkraft der in der Stadt tätigen Schweizer Banken, ein Veto einlegen, könnte er nur mit Zweidrittelmehrheit überstimmt werden.

Dass der Israelitische Gemeindebund und der WJC zu diesem Vorschlag auf Distanz gingen, war nicht verwunderlich.

Der Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), Martin *Rosenfeld* gab am 28. Januar 1997 in einer Presseerklärung bekannt, dass er den in New York lancierten Aufruf zum Boykott der Schweizerbanken als wenig sinnvoll bezeichnet. Weder SIG noch der Jüdische Weltkongress (WJC) seien an dem Aufruf beteiligt. «Deshalb müssen wir uns davon auch nicht distanzieren», sagte *Rosenberg* und erinnerte daran, dass der Aufruf von jenen Personen oder deren Anwälten lanciert worden sei, welche die Schweizer Banken mit einer sogenannten «dass action» eingeklagt hätten.

WJC-Generalsekretär Israel *Singer* hatte bereits zuvor in Oslo klar gemacht, dass der Jüdische Weltkongress nicht hinter diesem Vorgehen stehe, denn der WJC vertrete eine grössere Klasse, nämlich die weltweite jüdische Gemeinschaft.

Zum Vorgehen der Anwälte in New York sagte *Rosenfeld*: «Wir werten das als viel Lärm um nichts und als nicht allzu ernst zu nehmende Sache.» Der SIG-Generalsekretär erinnerte auch daran, dass der Jüdische Weltkongress in Oslo Vertrauen in die Bemühungen der Schweiz zur Untersuchung der Vergangenheit ausgesprochen habe.

Da kann man nur sagen, was Jesus Christus auch schon sagte: Man hat viele Worte immer wieder entstellt. Auf diesem Gebiet waren die Schriftgelehrten und Pharisäer Meister. Jesus nannte die Pharisäer und Schriftgelehrten Heuchler, Lügner und Schlangenbrut. Man kann es in der Bibel lesen. Und noch etwas anderes, was die Juden auch aus ihrer Thora kennen und Gott zu Moses im Buch Exodus 2. Kap.32, Vers 9-10 sagte: «Ich sehe, dass dieses Volk ein halsstarriges Volk ist. Und nun lass mich, dass mein Zorn wider sie entbrenne und ich sie vertilge; dich aber will ich zu einem grossen Volke machen.» Und in 2. Kap.33, Vers 5-6 heisst es: «Da sprach der Herr zu Mose:

Sage zu den Israeliten: Ihr seid ein halsstarriges Volk. Wenn ich nur einen Augenblick in eurer Mitte hinaufzöge, würde ich euch vertilgen. Un nun legt euren Schmuck von euch, dann will ich sehen, was ich für euch tun kann. Da taten die Israeliten ihren Schmuck von sich, vom Berge Horeb an.»

Werden nun die Juden auch diese Gottesworte als Antisemitismus bezeichnen? – Es würde mich nicht wundern. Es gäbe noch viele Zitate aus der Bibel oder aus der Thora heranzuziehen, die bestätigen, dass Gott und sein Sohn, Jesus Christus, nicht gut auf die Juden zu sprechen waren. Aber das sei jetzt dahingestellt. Jedermann soll selbst darin blättern und die Wahrheit und die göttliche Weisheit finden.

Am 31. Januar brachte die NZZ unter der Überschrift: «Keine Vendetta gegen die Schweiz» einen versöhnlichen Artikel aus den USA. Im Zusammenhang mit der Kontroverse um Holocaust-Gelder sitze die Schweiz nicht auf der Anklagebank, und gegen das Land sei auch keine Vendetta im Gange. Die Schweiz sei von Freunden und nicht von Feinden umgeben. Mit dieser Stellungnahme war die amerikanische Regierung bemüht, eine ernsthafte Trübung der amerikanisch-schweizerischen Beziehungen abzuwenden. Die versöhnliche Botschaft überbrachte der neu ernannte Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen State Departement, Stuart E. *Eizenstadt*. Er traf mehrere Schweizer Parlamentarier, Vertreter der jüdischen Gemeinde sowie Bankvertreter und wurde vom Bundesrat *Cotti* und dem Chef der Task Force, *Borer*, empfangen.

Eizenstadt, bisher Untersekretär für internationale Handelsfragen im US-Handelsministerium, ist nunmehr zuständig für Fragen der Rückgabe beschlagnahmter Vermögen in Ostmitteleuropa und Sprecher der amerikanischen Regierung im Zusammenhang mit Nazi-Gold und nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust-Opfern.

Die amerikanische Regierung sei festen Willens, diese schwierigen Fragen mit den Schweizer Behörden im Geiste der Kooperation und nicht der Konfrontation anzugehen. Ungeachtet der Bestrebungen im Stadtrat von New York, die Schweizer Banken zu boykottieren, vertrat *Eizenstadt* die Meinung, Drohungen würden sich auf das Ziel der Wahrheitsfindung nur kontraproduktiv auswirken. Dieser Ansicht sei auch Senator *D'Amato*. Seitens der amerikanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft seien «absolut keinerlei Bestrebungen im Gange, die Schweiz zu attackieren oder dem Land Schaden zuzufügen», (hört sich reichlich diffus an, wenn man die Attacken gegen die Schweiz in den letzten Monaten überblickt, sic.), das gelte auch für Schweizer Banken. Ein starkes Schweizer Bankensystem sei «wichtig für die Gesundheit der Weltwirtschaft» (In der Tat, wenn man sich die wachsende Zahl bankrotter Staaten vor Augen führt, ist diese Aussage geradezu unfreiwillig visionär, sic.)

Die amerikanische Regierung würdige die Anstrengungen der Schweiz, Licht in dieses kontroverse Kapitel der Geschichte zu bringen, auch wenn dies mit Schmerzen verbunden sein sollte. Sie ermutige die Schweiz, möglichst rasch auf diesem Weg voranzugehen. Dazu sei vereinbart worden, die freigegebenen Akten der beiden Länder, die diese Zeit betreffen, auszutauschen.

Washington unterstütze auch die Absicht der Schweiz, einen Interimfonds für Holocaust-Opfer bereitzustellen. *Eizenstadt* relativierte die harten Worte, die der Sprecher des amerikanischen Aussenministeriums, *Burns*, zu den aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten des Schweizer Botschafters *Jagmetti* geäußert hatte. *Burns* habe seine Einschätzung auf jene Textstellen gegründet, die anfänglich von Schweizer Medien verbreitet worden seien. Eine Analyse des gesamten Textes habe

aber gezeigt, dass hier von Antisemitismus nicht die Rede sein könne. *Jagmetti* habe jedoch den Eindruck verbreitet, die Schweiz habe Feinde, die man schlagen müsse. Das sei nicht der Fall.

Die von *Eizenstadt* geleitete Task Force der amerikanischen Regierung, werde ihren vorläufigen Bericht im März vorlegen. Zusammen mit dem Bericht würden auch 250 Dokumente veröffentlicht werden, dazu ein Verzeichnis weiterer Dokumente, die möglicherweise auch von Bedeutung seien, jedoch noch nicht ausgewertet werden konnten. Erst auf der Basis dieses Berichtes werde die amerikanische Regierung ihr weiteres Vorgehen festlegen. Und erst dann werde von der amerikanischen Regierung entschieden, ob Washington eine Neuverhandlung des 1946 zwischen der Schweiz und den Alliierten geschlossenen Abkommen über die Rückgabe von Vermögenswerten anstrengen werde.

Botschafter *Jagmetti* hatte in der Schweizer Botschaft vor Vertretern der Schweizer Presse seinen Rücktritt begründet und klargestellt, dass er die Anschuldigung, er habe zu einer PR-Kampagne gegen jüdische Gruppen aufgerufen und sei ein Antisemit, als unbegründet und diffamierend zurückweist. In seinem für den internen Gebrauch bestimmten Strategiepapier gebe es nichts, was als feindliche Haltung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft oder der amerikanischen Regierung aufgefasst werden könne. Es handle sich um eine ehrliche Einschätzung der Realitäten und der Herausforderungen, denen sich die Schweiz gegenübersehe. Der Anwurf des Antisemitismus sei nicht nur unwürdig, sondern beleidigend und habe ihn im Innersten getroffen. Seinen Rücktritt habe er eingereicht, weil er mit einer rapiden Verschlechterung der Lage habe rechnen müssen. Die Interessen des Landes seien in dieser Situation vorgegangen.

Diskret, aber deutlich genug liess *Jagmetti* durchblicken, wie sehr ihn das Verhalten des Sprechers des State Departement,

Burns, befremdet hat. *Burns* hatte zu den in der Schweizer Presse erhobenen Anschuldigungen Stellung genommen, ohne den Wortlaut des Papiers *Jagmettis* zu kennen. Der Botschafter brachte dem Unterstaatssekretär Stuart *Eizenstadt* den vollen Text seines Rappports zur Kenntnis, und *Eizenstadt* zeigte sich nach diesen Angaben über die ihm gegebene Erklärung befriedigt. Auch der Sprecher des Aussenministeriums hat inzwischen seinen Kurs begründet.

Sehr besorgt zeigte sich *Jagmetti* über den Umstand, dass sein internes Papier den Weg in die Öffentlichkeit fand. Der Vorfall zeige ihm, dass es in Bern einen destruktiven Willen gebe und dass das Vertrauen in die Diskretion der Mitarbeiter – Voraussetzung allen Arbeitens – nicht mehr garantiert sei.

Bundesrat Flavio *Cotti* und Stuart *Eizenstadt* trafen sich am Wirtschaftsforum in Davos und kamen dort auf die kritischen Bemerkungen des Sprechers des US-Aussenministeriums zu dem vertraulichen Bericht zu sprechen. Dabei hatte *Eizenstadt* die Kritik an *Jagmetti* zurückgenommen. Er, *Eizenstadt*, freue sich, dass die Schweizer Regierung so rasch und konstruktiv mit seiner Behörde zusammengearbeitet habe. Man freue sich auch auf die Zusammenarbeit des neuen Botschafters.

Am 6. Februar gab es zum Thema Aktenvernichtung ein kleines Nachspiel in der Fernsehsendung «Arena», in dessen Mittelpunkt der Schweizerische Bankgesellschaft-Präsident Robert *Studer* stand. *Studer* erlaubte sich Kritik an der Motivation des Wachmannes *Meili*.

Seine Einschätzung sollte Folgen haben: Ein Einzelrichter des Bezirksgerichts Horgen (Zürich) erliess gegen den Verwaltungsratspräsidenten eine superprovisorische Verfügung. Demnach darf *Studer* dem ehemaligen Wachmann Christoph *Meili*

vorläufig keine anderen als ethischen Motive für die Entwendung von SBG-Akten unterstellen. Wie die Pressesprecherin der SBG auf Anfrage erklärte, sei das superprovisorische Verbot bei der Bank eingegangen. *Studer* habe einige Tage Zeit, gegen die Verfügung Einsprache zu erheben. Es sei jedoch selbstverständlich, dass *Studer* von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werde, um ein ordentliches und normales Prozedere eines Zivilrechtsverfahren sicherzustellen.

Meilis Anwältin *Cornelia Kranich* hatte am 24. Januar 1997 beim Bezirksgericht Horgen die Klage eingereicht. Sie beschuldigte den Verwaltungsratspräsidenten, durch seine Äusserungen in der Fernsehsendung «Arena» vom 17. Januar *Meilis* Persönlichkeitsrechte verletzt zu haben, weil der SBG-Präsident *Meili* unterstellt habe, dessen Vorgehen sei von anderen als (nur sic.) von ethischen Motiven geleitet gewesen. Bekanntlich hatte *Meili* als Wachmann im Shredderraum, in dem er eigentlich nichts zu tun hatte und der auch nicht zu seinem Aufgabengebiet gehörte, Akten entwendet und machte für sein Handeln ethische Gründe geltend. Weil *Studer* in der Fernsehsendung auf die Aufforderung des Moderators, *Filippo Leutenegger*, zu erklären, was er damit meine, eine Stellungnahme verweigerte, wurde er von den Anwälten *Meilis* zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert. Das verlangte Schreiben erachteten die Anwälte aber als unzureichend, weshalb sie beim Bezirksgericht Horgen den Erlass einer vorläufigen Massnahme beehrten.

Wiederum zeigt sich, wie die Presse und die jüdischen Organisatoren diese banale Geschichte aufdonnerten, um ihrem Druck auf die Schweiz – bedauerlicherweise sind dabei Nestbeschmutzer verschiedener Couleurs – auszuüben. Über eine Woche lang brachten Presse und Fernsehen jedes Gegacker über dieses Windei, das schliesslich zum Fall ausgebrütet wur-

de. Man könnte meinen, den Schweizer Medien sei der Stoff an etwas Sinnvollem ausgegangen. Auch die täglichen Gegenreaktionen an die amerikanische Adresse sind dermassen stupide. Statt dass man die Arbeit tut und alles, was aufgebaut ist und in Amerika zur Show gemacht wird, ignoriert.

Am 6. Februar 1997 erschien dann vom Wirtschaftsredaktor Beat *Brenner* in der NZZ ein Artikel, dass die drei Grossbanken, Credit Suisse Group, Schweizerischer Bankverein und die Schweizerische Bankgesellschaft, sich in einem Hearing zusammengefunden und beschlossen haben, eine Einzahlung von 100 Millionen Franken für einen humanitären Fonds zugunsten der Holocaust-Opfer zu leisten. Dieser Betrag wurde in drei gleiche Teile auf die Schweizerische Nationalbank (SNB) eingezahlt.

«Was sich hinter den Kulissen immer stärker abgezeichnet hat – und mit dem Vorstoss Rainer E. *Guts* auch in ersten Umrissen publik wurde – ist Tatsache geworden: Die Credit Suisse Group, der Schweizerische Bankverein und die Schweizerische Bankgesellschaft gehen in Sachen Shoa-Gelder in die Offensive. In einer von den Presseverantwortlichen der drei Grossbanken unterzeichneten Medienmitteilung geben sie den Entschluss bekannt, die 100 Millionen Franken auf ein Konto bei der Schweizerischen Nationalbank einzubezahlen. Sie legen damit nach eigenem Bekunden den Grundstein für die Schaffung eines humanitären Fonds für die Opfer des Holocausts. Wie von der Schweizerischen Nationalbank zu erfahren war, handelt es sich bei diesem Konto um ein Treuhandkonto auf den Namen des Bundes. Es werde genau gleich verwaltet wie jene Gelder, die die Eidgenossenschaft bereits bisher ertragsbringend der Notenbank anvertraut habe. Wie die drei Grossbanken weiter mitteilen, werde es nun Sache des Bundesrates sein, Form und Zweckbindung des Fonds festzulegen: «Das Konto

steht offen für Beiträge von weiteren Kreisen, inklusive Bund und Schweizerische Nationalbank.»

Von der in drei gleichen Teilen zu erfolgenden Überweisung sind – was entscheidend ist – die nachrichtenlosen Vermögenswerte von Opfern des Naziregimes nicht betroffen. Über sie haben die Banken keine Verfügungsgewalt. Sie stehen den unbekanntem jüdischen und nicht-jüdischen Rechtsnachfolgern zu. Ausserdem sind diese Gelder Gegenstand der Abklärungen der Volcker-Kommission.

Würde man sie nun dem Bund zur Verfügung stellen, entzöge man dem Ausschuss letztlich die Arbeitsgrundlage. Hier gehen, wie die Banken in ihrer Meinung festhalten, die eigenen Abklärungen und jene der Volcker-Kommission wie vorgesehen weiter. Zudem stellen sich die Banken hinter die Bemühungen von Bundesrat und Parlament, die Zeit vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg umfassend aufzuarbeiten.

In diesem Zusammenhang erinnerten die drei Institute zu Recht und unmissverständlich daran, dass ihre Branche in diesem Bereich bereits erhebliche Vorarbeiten geleistet habe. Verwiesen wurde auf die Richtlinien der nachrichtenlosen Vermögenswerte, die Schaffung einer Anlaufstelle beim Bankenombudsmann und die Bestellung der Volcker-Kommission.

Abschliessend geben die Grossbanken in ihrer kurzen Mitteilung der Hoffnung Ausdruck, mit ihrer Initiative die Voraussetzungen zu schaffen, um zusammen mit den Behörden, der Schweizer Wirtschaft sowie den jüdischen Organisationen eine konstruktive und zukunftsgerichtete Lösung für die anstehenden Fragen zu finden.

Die Schweizerische Nationalbank begrüsst den Entscheid der drei Grossbanken. Man gehe nun davon aus, dass der Bund

in nächster Zeit bestimmen werde, wer die Federführung des Fonds wahrnehmen werde und welche Rechtsform er haben solle. Nun habe der Bund verschiedentlich in Aussicht gestellt, er werde noch vor dem Sommer über einen allfälligen Beitrag an einen Fonds entscheiden. Für die Nationalbank bedeute dies, dass im Rahmen dieses Entscheids auch die rechtliche Basis für ihr Mitziehen geschaffen wird. Das Notenbankinstitut hatte mehrmals die Bereitschaft zur Mitwirkung an einer humanitären Aktion betont, aber immer wieder daran erinnert, dass dazu die spezielle Ermächtigung des Parlaments notwendig sei.

Dies alles sei auch für die Schweizerische Bankiervereinigung ein ermutigendes Zeichen. Mit der raschen Aktion, die unabhängig von den anderen Gesprächen erfolge, werde mit dem Formalismus der Vergangenheit gebrochen.

Ziel dieser humanitären Geste war es insbesondere, zu zeigen, dass die Banken ihre frühere, allzu streng juristische Haltung gegenüber den Opfern des Holocaust ablegen. Ihre Vertreter bezogen sich dabei auf jene bedauerlichen Fälle, in denen einzelne Banken juristisch zwar korrekt gehandelt hätten, jedoch zu stark rein formale Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt hätten.

Die Initiative der Grossbanken ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der starken internationalen Verflechtung der Institute zu sehen. Und die Banken haben den Fonds von sich aus eingerichtet. Die Bankiervereinigung sei lediglich über ihren Schritt informiert gewesen.

Auch der Vorort nimmt dazu Stellung und ist sehr beglückt, dass der Bundesrat die Führungsrolle über diesen Fonds übernehmen solle. Der Vorort übernehme es, Anstrengungen der übrigen Wirtschaft zur Mitwirkung an diesem Fonds zu koordinieren. Der Schweizerische Handelsund Industrie-Verein Vorort teile weiterhin mit, «der Fonds solle unter Mitwirkung

von Bund und Nationalbank gesamtschweizerisch konzipiert und auf breite Kreise abgestützt sein.»

Auch der Bundesrat begrüßte diesen Entscheid der drei Grossbanken, diese 100 Millionen Franken für einen Fonds zur Verfügung zu stellen. Die Regierung erklärte sich durch diesen Schritt in ihren Bemühungen um eine rasche Realisierung dieses Vorhabens bestätigt. Der Entscheid der drei Banken erlaube nun, notwendige Schritte für die Schaffung eines Fonds oder einer Stiftung voranzutreiben. Neben einer raschen Hilfeleistung trage der Fonds auch zu einer Klimaverbesserung im Hinblick auf einen konstruktiven Dialog bei.

Die Öffnung eines Fonds für die Holocaust-Opfer durch die Grossbanken löste in der Öffentlichkeit ein rundweg positives Echo aus. Nun würden «die Schulden der Vergangenheit bezahlt», sagte Sigi *Feigel*, Ehrenpräsident der Israelitischen Cultus Gemeinde Zürich (ICZ).

Erfreut über die Einrichtung des Kontos zeigte sich der Schweizerisch Israelitische Gemeindebund (SIG). Dadurch werde Bewegung in die Sache gebracht. ICZ-Präsident Werner *Rom* erhofft sich nun von anderen involvierten Kreisen entsprechende Schritte. Er forderte eine prominente Vertretung der Juden in der Fondsleitung. Von der israelitischen Botschaft in Bern war keine Stellungnahme erhältlich, da wegen eines Militärhelikopterunfalls Staatstrauer herrschte.

Die Roma, die ebenfalls zu den Verfolgten im Dritten Reich gehörten, verlangen ein Drittel der im Fonds angelegten Entschädigungsgelder, wie Jan *Cibula*, Gründer und erster Präsident der Roma-Weltorganisation, sagte.

Die «Handelszeitung» druckte die Reaktionen aus verschiedenen ausländischen Blättern. So schreibt sie von der Schadenfreude aus Deutschland: «Die Meldungen über die namenlosen Vermögen auf Schweizer Banken stossen natürlich auch in

Deutschland auf grosses Interesse. Für grosse Überraschung sorgten die negativen Schlagzeilen aus unserem Land jedoch nicht: Etwas in dieser Art hat man doch schon lange vermutet, bringt ein Bonner Geschichtsstudent die wohl gängigste Meinung der Deutschen zum Thema Holocaust-Gelder auf den Punkt. Die Kommentare in den Zeitungen wie auch Menschen auf der Strasse lassen eine gewisse Häme nicht verbergen. Nun hat es also auch die saubere Schweiz erwischt, den Musterkneben, der bislang immer so gut dagestanden hatte oder zumeist dastehen wollte, wenn es um den Nationalsozialismus ging. Einig ist man sich darin, dass das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und die Frage der namenlosen Vermögen restlos geklärt werden müsse. Besonders auch von jüdischer Seite wird diese Forderung gestellt. So sprach sich unter anderem Michel *Friedman*, Mitglied des Zentralrates der Juden in Deutschland, anlässlich eines Podiumsgesprächs in Berlin zur Frage, ob das Leben ein Recht haben zu vergessen, vehement dafür aus, dass die Vergangenheit der Schweiz endlich geklärt werde. Es sei ein Irrtum zu glauben, dass man die Vergangenheit auf die Dauer verdrängen könne.

Geschichtslosigkeit ist Gesichtlosigkeit und führt zu Identitätslosigkeit, so *Friedman*. «Menschen, die nach diesem Prinzip leben, seien gefährdet, von irgendwelchen Ideologien verfolgt und missbraucht zu werden.»

Aus Frankreich meldete sich Marcel *Goldstein*, Vizepräsident des Conseil représentatif des institutions juives en France (CRIF). Er bezeichnete den Lärm um die Schweizer Banken als helfender Rückenwind. «Seit Jahrzehnten plädieren wir für eine Aufarbeitung der Zeit der Kollaboration, jetzt endlich kommt, dank den Schlagzeilen aus Amerika, Bewegung in die Sache», meinte *Goldstein*. Und weiter:

«Die Regierung hat sich engagiert, und diesmal haben wir Vertrauen, denn wir haben es mit Vertretern einer jüngeren Generation zu tun, die weniger belastet ist.»

Goldstein war übrigens während der vierjährigen Besetzung Mitglied der Résistance.

Premierminister Alain *Juppé* kündigte die Einrichtung einer Kommission an, die bis zum Jahresende versuchen soll, hinter die französische Affäre geraubten jüdischen Eigentums einen Schlusspunkt zu setzen. Bereits im Juli 1995 hat mit Präsident Jacques *Chirac* erstmals ein hoher französischer Politiker von einer französischen Mitschuld am tragischen Schicksal jüdischer Bürger des Landes gesprochen. Achzigtausend kamen in nazistischen Konzentrationslagern um, allein in Paris wurden achtundreissigtausend Wohnungen und Häuser geplündert und verwüstet. Der von *Juppé* eingesetzten Kommission stehen auch jene Unterlagen des Commissariat général aux questions juives des Vichy-Regimes zur Verfügung, die bis dato in 5'500 Kartons im Archive nationale als Geheimsache behandelt wurden. *Juppé* stellte fest: Die Aufklärung ist eine moralische nationale Pflicht. *Goldstein* erinnert sich nicht, derartige Worte während der Amtszeit von Präsident François *Mitterand* gehört zu haben, dessen Verhältnis zu den Besetzern bis heute ungeklärt ist.

Israel reagiert agiler: Von Boykott der Schweiz will in Israel niemand etwas wissen. Ihr sei nichts bekannt, sagte die Sprecherin von Bank Hapoalim, Miri *Biton*, der grössten Bank Israels. Davon habe er wirklich nichts (?) gehört, wenigstens nicht bis zur Stunde, erklärt Gur Arie *Israel*, Sprecher der Mizrachi Bank. Und selbst Marit *Gilat*, Sprecherin der Bank Leumi, die in der Schweiz die Fibi Bank (Schweiz AG) als

Tochtergesellschaft betreibt, meinte treuherzig: «Bei uns gibt es keinerlei Reaktion. Daran wird sich so schnell nichts ändern.»

Die Sprecher dieser drei grossen Banken Israels zeigten geradezu ungläubiges Erstaunen, als sie nach Massnahmen gegen die Schweizer Unternehmen oder Banken infolge des inzwischen weltweiten Goldraub-Skandals befragt wurden. Alle wussten natürlich davon und hatten auch etwas von dem Beschluss New Yorker Politiker gehört, Schweizer Bankfilialen zu boykottieren. Mitmachen will jedoch keine der israelische Grossbanken, dies überlässt man mit Vorliebe den Amerikanern. *Gilat* von der Bank Leumi holte sich eine offizielle Reaktion ein: Da sich die offiziellen Stellen der Regierung und die jüdische Organisation mit der Frage befassen, hoffen wir auf eine für die Umstände passende Lösung. Solange es von Seiten der Behörden keine endgültigen Beschlüsse gibt, fahren wir ganz normal mit den Geschäften fort. *Biton* von Hapoalim Bank wartete ebenfalls mit einer diplomatischen Ausweichantwort auf: Die Politik dazu müssen die Regierung und das jüdische Volk bestimmen. Wir haben als Bank nichts damit zu tun.

Aus den USA kam dann anfangs Februar eine Depesche, dass nun auch Schweizer Banken in Amerika untersucht würden. Der Gouverneur des Gliedstaates New York hatte die Eröffnung einer Untersuchung über die Aktivitäten von Schweizer Banken in New York in den Jahren 1939-1945 angekündigt. Die Überweisungen von Schweizerguthaben an fünf amerikanische Banken in dieser Zeit werden ebenfalls unter die Lupe genommen. Man wolle sich vergewissern, dass keine nachrichtenlosen Vermögen mehr in den New Yorker Filialen von Schweizer Grossbanken oder in amerikanischen Banken lägen, erklärte Gouverneur George *Pataki*. Wenn die Banken ihre Zusammenarbeit in dieser Untersuchung auf amerikanischem Bo-

den verweigerten, liefen sie Gefahr, dass ihr Tätigkeitsfeld im Gliedstaat New York eingeschränkt würde. Ein Vertreter des Gliedstaates soll deshalb kurzfristig zur weiteren Klärung in die Schweiz kommen.

Am 9. Februar kam eine weitere Nachricht aus New York. Den Schweizer Banken und Diplomaten stand in New York eine anstrengende Woche bevor: nach Hearings in den Parlamenten von Stadt und Bundesstaat New York über die nachrichtenlosen Vermögen diskutierte die World Jewish Restitution Organization die Fonds-Frage.

Botschafter Thomas *Borer* wurde nach einigen Angaben in New York erwartet, um sich, wie bereits im Dezember, mit Vertretern jüdischer Organisationen und amerikanischen Politikern zu treffen, darunter auch mit *D'Amato*. Die Gesprächstermine waren allerdings noch nicht definitiv festgelegt. *Borer* betonte, dass im Zentrum der Gespräche der humanitäre Fonds für die Opfer des Holocaust stehen werde und er dazu einige Ideen in die Diskussion einbringen wolle.

Die World Jewish Restitution Organization, ein Dachgremium jüdischer Organisationen, das die Wiedergutmachung für den Holocaust anstrebt, befasste sich mit den neuen Vorschlägen aus der Schweiz. Dabei wurde auch die Verwaltung des Fonds und die Verwendung der Mittel angesprochen. Grundsatzentscheide wurden aber noch keine gefällt, sagte Elan *Steinberg* vom Jüdischen Weltkongress. Neben den rund 40 Vertretern jüdischer Organisationen aus Europa und den USA nahmen auch Rolf *Bloch*, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds, Paul *Volcker*, Präsident der gemischten Bankenkommission zur Suche von nachrichtenlosen Vermögen, US-Unterstaatssekretär Stuart *Eizenstadt* und Senator *D'Amato* an der Versammlung teil.

Eine Kommission des New Yorker City Council führte anschliessend eine öffentliche Anhörung durch. Eingeladen wurden *D'Amato*, *Steve Newman*, Vice-Finanzdirektor der Stadt, Überlebende des Holocausts und Vertreter von Schweizer Banken.

Alfred Defago, Schweizer Generalkonsul in New York, vertritt den Standpunkt der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Zur Debatte stand ein hängiger Gesetzesvorschlag, welcher der Stadt New York Geldanlagen auf Schweizer Banken verbieten soll. Parlamentspräsident *Peter Vallone* wird mit aller Wahrscheinlichkeit seinen Antrag zurückziehen. Die Anhörung finde aber dennoch statt, damit sich das Parlament eine Meinung bilden könne, sagte *Vallone*. Politische Beobachter sahen allerdings dahinter eher eine Wahlkampfstrategie.

Das Parlament des Bundesstaates New York hat für Tage später ebenfalls eine Anhörung geplant. Hintergrund ist ein geplantes Gesetz, das Schweizer Banken zu Öffnung ihrer Archive verpflichten soll. Auch zu diesem Hearing schicken die Schweizer Banken hochrangige Repräsentanten als Kontrahenten von *D'Amato*, WJC-Präsident *Edgar Bronfman* und Vize-Direktor des Bundesstaates *Carl McCall*. Voraussichtlich dürfte auch *Defago* daran teilnehmen. Der Gouverneur des US-Bundesstaates New York, *George Pataki* hatte angedroht, das Tätigkeitsfeld der Schweizer Banken im Staat New York einzuschränken, wenn diese die Zusammenarbeit bei der Untersuchung ihrer Finanzaktivitäten im Zweiten Weltkrieg verweigerten. Der Chef der Bankenaufsicht, *Neil Levin*, will diese Frage in den nächsten Tagen in der Schweiz mit den Spitzen der Banken erörtern.

Der Schweizer Nationalrat *François Loeb* brachte bei seinen Gesprächen in New York seine Idee eines runden Tisches vor, zu dem sich die betroffenen Kreise alle vier bis sechs Wochen treffen könnten. Den harten Kern würden je ein Parlamentsmit-

glied aus der Schweiz, den USA und weiteren Ländern sowie Vertreter des World Jewish Congress, der Anti Defamation League und des SIG bilden.

Und in einem Nachsatz schreibt über diese Pressemitteilung der NZZ-Redaktor, Max *Frenkel*:

«Seit einiger Zeit gibt es Anzeichen, dass nicht überall im Bundeshaus grosse Freude über die forsche Gangart von Botschafter Thomas *Borer* herrscht. Aber gerade dafür, dass jemand nicht ständig Leerformeln von sich gibt, hat der Bundesrat ihn gewählt. Wenn man *Borer* da und dort vorwirft, er binde mit seinen Worten den Bundesrat über die ihm erteilten Instruktionen hinaus, liegt das zum einen vielleicht auch an der Unschärfe dieser Instruktion. Zum andern ist es hingegen geradezu eine Aufgabe *Borers* – eines jeden Diplomaten in Krisensituationen –, auch dort rasch zu reagieren, wo noch keine Instruktionen vorliegen. Wie er das tut, ist allerdings eine andere Sache (und sollte, wenn der Bundesrat seine Hausaufgaben bei der Wahl seines Vertreters richtig gemacht hat, eigentlich kein Problem sein). Hier ist aber ein kleiner Vorbehalt zu *Borers* Aktivitäten angebracht. Wenn er in New York Ideen einbringen will, muss er vielleicht daran erinnert werden, dass diese zunächst in der Schweiz abzusichern wären. Es ist nicht New York, das zum Beispiel die Ausstattung des schweizerischen Shoa-Fonds zu diskutieren hat. Im Gegenteil: wenn der Mitwirkung des Bundes bei letzterem überhaupt ein Hindernis im Weg steht, dann ist es der absehbare Widerwillen der Bevölkerung nicht gegen die humanitäre Geste an sich, sondern gegen das Gefühl, diese auf ausländischen Druck hin zu erbringen. Deshalb ist auch *Loeb's* Idee des runden Tisches nicht unbedingt ausgereift. Sprecher und solche, die sprechen möchten, hat die Schweiz in dieser Sache nachgerade genug. Was fehlt, ist mehr Kohärenz.

Diese zu sichern ist Aufgabe des Bundesrates. Das Parlament, auch noch so willig, ist hier überfordert.»

Dann am 7. Februar kamen neue Drohgebärden aus New York gegen die Schweizer Banken.

Nur zwei Tage nach den positiven Reaktionen jüdischer Organisationen auf den von drei Schweizer Grossbanken initiierten Holocaust-Fonds ist bekannt geworden, dass der amerikanische Gliedstaat New York das kurzfristige Anlagegeschäft mit den Schweizer Banken eingestellt hat. Die Nachricht wurde von den Vertretern der Grossbanken, der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Schweizer Regierung mit Überraschung, Unverständnis und Befremden zur Kenntnis genommen. Die Anordnung des New York State Controller H. Carl *McCall* schien auch das Sekretariat des World Jewish Congress und den für die Bankenüberwachung im Staat New York zuständigen Superintendent Neil *Levin* zu überraschen, der in die Schweiz zu einem Treffen mit Banken Vertretern reisen will.

WJC-Geschäftsführer Elan *Steinberg* und *Levin* bemühten sich in der Folge, die Wogen möglichst zu glätten. Beide gaben zu verstehen, dass sie mit *McCall* Gespräche geführt und ihn zu einer Annullierung seines Beschlusses gedrängt hätten. Ein Sprecher des Comptroller bestätigte diese Kontakte, konnte aber vorerst nur erklären, dass der Sistierungsbeschluss gegenwärtig neu überprüft werde. Ebenso der Speaker des New Yorker Stadtparlaments Peter F. *Vallone*, der sich am Freitag noch nicht dazu durchringen konnte, den von ihm am 29. Januar eingereichten Gesetzesentwurf für einen Bankenboykott der Stadt New York zurückzuziehen. Eine Sprecherin *Vallones* erklärte, dass der Speaker über den «ersten Schritt der Schweizer Banken sehr erfreut» sei, trotzdem wolle er noch das von ihm ange-

setzte Hearing abwarten. Auch der New York State will an seinem vorgesehenen Hearing festhalten.

Wir erinnern uns, dass der New York State Comptroller bereits am 30. Januar, das heisst mehrere Tage vor der Ankündigung des Holocaust-Fonds, veranlasst hatte, kurzfristige Anlagengeschäfte mit den Schweizer Banken einzustellen, bis die Untersuchungen über die mutmasslichen Holocaust-Vermögen in der Schweiz abgeschlossen seien. Diese Overnight-Transaktionen betrafen jeweils eher bescheidene Geldbeträge in der Grössenordnung von 225 Mio. Dollar. Allerdings droht die Massnahme, die eigenartigerweise erst jetzt bekannt wurde, eine bereits gespannte Atmosphäre zusätzlich zu vergiften. Im Urteil einiger Beobachter dürften die Ungereimtheiten Ausfluss der Profilierungssucht der Politiker sein. Sowohl Speaker *Vallone* als auch *McCall* gehören der Demokratischen Partei an, in der man wohl darüber verärgert ist, dass die Republikaner unter der Führung *D'Amato* das Thema Holocaust-Vermögen zuerst an sich gerissen haben. Die rund eine Million New Yorker Juden zählen eigentlich zur Stammwählerschaft der Demokraten.

Levin, ein Republikaner, erklärte, dass er in der Schweiz mit Spitzenvertretern der Schweizer Banken Zusammentreffen und sich direkt von diesen über die laufenden Untersuchungen informieren lassen wolle. Damit könne er sich auch persönlich vergewissern, dass die Schweizer Institute «voll kooperativ» seien. Auf die Frage, ob er tatsächlich, wie Agenturen berichteten, Bankakten einsehen wolle, erklärte *Levin*, dass dies nicht der Fall sei. Er kenne die betreffende schweizerische Gesetzgebung bestens. Im weiteren Gespräch unterstrich er wiederholt, dass ein Entzug der Lizenzen der Schweizer Banken nicht im Geringsten zur Diskussion stehe; es gebe ja keine Anzeichen dafür, dass die Schweizer Banken nicht kooperativ seien. In

diesem Zusammenhang lobte *Levin* insbesondere die Bemühungen der Volcker-Kommission, und er brachte zum Ausdruck, dass ihm sehr daran liege, den internationalen Charakter des Finanzplatzes New York zu bewahren.

Am 10. Februar kamen aus New York erneute Androhungen von Sanktionen gegen die Schweizer Banken. Ein führender Ausschuss des New Yorker Stadtparlaments hatte ein Hearing durchgeführt, ob die Schweiz durch Sanktionen zu «angemessenen» Wiedergutmachungsschritten gegenüber den Opfern des Holocaust gezwungen werden solle. Die Anhörung, an der sich auch Vertreter der Schweiz und ihren Banken beteiligten, wurde durch einen Gesetzesantrag von Speaker Peter *Vallone* initiiert. Bereits wurde die vom Stadtparlament eingebrachte Gesetzesvorlage für die Einstellung von Finanzgeschäfte akzeptiert.

Vallone begrüßte während der Hearings die jüngste Ankündigung der drei Schweizer Grossbanken, 100 Millionen Franken in einen neu zu gründenden «humanitären» Holocaust-Fonds einzuschiessen, der nun auch für Beiträge anderer Kreise offensteht. Der Speaker erklärte, dass er sehr glücklich darüber sei und auch mit Genugtuung die neueste Ankündigung der Beitragsbereitschaft anderer Schweizer Wirtschaftskreise zur Kenntnis genommen habe. Dem fügte *Vallone* aber einschränkend hinzu, dass diese Beiträge doch lediglich ein erster Schritt seien und Massnahmen auch bloss unter Druck ergriffen wurden. Deshalb bestehe noch kein Anlass, die von ihm beantragte Gesetzgebung schon wieder ganz zurückzuziehen; der Druck müsse vielmehr aufrecht erhalten bleiben. Damit öffnet *Vallone* allerdings doch die Tür zu einem Kompromiss, die von ihm beantragte Gesetzgebung zwar bereits zu verabschieden, jedoch noch nicht gleich in Kraft zu setzen.

Auch die anderen Mitglieder des Ausschusses erklärten, dass der Druck gegenüber der Schweiz nicht nachlassen dürfe. Kritisch eingestimmt wurden sie zu Beginn durch den republikanischen Senator *D'Amato*, der nicht nur die dunkle Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs brandmarkte, sondern auch an der (mittlerweile selbst von der US-Regierung korrigierten) Behauptung festhielt, dass Botschafter *Jagmetti* praktisch zu einem Krieg gegen die Juden aufgerufen habe. Danach gab *D'Amato* im Blick die Fonds-Beiträge der Banken doch zu Protokoll, dass gegenwärtig Boykottmassnahmen nicht ratsam wären.

Mehrere Stadtparlamentarier machten der Schweizer Regierung und ihren Finanzinstituten in der Folge den unverblünten Vorwurf, dass sie nur unter Druck reagierten und weiterhin zu mauern versuchten. Andere Abgeordnete wiederum versuchten versöhnlichere Töne anzuschlagen, indem sie immerhin indirekt auch an die lange demokratische und humanitäre Tradition der Schweiz erinnerten und die Schweizer dazu aufriefen, die laufende Vergangenheitsbewältigung zu ihrer besten Stunde zu machen. Die Schweiz könne ein Modell für andere Länder sein, die mit der Aufarbeitung ihrer Geschichte noch gar nicht begonnen hätten (wie beispielsweise die USA, siehe Kapitel 4. sic.).

Der Schweizer Generalkonsul in New York, Alfred *Defago*, unterstrich in seiner Erklärung vor dem Ausschuss mit Nachdruck, dass sich die Schweiz ernsthaft um eine schonungslose Offenheit ihrer Rolle während des Zweiten Weltkrieges bemühe. *Defago* bekräftigte diesen Willen mit dem Hinweis auf die verschiedenen Schritte, welche die Schweiz in diese Richtung bereits unternommen hätte. Neben der Entschuldigung von Bundespräsident Kaspar *Villiger* im Jahre 1995 für die damalige Flüchtlingspolitik der Schweiz erwähnte *Defago* insbesondere die Bildung der internationalen zusammengesetzten

Expertenkommission, die Arbeit des Volcker-Komitees und die bereits erwähnte Initiierung eines humanitären Holocaust-Fonds. Zum Abschluss machte der Diplomat geltend, dass die Schweiz zur Findung der historischen Wahrheit wohl weitreichendere Schritte als die meisten anderen Länder in Europa unternommen habe.

Am Hearing beteiligten sich die drei Schweizer Grossbanken; sie wurden durch ihre drei höchstrangigen Manager vertreten. Richard *Capone*, der für alle amerikanischen Staaten zuständige Chief operating officer der Bankgesellschaft, erklärte im Namen der drei Grossbanken, dass sie ohne Vorbehalte entschlossen seien, eine moralische und finanzielle Lösung der Angelegenheit zu erzielen. *Capone* sicherte die vollständige Kooperationsbereitschaft der Finanzinstitute zu und unterstrich, dass die Banken der vollständigen Wahrheit und einer rechtmässigen Kompensation verpflichtet seien. Nicht ein Penny, der einem Nazi-Opfer gehört haben könnte, werde bei den Banken bleiben.

Ein weiterer Bericht kam aus Bern am 12. Februar, wo sich der Bundesrat im Hilfsfonds für Naziopfer für ein zweistufiges Vorgehen entschied.

So schrieb die NZZ: «Nach der Grossbank-Initiative zur Öffnung eines humanitären Fonds für Hilfeleistungen an Naziopfern ist der Bundesrat unter Druck geraten, die Führung zu übernehmen, seine Absichten rasch bekannt zu geben und auch eigene Zahlungen in Aussicht zu stellen. Der Bankenankündigung vorausgegangen war ein Treffen am 23. Januar in Zürich zwischen Botschafter Thomas *Borer* und hochrangigen Vertretern der Wirtschaft. Bereits damals einigte man sich auf die Einrichtung eines Fonds «in einer humanitären Tradition der Schweiz», und *Borer* sicherte die Führung des Bundesrates beim Ausarbeiten des Konzeptes zu».

Die Schweiz werde rasch handeln, versicherte der Leiter der Task Force, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, sie wolle auf Zeit spielen. Die hundert Millionen der Banken und weitere Zuwendungen anderer Wirtschaftszweige werden sofort einem Spezialfonds gutgeschrieben. Dessen genauen Zweck werde zurzeit intensiv mit Vertretern der Wirtschaft, schweizerischer und jüdischer Organisationen sowie der Fahrenden (Sinti/Roma) diskutiert. Der Bundesrat denkt in erster Linie an die schnelle Unterstützung humanitärer Projekte zur Hilfe an Überlebende der Nazi Verfolgung und ihre bedürftigen Nachkommen. Die Begünstigten sollen ungeachtet ihres Glaubens, ihrer Rasse oder Herkunft bestimmt werden. Der Bundesrat hofft, dass sich die interessierten Kreise rasch einigen können, damit dieser Spezialfonds bereits in den nächsten Wochen eingerichtet und operationell werden könne. Als Rechtsgrundlage verweist die Landesregierung auf das Finanzhaushaltsgesetz. Dieses erlaube aber keine Beiträge des Bundes.

In der zweiten Phase wurde nach dem Konzept des Bundesrates der Spezialfonds abgelöst durch eine definitive Struktur, wobei die Regierung in erster Linie an eine Stiftung denkt. Deren Zweck könnte auch breiter gefasst werden als jener Fonds, und Bundesrat *Cotti* schloss vor den Medien eine spätere Internationalisierung der finanziellen und rechtlichen Trägerschaft nicht aus. Diese definitive Einrichtung soll noch vor Sommer stehen. Bis dann erwarte der Bundesrat erste Ergebnisse der Studien über die Goldtransaktionen der Nationalbank und über die schweizerische Flüchtlingspolitik. Die Historikerkommission unter Leitung von Professor *Bergier* hatte dem Bundesrat zugesagt, diese beiden Themen vorweg abzuklären. Erst danach könne die Eidgenossenschaft selber finanziell aktiv werden.

Bundesrat *Cotti* rechtfertigte noch einmal die Politik der Regierung, nicht schon jetzt eine finanzielle Beteiligung des Bundes an Fonds oder Stiftung verbindlich zuzusagen. Die Privatwirtschaft sei freier in der Verwendung ihres Geldes. Der Bundesrat müsse den Steuerzahler über den Einsatz von öffentlichen Mitteln Rechenschaft ablegen. Über eine finanzielle Beteiligung werde die Landesregierung deshalb auf Grund von umfassend erhärteten Fakten entscheiden, dann aber bestimmt sehr schnell. Er ist überzeugt, dass ein solches Vorgehen eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit ermögliche und das Verständnis für ein finanzielles Engagement aller Bürger fördern werde. «Gerade in der direkten Demokratie können solche Entscheide nur mit einer breiten Volksunterstützung getroffen werden», sagte er. Finanzielle Beiträge des Bundes, erinnerte der Bundesrat, müssen vom Parlament mit referendumsfähigen Beschlüssen gutgeheissen werden. Auch die Nationalbank – darauf verweist deren Direktorium immer wieder – braucht für die Zuwendungen an einen solchen Fonds oder an eine Stiftung die Ermächtigung des Parlaments. Wie *Cotti* ankündigte, wird der Bundesrat mit der SNB-Spitze zusammen die einschlägigen Fragen abklären.

In einer Erklärung der Vereinigten Bundesversammlung wird Bundespräsident Arnold *Koller* anfangs März den Beitrag der Regierung zur Bewältigung dieser schwierigen Herausforderung darstellen. Wie *Cotti* betonte, ist dies aber nicht nur die Aufgabe der politischen Behörden und der Banken, sondern treffe alle Schweizer. Das ganze Land müsse sich diesen Fragen stellen, und zwar in einem Klima der Sachlichkeit, des gegenseitigen Respekts und – wenn immer möglich – der inneren Geschlossenheit.

Abzulehnen seien rassistische oder antisemitische Untertöne. Erwartet werden dürfe auch, dass der von der Schweiz eingelei-

tete Prozess zur Schaffung von Klarheit und Gerechtigkeit, der in seinem Ausmass international einmalig sei, zur Kenntnis genommen und anerkannt werde. Der Bundesrat verzichtet auf die Einsetzung einer speziellen Strategiegruppe. Sowohl das Departement für Auswärtiges wie die von *Borer* geleitete Task Force seien in der Lage, notwendigen strategischen Entscheide vorzubereiten und dem Bundesrat rechtzeitig vorzulegen.

Während der Entscheid des Bundesrates zur Schaffung eines Spezialfonds insgesamt positiv aufgenommen wurde, gab es einige Kritik am Zweistufenplan.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) bezeichnete das bundesrätliche Vorgehen als «klugen Entscheid». Insbesondere stimmt sie mit der Landesregierung überein, dass die Ausgestaltung definitiver Strukturen erst nach den Ergebnissen der Expertenkommission *Bergier* in Angriff genommen werden soll. Auch die Freien Demokraten (FDP) und die Christlichsoziale Volks Partei (CVP) sind erfreut, dass der Bundesrat seine Führungsverantwortung wahrgenommen habe. Die Freien Demokraten begrüssen im Gegensatz zur Christlichsozialen Volkspartei das zweistufige Vorgehen, da es den Vorteil habe, dass die benötigten Gelder den Holocaust-Opfern rascher zur Verfügung stünden. Die CVP hätte lieber umgehend eine humanitäre Stiftung geschaffen, da die Schweiz ihre moralische Verantwortung sofort wahrzunehmen habe.

Ganz anders die Sozialdemokratische Partei (SP). Sie bedauert, dass der Bundesrat trotz klaren Fakten keine konkreten Schritte unternommen habe. Es gebe keinen Grund, mit finanziellen Zusagen zu warten.

Man sollte meinen, die SP kenne die schweizerischen Bedingungen und Gesetze nicht. Wenn eine Gefahr besteht – und die

ist noch lange nicht gebannt –, so ist es die, dass, wenn der Bundesrat einen Beitrag bewilligen würde, der dem Steuerzahler zur Last fällt, dieser nicht durch ein Referendum vom Volk gebilligt wird – und dadurch auf lange Zeit hinaus blockiert wird. Mitschuld daran trügen dann nicht zuletzt die politische Pöfliergerier der SP und der ausländische Druck, speziell aus den USA und seitens der amerikanischen Juden. Denn so schnell vergisst das Schweizer Volk eine ungerechtfertigte und über alle Massen empörende Beleidigung nicht, wie es seit Monaten erfahren musste, und die Volk und Land weltweit in Misskredit gebracht hatte.

Auch bei jüdischen Kreisen in der Schweiz löste der Bundesratsentscheid leise Enttäuschung aus. Es lägen bereits genügend erhärtete Fakten vor, welche eine grosszügigere Haltung ermöglicht hätten, sagte Thomas *Lysy*, Vicepräsident und Sprecher des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. Andererseits begrüsst er das schnelle Handeln. Es sei sehr wichtig, dass der Fonds nun verwaltet werde und Gelder ausbezahlt würden. Der israelitische Likud-Abgeordnete Avraham *Hirschsohn*, Präsident der für jüdischen Vermögen aus der Nazizeit auf europäischen Banken zuständigen Knesset-Kommission, hat sich ebenfalls befriedigt gezeigt. Nach Ansicht von *Hirschsohn* sollte der Staat Israel an der Verwaltung des Spezialfonds in einer Form beteiligt werden (das hätte diesem Fonds gerade noch gefehlt, sic.) Der Vorsitzende der Jewish Agency, Avraham *Burg*, sprach von einem «grossen Sieg für alle, die an unsere Sache geglaubt haben». Die Schweiz tue den Juden keinen Gefallen damit, denn es handle sich nicht um Schweizer, sondern um den Juden geraubtes Geld. (Solche Töne gehen auch in die Köpfe des einfachen Schweizer Bürgers, der sehr, sehr viel für Juden und Hilfsbedürftigen getan und gespendet hat. Allein schon im Unterschied zu den USA, die bevölkerungsmässig

über 25 mal grösser ist als die Schweiz, und ein jährliches Spendenvolumen von 600 Mio. Dollar aufbringt, sammeln die Schweizer [exklusive Banken und Wirtschaft] jährlich 730 Millionen Franken. Es würde den führenden Leuten solcher Organisationen gut anstehen, die Geschichte nicht zu verfälschen. Weder haben die Schweizer Juden vergast, noch sie umgebracht. Und die Spenden, die heute die Schweizer mit den Banken und der Wirtschaft zusammentragen, sind keine Gelder der Juden, sondern freiwillige Abgaben. Mit den rudimentären Anschuldigungen und Beleidigungen bringen die Juden eher weniger Geld für ihre Opfer zusammen und gewinnen keine von Herzen kommende Anteilnahme für ihr Anliegen weder in der Schweiz noch in der Welt).

Der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein Vorort erklärte, mit dem raschen Handeln des Bundesrates lasse sich das wieder gewonnen Vertrauen jüdischer Kreise in die Schweiz festigen.

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVG) erwartet, dass sich die übrige Wirtschaft, der Bund und die Nationalbank nun ihrerseits an der geplanten Stiftung beteiligen werden. Dass der Bund zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Höhe des eigenen Betrages zur Unterstützung der Holocaust-Opfer angeben könne, sei auf Grund der dafür notwendigen gesetzgeberischen Schritte verständlich. Für die Unterstützung von Überlebenden der Nazi Verfolgungen sollten laut SBVG in der ersten Phase sofort Stiftungsmittel bereitgestellt werden.

Trotz all den positiven Reaktionen und Aktivitäten kam erneut scharfe Kritik aus den USA. *D'Amato* hatte den Entscheid des Bundesrates zur Schaffung eines Spezialfonds scharf kritisiert. In einem in Washington verbreiteten Communiqué schrieb er, das Geld gehöre nicht der Schweiz, sondern den Holocaust-Überlebenden. Es stehe der Schweizer Regierung nicht

zu, diese Gelder zu verwalten und deren Verteilung zu diktieren. Die Schweiz habe bereits 1962 beim Versuch, einen solchen Fonds zu errichten, versagt und sei dabei, erneut zu scheitern.

Daraufhin brachte Max *Frenkel* von der NZZ nachstehende Kolumne im Inlandteil des Blattes:

«Natürlich wäre es zu begrüßen gewesen, wenn der Bundesrat ein pfannenfertiges Fondsprojekt vorgelegt hätte. Wieder einmal – typisch schweizerisch – knorzig gehandelt zu haben, wird man da und dort vorwerfen. Einerseits hätte das vorausgesetzt, dass auch auf Seiten der Wirtschaft und weiterer Kreise Einigkeit über das eigene Engagement bestanden hätte und dies dem Bundesrat rechtzeitig für das Schnüren eines Gesamtpaketes mitgeteilt worden wäre. Auf der anderen Seite müsste ein Teil der Energie, die man jetzt auf die Identifikation der primären Destinatäre konzentrieren, für die Diskussion über mögliche weitere Zwecke eingesetzt werden – hier geistert im Bundeshaus ja sogar die Ausdehnung auf «dringliche Entwicklungsprojekte» herum – wie auch für die Diskussion der Struktur des Stiftungsrates. Dass der Bundesrat lieber rasch als perfekt gehandelt hat, ist deshalb zu begrüßen. Zumal spätere Perfektion immer noch angestrebt werden kann. Der Zeithorizont dafür bleibt allerdings, aus Gründen des bestmöglichen Kommunikationsfeldes, das Basler Jubiläum des ersten Zionistenkongresses im Sommer.

Wie die Probleme dieser ersten Stufe gelöst werden, bestimmt allerdings auch das Klima für die nächste. Wichtig ist die vom Bundesrat beschlossene Ausrichtung auf humanitäre Hilfe an Überlebende der Nazi Verfolgung und ihren bedürftigen Nachkommen, ungeachtet ihres Glaubens, ihrer Rasse oder Herkunft. Idealerweise sollte kein Rappen des gespendeten und

gesammelten Geldes in der Schweiz bleiben. Auch die Verwaltungskosten sollten eigentlich nicht von den Geldgebern, sondern vom Bund getragen werden. Es muss aber auch dafür gesorgt werden, dass die Schweiz die Kontrolle darüber behält, welches Geld wohin geht und dass es wirklich dorthin geht. Dann wird der nötige Rückhalt für die Aktion im Parlament und vor allem im Volk zu finden sein. Gerade im Volk, das auf auswärtige Angriffe sensibler zu reagieren scheint als die Eliten, ist dieser Rückhalt erst noch zu gewinnen. Es ist das eine Aufgabe, die, wie der Bundesrat beschlossen hat, beim Bundespräsidenten tatsächlich zweckmässiger aufgehoben ist als beim Aussenminister.»

Unterdessen hatte sich nach dem emotionsgeladenen Hearing im New Yorker Stadtrat ebenfalls der Bankenausschuss des US-Gliedstaates New York mit dem Thema «Schweizer Banken und nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust-Opfern» befasst. Eingedenk der Tatsache, dass die Problematik zu einem dankbaren Spielball der New Yorker Politiker geworden ist, wirkte die neueste Anhörung einigermaßen entspannt. Entgegen ursprünglichen Befürchtungen fuchtelten die Parlamentarier nicht mit der Sanktionswaffe, und die Frage, unter welchen Umständen den Schweizer Banken die Lizenzen zu entziehen wären, blieb im Hintergrund.

Der New Yorker State Comptroller Carl *McCall* signalisierte seine Bereitschaft, die von ihm vor zwei Wochen überraschend angeordnete Suspendierung des Geldmarktgeschäfte des New York State mit den Schweizer Banken zu überprüfen. Die Sistierung hatte nicht nur die Schweizer Regierung und die Banken, sondern auch Vertreter der New Yorker Bankenaufsicht und des Jüdischen Weltkongresses negativ überrascht.

McCall erklärte sodann, dass er sich beim weiteren Vorgehen an den Ergebnissen der Konferenz orientieren wolle, welche die Mitglieder der World Jewish Restitution Organization (WJRO) mit Vertretern der Schweizer Regierung, dem Vorsitzenden Paul *Volcker* und Jean François *Bergier* in New York durchführen werden. An dieser Konferenz werden nicht zuletzt Fragen im Zusammenhang mit dem neuen, von den Grossbanken initiierten humanitären Holocaust-Fonds im Vordergrund stehen. Der WJRO gehören zahlreiche Organisationen an, unter anderem der Jüdische Weltkongress, die Jewish Agency in Israel und Vereinigungen von Holocaust-Überlebenden.

An dem vom Speaker Sheldon *Silver* (Demokratische Partei) einberufenen Hearing ergab sich die Entspannung insbesondere auch daraus, dass der New Yorker Senator Alfonso *D'Amato* nicht nur seine allgemeine Kritik an der Schweiz für einmal zu dämpfen versuchte, sondern sich noch dazu durchringen konnte, in aller Offenheit seine anfängliche Kritik an den neuesten Beschlüssen des Bundesrates zur Etablierung eines Spezialfonds und zur Vorbereitung einer Stiftung zurückzunehmen.

Am Vorabend hatte sich *D'Amato* nämlich noch sehr empört darüber erklärt, dass nun gerade die Schweizer Regierung, die so lange gemauert habe und bereits einmal die Suche nach Holocaust-Vermögen im Jahre 1962 verschlampte, nun den humanitären Fonds selber verwalten werde.

Der Bundesrat mache Propaganda und verhalte sich wie ein Taschenspieler, äusserte er. Tags darauf liess sich der rührige Senator dann aber doch in einem Gespräch mit dem Schweizer Sonderbotschafter Thomas *Borer* und dem Schweizer Generalkonsul in New York, Alfred *Defago* über den genauen Zusammenhang und den Sinn der neuesten Entscheide in Bern informieren. So gab dann *D'Amato* vor dem Bankenausschuss des

New Yorker State letztlich zu Protokoll, dass der Entscheid des Bundesrates einen ganz anderen Schritt darstelle, als er ursprünglich auf Grund erster «irreführender Presseberichte» befürchtet habe.

Ein Vertreter des Schweizer Generalkonsulates in New York erklärte, *Borer* und *Defago* hätten dem Senator unter anderem versichert, dass die Schweizer Regierung in der Fonds-Frage mit den jüdischen Organisationen eng zusammenarbeiten werde. In seiner Erklärung vor dem Bankenausschuss erklärte Generalkonsul *Defago* wörtlich, dass «die Schweizer Regierung bei der Mitverteilung auf die Expertise des World Jewish Congress und der World Jewish Restitution Organization zähle». Ferner teilte *Defago* mit, dass der Bundesrat ihn in diesem Zusammenhang beauftragt habe, den Generalsekretär des jüdischen Weltkongresses, Israel *Singer*, zu einem Treffen mit Aussenminister Flavio *Cotti* in Bern einzuladen.

Singer schlug seinerseits bei der neuesten Anhörung betont konziliantere Töne an. Die Entwicklung habe mit der Schaffung eines humanitären Fonds einen Wendepunkt erreicht. Zudem warnte *Singer* vor einem Kesseltreiben gegen die Schweiz, indem er nicht nur auf die schwersten Verbrechen des Nazi-Regimes, sondern auch auf das Fehlverhalten vieler anderer Staaten hinwies. So erwähnte er, dass auch die USA jüdische Flüchtlinge (unter anderem seinen Vater) abgewiesen hatte.

Die drei Schweizer Grossbanken beteiligten sich auch am neuesten Hearing und bekräftigten, dass sie das Problem auf moralisch und finanziell überzeugende Weise lösen wollten.

Um nochmals Max *Frenkel* von der NZZ zu zitieren, der über *D'Amato* sagte:

«Wie lange noch Catilina, wie lange willst du missbrauchen unsere Geduld«, begann der Römer Marcus Tullius Cicero sei-

ne berühmte Anklagerede gegen Catilina. Die gleiche Frage stellt sich bereits seit einiger Zeit zu den Verunglimpfungen und Unterstellungen, die der New Yorker Senator Alfonse *D'Amato* an die Adresse der Schweiz und ihrer Regierung richtet. Der vorläufig letzte Höhepunkt war die Behauptung nach der Bekanntgabe des Bundesratsbeschlusses zum schweizerischen Shoa-Fonds, der Bundesrat verhalte sich wie ein Taschenspieler und betreibe Propaganda. Es stehe der Schweiz nicht an, die Gelder des Holocaust-Spezialfonds, die von privaten Institutionen und Banken kämen, selber zu verwalten und deren Verteilung zu diktieren.

Auf eine so abwegige Leseart einzugehen, lohnt sich nicht. Es hat auch keinen Sinn, die von *D'Amato* eilends nachgeschobenen Relativierungen zum Nennwert zu nehmen. Was jedoch, gerade im Hinblick auf das Geschehen der nächsten Tage in New York, festgehalten werden muss, ist der innenpolitische Imperativ, nun endlich den hoffnungslosen und unnötigen Versuch aufzugeben, *D'Amato* umzustimmen. Wir wollen nicht ein weiteresmal Harmonie suggerierende Bilder eines Schweizer Botschafters mit *D'Amato* sehen. Es genügt durchaus, dass sich eben erst noch zwei Nationalräte von diesem zu einem Fototermin vorführen liessen. Wenn etwas den innenpolitischen Konsens in dieser heiklen Frage gefährdet, dann ist es das Gefühl, die Rolle des getretenen Hundes zu spielen, der für eine Streicheinheit selbst seines Peinigers alles tut.

Dass der Versuch, *D'Amato* umzustimmen, hoffnungslos ist, liegt auf der Hand. *D'Amato* lebt politisch vom Wirbel, den er mit seiner Masslosigkeit erzeugen kann. Je mehr die schweizerische Politik auf ihm eingeht, desto mehr spielt sie mit seinen gezinkten Karten und desto massloser wird der wegen seiner Deals schon mehrfach in Misskredit geratene Senator auftreten.

Der Versuch ist aber auch unnötig, *D'Amato* ist kein Problem mehr. Den Schaden, den er für die Schweiz anrichten konnte, hat er angerichtet. (Mitschuldig aber gleichfalls sind jene jüdischen Kreise, die ihn auf den Thron und als Sprecher für ihre eigene Sache gegen die Schweiz eingesetzt haben. Wären die jüdischen Organisationen mit der Not für die Holocaust-Überlebenden an das Schweizervolk, an die Banken und an die Schweizer Regierung gelangt, sie hätten einen weit höheren Gewinn, Verständnis und Spenden erreichen können. Denn der Schweizer hat für das Elend das Herz auf dem rechten Fleck und die ungeheuren Spenden, die sie jedes Jahr an Hilfsorganisationen einbringen, beweisen es. Mit der Hetzkampagne jedoch gegen die Schweiz und den Demütigungen haben sie vielmehr in der breiten Bevölkerung Zorn geerntet, der sich sehr schnell in Hass umwandeln kann. Hoffen wir's nicht! sic.).

Anhörungen vor seinem Bankenausschuss sind zwar noch lästig, aber nicht mehr wichtig. Alles Weitere – eine Gesetzgebung gegen Schweizer Banken zum Beispiel – hat eine äusserst geringe Wahrscheinlichkeit der Verabschiedung durch den amerikanischen Kongress, dem Substantielleres als aus der Luft gegriffene Unterstellungen vorgelegt werden müsste. Heikel ist für den aussenstehenden Beobachter allerdings die Beurteilung einer möglichen Orchestrierung der Auftritte *D'Amatos* und des World Jewish Congress. Es fällt auf, dass der letzte seit wenigen Wochen deutlich moderater, verständnisvoller auftritt als ersterer. Das kann damit begründet werden, dass der WJC tatsächlich die Bemühungen der Schweiz anerkennt. Es kann aber auch das aus der Verhörtechnik bekannte Heiss-Kalt-Zusammenspiel des «bösen» mit dem «guten» Interrogator vorliegen.

D'Amatos Rolle könnte dann darin bestehen, die schweizerischen Vertreter zu grösseren Zugeständnissen gegenüber dem

«lieben» WJC zu bewegen, als solche normalerweise zu erreichen wären.» (Damit dürften sie mit diesen Aktionen jeden Spielraum vertan haben, sic.)

Die World Jewish Restitution Agency, eine Schwesterorganisation des WJC, wird in Anwesenheit unter anderem vom Schweizer Botschafter Thomas *Borer*, über die ganze Angelegenheit diskutieren. Sie könnte versucht sein, Verfügungsgewalt über den Schweizer Fonds und vor allem über die in Aussicht genommene Stiftung zu beanspruchen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten könnte seinerseits versucht sein, ihr um des (trügerischen) lieben Friedens willen in diesem Punkt entgegenzukommen. Damit würden aber Erwartungen genährt, welche die Stimmungslage des Schweizer Bürgers nie zu honorieren bereit wäre. Es dürfte zwar bereit sein, Gutes zu tun, wozu es allerdings zuerst noch einer hochstehenden Parlamentsdebatte und eines wirklich starken Auftritts des Bundespräsidenten bedürfte. Aber er wird nicht mitmachen, wenn auch nur der geringste Verdacht besteht, mit «seinem» (und nicht wie *Burg und D'Amato* behaupten «jüdischem» sic.) Geld werde jüdisch-amerikanische, italo-amerikanische, israelische, osteuropäische oder irgendeine andere ausländische Verbandspolitik getrieben – möglicherweise PR-Überlegungen von Behörden und Grossbanken hin oder her.

Die von der World Jewish Restitution Organization am 14. Februar 1997 in New York einberufene Konferenz zur Diskussion der Problematik verschollener Holocaust-Vermögen gipfelte nicht in Appellen zum Boykott gegen die Schweiz, wie noch Anfang Januar Vertreter verschiedener jüdischer Organisationen gewarnt hatten. Das Treffen fand vielmehr in einem Geiste der Kooperation statt der Konfrontation statt, wie alle

führenden Konferenzteilnehmer an der gemeinsamen Pressekonferenz betonten. Edgar *Bronfman*, der Präsident der WJRO und des World Jewish Congresses, erklärte einleitend, dass sich die «Stimmung aufgehellt und geändert» habe, «ein neuer Geist» herrsche und dass die zuvor «emotional oftmals entgeisterte Debatte sich wieder zurück auf die Schiene befinde.»

Als wichtiger Wendepunkt fand bei der Konferenz der von den drei Schweizer Grossbanken initiierte humanitäre Fonds Anerkennung. Optimismus bekundeten in der Folge auch Botschafter Stuart *Eizenstadt*, der von Präsident *Clinton* eingesetzte Sonderbeauftragte für die Restitution von Holocaust-Vermögen, sowie Botschafter Thomas *Borer*. Für eine enge Kooperation der verschiedenen Kontrahenten sprach sich ebenso Professor Jean-François *Bergier*, der Vorsitzende der unabhängigen Expertenkommission, der israelitische Parlamentarier Avraham *Hirschsohn* und Rolf *Bloch*, der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes aus. Paul *Volcker*, der Vorsitzende der «Group of Eminent Persons», konnte sich aus terminlichen Gründen nicht an der Pressekonferenz beteiligen.

«Sehr ermutigt» erklärte sich selbst Senator *D'Amato*, der sich am Vortag gezwungen sah, seine voreilige Kritik am neuen humanitären Fonds zurückzunehmen.

An der Konferenz erhielten die einzelnen Exponenten zuerst Gelegenheit, ihre Standpunkte zu präsentieren. Darauf folgten Diskussionen im Plenum. Botschafter *Borer* nutzte dabei die Gelegenheit, nochmals mit aller Deutlichkeit zu sagen, dass die Schweiz an einer schonungslosen Aufdeckung ihrer Rolle während des Zweiten Weltkrieges interessiert sei. Er erklärte auch, dass die Schweiz «zusammen mit dem WJRO und den schwei-

zerischen jüdischen Organisationen» die Details des neuen humanitären Fonds zugunsten der Opfer des Nazi-Terrors ausarbeiten werde.

Wie die verschiedenen Exponenten erklärten, wurde über die zum Teil heiklen Detailfragen des neuen Fonds in New York noch nicht genau und jedenfalls erst unverbindlich diskutiert. Die WJRO steht insofern im Zentrum des Fragenkomplexes, als sie 1992 – vorab im Blick auf die ehemaligen Ostblockländer – als Koordinationsorgan für die Restitution von Holocaust-Vermögen gegründet wurde. Dem Gremium gehören unter anderem der Jüdische Weltkongress, die Joint Distribution Agency, die Jewish Agency für Israel und Vereinigungen von Holocaust-Überlebenden an. Die israelische Regierung hat formell erklärt, dass ihre Interessen ebenfalls durch die WJRO vertreten würden.

Der US-Sonderbeauftragter *Eizenstadt* betonte auch an der New Yorker Konferenz, dass der neue humanitäre Fonds nicht zum Spielball rivalisierender Interessengruppen werden dürfe und aus der Sicht der Administration *Clinton* in erste Linie die Doppelpopfer im früheren Ostblock begünstigen sollte, nämlich jene Menschen, die nicht nur unter den Folgen des Nazi-Terrors, sondern auch unter den Kommunisten gelitten hätten. Erst an zweiter Stelle seien allgemeine Programme für Holocaust-Überlebende zu berücksichtigen; und an dritter Stelle seien Ausbildungsinstitutionen im Dienste humanitärer Anliegen und der Toleranz zu fördern. Viertens sei eine jährliche Auszeichnung an eine Person denkbar, die sich um humanitäre Anliegen verdient gemacht hat.

In Bern nahmen ebenfalls am 14. Februar die Bundestagsparteien Stellung zur Holocaust-Stiftungsgelder-Frage und schätzten die Gefahr eines Referendums als gross ein. Sie fordern ein subtiles Vorgehen. (Nebst dem vielen Geschirr, das aus den USA und von den jüdischen Organisationen durch ich aggres-

sives Vorgehen gegen die Schweiz zerschlagen wurde, müsste sich jetzt besonders die SP an der Nase nehmen. Neben der Gefahr, Stimmen und Mitglieder zu verlieren, könnte sie jetzt ihre «Ernte als Denkkzettel» einfahren, sic.). CVP-Präsident Adalbert *Dürrer* erklärte im Anschluss an die traditionellen Gespräche zwischen der Regierungsparteien und einer Delegation des Bundesrates, dass er bei Kontakten mit der Bevölkerung eine kritische Stimmung festgestellt habe, und zwar nicht nur bei der Kriegsgeneration oder in konservativen Kreisen. Deshalb sei in der kommenden Zeit der Information nach innen und nach aussen grosse Beachtung zu schenken.

Es steht zu befürchten, dass diese Beachtung bei den meisten Bürgern keine grosse mehr sein dürfte, nachdem monatelange Schmähungen, Lügen und Diffamierungen über die Schweiz, ihr Volk und deren Regierung, verbreitet und die Seelen der Bürger zutiefst verletzt wurden.

2. KAPITEL

Herrenlose Gelder auf Schweizer Banken und das Raubgold

Seit Jahr und Monaten hört man Schreie von jüdischen Organisationen, weltweit und laut. So laut, dass längst die Schweizer Banken von sich aus hätten reagieren müssen. Und weil sie nichts taten und glaubten, dass diese Gerüchteküche irgendeinmal versiegen würde, wurden die Stimmen immer lauter. Auch die Eidgenossenschaft mit dem Bundesrat hätte gut daran getan, schon in früheren Jahren, also bereits seit 1962, sich mit der Suche um die Holocaust-Vermögen zu beschäftigen. Es wurde verschlampt.

Inzwischen ist weltweit der Ruf der Schweizer Banken und teilweise der der Eidgenossenschaft verpestet worden. Unsensibel für die Not der Holocaust-Überlebenden, sich streng an die juristischen Gepflogenheiten haltend und hinter das altbewährte Schweizer Bankgeheimnis verschanzt, statt sich ernsthaft mit den Menschen zu befassen, das war die Taktik damals der Schweizer Banken. An sich nichts Unrechtes, aber auch nichts Schönes und schon gar nichts Menschliches.

Die Gelder kamen nicht allein von den Juden; sie kamen auch von anderen, inzwischen Verschollenen. Zu den Kunden der Schweizer Banken zählten auch dubiose Gestalten, Staatsoberhäupter und Diktatoren, wie *Bokassa*, der iranische Kaiser *Pachlewi*, *Marcos* aus den Philippinen und so weiter. Und es kamen auch Gelder aus dem Süden, aus Italien, wo die Mafia herrscht, und von Drogenbossen. Auch diese Gelder wurden in

Empfang genommen. Man mag sich fragen, wann das alles begonnen hat und wann die Schweizer Banken erstmals Hand zu kriminellen Geldern und Kapitalanlagen geboten haben. Es wurde kritisch und muffig um die schönen, reichen Schweizer Banken. Sie hörten das Rauschen nicht mehr, die drohenden Gebärden vom einfachen kleinen Mann, oder von grösseren, einflussreichen jüdischen Organisationen. Es war ein entscheidender Fehler, nichts zu tun und so weiter zu machen als ob.

Dann wurden Zahlen genannt, Milliarden von Holocaust-Vermögen, die in Schliessfächern und als Bankguthaben bei den Schweizer Grossbanken liegen sollen. Die Verantwortlichen der Banken schüttelten verdrossen ihre Häupter. Die Geschäfte gingen gut, selbst wenn mal hin und wieder eine Betroffene aufschrie, wie ungerecht es sei, dass sie nicht an das Vermögen ihres Vaters, Mutter oder Verwandten komme, weil die Schalterbeamten bedauernd die Köpfe schüttelten, dass diese Ausweise oder Nachweise nicht ausreichten.

Die gesamte jüdische Welt geriet in Aufruhr, jahrzehntelang wurden sie beschwichtigt. Nichts ging. Das Schweizer Bankgeheimnis stand ihnen im Wege. Dann hörte man weitere Zahlen, Milliarden von Dollars in Noten und in Gold, die in Schweizer Tresor-Kellern geüfnet seien, oder noch schlimmer, aufgebraucht oder gar geraubt. Von Schweizer Bankiers. Die ständigen Anschuldigungen und Unterstellungen wurden ins Unermessliche gesteigert. Und dann endlich fanden die Juden eine wirksame Methode. Es gab da die kleine Nuance zwischen Show in Amerika und etwas, was die Europäer zutiefst verletzen konnte. Es ist dies das «Medien-Pressing», der Versuch, über die Medien die schwierigsten, leidvollen geschichtlichen Zusammenhänge im Schnellverfahren präjudiziert und pauschalisiert dem Schweizer Volk, den Schweizer Banken

und der Schweizer Regierung zur Last zu legen. Nun, ich denke, dass jeder rufschädigende Angriff auf einen Staat jeden Bürger verletzen wird, der zu seinem Staat steht.

Es gab Krieg in Israel. Amerika wollte den Frieden, der ganze arabische Raum möchte endlich Frieden, möchte leben dürfen, wie andere Länder auch. Möchte den kargen Boden bepflanzen – und Israel? – Die Israelis wollten die Golan-Höhen bebauen, selbst, wenn diese von den Vereinten Nationen als besetztes Territorium abgegrenzt wurden. Es gab hässliche Auseinandersetzungen, und der Krieg drohte sich über den ganzen arabischen Raum auszudehnen. Zudem standen die Wahlen in den USA bevor. *Clinton* wollte wieder kandidieren, für weitere vier Jahre. Dazu brauchte er die Juden, allein New York beherbergt zwei Millionen, die ein enormes Stimmenpotential geben. Ausserdem sind dort die reichsten Juden zuhause. Also versprach der Präsident etwas für den Frieden einzutauschen. Da kamen die Bedingungen, dass die Schweiz mit ihren Grossbanken und der Regierung erhalten müsse – mit allen Mitteln. Die Juden fanden in einem dubiosen Senator, der keine Skrupel kennt und ungeniert andere Länder und Völker zu beleidigen weiss, einen idealen «Fürsprecher». Das war die Zeit vom New Yorker Senator *Alfonse D'Amato* mit dem unkontrollierbaren Löwengebrüll.

Auch *Avraham Burg*, von der Jewish Agency aus Israel wollte mit dabei sein. Er gehörte nämlich schon zu den politischen Absteigern. Jetzt konnte er sich mit *D'Amato* profilieren. Je härter und gewaltiger beide zuschlugen, desto eher sollte man es weltweit hören, dass die Schweizer Gauner, Diebe, Halunken und gemeine Verbrecher sind, die mit dem Nazi-Terror gemeinsame Sache gemacht haben sollen. Wer weiss, wurde sogar behauptet, ob nicht die Schweizer mitschuldig seien am

Krieg in Europa. Dies alles wolle man klären und beweisen. Solches und mehr an Ammenmärchen wurden verbreitet. Die Schweizer, völlig verstört und hypnotisiert, konnten es nicht fassen, was da über sie verbreitet wurde. Immer bedrohlicher wurden die Laute, unüberhörbar verbreiten sich um den ganzen Erdball diese Anschuldigungen. Wer von aussen konnte noch relativieren, was stimmt und was nicht. Denn die amerikanische Presse druckte nie eine Rechtfertigung aus der Schweiz. Der Kongress, ja sogar das State Departement drohte mit Boykott der Schweizer Banken, ihnen sogar die Lizenzen zu entziehen, sollten sie nicht endlich einige hundert Millionen – und zwar sofort – locker machen.

Endlich erwachte die Schweiz, und die Banken begannen mit der Suche nach den angeblichen Holocaust-Vermögen. Nach einigen Wochen kamen zaghaft die Zahlen von dreissig und dann vierzig Millionen Franken. Also alles eine Finte der Amerikaner und der ausländischen Juden?

Man glaubte es nicht, nein, das konnte doch nicht sein, schrien diese, das gehe nicht mit rechten Dingen zu. Es müssen Milliarden sein, also ändern sie die Taktik und drohen handfest und bedingungslos. Jetzt oder nie! – und sofort muss es sein!

Die Zahlen änderten an den Drohungen nichts und man fragte sich langsam, lügen die Schweizer Grossbanken oder die Juden und Amerikaner? – Nein, man kann sich als Schweizer bei allem Respekt einfach nicht vorstellen, dass eine Grossbank es nötig haben sollte, sich an Holocaust-Vermögen zu bereichern, wenn sie mit ihren Börsengeschäften und anderen Kapitalanlagen Milliardensummen im Jahr verdienen konnten. Ausserdem kennt man doch diese Banken, die grosszügig als Sponsoren nicht nur beim Sport, sondern auch für humane Zwecke, für die Unicef, die Kunst und andere Spenden vergeben. Denn der Schweizer hat ein gutes Herz. Schliesslich sind

auch die Bankers Schweizer. Der Schweizer will Frieden um sich haben und solchen weitergeben. Er will dankbar sein, dass es ihm noch gut geht, auch wenn wieder ringsumher Arbeitslosigkeit in zweistelliger Zahl sich steigert. Zwar ist inzwischen auch die Schweiz davon betroffen, aber 5,7 oder 14 Prozent wie in Deutschland, das ist schon noch ein Unterschied! Also müssen wir Schweizer noch nicht so pessimistisch sein und vielleicht auch ein Auge auf einen Bedürftigen haben am Wegrand oder eine alleinstehende Mutter mit einem Kind, die es sich nicht leisten kann ein Wochenende in einem Bergdorf zu verbringen, um aus den tristen Mauern der Einsamkeit und der Not zu entfliehen.

Aber wie war das denn mit den Flüchtlingen? – Ach ja, sagt man, da waren wir noch nicht geboren, oder wir hatten dazu nichts zu sagen. Zudem haben wir geholfen, viel geholfen. Wir haben innert Wochen über 1,5 Millionen Franken während des Krieges für Flüchtlinge gesammelt. Das sind heute gut und gern zwanzig bis fünfundzwanzig mal mehr. Und wer rings um die Schweiz – Amerika miteinbezogen – hätte solche Mittel bereitgestellt?

Nur da gibt es einen hässlichen Schönheitsfleck. Es sind die rund dreissigtausend Menschen, die an der Grenze abgewiesen und in den sicheren Tod geführt wurden. Da haben wir Schweizer – mindestens unser Bundesrat Eduard *von Steiger* und Dr. Heinrich *Rothmund*, Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung – Dreck am Stecken. Das tut weh, wenn man an das Elend denkt, was damals geschehen ist, was man versäumte zu tun, nur weil es einige gab, die uns weismachen wollten, «das Boot sei voll». Dennoch gab es viele Bürger, die den Flüchtlingen halfen, sie aufnahmen, von der einfachen Bauersfrau bis zum Pfarrer und Direktor. Einige sind uns wohlbekannt, andere taten alles ganz selbstverständlich im Stillen.

Es gab zwar auch eine Reihe «Brauner» in der Schweiz und sie wurden nicht behelligt. Ja, sie trumpfen sogar immer frecher auf, wann immer sie wollten und verbreiteten mit ihren Drohungen, dass wenn sie einmal ans Ruder kommen sollten, einige Köpfe rollten. Waren wir Schweizer wirklich die Anpaser?

Professor Edgar *Bonjour* hat zwar in den sechziger und siebenziger Jahren ein umfangreiches Werk in neun Bänden geschaffen im Auftrag der Eidgenossenschaft. Man kann also mit Fug und Recht nicht mehr sagen, wir wüssten nichts über das Fehlverhalten der Schweizer Regierung und von einzelnen Schweizern in braunen Hemden. Dass die Schweiz völlig umzingelt war von Kriegsgegnern machte es auch nicht leichter, Hand den Unterdrückern zu bieten, damit die Schweiz die nötigen Lebensmittel, Kohle und Stahl und was sie alles noch brauchte, erhalten konnte. Es war damals knallhart und es wurde gepokert wie heute, wo die Schweiz wieder bedroht wird, diesmal von den Juden und den «befreundeten» Amerikanern.

Weil die Schweiz im Krieg nicht bluten musste, weil sie Vermögen von der Naziherrschaft angenommen hatte, von dem sie wissen musste, weil es trotz der Pressezensur dennoch bekannt geworden ist, was alles in Deutschland geschah, dass es zu Unrecht in ihre Hände gekommen ist.

Jetzt war die Zeit gekommen gegen die Schweiz pauschal vorzugehen. Sie wurde beleidigt, gedemütigt, getreten, genötigt und bedroht.

Weil die Sache für die Schweizer Banken bedrohlich zu werden schien, sprangen sie spontan ein, nachdem sie feststellten, dass der Bundesrat und das Parlament nur mühsam einen Schritt voran machen konnte. So packte der Grosswesir der Credit Suisse Group, E. *Gut*, die Sache beim Schopf und einigte sich mit den anderen beiden Schweizer Grossbanken, dem Schweizerischen Bankverein und der Schweizerischen Bank-

gesellschaft, hundert Millionen für humanitäre Zwecke bereit zu stellen. Der Bann aber war noch nicht gebrochen. Jetzt kamen die Juden *und D'Amato* erst recht und glaubten, dass dieses Geld ihnen sowieso gehöre, dass die Schweizer sich nicht so aufplustern sollten, es wäre noch viel mehr da, was ihnen abzuliefern sei. Also immer drauflos und weiter mit den Boykottandrohungen. – Die Schweizer fragten sich, weil die meisten den Grossbanken Glauben schenkten, dass es nicht mehr als 40 Millionen Franken an herrenlosen Geldern auf Schweizer Bankkonten geben musste, ob die Juden jetzt so geldgierig geworden sind, um über die toten Glaubensbrüder auch noch zu feilschen? Ach ja, da war doch der Krieg in Israel; sie brauchten Waffen und die Regierung hatte ein riesiges Haushaltsdefizit und zudem sollte weiter gebaut werden auf den Golan-Höhen, obwohl dies ja verboten ist.

War nicht darum die Empörung so gross, als die Juden und *D'Amato* hören mussten, dass der Bundesrat die Hand über dem Geldsäckel halten will? Ja, sehr genau wissen will, wer und was den Hilfebedürftigen – gleich welcher Religion, Rasse und Herkunft – zugeteilt werden soll? Schwimmen den Akteuren die Felle weg, weil sie glaubten, dass ihnen einige hundert Millionen Franken irgendwie in den Schoss fallen sollten? Jetzt wollten sie bis ganz hinauf, und bei der Entscheidung und Ausgestaltung des Fonds mit dabei sein, damit sie die Kontrolle hätten.

Da werden die Schweizer hellhörig. Genau das möchten sie nicht. Die Beleidigungen, Demütigungen und alles, was sie ertragen mussten, was über sie von den jüdischen Organisationen über den ganzen Erdball an Lügen verbreitet wurde, vergessen sie nicht so leicht. Jetzt haben die Schweizer Bürger wieder das Zepter in der Hand und können durch ein Referendum alles blockieren. Jetzt wird sich zeigen, ob die Schweiz all das schlucken will und dann vielleicht dem Hohn ausgesetzt wird, dass

man sie klein gemacht habe, dass sie ihre Schuld an den Verbrechen, die vollumfänglich ihr zur Last gelegt wurden, alle die Beleidigungen, keine Lügen, sondern zu recht gewesen sind, weil sie sonst niemals nachgegeben hätten.

Wie dem auch sei; wir hoffen, dass die verschiedenen Historikerkommissionen – sowohl aus den LISA als auch aus der Schweiz – alles zutage fördern werden. Und wehe, wenn dann dies nur jüdische Lügen sind. Vieles ist wahr, wie zum Beispiel die abgewiesenen 30'000 Flüchtlinge und die Gelder, die die Juden für ihre Flüchtlinge zu bezahlen hatten. Auch das «J» im Reisepass stimmte, das von Heinrich *Rothmund* eingeführt, und von den Deutschen übernommen wurde. Neu ist das allerdings nicht. Also sich schadenfreudig zu zeigen, wenn die von den Schweizer Banken gemachten Angaben und Zahlen auch stimmen sollten, dazu haben wir dennoch keinen Grund.

Es scheint auch wichtig für die Zukunft, dass die Schweizer Banken von keiner Regierungsperson mehr, in dessen Land nicht die Demokratie herrscht, Gelder entgegennehmen werden. Sonst läuft eines Tages die Schweiz wieder Gefahr, im gleichen Fahrwasser zu landen. Wenn nicht, müssen solche Gesetze erlassen werden.

Jetzt suchen die Juden weltweit nach ihren Vermögen aus der Kriegszeit. Auch Schweden ist nicht verschont, sowenig wie die Franzosen, die Amerikaner, Engländer, Holländer und die Portugiesen. Aber das Exempel wollten die Juden an der Schweiz statuieren. Sie ist reich, nicht nur an Banken, sondern auch an grossherzigen Bürgern, die zwar heute so verdrossen sind, dass für die persönlichen Sammlungen aus dem Volk nur wenige Menschen, kirchliche Organisationen, daran teilnehmen werden. Vielleicht noch Kinder, denen man in der Schule alles mögliche aufschwätzen kann, wie ein Werbespot im Fern-

sehen. Dann rennen sie los und sammeln wütig mit ihren Büchsen von Haus zu Haus. Nur eben, man hat jetzt die Schweizer vergällt. Es wird viele lange Gesichter geben und vielleicht wird eine Frau den treuherzigen Kinderaugen doch noch nachgeben und einen Franken spenden – wer weiss? Dennoch sollten wir eines nicht; wir sollten uns von Hassgefühlen nicht verleiten lassen. Nehmen wir die Faust aus dem Sack. Wir können es uns leisten, grosszügig zu sein. Wenn nicht gerade jetzt, dann vielleicht in einem Jahr, wenn der Rauch sich verzogen hat.

Aber niemals sollte man einem jüdischen Eidgenossen Antipathie entgegenbringen. Sie haben sich trotz allem für unsere Sache bei ihren Glaubensbrüdern in Amerika eingesetzt, haben für uns gekämpft. Besonders Rolf *Bloch*, der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, machte seine Sache vortrefflich. Wir wollen doch keine Duckmäuser heranziehen, die, weil sie hier leben, nichts zu sagen haben. Servilität ist nebst der Feigheit das Hässlichste und Demütigendste, was man sich vorstellen kann. Derartiges haben unsere jüdischen Landsleute und Eidgenossen nicht verdient. Zeigen wir Ihnen nach wie vor unsere gebührende Achtung und unseren Respekt.

Das Gesetz zur Durchleuchtung der Rolle des Finanzplatzes Schweiz in der Nazizeit soll nach dem Willen der Rechtskommission des Ständerates möglichst rasch in Kraft gesetzt werden. Sie verabschiedete die Vorlage einstimmig. Die Beratungen waren vom Bestreben geprägt, nicht ohne Not vom Beschluss des Nationalrates von Ende September 1996 abzuweichen. Im Einverständnis mit dem Bundesrat will die Kommission den Bundesbeschluss für dringlich erklären, so dass die Aufarbeitung ohne Abwarten der dreimonatigen Referendumsfrist Anfang 1997 beginnen kann.

Die Untersuchungen werden in zwei Etappen erfolgen. In einer ersten rund sechsmonatigen Phase sollen gründliche Vorbereitungen getroffen und in einer Reihe noch nicht festgelegter Banken Testläufe, sogenannte «pilot audits», durchgeführt werden. Auf dieser Grundlage will dann die Volcker-Kommission das endgültige Mandat für die zweite, die eigentliche Untersuchung betreffende Phase festlegen. Nach der heutigen Einschätzung des Gremiums wird diese Etappe im Juni 1997 beginnen und 1998 abgeschlossen sein.

Die Vorwürfe aus den USA, dass das Deutsche Reich über Informanten in Schweizer Bankenkreisen verfügte, sind leider mehr als nur wahrscheinlich. Es gab ja im schweizerischen Frontisten-Umfeld zwar relativ wenige, aber zu solchen Akten bereite fanatische Nazi-Anhänger, darunter sicher auch den einen oder anderen, der gar nicht erst in eine Bank eingeschleust werden musste. Lecks gab es, wegen des geringeren Interesses in wohl kleinerem Ausmass, aber auch gegenüber den Westmächten. Sonst hätte nicht derselbe *D' Amato* vor einigen Wochen eine «geheime» amerikanische Liste mit angeblich während des Kriegs bei Schweizer Banken deponierten deutschen Guthaben vorlegen können. Selbst wenn der Inhalt jener Liste einigermaßen fragwürdig ist, müsste er mindestens teilweise auf Quellen ähnlicher Qualität beruhen.

Allerdings muss angenommen werden, dass ein Teil der Eigentümer dieser Art von «Fluchtgeld» solche Delikte ebenfalls in ihr Kalkül einbezogen und ihre Vermögenswerte nicht der Bank als solcher, sondern einer Vertrauensperson dort übergaben. Im Falle nachrichtenloser Vermögen wäre letztere dann bei den Nachforschungen von 1962 einer starken Versuchung ausgesetzt gewesen – und ihr wie einzelne andere Treuhänder (in der Schweiz und analog auch anderswo) in Einzelfällen er-

legen –, sich die Gelder selber anzueignen, statt sie in einen anonymen Fonds einzuzahlen.

Die NZZ brachte am 16./17 November 1996 einen Beitrag über die verschlungenen Wege des Raubgoldes. Man findet in dieser Zusammenstellung wichtige Einzelinformationen, die zur Erhellung verschiedener Hintergründe beitragen. Unter anderem heisst es:

«Obwohl das Dritte Reich stark um wirtschaftliche Autarkie bemüht war, musste es gewisse Rohstoffe in verbündeten oder neutralen Staaten einkaufen, insbesondere Rohöl aus Rumänien, Wolfram aus Portugal, Mangan aus Spanien, hochwertiges Eisenerz aus Schweden und Chrom aus der Türkei. Für deren Bezahlung gab es während des Krieges nur zwei Alternativen: Gold und die einzige faktisch konvertible Währung, den Schweizer Franken. Die Nachfrage nach Franken stieg ab 1942 stark, seitdem die westlichen Alliierten den Neutralen immer deutlicher machten, dass sie allfälliges Raubgold in deutschen Zahlungen später zurückfordern würden. Deshalb erwarb die Reichsbank bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) Franken, mit denen sie die Importe beglich; die Nationalbanken der Exportländer kauften damit in Bern dasselbe Gold, mit dem die Deutschen die Franken gekauft hatten. Dank solcher Dreiecksgeschäfte war das Gold «gewaschen», die Herkunft aus Deutschland verschleiert. Der Devisenverkauf gegen Gold war der wichtigste Schweizer Beitrag an die deutsche Kriegswirtschaft. Der Präsident der Reichsbank, Walther *Funk*, erklärte, das Reich hätte keine zwei Monate ohne Devisenzufuhr aus der Schweiz auskommen können. Die Goldreserven der Reichsbank waren spätestens 1943 aufgebraucht; vom Gold, das sie insgesamt umsetzte, waren rund drei Viertel gestohlen. Besonders betroffen waren Belgien, Holland sowie – vor dem Krieg

– Österreich und die Tschechoslowakei, während die skandinavischen Staaten, Frankreich und Polen ihr Währungsgold nach Übersee oder Dakar retten konnten.

Wo es möglich war, bemühte sich die Besatzungsmacht bei ihren Konfiskationen um Scheinlegalität, wofür sich vier Möglichkeiten anboten:

Nach entsprechendem Druck wurden bei der Reichsbank Golddepots anderer Nationalbanken angelegt; in solche wurden beispielsweise – mit Hilfe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) – die tschechische Währung transferiert.

Das Gold (von Nationalbanken und von Privaten) musste zwangsmässig verkauft werden. In Österreich wurde am 23. März 1938, gleich nach dem Anschluss, die «Anbotpflicht» für Gold verkündet; ebenfalls unter Druck wurde das Luxemburger Währungsgold gegen Reichsmark verkauft.

Das Gold wurde für «Okupationskosten» abgebucht oder als «freiwillige Kontribution» für den Feldzug im Osten eingefordert; dies war insbesondere in den Niederlanden der Fall.

Die Haager Landkriegsordnung (§ 52) erlaubt der Siegermacht, über das Eigentum eines besiegten Staates zu verfügen – nicht aber über dasjenige von Privaten. Obwohl Zentralbanken formal meistens als private Aktiengesellschaften konstituiert waren, wurde das belgische Währungsgold unter Berufung auf § 52 requiriert, weil die Nationalbank sich weigerte, Reichsmark dafür zu akzeptieren. Die Schwäche solcher Legitimierung zeigte sich im deutschen Umgang mit dem belgischen Gold: Es wurde eingeschmolzen und mit deutschen Vorkriegsstempeln neu geprägt.

Das Dritte Reich eignete sich nach dem Anschluss Österreichs für etwa 625 Mio. Dollar (2 625 Mio. Franken) Gold aus

anderen Ländern an. Das Raubgut diente teilweise direkt als Zahlungsmittel: So erhielt Rumänien für Erdöllieferungen rund 54 Mio. Dollar an Gold (227 Mio. Franken) geliefert, und 1942/43 ging Gold für 105 Mio. Kronen (etwa 100 Mio. Franken) nach Schweden. Viel häufiger war der geschilderte Umweg über die Schweiz: Dorthin gelangte während des Krieges Gold im Wert von von 1,716 Milliarden Franken, und zwar zuerst in das Depot der Reichsbank bei der Schweizerischen Nationalbank. Von dort wurden 428 Millionen direkt an die BIZ und an die SNB-Depots anderer Nationalbanken weitergeleitet. Für solche Transaktionen erhielt die SNB insgesamt 0,92 Promille des Goldwertes; aus dem «Verkehr mit Gold und Devisen» wies sie 1940-1944 einen Ertrag von etwa 35 Mio. Franken aus. Ihrerseits erwarb die Nationalbank deutsches Gold für 1,21 Milliarden Franken, wovon 827 Mio. wieder gegen Schweizer Franken verkauft wurden.

In den letzten Wochen des Krieges fiel durch verschiedene Zufälle fast alles Gold der Reichsbank, das noch in Deutschland lag, in die Hände der Amerikaner; sein Wert betrug 252,5 Mio. Dollar (1,06 Milliarden Franken). Den grössten Fang machten schliesslich General *Pattons* Truppen am 7. April 1945 im thüringischen Merkers: In einem Kalibergwerk lagerte neben anderen Wertgegenständen für 238,5 Mio. Dollar Gold (1 Milliarde Franken). Auch die Gold Vorräte von Hitlers Satelliten fielen den Amerikanern in die Hände: bei Salzburg knappe 5 Mio. Dollar des österreichischen Staatsschatzes; rund 100 km weiter östlich, in Spital am Pyhrn, die ungarische Goldreserve im Wert von 35 Mio. Dollar und in der Alpenfestung La Fortezza 25 Mio. Dollar der Banca d'Italia. Letzteren beiden wurden die Nationalbankreserven schon bald wieder zurückerstattet.

Was aber sollte mit dem übrigen Gold geschehen? Von den rund 625 Mio. Dollar deutschen Raubgolds waren gut 250 si-

chergestellt; etwa 375 Mio. Dollar waren also weiterverkauft worden, vor allem über die Schweiz. Mit der «Gold Declaration» vom 22. Februar 1944 hatten es die Alliierten zurückgefordert. Nachdem *Stalin* an der Potsdamer Konferenz auf Goldreparationen verzichtet hatte, wurde die Verteilung des «Goldtopfes» Sache der Westmächte. An der Pariser Konferenz von 1945 wurde unter anderem zu diesem Zweck die «Inter-Allied Reparation Agency» (IARA) aus der Taufe gehoben. Ihre Mitglieder waren Albanien, Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Ägypten, die USA, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, Indien, Luxemburg, Norwegen, Neuseeland, die Niederlande, die Tschechoslowakei, Südafrika und Jugoslawien.

Der «Goldtopf» sollte den Verlusten entsprechend auf die geplünderten Zentralbanken aufgeteilt werden. Damit war klar, dass die Alliierten unter Raubgold ausschliesslich die Zentralbankreserven verstanden, dies aus praktischen Gründen: Der Anteil privaten Goldes an der gesamten Menge war verhältnismässig klein, und die Ansprüche Einzelner waren viel schwieriger zu überprüfen als diejenigen der Staatsbanken. Für die in Konzentrationslagern geraubten Wertsachen erklärte sich die IARA ausdrücklich nicht zuständig; soweit sichergestellt wurden sie versteigert und dem Intergouvernementalen Flüchtlingskomitee übergeben.

Im Auftrag der IARA führten die drei Westmächte ab 1946 Verhandlungen mit den Neutralen. Dabei ging es einerseits um die Liquidierung deutscher Vermögenswerte in den jeweiligen Staaten und andererseits um das Raubgold. Der erste Verhandlungspartner war die Schweiz, die im Washingtoner Abkommen 250 Mio. Franken für die IARA zusagte; formal als Wiederaufbauhilfe, faktisch als Ablösesumme für das Raubgold.

Ebenfalls in Washington wurde am 18. Juli 1946 der Vertrag mit Schweden unterzeichnet. Einhundertfünfzig Millionen schwedische Kronen (126 Mio. Franken) vom Liquidationserlös deutscher Guthaben sollten für humanitäre Hilfe verwendet werden; 50 Mio. schwedische Kronen wurden zugunsten von jüdischen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Das Raubgold wurde auf 7 Tonnen geschätzt, im Wert von 35 Mio. schwedische Kronen (gut 29 Mio. Franken); es sollte zurückerstattet werden.

Der Vertrag mit Spanien wurde am 10. Mai 1948 geschlossen. Die Liquidation deutscher Guthaben wurde ähnlich geregelt wie mit Schweden und der Schweiz. Eine Tonne Gold aus der deutschen Botschaft in Madrid wurde dem Goldtopf der IARA zugeschlagen. Soweit von Spanien erworbenes Raubgold bis zum 30. April 1949 identifiziert werden konnte, sollte es zurückerstattet werden. Offenbar versprach Spanien eine Zahlung von 525 Mio. Pesetas (etwa 175 Mio. Franken) an die IARA; davon waren 1950 einhundertdreissig Millionen überwiesen.

Mit Portugal begannen die Verhandlungen 1946, und im Februar 1947 einigte man sich in der Frage der deutschen Guthaben. Beim Raubgold gelang es nicht, obwohl die alliierten Unterlagen präzise waren: Allein an umgeschmolzenem belgisches Gold hatte Portugal 962 Barren aus der Schweiz erhalten (im Wert von 57 Millionen Franken). Insgesamt forderten die Westmächte fast viermal mehr zurück, etwa 43 Tonnen Gold. Präsident *Salazar* beharrte dagegen auf volle Kompensation: Portugal habe Deutschland Waren im Wert von 55 Mio. Dollar geliefert, damit sei das Gold sein legaler Besitz. Im August 1948 wurden die portugiesischen Guthaben in den USA freigegeben, noch bevor man eine Lösung gefunden hätte; dafür hatte die amerikanische Luftwaffe Landerechte auf den Azoren erhalten. Vermutlich versandeten die Verhandlungen endgültig,

nachdem Portugal 1959 ein Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland getroffen hatte, in dem eine Abgeltung an die Westmächte für die deutschen Vermögenswerte in Portugal festgelegt wurde.

Wie im Fall Portugals ist es wohl auch mit Rumänien zu keiner Einigung über das Raubgold gekommen. Auch hier dürfte der Kalte Krieg eine Rolle gespielt haben: Der Eiserner Vorhang schirmte politischen Druck des Westens ab, nachdem sich die rumänische Nationalbank anfangs sehr kooperativ gezeigt und im März 1946 33,8 Mio. Dollar (142 Mio. Franken) an eingeführtem Raubgold ausgewiesen hatte. Trotz Protesten der Alliierten wurde es jedoch schon wenig später als Garantie für einen 50-Mio.-Dollar-Kredit eines schweizerisch-amerikanischen Bankenkonsortiums verwendet.

Mit den in Deutschland konfiszierten 220 Tonnen, 7 Tonnen aus Schweden und 50 aus der Schweiz verfügte die IARA 1946 über Gold im Wert von 311 Mio. Dollar (1,3 Milliarden Franken); insgesamt wurden es 337 Millionen Dollar. Angemeldet wurden Ansprüche in der Höhe von 800 Mio. Dollar, wovon 514 Mio. Dollar als begründet anerkannt wurden; sie stammten von Holland, Albanien, der Tschechoslowakei, Griechenland, Jugoslawien sowie Frankreich, das Belgien und Luxemburg mit eigenem Gold entschädigt und dafür deren Ansprüche geerbt hatte. Dazu kamen die nicht der IARA angehörigen Staaten Polen, Italien und Österreich. Polen beanspruchte die Danziger Goldreserve und reklamierte ausserdem das seinen Bürgern gestohlene Edelmetall, insgesamt 138 Tonnen Gold. Die Forderungen Österreichs und Italiens an das in Deutschland gefundene Gold wurden zugelassen, nicht aber an die 250 Mio. Franken aus der Schweiz; die westlichen Alliierten hatten in Washington für die Mitglieder der IARA verhandelt, nicht für die Angehörigen der Achsenmächte. Dies bedeutete auch – in

der gegenwärtigen Situation nicht unwichtig –, dass etwaige Ansprüche Italiens und Österreichs an die Schweiz durch das Washingtoner Abkommen offenbar nicht erledigt wurden.

Die Ende 1947 erfolgte Gleichstellung der Geburtsländer *Hitlers* und *Mussolinis* mit den IARA-Gründungsmitgliedern und die Abfindung eines Teils ihrer Goldforderungen wurden möglich, weil die Zuteilung des Goldes nicht durch die IARA selbst erfolgte, sondern durch die «Tripartite Commission for the Restitution of Monetary Gold» der drei Westmächte. Diese richtete ihre Reparationspolitik zusehends nach den Erfordernissen des Kalten Kriegs aus: 1947 erhielt äusser Holland und Frankreich auch Österreich eine erste Lieferung (34 Tonnen). Nach dem kommunistischen Umsturz von 1948 musste dagegen die Tschechoslowakei bis 1981 warten, ehe sie 18,4 Tonnen Gold (inzwischen in einem Wert von 230 Mio. Dollar) wieder in ihren Besitz bekam. Auch Polens Anspruch auf das Danziger Gold wurde erst 1976 gutgeheissen. Die Verhandlungen über das albanische Gold (1,5 Tonnen) wurde 1996 abgeschlossen; mit der Verteilung von restlichen 5,5 Tonnen an die übrigen Anspruchsberechtigten wird die IARA ihre Tätigkeit bald beenden.

Inzwischen wurde jedoch beschlossen, dass diese Gelder den Holocaust-Vermögen zugeschlagen und für humanitäre Zwecke eingesetzt werden sollten.

Den Niederlanden waren insgesamt 145 Tonnen Gold (110 der Zentralbank, 35 von Privaten) im Wert von 685 Mio. Franken geraubt worden; davon gelangten vermutlich 562 Mio. Franken – vorübergehend – in die Schweiz, was sich allerdings erst 1947, nach dem Washingtoner Abkommen, belegen liess. Mit den 71 Tonnen (337 Mio. Franken), die sie später über die IARA zurückerstattet erhielten, waren die Holländer keines-

wegs zufrieden. 1948 verhandelten sie mit Spanien über geraubtes Zentralbankgold.

In der Schweiz lehnte der Bundesrat Verhandlungen im selben Jahr mit der Begründung ab: die «von der Nationalbank aus dem Besitz der Deutschen Reichsbank übernommenen Goldbarren» trügen nur zu einem «verschwindend kleinen Bruchteil holländische Prägestempel»; im Übrigen sei auch das holländische Gold im Washingtoner Abkommen eingeschlossen. Mit einer ähnlichen Antwort wurde 1951 der niederländische Vorschlag eines Schiedsgerichts bedacht, worauf die holländische Regierung die Angelegenheit mit Bedauern für erledigt erklärte. Aus gegebenem Anlass prüft sie allerdings gegenwärtig erneut, ob Ansprüche an die Schweiz geltend gemacht werden können.

Bei den erwähnten polnischen Ansprüchen stellt sich bei jüdischem Goldbesitz generell das Problem privater Verluste. Artikel 8 der Pariser Konferenz besagte, dass 25 Mio. Dollar aus deutschen Guthaben und alles Gold, das nicht von Zentralbanken stammte, den «staatenlosen und nicht repatriierbaren Opfern des Nazismus» zur Verfügung gestellt werden sollten. Auch später wurde ungemünztes Gold zu diesem Zweck verwendet, das, etwa in der «Operation Sparkler» von 1946, in deutschen Verstecken zum Vorschein kam. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die deutschen Raubzüge gegen private Goldbesitzer weder durch die IARA noch durch die in ihrem Namen abgeschlossenen Verträge erledigt wurden.

Die Geschichte der IARA und der «Tripartite Commission» kann hoffentlich sehr bald geschrieben werden. Während des Kalten Kriegs blieben die Archive auch nach Anrufung der «Freedom of Information Act» geschlossen, wie Arthur L. *Smith* bei der Recherche für sein 1989 erschienenes Buch «Hitlers Gold» feststellen musste. Für die notwendige Aufbereitung

der Raubgoldproblematik müssen noch etliche (Zentralbank-)Archive der Forschung zugänglich gemacht werden – nicht nur in der Schweiz.

Dennoch wird in der Schweiz die grundsätzliche Frage weiter diskutiert werden müssen, ob ihre Interessen im Krieg bei der SNB gut aufgehoben waren. Die Schweizerische Nationalbank-Direktoren haben bei ihrem hartnäckig als rein technisch interpretierten Wirken, das zu eigentlicher Kumpanei mit der Reichsbank führte, verkannt und verkennen wollen, wie politisch der Goldhandel mit Hitlerdeutschland war. Damit haben sie nicht nur die Schweizer Interessen bei den Siegermächten arg kompromittiert, sondern in der schwierigsten Zeit der deutschen Umklammerung auch darauf verzichtet, mit ihrem Pfunde zu wuchern. Der Zugang zu den konvertiblen Währung war das wichtigste wirtschaftliche Argument, das *Hitler* von der Eroberung der Schweiz abhielt. Dem damaligen SNB-Direktorium kann seine politische Fahrlässigkeit im Goldhandel vorgehalten werden, die – ganz abgesehen von den moralischen Implikationen – noch viel grösseren aussenpolitischen Schaden hätte anrichten können, als sie tat – und tut.»

Die französische Zeitung «Nouvel Observateur» berichtete ihrerseits am 13. November 1996 und warnte davor, den beinahe täglich in der Presse zu lesenden «Geheimberichten» allzu viel Glauben zu schenken.

Auch in diesem Fall ist die Enthüllung keine und die Verteilung der 337 Tonnen Gold ist überhaupt nicht anrühlich, wie die Meldung in gewissen Medien den Eindruck erweckte. Die «Tripartite Commission for the Restitution of Monetary Gold» verteilte das in Deutschland beschlagnahmte sowie das von neutralen Staaten (einschliesslich der Schweiz) zurückerstattete Gold an die Nationalbanken, die von Deutschland beraubt worden waren. Diese Tätigkeit wurde erst dieses Jahr beendet, da

die Verhandlungen mit Albanien (und anderen Staaten) durch den Kalten Krieg verzögert wurden. Die Informationspraxis der «Tripartite Commission» liess bisher tatsächlich sehr zu wünschen übrig. Aber über die – durchaus rechtmässige – Entschädigung der verschiedenen Nationalbanken konnte man jedoch in der Tagespresse oder in Büchern (z. B. Arthur *Smith* «Hitlers Gold», Oxford 1989) schon seit Langem ein recht genaues Bild gewinnen.

Völlig falsch ist die Formulierung, der grösste Teil des Goldes stamme von Privatpersonen. Davon steht auch nichts im Artikel des «Nouvel Observateur», der bloss die Frage stellt, wie hoch der Anteil privaten Goldes gewesen sei. Es bestehen keine Zweifel, dass der weit überwiegende Teil des Goldes aus Zentralbanken stammte. Die «Tripartite Commission» verteilte in der Tat auch nur gemünztes oder Barrengold (das teilweise von den Nazis umgeprägt worden war); das übrige Gold, besonders dasjenige aus den KZ (Zahngold, Schmuck), wurde für Hilfe an nicht repatriierbare Flüchtlinge eingesetzt und kam auf diese Art vorwiegend Juden zugute.

Unter dem Titel «Wieviel Shoa-Gelder hat die Schweiz?» schrieb der Wirtschaftsredaktor Beat *Brenner* in der NZZ vom 13.11. 1996:

«Vor einem beachtlichen und sich nicht immer durch sonderlich fundierte Fachkenntnisse auszeichnenden in- und ausländischen Medienaufgebot haben am Dienstag nachmittag im Zürcher World Trade Center Alt-Bundesrat Leon *Schlumpf* der Präsident der Stiftung Schweizerischer Bankenombudsmann, und Hanspeter *Häni*, Bankenombudsmann, einen ersten Zwischenbericht in Sachen nachrichtenloser Gelder vorgelegt. Der

seit 1993 existierende Bankenombudsmann firmiert seit dem 1. Januar 1996 auch als zentrale Anlaufstelle für die Suche von nachrichtenlosen Vermögenswerten bei Schweizer Banken. In seinen einführenden Worten machte *Schlumpf* deutlich, dass sich aus den nun für die ersten neun Monate präsentierten Abklärungen noch keine abschliessenden und gültigen Ergebnisse und Erkenntnisse ableiten liessen. Bis es soweit sei, könne es noch Jahre dauern. *Schlumpf rief* daneben noch-, mais das Pflichtenheft der Anlauf stelle in Erinnerung: Gegen eine Gebühr hilft die Anlaufstelle Rechtsnachfolgern früherer Bankkunden bei der Suche nach individuellen Ansprüchen. Die Geschwister müssen ihr Interesse nicht beweisen, sondern lediglich glaubhaft machen. Suchobjekt sind Vermögenswerte bei rund 400 Banken, die seit mehr als 10 Jahren nachrichtenlos sind. Mit einer solchen Anlaufstelle wurde nach Auffassung *Schlumpfs* wohl weltweit Neuland betreten.

Wer nun der Ansicht ist, er habe Anspruch auf nachrichtenslose Vermögenswerte bei einer Schweizer Bank, der wendet sich – leider erst seit Jahresbeginn – an die Anlaufstelle. Bis zum 30. September unternahm 2229 Anfrager diesen Schritt. Umgehend wurde ihnen laut *Häni* ein Fragebogen samt Merkblatt und Gebrauchsanweisung zugestellt. Der ausgefüllte Fragebogen ist, zusammen mit einem Bankscheck von 100 Franken dem Ombudsmann wieder zuzustellen. (Diese Gebühr soll Missbräuche verhindern; sie kann allerdings in besonderen Fällen erlassen werden, was bereits über hundertmal der Fall gewesen war). Bis Ende September sei weniger als die Hälfte der Fragebogen retourniert worden. Laut Ombudsmann *Häni* stammten bisher rund 70 Prozent der Anfragen von Angehörigen der Opfer des Nazi-Regimes. Bei 594 der 1'055 Fragebogen konnte auf Anhieb das Suchverfahren eingeleitet werden. Bei weiteren 298 waren Rückfragen nötig. 892 Fragebogen

konnten somit in diese Suche miteinbezogen werden, 159 waren Ende September bei der derzeit vier und ab Neujahr acht Personen beschäftigenden Anlaufstelle in Abklärung. Abgelehnt wurden drei Gesuche, weil der ursprüngliche Eigentümer in den letzten zehn Jahren offenbar doch Kontakt mit seiner Bank gehabt hat; ein weiteres Gesuch wurde zurückgezogen.»

Das «Wallstreet Journal», das vor Jahresfrist in Sachen Holocaust-Gelder in der Schweiz mit einer üblen Falschmeldung gegläntzt hatte, umschrieb treffend die ungemütliche Situation der Schweiz:

Finden die Banken nicht genügend Geld von Nazi-Opfern in ihren Kellergewölben, so werde ihnen von US-Senator *D'Amato* und den Vertretern der jüdischen Familien vorgeworfen, sie forschten nicht energisch genug nach. Entdeckten sie indessen substantielle Summen, so würden sie dafür verdammt, die Nachforschungen nicht bereits früher zum Abschluss gebracht zu haben. Was substantielle Summen sind, steht für einige seit Langem fest: 7 Milliarden Franken sollen es schon sein. Gehört damit die Schweiz an den Pranger, und wie verhält sich dieser Wert zu den rund 38 Millionen Franken an nachrichtenlosen Geldern, welche die Schweizer Banken in einer eigenen Untersuchung isoliert haben und diese auch eruierten?

Die Fragen sind differenziert zu beantworten. Die «Gnommen» haben Vermögenswerte eruiert, die vor 1945 bestanden hatten und bei denen spätestens seit 1985 Nachrichtenlosigkeit besteht. Der Ombudsmann fahndet nach Werten, die vor mindestens zehn Jahren bei den Banken deponiert wurden und deren Eigentümer seither nichts mehr von sich hören liessen. Diese wesentlich breiter angelegte Untersuchung hat bis anhin im Zusammenhang mit Shoa-Geldern lediglich drei An-

spruchsberechtigte hervorgebracht. Zu einem erheblichen Teil mag dies ein provisorisches Ergebnis sein. Bedenkt man aber die Sensibilisierung der jüdischen Opfer für dieses Thema, so hätte man eigentlich noch mehr erfolgreiche Anfragen und damit spektakulärere Ergebnisse erwartet.

Wird nun eine schludrige Arbeit des Ombudsmannes und der Banken ausgeschlossen – zumal jüdische Organisationen und Vertreter der Bankiervereinigung unter Führung des früheren Präsidenten der US-Notenbank, Paul *Volcker*, die Arbeit von Banken und Ombudsmann unter Beizug von Revisionsstellen und daneben die Behörden ebenfalls mit Argusaugen wachen –, so verbleibt nur eine Erklärung: Bei den isolierten 38 Mio. Franken scheint es mehrheitlich keine Rechtsnachfolger mehr zu geben. Früher oder später wird sich die Frage der Verteilung stellen. Naheliegender ist es, diese Gelder den Menschen aus der näheren Umgebung der Opfer zu geben. Der Nazi-Opfer sind viele, vorab Juden, aber auch Zigeuner, Kommunisten, Homosexuelle, geistig Behinderte und bekennende Christen – Menschen also, die aus heute kaum mehr vorstellbaren Gründen ihr Leben lassen mussten. In diesem Umfeld und vor diesem Hintergrund muss – neben der unerlässlichen geschichtlichen Aufarbeitung – ein Entscheid (unter Beizug von wem?) gefunden werden. Dies scheint momentan noch ein Nebenaspekt zu sein. Er rückt aber ins Blickfeld. Zu fordern ist eine würdige Lösung, die sich deutlich vom Geist der seit Monaten zu verzeichnenden Verleumdungen und unberechtigten Anwürfe gegen die Schweiz abhebt.», so die NZZ.

Den Schweizer Banken steht eine detaillierte Überprüfung ihrer Aktivitäten im Umgang mit nachrichtenlosen Vermögen aus der Nazi Zeit bevor; der Volcker-Ausschuss will dabei über die Kontrolle der bisherigen Abklärungen hinausgehen. Der

vom ehemaligen Präsidenten der US-Notenbank, Paul *Volcker*, präsierte Ausschuss jüdischer und schweizerischer Persönlichkeiten umreisst in einem zehnteiligen, überarbeiteten Entwurf das Mandat an die demnächst zu bestimmenden Treuhandfirmen. Einleitend wird an die Einsetzung des Ausschusses durch jüdische Organisationen und die Schweizerische Bankiervereinigung sowie an die bisherigen Abklärungen in der Schweiz über die nachrichtenlosen Vermögen erinnert. Was die von der Bankiervereinigung im vergangenen Jahr veranlasste Umfrage angeht, so weist das Papier darauf hin, dass sich das im Januar 1996 vom Bankendach verband veröffentlichte Zwischenresultat von 38,7 Mio. Franken nachrichtenloser Gelder auf 775 Konten etwas erhöht habe. Einige Banken hätten weitere Konten und Vermögenswerte entdeckt, die nach Schätzungen der Bankiervereinigung den Gesamtbetrag der identifizierten nachrichtenlosen Vermögen um 10 Prozent erhöhen könnten.

Ziel des Ausschusses ist es, die aufgeworfenen Fragen um die auf Schweizer Banken deponierten Gelder von Nazi-Opfern so klar zu beantworten, wie es auf Grund der heute noch vorhandenen Unterlagen möglich ist, und zwar durch eine intensive Untersuchung, gestützt auf den uneingeschränkten Zugang zu den relevanten Schweizer Bankunterlagen und zum Personal. Auf die gleiche Art soll die bisherige Arbeit der Bankiervereinigung und der zentralen Anlaufstelle beim Bankenombudsmann unter die Lupe genommen werden. Zur Arbeit der Revisoren – gemäss der am 2. Mai in New York abgeschlossenen Grundsatzvereinbarung wird es sich um international tätige, von der Eidgenössischen Bankenkommision anerkannte Revisionsfirmen handeln – heisst es im Papier, es gehe nicht nur darum, bisher nicht bekannte nachrichtenlose Vermögens-

werte zu bestimmen. Es sei auch zu untersuchen, ob es auf Schweizer Banken Konten gebe, die heute als nachrichtenlos erscheinen müssten, dies aber als Resultat von gesetzeswidrigen Handlungen nicht mehr seien. (Mit anderen Worten: Die Juden und die Amerikaner wollen uns freien Schweizern diktieren, wieviel Geld man – von woher es auch immer stammen möge – ihnen zur Verfügung stellen müsse!). Die Revisoren sollen sich deshalb von der Sorgfalt und Integrität der Aufbewahrung der Kontenunterlagen überzeugen, die Praktiken der Verzinsung und der Gebührenbelastung der nachrichtenlosen Konten überprüfen und umfassendes Datenmaterial über die Konten zusammentragen und eine Schätzung machen, wie hoch der Betrag gewesen sein könnte, den Personen, die von den Nazis verfolgt wurden, von 1934 bis 1946 auf Schweizer Banken deponiert hatten (offensichtlich genügen den jüdischen Organisationen die glaubhaften Angaben nicht. Sie wollen eine eigene, freie oder besser gesagt, willkürliche Schätzung anstellen, um möglichst noch mehr von den Schweizer Banken und der Eidgenossenschaft herauszupressen sic.). Zum Auftrag der Revisoren wird es weiter gehören, den Verdacht von vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstössen bei der Aufbewahrung der Kontenunterlagen zu klären sowie allfällige Beweise für Unterschlagungen nachrichtenloser Vermögenswerte beizubringen.

Was bis jetzt vor allem aus der Küche des New Yorker Senators Alfonso *D'Amato* kam, ist eine Fülle von Anschuldigungen, die meist in der einen oder andern Form schon früher erhoben worden sind. Trotzdem sind gerade in der Raubgold-Angelegenheit, ungeachtet der permanenten Anklagen, bisher einige Probleme ausgespart geblieben. Zum Beispiel half die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ) nach dem Überfall auf Prag schon im Frühjahr 1939 den Deut-

schen, sich das in London liegende tschechische Gold anzueignen. Bei Kriegsbeginn wurde die BIZ zur Drehscheibe, über welche die Deutschen das in den eroberten Ländern zusammengeeraubte Gold in Devisen umtauschten. Hochkonjunktur hatten solche Geschäfte vor allem in der ersten Kriegsphase, als die Deutschen die Bank als Geschäftskanal nach Amerika benutzten.

Durch das Einfrieren der in den USA liegenden Guthaben der deutsch besetzten Länder 1940, sowie den Kriegseintritt Amerikas, ferner die vom Bundesrat 1942 erlassene generelle Bewilligungspflicht für den Goldhandel und nicht zuletzt durch die von den Alliierten ausgesprochene Warnung, sie würden nach ihrem Sieg all das von Deutschen geraubte Gold zurückfordern, kam dieser schwungvolle Handel praktisch zum Erliegen. Gian *Trepp*, der in einem 1993 erschienenen Buch den Aktivitäten der BIZ während des Krieges nachgegangen ist, wurde bei seinen Studien der Zugang zum Archiv der BIZ verweigert. Auf die dubiose Rolle der BIZ, die damals unter der Leitung des Amerikaners und Wall-Street-Strategen Thomas H. *McKittrick* stand, hat bis jetzt nur die Zeitschrift «Newsweek» hingewiesen.

Überraschen muss auch, dass gerade von amerikanischer Seite der Vorwurf erhoben wird, die Quellen in der Schweiz seien nicht oder nur sehr schwer zugänglich. Das mag in manchen Fällen stimmen. Aber auch die verantwortlichen Stellen der US-Administration zeigten bis vor kurzem keine Neigung zu einer toleranteren Praxis. Beispielsweise wurde der Zugang zum Document Center in Berlin von den bis zum Mauerfall die Bestände verwaltenden Amerikanern strikt abgelehnt, wenn es sich bei einem Gesuchsteller um einen Journalisten handelte.

Ähnlich reagierten die Behörden in den USA, wo weitere Bestände mit Nazi-Dokumenten liegen. Wer nicht sein rein wissenschaftliches Interesse an der Einsicht in die Dokumentationen begründen konnte, kam kaum an der Bürokratie vorbei. Es mutet deshalb eigenartig (und heuchlerisch) an, dass jetzt von Amerika aus der Vorwurf erhoben wird, die Schweizer versperrten den Zugang zu den Quellen. Wenn es wirklich interessante neue Hinweise geben sollte, lagern sie, so ist zu vermuten, viel eher in den Vereinigten Staaten als in der Schweiz. Jahrelang sassen die Kongressabgeordneten und ihre Mitarbeiter auf den Akten, ohne sich um Abklärung zu kümmern.

Die Schweiz hat auf die gegen sie erhobenen Vorwürfe schon vor Wochen reagiert und beschlossen, eine Untersuchungskommission mit besonderen Vollmachten einzusetzen, die nach der für den Dezember vorgesehenen Verabschiedung durch den Ständerat ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Parallel dazu werden Untersuchungen auch von einer durch Paul Volcker, den ehemaligen Vorsitzenden des US Federal Reserve Board, geführten Gruppe vorgenommen, in der Vertreter der Banken und jüdischer Organisationen sitzen. Zudem ist von der Schweiz zur Untersuchung der Entschädigungsabkommen mit den Oststaaten zusätzlich eine Task Force ernannt worden. Zumindest an der schweizerischen Bereitschaft zur Aufklärung kann man nicht zweifeln.

Trotzdem geht die Kampagne gegen die Schweiz fast pausenlos weiter, zum Teil mit immer abstruseren Ansinnen. Nachdem die erhobenen Anschuldigungen am Anfang lediglich zur Kenntnis genommen worden sind, weil man richtigerweise den Untersuchungen nicht vorgreifen wollte, vermehren sich jetzt Stimmen des Unmutes und der Verärgerung. Es ist bedauerlich,

dass Senator *D'Amato* nicht einzusehen scheint, dass er mit einem Weitertreiben seiner mehr und mehr agitatorische Züge annehmenden ständigen Verunglimpfung der Schweiz der Sache, die er zu verfechten vorgibt, mehr schadet als nützt. Eine weitere Verhärtung der Positionen muss vermieden werden. Die Schweiz selber hat ein grosses Interesse daran, dass nun in die umstrittene Frage des Raubgoldes wie auch der andern Vorwürfe, die erhoben worden sind, nach 50 Jahren endlich Klarheit gebracht wird.

Um jedoch zu eindeutigen Ergebnissen zu gelangen, braucht es Zeit. Das zu untersuchende Geschehen liegt fast zwei Generationen zurück. Wer sich je mit Archivarbeit befasst hat, weiss um die Schwierigkeiten einer solchen Untersuchung. Akten und Dokumente müssen überprüft, Augenzeugen von damals befragt und die Aussagen in einen Gesamtzusammenhang eingeordnet werden. Es sei hier nur erinnert an das von *Linus von Castelmur* 1992 publizierte Buch über die schweizerisch-alliierten Finanzbeziehungen, das als Vorbild für eine solche Untersuchung angesehen werden kann. Auf über 400 Seiten wird das komplexe Thema – die Behandlung des Raubgoldes, die von der Schweiz den Alliierten nach langem Ringen bezahlte Summe von 250 Mio. Franken, Zusammenhänge mit der von der Schweiz den Deutschen abverlangten Clearing-Milliarde für gestundete Lieferungen während des Krieges und vieles andere mehr – eingehend dargestellt.

Es lässt sich voraussehen, dass es in jedem Falle – auch wenn man einen Zwischenbericht einschalten sollte – eine langwierige Arbeit werden wird. Mit einer Untersuchung im Eiltempo, wie sie anfänglich von verschiedenen Seiten kategorisch verlangt wurde, ist niemandem gedient. Auf diese Weise riskiert

man nur, dass die Sache weiter mottet und in der nächsten oder übernächsten Generation wieder auftaucht.

Klärend wäre auch ein Wort des gesamten Bundesrates in dieser Frage. Bisher haben sich bereits einzelne Mitglieder der Landesregierung kritisch zu der ausufernden Kampagne geäußert, die im Augenblick von *D'Amato* gegen die Schweiz betrieben wird. Von mehr Gewicht wäre eine gemeinsame Erklärung des Bundesrates. Die Agitation hat ein nur noch schwer erträgliches Ausmass angenommen. Es geht nahe an die Grenze, der Schweiz eine «Kollektivschuld» aufzubürden. Das sei eine Ungeheuerlichkeit angesichts der ungezählten Schweizerinnen und Schweizer, die sich im letzten Kriege, ungeachtet aller Schwierigkeiten, selbstlos in den Dienst der Menschlichkeit gestellt haben, stellte Alfred *Cattani* von der NZZ fest.

«Jetzt ist es etwas stiller geworden um das Raubgold in der Schweiz» – ein unerwarteter Satz am Schluss eines Dokumentarfilms, der doch einige Aktualität beanspruchen darf. Thomas *Boumberger* hatte den Film «Lockruf des Goldes» jedoch bereits 1989 gedreht, als Beitrag zur Reihe «Spuren der Zeit». Die Spuren, 1985 vor allem durch Werner *Rings* freigelegt, waren bereits wieder stark verwischt, und auch dieser Film konnte nicht verhindern, dass eine schnellebige Medien weit 1996 reagierte, als hätte es sie nie gegeben. Das Interessante an dieser Neuausstrahlung auf 3sat ist nun gerade, dass der Film seine Aktualität behalten hat – die Fakten sind weitgehend dieselben, die seit Wochen «aufgedeckt» werden. Stark verändert hat sich jedoch das Umfeld: Aus einer schweizerischen Geschichtsdebatte ist ein internationaler Skandal geworden, zumal «Raubgold» nun mit «nachrichtenlosen Vermögen» assoziiert wird. So verschieden die zwei Komplexe rein sachlich sind, sie fordern beide die schmerzvolle und hilfreiche Auseinandersetzung

mit der eigenen Vergangenheit, mit dem eigenen Selbstverständnis.

Dabei hat es in der Vergangenheit nicht an derartigen Versuchen gefehlt: *Buombergers* Film stellte im Jahre 1989 die wesentlichen Fragen und beklagte, dass die Nationalbank dem Lockruf des Goldes so leichtfertig erlegen sei. Bewusst überhört wurden die Warnungen, die aus Schweden, Frankreich, den USA und der Schweiz selbst erklangen. Schon Bundesrat *Nobs*, der seit 1943 Vorsteher des Finanzdepartements war, ahnte dass das Gewissen der Nationalbankdirektoren so rein nicht sein konnte und verlangte 1944 eine Aufstellung ihrer Transaktionen, er hat sie nie erhalten. Ist Gold von KZ-Opfern in die Schweiz gelangt? Das lässt sich schwer belegen, aber ebensowenig ausschliessen. Der Kommandant von Auschwitz Rudolf *Hess*, zitiert *Eichmann*, wonach die Schweiz als «Pre-tiosenmarkt» diene. Weshalb liess sich die Schweiz auf diese riskanten, moralisch fragwürdigen Goldgeschäfte ein, die 90 Prozent der Devisenbedürfnisse Hitlerdeutschlands deckten? Der Film liefert verschiedene Antworten: Die Nationalbank verdiente nach Schätzungen von *Nobs* 50 Millionen Franken durch die Transaktionen: die Exportindustrie, weitgehend auf Deutschland ausgerichtet, betrachtete das Gold als einzige Garantie für Arbeitsplätze, Aufträge und Zahlungen. Keineswegs sekundär waren die freundschaftlichen Beziehungen der Schweizer Bankiers zu Exponenten der Reichsbank wie Vizepräsident Egon *Puhl*.

Persönliche Erinnerungen und einzelne Dokumente ergänzen denn auch die anonymen Zahlen und politischen Fakten zu einem anschaulichen Bild. Amerikanische Protokolle beschreiben, wie der Schweizer Gesandte in Tränen ausbricht, als seiner Heimat die Wirtschaftsblockade angedroht wird – schon damals standen sich moralischer Anspruch und mit Not und Bedrängnis begründete Pragmatik verständnislos gegenüber.

Ebenfalls gezeigt werden Auszüge aus dem Disziplinarverfahren, das gegen Nationalbankdirektor Alfred *Hirs* erwogen wird, den Unglücksraben der Washingtoner Konferenz. Nachdem dessen Lügen die Schweizer Position arg kompromittiert hatten, verhandelte Delegationsleiter *Stucki* im Alleingang mit den Alliierten. Der ehemalige Diplomat *Schneeberger* erinnert sich, wie die anderen Delegierten währenddessen ihre Zeit totschlugen: Professor *Rappard* besuchte Kalifornien, sein Kollege *Schindler* hielt Vorträge an der Ostküste und die übrigen, gut schweizerisch jassen.

Die 250 Millionen Franken welche *Stucki* schliesslich den Alliierten als Entschädigung für das Raubgold zugestand, werden heute als kleinliche Abspeisung kritisiert. Damals wurde die Summe vor allem von bürgerlicher Seite als schmähhlicher, widerrechtlicher Ausverkauf beklagt. Den Zeitgeist erhellen die im Originalton wiedergegebenen Argumente *Stuckis*, mit denen er für das Washingtoner Abkommen warb. Bei einem Scheitern habe man einen Prozess vor amerikanischen Gerichten zu befürchten und eine Pressekampagne gegen die Raubgold-Hehler, welche den guten Ruf der Schweiz demolieren würde. Auch sollten die befreundeten Staaten Holland, Frankreich, Norwegen und Dänemark nicht den Eindruck gewinnen, die Schweiz habe von dem Gold profitiert, das ihnen die Deutschen gestohlen hatten. Heute, nach fünfzig Jahren sind *Stuckis* Worte wieder hochaktuell», so die Rezension der NZZ.

Am 19. Dezember 1996 nahm der Bundesrat einen zweiten Anlauf nach der Suche nach Raubgold und Fluchtgeldern. In einer Presseerklärung benannte der Bundesrat einen Präsidenten für die Expertenkommission, welche die Problematik der wegen der Naziherrschaft in die Schweiz gelangten jüdischen und anderen Vermögenswerte abklären soll. Das von Jean-François *Bergier* präsidierte Gremium zählt acht Männer und

eine Frau, fünf Schweizer und vier Ausländer. Acht der Experten sind Fachhistoriker, und der neunte ist Jurist.

Bundespräsident Jean-Pascal *Delamuraz* persönlich hat die Namen der Experten bekanntgegeben, was der Sache durchaus angemessen ist und zudem den für das Geschäft direkt Verantwortlichen, Ruth *Dreifuss* und Flavio *Cotti*, die Peinlichkeit ersparte, vor den Medien die Gründe für den Fehlstart am Vortag plausibel erklären zu müssen. Das Geschäft hatte kurzfristig verschoben werden müssen, weil kein Präsident zur Verfügung stand. Wegen der suboptimalen Kommunikation zwischen EDA und EDI wurde der Widerstand der Innenministerin gegen den im Aussenministerium favorisierten Freiburger Historiker Urs *Altermatt* im EDA entweder unterschätzt oder aber im EDI zu lange zu wenig deutlich artikuliert. Weil er zu Recht die ungeteilte Unterstützung durch den Bundesrat zur Bedingung einer allfälligen Wahl machte, meldete sich *Altermatt* als Kandidat für das Präsidium ab und liess sich auch nicht durch die eher von der Panik als der Vernunft diktierten Telefonanrufe aus der Bundesratssitzung umstimmen.

Über Nacht gelang es dann, den Wirtschafts- und Sozialhistoriker Jean-François *Bergier* für dieses schwierige Amt zu gewinnen, und der Bundesrat konnte nach einer kurzen Zusammenkunft die Mitglieder der Expertenkommission bekanntgeben. *Delamuraz* dankte den neun einstimmig gewählten Persönlichkeiten, dass sie ihre Zeit und ihr Wissen für diese wichtige Mission zur Verfügung stellten. Der Bundespräsident sprach von einer komplexen Aufgabe, zu deren Erfüllung es auch viel Einfühlungsvermögen brauche. Das Gremium werde in völliger Unabhängigkeit sein Mandat ausführen und die Organisation und Delegation der Arbeit in eigener Kompetenz vornehmen. Die Schweiz sei an der Wahrheit über ihre Vergan-

genheit interessiert. Die Experten und die von ihnen beigezogenen wissenschaftlichen Mitarbeiter sollen in längstens fünf Jahren Umfang und Schicksal der nachrichtenlosen Vermögen, Raubgüter aller Art und Fluchtgelder abklären, die während der Nazizeit in und durch die Schweiz gelangten. Abgeklärt werden soll auch, ob es allenfalls Zusammenhänge gibt zwischen dieser Wirtschafts- und Finanzthematik und der damaligen Flüchtlingspolitik.

Rechtsgrundlage für diesen weit gefassten Forschungsauftrag ist der «Bundesbeschluss betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte», den das Parlament in der Wintersession verabschiedet und als dringlich erklärt hatte, womit er sofort rechtskräftig wurde. Die Kommission erhält Zugang zu allen Akten, und sie kann auch Zeitzeugen befragen. Die Pflicht zur Gewährung von Akteneinsicht geht jeder gesetzlichen und vertraglichen Geheimhaltung vor. Die mit der Untersuchung betrauten Personen unterstehen aber dem Amtsgeheimnis. Das Parlament schränkte auch den Persönlichkeitsschutz ein, indem im Unterschied zu Streitigkeiten bei der Aktenaufbewahrung und der Akteneinsicht solche über die Veröffentlichung von Personendaten vor Gericht nicht angefochten werden können. Dadurch soll die integrale Publikation der Untersuchungsergebnisse sichergestellt werden.

Jean-François *Bergier* ist Professor für Geschichte und Direktor des Instituts für Geschichte an der ETH Zürich. Der 1931 geborene Waadtländer war nach Studien in Lausanne, Paris und Genf sowie weiteren Aufenthalten an ausländischen Universitäten von 1963 bis 1969 Professor in Genf, bevor er an der ETH den Lehrstuhl Jean-Rudolf *von Salis* übernahm. Gemäss der ur-

sprünglichen Umschreibung dieser Professur liest er in französischer Sprache.

Das Gebiet von *Bergiers* Lehre und Forschung ist weit, doch liegen Schwerpunkte in der Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. In seiner Dissertation hatte er die Genfer Märkte und die Handelsbeziehungen der Renaissance untersucht. Weitere Werke waren dann eine Geschichte der Industrialisierung der Schweiz, eine Geschichte des Salzes, eine von den Anfängen bis zur Gegenwart reichende Wirtschaftsgeschichte der Schweiz, aber auch eine Monographie über Realität und Mythos von Wilhelm Tell. Speziell mit der Zeit des Zweiten Weltkriegs befasste sich der weit bewanderte Historiker als Hauptbearbeiter des Bandes 1939/1940 der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz». Für den im Jubiläumsjahr 1991 erschienenen Repräsentativband «Die schweizerische Wirtschaft» wirkte er als Redaktionsleiter.

Die drei weiteren schweizerischen Historiker in der Kommission waren im Vorfeld der Wahl alle im Gespräch gewesen. Die nun erfolgte Ansammlung ihrer zeitgeschichtlichen Kompetenz lässt höchstens die Frage aufkommen, ob eine gewisse Trennung zwischen Aufsicht und Durchführung – wenn erwünscht – noch konsequent realisierbar wäre.

Georg *Kreis* ist seit 1986 ausserordentlicher Professor für Geschichte und seit 1993 Direktor des neu gegründeten Europa-Instituts an der Universität Basel. Er wurde 1943 geboren, schloss sein Studium mit einer Dissertation über die Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg ab und hat seither zahlreiche weitere Arbeiten zur neueren und jüngsten Schweizer Geschichte publiziert. Zu den Themen gehören der militär- und neutralitätspolitische Komplex des Aktenfonds von La Charité, die Ent-

wicklung der Universität Basel, «kulturelle Vielfalt und nationale Identität» – er leitete das betreffende Nationale Forschungsprogramm – wie auch der Staatsschutz, den er nach der Fichenaffäre in öffentlichem Auftrag untersuchte. Im Jahre 1995 wurde *Kreis* Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus.

Der 1952 in Basel geborene Jacques *Picard* ist Dozent an der Ingenieurschule Biel. Er ist bekannt geworden durch seine umfangreiche Berner Dissertation «Die Schweiz und die Juden 1933-45». Kürzlich erschien die deutsche Fassung eines Gutachtens für einen englischen Auftraggeber über das Schicksal der Vermögen Verfolgter in der Schweiz. Willkommen war dem Wahlorgan gewiss auch *Picards* jüdische Herkunft.

Jakob *Tanner*, 1950 geboren, wirkt seit letztem Jahr als Professor in Bielefeld, ist Sozial- und Wirtschaftshistoriker. In seiner Zürcher Dissertation über die Finanz- und Wirtschaftspolitik zwischen 1938 und 1953 behandelte er unter anderem das Verhalten der Nationalbank. Unter dem Titel «Fabrikmahlzeit» soll 1997 eine arbeits- und ernährungswissenschaftliche Studie erscheinen. *Tanner* war als Assistent und Privatdozent vor allem in Basel tätig, die Universität Zürich hat ihn für die Nachfolge seines Lehrers Professor Rudolf *Braun* angefragt.

Der Zeithistoriker Saul *Friedlaender* wurde 1932 in der Tschechoslowakei geboren und ist heute israelischer Staatsbürger. Er ist ein Spezialist für internationale Beziehungen und für Fragen des Zweiten Weltkrieges. Als Geschichtsprofessor wirkte und wirkt er in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und in Israel. *Friedlaender* veröffentlichte zahlreiche zeitge-

schichtliche Werke. Bekannt sind unter anderem «Pius XII» und «Hitler and the USA».

Der 1956 geborene Brite Harold *James* gehört zu den führenden Wirtschaftshistorikern, die sich mit der Wirtschafts- und Bankengeschichte Deutschlands vorab in der Zwischenkriegszeit befasst haben. *James* wirkt derzeit als Professor für Geschichte an der renommierten amerikanischen Universität Princeton (New Jersey). 1996 lehrte er auch noch als Gastdozent am Genfer Institut Universitaire des Hautes Etudes internationales. Sein Grundstudium absolvierte *James* in seinem Heimatland an der Cambridge University; dazu kamen Forschungsaufenthalte am Institut für europäische Geschichte in Mainz und am Wiener Institut für die Wissenschaft vom Menschen. *James* verfasste u. a. die Bücher «The Reichsbank and Public Finance in Germany 1924-1933: A Study of the Politics of Economics during the Great Depression» (Frankfurt/Main, 1985) und «The German Slump: Politics and Economics 1924-1936» (Oxford, 1986). Zudem war er auch als Autor an dem 1995 erschienenen und vielbeachteten Buch «Deutsche Bank 1870-1995» beteiligt.

Die 1941 in New York geborene und an der amerikanischen Stanford University ausgebildete Historikerin Sybil *Milton* ist seit 1991 als «Senior Resident Historian» beim United States Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. tätig. Frau *Milton*, die bereits in Stanford moderne deutsche Geschichte studiert hatte, hat sich bei ihrer intensiven Arbeit als Forscherin und Archivarin auf die Dokumentation der Verfolgung der Juden und Zigeuner sowie des Schicksals anderer Opfer des Naziterrors befasst. Dabei setzte sie sich auch mit der Flüchtlingspolitik der Schweiz auseinander. *Milton* ist Autorin, Mitverfas-

serin und Herausgeberin zahlreicher Publikationen, wie auch das vom Wiesenthal Center herausgegebene Annuals.

Der Schriftsteller, Historiker und Diplomat Wladyslaw *Bar-toszewski* genießt in Polen hohe fachliche und moralische Autorität. In seiner bewegten Lebensgeschichte verbrachte er, 1922 geboren, als Achzehnjähriger zwei Jahre als politischer Häftling in Auschwitz und diente 1942-45 in der polnischen Heimatarmee. Mit zahlreichen wissenschaftlichen und literarischen Arbeiten, darunter für die angesehenen katholische Wochenzeitung «Tygodnik Powszechny», aber auch mit internationalen Publikationen, erwarb er sich durch seinen engagierten Einsatz für humanistische Ideale einen Ruf, der weit über die Landesgrenzen hinausreicht.

Einzigster Nicht-Historiker in der neunköpfigen Expertenkommission ist der 73jährige Jurist *Joseph Voyame*. *Voyame* war von 1973-1988 Direktor des Bundesamtes für Justiz. Er verfügt über Erfahrung auf internationaler Ebene. So stand er etwa von 1987 bis 1993 der Uno-Kommission gegen Folter vor und engagierte sich ausserdem in den Uno-Menschenrechten. Er war als Sonderberichterstatter in Rumänien tätig und wirkte als Exekutivdirektor des Menschenrechtsinstituts in Bukarest. Er ist ferner Mitglied der Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates.

Der Jüdische Weltkongress (WJC) hat auf die Ernennung der neunköpfigen Expertenkommission zu den nachrichtenlosen Vermögern kühl reagiert. Die Kommission sei ohne Konsultation des WJC eingesetzt worden, eines ihrer Mitglieder, der Brite *James*, gar gefangen, hiess es (Welche arrogante Einmischung und Überheblichkeit einem fremden und souveränen

Land gegenüber). Zur Ernennung ohne Konsultation anderer Institutionen habe der Bundesrat ein gutes Recht, fuhr jedoch WJC-Geschäftsleiter Elan *Steinberg* auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda fort.

Von den neun Kommissionsmitgliedern, meinte *Steinberg*, betrachte der WJC Sybil *Milton*, den israelischen Historiker Saul *Friedlaender* und den Schweizer Historiker Jacques *Picard* als ausgezeichnete Ernennungen. Der britische Geschichtsforscher Harold *James* indessen sei «völlig unakzeptabel, weil er bereits viele Aspekte im Voraus und vorschnell beurteilt habe.» Gemeint sind wohl die oft den Juden nicht angenehmen Forschungsergebnisse des Briten.

Innert Monatsfrist haben die beiden Historiker Peter *Hug* und Marc *Perrenoud* im Auftrag der EDA-Task Force «Vermögenswerte Naziopfer» den Fragenkomplex Vermögen von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten aufgearbeitet. In ihrem detaillierten, 145 Seiten starken Bericht stützen sie sich ausschliesslich auf die Akten des Schweizerischen Bundesarchivs. Die Autoren verweisen denn auch ausdrücklich darauf, dass ihr Bericht ergänzt werden müsse, dass sich die soeben bestimmte Expertenkommission erneut mit diesem Aspekt der nachrichtenlos gebliebenen Vermögen von Shoa-Opfern auseinanderzusetzen habe.

Der Bericht rollt auf, wie die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg die Forderung der Westalliierten ablehnte, nachrichtlose Vermögen seien ihnen auszuhändigen für Hilfszahlungen am Shoa-Überlebende. Die Schweiz verwies auf das internationale Privatrecht, wonach der letzte Wohnsitzstaat einen Heimfallanspruch auf die erbenlose Hinterlassenschaft eines verschollenen Erblassers hat. Die historische Analyse zeichnet nach, wie es zu den Abkommen mit Polen (1949), mit Ungarn

(1950) und Rumänien (1951) gekommen war. In diesen Abkommen verpflichteten sich die Oststaaten, Entschädigungen auszurichten für Schweizer, deren Vermögen enteignet und verstaatlicht worden war. Die Schweiz ihrerseits sicherte diesen Staaten zu – den Normen des internationalen Privatrechts folgend –, deren Ansprüche auf nachrichtenlose Vermögen von Personen, die ihren Wohnsitz im jeweiligen Staat hatten, zu respektieren. Die Regierungen aller drei Staaten anerkannten ihre Haftung, für den Fall, dass doch noch Berechtigte auftauchen sollten.

Gestützt auf das Polen-Abkommen liess der Bundesrat 1960 Gelder aus nachrichtenlosen Vermögen in der Höhe von 16'000 Franken auf das Konto «N» der Polnischen Nationalbank bei der Schweizerischen Nationalbank überweisen. 1962 erging dann in der Schweiz – u. a. ausgelöst durch weitere diplomatische Demarchen von osteuropäischen Staaten – der Bundesbeschluss über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassistisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenloser. Dieser sogenannte Meldebeschluss führte eine Meldepflicht für die Verwahrer von Vermögenswerten ein, von denen seit 1945 zuverlässige Nachrichten fehlten.

In der Folge meldeten die schweizerischen Vermögensverwalter der Meldestelle im Justizdepartement vakante Vermögen in der Höhe von nahezu 10 Millionen Franken. Etwas mehr als die Hälfte davon (5,4 Millionen) verblieb allerdings bei den Vermögensverwaltern, da sie von der Meldestelle als ausserhalb des Meldebeschlusses liegend eingestuft wurden. Ein unbekannter Teil dieser 5,4 Millionen – hier wird die Expertenkommission noch nachzuforschen haben – wurde von den Vermögensverwaltern direkt an Berechtigte ausbezahlt. Knappe

1,5 Millionen des Fonds konnten durch die Meldestelle an Berechtigte vermittelt werden. 3,18 Millionen gingen zu zwei Dritteln an den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund und zu einem Drittel an die Zentralstelle für Flüchtlingshilfe.

Aus dem Fonds «erblose Vermögen» wurden aber auch Transferzahlungen an Polen (464'000 Franken) und Ungarn (325'000 Franken) getätigt – gestützt auf die genannten Abkommen, aber ohne ausreichende Rechtsgrundlagen in der Schweiz, wie der Historikerbericht moniert. Kritisch verzeichnet der Bericht auch die Schweizer Praxis, den Oststaaten auf keinen Fall Auskunft über die ursprünglichen Kontoinhaber zu gewähren. Der Grund für diese Haltung lag darin, dass man in der Schweiz befürchtete, jenseits des «Eisernen Vorhangs» könnten allfällige Berechtigte sonst gefährdet sein. Ohne ausreichende Rechtsgrundlage, so der Bericht, wurde schliesslich durch Präsidialverfügung des Bundespräsidenten entschieden, bei nachrichtenlosen Vermögen von Einlegern aus Oststaaten (Albanien, Bulgarien, Ungarn, Polen, DDR, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Jugoslawien) auf einen Erbenruf zu verzichten und die Gelder direkt in den Fonds «erblose Vermögen» zu leiten.

Man muss dazu anmerken, dass, hätte die Schweizer Regierung die damaligen, in den Oststaaten lebenden Konteninhaber mit ihren Guthaben preisgegeben, die Gelder damals von den Diktatoren konfisziert worden wären. Bestimmt aber wären jene Begünstigten so lange und so arg unter Druck gesetzt worden, bis sie die Einwilligung eines Zahlungstransfers an ein Ostbankinstitut geleistet hätten.

Bei der Präsentation des Berichts betonte Peter *Hug* als Co-Autor indessen, dass die getätigten Finanztransfers an Polen und Ungarn an den Rechten der ursprünglichen Eigentümer

nichts ändern. Wenn sich also heute Berechtigte finden, müssen diese jedenfalls ausbezahlt werden. Laut *Hug* haftet im Fall der polnischen Gelder die polnische Regierung. Im Fall Ungarn und für alle anderen Gelder, die in den Fonds «erblose Vermögen» geflossen sind, haftet die Schweiz. Für die vakanten Vermögenswerte, die durch das Meldeverfahren nicht erfasst wurden, haften die Vermögensverwalter.

Anhand konkreter Fallbeispiele, die sich auf Akten des Bundesarchivs stützen, führt der Bericht die Schwierigkeiten vor Augen, mit denen die Geltendmachung von (mutmasslichen) Ansprüchen verbunden war. Geschildert wird u.a. ein Fall, der die Problematik zeigt, wenn ein Vermögen ohne Kundenkontakt in den Reservefonds einer Bank einverleibt wird. Der Bericht empfiehlt, nun systematisch nach weiteren Kündigungen von Bankeinlagen zu suchen, die ohne Kundenkontakt geblieben sind. Weiter empfehlen die Autoren, «die, im Schweizerischen Bundesarchiv integral erhaltenen und wohlgeordneten Dossiers der gemeldeten vakanten Vermögen von Einlegern aus Oststaaten zu überprüfen und unverzüglich nach allenfalls überlebenden Ansprechern zu suchen». Angesichts der jahrzehntelangen Versäumnisse, formulieren die Autoren in ihren Empfehlungen etwas breitspurig, seien weitere Schritte zu prüfen, «die dem heutigen Gerechtigkeitsempfinden Rechnung tragen». Dazu gehörten weitere historische Forschungen und konkrete «Wiedergutmachungsmassnahmen».

Weiter führen die beiden Historiker aus, es bestehe die starke Vermutung, dass für die oben genannten Akte der Schweizer Regierung keine ausreichende Rechtsgrundlage bestand und dass die Vermögensverwalter strafrechtlich relevante Unterlassungen begangen haben könnten. Daraus müssten Schlussfolgerungen für eine effizientere Ausgestaltung der Verwaltungs-

kontrolle und der Bankenaufsicht gezogen werden, meinten die Berichtsverfasser.

Mitte Dezember 1996 kommentierte die Schweizerische Nationalbank (SNB), dass sie als Motive für den Goldhandel während des Weltkriegs stabilitätspolitische Überlegungen des damaligen Direktoriums und dessen Willen sieht, einen intakten Finanzplatz als Beitrag zur Landesverteidigung zu erhalten. Es gebe keine Hinweise dafür, dass Gold aus Konzentrationslagern angekauft wurde.

Vizepräsident Jean-Pierre *Roth* gab einen kurzen Überblick über die Goldgeschäfte der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im Krieg. Er wies darauf hin, dass die SNB in sehr schwierigen Zeiten einen Beitrag zur Landesverteidigung geleistet habe, indem sie das Vertrauen in den Franken aufrechterhielt. Einerseits konnte eine Inflation verhindert werden, die wie im Ersten Weltkrieg vor allem Kreise mit schlechteren Einkommensverhältnissen getroffen hätte; andererseits lag ein intakter Finanzplatz im Interesse aller Kriegsparteien und wirkte insofern dissuasiv gegen *Hitler*.

Die SNB betrieb während des Krieges mit verschiedenen anderen «Nationalbanken» Goldhandel, um der Nachfrage aller Kriegsparteien nach Schweizerfranken nachzukommen. Aus diesen Geschäften wies die SNB einen Goldüberschuss in Höhe von 2619 Mio. Franken aus, davon wurde Gold im Wert von 883 Mio. Franken an Bund und Geschäftsbanken weiterverkauft. Insgesamt erhöhte sich der Goldbestand der Nationalbank während des Krieges also um 1736 Mio. Franken. Die Geschäfte mit dem Dritten Reich und den LISA unterschieden sich in einem währungspolitisch zentralen Punkt: Die Lieferungen aus Deutschland gelangten physisch in die Schweiz, wäh-

rend das Goldguthaben in Amerika blockiert blieb; somit stand es nicht zur Verfügung, um Importe oder Liquiditätsüberschüsse auf dem Schweizer Markt durch Goldverkäufe zu gleichen.

Roth betonte, dass es keinerlei Hinweise dafür gebe, dass sich bei den Lieferungen aus Deutschland Gold aus KZ befunden habe. Nachforschungen hätten auch gezeigt, dass sich keine Goldbarren mit deutschen Stempeln mehr im Besitz der SNB befinden; ebensowenig besitze die SNB noch Goldbarren anderer Länder, die, von Deutschland geraubt, in die Schweiz gelangten. Der grösste Teil des aus Deutschland eingeführten Goldes wurde schon im Krieg oder danach im Rahmen der üblichen Goldtransaktionen an ausländische Zentralbanken weiterverkauft, der Rest diene nach dem Krieg, wie Barren anderer Herkunft auch, für die Prägung von Münzen, durch deren Verkauf auf dem freien Markt Schweizerfranken aus dem Verkehr gezogen wurden.

Ausdrücklich festgehalten wurde ebenfalls, dass die SNB nur die üblichen Zentralbankgeschäfte betrieb: Goldkäufe gegen Schweizerfranken und Goldtransaktionen zwischen den Depots anderer Zentralbanken bei der SNB. Sie nahm also keine Golddepots von Privaten an. Wie *Roth* weiter erläuterte, betrug der Gewinn aus den Goldoperationen, welche die SNB mit der Reichsbank zwischen 1933 und 1945 tätigte, nach neuen Schätzungen der SNB höchstens 20 Mio. Franken.

Die Höhe dieser Summe ist insofern von Bedeutung, als die SNB-Gewinne aus dem Goldhandel in letzter Zeit als Grundstock eines – wie auch immer zu benennenden – Entschädigungsfonds gehandelt werden. Dabei ging man bisher entsprechend einer Äusserung des ehemaligen Bundesrats *Nobs* von 50 Mio. Franken aus. Bei dieser Summe dürfte es sich aller-

dings um die Erträge aus dem gesamten Goldhandel im Krieg handeln, also auch aus demjenigen mit den Alliierten. Bei den Überlegungen um einen allfälligen Fonds müsste aber bedacht werden, dass nicht nur die Goldtransaktionen der SNB mit der Reichsbank umstritten sind, sondern auch diejenigen mit Drittstaaten wie Portugal, Spanien und Rumänien mitberücksichtigt werden sollten.

Diskutabel ist der Standpunkt der SNB, ihr damaliger Goldhandel sei als Teil der Landesverteidigung aufgefasst worden und aus stabilitätspolitischen Überlegungen unumgänglich gewesen. Natürlich muss dann die Frage gestellt werden, weshalb denn dann der Bundesrat von der SNB über das dissuasive Potential der Transaktionen nicht aufgeklärt und dieses wichtige Verhandlungsargument den Unterhändlern vorenthalten wurde, die mit den Deutschen um das wirtschaftliche Überleben rangen? Und ist eine Goldpolitik stabilitätsorientiert, die das für die Inflationsbekämpfung offenbar so notwendige Gold wenige Wochen nachdem es aus dem Reich eingeführt worden war, wieder in Drittländer ausführt gegen dieselben Schweizerfranken, die man eben erst nach Deutschland geliefert hatte? Oder entspricht dieses Bild der «Goldwäsche», wie es Werner *Rings* gezeichnet hat, nicht mehr den Tatsachen?

So bleiben noch einige Fragen zum Charakter der SNB-Goldgeschäfte offen. Wie der Präsident des Direktoriums, Hans *Meyer*, meinte, fällt es auch den heutigen Verantwortlichen nicht leicht, die Handlungen ihrer Vorgänger nachzuvollziehen, diese hätten die politischen Implikationen ihres Wirkens klar unterschätzt. Die der Öffentlichkeit mitgeteilten Informationen zeugen jedenfalls vom guten Willen der SNB, zu der Aufklärungsarbeit der Historiker-Kommission beizutragen. *Meyer* drückte die Hoffnung aus, dass diese ihre Resultate schon relativ bald, nach gut zwei Jahren, vorlegen könne. Angesichts dessen und nach schwieriger Güterabwägung sprach

er sich gegen sofortige Zahlungen zu einem Fonds zugunsten von Nazi-Opfern aus, solange die umfassenden historischen Abklärungen durch Fachleute noch nicht beendet seien.

Dann wieder eine Reaktion aus New York, wo sich der Task-Force Botschafter, Thomas *Borer* vor dem Bankenausschusses des US-Repräsentantenhauses erklärte. Nachdem die entsprechenden Anhörungen des Bankenausschusses des amerikanischen Senats bisher mehr der Sensationsmache als der Wahrheitsfindung gedient hatten, begannen vor dem Ausschuss des Repräsentantenhauses unter der Leitung des Abgeordneten James *Leach* ebenfalls Hearings zum Thema der Rolle der Schweizerbanken im Zweiten Weltkrieg. Zu deren Eröffnung wurden unter anderen sowohl ein Vertreter des Bundesrates, Botschafter Thomas *Borer*, wie der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, Rolf *Bloch*, eingeladen. Im Folgenden ist der Wortlaut der Eröffnungserklärung von Botschafter *Borer* wiedergegeben sowie jene des Spitzenvertreters des Schweizer Judentums, die Rolf *Bloch* der NZZ auf Anfrage zur Verfügung gestellt hat.

Die Eröffnungserklärung von Botschafter Thomas *Borer* hat folgenden Wortlaut:

«Mein Name ist Thomas *Borer*. Ich erscheine vor diesem Ausschuss als Abgesandter der Schweizer Regierung. Das ist eine Ehre für mich. Ich bin dankbar dafür, dass der Kongress der Vereinigten Staaten der Schweiz eine zur rechten Zeit kommende Gelegenheit bietet, zu einem Thema gehört zu werden, das unsere beiden Völker und interessierte Leute überall beschäftigt. Diese Anhörung ist ein willkommener Präzedenzfall in unseren langjährigen, von Vertrauen und gegenseitiger Aner-

kennung geprägten Beziehungen. Herr Vorsitzender, ich bitte um die Erlaubnis, eine schriftliche Stellungnahme mit einigen begleitenden Dokumenten zu Protokoll zu geben. (War diese Einleitung noch als diplomatisches Ritual zu verstehen, oder sind solche Formulierungen nicht unterwürfig, zu servil, nachdem diese Regierung und die von ihr mitunterstützten Organisatoren die Schweiz monatelang beleidigt und ihr Ansehen weltweit in den Schmutz gezogen hat?).

Die schweizerische Regierung hat mich Ende Oktober als Leiter der Arbeitsgruppe eingesetzt, welche ihre Bemühungen koordiniert, die Rolle und Verantwortlichkeiten schweizerischer Behörden vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg zu untersuchen. Sie wird einen Schwerpunkt beim Schicksal der Vermögenswerte setzen, die als Folge der Nazi-Tyrannie den Weg ins Land fanden. Lassen Sie mich etwas zum Voraus klar sagen: Nichts ist dem Volk und der Regierung der Schweiz wichtiger, als in dieser Frage die vollständige Wahrheit so rasch und so menschlich einfühlsam wie möglich zu ergründen. Wir sind uns bewusst, dass es hier um nichts weniger als um unseren Ruf als den eines ehrenwerten Landes und zuverlässigen Freundes geht. Wenn ich heute hier auftrete, ist das eine Willensdemonstration der Schweizer Regierung, die Wahrheit zu finden.

Sie werden ja wissen, dass die Schweizer im Rufe eines «No Nonsense»-Volkes stehen, den Werten harter Arbeit und genauester Präzision verpflichtet. Zu unserem nationalen Charakter gehört eine starke Präferenz für Realismus gegen Phantasie, für Kompromiss eher als Ideologie. Das festgestellt, muss doch auch gesagt werden, dass es im Land des Roten Kreuzes, der Genfer Konventionen und des europäischen Sitzes der Vereinten Nationen nie an Idealismus gemangelt hat. Diese Beispiele mögen als Hinweis auf die Toleranz und das gegenseitige Ver-

ständnis dienen, welche bereits seit Langem zum Kitt der schweizerischen Gesellschaftsstruktur gehören. Ein weiteres Beispiel ist die Tatsache, dass vor fast einem Jahrhundert Theodor *Herzl* den ersten Zionistenkongress auf schweizerisches Territorium einberief, nach Basel.

Die Untersuchungen in unserem Land werden speditiv durchgeführt. Regierung und Parlament haben wiederholt betont, dass nur die Wahrheit und nichts als die Wahrheit ihrem Willen zur Gerechtigkeit Genüge tun können. Mit Recht ist argumentiert worden, dass eine umfassende Betrachtung der Geschehnisse rund um den Zweiten Weltkrieg schon lange überfällig war. Frühere Untersuchungen und Neubeurteilungen – so ernsthaft und sorgfältig sie auch waren – waren Einzelunternehmen ohne die nötige Perspektive. Es war diese Erkenntnis, welche 1995 den schweizerischen Bundespräsidenten veranlasste, sich öffentlich für die Mängel unserer Flüchtlingspolitik in jener dunklen Zeit zu entschuldigen. Der politische Wille und das staatsbürgerliche Verantwortungsgefühl münden in eine gemeinsame Antwort für alle jene, die während des Krieges verfolgt wurden oder umkamen. Wir erkennen, dass die Rechenschaft für die Vergangenheit der Schlüssel zur Zukunft ist. Das gilt besonders für den Holocaust, ein Geschehen von unvorstellbarem Grauen, das uns alle berührt und das nie vergessen gehen darf.

Wissend um diese Zusammenhänge lassen Sie mich jetzt jedermann an die fundamentalen Vorkehren erinnern, die wir unternehmen, um dieses überaus ernste Problem anzugehen.

Die Instrumente

Zuallererst, um so rasch wie möglich die Fakten zu klären, hat die schweizerische Regierung eine neue, präzedenzlose Ge-

setzung vorgeschlagen, die in einem Eilverfahren und einstimmig beide Häuser des Parlaments passierte. Für übermorgen erwarten wir die Schlussabstimmung. Das neue Gesetz richtet eine unabhängige Expertenkommission ein. Diese wird eine umfassende Untersuchung aller Aspekte der schweizerischen Rolle als Finanzzentrum während und um die Kriegsjahre und seiner Beziehungen zu Nazi-Deutschland durchführen. Es ist das Mandat dieser Kommission, dem Schicksal von Vermögenswerten aller Art nachzugehen, die hier deponiert, investiert oder von privaten Finanzinstitutionen, Mittelsmännern oder der Schweizerischen Nationalbank erworben wurden und die eine Beziehung zu Opfern der Nazi-Verfolgung hatten. Mit einbezogen werden auch Güter, die von Angehörigen oder Partnern dieses scheusslichen Regimes stammen. Wenn es auch nur die geringsten Hinweise gibt, dass entsprechende Behauptungen zu Recht bestehen, wird die Schweizer Regierung sofort benachrichtigt. Ich versichere Ihnen, dass meine Regierung bei Vermögenswerten, von denen festgestellt wird, dass sie Opfern des Holocaust gehörten und immer noch unrechtmässig in der Schweiz zurückbehalten werden, jede Anstrengung unternehmen wird, sie ihren rechtmässigen Eigentümern zurückzugeben. Wenn diese nicht auffindbar sind, werden wir die Gelder einschlägigen Wohlfahrtsunternehmen zukommen lassen.

Es ist unsere Absicht und Erwartung, dass wir unsere Untersuchungen innerhalb von zwei bis drei Jahren durchgeführt haben werden. Sie haben wahrscheinlich ungenau informierende Berichte gehört, dass es fünf Jahre brauchen werde Resultate zu erhalten. Das ist ungenau und verzerrt sowohl den Buchstaben wie den Geist des Gesetzes. Tatsache ist, dass das Gesetz den kühnen und präzedenzlosen Schritt macht, das Bank- und

weitere Berufsgeheimnisse für eine Maximaldauer von fünf Jahren zu lüften. Eine kürzere Periode ist vorgeschlagen worden, aber die Regierung argumentierte, dass eine solche das Risiko bürge, ihr eine einmalige Gelegenheit vorzuenthalten, die ganze Wahrheit zu finden. Sie mögen auch gehört haben, dass dieses Verfahren von Schweizern dominiert sein werde. Auch das ist unbegründet. Es war immer die feste Absicht der Regierung, eine substantielle Zahl von nichtschweizerischen und jüdischen Experten in der Kommission zu integrieren.

Koordination mit Volcker-Kommission

Damit die Arbeit reibungslos und effektiv gemacht werden kann, wird die Aufgabe der Unabhängigen Kommission eng auf die Tätigkeit der sogenannten Volcker-Kommission abgestimmt, und sie wird auch ohne Verzug über alle andern relevanten Untersuchungen informiert werden. Wie Sie wissen und von Herrn *Volcker* im Detail erfahren haben, hat die von ihm präsierte Kommission das Mandat, die von den Schweizer Banken unternommene Suche nach nachrichtenlosen Konten zu kontrollieren. Für diese Überprüfung sind drei grössere internationale Treuhandfirmen eingesetzt worden.

Die schweizerische Regierung ist überzeugt, dass mit diesen Bemühungen und Untersuchungen die Werkzeuge bereitgestellt worden sind, welche ihr erlauben, frühere Handlungen kompromisslos und ohne Selbstzufriedenheit zu überprüfen. Ich bin überzeugt, dass bereits schon die Reichweite dieser Massnahmen, die ohne Parallele sind, unseren Willen unterstreichen, den engen legalistischen Pfad zugunsten einer höheren Moral und Legitimität zu verlassen.

Die Schweiz ist sich des Schmerzes, des Misstrauens und der Konfusion um dieses Thema herum sehr wohl bewusst. Sie können aber sicher sein, dass Ihr Ausschuss bei allen Dienst-

stellen meiner Regierung volle und ungehinderte Zusammenarbeit finden wird. Wir haben keine Angst vor der Wahrheit. Tatsächlich betrachten wir es als unabdingbar, diese so rasch wie möglich zu ergründen. Um ein solches Ziel aber zu erreichen, müssen wir uns über alle Spekulationen, vorschnellen Schlussfolgerungen und unbelegten Forderungen erheben, die dem Verfahren nur weiterhin das Mitgefühl, den Takt und das Einfühlungsvermögen rauben können, deren es so notwendig bedarf.

Was die Vereinbarungen angeht, welche die Schweiz mit früheren kommunistischen Ländern Zentraleuropas abgeschlossen hatte, haben wir gehofft, den Bericht Anfang Dezember fertiggestellt zu haben. Angesichts der Komplexität der Materie und unseres Willens, ein vollständiges Bild vorzulegen, dauerte die Untersuchung länger als erwartet. Wir gehen aber davon aus, den Schlussbericht noch vor Ende dieses Monats fertig und abgabebereit zu haben.

Ohne Stolz und Vorurteile

Herr Vorsitzender und Mitglieder dieses geschätzten Ausschusses: Ich bin in die Vereinigten Staaten auf Grund der freundlichen Einladung gekommen, die Sie mir grosszügigerweise haben zukommen lassen. Wenn wir nun diese Anhörung beginnen und zusammen einen herausfordernden Weg gehen, fühle ich mich ermutigt durch die Geschichte, die Freundschaft und den gegenseitigen Respekt, welche unsere beiden Demokratien eint. Im Moment, da wir uns bemühen, Licht zu werfen auf die verbleibenden dunklen Berichte um Ereignisse, die vor über zwei Generationen geschahen, betrachten wir es als unerlässlich, dass alle Parteien für dieses delikate und unerlässliche Unternehmen sowohl Stolz, als Vorurteile beiseitelassen.

Ich bin überzeugt, dass wir diese Aufgabe lösen werden, und ich habe den vollen Glauben daran, dass wir in gemeinsamer Arbeit eine umfassende Partnerschaft für Wahrheit und Gerechtigkeit, in einem Geist der Sympathie und des Verständnisses erreichen können.»

Und der Präsident des Schweizerische Israelitischen Gemeindebundes (SIG), Rolf *Bloch* sagte vor dem Bankenausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses:

«Der Holocaust des jüdischen Volkes hat eine tiefe Spur im Gedächtnis und in der Seele der Juden und wahrscheinlich der ganzen Menschheit hinterlassen. Diese Erinnerung und die uralte jüdische Ethik fordert von jedem Juden, dass er gegen Unrecht und Diskrimination jeder Art aufstehe.

Ich selber wurde 1930 in der Schweiz geboren und hatte so, ohne eigenes Verdienst, das Glück, verschont zu werden. Bei mir führte das zu einer starken moralischen Verpflichtung und zum Willen, dafür zu stehen, dass den Opfern des Holocaust und ihren Nachfahren Gerechtigkeit geschehe.

Als ich zusammen mit den andern 18'000 Juden der Schweiz und etwa 29'500 jüdischen Flüchtlingen im Land – deren Zahl allerdings höher hätte sein können –, den Zweiten Weltkrieg überlebt hatte, war ich dankbar dafür, dass die Schweiz, inmitten des Nazi-Imperiums, hatte unabhängig bleiben können und dass die grosse Mehrheit des Schweizervolkes mit Überzeugung gegen die Nazi-Ideologie einstand, weil diese weder mit der Schweizer Demokratie noch mit der schweizerischen Lebensart vereinbar war. Das heisst jedoch nicht, dass die Schweizer deswegen den Juden mit Sympathie begegneten. Aber wir fühlten uns in diesem Antinazi-Umfeld immerhin sicher.

Der Standpunkt eines Schweizer Juden

All das mag erklären, wieso die jüdischen Schweizer zugleich Gerechtigkeit für die Juden und Fairness für die Schweiz fordern. Wir stehen hinter dem Memorandum, das die jüdischen Organisationen und die Schweizerische Bankiervereinigung abgeschlossen haben. Wir werten es als eine positive Leistung. Wir verstehen auch die gerade erst beschlossene Bildung einer schweizerischen Bundeskommission unabhängiger Experten zur Untersuchung der wirtschaftlichen und finanziellen Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, wie sie auch im genannten Memorandum angeregt wurde als ein Zeichen des ehrlichen guten Willens der Schweizer Regierung und des Schweizer Parlaments ausgedrückt in einem Rechtstext des Landes.

Wo stehen wir heute?

Man muss diese Kommission nun arbeiten lassen! Die Behandlung individueller Ansprüche hingegen wird von der Kommission eminenten Personen überwacht, unter der erfahrenen Führung von Paul *Volcker*, einer angesehenen und Persönlichkeit. Diese Kommission wird auch den Umfang aller in Schweizer Banken befindlichen erbenlosen und bis heute nicht eingeforderten Werte erforschen. Ich bin zuversichtlich, dass die Kommission in den Banken das meiste von dem finden wird, was nach über 50 Jahren überhaupt noch gefunden werden kann. Das ist wahrscheinlich nicht alles, was dort eingelegt wurde oder was erwartet wird.

Die Expertenkommission des Bundes wird ihre Arbeit im kommenden Frühjahr aufnehmen. Es ist meine Überzeugung, dass wir für diese Arbeit gute Voraussetzungen und eine positive Atmosphäre schaffen sollten. Die Untersuchung muss sys-

tematisch sein mit Prioritäten natürlich. Sie darf aber nicht vor-eilige Schlüsse ziehen oder von aussen zu solchen gedrängt werden.

Fairness gegenüber der Schweiz heisst: für diese Arbeit Zeit einzuräumen, keine Vorverurteilungen auszusprechen, keine Einzeldokumente ausserhalb ihres Kontexts zu produzieren und nicht zu generalisieren. Dann, wenn die Schweiz einlöst, was ihr guter Wille heute verspricht, dann wird den jüdischen Opfern des Holocaust und ihren Nachkommen tatsächlich Gerechtigkeit widerfahren. Die Schweizer Juden vereinigen sich mit allen jüdischen Organisationen der Welt, um darauf zu achten, dass das geschehe.

Rolf Bloch

Präsident Schweizerischer
Israelitischer Gemeindebund

So sehr sich der Schweizer Botschafter demütig, ja fast servil zeigte, es nützte alles nichts! Kaum hatte er dem Erzfeind den Rücken gekehrt, hackte dieser erneut provozierend auf die Schweizer Adresse ein.

Am 10. Dezember 1996 begrüsst US-Senator Alfonse *D'Amato* die Idee der raschen Öffnung eines Holocaust-Geld-Fonds durch die Schweizer Banken. An einer Veranstaltung in New York sagte der Vorsitzende des Bankenausschusses im Senat aber zugleich, es genüge nicht, wenn die Schweizer Banken die bisher von ihnen gefundenen rund 40 Millionen Franken an nachrichtenlosen Geldern in einen solchen Fonds einbrächten. «Sie wären glücklich, wenn sie uns so auskaufen könnten», sagte *D'Amato* und fügte hinzu: «Die Schweizer würden nicht 31 Millionen Dollar offerieren, wenn nicht viel mehr als das vorhanden wäre.»

Die Idee der raschen Äufnung eines Fonds mit den bisher gefundenen nachrichtenlosen Geldern war unter anderem von der FDP unterstützt worden. Die Schweizerische Bankiervereinigung hat bisher noch keinen Entscheid über die Verwendung der Gelder gefällt.

Dass die Fonds-Idee, zusammen mit der Nennung einer Summe, nicht die erhoffte Beschwichtigung, sondern den Geldpoker erst richtig in Schwung bringen würde, war vorauszusehen und wurde vorausgesehen, nur nicht von der FDP. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, um eine weitere Konfusion zu vermeiden, dass der Urheber der Idee, der Historiker Klaus *Urner*, den Fonds für die sogenannten Raubgoldgewinne der Nationalbank einrichten wollte und nicht für nachrichtlose Vermögen. Letztere sind auch für den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund Gegenstand von noch ausstehenden Verhandlungen.

Überlegenswert wäre allenfalls die gesetzliche Schaffung eines staatlichen Fonds – analog der amerikanischen Regelung –, in welchen alle langjährig nachrichtenlosen Vermögen bei Banken, Versicherungen und Treuhändern unter Wahrung der ursprünglichen Rechte eingelegt und die Kontenführer damit aus dem Obligo entlassen würden.

Max *Frenkel* analysierte in der Inland-Spalte der *NZZ* ausführlich Bedeutung und Funktion der Anhörung und unterstrich ihren amerikanischen Kontext:

«Die Eröffnungsvoten vor dem Bankenausschuss des US-Repräsentantenhauses sind für ein amerikanisches Publikum bestimmt, und sie haben auch – was besonders bei *Borer* deutlich wird – taktischen Überlegungen zu folgen, die aus der Ferne schwieriger zu beurteilen sind oder erst in Kenntnis der Wirkungen beurteilt werden können.

Der Vertreter des Bundesrates bringt den schweizerischen Standpunkt klar zum Ausdruck, vermeidet dabei aber offensichtlich alles, was irgendwie bei seinen direkten Zuhörern Anstoss erregen könnte. Diese Taktik ist nachvollziehbar. Im Unterschied zum entsprechenden Ausschuss des Senats kann von dem des Repräsentantenhauses immerhin noch erwartet werden, dass es ihm tatsächlich um Wahrheitsfindung gehe. Der Landesregierung liegt deshalb daran, nicht durch missverständliche oder falsch interpretierbare Bemerkungen negative Reaktionen zu provozieren.

Das dürfte erklären, wieso kein Versuch unternommen wird, den Ball auch ins andere Spielfeld zu tragen. Man hätte ja darauf hin weisen können, dass die Erkenntnisse – nicht nur für die Schweiz, sondern auch für andere, etwa die USA – schmerzhaft sein werden. Und man hätte, im Zusammenhang mit den Untersuchungen der sechziger Jahre unterstreichen dürfen, dass noch kein Land bisher entsprechende Untersuchungen unternommen hat, damals nicht und heute nicht. Auch an die Abermilliarden nachrichtenloser Vermögen hätte erinnert werden können, die bei den amerikanischen Gliedstaaten lagern, ohne dass je jemand deren Auszahlung via einen entsprechenden Fonds verlangt hätte.

Klar falsch ist die Erklärung *Borers* zu den nachrichtenlosen Geldern, die «unrechtmässig» (*wrongfully*) in der Schweiz zurückbehalten werden. Das könnte als Ausweichmanöver interpretiert werden. Es geht aber gerade um «normale» Guthaben.

Von besonderem Interesse ist die Erklärung *Blochs*. Sie zeigt sehr deutlich, dass der SIG in der Schweiz zwar sehr verständlich, wenn auch manchmal etwas irritierend, vor allem den Standpunkt des Judentums vertritt, im Ausland hingegen diesen zwar auch aber primär den eines Schweizer Judentums. Die ausgewogenen Worte *Blochs* machen auch deutlich, wieso der

Präsident des Jüdischen Weltkongresses über dessen nachträgliche Einladung nach Washington wenig erbaut war.»

Der Jüdische Weltkongress, der weitere Archive auf der Suche nach Nazigold durchforstet, fand auch einen Brief des damaligen Finanzministers Henry *Morgenthau*, der im Februar 1945 warnend darauf hinwies, dass die Nazis die argentinische Wirtschaft unterminiert hätten. Laut dem Brief *Morgenthau* war Argentinien nicht nur eine Zufluchtstätte für viele nationalsozialistische Kriegsverbrecher aus Deutschland, sondern auch Ziel von Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten.

Die argentinische Zentralbank hatte kürzlich dem Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles fünf Bände mit Unterlagen über Transfers von Banken in der Schweiz, Spanien und Portugal in den Jahren 1939-1945 übergeben. Die jüdische Gemeinde in Argentinien – übrigens eine der grössten der Welt – ist der Ansicht, dass im Krieg Naziopfern geraubtes Vermögen nach Argentinien geleitet worden ist. In Argentinien hatten unter anderem Nazigrößen wie Adolf *Eichmann* oder der SS-Mann Erich *Priebke* Zuflucht gefunden.

Der Historiker Thomas *Maissen* veröffentlichte daraufhin in der NZZ folgenden Bericht:

«Schweizer Zahlungen an Opfer des Nationalsozialismus und ihre Nachkommen werden gegenwärtig erwogen. Irrig ist die verbreitete Vorstellung, es gehe nur darum, in der Schweiz liegende Guthaben ihren rechtmässigen Eigentümern zurückzugeben. Die Frage, wofür bezahlt werden soll, wirft darüber hinausgehende, grundsätzliche Probleme auf: Ist die Schweiz für den Holocaust mitverantwortlich?

Die Idee eines «Wiedergutmachungsfonds» für Opfer des Holocausts oder die Anregung des Historikers Klaus *Urner* für eine «Schweizerische Holocaust-Stiftung» sind auch von einigen Exponenten der bürgerlichen Parteien mit Interesse aufgenommen worden. Der Bundesrat und seine «Task Force» haben diese Vorschläge erörtert, von einer sofortigen Umsetzung vorerst jedoch abgesehen. Dieser Standpunkt ist in den vergangenen Tagen von einigen Landesvätern in offenbar unvermeidlicher Mehrstimmigkeit und zum Teil mit peinlicher Unprofessionalität verkündet worden. Gleichzeitig überlegen auch Bankkreise, ob nicht eine grosszügige finanzielle Geste angebracht ist, nicht nur, aber auch, um die gefährdeten Geschäfte vor allem in den USA zu sichern und den guten Ruf der Banken und die humanitäre Reputation der Schweiz wiederherzustellen. Insbesondere von jüdischen Organisationen und Klägern vor Gericht sind in dieser Hinsicht auch schon – ausgesprochen hohe – Summen in die Debatte eingebracht worden. Auf welcher Berechnungsgrundlage sie beruhen, ist noch reichlich unklar. Auf schweizerischer Seite genannt werden oft die 38,7 Mio. Franken, welche die Mitglieder der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBV) als nachrichtenlose Gelder aufbewahren und im vergangenen Februar als solche ausgewiesen haben; ausserdem der unterschiedlich hoch eingeschätzte Gewinn, den die Schweizerische Nationalbank (SNB) aus dem (Raub-) Goldhandel im Krieg gezogen hat.

Manche Votanten übersehen, dass die 38,7 Mio. Franken (und allfällige weitere Gelder, die etwa durch die Revisoren des Volcker-Ausschusses noch identifiziert werden können) nur teilweise in der Kriegszeit deponiert wurden: Die im Februar 1996 veröffentlichte Umfrage der SBV bezog sich auf alle Guthaben, die seit mehr als zehn Jahren (also seit 1985) nachrichtlos sind. Der am 12. November veröffentlichte erste Zwi-

schenbericht des Bankenombudsmannes lässt erwarten, dass sogar ein Grossteil der genannten Summe nicht Nachkommen von NS-Opfern zukommen wird: Solchen wurde weniger als 1 Prozent der nachrichtenlosen Guthaben zugesprochen, für die bisher Anspruchsberechtigte ausgemacht werden konnten. Dieser Anteil kann sich im Lauf der weiteren Nachforschungen natürlich noch ändern. Tatsache bleibt jedenfalls, dass diese 38,7 Mio. Franken wenn immer möglich den rechtmässigen Besitzern oder Erben, Juden wie Nichtjuden, zugesprochen werden müssen, sie stehen also für einen Fonds mindestens so lange nicht zur Verfügung, als individuelle Rechtsansprüche auf sie geltend gemacht werden könnten. Die Gewinne der SNB aus dem Goldhandel während des Krieges beruhten auf den ordentlichen Gebühren für die Transaktionen; diese betrug insgesamt knapp ein Promille des transferierten Goldwerts. Bundesrat *Nobs*, der sich auf Angaben der SNB stützte, ging 1940 davon aus, dass im gesamten Goldhandel während des Krieges – also mit den Achsenmächten, den Alliierten sowie Neutralen – Gewinne in der Höhe von insgesamt 50 Mio. Franken erzielt wurden. Nach neusten Berechnungen der Nationalbank wurden maximal 20 Mio. Franken davon im Handel mit dem Dritten Reich erworben, da der Goldverkehr mit den Westalliierten und vor allem mit den USA höher war als mit den Achsenmächten, ist diese Zahl plausibel. Das von Deutschland gelieferte Gold war zu rund drei Vierteln in den besetzten Ländern geraubt worden: Entsprechend hätte also der Gewinn der SNB aus dem Handel mit Raubgold damals etwa 15 Mio. Franken betragen, was heute etwa 65 Mio. Franken entsprechen würde. Als Argument gegen schweizerische Zahlungen ist vorgebracht worden, die Gewinne der SNB seien im Gefolge des Washingtoner Abkommens 1946 bereits an die Westmächte abgeliefert worden.

Tatsächlich hat Bundesrat *Nobs* das widerwillige SNB-Direktorium mit dem Hinweis auf diese Gewinne unter Druck gesetzt, damit es sich an der von der Schweiz zugesagten Zahlung von 250 Mio. Franken in Gold beteilige. Nach anfangs kategorischer Weigerung steuerte die SNB schliesslich 100 Mio. Franken bei, «aus dem Gedanken der Loyalität und Solidarität heraus, ohne dass dies weder für den Bundesrat noch für die Nationalbank einen demütigenden Charakter haben soll» (Protokoll der Aussprache zwischen *Nobs* und Bankausschuss sowie Direktorium der SNB vom 17. Juni 1946). Die SNB bestritt konsequent jeglichen rechtlichen Zusammenhang zwischen ihrem Goldhandel und ihrer Zahlung. Einen solchen Zusammenhang festzuhalten wäre dem Eingeständnis gleichgekommen, dass die Nationalbankdirektoren mindestens fahrlässig gehandelt haben. Dass sie tatsächlich mehr als nur fahrlässig gehandelt hatten, hing – nicht zuletzt auch ihre persönliche Karriere – davon ab, ob sie die Öffentlichkeit hinsichtlich ihrer Verantwortung täuschen konnten.

Wie die SNB gegenüber dem Bundesrat, so verhielt sich die offizielle Schweiz gegenüber den Alliierten: Deren Argumentation, die Schweiz müsse für ihre Willfähigkeit im Goldhandel bezahlen, wurde nicht akzeptiert. Die 250 Mio. Franken werden entsprechend als «freiwilliger Beitrag» an den Wiederaufbau in Europa deklariert; im Washingtoner Abkommen fehlt jeder Hinweis auf die Gewinne im Goldhandel oder darauf, dass die SNB unkorrekt gehandelt haben könnte. Da die SNB in der inländischen Konfrontation und die bundesrätliche Verhandlungsdelegation in derjenigen mit dem Ausland jeglichen Kausalzusammenhang zwischen ihren Zahlungen und dem Goldhandel von sich wiesen, lässt sich heute formaljuristisch nicht behaupten, die NSB habe ihre (Raub-)Goldgewinne bereits abgeliefert.

Gegner wie Befürworter einer schweizerischen Zahlung, die sich an den erwähnten konkreten Zahlen orientieren, verfehlen jedoch ohnehin die Problemlage. Es geht nur zu einem kleinen Teil darum, physisch in der Schweiz vorhandene Vermögenswerte zurückzuerstatten. Dies ist bei den nachrichtenlosen Vermögen der Fall; es handelt es sich dabei um die erwähnte, verhältnismässig kleine Summe von höchstens einigen Dutzend Millionen Franken – es sei denn, die Banken und andere Vermögensverwalter hätten – was wir nicht unterstellen wollen – entgegen ihren eigenen Versicherungen systematisch gelogen. Was die SNB betrifft, so besteht ihre Schuld nicht darin, dass sie allenfalls noch Gold aus deutschen Kriegslieferungen in ihren Beständen halten könnte (was ohnehin nicht der Fall zu sein scheint) oder aus diesen Transaktionen im üblichen Umfang Gewinn gezogen hat, sondern darin, dass sie sich für Hehlerdienste zugunsten der Reichsbank hergab und *Hitlers* Kriegswirtschaft – aus welchen Motiven auch immer – durch den Verkauf von konvertiblen Schweizerfranken stützte.

Die Debatte um einen Fonds oder eine Stiftung ist also kein buchhalterisches Problem; und ebensowenig ein historiographisches oder juristisches, sondern ein politisches. Der buchhalterische Aspekt wird von Bankenombudsmann und Volcker-Kommission abgeklärt: Wieviel Geld von NS-Opfern ist bei einzelnen Schweizer Banken noch vorhanden, und wem soll es zukommen? Im Unterschied dazu wäre ein Fonds die Antwort auf eine ganz andere Frage: Inwiefern trägt die Schweiz als ganze Mitverantwortung für Krieg und Holocaust, und kann sie diese mit Zahlungen am Überlebende und deren Erben abgelten? Es ist vielleicht sinnvoll, erste Ergebnisse der Historikerkommission abzuwarten, ehe diese Frage beantwortet wird; aber die Antwort wird stets eine politische sein – und

keine wissenschaftliche. Die Experten können Fakten aufarbeiten und Entscheidungsgrundlagen liefern, aber sie können und sollen auch nicht darüber entscheiden, inwieweit die heutige Generation für Unterlassungen und Fehler geradestehen will, die zur Zeit der nationalsozialistischen Bedrohung begangen wurden.

Bereits beim heutigen Kenntnisstand ist klar, dass es Fehler, Zonen des Versagens gab, insbesondere in der Flüchtlingspolitik. Es hat viel zu lange gedauert, bis dafür von offizieller Seite richtige Worte gefunden wurden, und nicht zuletzt in dieser Verdrängung gründet ein gewisses Malaise in der Öffentlichkeit, was die Rolle der Schweiz im Krieg betrifft. Allerdings steht unser Land damit nicht allein da: *Miterrands* auch biographisch begründete Windungen sind noch in schlechtester Erinnerung, in den westeuropäischen Staaten, die von *Hitler* besetzt wurden, ist der Umfang der Kollaboration gerade bei der Judenverfolgung erst seit kurzem Gegenstand offener und öffentlicher Debatten, und die meisten mittel- und osteuropäischen Staaten sind auch davon noch weit entfernt.

Dabei geht es um ganz andere Dimensionen: Die Juden in der Schweiz, einheimische, ausländische und geflüchtete (so man sie ins Land liess), haben überlebt – und hierzulande haben auch keine Kollaborateure und Sympathisanten am deutschen Vernichtungswerk aktiv teilgenommen. Es gibt wenige europäische Länder, auf die diese Tatsache zutrifft; sie ist nicht ausschliessliches Verdienst der Aktivdienstgeneration – aber sie ist es auch. Insbesondere in den USA ist in letzter Zeit der Eindruck geweckt worden, die Schweiz sei der Financier von Krieg und Holocaust gewesen. Auch die Forderung nach einem «Wiedergutmachungsfonds» impliziert diese Betrachtungsweise. Ganz abgesehen davon, dass sich Völkermord nicht wiedergutmachen lässt – der Fall der Schweiz ist ganz wesentlich

anders gelagert: Es geht um unterlassene Hilfeleistung, nicht um Mord oder Beihilfe dazu. Wenn sich sogar die DDR, unter Berufung auf eine für den grössten Teil ihrer Einwohner völlig fiktive «antifaschistische Tradition», und Österreich, angeblich das erste Opfer Hitlerscher Expansionspolitik, weitgehend aus ihrer Verantwortung für den Holocaust haben stehen können – ist es dann an der Schweiz, ausgerechnet diese Lücken zu füllen? Sowohl beim Problem der nachrichtenlosen Vermögen als auch bei Raubgold und anderen Raubgütern geht es nicht um eine aktive Verstrickung von Schweizern, geschweige denn des ganzen Landes, in den Holocaust, sondern – traurig genug – um eine (weltweite sic.) Gleichgültigkeit gegenüber dessen Opfern.

Hier die Proportionen wieder klarzustellen ist eine wichtige Aufgabe der schweizerischen Aussenpolitik: durch präzise Aufklärungsarbeit, nicht defensiv hinterherhinkend, ebensowenig Leistungen wie Fehler übergehend. Auch im eigenen Interesse muss die Schweiz sich fragen, worin sie versagt hat, inwiefern dies zu vermeiden gewesen wäre, vor allem aber, ob dieses Versagen typisch schweizerisch war. Die gegenwärtige Debatte wirft gerade deshalb so viele Wellen, weil sie Fragen nicht nur zu unserer Vergangenheit, sondern auch zur Gegenwart stellt. Ihr Auslöser war nicht die Rolle des Landes im Krieg, sondern die jahrzehntelange Kühllheit oder Indifferenz der Banken gegenüber dem Schicksal und dem Vermögen von Menschen mit schlecht dokumentierten und dokumentierbaren Ansprüchen. Deren Abweisung zeigt allerdings auch die Ambivalenz des «typisch Schweizerischen»: Was jahrelang als korrekter Dienst am Anleger galt, wird heute als pedantische Übervorteilung von Erbberechtigten verurteilt.

Das Gebaren der Banken, die Flüchtlingspolitik, staatliche Neutralität und wirtschaftliche Kooperation im Umgang mit ei-

nem Unrechtsregime, Bankgeschäfte mit Anlagen dubioser Herkunft, ausgebliebene personelle Konsequenzen für deren Protagonisten – dies alles sind Reizworte, die durchaus auch mit Blick auf heute diskutiert werden sollten, zumal die 50 Jahre lang gültigen Antworten und Abwehrreflexe in der seit 1989 veränderten globalen Lage offensichtlich nicht mehr überall überzeugen. Die rasche Bereitschaft, einen «Wiedergutmachungsfonds» zu äufnen, erweckt manchmal gerade den Eindruck, als sollten ein quälendes Problem und solche grundsätzlichen Fragen mit einem Check aus der Welt geschafft werden.

Es gibt unbestritten auch gute und ehrbare Gründe für einen Fonds, der beispielsweise heute mittellosen Opfern der Nazis oder deren Nachkommen Hilfe leisten würde und einem Bild der Schweiz als Kriegsgewinnlerin entgegenwirken, vielmehr ihre Tradition der Hilfsbereitschaft stärken könnte. Das wäre nicht Wiedergutmachung, sondern eine humanitäre Tat – was nicht ausschliessen würde, dass die heute Verantwortlichen damit ausdrücken, dass diejenigen, die es damals waren, in wichtigen Fragen nicht richtig handelten; manchmal, weil sie nicht anders konnten, manchmal, weil sie nicht anders wollten.

Der Zeitpunkt für eine spontane, freiwillige Stiftung scheint allerdings verpasst; deshalb wird einem Fonds unvermeidlich der Makel anhaften, dass viele ihn als Ergebnis eines Erpressungsmanövers von Senator *D'Amato* ansehen werden. Damit muss und kann man leben, auch die Zusagen des Washingtoner Abkommens wurden 1946 in der Schweiz weithin als Nachgiebigkeit gegenüber alliierter Machtpolitik empfunden und heftig kritisiert. Unabdingbar ist jedoch, dass die Schweiz klarstellt, wofür sie bezahlt – und wofür nicht. Das ist, wie gesagt, weder ein buchhalterischer noch ein wissenschaftlicher Vorbehalt, sondern ein politisch-moralischer. Anders als 1946 kann sich unser Land nicht auf den Standpunkt stellen, Zahlungen hätten nichts mit seinem Verhalten im Krieg zu tun. Ein Fonds würde

zum Ausdruck des offiziellen schweizerischen Geschichtsverständnisses: Dies ist unser Teilversagen, und dazu stehen wir. Damit wird kein pauschaler Ablass eingehandelt, sondern Verantwortung übernommen; damit wird, auch für die Zukunft, die Messlatte angegeben, an der schweizerische Politik gemessen werden will.»

Auffallend ist, dass zu diesem Zeitpunkt ein amerikanisches Geheimdokument über umgeprägtes Nazigold gefunden wurde. In diesem amerikanischen Dokument wird behauptet, die Schweiz wollte während des Zweiten Weltkrieges die Herkunft von Naziraubgold verbergen und veranlasste eine Änderung der Barrenprägung. Die Schweizerische Nationalbank hat jedoch keine Informationen über derartige Initiativen.

Der Jüdische Weltkongress liess dieses Dokument des amerikanischen Geheimdienstes OSS (Vorläufer des CIA) vom 20. Mai 1946 über die Gold-Transfers der Nazis veröffentlichen. Nazideutschland verschob Gold, das es in besetzten Gebieten beschlagnahmt hatte, in die Schweiz und via die Schweiz in andere Länder, um mit den Einnahmen kriegswichtige Güter kaufen zu können. Die Schweiz fürchtete offenbar, dass das von Deutschland gelieferte Raubgold nach dem Kriege für die Begleichung von Kriegsschäden beschlagnahmt werden könnte. Sie habe daher die Herkunft dieser Goldbarren verbergen wollen und Deutschland ersucht, den Prägestempel entsprechend zu ändern – die Barren sollten ein Vorkriegs-Prägedatum tragen, heisst es in dem Dokument. Da man mit diesem Vorgehen aber die Alliierten nicht täuschen können, hätten verschiedene Schweizer Banken Naziraubgold an Firmen verkauft, die Goldmünzen herstellten, vor allem für südamerikanische Länder.

Beim näheren Betrachten des Dokuments deutet jedoch alles auf eine plumpe Lüge. Das Dokument scheint in den Zusammenhang der politischen Pressionen der Westalliierten zu gehören. Es wurde natürlich auch von den Alliierten immer wieder versucht, die Schweiz unter Druck zu setzen und Einfluss auf ihre Politik zu nehmen.

Der Schweizerischen Nationalbank liegen keinerlei Informationen vor, dass sie während des Krieges eine solche Initiative gegenüber Deutschland, d. h. der Reichsbank, ergriffen habe. Ein SNB-Sprecher erklärte, laut historischen Untersuchungen habe die Deutsche Reichsbank umgeschmolzene Goldbarren an die Schweizerische Nationalbank verkauft. Diese Umschmelzung sei aber nicht auf Initiative der SNB hin erfolgt. Die SNB hält die Quellenlage des Dokuments für unklar. Man wisse nicht, ob die Nationalbank oder Privatbanken gemeint seien.

Einen Schritt zur Regulierung in der Frage der herrenlosen Gelder unternahm die Schweiz auf der Grundlage des mit der damaligen kommunistischen Regierung Polens geschlossenen Vertrags. Die Schweiz will Polen ermöglichen, die ihm 1975 ausbezahlten 464'000 Franken herrenloses Geld den Eigentümern zurückzugeben. Das Schweizerische Bundesarchiv und die Task Force im Aussenministerium seien daran, Namenslisten vorzubereiten, teilte das EDA mit. Die polnische Regierung habe vor einer Woche beschlossen, den Naziopfern oder ihren Erben das Geld zurückzuzahlen, das auf Grund des schweizerischen Meldebeschlusses von 1962 auf rund 60 Konten von Schweizer Banken gefunden und 1975 ausbezahlt worden war. Warschau bat in der Folge um die Liste der Kontoinhaber. Task-Force-Chef *Borer* hat inzwischen gegenüber dem polnischen Botschafter in der Schweiz die Bereitschaft bekundet, die Namensliste rasch herauszugeben.

Unterdessen erhob der amerikanische Senator Alfonse *D'Amato* gegenüber der Schweiz weitere Vorwürfe über deren Rolle im Zweiten Weltkrieg. Die Schweiz soll 280 Lastwagen voll Nazigold nach Portugal und Spanien geschickt haben. *D'Amato* berief sich auf Dokumente, die zum Teil aus den Jahren 1945 und 1946 stammen sollen. Ein Dokument über die Lastwagentransporte stamme von Agenten des damaligen amerikanischen Geheimdienstes OSS; es beziehe sich auf eine «hochrangige» Schweizer Quelle, ohne einen Namen zu nennen.

Der Direktor des Jüdischen Weltkongresses, *Elan Steinberg*, sagte an der Pressekonferenz, die Dokumente zerschlugen die Vorstellung, dass die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs neutral gewesen sei; sie habe vielmehr mit Hitler-Deutschland «voll kollaboriert». *D'Amato* bezeichnete die Behauptung, die Schweiz sei neutral gewesen, als «puren Nonsens».

Die jüngste «Enthüllung» *D'Amatos* nähert sich dem Kern der zweifellos sehr fragwürdigen Rolle der Schweizerischen Nationalbank (SNB), ohne deswegen eine Neuigkeit darzustellen. Tatsächlich ist die Verstrickung der SNB noch gravierender, als *D'Amato* verkündet: Es geht nicht um Transporte von deutschem Gold, selbst wenn diese wirklich mit schweizerischen Lastwagen erfolgt sein sollten, sondern um Goldwäscherei zugunsten der Reichsbank. Die SNB kaufte deutsches Gold mit Schweizerfranken; Deutschland kaufte mit diesen Rohstoffe in Spanien und Portugal, diese zwei (und andere) 11 Staaten tauschten dieselben Franken wieder gegen das Gold der SNB ein, das ursprünglich von Deutschland gestohlen worden war. Die Herkunft des Goldes sollte auf diese Weise den argwöhnischen Alliierten vorenthalten werden. Der Charakter dieser Transaktionen ist seit gut zehn Jahren bekannt. Vermutlich wird diesbezüglich eine Meldung – entsprechend dem bis-

herigen Rhythmus – in etwa drei Wochen als neueste Erkenntnis an alle Agenturen verschickt werden.

Eine neue Bombe platzte im Lichtgewitter der Reporter nun in Washington, nachdem jetzt auch die amerikanische Regierung den Vorwürfen nachgehen will, sie habe nach dem Krieg die Hand auf Gelder in New Yorker Banken gelegt, die nicht von den Nazis, sondern von den jüdischen Opfern stammten. Die USA und die Schweiz, die zu einer raschen Lösung in der Frage der nachrichtenlosen Vermögen auf Schweizer Banken gedrängt hatten, würden nun ihrerseits bei ihren eigenen Banken Untersuchungen durchführen, sagte Stuart *Eizenstadt*. In einem Monat würden die Schlussfolgerungen in einem Bericht zusammengefasst.

Vor Ostern hatte noch der frühere Diplomat Seymour *Rubin*, der bei den Verhandlungen über das Abkommen zwischen der Schweiz und den Westalliierten von 1946 dabeigewesen war, den Vorwurf erhoben, das offizielle Amerika habe keinen Unterschied zwischen den Guthaben der Nazis und jenen ihrer Opfer gemacht.

Professor Christoph *Graf*, Direktor des Bundesarchivs und historischer Experte der Nazizeit, liess keinen Zweifel daran, dass er die sofortige Einrichtung eines Fonds zugunsten der Holocaust-Opfer für notwendig erachtet. Damit könnte die Tagespolitik letztlich entlastet und das erforderliche ruhige Umfeld für eine systematische und professionelle wissenschaftliche Arbeit der Historikerkommission geschaffen werden. *Graf* hält eine solche symbolische Geste des guten Willens hic et nunc auch aus historischer Evidenz für angezeigt. Die Schweiz – Private wie der Staat – habe von ihrem Umgang mit dem Dritten Reich profitiert und auch als politisches System durch die Abweisung von rund 30'000 Flüchtlingen schwere Schuld auf sich geladen.

In Anlehnung an ein Wort von Simon *Wiesenthal*, wonach die Menschheit nur hoffen darf, wenn sie sich erinnern kann, sieht *Graf die* Aufarbeitung der durch Mythen verklärten Vergangenheit eher als Chance denn als Belastung für die Schweiz. Allerdings müsse es um eine ernsthafte und vor allem ganzheitliche Aufarbeitung gehen, denn jedes der vor den Medien breitgewalzten und angeblich neuen Dokumente sei nur ein Tropfen im Ozean und allein im grösseren Kontext verständlich. Für *Graf* geht es denn auch nicht einfach um Raubgold oder andere Einzelaspekte, sondern umfassender um den Profit, den der Finanzplatz Schweiz und die schweizerische Politik aus dem Umgang mit Unrechtsstaaten zogen und noch immer ziehen.

Das Unterfangen ist allerdings ungeheuer aufwendig und sprengt die personellen und finanziellen Ressourcen des Bundesarchivs, das als eigentliches Gedächtnis der Nation Schnittstelle und Zentrum der Forschungsarbeiten sein wird. Rund 6'500 Archivschachteln sind zu bearbeiten, was etwa 50 Personenjahren entspricht. Die Spurensuche nach bestimmten Unterlagen erfordert gehörigen detektivischen Spürsinn. Die Zahlungen der Schweiz an Polen beispielsweise waren unter dem Stichwort «Kassen- und Rechnungsbelege» auffindbar. Die Meldungen von Banken zu Überweisungen an Privatkunden in Polen kamen in einem schlichten Büroordner zum Vorschein, allerdings ohne konkrete Namen, sondern bloss mit Nummerncodes, die mit Bleistift eingetragen waren. Die Namenliste selber wurde dieser Tage gefunden. Im Lesesaal des Bundesarchivs hat jeder Bürger und jede Bürgerin Gelegenheit, unentgeltlich einen Blick in die Geschichte zu werfen. Ohne beratende Hilfe wird man aber kaum an die gesuchte Information herankommen. Vom Bundesarchiv als Dienstleistungszentrum profitiert übrigens auch der amerikanische Senator *Alfonse D'Amato*, dem die gewünschten Dokumente auf Mikrofilm zu-

gestellt werden. Das Spannungsfeld von wissenschaftlicher Aufarbeitung, die eigentlich aller Ruhe bedürfte, und dem Drang nach schnellen Resultaten und medialer Aufbereitung, kennzeichnet gegenwärtig die Atmosphäre im ehrwürdigen Lesesaal.

In einer Podiumsdiskussion verwies der Direktor des Bundesarchivs darauf, dass kein einziges Land der Welt je eine derartige Archivöffnung beschlossen hat wie die Schweiz. In diesem Zusammenhang hob er auch die vielen Zeichen des guten Willens von Seiten der Banken hervor und betonte, dass nur eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit auch mit privaten Archiven letztlich zum Ziel führen könne. Heinrich *Schneider* von der Schweizerischen Bankiervereinigung meinte, der Leistungsausweis der Banken als Erstgenannte in der gesamten Vergangenheitsaufarbeitung könne sich durchaus sehen lassen. Er warnte vor einem überstürzten Vorgehen bei der Errichtung irgendwelcher Fonds und plädierte für sorgfältige Abklärungen auch auf Grund der Erfahrungen in anderen Ländern.

Diese Abklärungen werden nach Überzeugung der Zürcher Nationalrätin Lili *Nabholz* die zeitraubendste und heikelste Phase bei der Einrichtung eines öffentlichrechtlichen Fonds sein, wie ihn die FDP-Fraktion mit einer Motion verlangt. Das Schlimmste, was in dieser hochsensiblen Angelegenheit passieren könnte, wäre, wenn ein Basar um dieses Vorhaben losginge. Persönlich bezweifelt die Politikerin, dass es viel bringt, wenn jetzt noch kostspielige Treuhandfirmen nach nachrichtenlosen Werten fahnden. Vielleicht wäre es sinnvoller, die belegbaren rund 40 Millionen einfach auf einen substantiellen Betrag aufzurunden.

Schliesslich wurde auch die Frage des sich wieder offener manifestierenden Antisemitismus gestreift. Der Vertreter der Bankiervereinigung würdigte den von Beginn an konstruktiven Dialog mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund und meinte, die bisweilen schrillen Töne aus den USA dürften kein Grund sein, sich in diese Geisteshaltung drängen zu lassen. Botschafter Thomas *Borer*, Leiter der Task Force des EDA, sagte dazu: «Es sind die Führer, die den Ton setzen.» Bundesrat und Parlamentarier seien deshalb besonders gefordert, damit gefährlichen Tendenzen nicht Vorschub geleistet werde.

In einem Leitartikel schrieb der Inlandredaktor, Max *Frenkel* in der *NZZ* vom 18./19. Januar 1996:

«Allmählich scheint sich in politischen und wirtschaftlichen Kreisen die Meinung durchzusetzen, dass die Schweiz in irgendeiner Form eine Geste tun sollte. Doch die Verwirrung über die Rahmenbedingungen ist gross. Wie könnte eine solche Geste aussehen? Wer würde sie finanzieren? Was soll damit erreicht werden?

Wenn die Schweiz etwas zugunsten noch lebender Shoa-Opfer tun will, dann tut sie es nicht, weil sie ein grösseres Mass an Schuld am Geschehen im Dritten Reich trüge als die andern vom Hitler-Regime bedrohten oder in den Strudel des Weltkrieges gestürzten Länder. Gewisse Diskussionen dazu im Ausland oder sogar in einzelnen Schweizer Kreisen lassen ob der Umkehr der Fakten nur staunen. Es wird hier eine revidionistische Geschichtsschreibung ganz eigener Art betrieben.

Wenn die Schweiz etwas tut, dann tut sie es, weil sie vom Wahnwitz des Zweiten Weltkriegs verschont geblieben ist und weil sie erkennt, dass sie im Kampf ums Überleben nicht immer nur Mittel eingesetzt hat, auf die sie stolz sein kann – wie

etwa die Verteidigungsbereitschaft und damit zusammenhängend die materiellen Opfer einer ganzen Generation sowie die Unbeugsamkeit von Bevölkerung und Presse –, sondern auch solche, die man zwar zum Teil kannte, zum Teil ahnte, kollektiv aber gerne verdrängte, wie eine nicht über jeden neutralitätspolitischen Zweifel erhabene Aussenwirtschaftspraxis und eine kleinmütige, teilweise unmenschliche Flüchtlingspolitik. Zwar gibt es dazu eine Aussage eines unverdächtigen Zeitzeugen, Winston S. *Churchills*, der 1944 die Ambivalenz sehr wohl erkannte und zu einer positiven Gesamtwertung gelangte.

Aber im sozusagen biblischen Sinn, und nicht mit dem Rechenschieber messbar hat die Schweiz Schuld auf sich geladen, und diese ist noch nicht gesühnt. Es handelt sich dabei nicht um den sogenannten Blutzoll, den die Alliierten entrichtet hatten (und der seinerzeit von den schweizerischen Unterhändlern des Washingtoner Abkommens als Begründung für den aus ihrer Sicht für die Schweiz nachteiligen Vertrag verwendet wurde). Es handelt sich um die Anerkennung der Tatsache, dass das Land zwar auch aus eigenem Verdienst verschont geblieben ist, sich dabei aber moralische Makel aufgeladen hat.

Was könnte als eine solche Geste gesehen werden? Im Vordergrund der Überlegungen steht offenbar die Errichtung eines Fonds zum Beispiel in Form einer Stiftung, mit welchem Hilfeleistungen für jene nicht nur jüdischen Überlebenden der Shoa finanziert werden können, die solcher Hilfe heute tatsächlich bedürfen. Es handelt sich dabei in erster Linie um heute in Ländern des ehemaligen Ostblocks lebende Menschen. Diese sind bisher bei Hilfen und westlichen Wiedergutmachungen weitgehend leer ausgegangen. Einer solchen Zielsetzung könnte man zustimmen. Zu überlegen wäre, ob der Stiftungszweck, falls man die Stiftungsform wählt, so weit gefasst wer-

den sollte, dass eine analoge Aktivität auch noch nach dem voraussehbaren Wegfall der primären Zielsetzung weitergeführt werden kann. Von einer Verknüpfung mit den gegenwärtigen landesinternen Problemen der Migrationspolitik wäre jedoch abzusehen. Und nicht unbedingt ratsam wäre auch eine Ausdehnung auf Forschungs- und ähnliche Zwecke. Letzteres wäre nicht Sühne, sondern Subventionierung einer landesinternen, bereits bestehenden Forschungsinfrastruktur. Ob es hingegen auch im Lande selber Opfer mit vergleichbarem Schicksal gegeben haben könnte, an die zu denken wäre, müsste erst noch geprüft werden.

Zu verwalten wäre ein solcher Fonds von einer schweizerischen, für diesen Zweck aus angesehenen schweizerischen und ausländischen Persönlichkeiten zu bildenden Trägerschaft. Es könnte nicht angehen, diese Aufgabe an ein ausländisches Gremium zu delegieren, auch wenn dieses das aus durchsichtigen Gründen noch so wortstark reklamierte. Man kann natürlich, soweit es um den Einbezug ausländischer jüdischer Kreise geht, entsprechende Gespräche führen, wobei allerdings der Staat Schweiz nicht übersehen sollte, dass sein Gesprächspartner eher der Staat Israel ist als der World Jewish Congress, eine private Organisation. Primär, soweit es um jüdische Belange geht, dürfte jedoch der Schweizerische Israelitische Gemeindebund Ansprechstelle sein.

Bei der Finanzierung stehen wir vor delikaten, vor allem innenpolitischen Problemen. Auf der einen Seite wäre es wünschbar, ein Gerüst bereits im Frühsommer bereitgestellt zu haben. Das einmal aus Gründen, die in der Sache selbst liegen, aber auch zur Entlastung der öffentlichen schweizerischen und internationalen Diskussion im Zusammenhang mit dem Jubiläum des ersten Zionistenkongresses vom 29. August 1897, das die-

ses Jahr in Basel gefeiert wird. Zu diesem Anlass wird ja auch der israelische Staatspräsident in der Schweiz erwartet. Auf der andern Seite wäre es unvernünftig, einen Parlamentsbeschluss im gleichen Schnellverfahren durchpeitschen zu wollen wie jenen zur historischen Aufarbeitung vom Dezember. Die Sache, das hat die Diskussion um das Delamuraz-Interview gezeigt, ist kontrovers, und ein «Backslash» im Parlament und in der Bevölkerung ist zu verhindern.

Unter keinen Umständen dürfen für einen solchen Zweck die bei den Banken liegenden sogenannten nachrichtenlosen Vermögen herangezogen werden. Erstens sind Umfang und Schicksal dieser Mittel Gegenstand der internationalen Untersuchung des Volcker-Komitees, dem mit einer voreiligen Disposition der Boden unter den Füßen entzogen würde, und dies gar nicht zum Vorteil der Schweiz. Und zweitens ist wahrscheinlich nur ein geringer Teil dieser Summen ehemals jüdisches Vermögen. Ob man später, wenn es um die Bereinigung des Schicksals der nachrichtenlosen Vermögen geht, Teile des Geldes ebenfalls in diesen Topf einbringen will, wäre dannzumal zu klären.

Nein, wenn man unbedingt eine Anknüpfung an irgendeinen realen Vorfall sucht, dann bietet sich eher die den Juden des In- und Auslandes während des Zweiten Weltkrieges zugemutete Übernahme der Beherbergungs- und Weiterreisekosten für jüdische Flüchtlinge in der Höhe von damals etwa 56 Millionen Franken an. Aber mit dem Rechenschieber macht man keine Gesten.

Nehmen wir einerseits die Tatsache, dass im Eilverfahren vom Bundesrat keine namhaften Summen zur Verfügung gestellt werden können, und andererseits den konkreten Zeitdruck für eine optimale Lösung, so ergibt sich als mögliche Lösung die Schaffung der Rechtsträgerschaft (oder wenigstens deren

konkreter Vorschlag) durch den Bundesrat. Dieser könnte zugleich eine in seiner Kompetenz stehende Summe einwerfen – im Vorgriff auf eine vom Parlament noch zu schaffende Rechtsgrundlage für einen grösseren Betrag. Der Bundesrat sollte dann aber auch die schweizerische Wirtschaft einladen, sich an diesem Fonds oder dieser Stiftung mit namhaften Beiträgen zu beteiligen, nicht nur, aber nicht zuletzt natürlich die Finanzinstitute inklusive Nationalbank. Auch hier ginge es wieder nicht um Aufrechnungen, sondern eigentlich um Solidaritätsleistungen zur Stützung des guten Rufes der Schweiz. Eines guten Rufes, von dem die Wirtschaft und damit auch der einzelne Schweizer ja ebenfalls profitiert oder, was für manche vielleicht wichtiger ist, dessen Schädigung das eigene Auslandsgeschäft belastet.

Was wäre mit einer solchen Geste erreicht? Wenn sie klar als nicht mit den nachrichtenlosen Konten in Verbindung stehend deklariert wird, wird sie im Ausland von Menschen guten Willens als positiv gewertet werden und da und dort vielleicht analoge Initiativen im eigenen Land auslösen. Es dürfte auch ein grosser Teil der Gehässigkeit in ausländischen Medien verschwinden und damit wiederum die davon ausgehende ruf- und wirtschaftsschädigende Wirkung. Man darf aber nicht erwarten, dass jene jubeln werden, die das Geld am liebsten selber verwalten möchten. Angriffe auf die Schweiz werden weitergehen, im In- wie im Ausland jedoch weniger Wirkung haben. Für die Arbeit sowohl der Historiker- wie der Volcker-Kommission und für die Wertung der entsprechenden Ergebnisse wird ein entspannteres Klima geschaffen.

Aber letztlich stünde für die Schweiz bei der Schaffung eines solchen Werkes der Gedanke eines späten Sühneopfers für dunklere Aspekte ihres erfolgreichen Widerstandes gegen den Faschismus Pate – nicht einer Wiedergutmachung für weder

Wiedergutzumachendes noch Wiedergutmachbares. Es ginge um ein eigenes Anliegen. Dass damit auch eine Antwort auf massiven und in der Begründung teilweise absurden äusseren Druck gegeben würde, kann nicht wegdiskutiert werden. Dies dürfte aber weder den Entschluss beeinflussen, noch könnte es ein Bedürfnis nach Applaus rechtfertigen.»

Wie die Schweizer Nationalbank hat auch Schwedens Reichsbank im Zweiten Weltkrieg einen Goldhandel mit dem Hitler-Regime betrieben. Gemäss Berichten der Tageszeitungen «Dagens Nyheter» und «Frankfurter Rundschau» übernahm die Bank zwischen 1939 und 1944 fast 35 Tonnen Raubgold. Damit seien einerseits schwedische Erzexporte nach Deutschland finanziert worden, andererseits hätten die Nazis auch Gold verkauft, um an die schwedische Währung zu kommen, berichten die Zeitungen. Die Geschäfte seien auch fortgesetzt worden, nachdem die Alliierten Anfang 1943 die neutralen Länder dringend vor dem Umgang mit Raubgold aus Deutschland gewarnt hatten. Die schwedische Regierung habe die Reichsbank gar dazu angehalten, nicht zu viele Fragen zur Herkunft des deutschen Goldes zu stellen. Historiker gehen heute davon aus, dass ein Grossteil des Goldes von Juden und aus besetzten Ländern stammte. Die Zeitungsberichte basieren auf einer Untersuchung des ehemaligen Botschafters *Hedin* und des Historikers *Elgemyr*. Die schwedische Reichsbank hatte den beiden nach der jüngsten Kritik an den Schweizer Banken die Türen ihres Archivs geöffnet.

Die schwedische Reichsbank bekräftigte, dass der Goldhandel mit Nazi Deutschland restlos aufgeklärt werde. Ein Sprecher reagierte damit auf Presseberichte und verwies dabei auf seit Dezember laufende interne Ermittlungen. Archivadokumente belegen, dass die schwedische Reichsbank von 1939 bis

1944 der deutschen Reichsbank 34 564 Kilogramm Gold abgenommen hatte.

Die jüdischen Organisationen verlangen nun detaillierte Informationen. So haben die World Jewish Organization und die Jewish Agency for Israel von der schwedischen Regierung die Aufklärung der jüngst bekanntgewordenen Goldtransaktionen zwischen Schweden und Nazi-Deutschland gefordert. In einem Brief an den schwedischen Botschafter in Israel forderte der Vorsitzende der zionistischen Weltorganisation, *Burg*, die schwedische Regierung auf, «uns alle relevanten Informationen und Dokumente so bald wie möglich zukommen zu lassen». Die in den Archiven der schwedischen Nationalbank gefundenen Dokumente, die beweisen, dass Schweden von Nazi-Deutschland geraubtes Gold zur Bezahlung schwedischer Erzlieferungen entgegennahm, könnten weitere Aufklärungen ankündigen.

Auch Argentinien ist wieder zum Ziel der weltweiten jüdischen Aufklärungskampagne geworden. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum hat von Argentinien Aufklärung über Berichte gefordert, nach denen das Land nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende von Blankoausweisen an Nazis geliefert hat. Der Europa- und Lateinamerika-Sprecher der Organisation, *Samuels*, gab in Los Angeles eine Erklärung ab, dass er an Argentinien Aussenminister Guido *Di Telia* schriftlich die Aufforderung gerichtet habe, eine sofortige Untersuchung der Angelegenheit in die Wege zu leiten. Der argentinische Anwalt des früheren SS-Offiziers Erich *Priebke* hatte seinerseits erklärt, die Regierung in Buenos Aires habe auf Weisung von Präsident *Peron* zwischen 1945 und 1947 zweitausend Blankoausweispapiere und 8'000 andere Personalpapiere an Nazis gegeben, die aus Deutschland geflohen waren.

Seit Neuestem suchen in den USA und in Kanada Anwaltsfirmen im Internet nach Personen, die im Streit um die Holocaust-Vermögen Ansprüche gegen die Schweizer Banken geltend machen wollen. Ihre Dienste für allfällige Interessenten boten auf diesem Wege die Anwaltsfirmen Karas Associates in Toronto (Kanada) und die Kanzlei von Diane *Leigh Davison* in Baltimore im amerikanischen Bundesstaat Maryland an. Zudem bieten beide Anwaltsfirmen die Möglichkeiten, ein «unverbindliches» Interesse an einer Klage durch Ausfüllen eines elektronischen Formulars zu bekunden. In solchen Fällen pflegt dann das Büro von Diane *Leigh Davison* per Post einen «vorläufigen Fragebogen zu Forderungen von Holocaust-Überlebenden/ Erben» sowie ein «Retainer Agreement» zu verschicken, das dem Anwalt 31,33 Prozent der in einem Prozess, Vergleich oder sonst zurückgewonnenen (recovered) Gelder zusichert.

Die zwei Anwaltskanzleien erklärten, dass sie nach Personen Ausschau halten, die sich der ersten der zwei 1996 in New York gegen die Schweizer Grossbanken eingereichten Sammelklagen anschliessen wollen (*Gizella Weisshaus et al. versus Union Bank of Switzerland et al.*). In dieser Klage wird ein Schadenersatzanspruch von 20 Mrd. Dollar erhoben. Eigenartigerweise erklärte nun aber der Hauptinitiant dieser Sammelklage, der New Yorker Anwalt *Edward Fagan*, auf Anfrage, dass er von den anderen Anwaltsfirmen über ihre Suche nach Klägern im Internet nicht ins Bild gesetzt worden sei. Und *Fagan* kannte auch nur die Anwaltskanzlei etwas näher. Neben der von *Fagan* geführten Sammelklage war 1996 noch eine zweite «Class-action suit» von einer anderen Gruppe von Anwälten im Namen von fünf Klägern ohne genaue Schadenersatzforderung eingereicht worden. Es wird vermutet, dass beide Klagen zusammengelegt werden.

Auch Paris macht die Akten zugänglich. So liess der französische Premierminister *Juppé* am Jahresessen des Dachverbandes der jüdischen Organisationen Frankreichs (CRIF) die Bildung einer Kommission bekanntgeben, welche die Beschlagnahme von jüdischem Eigentum durch französische und deutsche Behörden während des Zweiten Weltkrieges behandeln soll. Sie hat auch dem Verbleib der Güter im In- und Ausland nachzuforschen und Vorschläge über ihre Rückerstattung zu machen. *Juppé* reagierte damit auf eine Forderung des Vorsitzenden des CRIF Henri *Hajdenberg*, der bereits Ende November eine solche Kommission vorgeschlagen hatte. *Hajdenberg* hatte damit auf die Ankündigung des Bürgermeisters von Paris, *Tiberi*, reagiert, der nach einer Verzögerungstaktik Nachforschungen nach jüdischen Immobilien in der Hauptstadt, die sich heute noch im Besitz der Stadt befinden könnten, angeordnet hatte. *Hajdenberg* verwies zugleich auch auf das Beispiel der norwegischen Regierung.

Die französische Regierung hat mit dieser einvernehmlichen Einwilligung zunächst einen Konflikt mit den jüdischen Organisationen verhindern können, was ein Jahr vor den Parlamentswahlen insofern nicht unwichtig ist, als der CRIF die Nahostpolitik von Präsident *Chirac* mit Misstrauen verfolgt, ihm aber Lob zollte für seine Erklärung vom 16. Juli 1995, in der er die Mitverantwortung Frankreichs an der «Endlösung» anerkannte. *Hajdenberg* erklärte denn auch, dass es sich in erster Linie um eine moralische Pflicht zur Aufdeckung einer immer noch im Trüben gehaltenen Vergangenheit handle und nicht um materielle Entschädigungsforderungen. Ob nicht auch die Franzosen erleben werden, dass die jüdischen Kreise mit den gleichen Mitteln gegen sie vorgehen, wie bei den Schweizern, die nicht in dem Krieg involviert waren, bleibt abzuwarten. Der Prozess gegen den Vichy-Funktionär *Papon* dient dem

gleichen Ziel. Die Anerkennung der historischen Wahrheit über die französische Mitverantwortung stand, wie der jüdische Rechtsanwalt und Holocaust-Forscher *Klarsfeld* erklärte, im Vordergrund der jahrelangen Bemühungen der Nachfahren der jüdischen Nazi-Opfer. Der materielle Aspekt ihrer Tragödie rangierte an zweiter Stelle, nicht zuletzt auch, weil der Nachweis entweder schwierig zu erbringen war oder aber von den französischen Behörden nach dem Krieg kaum anerkannt wurde.

Das Ausmass der «spoliation» (Beraubung, Plünderung) der Juden in Frankreich ist allerdings beträchtlich. Von den 300'000 Juden, die zu Kriegsbeginn in Frankreich lebten, wurden 74'000 deportiert, während praktisch alle anderen ihren gesamten Besitz verloren. Die durch das Regime von Vichy erlassenen landesweiten Gesetze erlaubten eine systematische und meist entschädigungslose Konfiskation von jüdischem Eigentum: Geschäfte, Häuser, Wohnungen, Möbel, Schmuck, Kunstwerke. Das Gesetz vom 21. Juli 1941, das keineswegs auf Anordnung der deutschen Besatzungsmacht erlassen worden war, sah die Eliminierung jeglichen jüdischen Einflusses in der Volkswirtschaft vor, so wie auch ein Berufsverbot für Juden in der Administration und in den Medien eingeführt wurde.

Durchführendes Organ war das berüchtigte Generalkommissariat für Judenfragen, ein eigentliches Kollaborationsbüro. Dieses setzte im ganzen Land «Verwalter» für fast alle jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe ein, welche die «Arisierung» oder Liquidierung zu betreiben und die Bankkonten zu blockieren hatten, wobei der jüdische Besitz in vielen Fällen kurzerhand usurpiert oder unterschlagen wurde. Die offiziell gedeckten Machenschaften wurden festgehalten und sind in über 5'000 Schachteln enthalten, die sich heute im nicht leicht zugänglichen Staatsarchiv in Paris befinden.

Nur wenige Überlebende oder Nachfahren der KZ-Opfer konnten nach dem Krieg wieder einen Teil des früheren Besitzes, der oft kurzerhand als «erblos» erklärt worden war, zurückerhalten. 1948 gab die französische Regierung auf eine Anfrage aus Washington hingegen zur Antwort, es gebe keine solchen Erblosigkeitserklärungen. Eine historische Arbeit über drei Pariser Vorortsgemeinden schätzt, dass nur etwa 20 bis 25 Prozent von überlebenden Erben wieder einen Teil des konfiszierten Eigentums zurückerhalten konnten.

Zahlreiche Immobilien, aber auch der Schmuck der im Auslieferungslager von Drancy registrierten Juden ging nach Kriegsende oft in Staatsbesitz über. Möbel aus beschlagnahmten jüdischen Wohnungen wurden in einem Lager beim Bahnhof Austerlitz, wo heute die neue Nationalbibliothek steht, gelagert, um dann nach Deutschland verfrachtet zu werden mit Endbestimmung für deutsche Siedler in Osteuropa. Ein eigentlicher Raubmarkt wurde mit Kunstwerken aus zweihundert jüdischen sowie anderen Sammlungen betrieben, die von den Deutschen in neutrale oder befreundete Länder verkauft wurden.

Der französische Rechnungshof hat in einem sehr kritischen Bericht Ende 1995 festgestellt, dass seit Kriegsende über 60'000 Kunstwerke nach Frankreich zurückgekommen waren und davon 45'000 wieder an ihre privaten Besitzer übergeben wurden. In den französischen Museen befinden sich aber heute noch 1 955 «besitzerlose» Objekte – die Grosszahl im Louvre –, und der Rechnungshof wirft den Museumsdirektionen vor, keinerlei Eifer gezeigt zu haben, um die rechtmässigen Besitzer der zum Teil wertvollen Werke zu finden. Einige Werke können heute allerdings über Internet gesucht werden. Die Rückgabe eines einzelnen Bildes ist vor kurzem im Ausserministerium von Minister *de Charette* höchst zeremoniell in

Szene gesetzt worden, nachdem Bundeskanzler *Kohl* die Rückgabe mehrerer Bilder an Frankreich veranlasst hatte.

Generell haben sich die französischen Regierungen nach dem Krieg wenig kooperativ gezeigt, das Unrecht an den Juden wiedergutzumachen. Die Diskrepanz zwischen dem Resistance-Mythos und der Vichy-Kollaboration war zu gross, der Wunsch nach «nationaler Versöhnung» manchmal zu sehr ein parteipolitischer Imperativ und das Archiv[^] geheimnis und bürokratische Vorbehalte waren zudem ein bequemer Vorwand, um die schwierigen Nachforschungen und juristischen Abklärungen zu behindern.

Der Vorsitzende der Jewish Agency *Burg*, hat Frankreich noch eine «schwierige Selbstkritik» über die Vichy-Epoche vorausgesagt, aber auch erklärt, dass seine Agentur bereits mit neunzehn Regierungen über das Problem des jüdischen Besitzes verhandelt. Der Jüdische Weltkongress hat auch die Frage des Verbleibs von Raubgold in Frankreich angeschnitten, das auf Grund des Mandats der nach dem Krieg geschaffenen Dreierkommission (USA, Grossbritannien, Frankreich) bisher nur an Staaten, nicht aber an private Besitzer zurückgegeben worden ist.

Anfangs Februar 1997 warf die Presse die Frage auf, ob die Alliierten nun mit dem restlichen, noch nicht verteilten Raubgold einen eigenen Hilfsfond einrichten wollen.

Die Administration *Clinton* hat einen Bericht der «New York Times» bestätigt, laut dem sich die USA, Grossbritannien und Frankreich darauf geeinigt haben, die weitere Verteilung des von ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg eingezogenen Nazi-Raubgoldes einzustellen; bei der Federal Reserve Bank in New York und bei der Bank of England befinden sich gegenwärtig noch insgesamt 5,6 Tonnen solchen Goldes mit einem derzeitigen Wert von 78 Millionen Dollar. Nach Angaben von Beam-

ten der amerikanischen Regierung soll nun weiter abgeklärt und darüber verhandelt werden, ob mit diesen restlichen Goldbeständen ein neuer Kompensationsfonds für Holocaustopfer geschaffen werden könnte. Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar *Bronfman*, hatte Präsident *Clinton* bereits am 26. September 1996 in einem Brief gebeten, darauf hinzu wirken, dass das restliche Nazigold zugunsten von Überlebenden des Holocaust und von Opfern des Naziterrors der World Jewish Restitution Organisation zur Verfügung gestellt werde. Leider scheint sich auch hier die Befürchtung zu bestätigen, dass die Juden sich nicht um andere als jüdische Nazi-Opfer kümmern und im Grunde alles für sich beanspruchen wollen.

Die USA, Grossbritannien und Frankreich sind die Mitglieder der im September 1946 gegründeten Tripartite Commission; dieses Gremium wurde im Rahmen des Pariser Reparationsabkommens mit der Verteilung des sogenannten «monetären Goldes» beauftragt, das die Nazis bei den Notenbanken der von ihnen besetzten Länder geplündert hatten. Unter diesem Titel wurden an die Kommission annähernd 337 Tonnen Gold (im heutigen Wert von rund 4 Milliarden Dollar) überwiesen; dies schloss nicht nur das von den Alliierten direkt eingezogene Gold ein; hinzu kamen vielmehr auch die mit der Schweiz und den drei anderen neutralen Staaten Schweden, Spanien und Portugal vereinbarten Überweisungen; so hatte sich ja etwa die Schweiz im Washingtoner Abkommen zur Regelung der Raubgoldfrage verpflichtet, Gold im Wert von 250 Millionen Franken abzu treten.

Dieses «monetäre Gold» wurde nun grösstenteils bereits in den vierziger und fünfziger Jahren in Form «quasi endgültiger» Zahlungen an jene Länder verteilt, die wegen der Ausplünderung ihrer Notenbanken Ansprüche gestellt hatten. Als später

Nachzügler und als letzter der insgesamt 10 anspruchsberechtigten Staaten erhielt am 29. Oktober 1996 auch noch Albanien eine Zahlung. Bis zur jüngsten Kontroverse um die Holocaust-Vermögen war eigentlich vorgesehen, dass die verbliebenen 5,6 Tonnen Gold, die bloss noch knapp 17 Prozent des ursprünglichen an die Kommission abgelieferten Goldes ausmachen, ebenfalls gemäss dem nach dem Krieg festgelegten Verteilungsschlüssel ausbezahlt werden. Die Administration will nun aber neue Hinweise erhalten haben, dass (angeblich?) ein Teil des von der Tripartite Commission eingezogenen Nazi-Raubgoldes Privatpersonen und vorab Juden gehört hatte. Im Urteil von Historikern ist dies aber keineswegs eine sehr neue Erkenntnis, die insbesondere auf das von den Nazis in Holland und Österreich geplünderte Gold zutreffen dürfte.

Laut Vertretern der amerikanischen Regierung ist nun allerdings umstritten und nach 50 Jahren erst recht kaum mehr genau eruiert, inwieweit das «monetäre Gold» auch privates Eigentum umfasste. Die Mitglieder der Tripartite Commission und die bisher als anspruchsberechtigt geltenden europäischen Staaten werden nun nach Angaben von Diplomaten die neuen Erkenntnisse prüfen und abwägen, ob die Schaffung eines Kompensationsfonds für Opfer des Naziterrors gerechtfertigt sei.

Und nicht ganz unumstritten dürfte sodann sein, wem beziehungsweise welcher Organisation diese Mittel anvertraut werden sollen. Gegen eine Einfrierung des restlichen Nazi-Raubgoldes hatten sich in den letzten Monaten insbesondere noch die Franzosen gesträubt; ihnen würde nach dem alten Verteilungsschlüssel noch rund ein Drittel der Bestände zustehen, da Frankreich die Ansprüche Belgiens und Luxemburgs getilgt und dafür die Rechtsnachfolge übernommen hatte.

Der Kanada-Schweizer und Universitätsprofessor in Edmonton, Armin *Arnold*, veröffentlichte in der NZZ vom 10. Februar 1997 folgende Zuschrift, die die historische Szene unter konkreten Gesichtspunkten beleuchtet:

«Der ehemalige Sekretär des Jüdischen Weltkongresses fordert jene Schweizer auf, die Auskunft über jüdische Fluchtgelder geben können, an die Öffentlichkeit zu treten. Ich tue das anstelle meines Vaters (Franz *Arnold*, 1896-1986), der sich in den Jahren 1933-1939 vor allem mit dem Transfer jüdischer Vermögenswerte von Deutschland über die Schweiz nach den USA beschäftigt hatte. Während des Krieges war er Revisor der jüdischen Interniertenlager in der Schweiz. Im folgenden setze ich Namen nur dort ein, wo ich sicher bin, dass die Genannten nicht mehr am Leben sind. Ich bin aber gerne bereit, Interessierten genauere Auskunft zu erteilen.

Mein Vater, Sohn eines Schweizers und einer Italienerin, absolvierte eine kaufmännische Lehre bei der SKA (heute Credit Suisse) in Zug und erwarb im Anschluss das Buchhalterdiplom mit einer Arbeit über die Bewertung von Edelsteinen. Nachdem er einige Jahre als Bänkler in Paris gearbeitet hatte, wurde er Buchhalter einer jüdischen Firma in Zürich, die mit Diamanten und Juwelen handelte und eine Filiale in München betrieb. In den Jahren 1933-1939 pendelte mein Vater zwischen München und Zürich hin und her, schmuggelte Steine und Papiere in die Schweiz und sorgte für ihren Transfer in die USA. Er verkaufte auch – im Auftrag – Vermögenswerte deutscher Juden in die Schweiz und verschob das Geld nach Frankreich, England, Kanada – das meiste aber nach New York.

Warum liess man damals das Geld nicht auf Schweizer Banken liegen? Dazu muss man den geschichtlichen Hintergrund betrachten: Während es in Deutschland nach 1933 ökonomisch

aufwärtsging, serbelte die Schweizer Wirtschaft weiter dahin, so dass man 1936 den Franken um 20 Prozent abwerten musste. Der Schweizerfranken war nicht die Währung, in die man Vertrauen hatte. Aber noch wichtiger: Am 9. Februar 1936 wurde der für die Schweiz zuständige Landesgruppenleiter Wilhelm *Gustloff* (er verwaltete 130'000 Deutsche in der Schweiz) in Davos ermordet. Er erhielt in Deutschland das Begräbnis eines Staatsoberhauptes. Man wusste jetzt: *Hitler* betrachtete zumindest die deutschsprachige Schweiz als künftigen Teil des Deutschen Reiches. Nachdem darauf 1938 Österreich ins Reich «heimgeholt» worden war, war jedermann klar, was der Schweiz in naher Zukunft blühen würde. Wohlhabende Schweizer begannen, Teile ihres Vermögens nach Süd- oder Nordamerika zu transferieren.

Wer in Deutschland und Österreich gefährdet war, würde es in der Schweiz – nach dem erwarteten «Anschluss» – nicht weniger sein. Wer es sich leisten konnte (darunter auch Nichtjuden), machte sich auf den Weg nach Frankreich, England, den USA, nach Kanada, Neuseeland, Australien Mexiko, Brasilien, Argentinien. In der Schweiz blieben vor allem diejenigen zurück, die Gott nicht mit Reichtümern gesegnet hatte: Viele Juden arbeiteten an unseren Theatern, publizierten unter Pseudonym, arbeiteten in allen möglichen Berufen oder lebten von der Wohltätigkeit ihrer Schweizer Freunde. Tausende wurden interniert; viele meldeten sich freiwillig und liessen sich in ein Lager einweisen. Die meisten waren arm.

Es versteht sich, dass viele Juden, die über die Schweiz «ausreisten», meinen Vater auf der Durchreise besuchten. Einer – er hiess *Färber* – wohnte eine Weile bei uns. Er verkaufte alles, was er besass, als letztes eine Altölraffinerie in Zürich Altstetten an eine Aktiengesellschaft, die mein Vater leitete. Die bedeutendsten Summen wurden in Dollar nach New York transfe-

riert. *Färber* reiste nach Deutschland zurück, um seine Familie zu holen – und blieb verschwunden. Später wurde klar, dass er mit Frau und Kindern ermordet worden war. Sein Geld wartet wohl immer noch auf ihn – in New York.

In den Jahren 1965-1972 schrieb ich zwei Bücher über Schriftsteller des Expressionismus, von denen viele ins Exil gegangen waren. Mir ist nicht bekannt, dass es einem von ihnen eingefallen wäre, sein Geld auf einem Schweizer Konto zu belassen. Auch Alfred *Döblin* hob sein Geld noch rechtzeitig ab. Hingegen machte sich ein berühmter expressionistischer Dramatiker einen Sport daraus, Schweizern ihr Geld abzunehmen, indem er versprach, es zu hohen Zinsen in Dollars anzulegen. Als er 1945 starb, hatten einige Schweizer zusammen eine halbe Million verloren. Mein Vater, der nach 1945 als Steuerinschätzer arbeitete, erzählte von ähnlichen Fällen.

Einmal, als mein Vater die jüdischen Interniertenlager in Lugano inspizierte, durfte ich mit. Wir erhielten ein Zimmer in der «Villa Ida» in Castagnola, die von internierten Juden bewohnt war. Es waren freundliche Leute, die mir das einzige anboten, was sie hatten: Zigaretten. Einer – er hiess *Puderbeutel* – nahm sich meiner an, ging mit mir spazieren und weihte mich in ihr Emigrantendasein ein: Alle langweilten sich gewaltig und lebten in ständiger Angst vor dem deutschen Einmarsch. Ärger gab es beim Essen: Die einen assen koscher, die andern nicht. War das koschere Essen besser, ärgerten sich die andern – und umgekehrt. Ich wurde auch in die Fluchtwege eingeweiht, die man sich ausgedacht hatte: Einige hielten ein Boot unten in Cassarate in Bereitschaft, mit dem sie in der Nacht nach Caprino rudern wollten, um sich in den Wäldern unterhalb des

Monte Sighignuola zu verstecken. Alle waren froh, im Tessin zu sein; sie rechneten sich aus, in Italien eine gute Überlebenschance zu haben.

Von den Internierten, die wir kannten, kehrte keiner nach Deutschland zurück. Die meisten wanderten aus – nach Israel, einige nach Kanada und in die USA. Es ist natürlich traurig, dass die Schweiz tausende von Flüchtlingen abgewiesen hat. Hätte sie es nicht getan, hätte *Hitler* allerdings einen Grund mehr zum Einmarsch gehabt. Und die Banken und die Industrie? Was wäre geschehen, wenn sie *Hitler* vor den Kopf gestossen hätten? Natürlich wäre es ehrenhaft gewesen, wenn die Schweiz die Neutralität aufgegeben und in den Krieg eingegriffen hätte – das hätte wohl auch den 300'000 Flüchtlingen, die sich in der Schweiz aufgehalten haben, das Leben gekostet. Pragmatisch gesehen, hat die Schweizer Regierung klug und überlegen gehandelt.

Wenn ich dem amerikanischen Senator *Alfonse D'Amato* zuhöre, habe ich das Gefühl, er weiss es besser, er ruft ganz bewusst: «Haltet den Dieb!» – um die Aufmerksamkeit der Welt von der Wirklichkeit abzulenken. Wenn jüdische Vermögen nicht abgeholt worden sind, dann liegen sie bei amerikanischen Banken, nicht in der Schweiz. Und wenn ich ein Nazi gewesen wäre, hätte ich in den Jahren 1944 oder 1945 das Gold vergraben oder nach Argentinien geschickt, wo ich einer freundlichen Aufnahme sicher gewesen wäre – ganz sicher nicht in die Schweiz».

Gemäss einem Dokument, das am 9. Februar 1997 vom World Jewish Congress (WJC) veröffentlicht worden ist, hat das neutrale Schweden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs mit Deutschland nicht nur einen zivilen Güterhandel getrieben, sondern dem kriegführenden Land auch militärisches Material zukommen lassen. Das neu publizierte Schriftstück scheint darauf hinzuweisen, dass Schweden Nazi-Deutschland fein-

mechanische Bestandteile geliefert hat, welche bei der Konstruktion der sogenannten «Vergeltungswaffen» V-2 zur Anwendung kamen; diese fürchterlichen Projektile waren ab 1944 vor allem auf britische und belgische Ziele gerichtet worden und hatten unter der Zivilbevölkerung Angst und Schrecken verbreitet.

Besagtes Schriftstück ist ein Brief, den ein Beamter der New Yorker Hafenbehörden an das amerikanische Aussenministerium gerichtet hatte. Der Verfasser des Schreibens berichtet 1946, also ein Jahr nach dem Ende des Krieges, davon, dass das amerikanische Schiff «William Dean Howells» im Januar 1945 in dem von den Westmächten kontrollierten Hafen von Antwerpen mit einer V-2 beschossen worden sei, der Mannschaft sei es in der Folge gelungen, in den Trümmern der Rakete Teile sicherzustellen, welche deutlich sichtbar mit dem Aufdruck «Made in Sweden» versehen gewesen seien. Es habe sich um fein gearbeitete Antriebsräder und Wellen gehandelt, heisst es in dem Brief. Der rapportierende Beamte forderte das Aussenministerium auf, in Stockholm mit einer Protestnote zu intervenieren.

Dass Schweden in der Zeit des Krieges kommerziell mit Deutschland eng liiert war, ist jedoch nichts Neues; nach Schätzung von Historikern wickelte das neutrale Land in der fraglichen Periode zwischen 90 und 95 Prozent seines Aussenhandels mit den kriegsführenden Nachbarn ab. Besonders bedeutsam waren die schwedischen Lieferungen von Eisenerz und Kugellagern, letztere hergestellt von der Svenska Kugellagerfabriken (SKF), einem in der Branche heute noch führenden Weltunternehmen. Die SKF unterhielt auch eigene Fabriken in Deutschland, die gegen Ende des Krieges von den Westmächten bombardiert wurden. Dass nun in den V-2-Raketen offen-

bar Komponenten schwedischer Herkunft eingebaut waren, mag zwar neu sein, hat hiesige Historiker aber nicht überrascht. Leif *Leifland*, ein schwedischer Historiker und ehemaliger Diplomat, äusserte gegenüber einer Tageszeitung die Meinung, man habe davon ausgehen müssen, dass bei der Herstellung der deutschen «Vergeltungswaffen» schwedisches Material zur Anwendung gekommen sei; eigentliche Beweise dafür hätten bis heute allerdings gefehlt.

Zusätzlich zu den V-2-Dokumenten hat der WJC auch einen Bericht des amerikanischen Geheimdienstes aus dem Jahr 1946 publiziert, der schwedische Mitglieder des Roten Kreuzes in einem dubiosen Licht erscheinen lässt. Im Rapport, der sich auf «zuverlässige Quellen» abstützt, wird geltend gemacht, die schwedischen Delegierten hätten nach dem Krieg gegen Bezahlung als Mittler zwischen alten Nazis in Deutschland und Sympathisanten in Schweden gewirkt. Die gleichen Angestellten der Hilfsorganisation hätten ihre häufigen Reisen zwischen Deutschland und ihrem Land auch dazu genutzt, um einen florierenden Schwarzhandel mit Silberwaren und Kunstgegenständen aufzuziehen.

Aber nicht nur der WJC ist derzeit damit beschäftigt, Material zutage zu fördern, welches das bisher eher ungetrübte Selbstverständnis der Skandinavier ramponiert, sondern auch die schwedischen Medien. Unlängst publizierte die Morgenzeitung «Dagens Nyheter» eine Geschichte, welche ein Schlaglicht wirft auf die Verbindungen, welche die Schwedischen Staatsbahnen, die Statens järnvägar (SJ), während des Kriegs mit Deutschland unterhielten. Die Tageszeitung präsentierte Schriftstücke, die zeigen, dass die SJ 1940 – also ein Jahr nach Ausbruch des Kriegs – der deutschen Reichsbahn 500 Güter-

wagen auslieh, um – wie es offiziell hiess – den Transport von deutscher Kohle nach Schweden zu erleichtern. Die Nordländer erhielten in den folgenden Jahren zwar regelmässig die vereinbarte Miete für ihre ausgeliehenen Waggons – 1 Reichsmark pro Tag und Anhänger – überwiesen, sahen den grössten Teil des Rollmaterials aber nie wieder. Nach dem Krieg konnten gerade noch 42 Wagen, meist schwer beschädigt restituiert werden. Die Autoren des Berichts äussern nun den Verdacht, dass die schwedischen Eisenbahnwagen nicht nur für den friedlichen Kohlentransport verwendet worden waren, sondern auch für sehr viel martialischere Zwecke.

Die schwedische Regierung hat daraufhin erklärt, die vom WJC veröffentlichten Dokumente würden sehr ernst genommen und die Angelegenheit sei zu erörtern. Bereits Ende Januar hatte das Aussenministerium beschlossen, eine Kommission zu bilden, welche Schwedens Rolle in der Zeit des Zweiten Weltkriegs näher untersuchen soll. Der genaue Auftrag und die personelle Besetzung dieses Ausschusses ist zur Zeit noch unbestimmt. Fest steht indessen, dass auch das private Archiv der Industriellenfamilie *Wallenberg*, deren Mitglieder zum Teil zwielichtige Geschäfte mit Nazi-Deutschland getrieben hatten, geöffnet werden soll.

Am 17. Februar 1997 machten der britische Labour-Abgeordnete *Jänner* und zwei Kollegen in einem Gespräch mit Bundesrat *Cotti* den Vorschlag, eine internationale Konferenz zum Thema Nazi-Raubgold einzuberufen. Sie lobten die von der Schweiz getroffenen Massnahmen zur Klärung ihrer Fälle während der Nazizeit und zur Einrichtung eines humanitären Fonds. *Jänner* meldete sein Interesse an der Identität der von der Schweiz abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge an und thematisierte das Kompensationsabkommen zwischen der Schweiz und Polen.

Jänner, sein konservativer Kollege *David Hunt* und der britische Europaparlamentarier *Glyn Ford* diskutierten mit Bundesrat *Flavio Cotti*, Botschafter *Thomas Borer* von der Task Force, *Jean-Pierre Roth* vom Direktorium der Schweizerischen Nationalbank und Nationalrat *François Loeb* das Thema der nachrichtenlosen Vermögen, die Einrichtung eines humanitären Fonds und weitere Aspekte dieses Fragenkomplexes. *Jänner* und *Hunt* waren bereits im vergangenen November in der Schweiz gewesen. Beide stellten dankbar fest, dass die damals bei ihren schweizerischen Gesprächspartnern festgestellte Zurückhaltung gegenüber diesen Fragen überwunden sei und einer aktiven Politik der historischen Aufarbeitung und der Bereitschaft zu humanitären Leistungen Platz gemacht habe. *Hunt* betonte, nicht nur die Schweiz sei aufgerufen, sondern auch andere Länder und deren Bankinstitute müssten sich an der Suche nach der Wahrheit beteiligen (Bei den Juden scheint das Wort Wahrheit ein Synonym für Geld zu sein! sic.)

Der britische Abgeordnete drängte auf eine rasche Freigabe von Geldern aus dem mit 100 Millionen der drei Grossbanken begründeten Spezialfonds, weil sehr viele der möglichen Begünstigten bereits ein hohes Alter erreicht hätten. Die drei Briten betonten ferner ihre Erwartung, dass sich auch der Bund und die Schweizerische Nationalbank mit Beiträgen beteiligten. *Jänner* schlug im Gespräch mit *Cotti* die Einberufung einer internationalen Konferenz zum Thema Nazi-Raubgold vor, damit dieses breit und international koordiniert aufgearbeitet werden könne.

Man sollte sich an dieser Stelle einmal kurz vor Augen führen, welche verschlungenen Wege von den Juden und ihren internationalen Vertretern eingeschlagen werden.

Zuerst spielt man auf dem Klavier der Drohungen, Verleumdungen und Beleidigungen und versucht mit Pressionen, die an

Erpressung grenzen, soviel wie möglich als «moralische Wiedergutmachung» für die im Krieg noch verschonten Flüchtlingen herauszuholen. Und jetzt soll sich die Schweiz auch noch als Helfershelfer für eine internationale Sache zur Verfügung stellen, von der sehr unklar ist, ob und wieviel Gold von den Holocaust-Opfern irgendwie «verschollen» oder längst in amerikanischem Besitz sind. Solange vom Ausland, vorwiegend aus den jüdischen und amerikanischen Kreisen, die schändlichsten Lügen über die Eidgenossenschaft verbreitet werden, werden der WJC, *D'Amato* und Konsorten es recht schwer haben, noch irgendwelche Sympathien weltweit für ihre Sache zu finden. Und die Leidtragenden sind ja gerade jene Ärmsten im Ostblock. Aber so viele Milliardäre und ungeheure jüdische Vermögen in den USA auch versammelt sind – die Juden dort helfen ganz offensichtlich denen im Ostblock auch nicht. Sie wollen das Elend und das Schreckbildnis uns, Unbeteiligten, vor Augen führen, damit sie ihre riesigen Vermögen nicht auszugeben brauchen. Verwundern sich da die jüdischen Kreise, wenn durch ihre weltweite Aktivität erneut der Antisemitismus zu neuer Hochblüte getrieben wird? Ihnen wird das auch in Amerika nicht weiterhelfen können, wenn sie die ganze Welt gegen sich aufbringen.

Die Idee einer internationalen Konferenz, so der britische Jude *Jänner*, werde der Interparlamentarische Rat gegen Antisemitismus, dem Abgeordnete aus 87 Ländern angehören, der britischen Regierung unterbreiten mit der Empfehlung, die Initiative zu ergreifen und diese Staaten einzuladen.

Cotti habe den Vorschlag uneingeschränkt begrüsst, versicherte *Jänner*. *Thomas Borer* von der Task Force ergänzte, neben den Staaten könnten vielleicht auch internationale Institu-

tionen wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in Basel einbezogen werden. Die Teilnahme an einer solchen Konferenz, fügte *Borer* hinzu, bedeute für die Schweiz allerdings nicht, dass deswegen das von ihr mit den Alliierten 1946 abgeschlossene Washingtoner Abkommen in Frage gestellt werde. *Jänner* hingegen liess keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit aufkommen, mit Hilfe von Rechtsgutachten abzuklären, ob dieses Abkommen wegen neuer Fakten oder weil sich die Schweiz möglicherweise nicht an den Vertrag gehalten habe, nicht doch revidiert werden müsse.

Jänner will auch der Identität der von der Schweiz abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge nachgehen. In Genf gebe es bereits eine Liste mit 13'000 Namen von Zurückgewiesenen, die er einsehen könne. Sehr gereizt verneinte *Jänner* die Frage, ob diese Nachforschungen auf andere Länder ausgedehnt würden, (und warum nicht? Befürchtet *Jänner*, dass dort grössere Vergehen gesichtet würden?), die ebenfalls, wie auch Grossbritannien und die USA, jüdische Flüchtlinge abgewiesen und ihrem Schicksal überlassen hatten. Grossbritannien habe schliesslich allein den Widerstand gegen Nazideutschland aufgenommen, rechtfertigte *Jänner* sein schroffes Nein und er drohte, mit solchen Fragen werde bloss die Missstimmung gegenüber der Schweiz wieder angeheizt.

Angesprochen wurde auch das Kompensationsabkommen der Schweiz mit Polen von 1949 und *Jänner* stellte eine Liste mit Namen von polnischen Naziopfern in Aussicht, deren in der Schweiz deponierte Vermögen bis jetzt als nachrichtenlos galten. Dieses Abkommen jedoch – wie der Historikerbericht *Hug/Perrenoud* bestätigt – ändert nichts an den Rechten der verschollenen ursprünglichen Eigentümer oder ihrer Erben. Finden sich heute Berechtigte, sind sie von Polen oder der

Schweiz zu entschädigen. Als Vertreter des Interparlamentarischen Rates gegen Antisemitismus betonten die drei Gäste die Notwendigkeit des gemeinsam geführten Kampfes gegen den Antisemitismus. Jänner beharrte bei dieser Gelegenheit auf seinem Vorwurf, eine in der Lausanner Zeitung «24 heures» publizierte Karikatur des Bundesrates sei in ihrer Aussage krass antisemitisch, und er wünschte die erklärenden Argumente des Bundeshauskorrespondenten dieser Zeitung unter den Tisch. Will neuerdings *Jänner* in der Schweiz auch noch die Zensur wieder einführen? Was masst dieser Mann sich eigentlich an, uns Schweizern Vorschriften machen zu wollen!

Das Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles hat unterdessen die Suche nach Vermögenswerten führender deutscher Nationalsozialisten auf weitere Länder ausgedehnt. Wie der Dekan des Zentrums, Rabbi Marvin *Heir*, bekanntgab, wurde die Liste mit 344 Namen von Nazis an eine Reihe von weiteren Ländern in Europa und Südamerika verschickt.

Diese Liste war bereits an den Schweizer Bundespräsidenten *Koller* gesandt worden, verbunden mit der Aufforderung, nach etwaigen Vermögenswerten dieser Nazis auf Schweizer Banken zu forschen. Die Idee sei, diese Aktion weltweit auf all jene Länder auszudehnen, in die Nazis nach dem Krieg geflüchtet seien oder in die Gelder verschoben worden sein könnten, sagte *Hein*. In einer zweiten Serie seien deshalb die Präsidenten Portugals, Spaniens, Schwedens sowie Argentinens angeschrieben worden. Weitere Vorstösse seien in Frankreich, Norwegen, Brasilien und Paraguay geplant.

Rabbi Marvin *Heir* sagte in Los Angeles, das Simon-Wiesenthal-Center habe während zweier Monate Unterlagen der

SS, die Akten der Nürnberger Prozesse sowie weitere Dokumente über die Kriegsverbrechen der Nazis nach Namen durchforstet, die Zugang zu gestohlenen Vermögenswerten gehabt haben könnten. Das Resultat sei die Liste mit 344 Namen, darunter zum Beispiel Adolf *Eichmann*, die an Bundespräsident Arnold *Koller* geschickt worden sei. Das Wiesenthal-Center will, laut *Heir*, so sicherstellen, dass in der Schweiz auch gezielt nach Vermögenswerten von Tätern des Nazi-Regimes gesucht wird. Denn danach sei seines Wissens bisher noch nicht geforscht worden, sagte der Rabbi und forderte die Schweiz auf, ihre Untersuchung auszuweiten.

Hierzu ist anzumerken, dass solche Vermögenswerte sicherlich niemals von einer Schweizer Grossbank gehalten würden. Soviel sollte auch das Wiesenthal-Center in Los Angeles wissen!

Unterdessen hat auch Polen beschlossen, den jüdischen Gemeinden ihr Eigentum zurückzugeben. Ein entsprechendes Gesetz wurde vom Parlament mit einer grossen Mehrheit von 339 gegen 34 Stimmen bei 30 Enthaltungen verabschiedet. Die Vorlage bezieht sich allerdings auf Friedhöfe, Synagogen und andere Gebäude, die während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg und von kommunistischen polnischen Regierungen enteignet worden waren. Rechtmässige Besitzer des religiösen Erbes sollen nun jüdische Gemeinden werden, denen derzeit rund 2'000 der 8'000 in Polen lebenden Juden angehören.

In Brooklyn USA haben jüdische Anwälte, darunter der Staranwalt *Hausman*, der mit Erfolg die Exxon Valdez wegen eines im Jahre 1994 verunglückten Tankers zu 5,1 Milliarden Dollar Bussgeld an rund 34'000 betroffene Fischer verklagte und den Prozess gewann, die Schweizer Banken in einer Sammelklage

in Milliardenhöhe verklagt. In Sachen «Holocaust-Vermögen» richten sich somit zur Zeit drei Sammelklagen gegen die Schweizer Banken.

Kollektivklagen sind jedoch in den USA zunehmend umstritten, da sie oft von den Klägern und manchmal auch von den Unternehmen – etwa zur Abwehr künftiger Klagen – missbraucht werden.

Die Schweizer Banken werden zunächst einmal die Zuständigkeit dieses Gerichts anfechten. Man nimmt an, dass ein solcher Prozess – wenn er auch wirklich durchgeführt werden sollte – mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen dürfte.

Man sieht hieraus den Zustand, in dem sich die Welt befindet, und der ohnehin immer noch beklagenswerte Zustand des internationalen Rechts wird nicht dadurch verbessert, dass einzelne Grossstaaten glauben, Diktate einem kleineren Land aufzwingen zu dürfen. Es wird sich zeigen, ob auf kurz oder lang Europa sich vollständig von den USA abspalten wird, wenn sie ihre Praxis auf diese Weise weiterzieht. Denn als Weltpolizist ist Amerika weder moralisch noch faktisch berechtigt, irgendwelche Mandate Dritter zu übernehmen. Solange ein Staat, wie die USA bis heute die menschenunwürdigen Kapitel seiner eigenen Geschichte nicht aufgearbeitet hat, kann er keinen glaubwürdigen Beweis für das Recht erbringen, andere Staaten zu vertreten. Ausserdem ist der Entwicklung der Welt nicht damit gedient, dass ein einziges Land eine derartige dominierende Rolle spielt – im Gegenteil, je länger die Zeit fortschreitet, desto negativer für die Welt wird das gegenwärtige, völlig einseitige globale Machtsystem.

Am 24. Februar 1997 haben Bundesrat Flavio *Cotti* und der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses (JWC), Israel *Singer*, in Bern die Verwaltung und Zweckbestimmung des

Spezialfonds für Holocaust-Opfer diskutiert. Dem Vernehmen nach zog sich die Diskussion in die Länge, weil in der Delegation von *Singer* nicht alle Mitglieder den gleichen Wissenstand hatten und deshalb mehr Zeit als vorgesehen für die Darstellung und Begründung der von der Schweiz eingeleiteten Massnahmen aufgewendet werden musste. Botschafter *Borer* wiederholte an der Zwischeninformation vor den Medien den bekannten Standpunkt des Bundesrates, wonach das Geld des Spezialfonds rasch überwiesen werden soll.

Wenn *Singer* nun so jovial grinsend sich äusserte, dass er die Schweiz liebe und seine Frau ja auch Schweizerin sei, so kauft ihm das wohl keiner hierzulande ab. Denn just sagte er noch vehement und mit Protest, dass die jüdischen Organisationen alleine und ohne jede Einflussnahme der Schweiz über die Gelder verfügen wollen. Bekanntlich haben sowohl die Grossbanken als auch private und kirchliche Kreise grosse Spenden eingebracht in den Spezialfonds für alle notleidenden Hinterbliebenen und Überlebenden des Holocaust. Es steht den jüdischen Organisationen gar nicht zu, uns Schweizern ein Diktat aufzwingen zu wollen, für wen wir – oder gar wem wir kontrolliert – solche Summen zur Verfügung stellen.

Nach einer von der Westschweizer Tageszeitung «Le Matin» veröffentlichten Umfrage ist die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer für die Schaffung eines von den Banken und Wirtschaft finanzierten Spezialfonds. Über die Hälfte der Befragten sind jedoch gegen einen Finanzbeitrag durch den Bund (Steuerzahler). Vierundfünfzig Prozent der in der deutschen und französischen Schweiz befragten Personen äusserten sich zustimmend zur Kreation eines Sonderfonds, 25,8 Prozent betrachten es als eine schlechte Massnahme. Vierunddreissigkomma zwei Prozent sind für eine finanzielle Beteiligung des

Bundes, und 50,5 Prozent sind dagegen. Die Vorwürfe gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg werden von bloss 17,2 Prozent als gerechtfertigt betrachtet, während 47,3 Prozent diese als teilweise und 18,3 sogar als unbegründet zurückwiesen.

Dreiundvierzigkommafünf Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz nach Kriegsende nicht genug für die Opfer des Holocaust getan habe. Fünfundzwanzigkommaacht Prozent finden, sie habe genug getan, und 4,6 Prozent meinen, es sei zuviel gemacht worden. Schliesslich glauben 40,2 Prozent der Befragten, dass der Antisemitismus gegenwärtig in der Schweiz ein Problem darstelle. Sechsendvierzigkommadrei Prozent indessen halten es für ein kleines Problem.

Am 25. Februar 1997 einigten sich schliesslich die jüdischen Vertreter, darunter der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, Israel *Singer*, sowie Vertreter des israelischen Ministerpräsidenten *Netanyahu*, der World Jewish Restitution Organization, der SIG, vertreten durch Rolf *Bloch*, Vertreter der Fahrenden sowie der Schweizer Banken und der Industrie. In der Vereinbarung wird festgehalten, dass die Mehrheit der Verfügungsberechtigten in Schweizer Hand liege. Die jüdischen Organisationen lassen ihre Vertreter jeweils zu Gesprächen einladen. Ebenso die Fahrenden und der vom Bundesrat beschlossene Ausschuss.

An einer Pressekonferenz gleichentags rief der Präsident des Schweizerischen Bankiervereins, Georg *Kray er*, alle Mitglieder auf, rigoros reinemachen zu wollen und Fondsgelder bereit zu stellen. Ebenfalls wünschte er, dass sowohl die Industrie, als auch die Nationalbank und der Bund Beiträge leisten sollen.

Eigentlich müsste es ja *Kray er* heute hinlänglich bekannt sein, was dem Bundesrat und der Schweizerischen Nationalbank zugemutet werden kann. Eine lautstarke Wiederholung trägt nicht zum Klima der Beruhigung bei. Der Bundesrat will

vorerst die Aktenlage kennen, bevor er materielle Entscheide treffen kann.

Nachdem nun auch die Schweizerische Maschinenindustrie verlauten liess, dass sie sich namhaft an diesem Fonds beteiligen werde, kamen postwendend von US-Senator Alfonse *D'Amato* die nicht mehr überraschende Erklärung und erneute Vorwürfe, «dass die Schweiz sich damit zu ihrer Schuld bekenne und diese mit den Zahlungen eingestehe».

Womit *D'Amato* jedoch nicht gerechnet hatte, war die Reaktion des aufrechten Schweizer Politikers, Christoph *Blocher*, Grossunternehmer und Präsident der Schweizerischen Volkspartei Sektion Zürich (SVP). Seine Stimme hat nicht nur Gewicht; wenn er einen Aufruf gegen ein Referendum erhebt, verweigert es ihm auch kein heute so von den USA beschämt gewordener Schweizer und Schweizerin. Jetzt nahm dieser Mann endlich die Faust aus dem Sack und konterte dem mit Skandalen von Wahlspenden überschatteten New Yorker Senator *D'Amato*, dass jetzt der Bundesrat genau aufpassen müsse, was er tue. Wehe, wenn er auf diese Reaktion *D'Amatos* hin dem Fonds beitreten würde, wieviel und wozu, bzw. worüber die Gelder zu sein haben, würde er sofort den Aufruf zu einem Referendum erlassen. Das wäre dann das Aus für den Bund und für die Nationalbank, irgendwelche Beiträge leisten zu können. Zudem könnte der Fonds auf Jahre hinaus blockiert bleiben, bis die Wahlen durchgezogen worden sind. Damit haben sich die Juden mit ihren Organisationen und vor allem dem vorgeschobenen Kämpfer *D'Amato*, selbst ins Fleisch geschnitten.

Zwar legte auch ich ein «Ja» in die EWR-Urne. Heute bin ich froh, dass die Gegenseite gewonnen hatte und habe es mir zur Aufgabe gemacht – auch ohne einer Partei anzugehören –, auf das zu horchen, was dieser wackere und einflussreiche Chris-

troph *Blocher* zu sagen hat, ehe ich mich für oder wider entscheide. Immerhin hat der Unternehmer und Politiker *Blocher* uns Schweizern Milliarden von Franken, die heute in den bodenlosen Geldsäckel der EU geflossen wäre, erspart. Und heute steht die Schweiz, wie damals im Zweiten Weltkrieg umzingelt wieder alleine da. Niemand steht uns Schweizern bei. Wie zu den Urzeiten – und wie wir uns schon dannzumal alleine auf uns verlassen mussten – ist es heute. Das hat uns Schweizer zu dem gemacht, was wir heute sind. Und da können wir dem lieben Gott danken, dass wir einen Mann wie Christoph *Blocher* haben, der Zivilcourage genug hat, um für die Rechte des Schweizers zu kämpfen. Aber wir sollten es nicht ihm alleine überlassen, sondern ihm auch beistehen, wenn er unsere Hilfe, unsere Stimme braucht! Die EU-Mitglieder können zwar schadenfroh lächeln. Aber wie lange? – Denn eines ist gewiss: jetzt wo die Juden Geld gerochen haben in der reichen Schweiz, von der sie genau wissen, dass sie sich nichts zu schulden kommen liess im letzten Weltkrieg. Wie erst werden sie sie sich auf jene stürzen, die wirklich eine Schuld tragen?

Das Barometer für die Freundschaft gegenüber den Juden sinkt. Nicht nur in der Schweiz, auch in anderen Ländern. Und die Brandstifter sind weit entfernt.

Dennoch weiss der Schweizer die Dinge genau zu trennen, und der «Gute Willen» im Schweizervolk nimmt keinen Schaden, noch werden sich die Menschen durch miese Politik gegeneinander aufhetzen lassen. So haben drei privat gestartete Geldsammlungen zugunsten von Holocaust-Opfern gemäss ihren Angaben fast dreihunderttausend Franken ergeben. Die vor Wochen aufgenommene Sammelaktion von Schülern des Berner Gymnasiums Neufeld hat bisher 30'000 Franken eingebracht. Der Ertrag dieser Sammlung soll einer in Israel tätigen

Organisation zufließen, die sozial und psychisch geschädigte Opfer des Holocausts betreut. Die von den Freikirchen am 8. Februar 1997 auf dem Bundesplatz in Bern lancierte und von reformierten Landeskirchen unterstützte Sammlung hat von der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft (CJA) bisher rund 200'000 Franken erbracht. Dieses Geld wurde dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund übergeben, welcher die Begünstigten der Spenden bestimmen soll. Erst im Anlaufen ist die Sammeltätigkeit des vor knapp einigen Wochen lancierten Fonds für Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Bisher sind auch dafür spontan zehntausend Franken gespendet worden.

Wie man auch zu diesen Sammelaktionen stehen mag, die Schweiz gilt ja als spendenfreudigstes Land der Welt (730 Mio. Franken im Jahr, gegenüber den mehr als 25mal grösseren USA, die 600 Mio. Dollar im Jahr spenden!), es wäre sicherlich sinnvoll, nicht irgend jemandem Spenden zu übergeben, sondern vorerst genau zu überprüfen, was mit diesen Geldern geschieht, wer wem was verteilt. Zuviele sind dabei leer ausgegangen und die gutgläubigen Spender können auch nicht hinter die Kulissen der Akteure schauen.

Wieder kommt das Simon-Wiesenthal-Centrum in Los Angeles und verbreitet über Internet eine Liste, die der Schweizerische Bankverein (SBV) 1941 dem amerikanischen Finanzministerium übergeben hatte. Sie enthält Namen und Adressen von 1'500 Kontoinhabern, deren Konten die Bank blockierte, weil sie die Besitzer nicht mehr hatte ausfindig machen können. Die Liste wurde bisher nie veröffentlicht. Laut einem Sprecher des Schweizerischen Bankenvereins (SBV) hatte das US-Finanzministerium 1941 diese Liste angefordert. Die Gesamt-

summe der blockierten Konten betrug 1941 laut der Bankverein-Liste 13,4 Mio. Franken. Das würde heute, mit einer 4-prozentigen Verzinsung gerechnet, 116 Millionen Franken ausmachen, erklärte der Präsident des Wiesenthal-Zentrums, Rabbi Marvin *Hier*. (Aber solche Zinsspekulationen sind irrelevant, weil viele Jahre nach dem Krieg keine so hohe Zinsen bezahlt worden sind. Auch heute ist mit keinen hohen Festzinsen zu rechnen.) Es sei nicht anzunehmen, so *Hier* weiter, dass alle 1'500 Inhaber Holocaust-Opfer gewesen seien, aber sicher gebe es solche darunter. Man wisse auch nicht, ob von den 1'500 Kontoinhabern jemand nach dem Krieg mit dem Bankverein in Verbindung getreten sei und ob die Bank den Betroffenen Geld ausbezahlt habe.

3. KAPITEL

Die Juden, der WJC und Alfonse D'Amato

Wenn man heute von «den Juden» spricht, so sollte man sich vor Augen halten, dass es zwar weiterhin über viele Länder dieser Erde verstreut lebende Juden gibt, darunter die Gruppe der amerikanischen Juden, deren Vertreter zur Zeit die Schweiz und das Schweizervolk mit Forderungen und Anschuldigungen überziehen; nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch entstand ein jüdischer Staat, Israel, auf dem Boden der historischen Stätten des jüdischen Volkes. Und dieser Staat hat sich nach vielen schweren Kämpfen mit den arabischen Nachbarn seine Existenz erstritten, die heute niemand mehr ernsthaft in Zweifel zieht, auch die arabische Welt nicht mehr. Die Friedensverträge, vor allem jener mit Ägypten, belegen dies.

Wenn man diese Tatsache bedenkt, so findet das Unbehagen der Schweizer, das sich bei dem einen oder anderen auch mal in scheinbar rassistischen Tönen artikuliert, eine gewisse Begründung.

Wie passt es eigentlich noch zusammen, so kann man fragen, dass von der Seite der ausserhalb Israels lebenden Juden unverdrossen das Bild des «unschuldig Verfolgten» herumgezeigt wird, während ein Mittelmeer-Anrainer-Staat namens Israel schon längst zu einer regionalen Grossmacht im Vorderen Orient herangewachsen ist, von der sich hartnäckig das Gerücht hält, sie gehöre zum Club der Atomwaffen besitzenden Staaten dieser Erde. Israel ist ein effektiver Machtfaktor, Israel übt Macht und Einfluss aus, mehr als es die Schweiz je tat noch tun

wird. Ein ganz anderes Bild also des modernen jüdischen Volkes, das man uns gerne verschweigt.

Unbehagen befällt uns, weil wir nicht klar entscheiden können, ob die Juden selbst sich ihres Widerspruches nicht bewusst sind oder ob sie eine Art Doppelstrategie versuchen: wenn sie etwas zu fordern haben, sind sie «arm und unschuldig» und es geschieht ihnen Unrecht.

Wie aber sieht es aus, wenn andere etwas von ihnen einfordern, und mittlerweile die ganze Welt sagt, dass diese Forderung – nämlich der Palästinenser nach Autonomie und staatlicher Existenz – gerecht sei? Die Geschichte wird noch ihr Urteil darüber sprechen, wieviel Schuld der Staat Israel und somit das moderne jüdische Volk im Umgang mit dieser Forderung auf sich geladen haben und immer noch laden.

Wer im Glashaus sitzt, sollte die Moral nicht mit der Steinschleuder auf ein anderes Volk abfeuern. Es könnte nämlich sein, dass man sich seine eigenen moralischen Unzulänglichkeiten wird vorhalten lassen müssen, und sei es bloss, um den Nachweis zu erbringen, dass – bewusst oder unbewusst – Heuchelei im Spiel ist.

Bei allen Schwächen und Versagen, die auch dem Schweizer Volk und seinen damaligen Führern in der kritischen Betrachtung ihres Tuns und Unterlassens in jener finsternen Epoche der europäischen Geschichte nachgewiesen werden können, so wird niemand ernsthaft bezweifeln, dass die Schweiz und ihre Bewohner jene Jahre letztlich mit Anstand durchschritten haben.

Wie aber ist es gegenwärtig um das jüdische Volk bestellt? Wie kaum ein anderes Volk scheint es immer wieder von den Mythen seiner Geschichte eingeholt zu werden. Die Propheten des Alten Testaments erhoben unentwegt ihre Stimme gegen das unfriedliche Volk Israel. Gott wollte Mose wegen seines Glaubens und seiner Treue sein Leben erhalten, während er in

seinem Zorn die Israeliten zu vertilgen wünschte.
(Mose 2.32.9-10 und Mose 2. 33.5-6).

Wem kam nicht der Mord Kains an seinem Bruder Abel in den Sinn, als in jüngster Vergangenheit ein Rechtsextremist und fanatischer Fundamentalist kaltblütig den nach Frieden mit der arabischen Welt suchenden israelischen Ministerpräsidenten *Rabin* ermordete?

Wir erleben seit vielen Jahren die nicht enden wollenden Auseinandersetzungen des Staates Israel mit seinen arabischen Nachbarstaaten und dem nach staatlicher Souveränität strebenden Palästinenser-Volk. Seit dem Tod *Rabins* aber scheint der alte Zwist der Juden untereinander wieder aufgebrochen, und die inneren Gegensätze des jüdischen Volkes stehen sich wieder so unversöhnlich gegenüber, dass eine vernünftige Politik des israelischen Staates nach aussen hin kaum mehr möglich erscheint. Als eigentliche Leidtragenden der inneren Uneinigkeit Israels müssen dann allerdings die Palästinenser bezeichnet werden.

So besitzt das gegenwärtige Bild Israels, das wir Europäer gewinnen können, so manchen Schatten, der uns nachdenklich stimmt, weil sich die zweifelhaften Handlungsweisen in Politik und Gesellschaft schon lange nicht mehr mit dem Mythos des «unschuldig Verfolgten» entschuldigen oder gar rechtfertigen lassen.

Man mochte es bedauern, dass *Rabins* Nachfolger *Peres* nicht das Charisma seines Vorgängers besass und die Wahl gegen den rechten Flügel mit Benjamin *Netanyahu* verlor, doch war diese Wahl als demokratischer Machtwechsel zu akzeptieren.

Hingegen fällt es allen, die Israel wohlgesonnen sind, immer schwerer, politische Klugheit und Weitsicht in der Politik des neu gewählten Ministerpräsidenten *Netanyahu* zu erkennen.

Fast sieht es so aus, als habe er leichtfertig die Geister der Hasses und der Zwietracht gerufen und wird sie nun weder innen noch aussen wieder los.

In einem kürzlich an *Netanyahu* gerichteten Brief schrieb Jordaniens König *Hussein* einen symbolträchtigen, nachdenklich stimmenden Satz: «Die traurigste Tatsache, die sich abzeichnet, ist die, dass ich Sie nicht mehr an meiner Seite sehe bei dem Versuch, Gottes Willen nach Versöhnung aller Nachfahren der Kinder Abrahams zu erfüllen.»

Im Spannungsfeld der sich unversöhnlich gegenüberstehenden Gegensätze erreichen uns ununterbrochen Nachrichten von Vorfällen und Ereignissen, die so gar nicht zum Bild eines demokratischen Gemeinwesens stimmen.

Zunächst einmal fällt es *Netanyahu* ungemein schwer, die personalpolitische Balance im Staat zu halten, was als Zeichen dafür gedeutet werden kann, dass politische Ultras an direkten Einfluss gewonnen haben und den Ministerpräsidenten zu Zugeständnissen bis in die höchsten Stellenbesetzungen hinein zwingen.

Hier ist die Ablösung von General Oren *Shachor* zu nennen, dem Leiter der israelischen Delegation, die mit den Palästinensern über zivile Angelegenheiten bei der Realisierung von «Oslo B» verhandelt. Grund für diese Massnahme war, dass sich der General insgeheim mehrmals mit dem früheren Ministerpräsidenten Shimon *Peres* und dem früheren Minister Yossi *Beilin* beraten haben soll. General *Shachor* wird allerdings weiterhin als Koordinator der Armee für die israelischen Aktivitäten in den besetzten Gebieten fungieren. Sprecher der Opposition bezeichneten den Entscheid als sehr bedauerlich, und auch in *Netanyahus* eigener Partei wurde der Schritt kritisiert.

Die Abberufung des Generals von seinem Mandat wirft tiefere Fragen auf. Ministerpräsident *Netanyahu* hatte nach seinem Amtsantritt die Taktik seiner Vorgänger kritisiert, jeweils

hohe Militärs mit der Verhandlungsführung zu beauftragen. Er selber betraute zuerst zivile Vertrauensleute mit dem Mandat, musste aber wenig später einsehen, dass dies in eine Sackgasse führte. Zu sehr standen Sicherheitsfragen im Vordergrund, und *Netanyahu* sah sich bald gezwungen, erneut Generälen, unter ihnen auch Generalstabschef *Shachak*, der die Verträge von Oslo ausgehandelt hatte, das Mandat zur Gesprächsführung zu übergeben. Nun scheint er wieder einen Rückzieher zu machen. Der Führer der Oppositionspartei *Merez*, warf ihm vor, dass er mit der Ablösung *Shachors* der Armeeführung Angst einflößen wolle. Rechtsgerichtete Politiker meinen hingegen, die Kontakte *Shachors* zu *Peres* und *Beilin* hätten gezeigt, dass die Armee eine Domäne der Arbeitspartei geworden sei.

Der ehemalige Ministerpräsident *Shimon Peres* sieht sich indes schweren Vorwürfen der Illoyalität, ja sogar des Verrats ausgesetzt, die jedoch jeglicher Grundlage entbehren sollen. Ein Journalist der Tageszeitung «*Yedioth Acharonot*» berichtete, dass ein hoher, aber ungenannter Minister ihm anvertraut habe, *Peres* habe dem Palästinenserchef *Arafat* geraten, mit einer Unterzeichnung des Hebron-Vertrages zuzuwarten. Nach Bekanntwerden dieses Gerüchts telefonierte Ministerpräsident *Netanyahu* mit dem im Ausland weilenden Oppositionspolitiker und versicherte ihm, dass er der Fama keinen Glauben schenke. Der Journalist, der die ganze Sache ins Rollen brachte, erklärte, dass er die Nachricht noch gar nicht veröffentlicht habe, sondern bloss im Ministerpräsidentenamt eine Bestätigung für die unglaublich tönende Meldung suchte, als er von *Netanyahus* Telefonanruf bei *Peres* erfuhr.

Bewegung geriet auch ins Personalkarussell, als der Rechtsberater der israelischen Regierung, *Michael Ben-Yair*, der zugleich ex officio als Generalstaatsanwalt fungiert, überraschend seinen Rücktritt auf den 1. Januar 1997 bekannt gab. *Ben-Yair*

hatte seine Absicht schon vor einiger Zeit dem Justizminister mitgeteilt. Er war vor über drei Jahren vom damaligen Ministerpräsidenten *Rabin* auf den Posten berufen worden, der in Israel für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit von grosser Bedeutung ist. Das Verhältnis *Ben-Yairs* zum jetzigen Ministerpräsidenten *Netanyahu* war seit dessen Amtsantritt sehr gespannt. Für seine Entscheidung gab der Generalstaatsanwalt jedoch persönliche Gründe an. Es sei kein Druck auf ihn ausgeübt worden, erklärte er, doch Oppositionspolitiker, die die Demission als Rückschlag für die Rechtsstaatlichkeit bedauern, meinen, dass *Ben-Yair* von der Regierung kaltgestellt worden sei.

Der Berater galt bei der damaligen Rechtsopposition schon kurz nach seiner Ernennung durch *Rabin* als linker Aktivist, nachdem er die Siedlerbewegung als aufrührerische Organisation bezeichnet hatte. Allerdings musste er die schärfste Kritik seiner Karriere vom Obersten Gericht ausgerechnet in jenem Zeitpunkt einstecken, als er den Interessen der Opposition entgegenkam. Er hatte nämlich beschlossen, den ehemaligen Religionsminister Avner *Shaki* nicht wegen Veruntreuung unter Anklage zu stellen, und wurde dafür scharf gerügt.

Das Verhältnis zu *Netanyahu* begann denkbar schlecht, da *Ben-Yair* beschlossen hatte, gegen den vom Ministerpräsidenten berufenen Justizminister Yaakov *Neeman*, einen persönlichen Freund *Netanyahus*, wegen illegaler Zeugenbeeinflussung zu ermitteln und ihn dann wegen Falschaussage vor dem Obersten Gericht unter Anklage zu stellen. Der Anklagepunkt der Beeinflussung wurde wieder fallengelassen, doch *Neeman* musste zurücktreten. Nach dieser Affäre war *Ben-Yair* bei der Regierung völlig abgeschrieben. Er wurde bei wichtigen Entscheidungen nicht mehr konsultiert und generell ignoriert.

Die personalpolitischen Probleme scheinen ein Symptom dafür zu sein, dass mit dem gewaltsamen Ende *Rabins* eine Zäsur in der israelischen Politik eintrat, deren Folgen auch heute noch nicht absehbar sind und zu beträchtlichen Störungen im nationalen Konsens geführt haben, die sich bis in die staatlichen Institutionen hinein auswirken.

Während sich *Netanyahu* nun mit den Folgen tiefgreifender Polarisierung und Radikalisierung in der Innenpolitik seines Landes auseinandersetzen muss, erscheint es umso verständlicher, dass die israelische Arbeitspartei nur zögerlich an die Nachfolgeregelung für Shimon *Peres* als Parteichef und als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten bei den nächsten Wahlen herangeht. Der Grund liegt darin, dass der 73jährige *Peres* noch nicht bereit ist, die Zügel gänzlich aus der Hand zu lassen, obwohl er schon zu wiederholten Malen erklärte, dass er nicht mehr für das Amt des Regierungschefs kandidieren wolle. Da aber – bei einem Scheitern *Netanyahus* – die Notwendigkeit zur eventuellen Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit nicht aus der Luft gegriffen ist, sieht *Peres* noch eine Chance, ein letztes Mal auf die israelische Politik einzuwirken. Aus diesem Grund wollte er die Bestimmung eines Nachfolgers so lange wie möglich hinausschieben. Im Gegensatz dazu drängte der ehemalige Generalstabschef und Außenminister Ehud *Barak* auf eine schnelle Nachfolgeregelung.

Auslöser der inneren Zerrissenheit Israels war der von vielen (zu vielen?) Juden abgelehnte oder erbittert bekämpfte Friedensprozess mit den Palästinensern und im engen Zusammenhang damit das Problem der Siedlungspolitik.

Grundsätzlich sind sich jedoch alle Beobachter in der Überzeugung, oder zumindest in der begründeten Hoffnung einig, dass das Rad der Geschichte nicht mehr zurückgedreht werden

kann, und der zukünftige Weg Israels nur über einen umfassenden Ausgleich mit den Ländern der arabischen Welt und mit dem Palästinenser-Volk führen kann.

Uno-Vertreter bauen darauf, dass *Netanyahu* durch seine Treffen mit *Arafat* längst auf den Friedenspfad der Osloer Abkommen eingeschwenkt ist. Sie sagen, sein Versuch der Umpolung des Friedensprozesses habe auf einer Illusion beruht. *Netanyahu* sowie dessen Berater *Gold* und *Molcho* hätten in den ersten Wochen nach dem Wahlsieg des Likud kaum vom Inhalt unterzeichneter Abkommen Kenntnis genommen.

Obwohl die Verhandlungen über Hebron nicht vorankommen, beurteilt auch die palästinensische Führung die langfristigen Aussichten für den Friedensprozess optimistisch. In ihren Augen steckt der israelische Ministerpräsident *Netanyahu* schon tief im Tunnel des Osloer Prozesses, und nur die Gewährung der legitimen Rechte der Palästinenser wird ihm einen Ausweg eröffnen. Der Vorsitzende der Autonomiebehörde, *Arafat*, kann unterdessen darauf setzen, dass die arabischen Staaten und die interessierten westlichen Länder weiterhin dafür eintreten, dass die Osloer Abkommen vollständig erfüllt werden müssen. So wurde Israel am Wirtschaftsgipfel in Kairo von allen anderen Teilnehmern klar mit der Forderung konfrontiert, es müsse politisch einlenken. Auch in der Bevölkerung Cisjordanien und Gazas ist der Osloer Prozess so populär wie kaum je zuvor, weil man nun darin eine diplomatische Waffe zum Bezwingen der Israeli erkennt.

Vorderhand jedoch versprach der neu gewählte Ministerpräsident, dass die Friedensverhandlungen unterbrochen würden, was dann auch geschah. Weiter wurde wieder auf den verbote-

nen Gebieten gebaut, was die Siedler zu einer unheimlichen Aktion beflügelte.

Der gebrochene Frieden in Jerusalem liess die ganze Welt aufhorchen. Fast sieht es so aus, als sei die Handlungsfreiheit jener, die versuchen einen Konsens zu schaffen, immer stärker eingeschränkt, und ihr Elan droht zu erliegen.

Nicht nur der amerikanische Präsident Bill *Clinton*, der ja auch vor der Wiederwahl stand, sondern auch der französische Präsident *Chirac* trafen sich mit dem israelischen Ministerpräsidenten *Netanyahu*. Nach dem französischen Präsidenten versuchte der russische Aussenminister *Primakow* Einfluss auf die Ereignisse im Nahen Osten zu gewinnen. Denn die Atmosphäre zwischen Israel und Syrien ist erneut sehr gespannt. Syrische Truppenverlegungen und ein Kesseltreiben in den dortigen Tageszeitungen wurden von Manövern der israelischen Armee mit gepanzerten Einheiten an der Nordgrenze beantwortet.

Während die israelisch-palästinensischen Gespräche immer noch zu keinem Abschluss kommen, bereiten sich die jüdischen Siedler in Hebron auf das unausweichliche Szenario der Verlegung der israelischen Truppen vor. Die Zeichen vor Ort stehen keineswegs auf Frieden. Die Nerven sind angespannt und bei einer überraschenden Visite palästinensischer Politiker in der Nähe einer jüdischen Enklave in Hebron kam es zu verbalen Auseinandersetzungen, die um ein Haar in Handgreiflichkeiten ausgeartet wären. Nur das Eingreifen israelischer Soldaten konnte Schlimmeres verhindern.

Ähnliches ereignete sich, als die Knessetabgeordnete Yael *Dayan* von der Arbeitspartei die Stadt Hebron besuchte. Ein religiöser Fanatiker schüttete der Frau, die sich als Vorkämpferin für die Rechte von Palästinensern und säkularer jüdischer Gruppen einen Namen gemacht hat, ein Glas kochendheissen Tee ins Gesicht. Das Gerichtsverfahren gegen den Mann, der

schon einmal wegen Mordes an einem Palästinenser zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt, aber nach bloss drei Jahren vorzeitig freigelassen wurde, soll demnächst eröffnet werden, wie auch der Prozess gegen den Siedler, der vor vier Tagen angeblich einen zehnjährigen Palästinenser mit Fusstritten derart schwer traktierte, dass der Junge einen Tag später seinen Kopfverletzungen erlag.

Nicht weniger beunruhigend sind Erklärungen extremer jüdischer Gruppen in Hebron, dass sie sich auf ihre Weise auf die Umgruppierung israelischer Truppen vorbereiteten. Ein Sprecher der illegalen Kach-Partei erklärte, dass jüdische Aktivisten – Männer, Frauen und Kinder – im Moment der Truppenverlegung Häuser und Wohnungen in arabischen Teilen der Stadt Hebron besetzen würden, die angeblich seit Generationen in jüdischem Besitz seien oder in den letzten Jahren insgeheim Palästinensern abgekauft worden seien. Mit derartigen Bravourstücken hoffen sie, Reaktionen von Palästinensern zu provozieren und ein Eingreifen israelischer Einheiten zu erzwingen, was die Umsetzung allfälliger israelisch-palästinensischer Abkommen torpedieren könnte. Zu erfahren war auch, dass bekannte Extremisten in letzter Zeit untergetaucht sind. Sie mögen befürchten, dass sie von israelischen Sicherheitskräften vorsorglich in administrative Haft gesetzt werden, aber es mag auch andere Beweggründe geben, schlimmstenfalls die Vorbereitung blutiger Terroranschläge.

Befremdend wirkt auch der Kult, der am Grabmal des Mörders Baruch *Goldstein* betrieben wird. *Goldstein* hatte das schreckliche Massaker an betenden Palästinensern beim Grab der Patriarchen in Hebron begangen und war dabei ums Leben gekommen. Er wurde beim Eingang zur jüdischen Siedlung Kiryat Arba beigesetzt. Nun fordern sogar Siedlerkreise die Umbettung des Mörders. Das Grab befindet sich auf einem ma-

lerischen Hügel in einem Park, der in Erinnerung an den als Rassist bekannten Rabbiner Meir-Kahane-Park genannt wird, und ist für rechtsextreme Israelis zu einem regelrechten Wallfahrtsort geworden. Der Platz um die Grabesstätte ist mit Tafeln als geheiligter Ort gekennzeichnet, Bänke fordern zum Verweilen auf, und Schränke stehen für die Aufbewahrung von Gebets- und Psalmenbüchern zur Verfügung. Angeblich soll die Familie des Mörders das Denkmal selber finanziert haben.

Ursprünglich wollte die Familie den Mörder im jüdischen Friedhof von Hebron bestatten. Die Armee befürchtete nach dem von *Goldstein* begangenen Massaker Ausschreitungen und untersagte das Vorhaben. Einer Beisetzung innerhalb der Grenzen Israels widersetzte sich die Familie, und Kiryat Arba soll als Kompromiss akzeptiert worden sein. Nun sind offenbar sogar Siedler zu dem Schluss gekommen, dass das Denkmal für den Massenmörder ihrem Image schadet, und Führer der Siedlerbewegung fordern die Verlegung des Leichnams.

Die ständigen Ausschreitungen und Misshandlungen von Palästinensern geben den Juden kein gutes Zeugnis. Der Hass ist allgegenwärtig. Ein privat aufgenommener Videofilm, auf dem zu sehen ist, wie israelische Grenzsoldaten festgenommene Palästinenser mit Fusstritten traktieren, hat einen schweren Schatten auf die Truppe geworfen und zu sofortigen Sanktionen geführt. Die Szenen wurden vor einiger Zeit bei dem Grenzübergang A-Tur, der von den besetzten Gebieten nach Jerusalem führt, gefilmt, aber erst kürzlich wurde der Film in der Nachrichtensendung des israelischen Fernsehens ausgestrahlt. Er zeigt ein halbes Dutzend Palästinenser, die bei dem Versuch, illegal zu ihren Arbeitsplätzen in Israel zu gelangen, festgenom-

men und von Grenzpolizisten bewacht wurden. In der Folge misshandelten die beiden Sicherheitsleute die Gefangenen mit Tritten und Karateschlägen. Einem Passanten, der sich nach dem Schicksal der Verhafteten erkundigte, wurde eine Ohrfeige versetzt. Einer der Festgenommenen wurde in entwürdigender Weise zu Liegestützen gezwungen.

Der Fernsehbericht führte zu sofortigen Reaktionen. Das inakzeptable Benehmen der Grenzsoldaten wurde von Politikern aller Richtungen rundweg verurteilt. Noch in der gleichen Nacht wurden die beiden fehlbaren Polizisten verhaftet und vom Dienst suspendiert, und demnächst wird ein Verfahren gegen sie eröffnet. Zur teilweisen Entlastung der Grenzpolizei führten militärische Experten die etwas fadenscheinige Erklärung ins Feld, dass die Truppe bei den Schiessereien mit der palästinensischen Polizei Ende September emotional sehr gelitten habe. Psychologen sollen nun versuchen, den Missständen auf den Grund zu gehen. Der Kommandant der Truppe, der Verteidigungsminister, der Polizeiminister und sogar der Ministerpräsident erklärten sich schockiert über die Vorgänge. Allerdings berichten Palästinenser aus den autonomen und den besetzten Gebieten, dass es sich bei der zufällig gefilmten Szene keineswegs um einen Einzelfall handle, sondern dass sie tagtäglich solchen Misshandlungen ausgesetzt seien und darüber hinaus fortwährende Erniedrigungen und Kränkungen erfahren müssten.

Am 20. November 1996 berichtete die Nachrichtenagentur Reuter: Von Israel werden die Grund- und Menschenrechte von Palästinensern nach Ansicht einer führenden israelischen Menschenrechtsorganisation nachhaltig verletzt.

Scharf kritisierte die Organisation den Fall eine gegen vier Soldaten verhängten, nur symbolischen Geldstrafe von weniger als einem Rappen durch ein israelisches Militärgericht. Die

Soldaten hatten 1993 einen Palästinenser erschossen, waren aber nur wegen Verstosses gegen eine Dienstvorschrift belangt worden. Die Anklagevertretung hatte eine milde Freiheitsstrafe zur Bewährung gefordert. Das Oberste Gericht hatte in der gleichen Woche dem Geheimdienst Shin Bet die Anwendung physischen Zwangs gegen mutmassliche Mitglieder radikaler Palästinenser-Organisationen erlaubt, um auf diese Weise Informationen über eventuell geplante Selbstmordanschläge zu erreichen.

Die herablassende und demütigende Behandlung, die Palästinensern bei vielen Kontakten mit israelischen Soldaten zuteil wird, trägt nicht wenig zu der hasserfüllten Atmosphäre bei, die in weiten Bereichen das Alltagsverhältnis zwischen Israeli und Palästinensern auf unerträgliche Weise prägt. Eine zuvorkommendere Behandlung bei Ausweiskontrollen, ein Lächeln bei der einen oder anderen Gelegenheit, ein gelegentliches «Guten Morgen» oder «Dankeschön» hätten eine nicht zu unterschätzende positive Wirkung auf das zukünftige Zusammenleben der beiden Völker. Da hebt sich eine andere kürzlich in Hebron gefilmte Szene, bei der ein israelischer Soldat – bei umgehängter Waffe – mit jungen Palästinensern auf der Strasse Fussball spielt, wohlthuend vom Bild der groben Besetzungstruppen ab.

Es erscheint verständlich, dass *Arafat* zur Zeit wenig Lust verspürt, mit *Netanyahu* ein Abkommen über den israelischen Abzug aus vier Fünfteln der Stadt Hebron zu unterzeichnen. Er befürchtet, *Netanyahu* könnte es bei einem solchen Abkommen bewenden lassen, und deshalb will er zunächst eine vernünftige Perspektive für die Verhandlungen über den endgültigen Status der besetzten und autonomen Gebiete wiederherstellen. *Arafats* Unterschrift droht überdies, eine faktische Aufteilung der Stadt

auf Palästinenser und jüdische Siedler gutzuheissen. Sein Chefunterhändler *Ereikat* ist weiterhin angewiesen, kein Jota am ursprünglichen Abkommen Oslo B abzuändern. Ein hoher Beamter der Autonomiebehörde rechnete sogar damit, dass deshalb überhaupt keine Übergangsregelung für Hebron zustande komme. Tatsächlich ist für *Arafat* die neubelebte Siedlungspolitik potentiell viel bedrohlicher, weil sie von Tag zu Tag seine territoriale Basis reduziert und damit der Radikalisierung seines eigenen Volkes erneut Vorschub geleistet wird.

Für gewöhnliche Palästinenser, die der täglichen Mühsal ausgesetzt sind, überwiegt die düstere Gegenwart. Der Friedensprozess habe eine wahrlich kafkaeske Verwandlung durchgemacht, stellt ein islamistischer Journalist in Hebron fest, anstatt über Land, Souveränität und Freiheit verhandeln wir jetzt über Gewöhnliches: über die Zahl der Tagelöhner in Israel, über das Kontingent der Lastwagen am Übergang und über Privilegien für Prominente.

An der Wirtschaftskonferenz in Kairo legten die Palästinenser dar, wie sie ungeachtet aller israelischen Hemmnisse eine eigene Wirtschaftsinfrastruktur aufbauen. Die Pariser Protokolle von 1994 räumten erstmals seit der israelischen Besetzung von 1967 den Palästinensern Wirtschaftsaktivitäten in eigener Regie ein im Rahmen einer Zollunion mit Israel. Die Autonomiegebiete müssten deshalb auch über eigene vom jüdischen Staat unabhängige Handelskanäle verfügen, also über einen Seehafen in Gaza, einen Flughafen sowie endlich über den in Oslo zugesicherten Transitkorridor zwischen Cisjordanien und dem Gazastreifen. Der Palästinenser-Vertreter *Al-Masri* wies darauf hin, wie stark die Benutzung israelischer Anlagen durch Sicherheitskontrollen erschwert ist. Die palästinensischen Importe sind aus Kapazitätsgründen auf täglich 45 Lastwagen aus Jordanien und 20 aus Ägypten beschränkt. Der di-

rekte Handelsaustausch mit Israel macht deshalb immer noch 80 Prozent des gesamten Handelsvolumens aus. Die einzige Lösung sei die völlige Umgehung Israels, seines Territoriums und seiner Sicherheitsbedürfnisse, meinte *Al-Masri*.

Weiteren Angaben von *Al-Masri* zufolge haben private Unternehmen im letzten Jahr 600 Millionen Dollar in den Autonomiegebieten angelegt. Die auswärtigen Investoren stammen zu 95 Prozent aus der palästinensischen Diaspora, vor allem aus Jordanien und Amerika. In den lokalen Banken liegen 16 Milliarden Dollar, doch wurden nur 12 Prozent davon in die palästinensische Wirtschaft eingeschossen. *Arafats* Behörde ermuntert den Privatsektor, möglichst kräftig in die Infrastruktur zu investieren. So fördert das Amt für Wohnungsbau, welches allein bis zur Jahrhundertwende 200'000 Wohneinheiten zustande bringen will, privates Engagement durch die vergünstigte Abgabe von Staatsland und Baukrediten. Im Gazastreifen wurden letztes Jahr Verträge mit privaten Bauunternehmen im Umfang von 400 Millionen Dollar abgeschlossen. Die palästinensische Elektrizitätsgesellschaft, welche mit einem Aufwand von über 200 Millionen Dollar den Bau von Hochspannungsleitungen durch den Gazastreifen und das Westjordanland sowie einem 180-Megawatt-Kraftwerk anpackt, bietet einen Teil ihrer Aktien zum Verkauf an. Und für die erste der drei Industriezonen im Gazastreifen, deren Bau in Kürze beginnen soll, interessieren sich vor allem lokale Unternehmen der Leichtindustrie; drei Parzellen sind bereits verpachtet.

Als Rückkehr zur Politik der vollendeten Tatsachen erscheint der Beschluss der israelischen Regierung, die jüdischen Siedlungen auf den besetzten Golanhöhen um 900 Wohnungen erweitern. Ein Sprecher von Infrastrukturminister *Sharon* dementierte am Freitag aber, dass es sich um die Errichtung neuer

Siedlungen handle. Die israelische Zeitung «Jedioth Acharnot» hatte berichtet, die 900 Wohnungen seien für drei zusätzliche Siedlungen vorgesehen. Mit den von Ministerpräsident *Netanyahu* genehmigten Bauarbeiten werde im kommenden Mai begonnen. Aus politischen Gründen stelle die Regierung den Siedlungsneubau als Erweiterung der bereits bestehenden jüdischen Niederlassungen dar. Bis zum Jahr 2000 ist der Zeitung gemäss ausserdem, eine weitere Siedlung mit 2'500 Wohnungen geplant. Die Zahl der Siedler auf dem Golan werde bis dahin von jetzt 14'000 auf 25'000 wachsen.

Ungeachtet des scharfen Protestes aus der gesamten arabischen Welt hat Israels Ministerpräsident *Netanyahu* demonstrativ eine jüdische Siedlung im besetzten Westjordanland besucht. Bei seiner Visite in der Siedlung Ariel wurde der konservative Regierungschef begeistert empfangen. *Netanyahu* kündigte ein Festhalten an seinen Plänen an, jüdische Siedlungen im Westjordanland auszubauen. Vor Journalisten erklärte er, die arabische Welt müsse endlich einsehen, dass es in Israel Wahlen und einen Regierungswechsel gegeben habe. Es sei selbstverständlich, dass eine Regierung, die gewählt wurde und angekündigt habe, die Siedlungen auszubauen, auch die Siedler besuche. *Netanyahu* hatte nach seinem Amtsantritt im Juni einen von der sozialdemokratischen Vorgängerregierung erlassenen Baustopp in den besetzten Gebieten nach mehr als vier Jahren aufgehoben. Die Siedlungspolitik war jüngst erneut auch von Jordanien und Ägypten scharf als Bedrohung für den Frieden in der Region kritisiert worden. Beide Staaten haben Friedensabkommen mit Israel geschlossen.

Arafat erklärte in Bethlehem, *Netanyahu* sollte lieber nach Jerusalem zurückkehren und die geschlossenen Verträge studieren. Darin sei klar vereinbart worden, dass es weder Sied-

lunungsneubauten, noch Ausweitungen bestehender jüdischer Gemeinschaften in den besetzten Gebiete geben dürfte.

Bei einem Besuch am Golf und in Ägypten hatte sich *Arafat* um Unterstützung für seinen Kampf gegen die israelische Siedlungspolitik bemüht. Das Nilland und Jordanien warnten vor üblen Folgen des israelischen Vorgehens. *Arafat* machte klar, dass es bei den Verhandlungen über Hebron um alle noch nicht ausgeführten Bestimmungen der Übergangsregelung gehe.

Zugleich legte er seinen Plan für eine Mobilisierungskampagne gegen die Siedlungspolitik des israelischen Ministerpräsidenten *Netanyahu* dar. Er ersuchte seine Gesprächspartner darum, die bald einsetzenden Massenproteste der Palästinenser zu unterstützen. Er setzt seine Hoffnung auch auf den Umstand, dass amerikanische Regierungssprecher seit Präsident *Clintons* Wiederwahl schon zweimal deutlich *Netanyahu* wegen dessen Förderung der Siedler getadelt haben. Mehrfach rief *Arafat* all jene zur Vermittlung auf, welche die Osloer Abkommen mit unterzeichnet haben.

In Kairo beriet sich *Arafat* mit Präsident *Mubarak*. Er ersuchte ihn als Vorsitzenden des arabischen Gipfeltreffens vom Juni 1997 allen Amtskollegen eine Politik der kalten Schulter gegenüber *Netanyahu* nahezu legen. *Mubarak* selbst hatte sich letzte Woche von neuem darüber beklagt, dass der israelische Regierungschef noch immer nichts unternommen habe, um sein Versprechen, er werde seinen aus den Friedensabkommen resultierenden Verpflichtungen nachkommen, zu erfüllen. In einem Schreiben warnte er *Netanyahu* vor den negativen Folgen einer Rückkehr zur aktiven Siedlungspolitik. Ähnlich besorgt zeigte sich der jordanische Ministerpräsident *Kabariti* in einem Interview mit der israelischen Zeitung «Haaretz». Vorhaltungen der Regierung *Netanyahu* beantwortete *Mubarak* mit dem Argu-

ment, er könne den ägyptischen Bürgern die Normalisierung nicht befehlen, wenn sie sich angesichts des Stillstands im Friedensprozess nicht dazu ermutigt fühlten. Die Mitglieder der Arabischen Liga appellierten in Kairo anlässlich einer Routine-sitzung an die internationale Gemeinschaft, es sei auf jegliche Unterstützung Israels zu verzichten, soweit diese zur Erweiterung der Siedlungen in den Palästinensergebieten benutzt werden könnte.

Scharfe Kritik kam auch aus Washington. Aus Verärgerung über die Siedlungspolitik haben die Vereinigten Staaten nach den jüngsten Äusserungen von Ministerpräsident *Netanyahu* im Westjordanland den regierenden Likud Block so scharf kritisiert wie noch nie seit den Wahlen im Mai. Ein Sprecher des Aussenministeriums sagte, die Reise *Netanyahus* zu den umstrittenen Siedlungen sei weder nützlich noch konstruktiv gewesen. *Netanyahus* Ruf nach einer Ausdehnung der Siedlungen werde dem Friedensprozess nicht förderlich sein. Die direkt auf die Politik *Netanyahus* zielenden Äusserungen gehen weit über die routinemässigen Ermahnung der USA an die Adresse der Israeli und der Palästinenser hinaus und lassen ein gerüttelt Mass an Frustration über die Lage im Nahen Osten und die Politik *Netanyahus* erkennen. Der Gesandte *Clintons* für den Nahen Osten *Ross* wird nach Angaben eines Sprechers erst wieder in die Konfliktregion reisen, wenn er annehmen kann, dass es dafür gute Gründe gibt. Vorderhand sei dies nicht der Fall.

Bedrückend erscheint, dass sich die israelische Staatsgewalt wieder zu einer immer härteren Gangart genötigt sieht, um die Auflehnung der Palästinenser unter Kontrolle zu halten.

Die Hilfsorganisation *amnesty international* (ai) hat eine beängstigende Zunahme von Menschenrechtsverletzungen in den Gebieten festgestellt, die von der palästinensischen Autono-

miebehörde verwaltet werden. In der am Montag veröffentlichten Erklärung hiess es, Opfer von brutalen Folterungen fürchteten sich, über ihre Erfahrungen zu sprechen und Namen zu nennen. Dies sei ein Hinweis auf ein System, das diejenigen, die es wagten, sich zu beschweren, mit Vergeltungsmassnahmen bedrohten. In den Autonomiegebieten würden Journalisten, die über Misshandlungen berichteten, festgenommen. Zeitungen würden verboten und Menschenrechtler verfolgt. Bei mindestens neun Personen, die in der Haft gestorben seien, habe Folter entweder den Tod verursacht oder dazu beigetragen, hiess es in einer Erklärung.

Ein äusserst umstrittener Punkt sind die Verhörmethoden im Kampf der Behörden gegen den Terrorismus. Israels höchstes Gericht erklärte kürzlich erneut gewaltsame Verhörmethoden des Geheimdienstes als zulässig. Die erlaubten Methoden werden jedoch von Menschenrechtsorganisationen als Folter bezeichnet. Der israelische Radiosender berichtete, der Oberste Gerichtshof habe die Beschwerde der Rechtsanwältin eines festgenommenen Palästinensers abgewiesen, mit der sie die Vernehmungen ihres Mandanten stoppen wollte. Der Geheimdienst wirft dem Palästinenser vor, als Mitglied der islamischen Untergrundorganisation Islamischer Jihad an terroristischen Aktivitäten beteiligt oder beteiligt gewesen zu sein. In seiner Entscheidung erlaubte das Gericht nach Radioangaben, den Gefangenen in schmerzenden Positionen zu fesseln, ihm Schlaf vorzuenthalten und ihm einen Sack über den Kopf zu stülpen. Der Antrag der Anwältin *Lea Zempel*, ihren Mandanten zu besuchen, wurde abgewiesen.

Sicher ist es vorschnell und zu einfach, die Haltung des Obersten Gerichtes als offizielle Sanktionierung von Foltermethoden auszulegen. Das Oberste Gericht schloss bei dem genannten Appell eines Mitgliedes des Islamischen Jihad gegen

den israelischen Geheimdienst die Anwendung unkonventioneller Methoden beim Verhör von Verdächtigen nicht generell aus. Es hielt dabei aber ausdrücklich fest, dass von Fall zu Fall entschieden werden müsse, ob mässiger physischer Druck angewandt werden dürfe, wenn angenommen werden müsse, dass ein geplanter oder unmittelbar bevorstehender Terrorakt verhindert und Menschenleben gerettet werden können.

Es stellen sich allerdings in diesem Zusammenhang mehrere Fragen. Was ist unter mässigem physischem Druck zu verstehen, ist diese Bezeichnung mit Folterung gleichzusetzen, eine Umschreibung für Tortur? Muss physische Gewaltanwendung gegen palästinensische Häftlinge wie im Gefängnis von Ramla sein, darf der Geheimdienst Israels mässigen physischen Druck ausüben?

Die Verfechter der Menschenrechte verweisen auf die Menschenrechtscharta der Uno (1948), auf die Vierte Genfer Konvention (1949), auf die Leitlinien der Unesco für die Behandlung von Gefangenen (1957), auf die Uno-Deklaration gegen unmenschliche Bestrafungen (1975), auf die internationale Konvention gegen die Folter (1986) sowie auf die israelische Strafgesetzgebung, die allesamt jegliche Gewaltanwendung gegen Gefangene verbieten.

Doch in Israel tun sich auch liberale und der Demokratie unbedingt verpflichtete Bürger sehr schwer mit den Fragen. Viele meinen, dass diese Konzepte relativiert und der Situation angepasst werden müssen. Es sei eine Sache, in den Vereinigten Staaten oder in Westeuropa in abstrakten Kategorien über Menschenrechte zu philosophieren, es sei eine ganz andere Sache, in den Weltgegenden, wo Kinder beim Kinobesuch oder Eltern beim Besteigen eines Autobusses Gefahr laufen, von einem die Rechte aller Menschen verachtenden Selbstmordattentäter in die Luft gejagt zu werden, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Oberrichter *Landau* vertrat den Standpunkt, dass in einem solchen Fall die Anwendung aller Mittel zulässig sei, um unschuldige Bürger vor dem Tode oder der Invalidität zu retten. Einige Israeli gehen sogar weiter und behaupten, die Sorgfaltspflicht der staatlichen Instanzen, gebiete, alle – auch unkonventionelle Mittel – zum Schutz der Bürger einzusetzen. Das Gegenargument, dass der Tod einer gewissen Anzahl Bürgern der tragische, aber unumgängliche Preis der Demokratie sei – so wie zum Beispiel Verkehrstote in Kauf genommen werden –, lässt hier niemand gelten.

Laut den Leitlinien des Landau-Berichts waren bei dem mutmasslichen Terroristen *Hamdan* die Voraussetzungen für die Anwendung gemässigten physischen Druckes gegeben. Die Oberrichter liessen sich die neuen Informationen des Geheimdienstes unter Ausschluss der Öffentlichkeit und in Abwesenheit des Verteidigers vorlegen und kamen zu dem Schluss, dass tatsächlich eine unmittelbare Gefahr bestehe und eine Einvernahme unter Einsatz aller Mittel unentbehrlich sei. Die zeitweilige Verfügung wurde aufgehoben, und von diesem Moment an stand es dem Geheimdienst frei, den Gefangenen mit unkonventionellen Mitteln zur Aussage zu zwingen. Das angeblich geplante Attentat in Tel Aviv fand glücklicherweise bis jetzt nicht statt.

Schon vor mehr als einem Jahr, am 11. Januar 1996, hatte sich das Oberste Gericht mit einem ähnlichen Fall befassen müssen. Der verhaftete Palästinenser Abd al-Halim *Bilbeisi* gelangte mit dem Antrag an das Oberste Gericht, dem Geheimdienst jegliche Gewaltanwendung zu verbieten. Die Richter gaben dem Antrag in einer zeitweiligen Verfügung statt, aber nach mehreren Tagen konventioneller Verhöre gestand der Mann, dass er zu den Planern eines Attentats gehörte, bei dem zwei Selbstmordattentäter in der Nähe von Natanya 22 Solda-

ten töteten. Dieses Geständnis und weitere geheime Informationen, laut denen *Bilbeisi* angeblich über weitere geplante Attentate unterrichtet war, bewogen die Oberrichter, dem Geheimdienst die Anwendung physischen Drucks bei den Verhören zu gestatten.

Der Fall eines Gefangenen, der an den Folgen heftigen Schüttelns an den Schultern starb, liess weltweit aufhorchen. Grobes und andauerndes Schütteln an den Schultern des Gefangenen wird vom Geheimdienst als effizientes Mittel zur Erlangung von Informationen bezeichnet. In dem Fall des unglücklichen Gefangenen ergab eine unter internationaler Aufsicht erstellte Obduktion des Toten, dass der Mann angeblich an einer Krankheit litt, die infolge des heftigen Schüttelns zu seinem Tode führte. Das heftige Schütteln ist eine der im geheimen Teil des Landau-Berichtes ausdrücklich genehmigten Verhörmethoden. Weitere Verfahren zur Erlangung von Informationen sind das Festbinden des Gefangenen in unnatürlichen Stellungen, was nach einigen Minuten zu schweren Krämpfen führt, das tagelange Festhalten in winzigen Zellen, das stundenlange Überstülpen von Kapuzen, Schlafentzug, Mangel an Nahrungsmitteln sowie psychischer Druck durch Drohungen und Beleidigungen. Dass es dabei auch zu Schlägen kommt, versteht sich schon fast von selber.

Beunruhigend ist aber in den Augen vieler Beobachter, dass die auch noch so eng begrenzte Billigung von Gewaltanwendungen Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft hat und eine Verrohung der Sitten bewirkt, indem die allgemeine Hemmschwelle sinkt. So sind die Fusstritte, mit denen Grenzsoldaten kürzlich palästinensische Gefangene traktierten, oder die Verprügelung von Ehefrauen – dieser Tage muss sich sogar ein Knesset-Abgeordneter wegen einer solchen Verfehlung verantworten – eine der Folgen dieses Klimas. Die in Jerusalem erscheinende palästinensische Tageszeitung «Al-Ayyam» pro-

phezeite in düsteren Worten, dass sich das Urteil des Obersten Gerichtes eines Tages gegen Israel selber richten könnte.

Es besteht kein Zweifel, dass der politisch motivierte Terrorismus ein gefährlicher Faktor in der Region ist. Wenn aber ein angeblich freier Staat, und sei es auch zum Schutz seiner Bürger, glaubt, zu solchen Nazi-Terrormethoden greifen zu müssen, so muss er sich die kritische Frage gefallen lassen, ob er sich nicht in eine gefährliche Sackgasse begibt. Das alttestamentarische Prinzip «Auge um Auge, Zahn um Zahn» führt, wenn es nur lange genug eskaliert, zur Perversion der Demokratie: Wer die Methoden des Terrors (Gegners) praktiziert, wird dem Terroristen selbst immer ähnlicher. Und wie soll es um eine Demokratie bestellt sein, die sich, um sich scheinbar selbst zu schützen, uniformierter Terroristen bedienen muss? Man möchte hoffen, dass es niemals heißen wird: Sie haben viel gelernt, die Juden von den Nazis. Heute wenden sie deren Praktiken bei jedem Gegner an, und ein angebliches Oberstes Gericht soll diesen Missständen noch Beihilfe leisten.

Natürlich bedeutete der Mordanschlag in Cisjordanien bei der israelischen Siedlung Beth El einen Schock für die israelische Bevölkerung und eine zusätzliche Belastung für das Kabinett von Ministerpräsident *Netanyahu*. Der Tod einer israelischen Frau und ihres 12jährigen Sohnes war die Initialzündung für verstärkte Widerstände gegen das Osloer Abkommen in Israel, denn er bewirkte eine schmerzliche Desillusion.

Bis anhin war die konservative Regierung – bis auf einen Anschlag auf israelischem Gebiet kurz nach ihrem Amtsantritt, den sie allerdings auf das Konto der Politik ihrer Vorgängerin schob –, von palästinensischen Terrorakten verschont geblieben.

Um so traumatischer traf die Untat die Staatsführung, die dem israelischen Volk Frieden mit Sicherheit versprach und ihm vorgaukelte, dass dies mit einer unnachgiebigen Verhandlungstaktik zu hundert Prozent erreicht werden könne. Der Vorsitzende des Knessetausschusses für Sicherheit und Außenpolitik, Uzi *Landau*, einer der unerbittlichsten Gegner der Verträge von Oslo, erklärte nach dem Anschlag, dass die Friedenspolitik endgültig Bankrott gemacht habe. Die Palästinenser, denen Waffen zur Wahrung von Ruhe und Ordnung gegeben worden seien, täten nichts, um Terrorakte zu unterbinden.

Diese Ansicht ist reichlich kurzsichtig, denn es kann von der palästinensischen Behörde keine ausnahmslose Verhinderung von Bluttaten erwartet werden, ebensowenig wie die israelische Regierung garantieren kann, dass kein jüdischer Extremist je einen Palästinenser umbringen werde. Sogar *Netanyahu* hatte nach seinem Amtsantritt – nach einer gründlichen Orientierung durch die Nachrichtendienste – bestätigt, dass die palästinensischen Behörden grosse Anstrengungen zur Unterbindung von Terrorakten machen, obwohl er meinte, dass noch Raum zu vermehrten Bemühungen bestehe.

Bei den Feierlichkeiten zur Bestattung der beiden Opfer, forderte Minister Ariel *Sharon*, dass die durch Cisjordanien führenden Strassen unter alleiniger Kontrolle der Israeli bleiben müssten und dass die Landstriche, in denen sich jüdische Siedlungen befinden, von keinem Teil der autonomen Zone unterbrochen werden dürften. Nationalistische Kreise in Israel verlangen überdies, dass als Sühne für die Mordtat in Cisjordanien neue Siedlungen erstellt werden sollen.

Laut israelischen Angaben wurde die Untat von Mitgliedern der Volksfront für die Befreiung Palästinas durchgeführt, die

nach ihrem Anschlag nach Ramallah in die autonome Zone flüchteten. Ballistische Untersuchungen ergaben, dass eine der benutzten Waffen aus israelischen Armeebeständen stamme.

Zur Konsternation der Israeli behauptete Freih Abu *Medein*, Justizminister der palästinensischen Behörde, dass Israel solche Bluttaten brauche, um die Verhandlungen um Hebron in die Länge zu ziehen. Eine derartig harte Äusserung aus dem Munde eines hochrangigen Palästinenser-Politikers lässt auf ein gehöriges Mass an Frustration und Desillusion schliessen.

Unterdessen hat der amerikanische Präsident *Clinton* in Washington zum erstenmal mit deutlichen Worten die Siedlungspolitik des israelischen Ministerpräsidenten *Netanyahu* kritisiert. Er warf dem Regierungschef vor, er wolle einseitig Fakten schaffen und die Verhandlungen mit den Palästinensern belasten. In Jerusalem wurde die amerikanische Kritik zurückgewiesen.

Präsident *Clinton* hat somit seine bisher öffentlich gewahrte Zurückhaltung gegenüber der Politik des israelischen Ministerpräsidenten aufgegeben und zum erstenmal der Einschätzung zugestimmt, dass durch die angekündigte Erweiterung von Siedlungen im Westjordanland ein Friedenshindernis geschaffen werde. *Clintons* Bemerkungen fielen an einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem irischen Premierminister *Bruton* und dem Vorsitzenden der EU-Kommission, *Santer*. Es versteht sich von selbst, dass alles, was das Ergebnis dessen vorwegnimmt, was nach einer Vereinbarung beider Parteien Teil endgültiger Verhandlungen sein sollte, bei der Schaffung von Frieden nicht hilfreich sein kann, erklärte der Präsident. Auf eine spätere Frage, ob erweiterte israelische Siedlungen nicht nur nicht hilfreich, sondern ein Friedenshindernis seien, antwortete *Clinton* mit einem entschlossenen «Absolut».

Die kritische Distanz *Clintons* zum israelischen Regierungschef war schon vor den israelischen Wahlen im Mai bekannt, bei denen der amerikanische Präsident kein Hehl aus seiner Sympathie für den Amtsinhaber *Peres* gemacht hatte. Dennoch hatte sich *Clinton* bisher in der Öffentlichkeit deutlicher Kritik an der neuen Likud-Regierung enthalten. Jerusalem hat zwar seine Verpflichtung zur Erfüllung zweier in Washington unterzeichneter Abkommen früherer Regierungen mit den Palästinensern anerkannt, verzögert aber zum Teil ihre Durchführung. Das gilt unter anderem für die längst vereinbarte Verlegung israelischer Soldaten in Hebron, über deren Modalitäten Israel die Palästinenser zu weiteren Verhandlungen veranlasst hat. Dazu erklärte *Clinton* vor der Presse, die beiden Parteien hätten seit einiger Zeit schon, mit geringen Meinungsunterschieden, eine Einigung über Hebron in Reichweite. Es sei jetzt an der Zeit, zu einer Übereinkunft zu kommen.

Kritik an der Siedlungspolitik wurde auch in einem Brief acht ehemaliger aussenpolitischer Amtsträger der USA an *Netanyahu* vorgetragen. Die drei früheren Aussenminister *James Baker*, *Lawrence Eagleburger* und *Cyrus Vance*, die drei ehemaligen Sicherheitsberater *Zbigniew Brzezinski*, *Frank Carlucci* und *Brent Scowcroft*, sowie die beiden früheren Nahost-Unterhändler *Robert Strauss* und *Richard Firkbank* betonten, dass eine Erweiterung von jüdischen Siedlungen in Westjordanien sehr kontraproduktiv sei. Eine solche Politik könnte den Fortschritt, der durch den Friedensprozess in den letzten zwei Jahrzehnten gemacht wurde, zum Stillstand bringen. Ein Sprecher des israelischen Regierungschefs liess erkennen, dass das Schreiben in Jerusalem wenig Eindruck gemacht hatte. Er bezeichnete die Unterzeichner als Leute, die sich in ihrer Amtszeit als nicht sehr israelfreundlich erwiesen hätten.

Das israelische Kabinett hat sich mit den getrübbten Beziehungen zur amerikanischen Administration befasst. Ministerpräsident *Netanyahu* meinte anschliessend, Israels umstrittene Siedlungspolitik stimme mit dem überein, was er nach seinem Amtsantritt Präsident *Clinton* erklärt habe. Im Klartext heisst das, dass in bestehenden Siedlungen weiter gebaut wird, dass Israel dafür aber keinen privaten palästinensischen Boden enteignet und dass über die Errichtung neuer Siedlungen nur das Regierungsplenum entscheiden darf.

Damit scheint die Verstimmung zwischen Washington und Jerusalem jedoch nicht ausgeräumt. So spielen die USA offenbar mit dem Gedanken, die Israel gewährten Kreditgarantien zu streichen, sollte Jerusalem an seiner Siedlungspolitik festhalten. Das zumindest meldete die Zeitung «Jediot Acharnot» unter Berufung auf offizielle Kreise in Washington. Gemeint ist damit eine noch vom früheren Präsidenten *George Bush* eingeräumte Kreditgarantie von 10 Milliarden Dollar. Israel hat 2,7 Milliarden noch nicht genutzt. Dieser Betrag ist jetzt möglicherweise gefährdet. Zwar fehlt bisher noch die offizielle Bestätigung, doch die Meldung charakterisiert die trübe Stimmung treffend.

In Hebron zählen mittlerweile Brandbomben gegen militärische Einrichtungen – sowohl ziviler als auch militärischer Art – zum normalen Alltag. Allein an einem Tag wurden auf der Strasse vor der jüdischen Siedlung Beth Hadassah vier Brandbomben gezählt. Dann wieder wurden zwei Molotowcocktails gegen einen Unterstand der israelischen Armee geworfen. In allen Fällen richteten die Brandbomben keinen Schaden an.

Auf der anderen Seite reisten kürzlich Hunderte von religiösen Juden aus Israel nach Hebron, um den Sabbat mit den dort

lebenden jüdischen Siedlern zu verbringen. Demgegenüber besuchten zahlreiche Aktivisten der Friedensbewegung «Frieden Jetzt» den palästinensischen Bürgermeister der Stadt, um den Palästinensern Hebrons den Rücken zu stärken. Die israelische Armee gestattete unterdessen die Öffnung der Universität von Hebron, die vor mehr als einem Jahr auf ihren Befehl geschlossen worden war. Gemäss israelischen Angaben sollen auf dem Campus die Terrorangriffe auf israelische Autobusse im vergangenen Frühling geplant worden sein.

Zu einem schweren Vorfall kam es, als ein israelischer Fanatiker in Hebron wahllos auf palästinensische Marktbesucher schoss und dabei sechs Personen zum Teil schwer verletzte.

Die Tat ereignete sich gegen 10 Uhr morgens. Der Soldat erschien auf dem Platz vor dem Gemüsemarkt in Hebron, zückte sein Gewehr und begann, wild in die Menge der palästinensischen Marktbesucher zu schießen. Es gelang ihm, etwa zwanzig Schüsse abzugeben, bevor er von einem israelischen Offizier, der an diesem Ort postiert war, niedergedrückt und entwaffnet wurde. Wenig später wurden die verwundeten Palästinenser in das Spital von Hebron eingeliefert. Der Schütze wurde der Polizei übergeben. Bei seiner Festnahme rief er aus: «Hebron für immer und ewig.» Weiter sagte er, dass er völlig normal und auf seine Tat, mit der er eine Verhinderung des Hebron-Abkommens erreichen wollte, stolz sei. Seine Tat sei auch ein Racheakt für die Ermordung des Extremisten Rabbi *Kahane*, die Tötung des Massenmörders Baruch *Goldstein* sowie den Tod des von Palästinensern entführten Soldaten Nachshon *Wachsman*.

Alle politischen Gruppen in Israel verurteilten diese Schandtate mit den schärfsten Worten. Palästinensische Sprecher wie-

sen darauf hin, dass nicht die 400 jüdischen Siedler in Hebron vor Übergriffen durch Extremisten bedroht sind, sondern dass es die palästinensischen Bewohner der Stadt seien, die vor Terrorattentaten geschützt werden müssen. Die extremistischen Siedler in den jüdischen Enklaven der Stadt stellten eine Zeitbombe dar und müssten sobald als möglich aus dem Zentrum der Stadt ins nahegelegene Kiryat Arba, eine an Hebron angrenzende jüdische Siedlung mit ein paar tausend Einwohnern, umgesiedelt werden. Bis das geschehe, sollten sie zumindest entwaffnet werden. Hingegen liessen die extremistischen islamistischen Organisationen Hamas und Islamischer Jihad verlautbaren, dass sie für die Untat Rache nähmen.

Bei den Vernehmungen stellte sich heraus, dass schon der Schuldirektor des Attentäters empfohlen haben soll, ihn vom Militärdienst zu befreien, er wurde trotzdem ausgehoben. In den Monaten seiner Rekrutenzeit soll er durch abnormales Verhalten aufgefallen sein; es blieb ihm aber erlaubt, weiter in der Armee zu dienen und auch eine Waffe zu tragen. Die Mutter des Mannes erklärte, sie sei entsetzt und könne sich das Verhalten ihres Sohnes nicht erklären. Den palästinensischen Verletzten wünschte sie rasche Genesung.

Ebenfalls wurde bekannt, dass der Soldat möglicherweise einen Mittäter gehabt habe; ein Soldat, der in der gleichen Basis diente, wurde gleichentags festgenommen.

Kurz nach dem Zwischenfall begaben sich der israelische Verteidigungsminister *Mordechai*, der Generalstabschef Amnon *Shachak* sowie der Chef der palästinensischen Sicherheitspolizei, Jibril *Rajoub*, nach Hebron. Alle versuchten, eine Ausweitung der Gewalt zu verhindern. Die israelische Armee verhängte zuerst eine Ausgangssperre über Hebron, doch *Mordechai* hob diese Massnahme auf Anraten des Bürgermeisters Mustafa *Natshe* wieder auf.

Autonomiechef *Arafat* rief seine Landsleute von Gaza aus zur Mässigung auf und Oberst *Rajoub* wies seine Leute an, eine Ausbreitung der Gewalt unter allen Umständen zu verhindern. Die Zusammenarbeit zwischen den israelischen und den palästinensischen Sicherheitskräften klappte laut israelischen Angaben vorzüglich, was der einzig positive Aspekt der traurigen Affäre war. Bezeichnenderweise hätten sich palästinensische Polizisten vor der Unterzeichnung des Vertrages noch gar nicht in Hebron befinden dürfen. Ihre Präsenz half, Schlimmes zu verhüten. Ein Treffen zwischen dem israelischen Generalstabschef und Siedlern aus Hebron endete abrupt, nachdem der rabiate Rabbi *Levinger* beleidigende Äusserungen gegenüber der Armee gemacht hatte. *Shachak* stürmte wütend aus dem Zimmer.

Ministerpräsident *Netanyahu* telefonierte kurz nach der Tat mit Autonomiechef *Arafat* und verurteilte das Attentat. Er rief nach einer schnellen Beendigung der Verhandlungen über die Umgruppierung israelischer Truppen in Hebron. Die Atmosphäre der Unsicherheit sei unhaltbar. Präsident *Weizman*, der sich zum Zeitpunkt des Attentats auf Staatsbesuch in Indien befand, erwog, die Reise abubrechen, besann sich aber dann eines anderen, damit nicht der Eindruck einer Krise erweckt würde.

Dieser Anschlag in Hebron hat einmal mehr gezeigt, wer die Leidtragenden der israelischen Sicherheitsbesessenheit sind: Die Palästinenser. Einmal mehr ist deutlich geworden, wie ungerecht es ist, stets nur die Sicherheitsinteressen der Israeli, aber nie jene der Palästinenser zu berücksichtigen und zu fördern. Auch wenn israelischen Soldaten in Hebron zugutegehalten werden muss, dass sie ihren äusser Rand und Band geratenen Kameraden die Waffe entwunden und auf diese Weise Schlimmeres verhüten haben, muss doch daran erinnert werden, dass die Regierungen Israels auch jene *Rabins* und *Peres*, die

religiös verbrämte Landnahme fanatischer jüdischer Siedler in Cisjordanien gedeckt und jene dazu ermuntert haben.

Nur blanker Zynismus der Macht kann die Regierung *Netanyahu* nach dem Anschlag in Hebron noch daran hindern, den überfälligen Rückzug aus Teilen dieser Stadt vorzunehmen, die übrigen vertraglichen Verpflichtungen, darunter die ebenfalls überfällige militärische Räumung der ländlichen Gebiete Cisjordanien umgehend zu erfüllen und die Verhandlungen über den endgültigen Status der besetzten Gebiete einschliesslich Ostjerusalems wiederaufzunehmen. In der Präambel des in Washington unterzeichneten israelisch-palästinensischen Interimabkommens heisst es, jene Verhandlungen über den permanenten Status der besetzten Gebiete hätten zum Ziel, die vom Sicherheitsrat in der Resolution 242 gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Die Resolution 242 sieht den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten vor und verwirft den Erwerb von Territorien durch Krieg. In ihr hat die Welt Israel und dem jüdischen Volk schon vor vielen Jahren einen Schlüssel zur Selbstfindung und zum friedlichen Zusammenleben mit den arabischen Nachbarn angeboten. Sie ist sicher nicht als erhobener moralischer Zeigefinger zu verstehen, sondern als ein Stückchen politischer Weltklugheit und Weisheit. Ein Stück Hoffnung vielleicht auch in einer zerrissenen Welt, in der sich noch viele Völker, nicht nur Israel, unendlich schwertun, Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn zu halten.

Es wäre wünschenswert, dass die Wortführer der Juden Amerikas in ihren Argumentationen beachten, dass alles, was sie der Welt oder zur Zeit der Schweiz sagen, auch an der Realität des Staates Israel und des in diesem Staat lebenden jüdischen Volkes gemessen wird. Damit soll das Unrecht der einen nicht gegen das Unrecht der anderen aufgewogen werden. So zynisch denkt kein Europäer, kein Schweizer. Allerdings wissen die

Völker, die seit Jahrhunderten in den Staaten Europas ihr Schicksal leben, wieviele Verstrickungen, Unrecht und Leid das Miteinander der Staaten und Völker mit sich bringt. Auch der Staat Israel macht heute diese unvermeidliche Erfahrung und muss ebenso damit fertig werden, wie die Europäer auch. Kein europäisches Land kann mehr «unschuldig» anderen Ländern moralische Vorhaltungen machen. Jedes Land hat historisch «Dreck am Stecken». Vielleicht liegt in dieser zugegebenen nicht besonders ansehnlichen Wahrheit aber auch der Schlüssel für die humane Zukunft. Vielleicht muss auch das jüdische Volk dies erst wieder lernen, dass nämlich die Zeit des auf dem Erdball irrenden, unschuldig verfolgten Juden vorbei ist, dass es wieder einen jüdischen Staat gibt, der auch (zwangsläufig) Unrechtes tut. Wenn den Juden Amerikas das unrechte Tun eines Landes wie die Schweiz im Zweiten Weltkrieg ernsthaft so «skandalös» erscheint, wie sie es der Welt vortragen, dann möchte man ihnen raten, nicht mehr in den Spiegel ihrer alttestamentarischen Geschichte zu schauen. Der Schock könnte nämlich zu gross für sie sein ob all der Untaten, die den eigenen Gott in masslosen Zorn versetzten.

Vom grossen französischen Psychoanalytiker Jacques *Lacan* stammt die bedrückende Aussage, dass es ein gefährlicher Irrtum sei, das Phänomen des «nazisme» sei mit dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland überwunden worden. Im Gegenteil, behauptet *Lacan*, der wahre Moloch der Entmenschlichung stehe unseren Kulturen erst noch bevor. Wer die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien verfolgt hat, wird sich dem Ernst dieser Gedanken nicht verschliessen.

Deshalb ist es unendlich wichtig, dass wir uns als einzelne sowie kollektiv immer wieder mit dieser finsternen Epoche kritisch auseinandersetzen. Es reicht nicht aus, gebetsmühenhaft

zu wiederholen, die Nazis sind an allem schuld. Diese oder ähnliche holzschnittartige Denkmuster versperren jeglichen differenzierten Zugang zur Geschichte und letztlich zur Gegenwart und zur Zukunft. Die Juden Amerikas mögen vielleicht meinen, dass derartige moralisch angereicherte Schlaglichter aus der Geschichte auch ganz gut auf die Schweiz passen könnten, aber die europäische Geschichtsschreibung ist schon längst zu differenzierteren Betrachtungsweisen gelangt. Eine Erkenntnis hat sich mittlerweile durchgesetzt und kann nicht mehr ernsthaft bestritten werden: auch die damaligen Alliierten tragen Mitschuld am Massaker, nicht durch mörderisches Handeln, sondern durch vielfältiges Unterlassen.

In der Wochenzeitung «Die Zeit» erschien Ende Januar 1997 von Karlheinz *Janssen* nachstehender Bericht:

«Die Alliierten wussten viel mehr vom Holocaust, als sie zugeben. Geahnt hatte man es schon lange, dass die militärische Aufklärung der Briten, der es nach und nach gelungen war, die Funksprüche der deutschen Wehrmacht zu entschlüsseln, auch Informationen über den Holocaust gesammelt hat. Bereits 1980 tat der amerikanische Historiker und Publizist Walter *Laqueur* kund, die sagenhafte Dechiffrierzentrale im Bletchley-Park habe 1941 den SS-Code geknackt. Nur ist der grösste Teil dieses Geheimdienstmaterials in England bis heute top-secret».

Bestätigt wurde die Vermutung *Laqueurs* im vorigen November durch den Washingtoner Geschichtsprofessor Richard *Breitman*. Er hatte zusammen mit Kollegen durchgesetzt, dass die britischen Abhörprotokolle, von denen seit über einem halben Jahrhundert Kopien in den Tresoren der National Security Agency lagen, für die amerikanische Öffentlichkeit freigegeben wurden.

Es handelt sich um Erfolgsmeldungen der SD-Einsatzgruppen und Polizeibataillone, die im Sommer 1941 den in die Sowjetunion eindringenden deutschen Armeen auf dem Fusse folgten: insgesamt 282 engbeschriebene Seiten mit Fernschreiben aus dem Zeitraum vom 18. Juli bis zum 13. September. Danach trat Funkstille ein. Das Reichssicherheitshauptamt hatte angeordnet, Berichte über die Massenerschiessungen im Baltikum, in Weissrussland und in der Ukraine nur noch per Kurier nach Berlin zu übermitteln.

Natürlich freuen sich die Zeithistoriker, jetzt im Detail nachlesen zu können, was deutsche und amerikanische Forscher schon im Grossen und Ganzen in den achtziger Jahren aufgearbeitet hatten. Was jetzt als Sensation verkauft wird, ist längst bekannt. Die «Vernichtung der jüdischen Rasse» in Europa, die Adolf *Hitler* am 30. Januar 1939 für den Fall eines Krieges androhte, begann im grossen Stil mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und nicht erst mit der Wannsee-Konferenz im Januar 1942, deren Bedeutung Eberhard *Jäckel* vor einigen Jahren relativiert hatte.

Ebenfalls seit Langem weiss man, dass, ehe die Schlote der Krematorien in den Todesfabriken zu qualmen begannen, im ersten halben Jahr des Russlandfeldzuges über eine halbe Million Juden ermordet worden sind. Ähnliche Zahlen standen schon 1942 in angelsächsischen Zeitungen!

Dem Kriegspremier Winston *Churchill* wurden fast jeden Tag die abgehörten Funksprüche des Feindes einzeln oder zusammengefasst auf den Tisch gelegt, und er hat sie auch gelesen. Aber warum hat er diese Verbrechensbeweise im Panzerschrank verschlossen? Die Antwort liegt auf der Hand: Der Feind sollte nicht merken, dass er belauscht wurde. Vor ein paar Jahren wurden in London Dokumente veröffentlicht, denen zufolge *Churchill* auch 1942 an der Entschlüsselung des SS-Codes partizipiert hatte. So erfuhr er, dass im Vernichtungs-

lager Auschwitz allein in einem einzigen Monat 6'829 Männer und 1'525 Frauen umgekommen waren, nicht zuletzt als Opfer einer Flecktyphusepidemie. Die Deportationszüge rollten weiter von den Alliierten unbehelligt nach Oberschlesien.

Immer wieder wird den westlichen Demokratien vorgeworfen, sie hätten während des Krieges das Wissen über den Holocaust unterdrückt und so gut wie nichts unternommen, um Millionen jüdischer Europäer zu retten. Die Kritiker vergessen dabei, dass schon in der Vorkriegszeit jüdische Flüchtlinge aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei nirgendwo mit offenen Armen aufgenommen wurden. Im Gegenteil: Die Vereinigten Staaten hielten die Einwanderungsquoten niedrig; die Engländer, die es nicht mit den Arabern verderben wollten, achteten streng darauf, dass nicht zu viele Juden in ihr Mandatsgebiet Palästina einwanderten; und auf den Meeren irrten Flüchtlingsschiffe umher, denen die Zielhäfen verschlossen blieben.

Zwar schlugen die Wellen der Empörung in der westlichen Welt hoch, als die Nazis im Frühjahr 1933 jüdische Geschäfte boykottierten und 1938 die Synagogen in Brand steckten und 30'000 Juden in Konzentrationslagern einsperrten. Aber kein Staat brach deswegen die Beziehungen zum Grossdeutschen Reich ab. Den Krieg haben England und Frankreich nicht der deutschen Juden wegen erklärt, sondern weil die Wehrmacht über Polen hergefallen war.

In den Jahren 1941/42, als die Deutschen Millionen Juden umbrachten oder verschleppten, war ein Sieg der Alliierten noch keineswegs sicher. England litt unter dem Unterseebootkrieg und konnte lediglich seine Bomberwaffe gegen Deutschland einsetzen. Die Amerikaner mussten sich zunächst der Japaner erwehren und brauchten in ihrer Gründlichkeit ein Jahr Vorbereitung, ehe sie den Sprung über den Atlantik wagten.

Die deutschen Panzer standen vor Kairo und bedrohten Baku, und die Militärs – selbst ein *Stauffenberg* – träumten von einem Zangenangriff im Nahen Osten, der die britische Vorherrschaft gebrochen hätte. Schutzlos waren die Juden in den besetzten Gebieten und in einigen Satellitenstaaten ihren Todfeinden ausgeliefert.

Die Regierungen in England und Amerika und, in selbstaufgelegter Disziplin, auch Rundfunk und Presse haben in den ersten Kriegsjahren das Leiden der verfolgten Juden als zweitrangig behandelt. Über die Massaker wurde zumeist nur auf den Innenseiten der Blätter berichtet. Britische Journalisten wollten vor allem keine Greuelpropaganda wie im Ersten Weltkrieg. Deshalb sollte nur gedruckt werden, was belegbar war oder aus zuverlässiger Quelle stammte.

Von Anfang an hüteten sich die westlichen Alliierten davor, einen Kreuzzug zur Rettung der Judenheit auszurufen. Ohnehin war es nicht leicht, Soldaten aus Übersee für einen Krieg im fernen Europa zu begeistern. Rücksicht auf den sowohl in England als auch in den Vereinigten Staaten noch viel häufiger als heutzutage anzutreffenden Antisemitismus schien vor allem den höheren Ministerialbeamten in den Aussen- und Kriegsministerien geboten. (Der US-Finanzminister Henry *Morgenthau* nannte sie «gleichgültig, gefühllos und vielleicht sogar feindselig».) Da mischten sich auch mal Stimmen ein, man könne sich nicht dauernd mit jammernden Juden ablagen.

In einem erstaunlichen Ausmass gelangten vom Herbst 1939 an Nachrichten über die Not der polnischen Juden in den Westen. Kuriere und Funker der Untergrundbewegung (Heimarmee), Geschäftsreisende, Flüchtlinge, Deserteure, Rotkreuzvertreter, Priester schilderten, wie die Menschen zu Hunderttausenden von Haus und Hof verjagt, in Ghettos zusammengepfercht, Hunger, Krankheit und Elend ausgesetzt wurden.

Einen Schock für die öffentliche Meinung und erst recht für die polnische Exilregierung in London verursachten dann im Mai 1942 Berichte der jüdischen Arbeitervereinigung «Bund», die von ihrem Vertreter in London, Szmuel *Zygielbojm*, der britischen Presse zugespielt wurden.

«Mehr als 700'000 polnische Juden sind in den grössten Massakern der Weltgeschichte abgeschlachtet worden», hiess es im «Daily Telegraph». Diese Zahl wurde nach einer Woche auf über eine Million erhöht (tatsächlich waren es zu diesem Zeitpunkt schon anderthalb!).

Zum erstenmal erfuhr die Welt von den Gaskammern, die – nach Vorproben in Auschwitz an sowjetischen Kriegsgefangenen und kranken polnischen Häftlingen – im Lager Chelumno in Betrieb genommen wurden. Dort waren von Dezember 1941 bis März 1942 im Schnitt 1'000 Menschen – Juden und auch Zigeuner – pro Tag vergast worden. Von Pogromen konnte man nicht länger reden: Hier wurde planmässig die von *Hitler* in seinen jüngsten Reden abermals prophezeite Ausrottung der europäischen Juden vollzogen.

Der wichtigste Umschlagplatz für Nachrichten vom Holocaust im besetzten Europa wurde die neutrale Schweiz. Hier haben sich zwei Männer hervorgetan, die während des ganzen Krieges mit unermüdlichem Einsatz Beweise für das unglaubliche Menschheitsverbrechen sammelten: der aus Deutschland emigrierte junge Anwalt Gerhart *Riegner*, Vertreter des Jüdischen Weltkongresses in Genf, und der ehemals führende deutsche Zionist Richard *Lichtheim*, am selben Orte Horchposten der Jewish Agency for Palestine.

Ende Juli 1942 kamen zwei Boten aus Deutschland mit ungeheuerlichen Informationen ins Nachbarland. Der eine war Oberstleutnant Arthur *Sommer* vom Wirtschaftsamt des Oberkommandos der Wehrmacht, der seinem Kollegen, dem Ökonomeprofessor Edgar *Salin*, einen Zettel im Briefkasten hinterliess: «Im Osten werden Lager vorbereitet, in denen alle Ju-

den Europas und ein Teil der russischen Kriegsgefangenen mit Gas vernichtet werden sollen.» *Salin* möge diese Nachricht unverzüglich an *Churchill* und an *Roosevelt* weiterleiten. *Sommer* stellte sich vor, tägliche Warnungen über die BBC könnten das Zünden der Gasöfen noch verhindern. Aber in mehreren Lagern wurden schon seit Monaten Menschen mit Zyklon B umgebracht. *Salin* hat versucht, die Warnungen über Mittelsleute an den Mann zu bringen, aber, wie Raul *Hilberg* festgestellt hat, sie sind anscheinend ohne Wirkung verpufft.

Wie eine Bombe schlug jedoch die Botschaft ein, die der Unternehmer *Eduard Schulte*, Generaldirektor der schlesischen Bergwerksgesellschaft *Georg von Giesches Erben* in Breslau (30'000 Beschäftigte), am 30. Juli 1942 seinem Geschäftspartner *Isidor Koppelman* überbrachte. *Schulte* war ein Jagdfreund des pommerschen Gutsbesitzers und unerbittlichen Nazigegners *Ewald von Kleist-Schmenzin*, der nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet wurde. Er selber hielt schon vor 1933 die Nazis für Verbrecher. Als er von einem längeren Besuch *Himmels* in Auschwitz erfuhr, reiste er sofort in die Schweiz. Seine Mitteilung gelangte über verschiedene Personen schliesslich zu *Riegner*, der zunächst skeptisch war, da man ihm den Namen des Boten verheimlichte. Doch dann ging ihm plötzlich ein Licht auf, warum die Nazis in den letzten Monaten aus Frankreich, den Beneluxstaaten und auch aus Berlin Juden in den Osten deportiert hatten. So schickte er dann Telegramme nach London und Washington:

«erhielt alarmierenden bericht in fuehrerhauptquartier sei plan diskutiert und erwogen dreieinhalb bis vier millionen juden in den von deutschland besetzten und kontrollierten gebieten nach deportation und konzentration im osten mit einem schlag vernichtet werden sollen, um die judenfrage in europa

ein fuer allemal zu loesen – stop – aktion ist fuer herbst geplant, art der ausfuehrung noch nicht festgelegt – stop – die rede war von blausaeure – stop – uebermittlung der nachricht mit allen gebotenen vorbehalten, da wir die richtigkeit nicht ueberpruefen koennen (zu diesem Einschub hatte ihm *Riegners* Lehrer, der Professor für internationales Recht Paul *Guggenheim* geraten) – stop – informant soll enge beziehungen zu hoechsten deutschen stellen haben und ist als zuverlaessig bekannt.

Im State Department und im Foreign Office wollte man sich nicht gleich auf diese heikle Sache einlassen, da sie den Diplomaten zu phantastisch erschien, zumal der Bote anonym blieb. Rabbi Stephen *Wise*, der Vorsitzende des American Jewish Congress, erfuhr den Inhalt des Fernschreibens nur auf dem Umweg über den Labour-Abgeordneten Sidney *Silverman* vom britischen Jüdischen Weltkongress.

Niemand im Westen wusste bis dahin, dass der Holocaust bereits in sechs Vernichtungslagern praktiziert wurde. *Schultes* Warnung hinkte also den Ereignissen hinterher; auch sollten die Millionen Juden keineswegs «mit einem Schlag» erledigt werden.

In den kommenden Wochen sammelten *Riegner* und *Lichtheim* so viele neue Informationen, dass die alliierte Diplomatie gar nicht mehr umhinkonnte, die Mitteilungen *Schultes* ernst zu nehmen. Der hatte inzwischen behauptet, es gebe einen Führerbefehl zur Vernichtung der Juden; das gleiche wollte der ehemalige Völkerbundkommissar in Danzig, Carl J. *Burckhardt*, Vizepräsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, gehört haben. (Ein solcher Befehl ist bis heute nicht gefunden worden.)

Am 22. Oktober 1942 suchten *Riegner* und *Lichtheim* gemeinsam den amerikanischen Gesandten in der Schweiz, Leland *Harrison*, auf und übergaben ihm ein Dossier, indem sie

alles, was sie inzwischen über den Holocaust wussten, zusammengestellt und mit Dokumenten ergänzt hatten. Kurz darauf informierten sie auch die britische Vertretung. Von nun an konnte unter den Verantwortlichen in Washington und London und bei den Juden in Palästina niemand mehr die Augen vor dem Grauen verschliessen.

Mehr und mehr bemächtigte sich auch die Presse des politisch noch immer heiklen Themas. Allerdings brauchten die jüdischen Führer in Palästina und in den USA viele Monate, die Vernichtung der europäischen Judenheit als gegebene Tatsache hinzunehmen. Einige klammerten sich an Zahlenspiele und sprachen von zwei Millionen Toten, wo doch schon die Leichen von vier Millionen verbrannt oder in Massengräbern verscharrt waren.

Nicht den viel zu vorsichtigen Forderungen der Judenvertreter in den Vereinigten Staaten war es zuzuschreiben, dass sich im November des Jahres 1942 auf einmal eine internationale Reaktion auf die nationalsozialistischen Untaten entwickelte, sondern den Appellen des polnisch-jüdischen Untergrunds. Seine Botschaft an die Vereinten Nationen des Westens wird von dem ehemaligen nichtjüdischen Kavallerieoffizier Jan *Karski* überbracht, der bei Kurierfahrten durch das besetzte Europa schon mehrmals sein Leben riskiert hatte.

Wie *Karski* viel später, nun Professor in Amerika, enthüllt hat, wurde von den alliierten Westmächten und der polnischen Exilregierung die öffentliche Erklärung verlangt, dass es Teil ihrer Kriegsstrategie sei, die Ausrottung der Juden zu verhindern. Durch Flugblätter und über Rundfunk sollte das deutsche Volk über die Verbrechen aufgeklärt und zugleich aufgerufen werden, auf seine Regierung Druck auszuüben. Bei Nichtbefolgen würden der Nation Repressalien angedroht, zum Beispiel Vergeltungsangriffe aus der Luft. Uneinsichtige deutsche

Kriegsgefangene oder Auslandsdeutsche müssten gegenwärtig sein, für die Verbrechen verantwortlich gemacht zu werden.

Vom Exilpräsidenten der Polnischen Republik, Wladyslaw *Raczkiewicz*, erwarteten die Untergrundkämpfer, er solle den Papst um Schutz für die Juden ersuchen: öffentlich verkündete Exkommunikationen könnten das deutsche Volk, eventuell sogar den Katholiken *Hitler*, zum Nachdenken bringen. Zur Rettung jüdischer Bürger, vor allem in den Ghettos, wurde um Geld, Medikamente, Lebensmittel und Kleidung gebeten. Schliesslich sollte General *Sikorski*, Regierungschef und Oberbefehlshaber, den Widerstandskämpfern, die sich in den Ghettos formierten, Waffen der Heimatarmee aushändigen lassen.

Auch wenn die meisten Forderungen nicht erfüllt wurden, fühlten sich die Exilpolen in London und auch die alliierten Politiker aufgerüttelt, besonders durch die Erzählungen *Karskis* vom Sterben der Menschen im Warschauer Ghetto. Sogar Präsident *Roosevelt* empfing den Kurier, gab ihm aber nur die Worte mit auf den Weg, er solle seiner Nation sagen, «dass wir den Krieg gewinnen.» Ähnliche Sprüche hatte der US-Präsident parat, wenn jüdische Vertreter bei ihm Trost suchten

Unter dem Druck der Exilpolen, des Jüdischen Weltkongresses und der Presse schlug der britische Aussenminister Anthony *Eden* den verbündeten Grossmächten eine Erklärung der UN vor. Trotz amerikanischer Bedenken setzte sich Eden durch: Am 17. Dezember verurteilten Amerika, Grossbritannien und die Sowjetunion nebst den acht Exilregierungen der von den Deutschen eroberten Länder sowie das Nationalkomitee General *de Gaulles* gemeinsam Deutschlands «bestialische Vernichtungsmethoden aufs schärfste». Die über BBC ausgestrahlte Anklage war unmissverständlich:

«Von keinem der Deportierten hat man je wieder gehört. Die Arbeitsfähigen werden in Lagern zu Schwerarbeit gezwungen bis sie vor Erschöpfung sterben. Die Kranken und Schwachen lässt man an Unterkühlung oder Hunger sterben, oder sie werden kaltblütig massenweise hingemordet.»

Auf Anregung des sowjetischen Botschafters *Maisky* wurde die Zahl der unschuldigen Opfer «auf viele Hunderttausende» geschätzt. Nachdem Aussenminister Anthony *Eden* die UN-Erklärung im Unterhaus verlesen hatte, erhoben sich die Abgeordneten zum stillen Gedenken.

Hingegen scheiterte der Versuch der angloamerikanischen Diplomatie, Papst *Pius XII.* zu bewegen, sich der Erklärung anzuschliessen. Die katholische Kirche wusste genau, was in Polen geschehen war. Hätte der Papst Deutschland, das er zu dieser Zeit noch als Bastion gegen den heidnischen Bolschewismus ansah, anklagen wollen, so musste er auch die Kriegsverbrechen der Russen aufgreifen. Da die Kirche für ihre Gläubigen in allen Ländern dazusein hatte, zog sich der Vatikan in Sachen Holocaust auf die unverbindliche Formel zurück, die Berichte über den Massenmord an den Juden seien nicht nachprüfbar (übrigens weigerte sich das britische Kabinett noch 1943, die Gaskammern öffentlich zu erwähnen).

Papst *Pius XII.* gedachte in seiner Radioansprache zu Weihnachten 1942 der Hunderttausende, «die ohne jedes Verschulden, manchmal nur wegen ihrer Nationalität oder Rasse, dem Tod oder einem langsamen Siechtum überantwortet sind».

Neben der Kirche gab es eine andere moralische Institution, von der sich die Juden in ihrer Not noch viel mehr Hilfe erhofften: das Internationale Rote Kreuz. Da immer mehr Schreckensmeldungen aus dem Osten die Schweiz erreichten, berief das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf

für den 14. Oktober 1942 eine Vollversammlung ein, um über einen Appell an die kriegführenden Mächte zu beraten. Die Erklärung unterblieb, da die Argumente der Spitze und der Politiker alle überzeugten: Man wollte weder die Neutralität der Schweiz aufs Spiel setzen noch riskieren, dass *Hitler* die Genfer Konventionen kündigte. Die Delegierten in den einzelnen Ländern wurden deshalb angewiesen, «sich um die Juden nur mit grösster Diskretion und Vorsicht zu kümmern».

Zwar hat das Rote Kreuz zwischen 1943 und 1945 – inzwischen hatte sich das Kriegsglück von den Deutschen abgewendet – rund 120'000 Hilfspakete an die Konzentrationslager im Reich versandt. Aber da war das Ansehen des IKRK längst lädiert, zumal es, so der Genfer Historiker Jean-Claude *Favez*, «das Risiko nicht einging, das ganze Gewicht seiner moralischen Autorität in die Waagschale zu werfen».

Im Frühjahr 1944 schien sich zum erstenmal für die Alliierten eine Chance zu bieten, den Holocaust zumindest zeitweise mit militärischen Mitteln zu unterbrechen. Am 7. April flohen zwei junge slowakische Häftlinge aus dem Lager Auschwitz-Birkenau: *Walter Rosenberg* alias *Rudolf Vrba* und *Alfred Wetzler*. Sie wollten die Welt über die Zustände in Auschwitz aufklären und eine Million ungarische Juden vor ihrer Deportation warnen, auf die sich die SS schon vorbereitete. Die Warnung kam zwar via Slowakei in Budapest an, wurde aber von den Judenräten geheimgehalten. Sie wollten ihre Verhandlungen mit der SS über ein Tauschgeschäft (10'000 Lastwagen gegen KZ-Häftlinge) nicht stören lassen. (Ist es nicht nur töricht, sondern geradezu pervers, dass sich die Judenführer selbst in einer aussichtslosen Lage noch verkaufen, statt die Öffentlichkeit weltweit dazu zu bewegen, einem solchen bestialischen Morden durch Druck ein Ende zu bereiten? sic.) Judenverfolger

Eichmann konnte nun in aller Stille die Deportation organisieren. Seit Mitte Mai rollten die Züge nach Auschwitz und nach sechs Wochen waren schon 437'000 Männer, Frauen und Kinder mit Gas gemordet worden.

Anfang Juni tauchten noch zwei Flüchtlinge in der Slowakei auf. Sie berichteten, jeden Tag würden 12'000 Juden getötet; da die Krematorien nicht ausreichten, verbrenne man viele Leichen in grossen Gräben. Vierzehn Tage später hielt Gerhart *Riegner* in Genf die zusammengefassten Berichte der vier Flüchtlinge in Händen. Er handelte sofort: Die zuständigen Stellen in London, Washington und Palästina wurden alarmiert. Mit einemmal war das Vernichtungslager Auschwitz, das alle anderen Todesfabriken der Nazis in den Schatten stellte, weltbekannt – sieben Monate vor der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee.

Als im Mai 1944 die Deportationen aus Ungarn einsetzen, forderten jüdische Gruppen von den Alliierten, die Bahnlinien nach Auschwitz zu bombardieren. Alle Bitten wurden mit dem Argument abgelehnt, dass wegen kriegswichtiger Operationen keine Flugzeuge für solchen Zweck abgezweigt werden könnten. Die Angriffe erübrigten sich schliesslich, da der ungarische Reichsverweser *Miklos von Horthy* – auf Drängen ausländischer Staatsoberhäupter, unter ihnen auch der Papst – die Deportationen am 9. Juli 1944 gestoppt hatte.

Nun verlangten die Juden Vertreter, man solle wenigstens die Gaskammern und Krematorien in Auschwitz zerstören. Dies um so mehr, als inzwischen die Alliierten damit begonnen hatten, in einem Radius von siebzig Kilometern rund um Auschwitz die Hydrierwerke für synthetischen Treibstoff zu bombardieren. Zweimal – im August und im September 1944 – wurden auch die IG-Farben-Werke unweit von Birkenau angegriffen. Es gab hervorragende Luftaufnahmen vom Lager, aber die

Auswerter interessierten sich nur für die Lage der IG-Farben-Fabriken. Die britische und die amerikanische Luftwaffe schoben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu.

Ihre Bedenken wirken hergeholt, denn zur gleichen Zeit haben die Alliierten den Aufstand der polnischen Heimatarmee in Warschau aus der Luft unterstützt. Da das Morden in Auschwitz noch bis in den November andauerte, wird man Walter *Laqueur* recht geben dürfen: «Hunderttausende wären zu retten gewesen.» Soweit der Bericht von Karlheinz Janssen aus «Die Zeit»

Wie aus diesen geschichtlichen Abläufen ersichtlich ist, hatten nicht nur die Alliierten, sondern selbst die Juden und Judenräte es verhindert, dass ihren geschundenen Glaubenbrüdern sofortige Hilfe zukam. Sie glaubten immer noch an die Deutschen und an einen «Handel» mit den Deutschen, die gar nicht daran dachten, die Juden überhaupt überleben zu lassen. *Eichmann* und alle anderen Gestapo-Schergen wollten ganze Arbeit leisten.

In diesem Falle müssten die jüdischen Organisationen auch den Papst und alle Alliierten auf die Anklagebank nehmen. Immerhin haben die Schweizer – wo weltweit kein Land die Juden aufgenommen hat – fast dreissigtausend in der sicheren Schweiz beherbergt.

Es ist also beschämend für die nachkommende Generation der Juden, dass sie den Schweizern nicht die geringste Dankbarkeit und Anerkennung schulden wollen, sondern sie in einer einzigartigen, böswilligen und nur aufs Materielle bedachten Verleumdung weltweit verunglimpfen. Aber zum Glück kennt jedermann diejenigen Juden und sie sind seit Jahrtausenden immer die gleichen, die Unruhe und Zwist stiften, nur um einen Schuldigen zu finden für ihre Schuld und ihr verfehltes Verhalten. Es ist eine Schande für jene Organisationen, die heute noch Kapital aus dem Leid der Holocaust-Opfer ausschlagen wol-

len. Denn es geht ihnen nicht um Gerechtigkeit, sondern um viel Geld! Im Übrigen steht es keinem Staat, keiner Regierung und keiner Organisation zu, uns zu kritisieren, so sie nicht selbst unter gleich bedrängten Bedingungen im Zweiten Weltkrieg gestanden und es nicht besser gemacht haben. Wäre die Schweiz in der Tat so willfährig mit den Nazis gewesen, wie dies die Gegner behaupten, gäbe es heute keine Juden mehr in der Schweiz und auch diejenigen jüdischen Flüchtlinge, die von ihr aufgenommen wurden, wären in den Konzentrationslagern umgekommen.

Inzwischen kennt man die Zahlen der Millionen Ermordeten der Nazidiktatur, sie sind allgemein und abstrakt, kein einzelner Mensch wird sichtbar, keine Geste, kein Gesicht. Das Individuum erlischt in einer Formel. Der «Buchenwald-Report» bedient sich einer anderen Methode. Im Mittelpunkt steht das einzelne Opfer, auch sein ihm gegenüberstehender Folterer. Namen werden genannt, die Anonymität wird aufgelöst. Am 11. April 1945 erreichten erste Verbände der US-Army das nahe Weimar gelegene Buchenwald. Wo einst *Goethe* Musse fand, hatte die SS ihre Domäne errichtet. General *Eisenhower* meldete dem amerikanischen Präsidenten:

«Wir entdecken noch weiterhin deutsche Konzentrationslager für politische Gefangene, in denen unbeschreiblich grausame Zustände herrschen. Ich habe selber eines dieser Lager besucht und versichere Ihnen, dass alles, was über diese Lager veröffentlicht worden ist, Untertreibungen sind.»

Eine Kommission amerikanischer Experten nahm ihre Nachforschungen auf und sammelte die Berichte der Gefangenen. Das Konzentrationslager Buchenwald entstand 1937 in einem

bescheidenen Umfang für 1'000 bis 2'000 Häftlinge; daraus wurde allmählich eine gewaltige Zwingburg, die trotz der zahlreichen Morde auf 80'000 Menschen answoll. Ein Plan zeigt die ungeheure Ausdehnung des Komplexes mit zahllosen Baracken, Genickschussanlagen, Prügelböcken, Quarantänelagern, Krankenstationen, Hundezwingern und Pferdeställen, Postenketten und Wachtürmen. Es gab Kinderlager und Prominentenlager, wo sich, der österreichische Kanzler *Schuschnigg*, die früheren französischen Ministerpräsidenten *Leon Blum* und *Paul Reynaud*, die Industriellen *Fritz Thyssen* und *Hermann Röchling*, eine Tochter des italienischen Königs, Abgeordnete und Offiziere befanden. Die ersten Eingelieferten waren Deutsche, die das Lager erbauen mussten, überwiegend Politische und Kriminelle. Als Büttel der SS besetzten letztere alle internen Funktionen und standen in ihrer Grausamkeit der ihrer Auftraggeber nicht nach. In einem erbitterten Kampf eroberten die politischen Gefangenen die kostbaren Machtpositionen, worauf sich manches besserte, die Willkür der «schwarzen Elite» da und dort gemildert werden konnte. Das geschah vor allem während des Kriegs, da die Lagerfülle die Unübersichtlichkeit immer mehr vergrösserte.

Die SS-Mannschaft erscheint als eine «Bande ausgesuchter Terroristen und Sadisten», die eine unumschränkte Herrschaft ausübte. Die «schwarze Elite» zog ihr blutiges Handwerk dem Frontdienst vor. Tatsächlich war sie einer der Eckpfeiler der Diktatur, von der Grösse ihrer Aufgabe überzeugt. Einige Sadisten zeichneten sich besonders aus. So der langjährige Lagerkommandant *Karl Koch*, den die SS wegen seiner vielfachen Diebstähle in den letzten Kriegstagen erschoss. Seine Frau *Ilse* war nicht besser, sie liess Menschen ermorden, um aus deren Haut und Knochen Lampen herzustellen. Eine beherrschende

Rolle spielte der Erbprinz von *Waldeck-Pyrmont*, SS-Gruppenführer, korrupter Säufer und Wüstling. Er hatte das Gelände am Ettersberg für den Bau des KZ zur Verfügung gestellt.

Einer der Hauptmörder war der Lehrer Wolfgang *Otto*, der fast jeden Tag Menschen schlachtete und zugleich die Kinder der SS-Offiziere unterrichtete.

«Ein anderes Erlebnis werde ich nie vergessen», schreibt Franz *Eichhorn* aus Weimar. «Der Adjutant, Hauptsturmführer Hans *Schmidt*, kam von einer Exekution, bei der er selbst 9 Häftlinge im Krematorium gehängt hatte, nach Hause. Vor der Haustür stand seine Frau mit den Kindern. *Schmidt* nahm sein jüngstes Kind auf den Arm und spielte mit ihm, obwohl er mit denselben Händen, die das Kind streichelten, vorher 9 Menschen erdrosselt hatte.»

Die Serie der Grausamkeiten ist unendlich, immer neue Schändlichkeiten brüteten die Psychopathen aus, erfinderisch und vor nichts zurückschreckend. 1937 wurde ein Pfarrer der Bekenntniskirche, Paul *Schneider*, in den Bunker geworfen, den er erst eineinhalb Jahre später tot verliess. Um die Schlagwunden zu verbergen, wurde die Leiche geschminkt und mit einer Perücke versehen. Kaum besser erging es zwei Priestern aus Maria-Laach, die den Hitler-Gruss verweigert hatten. Die Mordmaschine arbeitete bis zum Schluss. 1944 wurden 37 englische und französische Offiziere erhängt; das wiederholte sich einige Monate später, als das KZ liquidiert werden sollte, Todesmärsche begannen, auf denen die letzten Opfer ermordet wurden. Dann begann der offene Widerstand. Waffen waren verborgen, die SS suchte in zivilen Kleidern das Weite, es war das Ende des Schreckens. Bei all dem muss man beachten, dass Buchenwald kein Vernichtungslager war wie Auschwitz, Treblinka, Belzec, Kulmhof und andere. Bei viel Glück konnte man einige Zeit überleben, freilich war der Tod ständig präsent. Oft genug ist man versucht, einzuhalten, auszurufen: «Genug, ge-

nug!» Dennoch wäre der Schluss falsch. Man muss kennenlernen, was einst geschah, was die Substanz des Dritten Reichs ausmachte. Man muss es im Gedächtnis bewahren, will man einer Wiederkehr begegnen.

Welcher Hass heute noch bei den Juden – auch der jüngsten Generation – anzutreffen ist, zeigen nicht nur die Morde an höchsten Politikern, sondern auch tägliche Übergriffe, wie wir sie immer wieder gegen die Palästinenser erleben müssen.

Der Rechtsanwalt von Noam *Friedman*, jenem Soldaten, der kürzlich in Hebron wild gegen palästinensische Marktbesucher schoss und dabei sechs Menschen zum Teil schwer verletzte, hat sein Mandat niedergelegt. Dem Angeklagten wurde daraufhin ein Pflichtanwalt der Armee zugeteilt. Der erste Rechtsvertreter, Naftali *Werzberger*, wollte seinen Mandanten einer psychiatrischen Untersuchung unterziehen lassen, da begründeter Verdacht bestehe, dass der Soldat nicht voll zurechnungsfähig sei. *Friedman* wollte von einer solchen Verteidigungsstrategie nichts wissen. Er sei völlig normal und bereue bloss, dass er keine Palästinenser umgebracht habe, erklärte er. Daraufhin gelangte der Anwalt mit der Bitte an den Richter, eine solche Untersuchung gerichtlich anzuordnen, worauf *Friedman* ihm sein Mandat entzog. Nach der Gerichtsverhandlung meinte *Werzberger*, dass auch die Eltern des Soldaten der Meinung seien, ihr Sohn habe einen psychischen Schaden.

Die Anordnung einer psychiatrischen Untersuchung gegen den Willen des Angeklagten ist nichts Neues. So hatte der Vorsitzende Richter im Prozess gegen den Rabin-Attentäter eine psychiatrische Untersuchung verfügt, obwohl sowohl der Attentäter wie auch seine Anwälte es ablehnten, aus einem solchen Grund mildernde Umstände zu beanspruchen.

In einer Historikerdebatte in Israel in den letzten zehn Jahren hat eine neue Generation israelischer Historiker zahlreiche Vorstellungen über die Entstehung und über das Selbstverständnis des jüdischen Staates in Frage gestellt. Einer kritischen Prüfung unterzogen werden unter anderem die Reaktion der zionistischen Staatsgründer auf den Holocaust oder die Wurzeln des palästinensischen Flüchtlingsproblems. Wie in andern Ländern stossen solche Geschichtsbildrevisionen aber auch auf Widerspruch.

Ein Schlüsselereignis der Geschichte Israels ist in diesem Zusammenhang der Prozess gegen Adolf *Eichmann*. Am 15. Dezember 1961 verkündete der Vorsitzende Richter des Bezirksgerichts Jerusalem das Todesurteil: Adolf *Eichmann* wurde schuldig gesprochen der Verbrechen gegen das jüdische Volk und gegen die Menschlichkeit. Fast fünfzehn Jahre lang hatte der israelische Geheimdienst vergeblich versucht, den Organisator der Juden Vernichtung festzunehmen und vor ein israelisches Gericht zu stellen. 1960 schliesslich gelang es dem Mossad, *Eichmann* in Argentinien aufzuspüren und nach Israel zu entführen.

Für die israelische Gesellschaft bedeutete *Eichmann* in Jerusalem nicht nur die Konfrontation mit den Massenmorden in Auschwitz und anderswo. Erstmals wurde das lange Schweigen über den Holocaust gebrochen. «Der Eichmann-Prozess hatte eine ungeheuer wichtige Bedeutung für die Gesellschaft in Israel», sagt der israelische Publizist und Historiker Tom *Segev*, «weil man bis dahin nur sehr wenig gesprochen hatte vom Holocaust. Er war ein Tabu. Eltern haben ihren Kindern nichts davon erzählt. Kinder haben nicht gewagt zu fragen. Man schämte sich, man fühlte sich schuldig, man wusste nicht genau, wie man fertig werden sollte damit. Der Eichmann-Prozess war eine kollektive Therapie für die ganze Gesellschaft. Zum erstenmal wurden die Holocaust-Überlebenden in die Gesellschaft einge-

nommen, zum erstenmal begannen die Israeli sich auseinanderzusetzen mit dem Holocaust.»

Segev gehört zu einer neuen Generation israelischer Historiker, die überkommene Tabus und Mythen der jüdischen Geschichte in Frage stellen. In den letzten zehn Jahren haben bedeutende Veränderungen in der israelischen Geschichtsschreibung stattgefunden: Die Geschichte des Zionismus, die Leistungen seiner Führer von David *Ben Gurion* bis *Golda Meir*, die Umstände der Entstehung des Staates Israel oder der israelisch-arabische Konflikt – alle diese historischen Ereignisse werden einer radikalen Überprüfung und der Neubewertung unterzogen. Autoren wie *Benny Morris* und *Amitzur Ilan* haben das Unrecht dokumentiert, das der palästinensischen Bevölkerung angetan wurde. *Avi Schallum* zerstörte mit seinem Buch «*Collusion across the Jordan*» das populäre Bild Israels als Friedenstaube inmitten mörderischer Nachbarn. Für eine Gesellschaft, die stets von einer gerechten zionistischen Revolution geträumt hatte, wirkten manche dieser «Enthüllungen» traumatisch.

Bis zum Eichmann-Prozess waren die überlebenden und nach Israel gekommenen Holocaust-Opfer statt auf Einfühlung häufig nur auf Distanz und Schweigen gestossen. Viele Israeli wollten in den fünfziger und sechziger Jahren nichts von dem Leid und der Erniedrigung der Geretteten hören. Deren Erfahrungen entsprachen nicht dem zionistischen Ideal des selbstbewussten, starken Israeli. Diese gebrechlichen Menschen, so *Segev*, die sich vermeintlich wie Lämmer zur Schlachtbank hatten führen lassen, passten nicht in das Selbstbild der noch jungen israelischen Gesellschaft, die sich in verlustreichen Kriegen ihre Unabhängigkeit gerade erst erkämpft hatte. Für *Segev* brachten die ersten Zionisten, die nach Palästina kamen, einen Traum mit sich, «sie wollten einen neuen Menschen bilden –

ein Traum, der sehr bolschewistisch beeinflusst war. Das war ein zionistischer Nationalismus, der in den dreissiger und vierziger Jahren noch sehr prominent war in diesem Lande und auch dazu geführt hat, dass die Bevölkerung in Palästina während des Holocaust sich mehr für die Dinge interessiert hat, die hier geschahen, als für die jüdische Tragödie in Europa.»

Das Für und Wider um das Ideal des neuen zionistischen Menschen ist Teil einer leidenschaftlich geführten Auseinandersetzung in Israel. Dabei vertritt Tom *Segev* die Auffassung, dass der Jischuw (die jüdische Gemeinde in Palästina der zwanziger und dreissiger Jahre) dem Holocaust keine allzu grosse Beachtung entgegenbrachte und keineswegs alles dafür tat, die europäischen Juden vor den Gaskammern in den Todeslagern zu retten. So berichtete zum Beispiel die Zeitung «Davar» am 30. Juni 1942 eher beiläufig, dass die Zahl von einer Million ermordeter Juden in Europa überschritten worden sei.

Segev geht sogar so weit zu behaupten, dass *Ben Gurion* nur an der Gründung des Staates Israel interessiert war. Das Schicksal der europäischen Juden habe er allein unter dem Aspekt der Nützlichkeit für das zionistische Gemeinwesen betrachtet. Demgegenüber kommt die israelische Historikerin Dina *Porat* in ihrem 1991 erschienenen Buch «The Blue and the Yellow Stars of David» zu einer anderen Schlussfolgerung: Zwar hätten sich die zionistischen Führer um *Ben Gurion* wesentlich stärker für die Rettung der Juden einsetzen können, gleichwohl waren ihre realpolitischen Möglichkeiten sehr begrenzt. Der Jischuw hätte vielleicht einige tausend retten können, nicht aber Hunderttausende oder Millionen.

Natürlich haben die neuen Historiker mit ihren Thesen in Israel zum Widerspruch herausgefordert. Viele bekannte Intel-

lektuelle wie Moshe *Halberthal* oder Ahron *Megged* haben ihnen vorgeworfen, sie untergraben mit ihrer Kritik die Fähigkeit des israelischen Volkes, sich selbst zu verteidigen. Der Historiker Jehuda *Bauer* fürchtet, dass *Segev* die Legitimität des Zionismus in Frage stellt. Für *Bauer* sind die Positionen der neuen Historiker nichts anderes als eine Fortsetzung der marxistischen Kritik am Zionismus.

In den Angriffen auf das Verhalten des Jischuw sieht *Bauer* auch eine unbewusste Reaktion auf das Trauma der Vernichtung. In seinen Augen steckt dahinter eine verzweifelte Schuld-suche: «Jeder weiss, dass die Nazis die Juden umgebracht haben. Aber, so fragen wir uns, warum hat man das nicht verhindern können? Weil es keine Antwort auf diese Frage gibt, hat man angefangen, erst die Judenräte zu beschuldigen, dann die Opfer, die sich wie die Schafe zur Schlachtbank haben führen lassen, jetzt greift man die Zionisten an. Als ob es, wenn sie sich anders verhalten hätten, keinen Holocaust gegeben hätte.» Und weil die Juden äusser den Nazis keinen anderen finden konnten, ist jetzt die kleine Schweiz dran mit ihren hehren Zielen und – vor allem wegen dem immensen Vermögen – in den Schweizer Banken.

Eines der zentralen Themen in der Historikerdebatte ist der propagandistische Umgang mit der Shoah. »Der Holocaust wurde in Israel immer instrumentalisiert«, sagt Tom *Segev*, «aber niemals so stark wie unter Menachem *Begin*, besonders in seinem Kampf gegen die PLO. Diese hat er immer mit der SS verglichen, Yasir *Arafat* mit *Hitler*. Ich habe das kritisiert, weil das eine billige Form von Demagogie ist – auch dann, wenn linke Politiker den Holocaust benutzt haben, um israelische Menschenrechtsverletzungen mit Nazi-Kriegsverbrechen zu vergleichen.»

Politisch stehen die neuen Historiker eher links und plädieren für einen kritischen Ausgleich mit den Palästinensern. Israel er-

scheint ihnen stark genug, um in eine postzionistische Ära eintreten zu können – ohne dabei seinen Selbsterhaltungswillen aufgeben zu müssen. Zu ihrer politischen Sozialisation gehören die Erfahrungen des Sechstagekrieges und der militärischen Herrschaft über eine feindlich eingestellte arabische Bevölkerung in den besetzten Gebieten – bis hin zur palästinensischen Rebellion gegen die israelische Herrschaft, der «Intifada».

Viele Ergebnisse der neuen Historiker, die vor wenigen Jahren noch als antiisraelisch abgetan wurden, finden allmählich öffentliche Anerkennung. Beispielsweise die 1988 von Benny *Morris* veröffentlichte Arbeit über «Die Geburt des palästinensischen Flüchtlingsproblems», in der der Autor die Unnachgiebigkeit Israels zwischen 1947 und 1949 gegenüber den arabischen Nachbarstaaten kritisiert und belegen kann, dass die Palästinenser ihre Dörfer keineswegs freiwillig geräumt hatten, sondern vertrieben wurden. Das gilt auch für jüngste Enthüllungen über Massaker an ägyptischen Soldaten und Zivilisten, die während der israelisch-arabischen Kriege von israelischen Truppen verübt wurden.

Wie aber hat die Schweiz die Geschichte verarbeitet? Ein Prüfstein ist bei kontroversen Auseinandersetzungen immer auch die Frage nach dem Auftreten antisemitischer Pseudo-Argumente zur Bewältigung der Vergangenheit.

Auf die Frage, ob es jetzt ein neuer Antisemitismus in der Schweiz gäbe, schrieb die NZZ:

«Beim Lesen gewisser Briefe aus dem Stapel der Kontroverse um die nachrichtenlosen Vermögen beschleicht einen die bange Frage, ob ein latentes Geschwür von Antisemitismus erneut zu wuchern beginnt.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Keinesfalls darf und kann Kritik, die gegenüber Forderungen von bestimmten jüdischen Organisationen vorgebracht wird, pauschal mit einer antisemitischen Haltung in Verbindung gebracht werden. Das wäre unredlich und diffamierend. Kritik an Standpunkten und Forderungen jüdischer Exponenten muss ebenso wie in andern Fällen möglich sein. Indessen glaubt man bei der Lektüre einzelner Zuschriften doch antisemitische Untertöne zu registrieren, bei einigen wenigen ist eine antisemitische Haltung mit Händen zu greifen wie Beispiele zeigen.

Schwierigkeiten bereitet es jedoch, diese Signale zu interpretieren, zumal eine Auswertung von Leserbriefen zufällig und kaum repräsentativ ist. Verursacht das wirtschaftspolitische Säbelrasseln, mit dem der Jüdische Weltkongress seine Forderungen an die Schweiz verknüpft, nun einen neuen Antisemitismus, oder bricht latent bereits vorhandener Antisemitismus auf? Sind es bloss Einzelmasken, die nun gewissermassen die Gunst der Stunde für ein «Outing» gekommen sehen? Oder ist es vielleicht umgekehrt nur die Spitze des Eisbergs, die wir zu Gesicht bekommen? Schlüssige Antworten auf diese Fragen kann gegenwärtig wohl noch niemand geben. Es gibt aber allen Grund, die Entwicklung mit wachsamen Augen zu verfolgen.»

Dennoch aber muss man feststellen, dass der Jude sagt: Bist du nicht für mich, dann bist du gegen mich – dann bist du Antisemit. Ich aber will dich beleidigen, verletzen und demütigen, wann, wie und wo auch immer. – Dieser Mechanismus trägt massgeblich bei zum Antisemitismus.

Die Vorbereitungen für das Jubiläum aus Anlass des ersten Zionistenkongresses in Basel schreiten zwar planmässig voran oder sind schon weitgehend abgeschlossen. Aber die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die nachrichtenlosen Vermö-

gen von jüdischen Holocaust-Opfern lassen im Moment keine Feststimmung aufkommen.

Im Stadtcasino in Basel fand 1897 unter der Leitung von Theodor *Herzl* der erste Zionistenkongress statt. Jenes Ereignis veranlasste *Herzl* später in seinen Memoiren zur Feststellung: «In Basel habe ich den Judenstaat gegründet.» Die 50 Jahre später erfolgte Gründung des Staates Israel erlebte *Herzl* allerdings selber nicht mehr. Wiederum 50 Jahre nach der Gründung des Staates und 100 Jahre nach dem ersten Zionistenkongress soll am 31. August dieses Jahres am selben Ort, im Stadtcasino Basel, eine Jubiläumsfeier stattfinden. Veranstalter dieses Anlasses sind nicht die Zionisten selber, sondern es ist dies der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt. Eingeladen wurde dazu auch der israelische Staatspräsident Ezer *Weizmann*. Angekündigt haben ursprünglich ihren Besuch in Basel auch israelische und amerikanische Organisationen.

Geplant sind ausserdem eine Ausstellung wie ein Symposium an der Universität Basel, an welchem die Bedeutung des Zionismus wissenschaftlich abgehandelt und auch kritisch beleuchtet werden soll. Die Vorbereitung des Symposiums erfolgt dabei in enger Zusammenarbeit mit der Hebräischen Universität in Jerusalem und der Universität von Tel Aviv. Zur Sprache sollen auch die Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg sowie die heutige Politik Israels kommen. Der geplante Grossanlass im Stadtcasino erfordert natürlich auch besondere Sicherheitsvorkehrungen für die Prominenz, die aus Israel erwartet wird. Dazu stehen von anderen ähnlich gelagerten Anlässen Erfahrungsdispositive zur Verfügung. Basel, so wird im Rathaus zudem betont, müsse in der Lage sein, solche Probleme zu meistern, wenn die Stadt weiterhin eine Gastgeberrolle für Anlässe von internationalem Renommee spielen wolle. Allerdings mutet es schon etwas merkwürdig an, wenn Israel den

Kanton Basel-Stadt ersucht, eine militärische Verstärkung zu ihrem Schutz anzuordnen. In einem Land, wo bis heute noch niemals ein Anschlag von Schweizerseite ausgeübt worden ist. Die Presse meldet zwar lakonisch, es gehe auch um eventuelle Demonstrationen von Rechtsextremisten (Aus der Schweiz? Oder aus dem Ausland?) Jedenfalls mutet ein solcher Vorgang weniger festlich als nach Verschwörung an.

Es sind aber nicht die Sicherheitsprobleme, welche derzeit Sorgen bereiten. Es sind vielmehr die veränderten Vorzeichen, unter denen das vor zwei Jahren beschlossene Vorhaben nunmehr durchgezogen werden soll. Damals war der Friedensprozess im Nahen Osten in vollem Gange, und die geplanten Jubiläumsfeierlichkeiten schienen überdies geeignet, das Ansehen der Schweiz auch in Israel und bei den übrigen jüdischen Gemeinschaften zu mehren. Im Berner Bundeshaus zeigte man sich deshalb über die Basler Initiative erfreut. Nunmehr werfen aber die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die nachrichtenlosen Vermögen von jüdischen Holocaust-Opfern ihre Schatten auf die Vorbereitungen. Eigentliche Absagen sind zwar nicht erfolgt. Auch hofft man im Basler Rathaus sehr darauf, dass zwischen einem historischen Anlass und den derzeitigen Diskussionen klar differenziert werde.

Unmut könnte, so fürchtet man, nicht nur bei den aus Israel und den USA erwarteten Teilnehmern entstehen; angesichts der gegenüber der Schweiz in jüngster Zeit dauernd erhobenen (haltlosen und unberechtigten) Vorwürfe vermag auch in der Basler Bevölkerung keine richtige Feststimmung aufzukommen. Man will freilich keine Jubelfeier, sondern ein würdiges Jubiläum. Eine Redimensionierung der geplanten Feierlichkeiten könnte wiederum geharnischt Proteste auslösen, wie umge-

kehrt das volle Durchziehen des Programms auf wenig Gegenliebe bei den Adressaten stossen könnte. Damit befindet sich die Basler Regierung zur Zeit in einer eigentlichen Zwickmühle. Eine Klärung erhofft sie sich von einem Gespräch mit den in dieser Angelegenheit zuständigen Bundes Vertretern.

In diesem Zusammenhang kann auch eine Mitteilung der Jewish Agency in Jerusalem zuhänden der Auslandpresse gesehen werden, in der es heisst, dass «*Burg* und *Singer* die Errichtung eines parallelen Komitees zur Erforschung der Schweizer Beteiligung am Zweiten Weltkrieg prüfen».

«Avraham *Burg*, Präsident der Jewish-Agency, und Israel *Singer*, Generalsekretär des World Jewish Congress (der so heuchlerisch beim Besuch in Bern bekannt gab, dass er die Schweiz liebe und er sogar eine Schweizerin geheiratet habe...sic.) haben erklärt, dass sie die Errichtung eines Sonderkomitees, zusammen mit der israelischen Regierung, prüfen wollen, welches eine unabhängige Erforschung der schweizerischen Beteiligung «involvement» am Zweiten Weltkrieg durchführen soll. Ihr Entscheid folgt der Absichtserklärung der Schweizer Regierung, eine eigene historische Untersuchungskommission ohne ausländische Vertreter einzusetzen, welche zurzeit die Frage der nachrichtenlosen Vermögen jüdischer Holocaust-Opfer untersucht.

«Ohne Zugang zu den Verhandlungen oder Arbeitskriterien der neuerdings vorgeschlagenen Schweizer Kommission haben wir die Befürchtung, dass sie ein Versuch sein könnte, die Geschichte neu zu schreiben», meinte *Burg*. Ein solcher Schritt würde die Arbeit des internationalen, von Paul *Volcker* präsierten Komitees zu einer auf einem unkorrekten historischen Verständnis beruhenden Farce werden lassen. *Burg* sagte auch, die Bildung einer neuen unabhängigen Schweizer Kommission

zeige einen Bruch der Glaubwürdigkeit, welche wir während mehr als zweijährigen Kontakten mit den schweizerischen Behörden herzustellen versucht haben. *Burg* erklärte, dass er einen Dialog mit konstruktiven Lösungen vorziehen würde, bei der das international anerkannte Volcker-Komitee mit Zugang zum ganzen Verfahren, zu den Unterlagen und zum Schlussbericht der Schweizer Historikerkommission versehen würde. «Aber wenn's sein muss, können wir auch allein vorgehen.»

Allein das bestätigt die paranoiden Einstellungen der jüdischen Organisationen. Weil sie keine Schuldigen mehr – äusser bei sich selbst – finden können, um gegen den jüdischen Völkermord im Zweiten Weltkrieg zu klagen, versuchen sie es bei dem Staat, den sie glauben am ehesten unter Druck setzen zu können, um möglichst viel Geld herauszupressen.

Im Unterschied zu den vorliegenden Darstellungen der Agenturen geht aus dieser Pressemitteilung keinesfalls hervor, dass die israelische Regierung sich an einem solchen Unterfangen tatsächlich beteiligen werde. Das würde auch eher überraschen. Es handelt sich vorerst lediglich um einen Vorschlag der auch in jüdischen Kreisen nicht unumstrittenen Scharfmacher *Singer* und *Burg*.

Zur abstrusen Mitteilung selbst ist zu sagen, dass *Burg* offensichtlich nicht realisiert hat (oder nicht realisieren will), dass die Historikerkommission bereits eingesetzt ist, dass sie ein weiteres und anderes Mandat hat als das Volcker-Komitee, dass eine enge Zusammenarbeit beider Gremien vorgesehen und eingeleitet worden ist und dass vier der neun Mitglieder der Bergier-Kommission im Ausland lebende Ausländer sind.

Auch Italien setzte eine Kommission ein, die jüdische Ansprüche auf Wertgegenstände von Holocaust-Opfern prüfen

soll. Die Prüfung werde zwei Monate dauern, teilte das zuständige Finanzministerium mit. Jüdische Kreise kritisierten jedoch den Schritt Roms als «Zeitverschwendung». Fünf Kisten mit Gold, Schmuck und anderen Wertsachen, die Juden während des Zweiten Weltkrieges von Nazi-Schergen abgenommen worden waren, waren kürzlich in einem Tresorraum des Finanzministeriums in Rom aufgetaucht. Sie waren dort seit 1962 gelagert und erst auf Grund von Interventionen aus Triest ausgeforscht worden.

Das Finanzministerium in Rom sagte zu, den Inhalt der fraglichen Kisten in Gegenwart von Vertretern der jüdischen Gemeinde zu inspizieren. Die jüdische Gemeinde in Triest erwartet dagegen die unverzügliche Herausgabe der fünf Kisten mit Wertgegenständen. Laut den Berichten hatte die jüdische Gemeinde in Triest die Entschädigungsforderung gestellt, nachdem der Streit über angeblich in der Schweiz lagernde Vermögen von Holocaust-Opfern bekannt geworden war.

Unterdessen geriet Senator *D'Amato* selbst ins Zwielficht, sinnigerweise – so möchte man sagen – wegen zweifelhafter republikanischer Parteispendenpraktiken.

Einem Bericht der «New York Times» über Senator *D'Amato* zufolge seien einzelne Wahlkampfspenden an das Republican Senatorial Committee unter dem Vorsitz von Senator *D'Amato* nicht, wie jetzt festgestellt wurde, in Senatskampagnen geflossen, sondern wurden in die Truhen anderer Politiker umgeleitet. *D'Amato* ist allen Anschein nach nicht der «moralische Saubermann», als der er sich gerne ausgibt. Er hat nicht nur Gelder veruntreut, sondern ist mit aller Wahrscheinlichkeit in verschiedene unsaubere Machenschaften verwickelt. Und so ein Mann will ein US-Senator sein?

Senator *D'Amato* verwaltet als Vorsitzender des National Republican Senatorial Committee Wahlkampfspenden auf nationaler Ebene. Wie die «New York Times» feststellte, wurden indessen in jüngster Vergangenheit substantielle Beiträge, die für hart umkämpfte Senatsrennen bestimmt waren, von *D'Amato* durch ein Labyrinth von Kommissionen geschleust und kamen schliesslich Kandidaten zugute, die zwar ebenfalls für die Republikaner kämpften, aber mit den Ausscheidungen auf nationaler Ebene nichts zu tun hatten. Üblicherweise finanziert das Republican Senatorial Committee die Wahlkämpfe von Kandidaten für den Senat oder das Repräsentantenhaus, und jene, die ihr Geld dieser Kommission anvertrauen, gehen davon aus, dass es auch für diese Zwecke verwendet wird. Laut der «Times» sind die Spender aber von *D'Amato* nur in den wenigsten Fällen über die anderweitige Verwendung ihrer Beiträge informiert worden.

Zahlreiche Beiträge an das Republican Senatorial Committee gingen unter der Ägide *D'Amatos* an das «New York State Victory Committee», das wiederum die Kampagne von Gouverneur *Pataki* mit 1,9 Millionen Dollar unterstützte. 300'000 Dollar flossen vom «Victory Committee» drei Republikanern zu, die sich um einen Sitz im New Yorker Supreme Court bewarben. Andere Checks in der Grössenordnung von rund 360'000 Dollar kamen einem republikanischen «Soft money» Konto auf Staatsebene zu, das aufgebaut wurde, um die Republikanische Partei des Staates New York zu finanzieren. Als «weiches Geld» werden Wahlkampfbeiträge bezeichnet, die an sich von den Parteien nur für Informations- und Wähleraktivierungszwecke verwendet werden dürfen, in Wirklichkeit aber fast durchwegs in die Kampagnen einzelner Kandidaten fliessen. Die Republikaner und vor allem Senator *D'Amato* haben es im

Sammeln von weichen Geldern – die sämtliche Kampagnengesetze sinnlos erscheinen lassen – zu wahrer Meisterschaft gebracht. Sie sollen vor allem von den grossen Unternehmen und reichen Geschäftsleuten weit mehr als die Demokraten erhalten haben.

Spender, deren Gelder von *D'Amato* umgeleitet wurden, blieben zunächst ahnungslos. Ein Vertreter einer grossen Firma, die *D'Amato* 200'000 Dollar an weichem Geld hatte zukommen lassen, meinte gegenüber der «Times», er sei davon ausgegangen, dass seine Spende den republikanischen Senatskandidaten zukomme. Erst später sei ihm mitgeteilt worden, dass sein Beitrag ans «Victory Committee» gegangen sei. Diese Transaktion sei allerdings nicht mit der Information vereinbar, die er ursprünglich erhalten habe. Einzelne Spender – wie etwa die Investitionsfirma Paine Webber – erfuhren von der anderweitigen Verwendung ihrer Beiträge erst durch die «Times». Nach der Einschätzung von Experten auf dem Gebiet der Wahlkampffinanzierung wie etwa dem New Yorker Rechtsprofessor *Neuborne* hat Senator *D'Amato*, der vor allem zu grossen Unternehmen hervorragende Kontakte unterhält und für seine eigene Wiederwahlkampagne schon 6,8 Millionen Dollar sammeln konnte, mit diesen Manipulationen nicht direkt Gesetze gebrochen. Die Spenden, so wird betont, hätten sowohl New Yorker wie auch nationale Gesetzgebung verletzt, wenn sie direkt an die von *D'Amato* ausgesuchten Personen und Organisationen auf staatlicher Ebene gegangen wären.

D'Amato steht zu seinem Vorgehen. «Ich habe nichts Falsches getan», sagte er in einem Telefoninterview. «Wir haben keine Verpflichtung, die Leute zu informieren.» Er gab indes zu, dass nur wenige Spender informiert wurden. Charles *Lewis*, Direktor des Center for Public Integrity bezeichnete die

Taktik *D'Amatos* unverblümt als Geldwäscherei, welche der Demokratie schade und Judith *Hopej*, die Vorsitzende der Demokratischen Partei New Yorks, meinte, *D'Amato* habe die Gesetze zur Regelung der Kampagnenbeiträge lächerlich gemacht. Diese kritischen Einschätzungen passen natürlich nicht zu dem Bild, das *D'Amato* bei anderen Gelegenheiten abgibt. «Moral» ist dem Senator durchaus ein Kriterium. In der Auseinandersetzung um die nachrichtenlosen Konten und das Nazi-Gold betonte er immer wieder, es gehe nicht primär darum, ob die Banken Gesetze gebrochen hätten oder nicht, sondern darum, ob sie sich anständig verhalten hätten.

Der NZZ-Redaktor Max *Frenkel* zitierte in der Ausgabe vom 1./2. Februar 1997 unter der Überschrift «Jetzt wäre einmal eine Entschuldigung des WJC fällig» folgende Sätze, die aus dem Drehbuch eines Hollywood-Filmes stammen könnten:

«Es geht um den schlimmsten Raubzug in der Geschichte der Menschheit. Ein systematisches Vertuschungsmanöver eines sogenannten neutralen Landes, das die Geldgier zur Kollaboration mit den Nazis und zur Ablehnung seiner Verantwortlichkeit trieb.»

Solche abwegigen Formulierungen bar jeglicher Ernsthaftigkeit entstammen nicht der überhitzten Phantasie eines historischen Analphabeten. Die beiden Sätze stehen ganz am Schluss eines vierseitigen Schreibens, mit dem der Präsident des World Jewish Congress, Edgar M. *Bronfman*, (einem jüdischen Multimilliardär in einem der höchsten Wolkenkratzer in New York) im September oder Oktober des vergangenen Jahres um Geld (35, 50, 75 oder 100 \$) und briefliche Unterstützung für sein, Senator *Alfonse D'Amatos* und angeblich Präsident

Clintons Vorgehen vor allem in der Schweiz warb. Auch der restliche Text ist eine Kombination der Darstellung von (meist verzerrten) Fakten mit Übertreibungen. Das Schreiben wurde verfasst, kurz nachdem – im Mai – der WJC und die Schweizerische Bankiervereinigung sich darauf geeinigt hatten, «eine Lösung aller Probleme ohne Streit zu erzielen» (laut Ziffer 6 ihrer Verständigungsvereinbarung).

Von der NZZ auf die mehr als unzimperliche Wortwahl angesprochen, sah Elan *Steinberg*, Exekutivdirektor des WJC – er gehört nicht zu diesen Scharfmachern – ein Missverständnis vorliegen. Der erste der beiden oben zitierten Sätze beziehe sich nämlich nicht auf die Schweiz, sondern auf Nazi-Deutschland. Der Brief sei zudem von einer auf «Fund Raising» spezialisierten Firma verfasst worden, auch wenn ihn *Bronfman* selber unterschrieben habe und die Verantwortung natürlich beim WJC liege.

Wenn man mit klinischer Objektivität an den Text herangeht, kann man die beiden Sätze lesen, beziehungsweise voneinander trennen, wie *Steinberg* es tut. Nur wird kein Leser das tun, und das offensichtliche Ziel des Schreibens ist es ja gerade, bei den in dieser Sache sowieso meist völlig desorientierten amerikanischen Adressaten das Amalgam «Nazi/Schweiz» zu verankern. *Steinbergs* Deutungsversuch, der allerdings keine Distanzierung ist, zeigt immerhin, dass man in New York die Problematik der Schreibe durchaus erkannt hat und kaum mehr allzu glücklich darüber ist.

An den Vertretern der Schweiz, von denen man in letzter Zeit fast täglich ein neues Schuldbekenntnis erwartet, läge es nun, auch einmal eine öffentliche Entschuldigung des WJC zu verlangen, bevor sie wieder in Zusammenhang mit der Errichtung des in Aussicht genommenen Fonds konsultieren. Und da es bei letzterem sowieso nicht um das Schicksal der nachrichten-

losen Konten geht – dieses ist Gegenstand der Tätigkeit der Volcker-Kommission –, sondern um eine autonome Geste der Schweiz, täte diese gut daran, sich zu fragen, ob sie ihre Kontakte mit jüdischen Organisationen in dieser Sache nicht auf die direkt interessierten in Osteuropa und in Israel beschränken sollte, beziehungsweise, wenn man schon mit einer in Amerika domizilierten Vereinigung sprechen will, auf die zwar ebenfalls hart, aber nicht masslos, auftretenden *Benei Brith*, eine Vereinigung, über deren Besuch in Bern und Zürich vor kurzem berichtet worden ist.»

Derselbe *Bronfman*, der sich die Inhalte seiner Bettelbriefe von professionellen Beschaffungsfirmen fabrizieren lässt (zumindest lernen wir Europäer daraus, wie man selbst den blutigen Ernst der Geschichte fröhlich vermarkten kann), findet aber (alles scheint eine Frage moderner Zielgruppen-Analyse zu sein) durchaus hehre Worte. So sagte er vor dem Exekutivrat seiner Organisation, es gehe bei der Suche nach den Guthaben von Opfern des Holocaust weniger um Geld als um Gerechtigkeit. Der WJC begrüsse, dass die Schweizer Regierung das Bankgeheimnis für die Suche nach den nachrichtenlosen Konten teilweise aufgehoben habe. Der Aufklärung bedürfe es auch in zahlreichen anderen Ländern, etwa in Schweden, das wie die Schweiz während der Zeit der Judenverfolgung offiziell neutral gewesen sei, sich aber tatsächlich unmoralisch verhalten habe.

Schweden wurde dann auch in der Tat erfolgreich – so scheint es – vom Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Israel *Singer*, auf Zahlungsbereitschaft eingestimmt. Bei einem Besuch in Stockholm bedachte er die schwedische Regierung mit grossem Lob und pries deren Kooperationsbereitschaft bei der Suche nach verschollenem jüdischen Besitz.

Bei einem Treffen zwischen dem Vertreter der jüdischen Organisation und Aussenministerin Lena *Hjelm-Wallen* war die Frage nach nachrichtenlosen jüdischen Vermögen in Schweden erörtert worden. An einer Pressekonferenz zeigte sich *Singer* vom Ergebnis der Gespräche sehr befriedigt. *Hjelm-Wallen* hatte nach Angaben des WJC-Vertreters versichert, dass sich die Behörden bei allfälligen Nachforschungen nach verschwundenen Finanzwerten jüdischer Privatpersonen um möglichst grosse Transparenz bemühen würden; die staatlichen Archive, die Reichsbank, aber auch die Privatbanken würden dem WJC zur Verfügung stehen, erklärte *Singer*. Ob die privaten Geldinstitute bei allfälligen Suchaktionen tatsächlich ohne Weiteres Einblick in ihre Bücher gewähren werden, ist allerdings zu bezweifeln; auch Schweden kennt eine Form des Bankgeheimnisses. Die Offerte der Aussenministerin dürfte nach Lesart *Singers* ausserdem die Möglichkeit umfassen, Einblick in Dokumente zu nehmen, die noch als geheim klassifiziert sind.

Singer würdigte vor den Medienvertretern denn auch die Anstrengungen, die Stockholm unternommen hatte, um im Zweiten Weltkrieg bedrohte Juden vor dem Tod zu bewahren! Schweden habe sich in dieser unseligen Zeit als ein sicherer Hafen erwiesen; die Behörden hätten mehr getan, als von ihnen zu erwarten gewesen wäre. Noch vor wenigen Tagen war in ganz anderem Ton über das nordische Land hergezogen worden; in einer Pressemitteilung, die nach einer Sitzung des WJC-Exekutivrates in Oslo veröffentlicht worden war, hatte man Schweden mit seiner sogenannten Neutralität noch heftig attackiert und allerlei Forderungen geltend gemacht. Man sieht, Geld (oder die Aussicht darauf) lässt doch manches gleich in einem anderen Licht erscheinen. Welch ein Schattentheater sinnenleerer Worte!

Dass sich *Singer* in Stockholm nun so versöhnlich zeigte, dürfte wohl nicht zuletzt taktischem Kalkül entsprungen sein. An der Pressekonferenz wurde deutlich, dass der WJC auf einen Forschungsinput von Seiten der schwedischen Behörden hofft, da die lokalen Institutionen selbstredend über bessere Kenntnisse der hiesigen Quellenlage verfügen als auswärtige Forscher. Mit einem Konfrontationskurs, so dürfte man sich auf Seiten des WJC gesagt haben, wird eine solche Hilfeleistung indessen schwerer zu erwirken sein als mit einem konziliannten Gesprächston. Der WJC-Generalsekretär kam in diesem Zusammenhang auch auf die Schweiz zu sprechen und monierte, dass deren Reaktion auf die jüdischen Anliegen sehr viel zu wünschen übriglässt.

Auch im «Dagens Nyheter», Schwedens auflagenstärkster Morgenzeitung, wurde die Eidgenossenschaft als Beispiel dafür zitiert, wie man sich im Umgang mit den jüdischen Postulaten keineswegs verhalten dürfe. Immerhin könne Schweden von den Fehlern der Schweizer lernen, schreibt der Kulturchef des Blattes, Arne *Ruth*, in einem Kommentar. Bern habe zu lange gebraucht, um zu erkennen, dass die Frage der Rückgabe jüdischen Eigentums ein grosses Problem darstelle; jetzt würden wohl Jahre vergehen, bevor der gute Ruf des Landes wiederhergestellt sei. *Ruth* legte der schwedischen Regierung nahe, mit dem WJC eng zusammenzuarbeiten, eine Empfehlung, die offenbar beherzigt wurde. Darüber hinaus sei es jetzt aber auch an der Zeit, dass etwa die Industriellenfamilie *Wallenberg*, deren Vertreter zum Teil mit Nazi-Deutschland Geschäfte getrieben hatten, ihre privaten Archive endlich öffne.

Mit welcher heuchlerischen Geste *Singer* dann in die Schweiz kam, in die Fernsehkameras grinste und meinte, er sei stolz eine Schweizerin als Frau zu haben und er liebe die

Schweiz, usw. Selbst für wohlwollende Betrachter der jüdischen Sache sind derartige Szenen eine harte Geduldprobe. Dass viele andere, die den Juden keinen derartigen Sympathie-Bonus entgegenbringen, unüberhörbar auf die Verlogenheit der jüdischen Organisationen hinweisen, erscheint unvermeidlich. Einen derartigen Hinweis dann wieder als Antisemitismus abzutun, schliesst den alten Teufelskreis der Polemik und erschwert jegliche geduldige Sachlichkeit, die am meisten vonnöten ist.

Darum bemüht sich weiterhin das Schweizer Parlament trotz (oder gerade wegen) heftiger Diskussionen und hoffentlich mit wachsendem Erfolg.

Die Parlamentarier sind überzeugt, dass nur eine vorbehaltlose Untersuchung das Selbstverständnis der Schweiz stärken kann. Andererseits ist die wahlkämpferisch motivierte Kampagne *D'Amatos* zu verurteilen. Es ist befremdlich, dass dieser Senator wie ein Staatsoberhaupt direkt mit dem Bundesrat verkehrt.

4. KAPITEL

Unverarbeitete Geschichte der Amerikaner

Wenn man die 200jährige Geschichte der US-Amerikaner liest, fällt einem auf, dass bei ihnen die grossen Errungenschaften in Technik, Sport und so weiter einen sehr grossen Platz einnehmen. Politisch wollten die Amerikaner aufgrund ihrer technologischen Überlegenheit seit jeher die Weltpolizisten spielen und als einer der mächtigsten Staaten der Welt füllen die USA auch diese Rolle aus, indem sie Druck auf all jene Länder ausüben, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen. Wir bezeichnen die USA aufgrund dieser dominierenden Position gern als «westliche Führungsmacht» – dies klingt positiver in den Ohren der Menschen und klingt nicht so nach «Weltherrschaft», die man den Kommunisten nachsagte, auch wenn diese nie die Welt in dem Masse beherrscht haben, wie es die Amerikaner tun. Denn schliesslich verteidigen die USA ja die «Demokratie» und andere hohe moralische Werte und bringen ja in jedes Land, wohin sie kommen, Wohlstand und Fortschritt – das jedenfalls behaupten sie.

Dabei ist es ein Land mit einem rücksichtslosen Selbststreben. Die Amerikaner werfen gerne und schnell ihren «Feinden» ihre Schwächen oder Verfehlungen vor. Bis heute hat noch kein westlicher Staat den Amerikanern die Stirn geboten für «Verbrechen an ihrer Menschlichkeit». Sie waren nach den Spaniern die grössten Räuber und Mörder an den Indianern. Millionen über Millionen von Menschen, Frauen, Kinder, Greise wurden im Namen Amerikas dahingeschlachtet.

Die letzte und verwerflichste Schlacht fand in Wounded Knee statt. Es war eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte der Amerikaner, denn in Wounded Knee wurden Frauen, Kinder und Männer alle zusammen erbarmungslos niedergemacht. Nein, Amerika ist nicht das, wofür wir es halten sollen! Die berühmten Pioniere sind skrupellos vorgegangen, haben den Indianern das Land weggestohlen, die Erde geplündert, verwüstet und die restlichen Indianer in Reservate gesteckt, damit sie dort elendiglich zugrunde gehen. Amerika wird im Westen gern als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten gepriesen. Dieser Mythos hat fast überall in der Welt seinen Glanz eingebüsst.

Bis heute sind die Zeichen der Gewalt an dem freiheitsliebenden Volk der Ur-Amerikaner zu sehen. Nicht nur die Erde und die Heimat wurde ihnen geraubt, sondern auch ihre Seelen. Schliesslich war es auch ein amerikanischer General, der den Ausspruch tat: «Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!»

Aber dabei blieb es nicht. Die Amerikaner versklavten auch Schwarze. Jahrhundertlang wurden sie menschenunwürdig behandelt. Jeder Besitzer konnte mit seinen Sklaven tun, was er wollte. Wenn ihm sein Gesicht nicht passte, prügelte oder schoss er ihn tot. Bis heute ist Amerika von dieser Schandtat nicht weggekommen.

Der letzte grosse schwarze Bürgerrechtler, Dr. Martin *Luther King* wurde vor 29 Jahren von Weissen ermordet. Nach neuesten Meldungen soll die Untersuchung jetzt wieder aufgegriffen werden, weil die vermeintliche Tatwaffe erneut überprüft werden muss.

Ein Gericht in Memphis im amerikanischen Gliedstaat Tennessee entschied dies laut Pressemeldung. Der Richter Joseph *Brown* gab einem Antrag des Anwalts von James Earl *Ray* statt, der als mutmasslicher Mörder zu 99 Jahren Haft verurteilt wor-

den war. *Brown* begründete seinen Entscheid damit, dass inzwischen moderne ballistische Tests verfügbar seien, die es am Ende der 60er Jahre noch nicht gegeben habe. *Martin Luther King* war am 4. April 1968 auf dem Balkon eines Motels in Memphis erschossen worden, als er mit einer Rede den Streik von Arbeitern und Müllabfuhr unterstützte. *Ray* hofft, in einem neuen Prozess seine Unschuld beweisen zu können.

Im Übrigen hatte *Martin Luther King* diese Mordtat vorausgesehen und sie öffentlich bekannt gemacht. Es war die Tat Amerikas – «des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten».

Die Amerikaner waren das erste und einzige Land, das die ungeheuerliche Atomwaffe rücksichtslos gegen unschuldige Menschen einsetzte: In Nagasaki und Hiroshima. Obwohl die Amerikaner wussten, dass das japanische Kaiserreich die Waffen niederlegen wollte, taten sie dies als Exempel für die ganze Menschheit und gegen den Kommunismus.

Eines müsste den Amerikanern aufgefallen sein; sie hatten zwar den Krieg gegen den Fernen Osten – Japan – gewonnen. Aber dieses tüchtige kleine Volk hat ihnen Jahre später das Fürchten gelehrt. Und zwar im Kampf im Wettbewerb der Wirtschaft. Und es sind ja nicht die Japaner allein, auch andere asiatische Staaten können enorme wirtschaftliche Erfolge vorweisen.

Die ersten Nazis der Neuzeit waren de facto die Amerikaner selbst, weil sie ebenso skrupellos wie perfid Menschen umbrachten. Später waren der Ferne Osten, Indochina und vor allem Vietnam an der Reihe. Wir kennen alle die grausamen Bilder vom Krieg gegen die Zivilbevölkerung, wo jeder einzelne Soldat, wann auch immer er die Möglichkeit hatte, seine Gegner, ob Frau, Kind oder Greis, grausam niedergemetzelt hat.

Man kann sich fragen, ob der Vietnam-Krieg noch als «normaler Krieg» bezeichnet werden kann, oder ob hier nicht schon ein grausiger Verfolgungswahn die Kriegsführung beherrschte.

Wir fragen uns in Europa – und heute ganz besonders in der Schweiz – wann endlich Amerika gegenüber all den Indianern, Schwarzen und Farbigen ein «Sühneopfer» leistet? Wann erhalten diese Menschen – die restlichen noch Überlebenden von diesem Holocaust – materielle Leistungen, geeignetes Land, das ihnen die Chance gibt, in ihrer Freiheit zu leben?

Ein Prophet möchte vielleicht ausrufen: Amerika, Amerika, du bist der Welt grösster Schandfleck auf Erden. Niemals hat es jemals soviel Entgleisungen, Lügen und falsche Moral gegeben. Da sind tausende von Sekten und Gruppen, die sich «Kirche» nennen, dabei sind sie lediglich Kapital- und Finanzgesellschaften, die auf heimtückische Art und Weise den labilen Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen und sie erneut versklaven. Ich denke dabei gerade an die Scientologen. Aber es gibt wie gesagt noch viele solcher Gruppierungen. Sie haben ein fabelhaftes System; sie bringen mit ihrer Gehirnwäsche jeden «Kunden» soweit, die geheimsten Gedanken zu erklären, die auf Tonband mitgeschnitten werden. Später, wenn sich der Betroffene von dieser Sekte loslösen will, wird ihm knallhart dargelegt, dass alle diese Geheimnisse keine Geheimnisse mehr bleiben, wenn er es wagen sollte, etwas gegen die Sekte zu unternehmen.

Ein Bekannter von mir hatte sehr reiche Eltern. Als er durch seine Ehescheidung in ein Tief gesunken war, nahmen ihn die Scientologen auf, machten ihm eine Gehirnwäsche, bis sie alles wussten. Dann begannen sie ihn von der Umwelt und der Fami-

lie abzuschneiden, bis sie ihn soweit hatten, dass er alle jene kostspieligen Kurse, die Hunderttausende verschlangen, aus seiner Erbschaft bezahlte. Aber dabei blieb es nicht; die Scientologen verhalfen ihm zu einer Frau aus ihren Reihen und drängten die Eltern des Bekannten erneut Geld aufzutreiben. Schliesslich hatten diese noch ein Haus in der reichen Gemeinde Zollikon. Der Vater gab mit Ach und Krach nochmals einige Hunderttausend und nahm sich dann das Leben. Er warf sich unter den Zug.

Wenn in Deutschland diese Organisation – und nun auch in der Schweiz – nicht als gemeinnützige Institution angesehen wird und schon gar nicht als «Kirche», dann beschimpfen die Gegner Deutschland mit Nazis, SS und anderen diffamierenden Ausdrücken. Und das US-State Departement wird sogar noch vorstellig bei der deutschen Regierung. Das ist Amerika! Europa sollte sich geistig gänzlich von einem solchen Staate lösen und sich besser mit anderen Ländern zusammenschliessen. Im Übrigen was heisst eigentlich «Kirche»? Kirche heisst Haus Gottes. Wenn die Amerikaner beim Ertönen ihrer Nationalhymne die Hand aufs Herz legen, so ist dies lediglich eine fadenscheinige Geste.

In Deutschland jedenfalls möchte man von solchen «Kirchen» nichts wissen und die von der Scientology-Sekte erhobenen Vorwürfe, die die staatlichen Abwehrmassnahmen gegen die Gemeinschaft mit den Judenverfolgungen während der Nazi-Zeit vergleichen, einhellig als indiskutabel zurückgewiesen worden. Allerdings gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, wie im Einzelnen die Umtriebe der Sekte eingeschränkt werden sollen. Man muss hier der öffentlichen Diskussion in Deutschland Anerkennung zollen. Dort wird keine Stimmungsmache betrieben, man versucht, der Bevölkerung Informationen und Einsichten zu den Verhaltensweisen dieser Sekte zu ver-

schaffen. Bei aller verständlichen Ablehnung beschränkt man sich nicht auf pauschale Verteufelung und Vorverurteilungen.

Der offene Brief amerikanischer Künstler und Schriftsteller an Bundeskanzler *Kohl*, den die «International Herald Tribune» als Anzeige veröffentlicht hatte und in dem die kritische Haltung deutscher Politiker gegenüber der Scientology-Sekte mit den Judenverfolgungen der Nazis verglichen wurde, hat heftige Kontroversen ausgelöst. Scientology selbst erklärte in Los Angeles, die Weigerung des Bonner Regierungschefs, auf das Schreiben der Künstler zu antworten, sei typisch für den Umgang mit der Organisation, die sich selbst als Religionsgemeinschaft ausgibt. Auf Vorwürfe der Diskriminierung werde mit Verachtung und Gleichgültigkeit reagiert. Bundeskanzler *Kohl*, dem die Sekte Arroganz anlastete, hatte an seiner ersten Pressekonferenz im neuen Jahr jede Replik kategorisch verweigert und den Autoren in den USA vorgehalten, «keine Ahnung von Deutschland» zu haben und auch nicht haben zu wollen. Ist es nicht erstaunlich, dass der deutsche Bundeskanzler zu ähnlichen Einsichten gelangt, wenn es um die realistische Bewertung gewisser Medienkampagnen aus gewissen Kreisen in den USA geht?

Kohl traf mit seiner Antwort auf eine Journalistenfrage denselben Ton, der auch die Reaktionen von Vertretern nachgerade aller Parteien bestimmte. Sie verwarften sich übereinstimmend gegen den Vergleich der Bundesrepublik mit dem Dritten Reich. Wen wundert's, wenn man bedenkt, wieviel Schindluder mit all diesen Dingen getrieben worden ist und immer noch getrieben werden kann.

Meinungsverschiedenheiten gab es nur über den Umgang mit der amerikanischen Organisation. Während Guido *Westwelle*, der Generalsekretär der Freien Demokraten, Scientology

in Deutschland den Anspruch auf Anerkennung als eingetragener Verein streitig machte, weil «diese dubiose Organisation» mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sei, erwiderte der politische Sprecher der Deutschen Grünen, Volker *Beck*, Vereinsverbote seien erfahrungsgemäss kontraproduktiv. Sie böten Scientology nur einen Vorwand, sich als Opfer darzustellen, und trieben ihr Sympathisanten zu. *Beck* hält es vor allem für die Aufgabe der Finanzbehörden, den zweifelhaften wirtschaftlichen Aktivitäten der Organisation auf die Spur zu kommen und die Einnahmen zu versteuern. Ähnlich äusserte sich auch der Oppositionsführer im rheinland-pfälzischen Landtag, Johannes *Gerster*, der im vorigen Sommer als erster deutscher Politiker den Ausschluss von Scientology-Mitgliedern vom öffentlichen Dienst gefordert hatte.

Nur das Bundesland Bayern hat diese Anregung bis heute aufgegriffen. Die Experten des Verfassungsausschusses waren bislang unterschiedlicher Meinung und vertraten zum Teil wie *Beck* die Auffassung, verbiete man die Vereine der Scientologen, so falle eine Kontrolle ihrer Aktivitäten um so schwerer. *Gerster*, der den Scientologen in einem Radio-Interview anlastete, ein totalitäres Menschenbild zu vertreten und Menschen zu unterdrücken, lud im Gegenzug die Unterzeichner des offenen Briefes an *Kohl* zu einem Besuch nach Deutschland ein. Sie seien von Scientology aufgehetzt und falsch informiert worden. An Ort und Stelle könnten sie sich vielmehr davon überzeugen, dass die Grundordnung der Bundesrepublik auf Menschen- und Freiheitsrechten aufbaue und sich gegen die Feinde der Freiheit wehre. Von den Unterzeichnern des Briefes können allenfalls die Schauspieler Dustin *Hoffman* und Goldie *Hawn* sowie der Regisseur Oliver *Stone* für sich in Anspruch nehmen, einem breiteren Publikum in Deutschland bekannt zu sein.

Die Schweiz besass nie eine Kolonie noch hat sie fremdes Land an sich genommen. Die Schweizer waren ihrem Gehorsam treu geblieben, den sie Niklaus *von Flüeh* gegeben hatte, der sagte «Macht eure Zäune nit zu wiit». Zudem gab es – äusser dem Bürgermeister von Zürich, Hans *Waldmann*, der des Landesverrats von seinem Rivalen *von Brun* beschuldigt und zum Tode verurteilt wurde – noch nie einen Meuchelmord an einem Bundesrat oder Politiker, wie dies in den LISA und Israel gang und gäbe ist. Die Schweiz hat auch keine Todesstrafe, aber Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, hat diese immer noch. Man kann das Wort «unbegrenzte Möglichkeiten» füglich handhaben, wie man will.

In Amerika gibt es immer noch den Ku-Klux-Klan, eine geheime Organisation, die vorwiegend in den südlichen Staaten ihr menschenverachtendes Unwesen treibt. Dort sind nicht nur die Farbigen nach wie vor unbeliebt, sondern auch die Juden. Aus diesem Grunde verirrt sich dorthin kaum jemals einer.

Aus Amerika kommen nicht nur Mord und Totschlag, sondern auch die krankhaftesten und perversesten Filme. Sie wollen uns Europäer seit eh und je klarmachen, welche «Helden» sie im Kampf gegen die völlig kläglich bewaffneten Indianern gewesen sein sollen. Mich graust ob den Filmen «Rocky» mit dem machoaufgeputschten *Silvester Stallone*. Und wenn man erst noch hörte, dass er vor Angst nicht einmal nach Cannes an die Filmfestspiele ging, weil die irakische Regierung *Saddam Husseins* ihn mit einem Mord bedroht haben soll, dann sagt uns das schon alles, was an Heldenmut solche Leute noch verkörpern. Und dann all diese idiotischen Lacher, die eingeblendet werden. Die Amerikaner wissen nicht einmal, was eine Pointe

ist und wo sie zu lachen haben. Aus diesem Grunde müssen sie die Lacher einbauen. Und Europa macht in jüngster Zeit diesen Unsinn noch mit.

Dass in den letzten Jahrzehnten Amerika jedoch immer grössere Katastrophen und Umweltschäden mit ungeheuerlichen Zerstörungen erfolgten möchte man fast als eine Strafe Gottes bezeichnen. Vielleicht wehrt sich auch die Natur gegen die Masslosigkeit und Hybris der Menschen.

Ach ja, die Amerikaner werfen den Schweizern vor, Kapital aus dem Zweiten Weltkrieg geschlagen zu haben. Was haben die Amerikaner im Nahen Osten getan, als Saddam *Hussein* in den Golf einzog? Sie hatten sich die angebliche Verteidigung unserer freiheitlichen Ideale sehr teuer bezahlen lassen. Milliarden von Dollar und eine Vorrangstellung mit einer ständigen militärischer Machtpräsenz haben sie ausgehandelt, sehr zum Ärger der arabischen Umweltländer, deren Menschen schockiert sind von dem «american way of live» der dort stationierten amerikanischen Soldaten. Länder wie Thailand oder Vietnam haben sich moralisch bis heute noch nicht erholt vom zerstörerischen Einfluss der Amerikaner auf ihre Kultur, ihre Identität, ihre Selbstachtung und Seele. In Hunderten von Kriegen direkt oder indirekt mit dem CIA und wie diese alle schmutzigen Organisationen heissen, haben die Amerikaner seit dem letzten Weltkrieg die Finger im Spiel gehabt und immer noch.

Haben nicht Amerikaner die Goldreserven aus Deutschland beschlagnahmt? Waren sie nicht auch mit Kunstwerken und anderen wertvollen Gütern ab nach Amerika gehauen? Es wäre endlich an der Zeit, wenn die Amerikaner selbst einmal über ihre Vergangenheit nachdächten, statt anderen Ländern, die seit

über 150 Jahren in keinen Krieg verwickelt waren, wie die Schweiz, Vorwürfe zu machen. Schliesslich war die Schweiz umzingelt von den Achsenmächten. Wir hatten keine Konzentrationslager und haben keine Menschen umgebracht, auch wenn man zugeben muss, dass es ein schrecklicher Fehlschlag von Bundesrat *von Steiger* und dem zuständigen Polizeichef Dr. Heinrich *Rothmund* war, den Befehl zu geben, 30'000 jüdische Flüchtlinge an der Grenze abzuweisen oder auszuschaffen. Es gab aber eine grosse Anzahl von Bürgern, die dennoch solche Flüchtlinge versteckten und ihnen über den Krieg halfen.

Das Missverhältnis zwischen moralischem Anspruch und blanker Grossmachtpolitik lässt sich auch immer wieder dann erkennen, wenn Geheimdienst-Affären an die Öffentlichkeit dringen. In solchen Fällen wird den Menschen plötzlich wieder bewusst, dass Amerika versucht, die ganze Welt Tag und Nacht auszuspionieren. Es ist ja auch kein Zufall, dass immer mehr militärische Nachrichtensatelliten in eine Erdumlaufbahn gebracht werden. Und niemand wird glauben, dass es sich um schlichte Kommunikations-Satelliten handelt.

Kürzlich war es wieder so weit, als nämlich ein hoher Beamter der Central Intelligence Agency (CIA) verhaftet und der Spionage für Russland angeklagt wurde. Der Mann, Harold *Nicholson*, ist der höchste CIA-Beamte, der je der Spionage beschuldigt wurde. Er soll wichtige Geheimdokumente an Russland weitergeleitet, anders als vor ihm der Spion *Ames*, jedoch niemanden direkt ans Messer geliefert haben. Wie krankhaft die Amerikaner in den Russen stets noch ihren «Feind» sehen wollen, zeigt die nachstehende Pressemeldung aus Washington.

Auf dem Flughafen Dulles bei Washington ist Harold *Nicholson*, der Leiter des Anti-Terrorzentrums der CIA, von

Beamten des Federal Bureau of Investigation (FBI) verhaftet worden. Wie der Direktor der CIA, John *Deutch*, und der Chef des FBI, Louis *Freeh* an einer Medienkonferenz bekanntgaben, soll *Nicholson* im Laufe der letzten beiden Jahre Staatsgeheimnisse an Russland weitergegeben und dafür Zahlungen in der Gesamthöhe von rund 120'000 Dollar entgegengenommen haben. Der 46jährige *Nicholson* reichte unter anderem anscheinend Angaben über junge CIA-Beamte, die er zwischen 1994 und 1996 ausbildete, an Moskau weiter. Dank den Informationen *Nicholsons* kennt Moskau zudem heute vermutlich auch die Namen der amerikanischen Geschäftsleute, die regelmässig nach Russland reisen und der CIA über ihre Eindrücke berichten. Sie dürften mit Strafmassnahmen Moskaus zu rechnen haben. Auch geheime CIA-Dokumente über Tschetschenien soll der Agent weitergegeben haben. *Nicholson* wurde vor einer Reise in die Schweiz verhaftet, wo er laut Angaben *Deutchs* seine russischen Kontaktleute hätte treffen sollen.

Anders als Aldrich *Ames*, der 1994 wegen Spionage verhaftet worden war, scheint *Nicholson* indessen keine amerikanischen Spione verraten zu haben. *Ames*' Verrat, der schwerwiegendste der letzten Jahrzehnte in den USA, wird in Geheimdienstkreisen mit dem Tod von mindestens zehn für Washington wirkenden Agenten in Verbindung gebracht. Auch scheint *Nicholson*, wiederum im Gegensatz zu *Ames*, die Zahlungen Moskaus nicht für auffallende Luxusgüter ausgegeben zu haben. Der geschiedene Beamte brauchte das Geld, um eine Hypothek auf sein Haus sowie Kreditkartenschulden abzutragen, um seinem Sohn einen neuen Wagen zu kaufen und um eine Reise nach Thailand zu bezahlen. *Nicholson* ist allerdings der höchste CIA-Beamte, der je der Spionage angeklagt wurde und laut *Deutch* befürchtet man im Geheimdienst, dass sich der Schanden, den er angerichtet hat, als beträchtlich erweisen wird. Über

die Gründe des Verrats *Nicholsons* ist vorläufig nichts Sicheres bekannt, da der Verhaftete die Aussage verweigert. Die Staatsanwältin Helen *Fahey*, die den Fall bearbeitet, sagte, vorläufig weise alles darauf hin, dass *Nicholson* sein Land nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus Geldgier verriet.

Die Untersuchungen gegen *Nicholson* liefen schon seit über einem Jahr. Er war aufgefallen, als er im Oktober 1995 bei einem routinemässigen Test mit einem Lügendetektor auf Fragen nach nicht bewilligten Kontakten und Verbindungen zu ausländischen Geheimdiensten auffällig reagierte. Im April vergangenen Jahres beschaffte er sich bei der CIA-Abteilung über Tschetschenien Material für einen Lehrgang, den es nicht gab. Während eines Ferienaufenthalts in Singapur im Juni wurde *Nicholson* bei einem Treffen mit zwei bekannten Beamten der russischen Auslandspionage beobachtet. Das FBI nimmt an, dass *Nicholson* erstmals im Sommer 1994 in Kuala Lumpur in den bezahlten Dienst Moskaus trat.

Dass der Fall *Nicholson* das Verhältnis zwischen Washington und Moskau stark trüben wird, wie verschiedene amerikanische Zeitungen vermuteten, ist nicht anzunehmen. Sicher wird die Administration die Möglichkeit in Erwägung ziehen, Moskau auf die eine oder andere Weise zu «bestrafen», doch deswegen wird Russland auf die knapp 150 Milliarden Dollar an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe aus den USA, die vorgesehen sind, wohl nicht verzichten müssen. Dass Moskau heute nicht weniger aktiv gegen die USA spioniert als zu sowjetischen Zeiten, wie *Deutch* betonte, ist seit Langem bekannt, und anzunehmen, dass die Vereinigten Staaten sich anders verhalten, hiesse die Naivität etwas gar weit treiben. Die Erkenntnis, dass die andere Seite spioniert, versetzt heute weder in

Washington noch in Moskau irgend jemanden ernstlich in Rage. Der Fall *Nicholson* beweist lediglich, dass die Grossmächte auch in Zeiten politischer Entspannung argwöhnisch geblieben sind und versuchen, sich für alle Eventualitäten zu wappnen.

Auch zum Thema der Wohltätigkeit müssen in der heutigen Zeit einige kritische Feststellungen getroffen werden. Für den einzelnen Spender, der tatsächlich einem Bedürftigen eine Wohltat erweisen möchte, ist kaum noch Transparenz gegeben. Dies betrifft sowohl die USA als auch die Schweiz.

Folgendes Beispiel zeigt wohl am besten, in welches Dickicht aus Organisationen der einzelne Spender sich begibt:

Ein älterer Mann kommt gleich persönlich mit einer prall gefüllten Tragtasche bei der Zentralstelle für Wohlfahrtsunternehmen (*Zewo*) in Zürich vorbei. Er bittet die Geschäftsleiterin *Edith Adler*, aus dem Wust von Spendenaufrufen, die innerhalb des letzten Monats in seinem Briefkasten landeten, drei «seriöse» auszuwählen. Denen will er dann seinen Weihnachtsbatzen zukommen lassen. Nicht nur der edle Spender hat den Überblick verloren. Immer neue Institutionen bieten immer mehr Wohltaten an, so dass zur Zeit niemand mehr genau weiss, wer wem Gutes tut und ob das Gute tatsächlich gut oder vielleicht doch nur gut gemeint ist.

Seit genau sechzig Jahren wacht die *Zewo* über die Seriosität gemeinnütziger Arbeit. Wer sich den periodisch an die neuen Bedürfnisse angepassten Auflagen und unabhängigen Kontrollen unterzieht, wird mit einem Gütesiegel ausgezeichnet. Zur Zeit verfügen rund 300 mehr oder weniger bekannte Organisationen über die Qualitätsmarke. Die *Zewo* setzt sich überdies für die «Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse im schwei-

zerischen Spendenwesen» ein. Mit einem jährlich erscheinenden Sammlungskalender werden die landesweiten Spendenaufrufe möglichst gerecht über die Jahreszeiten verteilt, damit sich wenigstens die gesamtschweizerischen Organisationen nicht übermässig ins Gehege kommen. Diese ausgeklügelte Kanalisation des Spendenwesens ist – wen wundert's – ein schweizerisches Unikum, das man beispielsweise in Österreich erfolglos nachzuahmen versuchte.

Das Spendenvolumen privater Haushalte in der Schweiz wird auf 750 Millionen Franken pro Jahr geschätzt, und das von einem Sieben-Millionen-Volk. Um diesen Kuchen, der sich angesichts der Wirtschaftslage kaum vergrössern dürfte, ist der Konkurrenzkampf voll entbrannt, was sich vor Weihnachten hauptsächlich im Briefkasten niederschlägt. Professionelle Gesellschaften nehmen den Hilfswerken gegen prozentuale Beteiligung am Spendeneingang die Sammlung ab und schlachten die einzelnen Spenderadressen über Adressenpools aus: Wer einmal zahlt, wird für ein Dutzend weitere Zwecke angesprochen, wer nie etwas lockermacht, kommt auf die «schwarze Liste»; sie umfasst inzwischen knapp ein Fünftel der Wohnbevölkerung. Daneben kommen auch modernere Methoden zum Einsatz. Die «Fundraiser» haben sich bereits in einem Berufsverband zusammengeschlossen, gewisse Organisationen versuchen mit teurem Telefonmarketing zu Spenden zu kommen, und Sponsoring ist inzwischen auch den wohltätigen Organisationen ein Begriff. Mit ihren bescheidenen Mitteln versucht die Zewo über Richtlinien und Empfehlungen zu verhindern, dass diese neuen Wege in die Irre führen. Der gemeinsame Gang von Kommerz und Gemeinnützigkeit stecke voller Fussangeln, gibt man zu bedenken: «Während für Kinder und Blindenhunde fast beliebig viel Geld zu holen wäre, gehen Flüchtlinge

oder Gefangene zunehmend leer aus.» Zu derartigen Präferenzen, die mit dem gegenwärtigen System gefördert und nachgefragt werden, gäbe es sehr viel zu sagen: Elend, das sich besonders gut «verkaufen» oder «theatralisieren» lässt, wird gelindert. Ein bedenkliches Kriterium!

Auch mit den hehren «Menschenrechten» nimmt es Amerika immer nur dann genau, wenn es gerade gut ins machtpolitische Kalkül passt.

So haben die USA die Europäische Union gemahnt, die Türkei als Vollmitglied aufzunehmen und die Lage der Menschenrechte dabei nicht zum Hindernis zu machen. Der Sprecher des amerikanischen Aussenministeriums erklärte, es gebe strategische Gründe dafür, die Stellung der Türkei innerhalb Europas zu stärken. Die USA seien dagegen, künstliche oder neue Bedingungen aufzustellen, die die Türkei hinderten, voll in Europa mitzuarbeiten. Aussenministerin *Albright* habe dies in Washington in Gesprächen mit den Vertretern der EU deutlich gemacht.

Strategische Gründe gibt es nur für die Amerikaner. Europa hat mit der NATO genügend Balance.

Neuerdings hat die US-Regierung eine neue Aussenministerin, Madeleine *Albright*. Angeblich soll sie nicht einmal gewusst haben, dass sie jüdischer Abstammung sein soll. Überhaupt ist die amerikanische Regierung vollständig umgarnt von jüdischen Helfern, wie dies seit Jahren nicht mehr der Fall war. Deren Einfluss dürfte auch dementsprechend sein, und man muss mit Fug und Recht annehmen, dass die zwei Millionen Stimmen der New Yorker Juden auch ein Pfand an den wiedergewählten Präsidenten *Clinton* waren, dass er politische Schützenhilfe bei ihren Attacken gegen die Schweiz und deren Banken geben würde.

Wie «freizügig» die Einreise in die USA auch heute noch gehandhabt wird, mag ein Zürcher Rechtsanwalt berichten, der regelmässig in die USA fliegt und von den Tücken amerikanischer Einreiseformulare erzählen kann:

«Wer sich – aus welchen Gründen auch immer – veranlasst sieht, aus einem nicht visumpflichtigen Land (wie z.B. der Schweiz) in die USA zu reisen, wird im Flugzeug konfrontiert mit einem bemerkenswerten Stück Realsatire in Form eines grünen Formulars (OMB No. 1115 – 0148), das es auszufüllen gilt. Ich amüsiere mich darüber schon seit Jahrzehnten; ernsthaft geärgert habe ich mich jedoch erst anlässlich meines letzten Fluges. Ich weiss nicht, ob das Formular in der Zwischenzeit «verfeinert» wurde oder ob ich mit zunehmendem Alter dünnhäutiger werde. Dass Name Adresse und Passnummer usw. in kleine Kästchen eingetragen werden müssen, ist zwar immer wieder eine Zumutung, aber nichts Neues. Dass jedoch ein Formular, dessen Titel «Willkommen in den Vereinigten Staaten» lautet, einem unvermittelt befiehlt, Use English («Verwende Englisch»), befremdet doch eher. Sollten wir es uns nicht auch überlegen, die Einreise in die Schweiz von der Kenntnis einer der vier Landessprachen abhängig zu machen?

Auf die Personalien folgt eine Reihe von Fragen, die unter verschiedensten Aspekten zu denken geben. Es mag ja noch angehen, einen Einreisewilligen zu fragen, ob er unter ansteckenden Krankheiten leide oder drogensüchtig sei. Ob er aber unter einer (irgendeiner!) «körperlichen oder geistigen Störung» leide? Wie steht es mit einem Plattfuss oder mit chronischer Schlaflosigkeit? Es mag auch angehen, jemanden zu fragen, ob er schon zweimal oder mehr zu Freiheitsstrafen von mehr als fünf Jahren verurteilt worden sei. Was fängt der wahrheitsliebende Einreisewillige jedoch mit der Frage an, ob er jemals wegen einer Straftat verurteilt worden sei, die «moralisi-

sche Schlechtigkeit» einschliesse (Übertretung eines Halteverbots?), oder ob er in den USA «kriminelle oder unmoralische Aktivitäten» (Rauchen) zu begehen gedenke?

Noch schwieriger wird es, wenn man vor 1945 geboren ist. Dann ist eine historische Gesamtschau gefordert. Der Normalreisende wird guten Gewissens bestätigen können, er habe sich weder der «Spionage» noch der «Sabotage» noch «terroristischer Aktivitäten» oder gar des «Völkermordes» schuldig gemacht. Ob man aber (z. B. mit Geburtsjahr 1940) niemals «auf irgendeine Weise» in Verfolgungen durch Nazi-Deutschland oder dessen Alliierte impliziert gewesen sei, ist schon schwieriger zu beantworten. Aktiv oder passiv? Immerhin stand mein Vater damals gute fünf Jahre an der Grenze, und ich musste mir die Reden *Hitlers* am Radio anhören. Anschliessend wird man – im Flugzeug sitzend – belehrt, man hätte sich vor der Abreise an eine amerikanische Botschaft wenden sollen, falls man eine der obigen (und vieler anderer) Fragen mit «ja» beantworte. Dafür ist es nun ja leider zu spät. Darauf folgt ein Passus, der den Juristen auf den Plan ruft: Der Unterzeichner muss auf sämtliche Rechte verzichten, den Entscheid des Einwanderungsbeamten anzufechten. Wie war das nun gleich mit der Freiheitsstatue?

Aber wie jede gute Tragödie entbehrt auch dieses Formular nicht des absurd-komischen Aspekts: Nach dem Hürdenlauf durch die unsinnigen Fragen wird dem geneigten Formularleser erklärt, er habe zwei Minuten zur Verfügung, um dasselbe zu begreifen. Ich weiss nicht, wie es sich mit den der Weltsprache Englisch nicht mächtigen Einreisenden verhält; ich habe vier Minuten gebraucht, den Unsinn durchzulesen (von Verstehen konnte, wie dieser Beitrag bestätigt, keine Rede sein). Danach wird das Formular noch weit kryptischer: Es verspricht, man könne es in vier Minuten ausfüllen, wenn man im Durchschnitt

sechs Minuten für die sieben Fragen (ohne Personalangaben) aufwende. Rechne!

Das Formular endet jedoch nicht ohne Trost. Falls man Vorschläge hat, wie es vereinfacht werden könnte, darf man sich an das «Paperwork Reduction Project» in Washington wenden. Ich glaube an die Aussichtslosigkeit eines solchen Vorgehens. Aber vielleicht schickt ein Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in der Schweiz eine Kopie dieses Beitrags nach Washington. Sollte dies geschehen, wird wohl eine neue Frage hinzugefügt werden. «Haben Sie sich je irgendwie gegen dieses Formular ausgesprochen?»

Und immer wieder mischen sich die Amerikaner in die Belange fremder Länder ein. Oft kann man die Aktionen nicht mehr als die feine diplomatische Art des politischen Umgangs der Länder miteinander bezeichnen.

So erschien kürzlich ein Bericht in der konservativen amerikanischen Zeitung «Washington Times» über einen angeblichen Raketenverkauf der Ukraine an Libyen.

Daraufhin äusserte sich der ukrainische Vizeausserminister Konstantin *Hryschtschenko*, der zugleich dem ukrainischen Abrüstungskomitee vorsitzt, besorgt über diese Meldungen. Seine Regierung sei beunruhigt, dass sich die Zeitung auf geheime Materialien des Geheimdienstes CIA stütze, und könne sich nicht erklären, wie diese Berichte in die Hände von Journalisten geraten konnten. Der Vizeausserminister vermisste eine offizielle Gegendarstellung Washingtons. Wenn es tatsächlich Bedenken der amerikanischen Regierung gegenüber der Ukraine gebe, würde Kiew gerne direkt davon erfahren. Er bezeichnete den Bericht als lanciert, um die Ukraine in der Frage der Exportkontrollen für Güter «doppelten Verwendungszwecks» (ziviler und militärischer Art) unter Druck zu setzen. Bereits im Sommer hatte er mit fast denselben Argu-

menten ebenfalls einen Bericht der «Washington Times» über die Gründung eines ukrainisch-libyschen Kooperationsrats dokumentiert. Damals wurde auch erwähnt, die Publikation solle eine Kürzung der amerikanischen Hilfe für die Ukraine bewirken. Ferner solle die Ukraine von ihrer geplanten Teilnahme an einem «Eisenbahn-Tender» in Libyen abgehalten werden.

Die «Washington Times», die ukrainische Firmen übrigens nicht zum erstenmal der Kooperation mit Libyen bezichtigte, berichtete nicht etwa, dass die Ukraine selbst Kurzstreckenraketen und U-Boot-Dienstleistungen an Libyen verkaufe. Vielmehr heisst es in dem Beitrag, der auf einen mit «Top secret» versehenen Bericht des CIA vom 2. Oktober Bezug nimmt, dass «zwei ukrainische Einheiten» getrennte Vereinbarungen mit dem Regime des libyschen Führers *Ghadhafi* geschlossen hätten, deren Wert auf insgesamt rund 510 Millionen Dollar geschätzt wird. Dann aber wird behauptet, im Juli hätten «ukrainische Beamte» – ohne Angabe, welcher Institution sie angehören – einen Vorschuss Libyens in Höhe von 3 Millionen Dollar auf den Erwerb von SS-21-Raketen (oder Scud B) erhalten. Die Zahl der Raketen wurde indessen nicht genannt. Die Raketen sollten zerlegt und nach Libyen gebracht werden. Aus dem Bericht geht nicht hervor, ob die Lieferung bereits vollzogen wurde.

Bei einer zweiten Vereinbarung, welche die Zeitung ebenfalls aus dem CIA-Bericht zitiert, handelt es sich um Serviceleistungen und Ersatzteile für libysche Foxtrott-U-Boote sowjetischer Bauart im Werte von 10 Millionen Dollar. Diese Vereinbarung sei im Mai während eines – tatsächlich absolvierten – Besuchs einer ukrainischen Delegation in Tripolis unterzeichnet worden. Laut der Zeitung kommt dazu noch eine dritte Vereinbarung, auf die Kiew interessanterweise gar nicht einging:

ein Vertrag über eine Waffenlieferung an Libyen, und zwar per Schiff. Das Schiff habe im August zunächst Iran angelaufen – angeblich mit der Absicht, die Fracht dann über Sudan nach Libyen weiter zu liefern, so die Zeitung.

Der ukrainische Staatspräsident *Kutschma* hatte bei seinem jüngsten Besuch in Israel und der Türkei erklärt, die Ukraine liefere keine Rüstungsgüter an Iran; zu Libyen dagegen äusserte er sich nicht. Die ukrainische Botschaft, die von der «Washington Times» mit den Vorwürfen konfrontiert worden war, erklärte allerdings, Kiew unterhalte «keine militärtechnische Kooperation mit Libyen». Zuwiderlautenden Fakten würden die ukrainischen Ermittlungsbehörden sofort nachgehen. Die ukrainische Regierung habe alle ihre Organe darauf hingewiesen, das Uno-Embargo gegen Libyen strikt einzuhalten. Das Embargo war verhängt worden, nachdem Libyen sich geweigert hatte, zwei seiner Agenten auszuliefern, die von den USA der Beteiligung an dem Bombenanschlag auf den Panam-Flug 103 über Lockerbie verdächtigt werden. Laut «Washington Times» würden die ukrainischen Geschäfte mit Libyen sowohl das Uno-Embargo verletzen als auch Sperrverträge bezüglich Raketen- und Rüstungslieferungen. Dies könnte nach Richtlinien des amerikanischen Kongresses die Einfrierung von Finanzhilfen an die Ukraine zur Folge haben. Im Falle der Ukraine würde dies, so die Zeitung unter Berufung auf ein Kongressmitglied, sowohl die bereits bewilligten 900 Millionen Dollar Hilfgelder als auch die in Aussicht gestellten weiteren 225 Millionen Dollar betreffen.

Das ukrainische Parlament hat nun am Donnerstag entgegen den ursprünglichen Absichten der Regierung die Gründung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Berichten über angeblich illegale Waffenexporte beschlossen. Für

die Schaffung eines solchen Ausschusses sprach sich auch der Chef des militärischen Abschirmdienstes beim Verteidigungsministerium, *Skypalsky*, aus. Nur so könne die Ukraine den seiner Ansicht nach unbegründeten Verdacht westlicher Quellen widerlegen.

Ein Beispiel zum Umgang der Amerikaner mit ihrer Rolle in der Geschichte. In Tokio wurde der «Atombomben-Dom» in Hiroshima in die Unesco-Liste des Welterbes aufgenommen. Die Entscheidung der gegenwärtig in mexikanischen Merida stattfindenden Welterbe-Konferenz der Unesco wurde vom japanischen Aussenministerium in Tokio mitgeteilt. Gegen die Aufnahme des Mahnmals gegen den Krieg hatten sich die USA ausgesprochen. Auf diese Weise wird den Amerikanern stets ihr menschliches Verbrechen vor Augen geführt. Ein Sprecher des Aussenministeriums in Washington hatte zur Begründung erklärt, Kriegsschauplätze (ein ganz neues Lexikon hat sich dieser Sprecher zurechtgelegt) seien stets umstrittene Stätten und sollten deshalb nicht in die Liste des Welterbes aufgenommen werden. Der Bürgermeister von Hiroshima Takeshi *Hira-oika*, begrüßte dagegen die Entscheidung der Uno-Organisation für Erziehung und Kultur. Das Mahnmal war einst die Kuppel der alten Handelskammer Hiroshimas, die bei dem Atombombenangriff der USA ausbrannte.

Es ist das lebendige Mahnmal für hunderttausende von den US-Atombomben getöteten Zivilisten. Dies erklärt natürlich auch, warum die Amerikaner ein solches Denkmal nicht als schützenswert betrachten. Denn solange die Amerikaner sich nicht selbst kritisch mit all diesen gruelhaften Geschichten und Morden auseinandersetzen und ihren Bürgern dies verschweigen, oder die Getöteten als «Feinde» hinstellen, die mit allen Mitteln bekämpft werden müssen, werden sie ihren Bal-

last auf immer und ewig mit sich weiter tragen. Dies dauert jetzt schon 200 Jahre. Wann wird Amerika einsehen, dass «Mauern», wie sie und die jüdischen Organisationen es den Schweizern vorwerfen, nutzlos ist? Solange dies nicht geschehen sein wird, wird nicht nur bei uns Europäern ein tiefer Zweifel bestehen bleiben: Ein Volk, eine Regierung, ein Staat, der sich selbst dazu verurteilt, alle Akte seiner Geschichte als grundsätzlich richtig und gerecht aufzufassen, läuft Gefahr, zu einer Gefahr für alle anderen zu werden.

Auch das von der US-Regierung zusammen mit dem CIA beherrschte Lateinamerika zählt eine erschreckende Menschenrechtsbilanz. Die meisten Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika bleiben nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch ungestraft. In ihrem vorgelegten Jahresbericht kritisiert die Organisation insbesondere die Regierungen Brasiliens, Kolumbiens, Mexikos, Haitis und Guatemalas. In vielen Ländern werde die Kriminalität als Vorwand genutzt, um die Brutalität der Sicherheitskräfte zu rechtfertigen. So wies beispielsweise der kolumbianische Präsident *Sampedro* die Kritik am Vorgehen der Sicherheitskräfte mit dem Hinweis auf Anarchie und Gewalt zurück, die in seinem Land herrschten. In Brasilien, Mexiko, Peru, Kolumbien und Venezuela würden «routinemässig» Gefangene und Verdächtige gefoltert, hiess es in dem Bericht weiter. Die kubanische Regierung verletze die Rechtsansprüche auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Privatleben und gerechte Gerichtsverfahren. Grundlage dafür seien Gesetze, die auf die Unterdrückung der Regimegegner abzielten.

Man muss sich gerade das Beispiel Lateinamerika vor Augen halten. Diesen «Hinterhof» der USA gibt es mittlerweile so lange wie die USA selbst existieren. 200 Jahre haben die USA Zeit gehabt, gleich in ihrer unmittelbaren geographischen

Nachbarschaft zu beweisen, dass ihre wirtschaftlichen und politischen Ideen und Leistungen tatsächlich so universal und dem Fortschritt der Menschheit förderlich sind, wie sie es gern vorgeben. 200 Jahre lang hätte sich die Nachbarschaft zu den USA als Segen für diese Länder erweisen müssen (nach den allseits bekannten ideologischen Vorgaben). Doch jeder weiss, dass diese Länder wahre Müllkippen sind und die Menschen dort dazu verurteilt sind, vor sich hin zu vegetieren, weil ihre Länder Opfer des amerikanischen Systems sind, und dies seit Anbeginn.

Und wie sieht es mit den Menschenrechten, ja wenigstens mit der Menschenwürde der Armen, der Schwarzen und anderer Minderheiten in den USA aus? Hat Amerika sie nicht längst abgeschrieben? Gilt im «Land der unbegrenzten Möglichkeiten» nicht das grausame Gesetz des Stärkeren? Wer arm und schwach ist, ist selber schuld! In welcher Bibel wurde dieses Gesetz verkündet?

Immer wieder kommt es zu Ausschreitungen, zu Revolten in den Ghettos der grossen Städte und in den Gefängnissen. Wieder waren es kürzlich weisse Polizisten mit menschenverachtenden Methoden, die im US-Staat Florida Ausschreitungen auslösten.

Anlass war, dass die Justiz sich nicht bequemen wollte, einen verdächtigen weissen Polizisten unter Anklage zu stellen. Der Verzicht auf eine Anklageerhebung löste daraufhin in St. Petersburg, Florida, neue Unruhen aus, bei denen mindestens neun Personen verletzt wurden. Die Ausschreitungen begannen, nachdem eine Anklagekammer es abgelehnt hatte, den Prozess gegen den Beamten zu eröffnen, der im Oktober einen schwarzen Autofahrer erschossen hatte. Der Polizeichef der Stadt, die im letzten Monat Schauplatz ähnlicher Unruhen war,

sprach von geplanten Aktionen. Die Anklagekammer (Grand Jury) entschied, der Polizeibeamte Jim *Knight* müsse für die Erschiessung eines Autofahrers nicht vor Gericht gestellt werden. Die Tat des Beamten sei zumindest teilweise gerechtfertigt gewesen, weil das spätere Opfer mit einem gestohlenen Auto viermal den Streifenwagen *Knights* gerammt habe und den Anweisungen des Polizisten nicht Folge geleistet habe. Die Geschworenen betonten, die Tat habe keinerlei rassistischen Hintergrund gehabt.

Nachdem die Entscheidung der Anklagekammer bekanntgeworden war, zogen vor allem Jugendliche durch den vorwiegend von Schwarzen bewohnten Süden der Stadt, bewarfen Autos mit Steinen und anderen Gegenständen und legten Brände. Es fielen auch Schüsse. Dabei wurde ein Polizist am Bein verletzt, und der Pilot eines Hubschraubers des Sheriffs musste notlanden, nachdem ihn eine Kugel am Arm getroffen hatte. Nach ersten Berichten erlitten weitere sieben Personen Verletzungen. Über 200 Polizisten waren im Einsatz und gingen teilweise mit Tränengas gegen die Bürger vor. Der Polizeichef Darrel *Stephens* machte am Abend an einer Pressekonferenz die radikale Schwarzenorganisation «Nationale Demokratische Volksbewegung Uhuru» für die Unruhen verantwortlich.

Es ist ein trauriges Beispiel für die alltägliche Spirale des Hasses und der Gewalt in diesem Land, das der Welt die grosse Freiheit verkündet. Die Behörden scheinen sich schon längst darauf eingestellt zu haben: in ihren Augen sind es halt «kriminelle Untermenschen» und entsprechend hart muss man mit ihnen umgehen. Wie soll in einem solchen Ghetto-Land noch ein menschenwürdiges Miteinander der verschiedenen Gruppen möglich sein?

Wenig Verständnis fanden die Amerikaner auch für ihr schroffes Veto gegen Boutros *Ghali*. Durch ihr Vorgehen iso-

lierte sich die amerikanische Administration, weil sie sich weder vor noch hinter den Kulissen ernsthaft darum bemühte, eine überzeugende Alternative zum vormaligen Generalsekretär zu präsentieren. Nähere Konsultationen mit den übrigen Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates scheinen in dieser wichtigen Frage nicht stattgefunden zu haben. Diese Haltung ist nicht nur von den meisten Uno-Mitgliedern, sondern auch von engen Alliierten Amerikas als instinktlose Arroganz empfunden worden. So wenig diplomatisches Fingerspitzengefühl und Sinn für Konsensbildung seitens einer reifen und demokratischen Supermacht, die nach dem Ende des sowjetischen Herrschaftssystems einst die «neue Weltordnung» verkündete, hat die Uno nicht verdient. Dass die Weltorganisation trotz ihrer vielen Mängel auch den USA als politische Plattform für riskante Operationen wie die Interventionen im Koreakrieg, am Persischen Golf oder in Haiti gute Dienste geleistet hat, sollte man in Washington nicht vergessen.

Und schliesslich erweist sich die offensichtliche amerikanische Bevorzugung Israels als immer wieder irritierend. Zwar musste sich das israelische Kabinett mit den getrübbten Beziehungen zur amerikanischen Regierung befassen. Ministerpräsident *Netanyahu* meinte jedoch anschliessend, Israels umstrittene Siedlungspolitik stimme mit dem überein, was er nach seinem Amtsantritt Präsident *Clinton* erklärt habe. Im Klartext heisst das, dass in bestehenden Siedlungen weiter gebaut wird, dass Israel dafür aber keinen privaten palästinensischen Boden enteignet und dass über die Errichtung neuer Siedlungen nur das Regierungsplenum entscheiden darf. Daraufhin registriert man eine eigentliche Eskalation der Verstimmung zwischen Washington und Jerusalem. So spielen die USA offenbar mit dem Gedanken, die Israel gewährten Kreditgarantien zu strei-

chen, sollte Jerusalem an seiner Siedlungspolitik festhalten. Das zumindest berichtete die Zeitung »Jediot Acharnot« und berief sich dabei auf offizielle Kreise in Washington. Aber die Verantwortlichen in Israel wissen die Zeichen aus Washington schon richtig zu deuten. Die Signale der Amerikaner prallten bei Israels Entscheidungsträgern wirkungslos ab. Der Minister für Tourismus, Moshe *Katzav* etwa verbittet sich «Moralpredigten, auch von Freunden» ausdrücklich und warnt die USA vor einem schwerwiegenden Irrtum. Der Abgeordnete Yossi *Beilin* von der oppositionellen Arbeitspartei hingegen warnte, Israel riskiere den Verlust des besonderen Verhältnisses zu Washington. Eher auf die leichte Schulter nimmt demgegenüber der Likud-Parlamentarier Zalman *Shoval* die Situation. Die Beziehungen zu den USA hätten schon vor ernsthafteren Problemen gestanden, ohne dass die Freundschaft erschüttert worden wäre. Man muss einen solchen Satz mal genau lesen, um zu verstehen, auf welches «abgekartete Spiel» zwischen Israel und den USA sich hier bezogen wird: machtpolitisch haben die Palästinenser zur Zeit nichts zu bieten, Israel jedoch viel. Das Wort «Freundschaft» in der gegenwärtigen Weltpolitik ist wirklich perfid.

Gerade am Beispiel Israels zeigt sich immer wieder, dass die Israelis sehr genau wissen, welche Schlüsselrolle sie auf dem regionalen Schachbrett des Vorderen Orients in der globalen Machtpolitik der Amerikaner innehaben.

Die Israelis spielen perfekt die ihnen zugedachte Bollwerkrolle und nutzen sie auf ihre Weise weidlich aus. Der Schaden, den sie dem Friedensprozess zufügen, ist für sie vor dem Hintergrund der globalen Rollenverteilung allemal zweitrangig, und darin wissen sie sich mit den Machtpolitikern in Washington – egal welcher Couleur – einig.

5. KAPITEL

Ultimative Boykottandrohungen

Von den jüdischen Organisationen aus New York wie auch aus Israel kamen nun Boykottandrohungen. Weil die Juden soviel Druck wie möglich auf die Schweizer Grossbanken, aber auch auf die Regierung ausüben wollten, äusserten sie Drohungen, Gelder und Investitionen von den Schweizer Banken abziehen zu wollen. Bei den Hearings in New York gaben die Bankenaufsichtsbehörde des Staats New York jedoch bekannt, dass sie vorläufig eine Sperrung der Kapitaleinlagen verhindern wollen. Der Staat New York hatte jeweils in einer eher bescheidenen Grössenordnung von 200-300 Mio. Dollar kurzfristige Geldmarktgeschäfte getätigt.

Die Schweizer Grossbanken nehmen die Boykottdrohung im New Yorker Stadtparlament ernst. Vor allem wird eine Signalwirkung auf andere öffentliche Körperschaften in den USA nicht ausgeschlossen, erklärten Grossbankensprecher. Ein Gesetzesantrag im Stadtparlament von New York fordert den Abbruch von Geschäftsbeziehungen mit Schweizer Banken, bis die Schweiz einen Holocaust-Fonds öffnet.

Laut der städtischen Finanzkontrolle hat New York kurzfristige Anlagen im Betrag von 200-300 Mio. Dollar bei der Credit Suisse First Boston, aber keine Konten bei Schweizer Banken. Die Konkretisierung von Boykottbestrebungen war nach Aussage von Gertrud *Erismann-Peyer*, der Sprecherin der Schwei-

zerischen Bankgesellschaft (SBG), früher oder später zu erwarten. Vermutlich dürfte das New Yorker Vorgehen in nächster Zeit auch in anderen öffentlichen Körperschaften der USA zum Gesprächsthema werden. *Erismann-Peyer* äusserte sich nicht über allfällige Anlagen oder Guthaben der Stadt New York bei der SBG. Sie sagte lediglich, das kurzfristige Anlagegeschäft gehöre nicht zu den Kerngeschäften der SBG in den USA. Gemäss dem Sprecher des Schweizerischen Bankvereins (SBV), *Michael Willi*, würden die in der Vorlage angesprochenen Geschäfte den SBV «nicht direkt am Lebensnerv treffen». Schmerzhafter wäre, wenn es um Anlagen von Pensionskassen staatlicher Institutionen ginge.

Vertreter des Simon Wiesenthal Center in Los Angeles sind daraufhin vom Chef der Task Force, *Thomas Borer*, zu einer Aussprache in Bern empfangen worden. Die Vertreter der jüdischen Organisation sprachen von einem konstruktiven, ermutigenden Gespräch, wollen aber den Druck auf die Banken aufrechterhalten. Die Einsetzung der internationalen Expertenkommission sei ein wohl einmaliger Schritt. Aus der Sicht des Simon Wiesenthal Center wäre es wichtig, dass nun unilaterale Gesten zugunsten der noch lebenden Holocaust Opfer erfolgten. Das Center lud *Borer* nach Los Angeles ein, damit dieser die schweizerische Position öffentlich darlegen könne. Die Organisation hat nach eigenen Angaben 400'000 Mitglieder und ist damit eine der grössten jüdischen Organisationen in den USA. Sie ist auch treibende Kraft hinter einer der beiden Sammelklagen, die in den USA gegen die Schweizer Banken angestrengt wurden. Rechtsanwalt *Martin Mendelsohn*, der das Center in dieser Frage vertritt und an dem Treffen mit *Borer* ebenfalls teilnahm, sagte, ein Rückzug dieser Klage komme vorerst nicht in Frage.

Wichtig ist auch der folgende Hinweis, der Ende Januar über den Ticker der Presseagentur sda ging:

Über 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs liegen die Reparationszahlungen der Schweiz an die Alliierten noch immer in den Tresoren der Federal Reserve Bank der Vereinigten Staaten und der Bank of London. Es handelt sich laut der Sendung im Schweizer Fernsehen «lOvorlO» um eine Goldmenge, die nach heutigem Kurs rund 1,2 Mrd. Franken wert ist.

James *Desler*, Direktor des amerikanischen Handelsministeriums, äusserte in der Fernsehsendung, die zuständige Kommission der Alliierten habe dieses Geld offenbar für Eventualitäten und für Verwaltungskosten in Reserve gehalten. Nun müsse bestimmt werden, was mit dem Gold geschehen solle.

Die Schweiz hatte sich im Washingtoner Abkommen vom 25. Mai 1946 verpflichtet, wegen der Entgegennahme von Nazi-Raubgold 58 Mio. Dollar (zum damaligen Kurs 250 Mio. Franken) in Gold an die Alliierten zu zahlen. Die vereinbarte Goldmenge wurde 1947 in den vorgesehenen Reparations-Pool überwiesen. Bestimmt war das Geld für jene Länder, die von den Nazis beraubt worden waren.

Die Sprecherin der Schweizerischen Bankiervereinigung, Silvia *Matile*, bedauerte, dass die New Yorker Anwaltskanzlei den guten Willen der Schweizer Banken bei der Suche nach nachrichtenlosen Vermögen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs nicht zur Kenntnis nehmen wolle und offenbar auch nicht mitbekommen habe, welche Schritte bereits eingeleitet worden seien. So hätten aussenstehende Revisionsfirmen sehr wohl Zugang zu den Schweizer Banken. Die Sprecherin erinnerte daran, dass der vom früheren US-Notenbankpräsidenten

Paul *Volcker* geleitete Ausschuss wichtiger Persönlichkeiten soeben ein Mandat an drei internationale Revisionsgesellschaften erteilt habe. Weiterhin machte Frau *Matile* auf die beim Bankenombudsmann eingerichtete Anlaufstelle für individuelle Ansprüche aufmerksam. Auf den Boykottaufruf angesprochen, gab sich die Sprecherin gelassen: Auf Grund der Kontakte, welche die Schweizer Banken mit ihrer Kundschaft hätten, könne sich der Dachverband der Banken nicht vorstellen, dass einem solchen Appell Folge geleistet werde. Es handle sich wohl eher um ein Instrument, mit dem der Anwalt seiner Klage gegen die Schweizer Banken Nachdruck verleihen wolle. In dem vom New Yorker Anwalt Edward *Fagan* koordinierten Boykott-Appell – *Fagan* vertritt die Auschwitzüberlebende *Gizella Weisshaus*, die Anfang Oktober den Schweizerischen Bankverein (SBV) und die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) im Namen aller Holocaust- Opfer auf 20 Mrd. Dollar Schadenersatz verklagt hatte – heisst es, seit der Einreichung dieser Klage hätten Tausende von Opfern ihre Ansprüche bei den Schweizer Banken angemeldet. Es hätten auch Vergleichsgespräche über die Öffnung eines Fonds mit 200 Mio. Dollar stattgefunden. Die Schweizer Banken hätten es aber abgelehnt, ihre Unterlagen aus der fraglichen Zeit durch aussenstehende Revisionsfirmen überprüfen zu lassen.

Wie wir bereits wissen, wurde im Stadtrat von New York City eine Resolution eingebracht, die einen Boykott der Schweizer Banken zum Ziel hat. Der Antrag, über den allerdings Ende Januar noch kein Beschluss vorlag, stammt vom Führer der demokratischen Stadtrats-Mehrheit im City Council, Sprecher Peter F. *Vallone*. Eine endgültige Entscheidung, mit der die Stadtverwaltung aufgefordert würde, ihre Einlagen von Schweizer Banken abzuziehen, beziehungsweise keine

neuen Mittel zu deponieren, ist noch nicht sofort zu erwarten, sondern einzig die Überweisung der Angelegenheit an einen Ausschuss. Die materielle Bedeutung des Antrags ist, wie erste Würdigungen in der New Yorker Bankengemeinde zu erkennen gaben, weniger wichtig als das mit ihm verbundene Signal. Eine Reaktion der Stadtverwaltung selbst lag noch nicht vor. Sollte Bürgermeister Rudolph *Guiliani*, nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Steuerkraft der in der Stadt tätigen Schweizer Banken, ein Veto einlegen, müsste er mit Zweidrittelmehrheit überstimmt werden.

Vallone selbst bezeichnete seine Initiative als ein klares Signal dafür, dass Mittel der Stadt New York nicht bei Schweizer Banken angelegt werden sollen, bis die Familien der Holocaust-Opfer, die ihre Lebensersparnisse während des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz deponierten, gebührend entschädigt werden. *Vallone* selbst, dessen Initiative sich auch Herbert E. *Berman*, Stadtratsmitglied und Vorsitzender des Jewish Caucus im Stadtrat, sowie der Präsident des Jewish Community Relations Council, Martin *Begun*, anschlossen, rief auch die gesamte Wirtschaft der Stadt auf, «Investitionen in Schweizer Banken abzulehnen, bis die Angelegenheit geklärt ist».

Über das bis hierhin mehr oder weniger symbolische Gewicht des Boykottaufrufs hinaus ist es jedoch nicht auszuschliessen, dass sich auch in der Führung der Pensionskasse der Stadt Signale von unfreundlichem Geschäftsverhalten gegenüber der Schweiz ergeben werden. Direkte Anzeichen dafür gab es aber noch nicht. Doch weiss man, dass politische Vertreter in der Verwaltung der New Yorker Pensionskasse nicht abgeneigt sind, eine Devestitionsstrategie anzustreben – eines der spektakulärsten Beispiele dafür war vor nicht allzu langer Zeit ein of-

fener Brief an Deutschland, dem wegen der dort zeitweise zu beobachtenden Übergriffe gegen Türken und andere Ausländer mit dem Abzug von Anlagemitteln aus Deutschland gedroht worden war. Eine ähnliche Initiative hätte für die Schweizer Wirtschaft und speziell für die in den Vereinigten Staaten operierenden Schweizer Banken theoretisch eine weit grössere Bedeutung als der jetzt ins Auge gefasste Abzug von flüssigen Mitteln aus Schweizer Banken. Mit Sorge beobachtet man in Schweizer Wirtschaftskreisen auch eine Initiative des Abgeordnete *McLaughlin* im Parlament des Bundesstaates New York, die ebenfalls als ein Schritt in Richtung eines Boykotts gewertet wird. Vorgesehen ist ein öffentliches Hearing am 13. Februar in Albany, New York.

In New York ist dann die dritte Kollektivklage des World Council of Orthodox Jewish Communities gegen Schweizer Banken deponiert worden. Die Klage wurde vom Anwalt *Mel Urbach* am Bundesgerichtshof in Brooklyn deponiert. Die Kläger verlangten von den Banken kein Geld, sondern den Zugang zu den nachrichtenlosen Vermögen und den Bankarchiven, sagte *Urbach*. Bevor die Fakten auf dem Tisch lägen, sei es nicht angemessen, Geldforderungen zu stellen.

Gemäss Pressemeldungen drohen die Sprecher zweier internationaler jüdischer Organisationen mit dem «Verhängen von Sanktionen» und Boykottmassnahmen gegen Schweizer Banken, falls die Schweiz und die Banken der Schweiz nicht «sofort und sehr eindeutig» die von Bundespräsident *Delamuraz* in einem Interview gemachten Äusserungen zurückweisen. Dabei war von einem Ultimatum bis Ende Januar die Rede. Die Schweizerische Bankiervereinigung (SB VG) hält fest, dass für die Banken und die Bankiervereinigung die im September 1995

und im Februar 1996 dargelegten Grundsätze massgebend bleiben. Dazu gehört, im Rahmen des Bundesbeschlusses von 1996, die Mitarbeit der Schweizer Banken bei der Aufklärung und der Darstellung der Rolle der schweizerischen Wirtschaft und des Finanzplatzes während der Naziherrschaft in Deutschland und während des Zweiten Weltkriegs. Im Weiteren steht es aber weder den Banken noch irgendeiner ausländischen Organisation zu, den Bundesrat *Delamuraz* zu verurteilen.

Eigentlich sollten heute auch gegen die jüdischen Organisationen und jene jüdischen Milliardenä Nachforschungen angestellt werden, warum *sie* denn nicht genügend für ihre Glaubensbrüder getan haben. Die Juden wissen sehr wohl, dass äusser der Schweiz kein Land auf der ganzen Welt bereit war, ihren bedrängten Brüdern aus Europa beizustehen. Warum, fragt man sich, kommen sie heute und in diesem Ton? Ist heute die Zeit für sie reif geworden, um zu ernten? Wollen sie demnächst alle Staaten – nach dem Muster der Schweiz – erpressen?

Die Bankiervereinigung hatte im Mai 1996 mit den internationalen jüdischen Organisationen ein Memorandum of Understanding vereinbart, das unter anderen die Unterschriften von Avraham *Burg* (Vorsitzender der Jewish Agency) und Israel *Singer* (Generalsekretär des World Jewish Congress) trägt. Die Anstrengungen zur Abklärung allenfalls noch bestehender Ansprüche von Shoah-Opfern und -Nachfahren werden intensiv geführt. Unter Aufsicht der Volcker-Kommission wird diese Arbeit durch speziell bezeichnete Revisoren zusätzlich überprüft. Alle Werte, welche möglicherweise jüdischen Eigentümern gehören und nicht mehr den Berechtigten zugeleitet werden können, sollen im Einvernehmen mit jüdischen Organisationen verwendet werden. Darüber besteht beim Schweizeri-

schen israelitischen Gemeindebund (SIG) und der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVG) dieselbe Auffassung.

Der SBVG scheinen Sanktions- und Boykottandrohungen sowie Ultimaten und damit verbundene Forderungen nicht die geeigneten Mittel zur Förderung der begonnenen Arbeit. Sie erachtet das Memorandum of Understanding weiterhin als verbindlich. Die SBVG hofft auf eine konstruktive Haltung der jüdischen Organisationen zu den gemeinsam in die Wege geleiteten Abklärungen.

Und selbst Sigi *Feigel*, Ehrenpräsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, schrieb:

«Vor fünfzig Jahren haben sich Schweizer Finanzinstitute zweifellos Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Das geschah in der Schweiz von «damals». Im Namen von allen hat sich der Bundesrat für die Untaten von wenigen entschuldigt. Zur Aufarbeitung auch dieser Vergangenheit wurde ein Gesetz geschaffen, und die Kommission *Bergier* wurde bereits eingesetzt. Das ist die Schweiz von heute!

Zu dieser Schweiz gehört auch die Motion der FDP-Fraktion vom 11. Dezember 1996 (Lilly *Nabholz*), mit welcher der Bundesrat eingeladen werden soll, einen Fonds für die Einzahlung der aufgefundenen Gelder und verifizierten Gewinne zu schaffen. Bereits vor Monaten wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Jüdischen Weltkongress, einer in den USA beheimateten privaten jüdischen Organisation und den Schweizer Bankiers mit dem gleichen Ziel die Volcker-Kommission ins Leben gerufen. Beide Kommissionen sind mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet (unbeschränkte Akteneinsicht, Aufhebung des Bankgeheimnisses ihnen gegenüber).

Die Erklärung von Herrn Bundesrat *Delamuraz*, die Forderung

nach Einzahlung von 250 Millionen Franken – und zwar sofort – in einen «Wiedergutmachungsfonds» sei eine Lösegelderpresung, war eine «hervorragende» politische Fehlleistung. Die Entschuldigung (das Bedauern, nicht die Entschuldigung. Das ist entscheidend, weil der Bundesrat diese Formulierung, die er berechtigterweise verwandte, wie wir bereits eingangs der Drohungen der Juden in den USA vernommen haben, korrekt und fair zurücknahm, sic.) folgte dann ja auch sofort. Der Jüdische Weltkongress hat ohne Zweifel das Verdienst, diese Vergangenheitsbewältigung (mit Verleumdungen und Falschanschuldigungen! sic.) in Gang gebracht zu haben. Aber die von einzelnen Vertretern dieser Organisation geäußerten Boykottandrohungen sind ebenfalls politische Fehlleistungen. Sie wirken kontraproduktiv, schaden der Sache und richten darüber hinaus noch weiteren Schaden an!

Die Schweiz von heute hat diese Drohungen nicht verdient! Bei all seinen Meriten um diese Sache soll sich der Weltkongress vor Augen halten: Der Schmiedehammer ist kein geeignetes Instrument zu Reinigung von Porzellan. Diese Scherben bringen niemanden Glück.»

Dann kam anfangs Februar 1997 die Meldung, dass die jüdischen Organisationen die Boykottpläne aufgeben. Die internationalen jüdischen Organisationen haben Pläne für einen Boykott von Schweizer Banken aufgegeben, hiess es, nachdem die Schweizer Grossbanken 100 Millionen Franken für einen humanitären Fonds für Opfer des Holocaust bereitgestellt haben. «Wir sind von der Konfrontation zur Kooperation gekommen», erklärte Kalman *Sultanik*, der Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses, in New York. *Sultanik* sagte weiter, am 14. Februar solle in New York ein Treffen jüdischer Organisationen mit Regierungsvertretern aus der Schweiz und den USA

stattfinden, um über die weitere Zusammenarbeit mit der Schweiz zu beraten.

Ursprünglich war diese Konferenz anberaumt worden, um Boykottmöglichkeiten gegen Schweizer Banken zu erörtern.

Auch der Staat New York teilte mit, dass er den Boykott der Schweizer Banken annulliere. So zog als Reaktion auf die jüngsten Beschlüsse des Bundesrates zur Schaffung eines Spezialfonds zugunsten bedürftiger Holocaust-Opfer der New Yorker State Comptroller H. Carl *McCall* seine Anordnung vom 30. Januar 1997 zurück, dass der US-Gliedstaat New York bis zur Klärung der Kontroverse um die Holocaust-Vermögen die Geldmarktgeschäfte mit den Schweizer Banken suspendiere.

Allerdings hatte die Suspendierung dieser Transaktionen nicht nur die Schweizer Regierung und Banken Vertreter, sondern auch die New Yorker Bankenaufsicht und den Jüdischen Weltkongress negativ überrascht. Dies galt besonders deshalb, weil der Entscheid erst am 7. Februar, also zwei Tage nach der allgemein begrüßten Initiierung eines humanitären Holocaust-Fonds durch die drei Schweizer Grossbanken, bekannt wurde. Bereits am 13. Februar signalisierte *McCall* dann aber eine Rücknahme seines Entscheids.

Ein weiterer Schritt bestand darin, dass die Bankenaufsicht des Staats New York Zugang zu Schweizer Bankakten über nachrichtenlose Vermögen aus der Nazizeit erhalten soll. Ein entsprechendes Abkommen wurde nach Angaben von Gouverneur *Pataki* in New York mit der Eidgenössischen Bankenkommision (EBK) abgeschlossen. Das Abkommen bedeutet, dass die Bankenaufsicht Einsicht erhält in vertrauliche Kundeninformationen über nachrichtenlose Konten der Schweizer Grossbanken in ihren New Yorker Niederlassungen. Gertrud

Erismann-Peyer, die Sprecherin der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), wies in Zürich darauf hin, dass vor allem Gelder von Interesse seien, die in der Zeit des Zweiten Weltkriegs von der Schweiz in die Vereinigten Staaten transferiert worden seien. Bei dem Abkommen dürfte es sich um einen Informationsaustausch im Rahmen der Amtshilfe handeln.

In der Frage nach dem Ernst der jüdischen Organisationen, die Schweizer Banken mit einem Boykott zu drohen und ihn ernsthaft durchzuführen seien folgende Überlegungen festgehalten:

Erfahrungsgemäss wird kein Kaufmann – und schon gar kein jüdischer – seine Geldmittel, die auf einer guten Bank mit hohem Sicherheitsstandard und einer stabilen Währung deponiert sind, umdisponieren und so Werte verlieren wollen. Hinzu kommt, dass die Schweiz auch politisch als stabiles Land gilt und einen allgemeinen Arbeitsfrieden aufweisen kann. Waren diese Drohungen also nur Bluff? Es ist anzunehmen. Denn wenn die Juden Ernst gemacht hätten, hätten sie einen Vorgang reproduziert, der ihnen im Zweiten Weltkrieg bereits zum Verhängnis geworden war. Auch damals waren die Schlagworte der Nazi-Antwort «Kauft nicht bei Juden!» der Aufschrei und der Anfang vom Ende.

Israel, das seine Agrarprodukte weltweit anbietet und verkauft und auf diese wichtigen Devisen angewiesen ist, hätte – ganz besonders in der Schweiz – ein fast totales Aus erleben können. Selbst heute, nach diesen ungeheuerlichen Vorwürfen an die Schweizer Adresse, Entstellungen und falschen Behauptungen, verbunden mit den räuberischen Erpressungsversuchen, wird mancher sich zweimal überlegen, ob er noch einmal Jaffa-Orangen und Früchte und Gemüse aus Israel einkaufen

wird. Denn tief im Herzen haben diese Judenorganisationen den Schweizern eine Verletzung beigebracht, die sie so schnell nicht wieder vergessen werden. War das die Absicht? – Ja und nochmals ja!

Sowohl der unbelehrbare *D'Amato*, als auch *Burg*, *Bronfman*, *Singer* und wie sie alle heissen, wollten die Schweiz zielbewusst und vorsätzlich diffamieren. Und da war ihnen jedes Mittel gut genug. Mit dem Wissen, dass die Schweiz ein Antirassismus-Gesetz hat – das in den USA nicht existiert – und hinter dem sie sich wie hinter einem Schutzschild verstecken, versuchen sie es so auf die Spitze zu treiben, um zu erfahren, wie ernst es eigentlich mit diesem Gesetz stehen mag. Dem Schweizer Bürger bleibt da nur die Faust im Sack und der kochende Zorn gegen die habgierigen, nur aufs Geld ausgerichteten Organisationen. Die Gier macht sie blind dafür, dass sie alles tun, um dem aufkeimenden Antisemitismus neue Nahrung zu geben.

Ich selbst darf – trotz diesen harten Worten, die berechtigt sind – sagen, dass ich kein Antisemit bin. Ich habe eine Reihe guter Freunde unter den Juden – soweit dies überhaupt möglich ist. Aber so wie man in den Wald ruft, so ertönt das Echo, heisst es, und die Jewish Agency mit *Burg* und Jüdischer Weltkongress *Bronfman* und *Singer* haben laut genug geschrien, um das Echo weltweit zu hören. Wenn die Juden nun glauben, dass dies nur die Schweizer berührt, so haben sie sich getäuscht. Bereits gibt es Anzeichen wieder im nahen Ausland, dass man von den Juden nichts mehr wissen wolle.

Und die Schweiz soll bezahlen für etwas, was sie nicht getan hat? Weder haben die Schweiz Konzentrationslager noch Vergasungs- und Verbrennungsöfen gehabt. Sie haben auch keinen Menschen umgebracht. Sie haben sogar das von den Juden gehortete Geld und Vermögen weitgehend geschützt, sonst hätten nach dem Weltkrieg tausende Überlebende nichts mehr gehabt.

Die Juden riefen nach Milliarden, die in den Tresoren von Schweizer Banken von ihnen gehortet seien. Die nüchterne Bilanz jedoch dürfte mit nachrichtenlosen Vermögen höchstens bei 40 Millionen liegen, das werden auch spätere Untersuchungen der verschiedenen unabhängigen Kommissionen bestätigen. Unbelehrbar und wissend, dass die Schweiz ein reiches Land ist, versuchen die Juden weiterhin Druck auf die Schweiz auszuüben.

Nach einer Anbahnung einer globalen Lösung der Problematik angeblich verschollener Holocaust-Vermögen in der Schweiz sollen diesbezügliche Nachforschungen jetzt im gleichen Stile auf andere Länder West- und Osteuropas ausgedehnt werden. So sagte es der mehrfache Milliardär *Edgar Bronfman*, Präsident des World Jewish Congress (WJC) vor dem Canadian Club in Toronto. Kein Land soll von den Opfern des Nazi-Terrors profitieren. Und dann diese heuchlerische Pharisäer-Phrase, es gehe aber nicht um das Geld, sondern um die Gerechtigkeit. *Bronfman* nannte vor allem Frankreich, Holland und Belgien, wo zahlreiche jüdische Opfer beheimatet waren, aber auch Spanien und Portugal, wohin jüdische Vermögenswerte geschafft worden waren. Auch Schweden sei dran. «Wir haben 3'000 unbewegte Konten in Frankreich gefunden, und die Vichy-Regierung lieferte den Nazis Juden aus, bevor sie dazu aufgefordert wurde», sagte er weiter.

Das Ergebnis der Schweiz habe ihm Mut gemacht, gestand *Bronfman* im Fernsehen und er habe nicht nur den früheren österreichischen Präsidenten *Kurt Waldheim* vom Thron gestossen, sondern auch noch die Schweiz zu einem sieben Milliarden-Geständnis gebracht, was nichts anderes heisse, dass die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs sich eine sehr schwere Schuld aufgeladen habe. Und dafür müsse sie büssen. In dieser Weise wolle er weitermachen.

Auf die Frage des Reporters, was er mit seinen vielen Dollar-Milliarden anfangen wollte, meinte er, dass er damit sehr viel Gutes tue. Dieses Gute wurde jedoch nicht so richtig definiert. Aber es muss wohl die Öffnung seiner Konten nach noch grösseren Gewinnen gemeint gewesen sein – an sich nichts Schlechtes!

Die Ergebnisse der 1991 begonnenen Gespräche mit den Regierungen der einst kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas seien uneinheitlich, führte *Bronfman* weiter aus. Während die Ungarn und die Slowaken positiv reagierten, sind die Gespräche mit Tschechien und Polen festgefahren. Der WJC, so *Bronfman*, werde alle Länder, die vom Holocaust profitierten oder Deutschland während des Zweiten Weltkriegs politische Unterstützung gewährten, dazu anhalten, alle Vermögenswerte ermordeter Juden den rechtmässigen Besitzern oder der WJC-Organisation zu übergeben oder entsprechende Entschädigung zu leisten.

Wozu überhaupt jetzt das Bedürfnis für soviel Geld? – Ganz einfach. Der Staat Israel braucht für seine verbotenen Bauvorhaben der Siedler Geld. Geld benötigt auch der Staat für seine leeren Kassen, für Waffen und was weiss ich was. Uns Schweizer wird immer wieder das Elendbild der Ostjuden vor Augen geführt. Die Herren *Bronfman*, *Singer* und Compagnie hingen sitzen in 120stöckigen Wolkenkratzern, die ihnen gehören und Hunderte von Millionen Wert haben. Warum helfen sie nicht diesen armen Teufeln im Osten? Sie wollen unser Gewissen bewegen. Es ist wirklich abscheulich und traurig, dass man aus der Not, dem Elend und den Toten noch Geld überall auf der Welt herausschlagen will. Die Schweiz sollte für die jüdischen Organisationen zum Fallbeispiel werden. Und siehe da, überall, von Brasilien bis Schweden, der Ukraine öffnen sich

Schleusen, weil jeder glaubt noch einige «Leichen» im Keller zu haben. Eines Tages jedoch ist der Spuk vorbei und dann ist vielleicht nur der Volkszorn geblieben über eine Maskerade, die jeglicher Beschreibung spottet.

Auch die Schweiz hätte Möglichkeiten, die Juden viel härter an einem Boykott zu treffen, als sie es für möglich halten. Schliesslich gibt es eine Reihe jüdischer Banken und Geschäfte in der Schweiz. Grossunternehmungen, wie Warenhäuser und so weiter. Wenn man einmal den Teufel aus dem Sack gelassen hat, ist er schwerlich wieder einzufangen.

Eine wirkungsvolle Missfallenskundgebung wäre auch ein Käufer-Boykott gegen die Amerikaner, die ja den jüdischen Organisationen zur Seite stehen. Er würde vor allem die Automobilindustrie hart treffen. Immerhin gilt die Schweiz als das Land mit dem wichtigsten Absatzmarkt für die Automobilindustrie. Aber da gibt es noch die Computer, die Software, die von Bill *Gates*, die gesamte Filmproduktion aus den Staaten – die reinste Müllhalde und das Schreckgespenst der Nationen – deren Geschäfte allein fast sechs Milliarden Franken jährlich ausmachen. Da gibt es IBM und Scotch. Coca-Cola, Pepsi-Cola und wie all diese Getränke heissen mögen. Amerika würde auch sehr heftig von dem Schock abbekommen. Und warum sollten wir uns eigentlich nicht mehr an unsere heimischen Nahrungsmittel und Getränke erinnern? Wir brauchen keinen McDonald und KingBurger. Wir haben ein Mövenpick und können uns an vielen Unterhaltungsbranchen vergnügen und benötigen keinen Micky-Mouse-Park. «Nein, danke!» hiesse dann die Devise für den schlichten Verzicht durch den bewussten Käufer. Wir verstehen uns ganz gut mit den Japanern und Koreanern, die bereits mit der Schweizer Technologie an der

Weltspitze der Elektronik stehen. Und es gibt so viele Länder, mit denen auch ein Land wie die Schweiz ins Geschäft kommen würde.

Solche und andere Überlegungen kommen einem plötzlich und es braucht kein Schock zu sein – vielleicht sogar höchstens ein heilsamer –, dass wir uns von den USA und anderen unwillkommenen Staaten lösen. Es gäbe eine ganz neue, vielleicht bessere Komponente.

Allein aus diesen wenigen Anregungen und Spekulationen kann man sehen, dass es nicht immer eine negative Überraschung sein muss, wenn irgend ein dahergelaufener kommt und glaubt, die Schweiz erpressen zu können. Es ist traurig, dass solche Überlegungen wie Boykotte überhaupt ins Spiel gebracht wurden. Welche Anmassung muss doch jene beherrschen, die – und seien es letztlich auch nur Drohungen – solche Vorgehensweisen in Betracht ziehen.

6. KAPITEL

Die Schweizerische Eidgenossenschaft und ihre Demokratie

Einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der jüngeren Schweizer Geschichte leistete der im Mai 1991 verstorbene Historiker Professor Edgar *Bonjour*. In seinem Buch «Erinnerungen» beschreibt er, wie es zu seinem Bericht über die Neutralität der Schweiz im Zweiten Weltkrieg kam, unter welchen Bedingungen er ihn verfasste und was Aufgaben und Möglichkeiten der Geschichtsforschung sind.

Nachfolgend einige Auszüge aus dem Kapitel «Neutralitätsbericht», die für die gegenwärtige Diskussion von besonderer Bedeutung sind:

«Als ich im Frühjahr 1962 in Bern die Examen bei den Anwärtern für den diplomatischen Dienst abnahm, teilte mir der damalige Vorsteher des Politischen Departements, der mir bisher persönlich nicht bekannte Bundesrat F.T. *Wahlen*, mit: In jüngster Zeit seien eine Anzahl Schriften, meistens aus den Federn von Ausländern, erschienen, die die Haltung der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs tendenziös darstellten und denen man nicht recht trauen könne. Der Gesamtbundesrat habe deshalb beschlossen, über die Neutralitätspolitik während des Krieges einen auf den Akten beruhenden, objektiven Bericht ausarbeiten zu lassen, und frage mich in aller Form an, ob ich diese Aufgabe übernehmen wolle. Ich dürfe zu diesem Zweck alle ehemaligen Staatsmänner, Politiker, Militärs aus der Kriegszeit interviewen. Der Bundesrat werde sie ihres Eides der

Bewahrung von Amtsgeheimnissen mir gegenüber entbinden. Auch werde er mir das Bundesarchiv ganz öffnen. Mein vertraulicher Bericht sei an den Bundesrat zu richten. (...)

Obgleich ich die verschiedenen Aspekte meines Auftrags sorgfältig überdachte, ahnte ich doch nicht, was für eine Fülle anstrengender Arbeit für viele Jahre da auf mich zukam; ich hätte sonst vielleicht verzichtet, wie man denn überhaupt wohl nie eine grosse Aufgabe übernehme, wenn man ihre letzten Konsequenzen voraussähe. Ich teilte dem Bundesrat mit, dass ich mich unter folgenden Voraussetzungen zur Verfügung stelle: 1. Man möge mir zusichern, dass ich wirklich alle Akten des Bundesarchivs und der Departemente, auch die unter Verschluss liegenden Geheimakten aus der Kriegszeit, einsehen könne. 2. Wenn der Bundesrat meinen Bericht veröffentlichen wolle – woran mir gar nichts läge –, so solle nichts daran gestrichen oder geändert werden. Bleibe mein Bericht unpubliziert, so möge man ihn tel quel für spätere Zeiten in einen Safe legen. 3. Ich verzichte auf jegliche Remuneration, lasse mir nur einen Teil meiner direkten Auslagen vergüten, um zu vermeiden, dass es hiesse, ich schriebe im Solde der Regierung und deshalb gouvernemental im Sinne des bekannten Spruchs: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Ich wollte vom Bundesrat unabhängig sein, denn ich fühlte mich allein als Sachwalter der Vergangenheit, nur meinem Gewissen als Historiker und Staatsbürger verpflichtet. (...)

Ich begann mit meiner Arbeit im Herbst 1962, fuhr jeweils am Montag früh nach Bern, kehrte am Donnerstag mittag nach Basel zurück und hielt alle meine Vorlesungen und Übungen von Donnerstag nachmittag bis Samstag vormittag. Über das Wochenende studierte ich die Akten, die ich mitgenommen hatte. Als mir einmal ein Kondukteur in Olten beim Umsteigen half, indem er mir einen Koffer trug, fragte er: «Haben Sie da

drin Blei!», so schwer wogen die mitgenommenen Papiere. In der Eisenbahn setzte ich mich in die hinterste Ecke eines verbrauchten Zweitklasswagens, weil ich dort ungestört arbeiten konnte. In der ersten Klasse kamen sehr oft Behördenmitglieder zu mir und fragten mich nach den Ergebnissen meiner Forschung aus, die ich ja gar nicht preisgeben durfte. Überhaupt war mir peinlich, wie man von mir ständig Sensationen erwartete, so dass ich anfang, meinen Bekannten aus dem Wege zu gehen, den Besuch von Gesellschaften zu meiden, und fast nur noch mit meinen Angehörigen und den Studenten verkehrte.

Was meiner in Bern wartete, bekam ich schon am ersten Arbeitstag zu spüren. Nachdem ich im Bundesarchiv mein Mansardenzimmerchen bezogen hatte, wollte ich mir Schreibutensilien verschaffen; das sei erst für den nächsten Monat vorgesehen, hiess es. Als ich Carl *Ludwigs* Flüchtlingsbericht verlangte, den man in mehreren Tausenden gedruckt und in jedes Bureau verteilt hatte, antwortete mir der Vizekanzler, der Bericht sei vergriffen, man könne mir kein Exemplar zu Verfügung stellen. Der Bundesarchivar erzählte mir, er sei vor einigen Tagen rasch im Militärdepartement gewesen, habe dort zufällig auf einem Büchergestell für meinen Bericht einschlägige Akten gesehen und den anwesenden Beamten gesagt: «Diese Papiere werden Herrn *Bonjour* auch interessieren», worauf sie erschrocken ausgerufen hätten: «Was, ist er schon in Bern?» Daraus glaubten gewisse Leute schliessen zu müssen, die Beamten hätten die Absicht, die betreffenden Akten noch beiseite zu schaffen, bevor ich käme. Demgegenüber muss ich feststellen, dass man meines Wissens nie, äusser in zwei gravierenden Fällen, Akten vor mir verbarg. Wenn ich die gesuchten Papiere nicht fand, so waren andere Gründe schuld daran: sie waren falsch eingeordnet, verschleppt oder vernichtet worden. Ich konstatierte bald einmal, dass aus der Kriegszeit Dokumente, zum

Beispiel Berichte schweizerischer Gesandter an den Vorsteher des Politischen Departements, fehlten. Endlich stiess ich auf eine Aktennotiz – der Handschrift nach zu schliessen von Minister Karl *Stucki* –, Bundesrat *Pilet* habe bei seinem Rücktritt «schubladenvoll» Akten mitgenommen. Ich ging der Sache nach und machte die Witwe *Pilets* auf diesen Sachverhalt aufmerksam.

Sie teilte mir zögernd, mit, es befänden sich tatsächlich viele Akten in ihrem Landhaus. Als ich anerkundete, selber dort nachzuforschen, winkte sie ab. Ein halbes Jahr später erschien der sehr einsichtige Sohn *Pilets* mit zwei Koffern voll Papiere bei mir im Bundesarchiv und stellte sie mir für meine Forschungen zur Verfügung. (...)

Meine Methode bei der Eruierung des geschichtlichen Sachverhalts bestand in erster Linie darin, die schriftlichen Dokumente zu finden, auszuschöpfen und zu interpretieren. Daneben aber schlug ich auch den zweiten Weg ein, die Befragung ehemaliger politischer Akteure, stellte aber bald einmal fest, wie unzuverlässig diese Methode war, und gab sie auf. Damit will ich nicht sagen, man habe versucht, mich hinters Licht zu führen – von einer Ausnahme abgesehen, die mich noch heute erregt. Sondern es liegt in der Natur des Menschen, auch desjenigen, der nicht zur Pseudologie neigt, dass er beim Rückblick auf sein Leben die Dinge zurechtrückt, in einen andern Kausalzusammenhang bringt, ein Ereignis oder sein eigenes Handeln so darstellt, wie er gewünscht hätte, dass es sich vollzogen hätte, und dass er schliesslich das Ergebnis seiner unermüdlich schaffenden Phantasie für echte vergangene Wirklichkeit hält. (...)

Es war selbstverständlich, dass ich die Papiere der jüngsten Vergangenheit mit den gleichen bewährten Methoden verwer-

tete wie die Dokumente aus früheren Jahrhunderten. Nicht die Interpretation der Akten, die Erfassung von Motivzusammenhängen und die Entwirrung von Ursachenknäueln machten mir Sorge, sondern die Riesenfülle des Materials, das allein schon im Bundesarchiv und in den Departementsarchiven, zum Teil lückenhaft und schlecht geordnet, aufgestapelt war und jeden Bearbeiter kopfscheu machen konnte. Damals haben eben Staatsmänner und Diplomaten, zum Vorteil des diplomatischen Stils und zum Glück für den Historiker, noch sorgfältig ausführliche Berichte geschrieben und nicht bloss miteinander telephoniert oder sich in kurzen Telegrammen nur nackte Tatsachen mitgeteilt. Wo sollte ich anfangen? Da mein Auftrag lautete, einen «Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz während des letzten Weltkriegs auszuarbeiten», begann ich mit der Lektüre der Berichte unserer Gesandten in den Nachbarländern. Ich kam mir anfangs vor wie ein einsamer Bergsteiger auf einer endlosen Gratwanderung bei trübem Wetter und unklarer Sicht. Nach und nach begannen die Nebel sich zu lichten, ich erkannte einige Gipfel, denen ich zusteuerte. Meine Forschungsexpedition in unexploriertem Gebiet war erschwert durch den Mangel an Vorarbeiten und Hilfskräften. Da meine Arbeit streng vertraulich war, konnte ich die Dienste weder eines Assistenten noch einer Sekretärin in Anspruch nehmen. Kopierapparate, wie sie heute jedes kleinste Archiv besitzt, gab es noch nicht, so dass ich alles von Hand abschreiben oder exzerpieren musste. Wie viel kostbare Zeit habe ich damit vertan! (...)

Als ich den Hauptteil meines Berichtes fertiggestellt hatte, übergab ich das dicke Manuskript dem Vorsteher des Politischen Departements, der es bei den Bundesratsmitgliedern zirkulieren liess. Längere Zeit hörte ich nichts davon. Da sagte mir in einer grösseren Gesellschaft eine Bundesratsgattin, der ich unbekannt war und die ich nach dem Verbleib ihres abwesenden

Gatten fragte: Der Arme müsse leider übers Wochenende den langen Bonjour-Bericht lesen. Ich kam mir vor wie ein böser Lehrer, der seinen Schülern über den Sonntag Hausaufgaben aufgesalzen hat. Einige Wochen darauf vernahm ich durch das Radio, dass die Landesregierung meinen Bericht mit bestem Dank an den Autor genehmige. Ich hatte also doch nicht «travaillé pour le roi de Prusse».

Als meine ersten Bände im Druck erschienen, machten sie Sensation, was mir äusserst zuwider war. Denn ich habe immer die Meinung vertreten, dass Sensation und Aktualität der echten Historie sehr gefährlich werden können. So verweigerte ich den vielen mich bestürmenden Journalisten ein Interview äusser einem einzigen, westschweizerischen, der mich in meinem Engadiner Schlupfwinkel aufgestöbert hatte, liess mich weder vor den Bildschirm noch ans Radio locken, hielt keine Vorträge und verschanzte mich hinter meine grosse Arbeit, was man mir oft übelnahm. Beim Erscheinen meiner Bände verkündete die Tagespresse, hier liege nun nach vielen tendenziösen Berichten endlich die objektive, abschliessende Darstellung vor, was mich sehr bedrückte. Ich wiederholte in meinen Vorworten immer eindringlicher, ich gäbe mich nicht der Illusion hin, mit meiner Publikation die Neutralitätspolitik während des Zweiten Weltkrieges ganz geklärt zu haben. Es handle sich bei den von mir vorgelegten Forschungsergebnissen nur um Annäherungswerte, was bei der Unvollkommenheit des Quellenstoffes und bei der Zeitnähe ja selbstverständlich sei. Ich böte keine endgültige Deutung des historischen Geschehens. Im Gegenteil hoffte ich, die Forschung zur Weiterarbeit an der Erhellung des tatsächlichen Geschichtsablaufs und an der Interpretation der Zusammenhänge anzuregen. Auf die Frage, ob die Urteile über

geschichtliche Ereignisse sich im Lauf der Zeiten ändern, antwortete ich: «Sicher, unser Gegenwertsgefühl verschiebt uns die Perspektiven für die Sorgen und Gefahren jener Kriegszeit. Die Epoche, über die ich jetzt schreibe, wird in einigen Jahrzehnten nicht mehr gleich gesehen werden. Aber ich habe aus meinem Blickwinkel heraus und aufgrund der mir zugänglichen Unterlagen das Urteil abgegeben. Wir Historiker können kein unwandelbares Bild vermitteln. Unsere Pflicht ist es, ehrlich und streng gegen uns selbst zu sein und subjektive Willkür, die jeden versucht, zu bekämpfen, wenn möglich auszuschalten. (...)

Ich erlebe gegenwärtig die Genugtuung, dass eine Reihe junger Historiker, zum Teil ehemalige Schüler von mir, bestimmte Ereignisse, Situationen, Personen, Probleme aus dieser Zeit herausgreifen und aufgrund neu erschlossener Quellen eingehender, detaillierter darstellen, als es mir möglich war, oder dass sie mit neuen Fragestellungen an den Stoff herantreten und ihn neu interpretieren. Darüber freue ich mich und empfinde die Resultate ihrer Forschung als willkommene Bereicherung des Geschichtsbildes, von dem ich nur die grossen Linien ziehen konnte. Natürlich hat man als Wissenschaftler auch seine Gegner. Ich habe sie immer ernst genommen, mich mit ihnen auseinandergesetzt und nie niedrig von ihnen gedacht. Alle sachlich begründeten Ansichten interessieren mich. Jedoch lehne ich Neuinterpretationen ab, die lediglich aus vorgefassten Meinungen und Gegenwartstendenzen heraus unternommen werden.

Ich habe es in einem Vorwort ausdrücklich gesagt: Mit zunehmender Distanz von der Kriegszeit wird sich unsere Anschauung von der ganzen Epoche vertiefen, vielleicht gar verändern. Jede Generation schafft ihr eigenes Geschichtsbild. Auf der Suche nach historischem Selbstverständnis wird man sich noch jahrzehntelang mit der Haltung der Schweiz im Zweiten

Weltkrieg beschäftigen. In meinen Verhandlungen mit dem Bundesrat vor Übernahme des Auftrags war auch von der Absicht die Rede gewesen, der Darstellung einen förmlichen dokumentarischen Anhang beizugeben; ein blosses Weissbuch mit Rechtfertigungscharakter entspreche weder schweizerischem Brauche, noch sei es schweizerischer Politik angemessen. Vielmehr müsse es sich um eine von den Regierungsorganen unabhängige, von einem Historiker getroffene reichhaltige Auswahl wichtiger Dokumente handeln, die der kritischen Darstellung folgen und sie kontrollierbar machen würde. Als ich nun aber das Manuskript eines ersten Bandes sorgfältig ausgewählter Akten dem Departement vorlegte, strich es mir ganz unerwartet mindestens ein Drittel weg, darunter sehr aufschlussreiche Dokumente. Diese überraschend in Erscheinung tretende Zensur blieb mir gegenüber völlig anonym: Doch trägt der 1974 amtierende Departementschef (*Pierre Graber*, sic.) mit seiner Unterschrift dafür die Verantwortung. Ich erwähnte diesen Sachverhalt kurz im Vorwort des zensierten Bandes und hatte mit diesem Appell an die Öffentlichkeit vollen Erfolg. Die Presse aller Parteischattierungen stellte sich hinter mich und verlangte Lockerung der die Geheimhaltung betreffenden starren Vorschriften. Diesem Druck gab das Departement nach, zensierte das Manuskript des zweiten Bandes viel weniger streng, verweigerte mir aber hartnäckig die Veröffentlichung des Protokolls einer Sitzung, in welcher der General mit den Armeespitzen den Reduitplan diskutierte. Und die Kenntnis gerade dieses Dokumentes schien mir für die heranwachsende Jugend wichtig. Wenn man ein solches Papier nicht mehr veröffentlichen dürfe, ohne die Armee zu kränken, so könne mir das ganze Militärdepartement gestohlen werden, schrieb ich vertraulich. Da führte mich ein ungewöhnlicher Weg zum Ziel: Ich

sagte bei einem zufälligen Zusammentreffen dem Generalstabschef, es scheine mir unstatthaft, dass dem Politischen Departement allein der Entscheid über die Publikation rein militärischer Akten zustehe. Jakob *Vischer* begab sich sofort ins Departement und telefonierte mir nach einer Stunde, das betreffende Protokoll sei mir zur Veröffentlichung freigegeben.»

Roger *Blum* vom »Tages-Anzeiger« schrieb folgenden Nekrolog über Professor Edgar *Bonjour*. Gewürdigt werden die drei Freiheiten, die *Bonjour* gepaart mit hohem Verantwortungsgefühl für die Beschäftigung mit der Geschichte forderte und beispielhaft in seiner Arbeit fruchtbar machte.

«Was ist das Vermächtnis Edgar *Bonjours*? Sein Werk. Und von welchem Geist ist dieses reiche Werk getragen? Edgar *Bonjour* beharrte kategorisch auf drei Freiheiten des Historikers:

Auf der Freiheit der Recherche. Er hat den Auftrag zur Erforschung der schweizerischen Aussenpolitik zur Zeit des Zweiten Weltkriegs nur unter der Bedingung angenommen, dass er restlos alle Akten sehen und alle denkbaren Personen befragen konnte. Er verlangte umfassendes Einsichtsrecht, vollkommene Forschungsfreiheit. Nur weil er das beanspruchte, konnte er schonungslos Rechenschaft ablegen über das nicht über jeden Zweifel erhabene Verhalten der Schweiz in einer schwierigen Zeit. Das sei den Heutigen ins Stammbuch geschrieben: Tendenzen, wie sie in den Entwürfen zum Datenschutzgesetz und zum Urheberrechtsgesetz auftauchten, behindern die Recherchierfreiheit der Historikerinnen und Historiker, und falls der Bund die Fichen der Bundespolizei tatsächlich vernichtet, behelligt er wiederum die dringend notwendige historische Forschung und Rechenschaft über ein neuerdings fragwürdiges Verhalten des Staates.

Auf die Freiheit der Interpretation. *Bonjour* war an nichts anderem interessiert als an der Wahrheit, und er hielt sich streng an die Akten, um der Wahrheit näherzukommen. Doch vom Grundsatz «*Quod non est in actis, non est in mundo*» (Was nicht schriftlich festgehalten ist, existiert gar nicht) hielt er nichts. Er wusste, dass die Welt komplizierter ist als die Aktenlage, und deshalb musste er versuchen, ein umfassenderes Verständnis der Ereignisse und der Personen zu gewinnen; er musste interpretieren. Dabei betonte er immer wieder, dass kein Historiker eine endgültige Deutung bieten kann. Dass jedermann ein Kind seiner Zeit und seiner Weltanschauung ist und dass Geschichte immer wieder neu gesehen und geschrieben werden kann, ja muss.

Auf der Freiheit der Publikation. Der Basler Professor verlangte, dass seine Forschungsergebnisse so publiziert würden, wie er sie vorlegte, oder dann gar nicht. Die Zensur eines seiner Dokumentenbände hat ihn sehr erregt. Forschung ist nicht für die Dunkelkammer bestimmt, sie ruft nach Publikation. Und nur, wenn die Publikation unzensuriert erfolgt, hat die Forschung ihren Zweck erfüllt. Wissenschaftliche Forschung soll Erkenntnisse vermitteln, die Diskussion weiterbringen, neue Forschung anregen. Das kann sie nur, wenn sie öffentlich ist und wenn keine politische Instanz sagt, was die Öffentlichkeit erfahren darf und was nicht.

Diese drei Freiheiten, auf die Edgar *Bonjour* so sehr Wert legte, gelten übrigens nicht nur für die Geschichtswissenschaft, sondern für die Wissenschaft generell. Und sie gelten auch und gerade für den Journalismus. Auch die Journalistinnen und Journalisten brauchen die Freiheiten der Recherche, der Interpretation und der Publikation. Auch sie können ihren Auftrag nicht erfüllen, wenn Gesetze (wie das Datenschutz-, Urheberrechts- oder das Gesetz über unlauteren Wettbewerb) ihre Recherchen behindern, wenn Beschwerdeinstanzen und Gerichte

ihnen Interpretationen verbieten oder wenn Verleger und Chefredaktionen ihnen die Texte zensieren. Freilich können die Journalistinnen und die Journalisten genau wie die Historikerinnen und Historiker diese drei Freiheiten nur mit gutem Grund beanspruchen, wenn sie ihrem Berufsethos gerecht werden und in ihrer Arbeit redlich, unbestechlich und an nichts interessiert sind äusser an der Wahrheit.»

Wir haben die Geisteshaltung von Professor *Bonjour* an den Anfang dieses Kapitels gestellt, weil sich in ihr zeigt, dass sich Geschichtsbewusstsein und Demokratieverständnis nicht nur in der schweizerischen Wissenschaft, sondern auch allgemein nicht voneinander trennen lassen. Vielleicht wird die gegenwärtige, weit über die Fachkreise der Spezialisten hinausreichende, ja bis in die Familien vieler Schweizer Bürger eindringende intensive Befragung der Geschichte auch unser Demokratieverständnis neu beleben und stärken. Die drei Freiheiten, von denen Professor *Bonjour* spricht, sind nicht nur Richtschnüre für den Wissenschaftler, sondern Grundelemente unseres demokratischen Denkens, die niemals verloren gehen dürfen.

Der 5. März 1997 war ein denkwürdiger Tag für die Schweiz und ihre Demokratie, und es soll gleich ein Sprung in die Gegenwart getan werden, um dann etwas nachzuholen seit der Auseinandersetzung um die Forderungen der jüdischen Organisationen in den USA, Israel, Grossbritannien und Deutschland, die sich auch an die Begehrllichkeiten nach dem Schweizer Franken angeschlossen haben.

Am 5. März gab der Bundespräsident Arnold *Koller* vor der Bundesversammlung nachstehende Erklärung ab, die sich direkt auf die jüngste Zeitgeschichte und den drohenden Gebärden der jüdischen Organisationen in den USA, Israel, Grossbri-

tannien und Deutschland bezog und eine äusserst überraschende Ankündigung enthielt:

«Unser Land sieht sich unerwartet einer heftigen internationalen Kritik ausgesetzt. Wir werden seit einigen Monaten mit Vorwürfen, Anklagen, Verdächtigungen und Pauschalurteilen wegen unseres Verhaltens vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg überhäuft. Man wirft uns Unehrllichkeit, Sturheit und Überheblichkeit vor.

Das Ansehen unseres Landes ist angeschlagen, weil weltweit der Eindruck erweckt wird, die Schweiz habe sich im Krieg bereichert, vom Krieg profitiert und ihre Banken hätten 50 Jahre lang versucht, Vermögen von Holocaust-Opfern zum eigenen Nutzen zurückzubehalten. Unterschwellig wird damit geltend gemacht, der schweizerische Wohlstand beruhe im Grund auf Hehlerei und sei nur auf Kosten anderer möglich gewesen.

Das ist massive Kritik. Sie betrifft nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das ethisch-moralische Fundament unseres Staates. Ein grosser Teil unserer Bevölkerung ist daher tief verunsichert und sieht sich im Selbstverständnis als Schweizer in Frage gestellt. Viele fragen sich aufgebracht: Warum? Warum erst jetzt und warum ausgerechnet die Schweiz, die an keinen Deportationen beteiligt war und auch keinen gewalttätigen Antisemitismus kannte? Warum gerade wir – und nicht auch andere?

Aber auch die Gegenfrage ist laut geworden: War Grundlegendes faul in diesem Staat? Waren die bewaffnete Verteidigung unseres Landes und die damit verbundenen grossen Opfer, Entbehrungen und Ängste der Bevölkerung während des Krieges nutz- und sinnlos, nur nötiger Schein, um die Kollaboration von politisch und wirtschaftlich Mächtigen zu verdecken? Und schliesslich haben nicht wenige die Frage aufge-

worfen, ob wir heute einen Preis für unser internationales Abseitsstehen bezahlen.

Es ist die Meinung im Volke weit verbreitet, der Bundesrat habe es bisher an einem klaren Wort fehlen lassen. Mit dieser Erklärung kann es allerdings nicht darum gehen, die Ergebnisse der von uns eingesetzten Historikerkommission vorwegzunehmen oder sogar bereits die nötigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Ziel der heutigen Erklärung ist es vielmehr, einen Beitrag zur Versachlichung der bisher sehr emotional geführten Diskussion zu leisten und Antwort auf einige Fragen zu geben, die Parlament und Volk stark beschäftigen.

Für den Bundesrat ist entscheidend, wie und vor allem in welcher Haltung wir uns den aufgeworfenen bohrenden Fragen, Anklagen und Pauschalverurteilungen stellen. Vor der Dimension des Holocaust-Dramas, der unbeschreiblichen Barbarei des Nationalsozialismus, der unergründlichen Tiefe der physischen und seelischen Leiden und der unfassbaren Konsequenzen einer derartigen Zerstörung von Leben können wir uns auch heute eigentlich nur verneigen und schweigen. Ein solches Drama wirft seinen Schatten auf die ganze Menschheit und belastet das universelle menschliche Gewissen. Es ist deshalb mein tiefes Bedürfnis, dass wir die Auseinandersetzung mit unserer eigenen Vergangenheit in einem Geist der Demut, des gegenseitigen Respekts und der Sachlichkeit angehen. Ich erlaube mir an dieser Stelle, der jüdischen Gemeinschaft der Schweiz zu danken, dass sie durch ihre besonnene Stimme viel zur Mäßigung und Würde in der Behandlung dieses heiklen Themas beigetragen hat.

Bundesrat, Parlament und Wirtschaft haben die an uns gerichtete Kritik anfänglich zuwenig ernst genommen und sie in

ihrer Bedeutung unterschätzt. Wir liessen uns überraschen, reagierten zu spät, nicht immer angemessen und – angesichts der Einmaligkeit des Geschehenen – nicht mit genügend Mitgefühl für die Vergangenheit der andern. Wir sind deshalb in die Defensive geraten. Im Ausland hat sich der Eindruck leider verbreitet, die Schweiz sei nur auf Druck bereit, eine umfassende Aufarbeitung ihrer Vergangenheit vorzunehmen und daraus Folgerungen zu ziehen. Das müssen wir uns vorhalten lassen, selbst wenn wir in Rechnung stellen, dass da und dort auch Provokation mit im Spiele war.

Es ist urmenschlich, lieber die Sonnen- als die Schattenseiten der eigenen Vergangenheit zu sehen. Aber noch ist es nicht zu spät, sich dieser schicksalhaften Zeit unserer Geschichte umfassend, offen, selbstkritisch, aber auch in Würde zu stellen. Heute, da uns drängende Anfragen von aussen aufrütteln, können wir das «ob», den Zeitpunkt und das Tempo der Auseinandersetzung mit jenen schwierigen Jahren des Krieges und der Zeit danach nur mehr beschränkt selber bestimmen. Wir spüren plötzlich, wie vernetzt und wie verletzlich wir sind.

Diesem Prozess der Auseinandersetzung mit unserer jüngeren Vergangenheit haben wir uns zu stellen, allerdings nicht so sehr, weil wir von aussen gedrängt werden, sondern weil wir uns dies selber schuldig sind. Wir müssen unsere Vergangenheit, so wie sie ist, annehmen. Die Vergangenheit können wir nicht mehr ändern, aber sie kann uns helfen, die Gegenwart und die Zukunft besser zu meistern. Und so verunsichert, aufgebracht oder beschämt, wie heute viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind, können und wollen wir uns nicht von diesem Jahrhundert verabschieden. Denn das wäre eine Hypothek, welche die Entscheide des nächsten Jahrhunderts fatal belasten würde.

Wie wir uns mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen, liegt vor allem an Volk und Behörden der Schweiz. Dies können und sollen nicht andere für uns tun. Wir wollen diesen, in Teilen vielleicht auch schmerzhaften Prozess – wenn schon spät – mit schonungsloser Wahrhaftigkeit an die Hand nehmen, aber auch in Würde, in Selbstachtung und in Respekt vor den schwierigen Entscheidungsgrundlagen unserer Vorfahren. Dafür haben wir die Wahl zwischen einem Weg, der uns zusammenführt, und einem Weg, der uns entzweit und unser Land einer Zerreißprobe aussetzt.

Unsere heutige Generation trägt nicht die Verantwortung für das, was damals geschehen ist. Schuld ist nach heutigem Verständnis immer etwas Persönliches. Eine Kollektivschuld kann es nicht geben, weder eine des damaligen noch eine des heutigen Schweizervolkes. Und Verantwortung übernehmen können Menschen nur für Handlungen, wo angesichts der Folgen auch Handlungsalternativen möglich sind.

Damit wird klar, dass wir heute vor allem dafür verantwortlich sind, wie wir mit der Vergangenheit umgehen und was wir aus unserer Geschichte machen. Unsere Pflicht als staatliche Gemeinschaft ist es, die Erinnerung zu ermöglichen und wachzuhalten. Denn die Erinnerung hilft uns zu verstehen. Mit dem Erinnern wollen wir verhindern, dass zu den allenfalls begangenen Fehlern das Unrecht des Vergessens und der Gleichgültigkeit hinzukommt. Denn daran kann kein Zweifel bestehen, dass sich die Wiederkehr des Unrechts auch aus dem Schweigen und der Lähmung des Gewissens nährt.

Um dies zu erreichen, müssen wir aber nicht die ganze Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg neu schreiben. Denn viele Fakten liegen schon heute unbestreitbar da:

Der Widerstandswille und die Opferbereitschaft der grossen Mehrheit unseres Volkes gegenüber der Ideologie der ruchlosen Gewalt und der Barbarei des Dritten Reiches ebenso wie der unbedingte Wille zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie; unser Land gewährte für kürzere oder längere Zeit auch annähernd 300'000 Ausländerinnen und Ausländern Schutz an Leib und Leben, hat also auch in grossem Ausmass dazu beigetragen, Leben zu retten; unsere Behörden verfolgten mit den unterschiedlichsten Mitteln, vor allem das Ziel, die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten und das Überleben unseres Volkes (und das der Flüchtlinge, sic.) zu sichern. Dass die Politik erfolgreich und dass das Erfolgsrezept eine Mischung zwischen Widerstand und Anpassung war, wissen wir alle. Ob auch alle dafür eingesetzten Mittel legitim und verantwortbar waren, wird unter anderem die Historikerkommission einlässlich prüfen. Sir Winston *Churchill* hat als Zeitgenosse und wohl bester Kenner der damaligen Lage ein positives Urteil gefällt, als er im Dezember 1944 erklärte: «Was bedeutet es schon, ob die Schweiz in der Lage war, uns die gewünschten Handelsvorteile zu gewähren, oder dass sie, um sich am Leben zu erhalten, den Deutschen zuviel gewährt hat? Sie blieb ein demokratischer Staat, der von seinen Bergen aus seine Freiheit verteidigt hat. In ihrer Gesinnung ist die Schweiz, trotz ihrer ethnischen Zugehörigkeit, weitgehend auf unserer Seite gestanden.»

Kurz: Wenn auch die letzten Gründe im ungewissen bleiben, welche Faktoren den entscheidenden Ausschlag gaben, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht angegriffen wurde: Wir brauchen uns heute nicht dafür zu schämen, dass wir vom Krieg verschont geblieben sind.

Jedes Land dachte primär an seine eigenen Interessen. Dieses Recht stand auch uns zu. Wir hatten das Recht zu überleben.

Wir können heute nur Gott und allen mutigen Menschen danken, dass wir von diesem Krieg verschont geblieben sind. Wir schulden unseren Vorfahren den tief empfundenen Dank für ihren grossen Durchhaltewillen, für ihre Opfer, ihre Entbehrungen und ihre Entschlossenheit, Freiheit, Recht und Unabhängigkeit zu verteidigen. Wir danken aber auch den Alliierten, die noch weit grössere Opfer erbringen mussten, die durch ihren Kampf den Krieg beendet, die europäische Kultur gerettet und damit auch unsere Zukunft in Freiheit ermöglicht haben.

Wer wie ich die schwierige Zeit des Zweiten Weltkriegs als Primarschüler erlebt und eine Unzahl von Erinnerungen wach behalten hat, beugt sich noch heute tief und in grosser Dankbarkeit vor dem Mut, der selbstlosen Pflichterfüllung, dem Opfergeist und dem Gemeinsinn, mit denen unsere Väter und Mütter dem Ungeist der Zeit getrotzt und unserm Land gedient haben.

Und trotzdem stellt sich auch die Frage, ob und wieweit alle Schweizerinnen und Schweizer damals den hohen moralischen Anforderungen der Kriegszeit wirklich gerecht wurden. Wir müssen uns selbstkritisch und in aller Offenheit den dunklen Seiten jener schwierigen Zeit stellen, wie etwa der Flüchtlingspolitik, gewissen Goldtransaktionen der Nationalbank, dem Handel mit Kriegsmaterial oder der Hartherzigkeit der Banken bei der Identifizierung von nachrichtenlosen Vermögen. Zwar gibt es auch hier schon mannigfache Studien. Aber Behörden und Öffentlichkeit haben sich mit diesen Teilen der historischen Wahrheit zuwenig gründlich auseinandergesetzt.

Wir haben es uns in dieser Hinsicht bisher zu leicht gemacht. Zwar steht es uns auch heute nicht zu, leichtfertig den Stab über einzelne Verantwortungsträger jener Zeit zu brechen. Aber wir müssen mit dem Handeln der Vorfahren und dem, was seither

geschehen ist, endlich ins reine kommen. Drei Grundsätze müssen bei dieser Prüfung unseres Verhaltens vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg wegleitend sein: Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Der Wille zur Wahrheit ist die Grundlage. Wir wollen wissen, was, wie und warum es damals so war. Wir haben aus diesem Grund im Dezember letzten Jahres die unabhängige Expertenkommission unter Leitung von Professor *Bergier* eingesetzt, nachdem das Parlament den Bundesbeschluss über die nachrichtenlosen Vermögen in seltener Einmütigkeit verabschiedet hat. Die Kommission *Bergier* hat den Auftrag, eine Gesamtanalyse der damaligen Fakten und Vorgänge in Politik und Wirtschaft vorzunehmen.

Wir wollen und können dieser Wahrheit, wie immer sie lautet, offen ins Auge schauen. Geschichtliche Wahrheit ist allerdings meistens komplex, und wir können auch von den besten Experten nicht erwarten, dass sie die absolute Wahrheit herausfinden. Es ist schon viel gewonnen, wenn wir uns ihr möglichst weit annähern. Denn: «Es ist immer der Mensch, der das letzte Wort hat in der Politik und in der Geschichte», wie dies der im letzten Sommer verstorbene Historiker Jean Rudolf *von Salis* kurz und prägnant ausgedrückt hat.

Hüten wir uns deshalb im Interesse der Wahrheit davor, die Zeitgeschichte für tagespolitische Ziele, ideologische Zwecke oder für parteitaktisches Kalkül zu vereinnahmen. Der Wille zur vollen Wahrheitsfindung setzt das vorurteilslose und unvoreingenommene Bemühen voraus, nach Licht und Schatten in ihren wirklichen Proportionen zu suchen. Dieser uneingeschränkte Wille zur Wahrhaftigkeit und der Verzicht auf jede voreilige Parteinahme sind unabdingbare Voraussetzungen für die notwendige kritische Beurteilung der Geschichte in dieser dramatischen Periode unseres Landes. Die Mahnung, dass,

«wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein», gilt gerade bei der Wahrheitsfindung für uns alle.

Historische Fakten und Vorgänge stehen nicht beziehungslos in Zeit und Raum. Sie müssen in grösseren Zusammenhängen bewertet werden. Sonst wäre die historische Arbeit eine Buchhaltung. Der Bundesrat hat volles Vertrauen, dass die Kommission *Bergier* das Geschehene nach den anerkannten Regeln der historischen Wissenschaft analysiert und bewertet. Die politisch-moralische Gesamtwürdigung des damaligen Verhaltens der Schweiz und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen können jedoch nicht den Historikern überlassen werden, sondern sind von uns – Bundesrat, Parlament und Volk – vorzunehmen. Mass und Massstab unserer Beurteilung muss die Gerechtigkeit sein.

Die Gerechtigkeit verpflichtet uns, den damaligen Entscheidungssituationen, dem schmalen Weg zwischen möglichen Handlungsfreiheiten und Handlungszwängen, gerecht zu werden. Ein solches Bewerten verlangt von uns auch grosse Bescheidenheit. Denn wir alle wissen nicht, wie wir selber in der damaligen Unsicherheit, Bedrängnis und Angst gehandelt hätten.

Das legitime Ziel unserer Politik, die Unabhängigkeit unseres Landes zu wahren, heiligte und heiligt allerdings nicht jedes Mittel. Was Bundespräsident *Villiger* im Jahr 1995 zur schweizerischen Flüchtlingspolitik im Kriege gesagt hat, gilt immer noch. Bei allem Verständnis für die Bedrängnisse jener Zeit kommen wir nicht umhin festzuhalten, dass Menschen, die in äusserster Notlage an unsern Grenzen standen, kleinmütig in den sichern Tod geschickt wurden. Hier wäre Grossmut möglich und nötig gewesen.

Es ist denkbar, dass die Historikerkommission auch im Bereich der privaten Wirtschaftsbeziehungen und des Goldhandels der Nationalbank zu Schlussfolgerungen kommt, welche verantwortliche Personen belasten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass hohe Verantwortungsträger in Staat und Wirtschaft, in grösserem Ausmass als bisher angenommen, durch ihr Handeln oder Unterlassen, durch ihr Wissen und Schweigen persönliche Schuld auf sich geladen und damit dem Ansehen des Landes geschadet haben. Sollte sich herausstellen, dass einzelne hohe Verantwortungsträger zu anpasserisch waren, zu wenig Mut und Widerstandskraft bewiesen haben, wo auch anderes Handeln möglich gewesen wäre, so bedauern wir dies zu tiefst.

Hüten wir uns aber davor, aus dem Unrecht, das Einzelne begangen haben mögen, den Staat Schweiz in einen Unrechtsstaat umzudeuten. Dass Rechtsansprüche aus der Kriegszeit, die gegenüber der Schweiz oder privaten Institutionen noch bestehen, erfüllt werden müssen, versteht sich in unserem Rechtsstaat von selbst.

Die eigentliche Antwort auf die staatspolitische und moralische Aufarbeitung unserer Vergangenheit heisst jedoch Solidarität. Am 8. Mai 1945, als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, richtete der Bundesrat eine Botschaft an unser Volk, worin er unter anderm sagte: «An uns ist es nicht zu richten. Unsere Sache ist zu helfen, Not zu lindern und Gutes zu tun.» Das haben Volk und Behörden auch in mannigfacher Weise bis heute getan. Der Bundesrat ist dankbar, dass Banken und Wirtschaft durch namhafte Zahlungen dem Bundesrat die rasche Schaffung eines Spezialfonds ermöglicht haben. Damit kann jenen Holocaust-Opfern, die es am dringendsten benötigen, rasche Hilfe zuteil werden.

Wir leben in der Schweiz in einer direkten Demokratie. Das ist auch für die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte im

Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg Chance und Herausforderung zugleich. Die Annahme unserer Geschichte in ihren Licht- und Schattenseiten kann einem Volk nicht von oben, geschweige denn von aussen verordnet werden. Wir haben keine Angst vor unserem Volk. Dieser schwierige Prozess kann jedoch nur mit dem Volk, nicht ohne oder gegen das Volk erfolgreich sein. Volk und Behörden zusammen müssen sich mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen und die Folgerungen mittragen, die daraus zu ziehen sind. Jeder Versuch einer abgehobenen, elitären Geschichtsschreibung und Deutung ist in unserem Land mit seinen direktdemokratischen Institutionen zum Scheitern verurteilt.

Es ist deshalb unsere Pflicht, mit grosser Sensibilität an diese Aufgabe heranzugehen und nach aussen unsere Ehre und unsere nationalen Interessen entschieden zu wahren. Offensichtlich ungerechte und pauschale Verurteilungen unseres Landes oder gar beleidigende Äusserungen helfen nicht weiter, sondern treiben unser Volk höchstens in eine Trotzreaktion. Ich fordere deshalb auch die ausländischen Stellen auf, Verständnis dafür aufzubringen, dass in unserm Land die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nur von Historikern, der Regierung und dem Parlament bewältigt werden kann, sondern mit dem Volk in einem demokratischen Prozess und unter voller Wahrung der verfassungsmässigen Rechte, insbesondere der Meinungsäusserungsfreiheit, geschehen muss. Wir haben alles Notwendige für die volle Wahrheitsfindung in die Wege geleitet und sind entschlossen, uns der Vergangenheit zu stellen. Wir haben es mehrfach gesagt und wiederholen es: Die Schweiz hält ihre Versprechen. Wir erwarten aber Verständnis dafür, dass ein solcher Prozess in der direkten Demokratie Zeit und Überzeugungsarbeit braucht.

Als Bundespräsident richte ich mich zuallererst an unser Volk und bitte alle unsere Bürgerinnen und Bürger um Offenheit und Bereitschaft, diesen Weg der Wahrheitsfindung über unsere Vergangenheit mit Bundesrat und Bundesversammlung gemeinsam zu beschreiten. Bauen wir zueinander Brücken der Versöhnung, und setzen wir Zeichen der Menschlichkeit, alle an ihrem Platz und nach ihren Kräften. Ich appelliere speziell an die ältere Generation, mit unserer Jugend den Dialog aufzunehmen und mit ihr die einmaligen Erfahrungen und starken Emotionen über jene Zeit auszutauschen. So werden die Jungen erfahren, dass sich Widerstand gegen Barbarei und Gewaltherrschaft auch in scheinbar aussichtsloser Lage lohnt. Und wenn wir heute gemeinsam eine Lehre für die Zukunft ziehen müssen, dann sicher die, dass wir wachsam sein müssen gegen jeden Anfang von Intoleranz und Rassismus, auch in der Form des Antisemitismus. Der Herabsetzung einer Minderheit oder einer Bevölkerungsgruppe folgt bald eine andere. Geben wir solchen Strömungen keine Chance. Der Schutz der allgemeinen Menschenwürde muss in jeder Hinsicht Vorrang haben. Der friedlich zusammenlebende Vielvölkerstaat Schweiz ist gerade auf diesem Gebiet zum Vorbild berufen.

Ich appelliere aber auch an Sie, die vom Volk gewählt, verantwortlichen Politikerinnen und Politiker unseres Landes, den eingeleiteten Weg der Wahrheitsfindung, der Gerechtigkeit und Solidarität konsequent weiterzugehen. Lassen wir uns dabei von niemandem beirren, weder von innen noch von aussen. Missbrauchen wir dieses heikle Thema der Klärung unserer Vergangenheit nicht zur eigenen politischen Profilierung. Treiben wir keinen Keil des Misstrauens zwischen Volk und Behörden und zwischen die einzelnen Gruppen der Bevölke-

rung. Beteiligen wir uns gemeinsam – in Offenheit und gegenseitiger Achtung – an diesem Prozess des Erinnerns an unsere gemeinsame Vergangenheit – getragen von der tiefen Überzeugung, dass uns die bewusste Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit in ihren positiven und negativen Seiten reifer macht und befreiend wirkt. Wir müssen die Geschichte vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg weder bewältigen noch aufarbeiten, nur annehmen müssen wir sie. Wenn uns dies gelingt, gelingt es uns auch, Gegenwart und Zukunft zu meistern.

Der Bundesrat möchte heute nicht nur zurück, sondern auch nach vorne blicken. Not, Armut, Ungerechtigkeit, Völkermord und Missachtung der Menschenrechte sind ja nicht nur Ereignisse der Geschichte, sondern sie sind auch unübersehbare und abstossende Realitäten von heute. Es spricht daher viel dafür, ein Werk der Solidarität zu schaffen, das viel breiter angelegt ist.

Wenn wir ein echtes Zeichen der Bekräftigung der humanitären Tradition der Schweiz und der Dankbarkeit für das Verschontwerden in zwei Weltkriegen setzen wollen, wenn wir zum Andenken an jene, die vor 50 Jahren unsäglich gelitten haben, etwas Grosses tun wollen, wenn wir den heute so stark gefährdeten Gedanken der Solidarität und des Gemeinsinns im In- und Ausland mit neuer Substanz füllen wollen, dann müssen wir etwas bewirken, was das Leiden von heute und morgen zu lindern vermag – aus innerer Überzeugung, als Willensakt eines selbstbewussten Landes.

In diesem Sinn hat der Bundesrat im Einvernehmen mit der Nationalbank – und mit Blick auf das Jubiläumsjahr 1998 – die Idee «Schweizerische Stiftung für Solidarität» entwickelt. Zweck der Stiftung wäre die Linderung schwerer menschlicher

Not im In- und Ausland. Die Stiftung soll mit dem Ertrag aus der Bewirtschaftung jenes Teils der Goldbestände der Nationalbank finanziert werden, der nach der sowieso notwendigen Reform der Geld- und Währungsverfassung für andere öffentliche Zwecke zur Verfügung stehen wird. Zu denken ist an ein Stiftungsvermögen in der Grössenordnung von etwa 7 Milliarden Franken. Die Stiftung würde die entsprechenden Geldbestände marktkonform bewirtschaften. Bei einer sorgfältigen Bewirtschaftung könnte im längerfristigen Durchschnitt mit jährlichen Erträgen in der Grössenordnung von einigen hundert Millionen Franken gerechnet werden, wobei sie je zur Hälfte im In- und Ausland zu verwenden wären. Zu denken ist an Opfer von schwerer Armut und Katastrophen, von Genoziden, Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen, selbstredend auch an jene von Holocaust und Shoa.

Falls diese Idee einer «Schweizerischen Stiftung für Solidarität» realisiert wird, würde der Bundesrat endgültig darauf verzichten, in diesem Zusammenhang irgendwelche Zahlungen aus Steuergeldern zu leisten. Diese Solidaritätsstiftung träte an die Stelle der bisher geplanten definitiven Stiftungsstruktur, ginge in ihrer Zweckbestimmung jedoch weit über diese hinaus.

Die Errichtung einer solchen Stiftung wird Zeit brauchen. Es sind noch eingehende rechtliche Abklärungen nötig, und auch die Frage der genauen Ausgestaltung der Stiftung bezüglich der Destinatäre bedarf näherer Prüfung. Für die rasche Hilfe an die Opfer von Holocaust und Shoa stehen vorab die Mittel des letzte Woche geschaffenen Spezialfonds zur Verfügung. Daher unterstützt der Bundesrat die Absicht der Nationalbank, diesem Fonds einen Betrag von 100 Millionen Franken zukommen zu lassen.

Der Bundesrat ist der Meinung, dass mit einer solchen «Schweizerischen Stiftung für Solidarität» etwas Einmaliges und Bleibendes geschaffen werden kann, das noch in 10, 20 oder 50 Jahren segensreiche Wirkung im In- und Ausland entfalten und dem für unseren Staat grundlegenden Prinzip der Solidarität neuen Gehalt und neue Ausstrahlungskraft verschaffen kann. Er hofft, dieses grosse Werk zusammen mit Ihnen und dem Volk, das diese Stiftung mittragen muss, schaffen zu können. Es wäre dies ein deutliches Zeichen, dass wir es nicht bei der Rückbesinnung bewenden lassen, sondern nach vorne blicken. Es wäre ein zukunftsweisender Beitrag für eine solidarisere Schweiz.»

In der mit Spannung erwarteten und mit grossem Applaus quittierten Rede des Bundespräsidenten vor der Vereinigten Bundesversammlung schlug Arnold *Koller* also dem Parlament die Gründung einer mit sieben Milliarden Franken dotierten «Stiftung für Solidarität» auf das schweizerische Jubiläumsjahr 1998 vor. Die Erträge der Stiftung, die mit 300 bis 400 Millionen Franken jährlich veranschlagt werden, sollen je zur Hälfte für humanitäre Projekte im Inland und im Ausland Verwendung finden.

Die sieben Milliarden sollen bereitgestellt werden im Zusammenhang mit der vom Bundesrat sowieso vorgesehenen Lockerung der Goldreservepflicht der Nationalbank. Diese muss das Gold heute aus gesetzlichen Gründen zu etwa einem Viertel seines effektiven Wertes bilanzieren. Die Hälfte des vorsichtig auf 14 Milliarden Franken geschätzten «Aufwertungsgewinns» – 400 bis 500 Tonnen Gold – soll in einer Art in die Stiftung eingelegt und bewirtschaftet werden, welche weder die Kursentwicklung des Frankens noch die des Goldes beeinflussen wird, wie Notenbankpräsident Hans *Meyer* klar versicherte.

Was mit den andern sieben Milliarden geschehen soll, ist noch offen. Der Betrag dürfe aber, so Finanzminister Kaspar *Villiger*, nicht dazu dienen, strukturell notwendige Sanierungsmassnahmen etwa der Sozialwerke oder des Bundeshaushalts unnötig zu machen oder hinauszuschieben.

Da zur Realisation des Vorschlags unter anderem auch eine Verfassungsrevision notwendig wird, kommt es auf jeden Fall zu einer Volksabstimmung. Im Unterschied zu früheren Vorstellungen wird nicht mehr daran gedacht, den kürzlich errichteten Fonds der Wirtschaft (in den die Nationalbank ebenfalls noch 100 Millionen Franken einwerfen will) in die neue Stiftung überzuführen. Diese wird eigene Organe haben und kann allenfalls, wenn überhaupt noch nötig, den Fonds zusätzlich alimentieren. Als Destinatäre der jährlichen Erträge kommen unter anderen auch Institutionen wie das IKRK in Frage.

Die Rede des Bundespräsidenten Arnold *Koller* brachte die Juden zum Jubeln. Und eine Schlagzeile vom Präsidenten *Bronfman* des World Jewish Congresses und der World Jewish Restitution Organization lautete «Ein Sieg für die Juden und die Schweiz!»

Allerdings wird bei diesen Organisationen eine platte Ernüchterung eintreten, wenn sie feststellen, dass diese Stiftung hundertprozentig in Schweizer Hand liegen wird. Und einmal davon abgesehen, war das nur ein Vorschlag vom Bundesrat. – Ein unglücklicher zugleich. Denn über diesen Vorgang muss zuerst das Volk seinen Segen geben. Sollte dieser ausbleiben, was sehr wohl in der heutigen Zeit alle Anzeichen dafür hat, wird es ein neues Erwachen geben.

Nichts gegen eine solche Stiftung, nichts gegen diese angebliche Solidarität. Aber dieses Gold raubt der Schweiz die Basis der Stabilität des Schweizer Frankens.

Wenn also der Oberbuchhalter der Nation, Bundesrat *Villiger*, der Öffentlichkeit erklärt, dass die Mittel nicht angezehrt werden, sondern lediglich für sieben Milliarden Franken Gold verkauft werden, und dieses Geld in Aktien und anderen Wertchriften angelegt werden solle, machen diese Spekulationen die Sache nicht weniger ernst. Mir scheint, dass dieser Herr Bundesrat *Villiger* Gewissensbisse an der Vergangenheit seines väterlichen Unternehmens hat und so auf Kosten der Eidgenossenschaft den jüdischen Organisationen helfen möchte. Soll er dieses Gewissen erleichtern, indem er einen Beitrag aus dem eigenen Sack berappt. Er verdient ja schliesslich als Bundesrat nicht so schlecht.

Es kann und darf nicht sein, dass der Staat solche spektakuläre Aktionen – und vor allem in diesen Dimensionen – auf Kosten der Eidgenossenschaft und ihrer finanziellen Strukturen unternimmt. Jeden anderen Geschäftsmann müsste man ob eines solchen Schrittes entweder in die Zwangsjacke oder ins Gefängnis stecken.

Die Schweizer sind bekanntlich eines der freigebigsten Völker der Erde. Sie spenden – wie bereits in den vorderen Kapiteln beschrieben wurde – jährlich ca. 730 Millionen für soziale Hilfswerke im In- und Ausland. Demgegenüber liegt Amerika, das mehr als 25mal grösser ist, bei 600 Millionen Dollar. Nicht einmal Deutschland, das ja die Hauptschuld an diesem Zweiten Weltkrieg trug, hatte jemals eine solche Summe bezahlen müssen. Für die 400'000 Juden im östlichen Kaukasusgebiet bezahlte die Bundesrepublik ganze 400 Millionen Mark. Und da kommt die Schweiz mit einer überproportionalen Summe dahergerannt, als ob wir nicht Arbeitslosigkeit und leere Bundeskassen hätten, als ob die nächsten Jahre nicht die Aussicht bestünde, dass wir noch mehr Arbeitsstellen durch Rationalisie-

rung verlieren. Gerade zur selben Zeit wird in der Presse die ungünstige Prognose mitgeteilt, dass die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen wird. Auch die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) erwartet einen weiteren Anstieg von mindestens 2 Prozent. Ein sicheres Zeichen dafür ist der weiterhin rückläufige Schweizer Wohnungsbau, 18 Prozent weniger als im Vorjahr. Die schleichende Armut in der Schweiz wird nicht aufzuhalten sein, auch wenn es andererseits immer mehr Reiche und Superreiche geben wird, die praktisch keine Einkommenssteuern bezahlen.

Villiger tut so, als ob die Last der sozialen Werke in der Schweiz nicht auf kurz oder lang gefährdet wären. Nein. Herr Bundesrat und Zahlmeister der Nation, nein, Herr Bundespräsident, so geht das nicht. Möge diese verrückte Idee entweder drastisch korrigiert werden oder bachab gehen!

Tage später wollten in der Tat gerade jene Zeitungen, die schon im Vorfeld mithalfen, die Schweiz mies zu machen, um eine Auflagesteigerung zu erreichen, eine Umfrage lanciert haben, bei der die angeblich Befragten «unabhängig voneinander» (auch wenn die Blätter teilweise zum gleichen Medienkonzern gehören) mehrheitlich mit 50 bis 73 Prozent für diese Stiftung seien. Tatsächlich wird dies dann allerdings erst bestätigt werden, wenn das Volk in einem Jahr darüber abgestimmt haben wird.

Die heraufziehende Konfrontation über diesen Stiftungsvorschlag war schon deutlich in den Gesichtern von Nationalrat Christoph *Blocher* und anderen Parlamentariern in der Kamera abzulesen. Ihr Lächeln erstarrte zu einem säuerlichen Grinsen, als sie die Summe von sieben Milliarden hörten und erfuhren,

mit welcher capriolenhafter Gestik dieses Paket geschnürt werden sollte.

Es gibt aber auch noch andere Bedenken. Just zu diesem Zeitpunkt, als die Schweiz dermassen unter dem Druck von ausländischen jüdischen Organisationen steht, kommt ein solcher Entscheid von höchster Stelle. Die Verlautbarungen des Bundesrates waren stets, dass zuerst die Auswertung der Berichte der Historikerkommission abzuwarten sei, die erst Tage später nach der Stiftungs-Eröffnung stattfand, bevor ein solcher Entscheid getroffen würde. Wie soll man diese Kehrtwende interpretieren? War es wirklich eine Mutprobe, wie einzelne Politiker der SP und CVP meinten, oder blanker Blödsinn? Man könnte meinen, der Bundesrat sei bar jeder Vernunft geworden. Wenn *Blocher* nun anhebt mit dem Gedanken, dass dadurch die Schweiz auf jede erdenkliche Art und Weise erpressbar würde, so hat er nicht unrecht. Was, wenn morgen die EU auf die Idee käme, ähnliches von uns zu verlangen? Diese Idee ist so absurd nicht. Denn die EU hat schon längst ein Auge auf den harten Schweizer Franken geworfen, auf die Milliarden, die unser Staat willentlich oder nicht ihr bezahlen müsste.

Und jetzt, wo der Bundesrat so grosszügig zu sein scheint nur auf den Druck der Amerikaner und der Juden hin, mag die EU denken, dass es in der Schweiz noch viel mehr zu holen gibt. Wie sonst käme der Bundesrat auf einen so ungeheuerlichen Vorschlag. Wenn diese Landesväter nächstes Jahr – im Jahr des Jubiläums der Eidgenossenschaft – wirklich mit 100 bis 150 Millionen für eine solche Stiftung aufwarten würden, hätte dieser Vorschlag ohne Weiteres Bestand in der Bevölkerung. Abgesehen davon gibt es da einen grosszügigen Multiplikator: den Wachmann *Meili*, der im Januar dieses Jahres in einer Schweizer Grossbank Akten aus dem Shredderraum mitgenommen haben soll. Der wurde von der amerikanischen jüdischen Organi-

sation nicht nur mit Umarmungen und Bruderküssen belohnt. An einer Pressekonferenz teilte das WJC-Mitglied *Foxman* mit, sollte *Meili* – der von seinem Job verständlicherweise von seinem Arbeitgeber, einer Zürcher Wachgesellschaft, dispensiert wurde –, mit seiner Familie in Schwierigkeiten oder in eine Notsituation geraten, habe sie einen Fonds in Höhe von 50'000 Franken angelegt. Ob er allerdings jemals aus diesem Fonds einen Rappen erhalten wird, das steht auf einem anderen Blatt.

Immerhin wäre diese Summe doch ein Berechnungsschlüssel (ein grosszügiger obendrein, wenn man bedenkt, dass die Deutsche Bundesregierung für die Hinterbliebenen der Juden im Osten ganze 1'000 Mark pro Person bereitstellte) für die abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge an der Schweizer Grenze. Das ergäbe dann in der Tat die 150 Millionen für die Hinterbliebenen der Holocaust-Opfer. Heute jedoch mit einer solchen Summe von sieben Milliarden Schweizer Franken eine Stiftung zu schaffen und im Gedanken, dass die Juden die Schweiz weltweit so perfid und infam hingestellt und verleumdet haben und es weiterhin tun, sollen wir sie noch mit einem Goldsegen belohnen? – Kaum! Das nimmt kein Bürger ernst, und ich hoffe sehr, dass dieser Vorschlag in dieser Form niemals vor das Volk gehen mag. Ein Scheitern ist ihm schon heute gewiss. Denn alle bis heute durch das Fernsehen «Schweiz aktuell» gemachten Umfragen zeigen überdeutlich allgemeines Kopfschütteln und Ratlosigkeit. Umso verwunderlicher ist das angebliche Ergebnis jener Zeitungen, die nur positive Resultate bestätigt haben wollen.

Das allein ist es noch nicht: Mit dem Taschenrechnertrick will uns Bundesrat *Villiger* auch noch weismachen, dass wir die Goldreserven auf der Nationalbank nicht mehr benötigen. Dass wir die Hälfte davon verhökern und den Ausverkauf veranstal-

ten. Jetzt wird der Bundesrat tatsächlich zur Witzfigur. Ist der Mann denn von allen Geistern verlassen? Haben die Vorgänger der Nationalbank nicht mit aller Sorgfalt stets genau diese Werte gehütet, die Massstab für unsere Währung sind. *Villiger* will die Goldreserven verschachern, und da schütteln alle Notenbankleiter weltweit den Kopf und auch die Ehemaligen der Nationalbank packt das Grauen. Der einstige Direktor der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Fritz *Leutwiler*, war schon in den siebziger Jahren gegen eine Verteilung von Notenbankgewinnen, weil es durch Mehreinnahmen noch keinem Staat gelungen sei, den Haushalt zu sanieren. Sekundiert wurde er damals vom Bundesrat *Willi Ritschard*, der im Interesse der Arbeitsplätze einer solid fundierten und damit auch interventionsfähigen Notenbank absoluten Vorrang einräumte. Anerkannt ist, dass aus (guten) gesetzlichen Gründen die SNB-Reserven nur wenig bewirtschaftet worden sind. Mittlerweile wurden jedoch jährliche Gewinnausschüttungen von mehreren hundert Millionen an den Bund und Kantone vorgenommen. Mit der Lancierung der Stiftungsidee wird nun aber ein völlig anderes Tempo eingeschlagen und die Sache tritt allen Anschein nach in eine neue monetäre Dimension. Ausgehend von der Überzeugung, dass weder der Einsatz von Steuermitteln noch eine Kreditaufnahme politisch durchsetzbar wären, soll nun die Schatzkiste der Nationalbank einem völlig überzogenen edlen Zweck dienen. Kostenlos ist auch das nicht. Das hat bereits die erste Reaktion der Goldpreise gezeigt. Die Nationalbank wird, obwohl sie die Stiftung verwalten soll, die Hälfte ihrer Goldreserve verlieren, ihre Reaktionsfähigkeit und ihre Stärke als «Leader of last resort» für einen wichtigen Finanzplatz wird damit völlig relativiert, wenn nicht gar unterminiert, ohne dass schlüssige Alternativen genannt wurden, wie denn diese entscheidende Funktion des Schweizer Bankplatzes er-

halten werden soll. Hinzu kommt, dass die zur Durchsetzung ihrer stabilitätspolitischen Aufgaben auf grösstmögliche Unabhängigkeit angewiesene Notenbank nun im schwer abschätzbaren Mass mit staatlichem Handeln verknüpft wird. Gerade zu diesem Punkt liesse sich einiges sagen. Jedenfalls wird man in den nächsten Jahren in der Schweiz und in allen europäischen Ländern davon noch hören. Schon diese Aufzählung lässt die Fülle der Probleme erahnen. Erschwerend kommt hinzu, dass durch den Vorschlag noch weitere 7 Milliarden Franken aus Aufwertungsgewinnen zur Verteilung kommen sollen. Ein wirtschaftliches Desaster ohnegleichen wäre es, gingen diese Mittel in den Konsum. Zusätzliches Konfliktpotential besteht darin, dass die Nationalbank auf politischen Druck hin auch noch für andere Zwecke zur Ader gelassen werden könnte, meinte der Bankier Prof. Dr. Kurt *Schildknecht*, der ebenfalls ehemals Mitglied der Nationalbank war und heute noch im selbigen Bankrat sitzt. Dabei ginge es um Ansprüche innenpolitischer Art. Wo hörte dann die Begehrlichkeit auf? – Hier wurde und wird mit sehr hohem Einsatz gepokert und Politik gemacht, was einem Bundesrat, der die heilige Aufgabe hat, Stabilität zu demonstrieren, nicht zukommt.

Darum Hände weg von der SNB. Der Zugriff könnte unser Land – auch mit noch soviel süssen und versöhnlichen Worten der Bundesregierung – in einen tiefen Abgrund stürzen. Eine solche Vorlage darf nicht einmal vor das Volk, wenn der Bundesrat noch ernst genommen werden will. Er muss weg vom Tisch oder *Villiger* mit SNB-Präsident *Meyer* – eines von beiden. Sonst ist in ein paar Jahren unser Geld nicht mehr das Papier wert, auf dem es gedruckt worden ist. Wenn *Villiger* ein Fachmann wäre, dann könnte man mit ihm diskutieren. Aber Dilettantismus kann unseren Staat mehr als das kosten. Den

völligen Ruin. Wenn es die Vorväter schon für richtig gehalten haben so zu handeln, dass eine genügende Golddeckung auf unserer Nationalbank vorhanden ist, sollte nicht jemand kommen, der nichts von solchen Geschäften versteht und nicht wahrhaben will, dass das Prinzip der Golddeckung für die schweizerische Währung nicht einfach aufgeben werden kann – nur weil vielleicht andere Industrienationen darauf verzichten. Nicht nur, dass Herr *Villiger* jetzt eine solche Stiftung mit einer so horrenden Summe ausstattet, die nur die Juden lobend erwähnen, oder solche, die nichts davon verstehen; die Schweiz wird bald weder die Renten noch irgend die nötigen Mittel bereitstellen können, um unseren wichtigsten Lebensbedarf zu decken.

Der Zweifel weltweit hat es in sich. Denn bald werden wir den Drittweltländern die Hand geben können und jedem eine neuproduzierte zehntausend Franken Note mit dem Kopf von Bundesrat *Villiger* in die Hand drücken können, mit der niemand etwas kaufen kann.

Inzwischen hat sich nach langem Schweigen auch der ehemalige Notenbankpräsident, Dr. Fritz *Leutwiler*, zum Thema der Errichtung einer Solidaritätsstiftung geäußert. *Leutwiler* hatte massive Vorbehalte zur Errichtung einer Solidaritätsstiftung aus den Goldreserven der Nationalbank angemeldet. Er bezeichnete das Projekt als wenig durchdacht, falsch finanziert und unklar begründet.

Leutwiler war in den vergangenen Monaten massgeblich an der Einrichtung des Spezialfonds für Holocaust-Opfer beteiligt gewesen und vermittelte zwischen Schweizer Banken und Industrie einerseits und dem Jüdischen Weltkongress (WJC) andererseits. Hinter den Kulissen überzeugte er die Grossbanken, 100 Millionen Franken bereitzustellen und bekam Signale aus der Industrie für die Äufnung des Fonds mit weiteren 50 Millionen.

Im Gespräch gab *Leutwiler* erstmals bekannt, dass er in der Phase, als die Schweiz in den USA mit Boykottandrohungen konfrontiert war, auch den Kontakt mit der Nationalbank suchte.

Er regte an, dass die Nationalbank weitere 200 Millionen Franken für den Fonds bereitstellen sollte, und zwar 100 Millionen Franken auf eigene Rechnung und als Vorschuss für Zahlungen der Eidgenossenschaft. Aus seinen Gesprächen mit Spitzenvertretern der WJC wisse er, dass ein solcher Fonds mit insgesamt 350 Millionen Franken im Sinne einer Wiedergutmachung die Vorstellungen der jüdischen Organisationen mehr als zufriedengestellt hätte.

Weil der Faktor Zeit damals eine entscheidende Rolle gespielt habe, hätte sich *Leutwiler* gewünscht, dass die Beiträge der Nationalbank sofort zugesprochen worden wären. Die Nationalbank habe ein solches Vorgehen mit dem Hinweis auf die fehlende Rechtsgrundlage jedoch abgelehnt und erklärt, es brauche einen Parlamentsbeschluss.

Für den ehemaligen Nationalbankpräsidenten handelt es sich bei dieser Begründung um einen legalistischen Vorwand. Er erinnerte daran, dass die Nationalbank in einer vergleichbaren Situation der zeitlichen Dringlichkeit beim Ausbruch der Schuldenkrise in der ersten Hälfte der achziger Jahre unter seiner Leitung problemlos zweistellige Millionenbeträge für Länder in Südamerika und in Osteuropa bereitgestellt hatte. «Wir haben damals auch nicht jedesmal ein Rechtsgutachten eingeholt», sagte *Leutwiler*. Nationalbank und Bund hätten ihm jedoch zu verstehen gegeben, dass man aus Sorge um die Glaubwürdigkeit nicht von der Position abrücken wolle, über Beiträge erst dann zu entscheiden, wenn Zwischenberichte der unabhängigen Expertenkommission vorlägen.

Zur Enttäuschung über diese starre Position komme nun Unverständnis und Verärgerung. Seine Kritik an der Stiftungsidee,

die *Leutwiler* als Hüftschuss bezeichnete, geht in drei Richtungen: Erstens habe die Nationalbank ihre Unschuld verloren. «90 Jahre lang hat die Nationalbank ihre Unabhängigkeit wahren können, und nun wird der Bund(esrat) geradezu aufgefordert (vom heutigen Nationalbankpräsidenten Hans Meyer, sic.), in die stillen Reserven zu greifen. Das tut mir leid.»

Wenn mit einem solchen Zaubertrick Geld geschaffen werde, ohne dass der Steuerzahler beansprucht werde, würden zwangsläufig Begehrlichkeiten aller Art geweckt. Zweitens sei die Begründung der Stiftung unklar. «Ist unsere Schuld so gross, dass der Fonds zugunsten der Holocaust-Opfer nicht reicht?» und beantwortete gleich die Frage selbst «Da sage ich Nein. Das brauchen wir nicht.»

Als Angehöriger der Aktivdienstgeneration weigere er sich, weitere Schuldbekennnisse abzulegen. Es seien sicher schlimme Dinge passiert, vor allem in der Flüchtlingspolitik. Dies sei aber nicht erst seit gestern bekannt. Und es wäre an der Zeit, dass die Schweiz – statt vollends in Masochismus und Selbstkasteiung zu verfallen – sich darum bemühe, irgendwann wieder zur Tagesordnung überzugehen. Drittens bemängelte *Leutwiler* den verschwommenen Verwendungszweck der Stiftung. Er werde den Eindruck nicht los, dass die Stiftungsidee vor allem mit Blick auf *Kollers* Rede vor dem Parlament entstanden sei und man sich erst jetzt überlege, was mit dem Geld geschehen solle. «Nach der Tat hält der Schweizer Rat», meinte *Leutwiler*.

Wie viele Beobachter ist auch *Leutwiler* der Meinung, dass eine Verfassungsänderung von den Schweizerstimmbürgern abgelehnt werde und völlig ohne Chance sei.

Die Kritik *Leutwilers* deckt sich mit den Einwänden in diesem Buch, ebenso wie mit denen, die von Nationalrat Christoph *Blocher* kamen. *Leutwiler* bestätigte, er sei sich durchaus be-

wusst, dass man ihn als Störenfried kritisieren werde. «Ich bin weder ein Spezialfreund von *Blocher* noch SVP-Mitglied», aber es genüge nicht, *Blocher* zu dämonisieren. Man solle sich auch einmal überlegen, wieso der Zürcher SVP-Präsident soviel Erfolg habe. Für die Volksabstimmung, die für die Aufwertung der Goldreserven der Nationalbank nötig wird, sagte *Leutwiler* ein Szenario «wie gehabt» voraus: Alle Parteien mit Ausnahme der SVP und der Parteien noch weiter rechts dürften die Ja-Parolen herausgeben, im Abstimmungskampf würden sich Wirtschaft und befürwortende Parteien aber mit finanzieller Unterstützung zurückhalten, und das Volk werde nicht zustimmen. «Ich wäre deshalb sehr froh, wenn man einen Ausweg finden würde und die Sache nochmals überprüft, bevor das Volk zur Urne geht.»

Schwer wiegt auch die Einschätzung *Leutwilers*, dass der Verteilungskampf um die zweite Tranche des Aufwertungsgewinns aus den Goldreserven nicht zum Wohle des Landes reichen werde. Die Schweiz habe es bisher fertiggebracht, die Notenbankreserven nicht anzugreifen und zum Spielball von politischen Interessen zu machen. Andere Länder hätten eine gegenteilige Politik mit Hyperinflation bezahlen müssen. Bundesrat und Nationalbank sollten auch diese Langzeitwirkung im Auge behalten, mahnte *Leutwiler*.

Obwohl es in der Schweiz nicht die Regel ist, dass Alt-Politiker oder hochrangige Spezialisten wie der ehemalige Nationalbankpräsident *Leutwiler* sich nach einem Rücktritt in der Öffentlichkeit äussern, zeigt diese bewusste Abweichung *Leutwilers* von diesem Verhaltenskodex die enorme Sorge um die Schweizerische Nationalbank. Vielleicht auch die Enttäuschung, dass sein heutiger Ziehsohn, Hans *Meyer*, sich für diese «Stiftung für die Solidarität» stark macht und gewillt ist, das Volksvermögen bewusst in die brisante und sensible Debatte

um die Schatten des Zweiten Weltkriegs einzubringen. Doch Enttäuschung und Frustration waren nicht allein Mass und Richtschnur. Den Ausschlag für seine scharfe Kritik gab vielmehr seine tiefe Sorge um die Schweiz, um die Zukunft der Nationalbank: Auf dem Spiel steht seiner Ansicht nach nicht mehr und nicht weniger deren Unabhängigkeit, die im besten Interesse des Landes liegt. Dazu kommen politische Bestrebungen, noch mehr Notenbankgewinne abzuschöpfen, die genannte unklare Begründung für eine Stiftung und deren noch verschwommenen Ziele.

In ihrer Kombination erhalten die einzelnen Elemente ein derartiges Gewicht, dass für *Leutwiler* so etwas wie ein Notstand bestanden haben muss, der dann zum Verstoss gegen das Prinzip der Nichteinmischung führte. In einer derart delikaten Situation wäre es falsch gewesen, der Devise zu folgen, wonach Reden Silber und Schweigen aber Gold bedeute. *Leutwilers* Tabu-Bruch geschah wohl alles andere als leichtfertig. Seine Kritik ist ernst zu nehmen (seine Einwände sind keineswegs aus der Luft gegriffen sic.). Dies gilt auch für die letzte Bemerkung: Noch kann Rat gehalten werden, so die Kolumne in der NZZ.

Die Schweizerische Nachrichtenagentur SDA berichtete aus Anlass zum achzigsten Geburtstag des ehemaligen Vizepräsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Professor Dr. Leo *Schürmann*. Dabei wurde er auch um eine Stellungnahme zur geplanten Finanzierung der Solidaritätsstiftung aus Goldreserven der Notenbank gebeten.

Schürmann, der von 1974 bis 1980 dem Direktorium der Nationalbank (ab 1976 als Vizepräsident) angehört hatte, stellte sich dabei auf den Standpunkt, dass mit Blick auf den schwierigen Übergang zur Einheitswährung Euro in Europa die

Schweizer Goldreserven nicht angetastet werden sollten. Mit dem Euro stehe der Franken vor einer neuen Bewährungsprobe, und in Zeiten von Währungsturbulenzen sei die Schweiz immer froh um ihre hohen Goldbestände gewesen. Er sei sich in dieser Frage mit dem ehemaligen Notenbankpräsidenten Dr. Fritz *Leutwiler* einig, mit dem er aber in dieser Sache bisher keinen Kontakt gehabt habe.

Schürmann, der unter anderem auch den Standardkommentar zum Nationalbankgesetz verfasst hat, ist laut Agenturberichten grundsätzlich nicht gegen eine Stiftung, erachtet aber den Zeitpunkt als falsch und findet die Verknüpfung dieses Themas mit der Schaffung einer Solidaritätsstiftung als fatal.

Die Reaktion des Auslands auf *Kollers* Rede kam prompt und wurde auch über CNN-TV verbreitet. Wie zu befürchten war, wurde die Rede völlig missverstanden.

Der Präsident des jüdischen Weltkongresses und der World Jewish Restitution Organization (WJRO) *Bronfman*, hat in einer schriftlichen Erklärung grundsätzlich sehr positiv auf die Rede von Bundespräsident *Koller* reagiert. «Wir begrüßen Bundespräsident *Kollers* Ankündigung, die einen Sieg für die Juden und der Schweiz darstellt», heisst es im ersten Passus der Erklärung. Und im Namen der WJRO, das offizielle Dachorgan der jüdischen Weltorganisationen und des Staates Israel in Fragen der Restitution ist, gelobte *Bronfman*, «mit den Schweizer Behörden weiterhin bei der historischen Anstrengung zur Konfrontation mit der Vergangenheit und zur moralischen und materiellen Entschädigung von Opfern der Nazi Verfolgung zusammenzuarbeiten».

Und damit hat diese Rede des Bundespräsidenten nicht nur die Juden in die Irre geführt, sondern eine sehr heikle Situation geschaffen. Denn wie Senator *D'Amato* und die anderen Juden

immer und immer wieder betonen, habe die Schweiz «Leichen im Keller», sonst würde sie niemals von sich aus einen solchen Vorschlag unterbreiten. Es ist nach ihren Angaben «ein Eingeständnis der Schuld am Holocaust». Ein Unterfangen, das nicht nur die Schweizer Regierung, sondern auch das Ansehen der Schweiz erneut erschüttern wird. Oder wollte der Bundesrat die Eidgenossen vor ein *fait accompli* stellen, damit wir nicht mehr anders können, als «Ja» sagen? – Oder die andere Seite wäre natürlich, dass das Volk einen solchen Vorschlag bachab gehen lässt und der Bundesrat die feine Ausrede hat, dass schliesslich in der direkten Demokratie das Volk das letzte Wort habe? Wie auch immer; in keinem der beiden Fälle ist weder der Schweiz noch den Betroffenen gedient, so diese überhaupt irgendwelche Ansprüche haben sollten, aus dieser Stiftung Gelder zu erwarten. Es war keine grosse, sondern eine verrückte, absolut verrückte Idee!

Abgesehen von der Idee des Bundesrates, eine sieben Milliarden Franken umfassende, aber bei Weitem nicht nur Nazi-Opfer begünstigende «Schweizerische Stiftung für Solidarität» zu schaffen, wies die WJRO in ihrer Erklärung speziell auf die Absicht der Schweizerischen Nationalbank hin, dem bereits geschaffenen humanitären Spezialfonds für Holocaust-Opfer einen Betrag von hundert Millionen Franken zukommen zu lassen. Laut *Bronfman* festigt der zusätzliche Beitrag die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen der WJRO und den Schweizer Behörden. In zwei zusätzlichen Abschnitten wird in der WJRO-Erklärung das Augenmerk dann aber auf fortbestehende Herausforderungen gerichtet. In der Erklärung bekundet *Bronfman* die Zuversicht, dass «wir zusammen mit den Schweizer Behörden fähig sein werden, die Arbeiten der Volcker-Kommission und der Bergier-Kommission zu erleichtern und zu beschleunigen». Schliesslich heisst es, der für den kommenden

Monat angekündigte Bericht der amerikanischen Regierung werde «begrüsst und erwartet».

Nach der Präsentation der schriftlichen Erklärung stellten sich Edgar *Bronfman* und sein Sekretär Israel *Singer* vorerst nicht zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Beim Schweizer Generalkonsulat in New York war aber zu erfahren, dass die verschiedenen jüdischen Organisationen direkt aus Bern im Detail über den genauen Inhalt und Hintergrund der Ansprache *Kollers* informiert worden waren und auch den Text der Rede erhalten hatten. So ist es wohl kaum ganz zufällig, dass *Bronfman* in seiner Erklärung die jüdischen Erwartungen an die neue Solidaritäts-Stiftung eher etwas verstärkte als dämpfte. Es heisst in der Erklärung sehr schwammig und damit für Nichtinformierte wohl irreführend, dass *Koller einen* «Fonds von (umgerechnet) fünf Milliarden Dollar für Opfer» angekündigt habe. – Und der New Yorker Senator *D'Amato* verstieg sich in einer Pressemitteilung gar dazu, dass der «Plan zu einem Fünf-Milliarden-Dollar-Fonds den Holocaust-Opfern helfen würde, einen Durchbruch darstelle» und damit erstmals von Schweizern «in verantwortlichen Positionen massive Verfehlungen» zugegeben worden seien.

Müssen jetzt wir Schweizer uns Derartiges gefallen lassen? Diese und ähnliche Äusserungen werden erst recht die Schweizer zu einem «Nein» veranlassen. – Und sie haben recht!

Auch die USA begrüsst die Schweizer Pläne und haben den Bundesrat und die Nationalbank zur Errichtung einer Solidaritätsstiftung beglückwünscht. Ein Sprecher des amerikanischen Aussenministeriums sprach von einer sehr willkommenen Nachricht. «Wir spenden dem Entscheid der Schweizer Regierung, diese Geste gegenüber der jüdischen Gemeinschaft zu

machen, Beifall», sagte der Sprecher. (Die einen wollen/sollen Milliarden spenden, die anderen spenden vornehm Beifall. Welch Ironie! sic.) Die USA begrüßten auch die Erklärung von Bundespräsident *Koller*, die Schweiz sei bestrebt, die Zweifel zu beseitigen, die weltweit am guten Willen der Schweiz erhoben worden seien.

Es sei ein «sehr grosszügiger Vorschlag» begrüßte die Jewish Agency in Israel die Ankündigung von Bundespräsident *Arnold Koller*, eine mit sieben Milliarden Franken gespeiste Stiftung ins Leben zu rufen, deren Ertrag unter anderem an die Holocaust-Opfer gehen soll. Der Präsident der Jewish Agency, *Avraham Burg*, der ja nach eigenen Angaben nie mehr mit Bundesrat *Delamuraz* an einen Tisch sitzen will, erklärte in Jerusalem, dieser Entscheid sei vor allem «ein Sieg des Prinzips der moralischen Position, die ich immer vertreten habe». Er kündigte an, mit *Koller* Kontakt aufnehmen zu wollen, um die Umsetzung der Stiftungsidee zu diskutieren. Es handle sich um einen sehr grosszügigen Vorschlag, sagte *Aldad Ada*; der Sprecher *Burgs*.

Aber die Ernüchterung wird noch kommen. Scheinbar haben diese Israelis und Amerikaner, die über alles und jedes so genau orientiert sein wollen, eine völlig falsche Vorstellung von der Schweizer Demokratie. Sie unterstellen – nach dem Bild ihrer eigenen Staaten – der eidgenössischen Exekutive eine Machtfülle, die diese gar nicht hat. Was auch das Ergebnis der demokratischen Entscheidungsfindung sein mag, es muss unbedingt – sollte denn diese Stiftung in irgendeiner Form verwirklicht werden – sichergestellt werden, dass diese in Schweizer Hand bleibt und die jüdische Bruderschaft keinen Einfluss hat!

Auch London nahm die Meldung positiv auf. Das Foreign Office bezeichnete die Schaffung des Fonds als eine «willkom-

mene Nachricht», betonte jedoch zugleich, dass es sich um eine interne Angelegenheit der Schweiz handle und daher weitergehende Kommentare nicht angebracht seien.

Das Schandmaul des Labour-Unterhausabgeordneten Greville *Jänner*, Vizepräsident des World Jewish Congress und Vorsitzender des Holocaust Educational Trust, begrüßte ebenfalls die Ankündigung von Bundespräsident *Koller*. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass alle Einzelheiten speditiv und fair geregelt werden können.

Jänner, der mit seiner parlamentarischen Anfrage vom 10. September letzten Jahres betreffend NS-Raubgold in den Tresoren der Bank of England die ganze Nazigold-Affäre ins Rollen gebracht hatte, übermittelt dem Bundespräsidenten seine Gratulation zu einem, wie er es formuliert, ehrenwerten und anständigen Präventivschlag. Dieser sei, so erklärt *Jänner* in einem Pressecommuniqué, deshalb ehrenwert, weil dieser neue Fonds unabhängig vom existierenden humanitären Fonds für Naziopfer errichtet werde. Er sei anständig, weil er implizit den Schaden anerkenne, welcher der Schweiz einerseits durch «die schrecklichen Handlungen vergangener Generationen» und andererseits «durch die beleidigende Stellungnahme des Vorgängers dieses Bundespräsidenten» entstanden sei. Es handle sich, präzisierte *Jänner*, um einen Präventivschlag, weil die Schweizer Regierung zu Recht die internationale Empörung abweisen wolle, welche durch die Welt gegangen wäre, wenn erst einmal die Untersuchungen über die Rolle der Schweiz bei der Entgegennahme von Werten aus den Händen des NS-Regimes publik gemacht würden.

Damit bringt *Jänner* im gleichen Atemzug neue Anschuldigungen ins Spiel, in denen die Schweiz und die Regierung mit den Nazis gleichgesetzt werden und sie sogar der ungeheuerli-

chen Taten – damit kann nur das Vernichten der Juden im Dritten Reich gemeint sein – verdächtigt werden. Es scheint an der Zeit, dass wir Schweizer uns von dieser total verrückten Idee Bundespräsident *Kollers* und seiner Sippe trennen.

Wir erinnern uns, dass Winston *Churchill* – der aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Informationen als bester Kenner der damaligen Zeit gelten kann – die Schweiz aus gutem Grund in Schutz genommen hat und niemals eine solche Anschuldigung verbreitete.

Neville Nagler, der Chef des Board of Deputies of British Jews, der Repräsentativorganisation britischer Juden, begrüßte die Nachricht von der Schaffung des Fonds und sprach von einem sehr bemerkenswerten Fortschritt, einem sehr positiven und kooperativen Schritt vorwärts. Nunmehr richte sich das Augenmerk auf die historischen Nachforschungen und die Regelung der Frage der nachrichtenlosen Vermögen. (Reaktionen aus der Schweiz und dem Ausland über diese Stiftung sind im Kapitel 8 zu lesen, sic!)

Fast zeitgleich, genauer gesagt, fünf Tage zuvor brachte der Nationalrat Dr. Christoph *Blocher* eine Klarstellung in einem Referat auf der Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich vom 1.3.1997. Dieser Beitrag ist deshalb von solcher Tragweite, weil er von einem der aktivsten Schweizer Politiker gehalten wird, der mit Fug und Recht als «Bewahrer der freien Nation Schweiz» gelten kann. Diese Rede ist – neben jener *Kollers* – das zweite bedeutende Zeugnis des staatspolitischen Umgangs mit dieser das ganze Schweizervolk bedrückenden Problematik. Aus diesem Grunde möchte ich hier den vollständigen Vortrag (jedoch ohne die bibliographischen Angaben) wiedergeben, damit auch der Gegenpol gehört werden kann. Der Text der Rede lautet wie folgt:

«Das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, die damalige Wirtschafts-, Aussen-, Neutralitäts- und Flüchtlingspolitik der Schweiz, welche sich in erstaunlicher Weise aus dem Zweiten Weltkrieg heraushalten und inmitten der nationalsozialistischen Brandung unversehrt bleiben konnte, ist – wieder einmal – in Diskussion geraten.

Dabei ist es eigenartig: Die grossspurig als historische Neuigkeit angekündigten Sensationen sind allen einigermaßen informierten Zeitgenossen längst bekannt. Bis heute ist überhaupt nichts Neues zum Vorschein gekommen, was Interessierten, speziell aber den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht längst hätte bekannt sein müssen.

Ein Teil davon war schon im Weltkrieg, vor allem aber in den Nachkriegsjahren bei Presse, Parlament und Volk Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen. Die Neutralität im Zweiten Weltkrieg, die Handelspolitik, die Verteidigung des Landes, die Aussen- und die Flüchtlingspolitik sind und waren Gegenstand zahlreicher historischer Betrachtungen und geschichtlicher Expertisen. In allen neueren Geschichtsbüchern und im Geschichtsunterricht der heutigen Schulen wird all das gesagt, was heute naiverweise als Neuigkeit verkündet und angeprangert wird.

Trotzdem: Die classe politique verhält sich bei den heutigen schwerwiegenden Angriffen auf unser Land, unser Volk und unser Verhalten während des Zweiten Weltkrieges etwa so überlegt und gefasst wie Hühner in einem Hof, wenn der Fuchs ums Gehege schleicht. Der Grund dafür dürfte in einer bisher krassen, generellen Missachtung der Geschichte durch die verantwortlichen Leute in unserem Staate liegen, als ob man ohne Geschichtskennntnisse Gegenwart und Zukunft gestalten könnte. Diese Weisheit wurde in den letzten Jahren in politischen Kreisen geradezu verlacht und verhöhnt.

Unsere Landesregierung und namhafte Wirtschaftsvertreter lassen bis heute jedes klare Konzept vermissen, agieren – oder besser reagieren – höchst widersprüchlich und unglücklich. Sie haben mit ihrem Verhalten jenen Kreisen, die uns unentwegt attackieren, ständig Antrieb gegeben. Ein grosser Teil der inländischen Presse hat die Stimmung der Verunsicherung mit fetten Sensationsmeldungen, mit gezielten Indiskretionen zusätzlich geschürt und für eine miesmacherische, selbstzerfleischende Untergangsstimmung gesorgt.

Unzählige Bürgerinnen und Bürger werden dabei ihren Gefühlen zu unserer Heimat, die älteren unter ihnen in ihrer Lebensleistung für unser Land, ständig aufs neue verletzt. Deshalb ist eine Klarstellung nötig geworden. Es geht darum, im Dickicht der dümmlichen, widersprüchlichen Schlagzeilen das Wesentliche ins Auge zu fassen, und es geht vor allem darum, sich jetzt nicht – wie manche hoffen – für eine falsche Politik missbrauchen zu lassen.

Für das politische Handeln bei Angriffen auf unser Land, unser Volk und unsere Regierung wegen des Verhaltens der Schweiz in den 30er und 40er Jahren haben die wesentlichen historischen Tatsachen als klare Richtschnur zu gelten. Die wesentlichen historischen Tatsachen stehen fest und lauten:

1. Das Schweizervolk erwies sich zwischen 1933 und 1945 als resistent gegenüber dem nazistischen Gedankengut. Praktisch 100 Prozent der Schweizer wählten auf Bundesebene demokratische, schweizerisch gebliebene Parteien! Einen einzigen Vertreter brachten die Frontier 1935 für vier Jahre in den Nationalrat. (Es handelt sich um den Zürcher Robert *Tobler*, Nationale Front). Die eher dem italienischen Faschismus zugewandte Union Nationale brachte damals den Genfer Georges *Oltra-*

mare ebenfalls für vier Jahre in den Nationalrat. (Vgl. Historische Statistik der Schweiz, herausgegeben von Hansjörg Siegenthaler und Heiner Ritzmann, Zürich 1996.) Die Schweizer waren keine Nazis; sie standen mit ihrer Presse und ihren Behörden dem faschistischen Treiben ablehnend, ja hasserfüllt gegenüber. Die Schweiz ist in jenen Jahren ein demokratischer Rechtsstaat geblieben.

2. Niemand wurde in unserem Land mit staatlicher Billigung misshandelt, gefoltert und ermordet. Bundesrat *Obrecht* verkündete 1938 an die Adresse *Hitlers* unmissverständlich, dass wir Schweizer nicht ins Ausland wallfahrten würden. Jeden Angreifer, wer es auch sei, erwarte der Krieg.

3. Insgesamt 800'000 Mann (im 4-Millionen-Land 20 Prozent der Bevölkerung) bewachten von 1939 bis 1945 unser Staatsgebiet und verschafften der bewaffneten Neutralität Nachdruck. Sie waren bereit, ihr Leben für unser Land hinzugeben. Keine wichtige Verkehrsachse, kein nennenswerter Industriebetrieb wäre dem Feind unversehrt in die Hände gefallen.

4. Die Schweiz zeigte unter gewaltigen Opfern einen Widerstandswillen, der seinesgleichen sucht: Erwähnt seien die sogenannte Anbauschlacht unter Leitung des späteren SVP-Bundesrates *Wahlen*, die Rationierung der Lebensmittel, die Kriegsvorsorge, die Wehranleihe, zusätzliche Steuerabgaben.

5. Wer mit Bürgerinnen und Bürgern spricht, die diese Zeit bewusst durchlebt haben, spürt: Die Schweizer standen zusammen, Familien von Angestellten, Industriearbeitern, Bauern – sie alle verband in dieser schweren Zeit ein Gefühl der Zusam-

mengehörigkeit, der Solidarität, wie vorher und später nie wieder.

6. Die militärische Bedrohung war – das beweisen auch neueste Untersuchungen – Realität. Im Sommer 1940 arbeitete der deutsche Generalstab auf Geheiss *Hitlers* detaillierte Angriffspläne gegen die Schweiz aus. *Mussolini* wollte die italienische Grenze gleichzeitig bis zur nördlichen Hochalpenkette verlegen. *Hitler* nannte die Schweiz 1942 vor *Mussolini* das «niederträchtigste und erbärmlichste Volk und Staatsgebilde» und die Schweizer «Todfeinde des neuen Deutschland». *Stalin* beschimpfte die Schweizer als «Schweine». Wir dürfen solche Worte aus dem Munde zweier Massenmörder nicht allzuleicht nehmen, aber gleichzeitig auch als Kompliment auffassen!

7. Tatsache ist, dass eine Aktion Schweiz durch *Hitler* wegen der Verteidigungsbereitschaft der schweizerischen Milizarmee für den Angreifer unverhältnismässig viele Kräfte gekostet und gebunden hätte.

8. Erst Ende 1942, nach der Besetzung Südfrankreichs, überwogen für das Dritte Reich die Vorteile einer intakten Schweiz. Als die Alliierten 1943/44 in Süd- und Westeuropa vorrückten, stieg die Gefahr eines deutschen Einmarsches zur Sicherung der Nachschublinien noch einmal.

9. Auch die humanitäre Hilfe trug zu einer positiven Bilanz der Neutralität bei. Während der Kriegszeit lebten für kürzere oder längere Zeit 295'381 registrierte Flüchtlinge und Internierte auf dem schützenden Schweizerboden. Dazu kamen zahlreiche Emigranten, darunter viele Juden, die sich nicht bei der Polizei anmeldeten und von Privaten beherbergt wurden. Neben dieser Flüchtlingshilfe leistete das internationale Komitee vom Roten

Kreuz in den kriegsführenden Ländern unzählige gute Dienste. Die neutrale Schweiz übernahm die diplomatischen Schutzmandatsmandate für 43 Länder und ihre Bürger gegenüber den jeweiligen Gegnern, nicht zuletzt auch für die Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber 12 Feindstaaten – auch das scheint man vergessen zu haben!

10. Ab Juni 1940 war die Schweiz von den Achsenmächten vollständig umklammert. Dadurch verlor sie ihren freien Zugang zur Welt. Der für das Überleben nötige Handelsspielraum wurde eng. Selbstverständlich hat man in dieser Situation auch – und nach 1940 vor allem – mit den Achsenmächten Handel getrieben. Mit wem denn sonst? Es galt, den lebensnotwendigen Import und Export sicherzustellen – beides versuchte man soweit möglich auch mit den Alliierten. Handel mit den Alliierten wiederum war nur möglich, wenn die umklammernden Achsenmächte die Waren durchliessen. Das Überleben des Kleinstaates hing – neben dem Widerstand des Volkes und der Armee – vom geschickten Verhandeln staatlicher Aussenhandelsdelegierter und Privatunternehmer ab. Es ging nicht ohne Kompromisse und Zugeständnisse. In allen Bevölkerungskreisen war die Furcht vor Arbeitslosigkeit, Hunger und Not gross und berechtigt; politische und soziale Unruhen hätten den Widerstandsgeist gebrochen.

Alle Parteien, auch die Sozialdemokraten wussten genau, dass für einen eingeschlossenen Kleinstaat Wirtschaftsbeziehungen mit dem Dritten Reich unumgänglich waren. Die Kreise, die sich heute für die seinerzeitige Handelspolitik entschuldigen, weisen den Verantwortlichen von damals eine Schuld zu (sonst könnte man sich ja nicht entschuldigen!) und beleidigen die damals verantwortungsvoll Handelnden in schwerster Weise.

Soll man sich etwa dafür entschuldigen, dass man ein Volk vor dem Hunger bewahrt?!

11. Die Schweiz hat Neutralitätsrecht entgegen anderslautenden Behauptungen während des Krieges im Wesentlichen hochgehalten, hat es sogar freiwillig enger ausgelegt, als es das Völkerrecht verlangte. Unser Neutralitätsrecht gestattet keine militärische Begünstigung von Kriegsführenden durch direkte Beteiligung an Kriegszügen, keine Gewährung von Truppeneinsparungen, keine Freigabe internierter Soldaten vor Kriegsende, keine staatlichen Waffenlieferungen an Kriegsführende. Daran hat sich die Schweiz vollumfänglich gehalten.

12. Die Neutralitätspolitik erlaubt demgegenüber eine elastischere Haltung. Ausdrücklich nicht verboten sind etwa die vorsorgliche Kontaktnahme mit allfälligen Verbündeten vor dem Angriff (General Henry *Guisan* tat dies mit den Franzosen), die Waffenlieferung der Privatindustrie und überhaupt der private Handelsaustausch.

13. Eine Gesinnungsneutralität liess sich damals beim Schweizervolk ohnehin nicht durchsetzen, selbst, wenn dies einzelne Bundesräte im Zweiten Weltkrieg aus Angst vor dem drohenden Nachbarn nicht ungerne gesehen hätten.

14. Schon während des Krieges war die Handhabung der Neutralität Gegenstand heftigster Kontroversen. Neben dem englischen Kriegspremier Winston *Churchill* rühmte auch Amerika die Schweiz für ihre Standhaftigkeit. Die angesehene «New York Herald Tribune» schrieb 1943 «Die Schweizer sind sich treu geblieben, und zwar auch in den dunkelsten Stunden des Jahres 1940, als nichts äusser der Tapferkeit Grossbritanniens

und der blinde Glaube der freien Männer der übrigen Welt zwischen *Hitler* und Europa stand».

15. Heute wird keine Gelegenheit ausgelassen, um die Staatsmaxime Neutralität mit Füßen zu treten und die damalige Verteidigungsbereitschaft der Armee zu bespötteln. Interessanterweise tun dies gerade diejenigen politischen Kreise, welche schon in den 30er Jahren die militärische Landesverteidigung bekämpft und hintertrieben haben und die auch heute gegen die Armee und die bewaffnete Neutralität agieren und – einmal mehr – für den Frieden schwärmen, den zu verteidigen ihnen zu mühsam wäre. Adolf *Muschg* bezeichnete in der «Berner Zeitung» die Neutralität als «einen unanständigen Furz». Nun, der Herr Literaturprofessor hat seine eigene, zu ihm passende Sprache. Auch das nationalsozialistische Deutschland hat 1940 die bewaffnete schweizerische Neutralität «als durch die Ereignisse völlig überholt und mit der Neuordnung Europas unvereinbar» bezeichnet (dieser Satz ist Ihnen aus der heutigen Zeit nicht unbekannt). Gerade weil die Schweiz ihre Neutralität zu einer immerwährenden erklärt hat, weil sie ihre Aussenpolitik nicht ständig den veränderlichen Verhältnissen anpasste, war sie nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Vorwurf geschützt, ihren Mantel um des momentanen Vorteils willen nach dem Winde gehängt zu haben. Was – so möchte man die neunmal klugen Neutralitätsgegner fragen – wäre aus der Schweiz geworden, wenn sie im Zweiten Weltkrieg nicht neutral geblieben wäre? Was wäre geschehen, wenn wir uns an der Seite der Deutschen in den Krieg gestürzt hätten, um auch einen Platz an der Sonne zu ergattern (wie es einige Schweizer wollten)? Was wäre geschehen, wenn wir umschlossen von Nazideutschland, verkündet hätten, wir träten auf die Seite der Alliierten in den Krieg ein? Was wäre geschehen mit dem Schweizervolk, mit

den Flüchtlingen, den hier ansässigen und den vorübergehend aufgenommenen Juden? Wer die Alternativen untersucht, muss zum Schluss kommen, dass es äusser der bewaffneten Neutralität keine Lösung gab! Edgar *Bonjour*, der sich mit der Geschichte unserer Neutralität in fachlich hervorragender und objektiver Weise befasst hat, bekannte sich nach seinen jahrelangen Studien als «unbedingter Anhänger unserer aussenpolitischen Maxime». Ein Vergleich mit Schweden, Portugal oder Spanien zeige, dass die Schweiz die konsequenteste und strengste Neutralitätsauffassung vertreten habe.

16. Auch damals hatten in unserem Lande nicht alle die Kraft, der Gefahr und dem Druck von aussen standzuhalten. Es gab Schwache, es gab Anpasser und Leisetreter, die es immer gab, heute gibt und auch in Zukunft geben wird. Einzelne behördliche Massnahmen – angeregt durch lebensfremde, eigenmächtige Bürokraten – wie die Judenstempel, die Bestimmungen, wonach Juden für jüdische Flüchtlinge selbst aufzukommen hatten, die hermetisch abgeriegelten Grenze nach 1942, die Ausweisung von Flüchtlingen, aber auch die zu rigorosen Zensurbestimmungen der Behörden sind im Rückblick unverständlich und zu kritisieren. Da und dort war auch ein allzu willfähriges Verhalten dem behördlichen Deutschland gegenüber festzustellen. All dies ist in historischen Untersuchungen längst belegt worden. Entscheidend ist aber, dass sich letztlich die Widerstandsfähigen und Widerstandswilligen in unserem Lande durchgesetzt haben. Alle Staaten haben rückblickend in Einzelfällen solche Fehler zu beklagen. Es kommt auf das Ganze an, und hier hat die Schweiz nicht versagt, sondern sich ausgezeichnet. Wem käme es in den Sinn, den Engländern in erster Linie die Politik *Chamberlains*, den Amerikanern das zu späte

Eingreifen in den Krieg, der Sowjetunion in erster Linie den Nichtsangriffspakt mit *Hitler* vorzuwerfen? All dies kann doch das grosse Verdienst dieser Staaten bei der Befreiung Europas nicht mindern.

1940 – auf dem Höhepunkt der Gefährdung – verunsicherte Bundesrat *Pilet-Golaz* das Schweizervolk mit einer anpasserischen Rede. Er gab den Frönlern die Ehre eines Empfangs im Bundeshaus. Man duldete Luftraumverletzungen. General *Guisan* musste sich immer wieder direkt auf das Volk stützen, weil er dem Widerstandswillen des Bundesrates nach 1940 nicht mehr recht traute. Nach Meinung Hermann *Böschenstein* hatte unser Land 1940, nach dem Rücktritt der standfesten Bundesräte *Minger* und *Obrecht*, den schwächsten Bundesrat nach Gründung des Bundesstaates. (Was die Geschichte in fünfzig Jahren über den heutigen Bundesrat sagen wird, muss offen bleiben!) Aber dies war das Wunderbare: Die Schweiz hielt durch, trotz zeitweiligem Wankelmut auf höchster Ebene.

17. Wenn hier die Frage von Anpassung und Widerstand aufgeworfen wird, so ist die Frage zu stellen, wer denn 1933 bis 1945 allenfalls zu anpasserisch war: das Volk oder einige der sogenannten führenden Leute in der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft?

Die Antwort ist eindeutig: Das Volk war weit widerstandwilliger und verteidigte die Souveränität weit entschlossener als viele Leute in führenden Kreisen. Vieles blieb dem Volk verborgen: die Schweizer Volksrechte waren in jenen Jahren eingeschränkt, es herrschte die Pressezensur, die Regierung regierte mit zusätzlichen Vollmachten. Der Bundesrat übernahm zuweilen die Sprache und die totalitäre politische Kultur des faschistischen Gegners. So sagte Aussenminister *Pilet-Golaz* in seiner anpasserischen Rede von 1940: «Der Zeitpunkt der inne-

ren Wiedergeburt ist gekommen.» Er rief das Schweizervolk auf, «der Regierung als sicherem und hingebendem Führer, der seine Entscheidungen nicht immer wird erklären, erläutern und begründen müssen», zu folgen. *Pilet* dachte durch und durch elitär, sah im Volke nur eine dumpfe, willenlose Masse und verglich die Demokratie mit einem welken, fallenden Blatte. Die Tendenz der Regierenden, sich bei ihrer «höheren Einsicht» vom Volke höchst ungern dreinschwatzen zu lassen, Volksentscheide möglichst zu umgehen, kennen wir auch heute! Auch hier können wir aus der Geschichte lernen: Wollen nicht auch heute führende Kreise auf anpasserische Weise wesentliche demokratische Rechte an eine zentralistische Bürokratie in Brüssel abtreten? Es ist aber zu hoffen, dass solche Tendenzen heute ebenso scheitern wie damals; scheitern am Selbständigkeitsdrang, am Widerspruchsgeist, an einer gewissen Eigenbrötlerei des Schweizers, scheitern an der vielfältigen politischen Kultur unseres Landes, am Föderalismus und an der Volkssouveränität, die wir nicht preisgeben dürfen.

18. Aber auch ein Teil der führenden Kreise der Wirtschaft forderte damals die Anpassung an die uns umgebende Grossmacht, eine sofortige stramme Ausrichtung an das sogenannte «neue Europa». Wie oft wurde doch in der Geschichte und – auch heute wieder – mit einem «neuen Europa» hantiert? Viele Wirtschaftsführer glaubten Propagandaminister *Goebbels*, der am 25. März 1941 verkündete, die von Deutschland angestrebte Neuordnung Europas biete jedem Staat nur Vorteile. Auch diese Schlaumeier kommen uns nicht unbekannt vor. Wünsche die Schweiz nicht mitzumachen – so *Goebbels* – sei das ihre Sache, werde aber zu ihrem wirtschaftlichen Nachteil ausschlagen. Wer kennt denn diese Töne nicht aus heutigen Tagen! Allmählich werde auch das Schweizervolk die absterbende Zeit verste-

hen. Auch heute kennt man solche Prophezeiungen. Liest man die damaligen Protokolle von Generalversammlungen führender Schweizer Industriegesellschaften, liest man die Forderungen der Wirtschaftsverbände, aber auch der Vertreter der Gewerkschaften aus dieser Zeit, erstaunt der anpasserische Ton und erinnert in der Wortwahl an neue und neueste Zeiten. Entscheidend aber ist wieder – und das ist das Wunderbare – keiner dieser «massgebenden» Stimmen konnte sich damals durchsetzen. Der Widerstandswille blieb bestehen.

19. Es ist schwer verständlich, weshalb sich damals alle Staaten der Welt den Juden gegenüber hartherzig und grausam zeigten. Wenige haben hier Grund, mit dem Finger auf die anderen zu zeigen: Im Buch über den St. Galler Judenretter, Paul *Grüninger*, von 1933 steht: «Heinrich *Rothmund* und die Eidgenössische Fremdenpolizei arbeiteten mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund und mit vielen sozialdemokratischen Polizeidirektoren aufs loyalste zusammen, wie in den Briefen aus jenen Jahren immer mal wieder geschrieben steht. Die Flüchtlingskonferenz von 1938 in Evian unter amerikanischem Präsidium verlief ohne konkrete Ergebnisse, da kein Staat die Flüchtlinge aufnehmen wollte. Dem Schiff «Saint Louis» mit über 900 hauptsächlich jüdischen Flüchtlingen wurde im Mai 1939 das Anlegen in Florida durch Küstenwachboote der USA verwehrt; der Kapitän musste nach Europa zurückkehren. Die meisten Passagiere wurden später durch Nazis umgebracht. (Auch Flüchtlinge in England, die per Schiff nach Australien mit Gewaltverbrechern zusammen transportiert wurden, kamen durch grausamste Folterungen und Misshandlungen durch die Mannschaft ums Leben, wie ein Augenzeugenbericht in dem Buch von Eileen *Seymour* «Internment by Mistake» bekannt wurde sic.) 1940 berichtete der Schweizer Konsul aus den USA

nach Bern, sogar im offenen Amerika sympathisierte fast die Hälfte der Amerikaner mit den Antisemiten. 1942 verwarf der amerikanische Senat eine Vorlage, welche 20'000 jüdischen Kindern die Rettung vor den Gaskammern ermöglicht hätte. Die Schweiz hat damals 29'500 jüdische Flüchtlinge aufgenommen. Schweden in einer unvergleichlich besseren geopolitischen Situation, nur deren 12'000. Die Schweiz hat mehr aufgenommen als die typischen Auswanderungsländer Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika zusammen. Aber die Schweiz hat auch ca. 30'000 Flüchtlinge zurückgewiesen. Die Flüchtlingspolitik der Schweiz, die ja in verschiedenen Publikationen geschildert ist, ist kein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte. Die Schweiz war leider in dieser Frage kein Sonderfall! Es ist halt nie gut, wenn man kein Sonderfall sein will. Sie fand sich leider in guter Gesellschaft. Hier haben alle Staaten ihre unrühmliche Geschichte.

Aber es geschah Erstaunliches: Im Volk – das erst später von diesen Massnahmen erfuhr –, in den Kirchen, in den Parteien von rechts bis links erhob sich augenblicklich Widerstand gegen die Flüchtlingspolitik der Behörden. Die Empörung von Seiten des Volkes war so mächtig, dass der Bundesrat gezwungen war, die Grenzschliessung wieder zu lockern.

20. Es gibt nichts daran zu rütteln: Auch wenn einzelne Entschiede falsch, das Verhalten einzelner Personen damals fragwürdig und anpasserisch war – im gesamten verdient die damalige Schweiz Respekt, Hochachtung und Bewunderung für ihre Politik. Hier gibt es nichts zu entschuldigen – im Gegenteil: Das Schweizervolk hat die Verschonung vor Krieg und fremder Besetzung, vor Tod, Hunger und Elend errungen und in harter Arbeit, mit Entbehrungen, Durchhaltewillen und Standhaftigkeit.

Von Seiten des Staates waren ausschlaggebend: die Rückkehr zur integralen, d.h. vollständigen Neutralität; das unbedingte Festhalten an der demokratischen Ordnung; die entschlossene Verteidigungsbereitschaft der Armee; die Kriegswirtschaft, die geprägt war von der knappen Formel: Vorsorge, Fürsorge, Arbeit und Brot; ein kontrolliertes Handelssystem nach den Grundsätzen der Aussenhandelsbeziehungen nach allen Seiten. Sowohl aus Neutralitäts- und Versorgungsgründen wie auch aus exportpolitischen Rücksichten; die Verankerung dieser Maximen im Volk und der daraus resultierenden Durchhalte- und Verteidigungswille.

Die entschlossene Verteidigungspolitik generell als Versagen anprangern, kann angesichts der damaligen schwierigen Situation nur, wer selbstgerecht, heuchlerisch und moralistisch glaubt, selber keine Fehler zu machen und wer nie schwerwiegende Entscheidungen zu treffen hat. Dies ist – zusammen mit den ausserordentlichen Leistungen unserer Vorfahren – den lautstarken Angriffen entgegenzusetzen, falls einem an den geschichtlichen Tatsachen und dem Wert eines schweizerischen Staates gelegen ist.

«Aufarbeitung» der Geschichte ist unter den Politikern und Journalisten zum Renommierwort geworden. Es ist die Forderung dieser Tage schlechthin, nachdem die Berücksichtigung der Geschichte in den gleichen Kreisen in den letzten Jahren als hinterwäldlerisch galt. Man schwafelte lieber von Visionen, von Zukunftsgestaltung, von der Schweiz nach dem Jahre 2000 und dergleichen mehr. Und jetzt staunen Politiker und Medienleute, weil sie die Geschichte nicht kennen und glauben, man müsse diese zuerst aufarbeiten.

Seit wann ist es aber in freiheitlichen Demokratien üblich, dass der Staat, gleichsam die Regierung oder das Parlament,

seine eigene Geschichte aufarbeitet? Offizielle Hofschreiber und Hofdichter kann wir doch nur in den absolutistischen Monarchien, eine offizielle Staatsgeschichtsschreibung leisten sich allenfalls Diktatoren, seien es linke oder rechte. Hierzulande – in einem demokratischen Rechtsstaat – aber ist es unüblich und undenkbar, dass der Staat seine Geschichte schreibt. Wir haben doch noch immer volle Forschungsfreiheit. Allein der einzelne Historiker – oder wer immer sich dazu berufen fühlt – soll das Schreiben der Geschichte besorgen. Professor Edgar *Bonjour* spürte dies klar. Deshalb liess er sich, um sich volle Unabhängigkeit zu bewahren, für seinen Bericht mit Ausnahme eines Teils der Spesen, mit keinem Rappen entschädigen und hat sein Werk als Privatmann herausgegeben. Der Bundesrat enthielt sich damals für einmal bewusst jeden Kommentars – manchmal (nicht nur in diesem Fall) das Gescheiteste, was der Bundesrat tun kann!

Ich zweifle daran, ob die neuernannte Historikerkommission so selbstlos wie *Bonjour* forschen kann. Der Bundesrat hebt nämlich auffallend anerkennend hervor, dass der Kommission neben fünf Schweizern auch vier Ausländer angehören, drei der neun Kommissionsmitglieder seien jüdischer Kultur. Durch diese Zusammensetzung will er das Ergebnis zum Vornherein objektivieren und sanktionieren. Ich frage: Gibt es in dieser Kommission neben den Historikern, die auf das Aufspüren von Sünden der Vergangenheit spezialisiert sind, auch solche, die Verständnis für die damalige schwierige Lage haben? Gibt es darin auch Historiker, die die Ansicht vertreten, die Schweiz habe sich 1939-1945 in einer schwierigen Lage befunden und sich ehrenwert geschlagen? Unter den Kommissionsmitgliedern befindet sich der Sozial- und Wirtschaftshistoriker Jakob *Tanner*, neuerdings Professor an der Universität Zürich. Da ich selbst Industrieller und an der Wirtschaftsgeschichte in-

teressiert bin, ist mir zufällig eine seiner Schriften in die Hände gelangt. *Tanner* ist sogenannter Mitautor eines Buches über die Wirtschaftskrise mit dem Untertitel «Aus marxistischer Sicht». Das Buch schliesst mit den Worten: «Dass ein solcher Prozess mit dem Ziel der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft sehr schwierig und langwierig sein wird, ist jedem bewusst, der die politische Realität – gerade in der Schweiz – kennt. Aber nur die Überwindung dieser Schwierigkeiten bringt die Möglichkeit (...), eine sozialistische Demokratie zu schaffen, die alle Lebensbereiche umfasst.» Wohin *Tanners* marxistische Ideologie führt, was marxistische Geschichtsschreibung im Osten fertiggebracht hat, was aus seinen sozialistischen Demokratien geworden ist, haben wir in Osteuropa gesehen. Das ungeheure Elend, der Hunger, Tod, Verbannungen, Arbeits- und Konzentrationslager, die katastrophale Folgen für die Bevölkerung erinnern mich an nationalsozialistische Greuelthaten. Ich hoffe nur, dass die übrigen Kommissionsmitglieder profundere Wirtschaftskenner sind. Andernfalls können wir uns auf ein schönes Gutachten freuen! Jedenfalls sind wir angesichts der Zusammensetzung der Kommission nicht bereit, den Bericht von vornherein als Evangelium zu akzeptieren. Und wir werden nicht von vornherein behaupten, diesem liege nun endgültig die Geschichte eines Staates zugrunde. Ich persönlich glaube nicht, dass alle bisher tätigen Historiker nur Unsinn geschrieben haben. Gewiss wird man – nach Öffnung bisher unzugänglicher Archive – neue Einzelheiten erfahren, etwa über vereinzelte Wirtschaftsbeziehungen oder über den Schweizer Aussenhandel im Einzelnen. An der Gesamtheit dürfte dies aber nichts ändern.

Die heutige Diskussion über die Schweiz und den Zweiten Weltkrieg wird in unserem Land weitgehend von schweizeri-

schen Moralisten einerseits und andererseits von ausländischen jüdischen Organisationen bestimmt, die von uns Geld verlangen.

Die Argumentation hat – auf beiden Seiten – sehr viel Heuchelei an sich. Die jüdischen Organisationen, die Geld fordern, sagen, es gehe ihnen letztlich nicht ums Geld. Aber genau darum geht es. Auf der schweizerischen Seite öffnet man einen Fonds, sagt, es sei «eine humanitäre Hilfeleistung» oder «aus Dankbarkeit für die Unversehrtheit im Krieg», meint aber wohl letztlich «per Saldo aller Ansprüche», das heisst, auch hier geht es um Geld.

Meines Erachtens ist hier eine klare rechtliche Auseinandersetzung vonnöten und wäre auch wesentlich ehrlicher. Die Diskussion wird heute viel zu stark von Moralisten geprägt. In heuchlerischer Selbstgerechtigkeit wird auf dem Schweizer Volk, den Entscheidungsträgern der 30er und 40er Jahre, auf unseren Vorvätern herumgehackt. Vor allem die jungen Vertreter der Linken, einige Theologen, zahlreiche Soziologen, Professoren, Kulturschaffende und Journalisten wissen heute – aus sicherer Distanz – natürlich ganz genau, was man vor einem halben Jahrhundert in schwieriger Situation alles hätte besser machen müssen. In einem bornierten, grossmäuligen, heuchlerischen Manifest preisen solche Leute ihre eigene, zartbesaitete Humanität, ihre charakterliche Makellosigkeit, ihre tiefe Besorgnis und finden die Schuldigen rasch: Die Entscheidungsträger. Wir sind die Guten und distanzieren und von den Bösen und geben dies auch in ganzseitigen Inseraten bekannt.

Die Moralisten haben sich in Politik und Medien weit vorgedrängt, nicht nur in dieser Frage. Das ist eigentlich nicht erstaunlich, denn in der heutigen Zeit wimmelt es von Moralisten. Besonders in der Politik. Das ist verhängnisvoll, denn in schwierigen Situationen kann man mit Moralisten nichts anfangen. Es geht diesen nämlich letztlich nie um Verantwortung,

nie um das Einstehen für andere, nie darum, für andere ein gutes, tragbares oder bestmögliches Ergebnis zu erzielen und durchzusetzen, sondern lediglich um sich selbst: Um die eigene unbefleckte Weste, um ihr eigenes Ansehen. Sobald ihr Ansehen befleckt zu werden droht, sobald sie den Kopf hinhalten müssen, schleichen sie sich aus der Verantwortung und sind nicht mehr da.

Wer Verantwortung trägt, hat aber einen Auftrag: den Auftrag nämlich, in einer ganz bestimmten Sache, an einem ganz bestimmten Ort, zu einer ganz bestimmten Zeit etwas ganz bestimmtes zu tun. Trotz oder mit der eigenen Unvollkommenheit muss es getan werden. Es ist bekannt, dass die Verantwortung am besten wahrgenommen und dass ein schwieriger Auftrag für die Gemeinschaft nur dann erfüllt werden kann, wenn man das eigene Ansehen und die eigene Person vernachlässigt. Der wirklich Verantwortungsbewusste weiss, wie anspruchsvoll dies ist, und es ist ihm deshalb bewusst, dass er nicht überall, nicht in der ganzen Welt zum Rechten sehen kann. Er kann und muss es dort tun, wo er steht, wo er den Überblick hat und wo seine Kräfte ausreichen.

Ganz anders der Moralist: Er erklärt sich selbst überall und allezeit für alles und jedes zuständig. Er masst sich das Recht und sogar die Pflicht an, überall zum Rechten zu schauen. Das Ziel des Moralisten ist es ja nicht, dass zum Rechten geschaut wird – und also das Recht auch geschieht – sondern dass er selbst es geschafft hat, zeigen kann, dass er zum Rechten sehen will und makellos dasteht. Die Moralisten handeln nicht aus Liebe zu den Menschen und zur Sache, sondern nur im Bestreben, selbst gut herauszukommen. Darum heisst mein Grundsatz stets – sei es in der Wirtschaft oder in der Politik – seit je-

her: Hände weg von den Moralisten. Sie handeln unmoralisch, unethisch. Die Politik, die Gesellschaft und Wirtschaft in der Schweiz wird heute relativ stark durch solche Moralisten mitbestimmt. Ich meine, man sehe es auch den Resultaten an. Gerade wer die Geschichte des Zweiten Weltkriegs studiert, wird schnell sehen, wo echte Verantwortung und wo Moralisten am Werk waren. Da muss man der Schweiz im gesamten während des Zweiten Weltkrieges lassen: Sie hatten ihren Auftrag, die demokratische Schweiz unversehrt zu erhalten, erfüllt. Das ist moralisch hochstehend. Das zählt! Das verdient Respekt und Bewunderung. Wäre die Schweiz den Weg der heutigen Moralisten gegangen, wäre sie damals – mit vielleicht Hunderttausenden von Toten – untergegangen, aber diese Moralisten hätten ihre reine Weste gewahrt. Und das ist unmoralisch!

Nationalrat *Hubacher* hat mir in einer Radiodiskussion vorgeworfen, die Schweiz habe die Kriegsjahre nicht mit einer «blütenweissen» Weste überstanden. Ja, um Gottes Willen, hat denn irgend jemand je behauptet, die Schweiz hätte eine blütenweisse Weste? Wer – wie die Frauen und Männer der Kriegsgeneration – gegen widrige Umstände um das wirtschaftliche und politische Überleben kämpfte, wer für ein Land – von einem barbarischen Regime umringt und bedroht – Entscheide zu treffen hatte, kann am Schluss nicht mit einer blütenweissen Weste dastehen. Herr *Hubacher* als Gewerkschafter müsste eigentlich wissen, dass wer arbeitet, wer den Alltag bewältigt, am Schluss keine reine Weste davontragen kann.

Es entspricht den Moralisten auch, dass sie sich für alles Mögliche entschuldigen: am leichtesten geht dies, wenn man sich für Dinge entschuldigen kann, für die man weder verantwortlich noch zuständig war. So kann man seine saubere Weste

noch besser zur Schau stellen. Für die Taten unserer Väter und Grossväter, für die Kriegsgeneration lässt es sich leicht entschuldigen. Dass damit aber nichts anderes getan wird, als diejenigen, die damals schwere Verantwortung trugen, zu erniedrigen und zu verletzen, ist den Moralisten gleichgültig.

Wir verfolgen heute mit steigender Verwunderung, wozu die Diskussion um die angebliche Vergangenheitsbewältigung hierzulande führt. Besonders muss dem Schweizerbürger auffallen, wie Politiker, Medienleute und Kulturschaffende die Angelegenheit vorschieben, um, ihr eigenes politisches (oder auflagesteigerndes sic.) Süppchen zu kochen. Man benützt das Ganze, um Souveränität und die Neutralität aufzugeben, die Volksrechte abzubauen, mehr Macht an die *classe politique* zu übertragen. Bundesrat *Cotti* versteigt sich sogar zu behaupten, die ganze Affäre sei gleichsam die Quittung für unser Abseitsstehen in der EU und EWR. Ich wundere mich über seine solche Behauptung eines Bundesrates, der sich sonst immer über mangelnde Distanziertheit beklagt. Die Behauptung ist etwa so differenziert, wie wenn wir behaupten würden, Herr *Cottis* Aussenministerium hätte die gegenwärtige Krise besser gemanagt, wenn er das letzte Jahr nicht ständig für die OSZE im Ausland gewesen wäre. Hier scheint Herr Bundesrat *Cotti* – und mit ihm zahlreiche Journalisten – auf eine ganz neue Idee gekommen zu sein: Bisher hat man dem Volk ja dauernd dieselbe Schallplatte gespielt, die Schweiz müsse wegen der grossen wirtschaftlichen Vorteile, die dies dem Schweizerland bringe, in die EU. Doch angesichts der hohen und steigenden Arbeitslosenzahlen in der Europäischen Union (allein der Hauptleader der EU Deutschland hat über 12 Prozent, oder besser gesagt über 4,5 Millionen Arbeitslose! sic.) hat diese Schallplatte gehörige Risse bekommen und ist für den Schweizer aus-

geleiert. Immer weniger Leute glauben an diese verkündete Heilsbotschaft. Also ist man gezwungen, eine neue Aufnahme aufzulegen, die das Volk aber wieder für dumm verkauft: Wären wir in der EU oder im EWR – so wird dem Volk suggeriert – würden uns die andern Länder gewiss umgehend zu Hilfe eilen. Wie wenn die EU-Länder nicht heilfroh wären, dass man nicht von ihrer eigenen Vergangenheit spricht! Die Frage sei erlaubt: Welches waren eigentlich die Zustände im damaligen Deutschland oder in Österreich, in den Nazis besetzten Staaten, wie Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Frankreich und Griechenland, in Diktaturen wie Spanien oder Portugal? Wie war es im neutralen Schweden? Wer hat nun ganz genau wie stark mit den Nazis kooperiert, wer hat sich wie intensiv an der Judenverfolgung beteiligt? Nein, die heutige EU-Staaten würden sich auch im Falle unserer Mitgliedschaft genau so schön still verhalten wie sie es heute tun.

Dass nun der Bundesrat bei seinem widersprüchlichen und kraftlosen Verhalten in dieser Angelegenheit eine neue Ausrede erfinden muss, ist leicht zu durchschauen. Sie soll verdecken, dass man nicht fähig oder willens ist, unser Land gegenüber dem Ausland zu verteidigen. So wie unfähige Manager für ihre selbstverschuldeten Misserfolge dauernd den fehlenden EWR als Alibi vorschieben, so schiebt nun der Bundesrat die fehlende EU-Mitgliedschaft als Alibi für die Unfähigkeit vor, das Land in dieser Situation zu verteidigen.

Worum geht es eigentlich? Nüchtern betrachtet um Geldforderungen an die Schweiz – auch wenn das Gegenteil gesagt wird oder diese Geldforderungen anders definiert werden. Nicht ganz klar ist, wofür die Schweiz dieses Geld bezahlen soll.

Geht es um Hilfeleistung für Leute, welche in Not sind, um finanzielle Abgeltung für erlittenes Unrecht? Geht es darum, dass die Schweiz Schulden zu begleichen hat? Um «Wiedergutmachungszahlungen»? Um Rückerstattung unrechtmässig erworbenen Vermögens? Um Schweigegeld? Um Abwendung von angedrohten Boykottandrohungen? Um sogenannte «Schadensbegrenzungen»? Um Imagepflege? Worum geht es eigentlich?

Diese Frage ist bis heute nicht geklärt worden, und ich habe den Eindruck, da und dort lege man Wert darauf, dass das Ganze im Verschwommenen bleibt. Ich bin aber der Meinung, diese Frage müsse sauber geklärt werden.

Folgendes ist meines Erachtens zu tun oder zu unterlassen:

I. Die offizielle Schweiz hat gegenüber den masslosen Anschuldigungen in- und ausländischer Kreise und auch gegenüber Geldforderungen entschieden aufzutreten. Man darf sich nicht dadurch einschüchtern lassen, dass man bei Ablehnung von Forderungen ausländischer jüdischer Organisationen sogleich als Antisemit verschrien wird. Nur ein Staat, der sich auch für seine berechtigten Anliegen wehrt und wehren kann, verdient Respekt. Die Schweiz – auch als ein kleines Land – muss sich nicht jeden Dreck über den Kopf leeren lassen. Hier ist aus der – durchaus aufgearbeiteten – Geschichte zu lernen. Die Diskussion über das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ist nämlich in keiner Art und Weise neu. Sie hat bereits während des Krieges und der Nachkriegsjahre eine grosse Rolle gespielt. So war die Schweiz in dieser Beziehung im Laufe der Geschichte stets – auch und gerade vor fünfzig Jahren – gefordert. Es ist aber bezeichnend, dass Forderungen und Anschuldigungen in der heutigen Ungeheuerlichkeit erst fünfzig Jahre nach dem Krieg an die Schweiz herangetragen werden. Früher hätten

hätten in unserem Land zu viele Leute noch gelebt, die dabei gewesen waren und die entschieden erklärt, richtiggestellt und zurückgewiesen hätten, weil sie die Geschichte aus eigenem Erleben kannten.

Wie ist denn die Schweiz früher in solchen Situationen aufgetreten?

Für Neutralität musste zu jeder Zeit – aber ganz besonders in Konfliktfällen – im Ausland eingetreten und um Verständis gerungen werden. Das gehört zu deren Natur. Denn es ist klar: Für jede Partei ist ein Neutraler zwar keiner von der andern, aber er ist auch nicht «auf der eigenen Seite». Neutral sein, ist ausserordentlich anspruchsvoll. So musste die Schweiz sowohl das alliierte wie das faschistische Ausland schon früh immer wieder daran erinnern, dass die Neutralität eine Konsequenz des schweizerischen Staatsgedankens sei, ein wesentlicher Teil unseres staatlichen und nationalen Wesens, der mit der geographischen Lage, der Kleinstaatlichkeit, dem Föderalismus, der Vielstämmigkeit Zusammenhänge und deshalb nicht plötzlich abgelegt oder entscheidend verändert werden könne, ohne dass die Gesamtheit des staatlichen Daseins in Mitleidenschaft gezogen würde. Die Schweiz hat dies während und vor dem Krieg in so deutlicher Weise getan, dass die beiden – aus mehreren Ländern bestehenden – Kriegslager, die beide gerne Unterstützung statt Neutralität gehabt hätten, sich während des Krieges überzeugen liessen. Aber auch 1946 – nach dem Krieg – musste der Schweizer Delegierte, Walter *Stucki*, in Washington Klarheit sprechen. Es sei nicht einzusehen, dass man es der Schweiz «fast als Verbrechen ankreide, nicht im Krieg gewesen zu sein». Hätten die Japaner 1941 die USA nicht angegriffen – so *Stucki* –, wäre dieses Land dem Krieg ebenfalls ferngeblieben;

umgekehrt könne man sagen, die Schweiz wäre im Falle eines Angriffs genau wie Amerika in den Krieg eingetreten. Man scheine die Schweiz mit einem besiegten und militärisch besetzten Lande zu verwechseln und vergessen zu haben, «dass wir, wenn auch klein und machtlos, doch ein souveräner und unabhängiger Staat sind».

Stucki erinnerte damals mit Nachdruck an die Worte des amerikanischen Präsidenten *Roosevelt* zu Weihnachten 1943: «Die Rechte einer Nation, ob gross oder klein, müssen respektiert und ebenso sorgfältig bewahrt werden wie die Rechte jedes Individuums in unserer eigenen Republik. Die Lehre, dass der Starke den Schwachen beherrschen soll, ist die Lehre unserer Feinde, und wir lehnen sie ab.»

Wo sind diese entschiedenen Stellungnahmen heute zu finden?

Um entschieden und überlegen aufzutreten und die Interessen der Schweiz zu verteidigen – das ist die Aufgabe unserer Behörde – muss man allerdings zur Schweiz und ihren Werten stehen!

Wenn man die Neutralität nicht mehr ernst nimmt, überall nach Anpassung ruft, die direkte Demokratie und den Wählerwillen zusehends missachtet, sich im Ausland für Volksentscheide entschuldigt, die direkte Demokratie und die Neutralität durch die Eingliederung der Schweiz in die Europäische Union «relativieren» oder gar verunmöglichen will, wenn man an der Souveränität des Landes selbst zweifelt, besitzt man die Voraussetzung und die Kraft nicht mehr, die Interessen des Landes zu wahren.

2. Forderungen mit Boykottandrohungen sind mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Vergessen wir nicht: Mit Boykotten jüdischer Geschäfte in Deutschland hat die grauenvolle Judenvernichtung ihren Anfang genommen. Wer Boykotte durch Er-

füllung der Forderungen abwendet, wer Erpressungen nachgibt, wird dauernd von neuem erpressbar und liefert sich neuen Boykotten aus.

3. Falls der Bundesrat der Meinung sein sollte, die Regelung über die nachrichtenlosen Vermögen (heute ist dies eine privatrechtliche Regelung zwischen Banken und ihren Kunden) sei nicht mehr zweckmässig, so soll er dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreiten, damit diese Frage, die keineswegs nur die jüdischen Vermögen betrifft, generell neu geregelt werden kann.

4. Der Fonds, der durch Banken und andere Wirtschaftskreise für humanitäre Zwecke geäufnet wurde, ist Angelegenheit dieser privaten Spender und auch als solche zu behandeln: Die Schweizerische Eidgenossenschaft hat damit nichts zu tun. Auch wenn der Bundesrat auf Wunsch der Fonds-Äufner eine allfällige Verwaltung regeln sollte, tut er dies auf Bitte dieser Kreise und nach deren Anweisung. Es handelt sich ausdrücklich nicht um Zahlungen des Bundes und nicht um Steuergelder. Es ist den Banken, Unternehmen und Privaten anheimgestellt, ob und mit wieviel und aus welchen Gründen und wofür sie sich daran beteiligen wollen.

5. Eine Entschädigung – unter welchem Titel auch immer – für eine angeblich verfehlte schweizerische Handels- und Wirtschaftspolitik während des Zweiten Weltkriegs kommt nicht in Frage. Die Handelspolitik der Schweiz während des Kriegs mit von Deutschland besetzten Gebieten, war nicht nur rechtmässig, sondern für die Schweiz, welche damals mit diesen Ländern Handel getrieben hat, lebensnotwendig. Sie muss sich deswegen keinen Vorwurf gefallen lassen. Alle, auch Gewerkschaften, Sozialdemokraten, die gesamte Bevölkerung, waren

sich bewusst, dass diese Massnahmen für das Überleben des Landes notwendig waren. Würden nun Wirtschaft, die Banken, der Bund oder wer auch immer für diese Wirtschaftspolitik Geld bezahlen oder sich gar dafür entschuldigen, so käme dies einer unberechtigten Kritik an der damaligen Politik unseres Landes gleich. Dies würde heissen, sich für eine Wirtschaftspolitik entschuldigen, die das Volk vor dem Verhungern bewahrte. Da es damals aber keine andere Möglichkeit gab, unser Land zu retten, wäre eine solche Kritik oder eine dafür geleistete Geldzahlung Verrat an unserem Volke!

6. Auf staatlicher Ebene haben sich die Alliierten – speziell die USA – und die Schweiz 1946 und 1952 über das Raubgold und über deutsche Guthaben in der Schweiz geeinigt. Diese Verträge waren das Ergebnis harter Verhandlungen, stellten einen Kompromiss dar und sind rechtsgültig. Keinesfalls dürfen der Bund oder die Wirtschaft eine Art Busse dafür bezahlen, dass sie vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg internationalen Handel betrieben haben. Es ist nochmals festzuhalten: Diese Aussenwirtschaftsbeziehungen waren – neben dem unbedingten Wehrwillen – Voraussetzung für das Überleben unserer Schweiz, die auch in Zeiten gefährlichster Bedrohung neutral, demokratisch und – so gut es ging – auch freiheitlich geblieben ist. Unsere Vertreter haben im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Druck und der Macht das Recht entgegenzusetzen. Ich habe mich vor kurzem in Amerika davon überzeugen können, dass sich die Aufregung dort in weit engeren Grenzen hält als bei uns. Die Amerikaner haben entgegen anderslautenden Nachrichten in unserer Presse noch andere «Helden», als eine angeblich «hero» gefeierte Nationalrätin, deren Heldentat darin bestand, verschiedenen Stellen irgendwelches Geld zu versprechen, das ihr nicht gehört.

7. Wenn wir nach sorgfältiger Untersuchung zum Schluss kommen sollten, dass sich die Nationalbank, andere Schweizer Banken oder Unternehmungen unrechtmässig bereichert oder Gelder nicht an die rechtmässigen Eigentümer zurückerstattet haben, muss das Geld den rechtmässigen Eigentümern beziehungsweise deren Erben ausgehändigt werden. Sind diese nicht mehr eruierbar und kommt man zum Schluss, es sei rechtlich unmöglich und richtig, dass man solche Zahlungen der Opfer verwendet, soll dies getan werden. Auch dies hat aber alles in einwandfreier Form des Rechtes und von Rechtsansprüchen zu geschehen. Und auch solche Verwendungen haben unter Abschluss eines Vertrages zu erfolgen.

8. Eine weitere Forderung dieser Tage lautet: Aus Dankbarkeit dafür, dass wir nicht in den Kriegsstrudel hineingezogen wurden, solle ein Fonds geöffnet werden. Dieses Geld könne man beispielsweise Angehörigen der Holocaust-Opfer zukommen lassen. Ein Dankbarkeits-Fonds auf äusseren Druck hin, quasi auf Befehl, dankbar zu sein? Dies hat etwas Unglaubliches. Mir widerstrebt diese Idee, denn unter welcher Erklärung solche Gelder auch gegeben würden, die andere Seite würde sie in etwas anderes umfunktionieren. Bereits nach Äufnung eines Fonds durch die Banken zu humanitären Zwecken, sprach (gemäss NZZ) Dr. Sigi *Feigel*, Ehrenpräsident der jüdischen Kultusgemeinde Zürich, von «Schuld der Vergangenheit» und «Schuld der Täter», die hier beglichen würden. Herr *Feigel* möchte präzisieren: Was verbirgt sich für den Juristen hinter der Doppeldeutung des Wortes «Schuld»? Um welche Schuld geht es denn eigentlich? Wer sind die Täter? Wie hoch ist denn diese Schuld und wann ist diese abgegolten? Soll eine solche Zahlung etwa bereits eine Schuldanerkennung bedeuten?

Noch interessanter ist die Bemerkung des jüdischen Weltkongresses aus New York, es handle sich (gemäss NZZ) um «einen Anfang». Was heisst hier Anfang? Und wo ist das Ende?

In einer Zeit vielfacher Forderungen und Beschuldigungen heute aus Bundesgeldern plötzlich einen Dankbarkeits-Fonds zu gründen, ist ausserordentlich heikel, unglaubwürdig und deshalb im heutigen Zeitpunkt abzulehnen. Wenn Private dies tun wollen, ist das ihre Sache. Unser Land hat sich die passende Gelegenheit für den Ausdruck der Dankbarkeit, vom Krieg verschont worden zu sein, nicht entgehen lassen: Der Bund und – in einer eindrucksvollen Sammelaktion – auch Private spendeten den kriegsgeschädigten Völkern bei Kriegsende 200 Millionen Franken, was 8,5 Prozent der Bundesausgaben entsprach und heute mehrere Milliarden ausmachen würde.

9. Was auch immer der Staat tun will, hat er sich vor Augen zu halten: Die Verantwortlichen verteilen Geld des Schweizervolkes und nicht ihr eigenes.

10. Wenn wir aus der Geschichte lernen, sollten wir erkennen, dass konsequente Gegenwehr dort, wo wir von unserem Recht überzeugt sind, mehr bringt als schrittweises Nachgeben, das zu weiteren Forderungen verleitet. All jene Wirtschafts- und Banken Vertreter, die von Schadensbegrenzung sprechen, und jene Politiker, die nach Washington pilgern, sollten einmal nachlesen, was 1946 der Schweizer Delegierte *Stucki* in Washington gesagt hat und dann auch danach handeln: «die Existenz eines Kleinstaates wie der Schweiz hängt ja fast ausschliesslich vom Recht ab und weniger als irgendein anderer Staat kann es sich die Schweiz leisten, um momentaner Vorteile willen ge-

heiligte Grundsätze des Rechtes preiszugeben, um damit zwar vorübergehend wirtschaftliche Vorteile zu erringen, ihr Ansehen aber auf die Dauer preiszugeben.»

11. Das galt damals, das gilt heute, das gilt in Zukunft. Daran gibt es nichts zu rütteln.

Soweit der Wortlaut dieses Referats von Christoph *Blocher*, das in aussergewöhnlicher Klarheit und auch mit der – wie ich meine – angemessenen Schärfe einen eidgenössischen Standpunkt vertritt, an dem das Schweizervolk Mass nehmen möge, bevor es seine Entscheidung trifft.

Die NZZ schreibt tags darauf in einem Leitartikel: «Ist nun die Schweiz ein egoistisches, zynisch-geschäftstüchtiges Volk von Hehlern und Kriegsgewinnlern? Die Schweiz – kriegsverschont nur dank Handel oder Kollaboration mit Hitler-Deutschland? Die widerstandsbereite, die humanitäre, die auch in ruchlosen Zeiten pragmatisch-kluge und deshalb erfolgreiche Schweiz – alles nur ein verlogener Mythos? Mit solchen Fragen, Verdächtigungen und Anklagen ist unser Land in den letzten Monaten konfrontiert worden. Die Notwendigkeit zur nationalen Rechenschaftsablage und zu den entsprechenden Konsequenzen ist unabweisbar. Auf dem Spiel stehen die internationale Reputation, die politisch-moralische Glaubwürdigkeit der Schweiz und ihrer global agierenden Wirtschaft im Ausland, aber auch der Zusammenhalt, die nationale Identität im eigenen Land.

Volk, Behörden und Wirtschaft haben die grosse Herausforderung erkannt und anerkannt. Auf allen Ebenen und in allen Bereichen unseres Gemeinwesens ist ein intensiver, ein zunächst schwieriger und schmerzhafter, selbstverständlich kontroverser, im Ergebnis aber befreiender Lernprozess im Gange. Dieser Prozess, der unser Land stärken und nicht schwächen

wird, ist bereits weit fortgeschritten, auch wenn notorische Kritiker im In- und Ausland nicht müde werden, das Gegenteil zu behaupten. Die Rede von Bundespräsident Arnold *Koller* ist würdiger Ausdruck der quer durch alle Reihen hohen Bereitschaft unseres Landes, sich mit der eigenen Vergangenheit selbstkritisch, aber auch respektvoll auseinanderzusetzen und entsprechenden Einsichten auch Taten folgen zu lassen. Bundespräsident *Koller* hat eine staatsmännisch kluge, eine intellektuell hochstehende, eine politische Rede gehalten. Er hat darin Wesentliches gesagt zum Umgang mit der eigenen Vergangenheit, aber auch Pflöcke für wegweisendes Handeln in Gegenwart und Zukunft eingeschlagen.

Vergangenheit: Die Auseinandersetzung damit muss vom Willen zur Wahrhaftigkeit und Wahrheit geprägt sein. Zur Wahrheit gehören Licht wie Schatten, Anpassung und Widerstand. Die damalige Schweiz vermochte sich mit einer erfolgreichen Politik als freiheitliches Land zu halten und aus dem totalen Krieg herauszuhalten – ein Ziel, das viele Mittel und Massnahmen rechtfertigte, aber nicht alle.

Mit dem Raubgoldhandel der Nationalbank, mit der Flüchtlingspolitik, mit gewissen Geschäften der Privatwirtschaft bewegte sich die Schweiz auch in Grauzonen ausserhalb von harten Zwängen und puren Überlebensnotwendigkeiten, in Grauzonen zwischen notwendiger und willfähriger Kooperation.»

Zu dieser «Grauzonen-Argumentation», die die ganze Geschichte nicht transparenter macht, liesse sich einiges sagen. Natürlich wird man davon ausgehen müssen, dass in der damaligen Zeit mit ihren wirtschaftlichen Ausnahmesituationen allerorten (und nicht nur in der Schweiz) auch «Grauzonen» entstanden. Wer aber damit suggerieren möchte, mit dem Begriff

der Grauzone seien allesamt ungesühnte Vergehen oder gar Verbrechen gemeint, kann logisch nur zum Schluss kommen, die Schweiz sei bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen vergessen worden. Das wiederum erscheint ja wohl als zu realitätsfern. Auf der anderen Seite kann man keine beliebig hehren moralischen Messlatten an die «Grauzonen» legen, sonst verliert man sich in Spekulationen oder Forderungen, was unser Land in der damaligen Zeit alles hätte tun (und/oder unterlassen) müssen. Nächstens kommt jemand daher und wirft der Schweiz vor, sie habe damals – natürlich schuldhaft – nicht energisch genug die freie Marktwirtschaft praktiziert.

Dazwischen liegt vermutlich der gesunde Menschenverstand, der nach Kenntnissnahme der Geschichte den schmalen Grad zwischen Vergebung und Sühne gehen muss, will er denn jemals zu tradierbaren und in der Gegenwart und Zukunft wieder verwertbaren Erfahrungen aus der Geschichte gelangen.

Dass zum damaligen Zeitpunkt die Schweiz als nichtkriegsführende Nation in aller Logik Gewinne machte, insofern als sie weder Blutzoll zu entrichten hatte noch ihre Goldbestände abzuliefern hatte noch wirtschaftlich von den Achsenmächten ausgebeutet wurde (sondern mit diesen Handel treiben konnte), wird ja wohl keinen Nationalökonom verblüffen. Dass diese Gewinne auch immer wieder «fallout» der damaligen ökonomischen Ausnahmesituationen waren, reisst ebenfalls keinen realistisch ökonomisch denkenden Menschen vom Stuhl. Es hat keinen Zweck – und hier setzt die Kritik *Blochers* an den «Moralisten» ein, die in der gegenwärtigen Diskussion so laut das Wort führen – als Grundlage der Betrachtungen zu unterstellen, die Schweiz sei während dieser Zeit wie eine Insel der ökonomisch Unschuldigen aufzufassen. Sie war ein «Kind ihrer Zeit»

wie alle andern Länder auch – und unterm Strich nicht das schlechteste aller Staatenkinder unseres Kontinents.

Und dementsprechend hat der gesunde Menschenverstand nach dem Krieg – man möge sämtliche europäischen Geschichtsforschungen der Nachkriegszeit durchforsten – niemals in der Schweiz besonders tradierwürdige historische Perversionen ausfindig gemacht, die es mit hineinzunehmen galt in den Fundus der authentischen und der Memorierung würdigen Zeugnisse dieser grausig verbrecherischen Epoche. Die Schweiz hat in jener Zeit nichts besonders Verwerfliches hervorgebracht. Deshalb wird aus den ominösen «Grauzonen» auch nichts Weltbewegendes ans Licht kommen. Es steht vielmehr zu befürchten, dass es sich um einen «locus», einen «topos», eine sprachliche Figur der gegenwärtigen öffentlichen Spekulation und Emotion handelt, in die jeder hineinprojizieren kann, was er meint zu müssen, um sich zu erleichtern. Die verborgene Realität, die der Begriff zu bezeichnen vorgibt, ist schon einmal wesentlich banaler ausgefallen und wird es wiederum tun. Vielleicht ist dies enttäuschend für manche, die hinter dem Biedermann immer wieder gerne einen möglichst monströsen Brandstifter vermuten. Die kriminelle Energie des eidgenössischen Biedermanns blieb vergleichsweise bescheiden. Um ihre historischen Formen wieder aufzulösen und darzustellen, kommt der Analytiker noch mit menschlichen Kategorien zurecht – die historische Schuld der Schweiz ist menschlich. Im Gegensatz zu anderen Schuldformen, die man kaum noch mit pathologischen Beschreibungen in den Griff bekommt, und die man als erschreckend unmenschlich (als Perversion jeglicher Humanität) bewerten muss.

Deshalb habe ich auch den Titel gewählt «Uns trifft keine Schuld!». Er mag auf manche wie eine Provokation wirken, und doch hat er mit der Menschlichkeit zu tun: in einem histo-

rischen Kontext, wo Vernichtungslager betrieben wurden, die Wirtschaften ganzer Länder und Völker ausgebeutet wurden, wo Bomben und Atombomben über Menschen abgeworfen wurden, die keinesfalls «Kombattanten» waren und sich nicht wehren konnten, wo die Pandora-Büchse der grausigen Inhumanität geöffnet wurde, in diesem Kontext hat die Schweiz weder etwas verloren noch etwas zu suchen. Und diesen Kontext kann man nicht einfach – wie es leider Gottes zur Zeit passiert – beiseite lassen. Wer dies tut, bringt keinen ernstzunehmenden Gedanken zur historischen Schuld der Schweiz mehr zustande, weil er die Gewichte der Geschichte völlig falsch einschätzt.

Ich möchte weiterblättern in diesem lesenswerten Leitartikel der NZZ und das Augenmerk auf die Bewertung der «Stiftung für Solidarität» richten:

«Zukunft: Mit einer über die unmittelbare Gegenwart weit hinausweisenden «Stiftung für Solidarität» – gespeist aus der Bewirtschaftung von Teilen der Nationalbank-Goldreserven – will der Bundesrat im Einverständnis mit der Nationalbank die humanitäre Tradition der Schweiz bekräftigen und verstärken. Mit diesem Projekt holt unsere Regierung zu einem auf Zukunft angelegten «Befreiungsschlag» aus, um nach innen und aussen kundzutun, dass tätige Solidarität mit Flüchtlingen, mit Opfern von Bürgerkriegen, Katastrophen, Menschenrechtsverletzungen und Armut für die reiche und kriegsverschonte Schweiz nicht Phrase, sondern Verpflichtung ist. Die Idee eines zusätzlichen und bleibenden Solidaritätswerkes ist auf jeden Fall zu begrüßen, auch wenn zurzeit noch viele Fragen offenbleiben – Fragen betreffend den Stiftungszweck, den Kreis der potentiellen Empfänger im In- und Ausland, das Management und den Spielraum für eine auch weiterhin inflationsfreie, staatsautono-

me Geldpolitik. Offen bleibt auch die nötige Zustimmung von Volk und Ständen. So oder so werden wir im Jubiläumsjahr 1998 mit der Frage konfrontiert, wieviel uns tätige Solidarität wert ist – und die zur Diskussion stehenden Mittel stattdessen für AHV, staatliche Beschäftigungsprogramme oder weitere Begehrlichkeiten wie eine Mutterschaftsversicherung eingefordert werden.»

«Befreiungsschlag» und «tätige Solidarität» lauten die Schlüsselbegriffe der Rede *Kollers*, und die NZZ nimmt sie getreulich auf und übt sich in zuvorkommender Interpretation. Ich glaube nicht, dass sich die Schweizer Bürger im eminent politischen und wirtschaftlichen Kontext der Gegenwart für nebulöse Solidarität begeistern werden. Es stimmt zwar, der Schweizer Bürger ist spendenfreudig, es ist ihm eine Herzensangelegenheit. Aber soll es allen Ernstes sinnvoll sein, die Linderung der Bedürftigkeit dieser Erde schier auf den Rang eines Staatszieles zu heben? Wie verträgt sich dies mit der Abqualifizierung inländischer Solidaritäts-Ideen wie AHV oder Mutterschaftsversicherung als «Begehrlichkeiten»? Freilich gerät der Redaktor ins Stottern, als er an die «zurzeit noch offenstehenden Fragen» denkt. Und sollte man sich ernsthaft an die Umsetzung der Stiftungsidee machen, werden noch viel mehr Fragen, noch viel grössere Fragen auftauchen, denn so fragwürdig ist das gesamte Vorhaben.

Und von Kampagnen wie die derzeitige kann man sich auch anders befreien, durch standhafte Versachlichung und ruhige, aber bestimmte Zurückweisung aller überzogenen Behauptungen, ja Lügen und bewusster Geschichtsklitterungen.

Ich lese weiter und werde vom Redaktor zunächst in die Welt des Pferdesports entführt:

«Nach Startvorteilen in der Nachkriegszeit galoppierte die Schweiz politisch und wirtschaftlich jahrzehntelang einsam an der Spitze. Nun spürt sie plötzlich den Atem des aufrückenden Feldes im Nacken. Im Sport ist dies psychologisch ein heikler Moment. Den Frontrunner lähmen Zweifel an seinem eigenen Leistungsvermögen, während den Verfolgern beim Vorstoss zur Spitze förmlich Flügel wachsen. So wird der Ausreisser oft nicht nur eingeholt, sondern gleich überholt und stehengelassen. Sport und Politik sind gewiss zwei Paar Schuhe, dennoch gemahnte die Schweiz auch im vergangenen Jahr oft an ein Rennpferd, das im konkordanten Hüst und Hott an Ort trat.

Die Schweiz hat nach wie vor substantielle Voraussetzungen zum Erfolg, politisch als modellhafter Vielvölkerstaat von bemerkenswerter Stabilität, wirtschaftlich als eines der wenigen Länder, die sich heute aus dem Stand für die europäische Währungsunion qualifizieren würden. Von ihrer Substanz her ist die Schweiz noch immer Spitze, beim wirtschaftlichen Wachstum kann sie sich aber heute knapp noch im europäischen Mittelfeld halten. Unternehmen, die von ihrer Substanz leben, sind im wirtschaftlichen Wettbewerb auf Dauer ohne Chance. Und Nationen?

Die unaufhaltsame Globalisierung der Wirtschaft sorgte 1996 auch in der auf ihre politische Eigenständigkeit pochenden Schweiz für hohen wirtschaftlichen Anpassungsdruck. Nicht nur die Landwirtschaft büsste für Versäumnisse vergangener Jahrzehnte, auch Goldadern der schweizerischen Wirtschaft wie Chemie, Banken und Versicherungen trimmten ihre Strukturen für den weltweiten Wettbewerb. Die Politik steht diesem rasanten Wandel und dem damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen weitgehend machtlos gegenüber. Und der einzelne Bürger spürt an seinem Arbeitsplatz tagtäglich, dass die Schweiz kein Sonderfall mehr ist. Dass auch auf den Son-

derfall Schweiz im Zweiten Weltkrieg wirtschaftspolitische Schatten fallen, die unvoreingenommener Ausleuchtung bedürfen, gehört mit zu den schmerzlichen Erfahrungen dieses Jahres.»

Um zu erkennen, dass die Schweiz Teil der Weltwirtschaft ist, dazu bedarf es gewiss keiner 7-Milliarden-Stiftung. Das eine hat mit dem andern nun aber auch gar nichts zu tun. Und doch werden diese beiden Dinge in einen Zusammenhang gebracht, nur wird nicht gesagt, worin denn dieser Zusammenhang bestehen könnte. Man kultiviert Ängste, dass die Schweiz vielleicht nicht mehr «mitgaloppiere» im (richtigen) Feld der Industrienationen, man befürchtet, von der «Globalisierung der Wirtschaft» ausgesperrt zu werden. Dabei dämmert es den EU-Ländern schon längst, dass unter dem Vorwand der «Globalisierung» allerorten die arbeitenden Bevölkerungsschichten zur Kasse gebeten werden, manche Gruppen förmlich zur Ader gelassen werden: Kaufkraftschwund allerorten, Erhöhung von Beiträgen und Abgaben bei gleichzeitiger Kürzung der Leistungen (also doppelter Schwund), Zerstörung des Mittelstands, steigende Arbeitslosigkeit in allen EU-Ländern, auch wenn ein Wirtschaftsführer wie der Krupp-Chef Gerhard *Cromme* in einem Interview mit der westdeutschen Zeitung WAZ die populären Segnungen der Globalisierung am Beispiel Grossbritanniens preist und lobend vermerkt, die Arbeitslosenzahl in diesem Land sei doch nur halb so hoch wie in Deutschland und in Grossbritannien hätten in den letzten zehn Jahren ausländische Firmen zehnmal mehr investiert als im unattraktiven «Wirtschaftsstandort Deutschland».

Zwei Tage später stand in derselben Zeitung (immerhin auf der ersten Seite) eine lapidare Nachricht:

«Jedes 3. britische Kind lebt in Armut – Rund 4,2 Millionen Kinder in Grossbritannien leben in armen Familien. Die Zahl der armen Haushalte ist von 1979 bis 1994 um 16% gestiegen.»

Vielleicht ist jetzt erkennbar, wie der «Neo-Stahlbaron» auf die schönen Arbeitslosenzahlen in Grossbritannien kommt. Er hat halt die entsprechende Statistik gelesen, und aus diesem Zahlenwerk sind eben zahlreiche Engländer gänzlich herausgefallen, nämlich im freien Fall ins nackte Elend. Und nacktes Elend ist ein Fall für Caritas, Sozialhilfe, Heilsarmee (auch für die Schweiz?), kommt jedenfalls als Faktor in unseren neo-liberalen Volkswirtschaftsmodellen nicht vor.

Obwohl Grossbritannien als ein Land bezeichnet wird, das sich sehr gut auf dem Feld der Globalisierung verhält, ist für die breiten Bevölkerungsschichten nichts Zählbares dabei herausgekommen. Hoffentlich finanzieren unsere Volkswirtschaften keine globalen Löcher unter dem Vorwand der «Globalisierung». Dass die Schweiz sich der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaftssysteme nicht entziehen kann (und auch gar nicht die Gefahr besteht, dass sie dies tut, selbst wenn sie es wollte), ist klar. Dass zum Beispiel der Faktor Dumping-Löhne (der sich zum Drama in der westdeutschen Bauindustrie entwickelt) sich noch nachhaltig letztlich zum Schaden aller beteiligten Länder auswirken wird, auch davon bin ich überzeugt. Denn mit «Wettbewerbsdruck» hat dies ja wohl nichts zu tun, eher mit den ungelösten Problemen der enormen Wirtschaftsgefälle zwischen den einzelnen Ländern. Die Arbeitnehmer werden – so oder so – die ersten Opfer dieser Entwicklung sein, dies zeichnet sich ebenfalls ab. Auch die Schweiz wird damit zu kämpfen haben, mit oder ohne Euro. Vermutlich fährt sie dabei sogar besser ohne Euro und wie gehabt mit ihrem Franken.

Ungezügelter Anspruchsdenken ist für immer breitere Bevölkerungskreise schon längst kein Thema mehr. Der Trend geht hin zum «Sparen». Das Problem dabei ist allerdings, wenn alles «Sparen» nicht fruchten will, weil andernorts weiterhin Unsummen in unzähligen Bermuda-Dreiecken der Unwirtschaftlichkeiten verschwinden (siehe dazu auch den Hinweis auf Lateinamerika im Kapitel 4, Unverarbeitete Geschichte der Amerikaner).

Ich möchte diesen interessanten Leitartikel der NZZ nicht in alle seine fragwürdigen Einzelteile zerlegen. Er ist Ausdruck einer Verunsicherung und Ratlosigkeit, für die sich niemand zu schämen hat. Ich möchte hoffen, dass die ungerechten und durch nichts zu rechtfertigenden Attacken und Lügen, mit denen auf die Schweiz und ihre Bürger eingeschlagen wird, sich als nützliche Prüfung erweisen werden, und die ureigenen Tugenden der Eidgenossen wieder aufs Neue stimulieren werden. Dann wäre viel, unendlich viel für alle gewonnen, und vielleicht gelänge es der Schweiz, auch den Juden wieder den Sinn für ein notwendiges, respektvolles Miteinander aufzuzeigen, auf das man derzeit meint, verzichten zu dürfen.

Auf den neu gewählten und seit dem 1. Januar 1997 amtierenden Bundespräsidenten Arnold *Koller* kommt sicher alles andere als eine Amtsperiode routinemässiger Staatsgeschäfte zu, um die er nicht zu beneiden ist.

Vielleicht gelingt es ihm, jene Stärke der schweizerischen Demokratie nutzbar zu machen, die auch von der NZZ wieder in Erinnerung gerufen wird:

«Die politische Kultur dieses Landes nimmt weit weniger Schaden durch einen harten Dialog und einen späten Kompromiss in der Sache als durch Polemik, die nur auf Personen und den Beifall der Medien zielt.»

Wie bereits im 1. Kapitel erwähnt, hatten jüdische Organisationen mit Empörung auf Äusserungen von Bundesrat Jean-Pascal *Delamuraz* zur Forderung nach einer sofortigen Schaffung eines Entschädigungsfonds für Holocaust-Opfer reagiert. *Delamuraz* hatte das Begehren nach einem 250-Millionen-Fonds (mit Recht sic.) als «Lösegelderpressung» bezeichnet.

Der Geschäftsführer des WJC, Elan *Steinberg*, sagte in New York, *Delamuraz* habe eine «schockierende Gefühllosigkeit» an den Tag gelegt. (Und wer von den Juden spricht von den Gefühl- und Respektlosigkeiten der unangebrachten Angriffe gegen die Schweiz, die so vielen Juden das Leben rettete? sic.). Seine Bemerkungen stellten «einen Angriff auf die Seele der Schweiz» dar.

«Erstaunt über die harten Worte» zeigte sich der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG). Es sei nicht akzeptabel, die Forderung nach einem Fonds als eine Erpressung zu bezeichnen. (Tatsache ist jedoch, dass dies eine Erpressung war und mit den laufenden Boykottandrohungen weiterhin eine ist. Es ist ausserdem nicht damit getan, missliebige Begriffe, die der andere verwendet, schlichtweg zu disqualifizieren, mit anderen Worten, dem anderen den Mund zu verbieten. Damit wird der Unterstellung Tür und Tor geöffnet, sic.)

Jüdische Kreise hatten die Forderung nach einem Fonds von 250 Millionen Franken erhoben. *Delamuraz* bezeichnete diese in Interviews mit den Zeitungen «24 heures» und «Tribune de Genève» als schiere «Lösegelderpressung». Die überstürzte Einrichtung eines Entschädigungsfonds sähe zum jetzigen Zeitpunkt wie ein vorzeitiges Schuldeingeständnis aus, sagte der Bundespräsident des Jahres 1996.

Umso unverständlicher ist die Überstürzung des Bundesrates, der zwei Monate später eine solche Stiftung mit einer unbe-

greiflich hohen Summe von sieben Milliarden Franken gründen möchte, obwohl noch kein einziger Bericht der Historikerkommission vorliegt. Hat etwa die Schweizer Demokratie nicht mehr den Mut und die Kraft, mit aller Bestimmtheit auf ihre Institutionen zu verweisen, und haben die Verantwortlichen nicht von allen anderen energisch zu fordern, dass sie in ihrem Umgang mit der Schweiz diese Institutionen und ihr Funktionieren respektieren?

Nach Ansicht des SIG solle die Schweiz als Geste des guten Willens einen Beitrag in einen Fonds leisten, damit notleidenden Opfern der Naziherrschaft geholfen werden könne. Wenn der Bundesrat diesen Vorschlag ohne nähere Prüfung ablehne, so sei dies zu bedauern, hiess es in der Mitteilung.

Bundesrat *Delamuraz* bedauerte in einer Stellungnahme, bezüglich seiner Äusserungen «missverstanden worden zu sein» und dass seine Äusserungen die Empfindungen der Opfer des Holocausts und ihrer Familien verletzt haben könnten. Momentan einen Fonds zu schaffen sei aber nicht opportun, denn zuerst müssten die Fakten geklärt werden, sagte *Delamuraz*.

Nach der scharfen Kritik jüdischer Kreise in den USA hat auch das israelische Aussenministerium die Interview-Aussagen von Bundesrat Jean-Pascal *Delamuraz* zur Forderung nach der Schaffung eines Holocaust-Fonds offiziell bedauert. «Der Sprecher des Aussenministeriums drückt sein Bedauern aus», heisst es in der in Jerusalem veröffentlichten Erklärung.

Über die Praxis der Schweizer Grossbanken bei der Aufbewahrung von Akten berichtete die Presse, dass ein Angestellter der SBG diese zur Vernichtung freigegeben habe; sie sind nach Angaben der Bank unter dem Gesichtspunkt der nachrichtenlosen Vermögen nicht relevant. Der betreffende Mann habe die

Problematik unterschätzt. Ganz allgemein stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien die Banken ihre Akten bewirtschaften.

Der Angestellte der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), der Akten vernichten liess, von denen allenfalls ein Teil der Historikerkommission des Bundes und den von der Volcker-Kommission eingesetzten Treuhandfirmen hätte zur Verfügung gehalten werden müssen, war, wie Recherchen der «Rundschau» von SF DRS ergaben, der Konzernarchivar Dr. Erwin *Haggenmüller*, Vizedirektor und Mitglied des Konzernstabes der SBG. Laut Mitteilung der Pressesprecherin der SBG, Gertrud *Erismann-Peyer*, hatte er die Problematik unterschätzt. Der Angestellte sei mit der allgemeinen Entwicklung der Bank und nicht mit dem täglichen Bankgeschäft beschäftigt. In seiner Funktion sei er ein Einzelkämpfer. Zwar bestehe intern eine Weisung, gar keine Akten mehr zu vernichten; diese sei aber in erster Linie auf Kundenakten ausgerichtet.

Gertrud *Erismann* betonte, dass die fraglichen Unterlagen in Bezug auf die nachrichtenlosen Vermögen nicht relevant und deshalb auch auf Mikrofilm nicht mehr vorhanden seien. Der fehlbare Angestellte habe die Unterlagen auch unter diesem Gesichtspunkt gesichtet und zur Vernichtung freigegeben, unter anderem Sitzungsprotokolle und Personalunterlagen. Frau *Erismann* räumte jedoch ein, dass diese Erklärung wenig relevant ist, da es nicht in erster Linie um die nachrichtenlosen Vermögen, sondern um die ganzen Beziehungen der Schweizer Banken zu Hitler-Deutschland geht.

Der jüngste Vorfall bei der SBG wirft allgemein die Frage auf, nach welchen Kriterien die Schweizer Grossbanken mit ihren Akten umgehen. Das Obligationenrecht schreibt unter dem Titel «Die kaufmännische Buchführung» in Artikel 962 ledig-

lich vor, dass Geschäftskorrespondenz und Buchungsbelege während zehn Jahren aufzubewahren seien. Ob daneben sogenannte historische Dokumente länger aufbewahrt werden sollen, bleibt dem Ermessen der buchführungspflichtigen Gesellschaften überlassen.

Wie eine Umfrage bei den drei Schweizer Grossbanken SBG, Credit Suisse und Bankverein ergab, waren die Akten bis zum Wiederaufflackern der Gespräche um die Rolle der Schweiz im und nach dem Zweiten Weltkrieg zwar kontinuierlich gesichtet worden; was letztlich länger als zehn Jahre archiviert blieb, scheint aber weitgehend vom Zufall bestimmt gewesen zu sein. Einzig Transaktionsdaten von Kunden, also Daten über laufende Geschäfte, wurden in der Regel nach zehn Jahren vernichtet. Die übrige Praxis war nicht immer systematisch, wie Michael *Willi*, Pressesprecher des Bankvereins erklärte. Man habe früher nicht damit gerechnet, plötzlich 50jährige Dokumente bereithalten zu müssen, zumal aus rechtlicher Sicht kein Anlass bestand.

Beim Bankverein besteht neben anderen Akten ein historisches Archiv, das laut *Willi* aber keine brisanten Dokumente enthält. Gewisse Akten seien auch auf Mikrofilm festgehalten. Wenn Akten vernichtet wurden, seien sie zuvor jeweils dem Rechtsdienst zur Prüfung vorgelegt worden. Weniger Kontrolle habe hingegen bei übernommenen Banken bestanden, sagte *Willi*: Dort seien die meisten alten Dokumente vernichtet.

Der Bankverein, der demnächst sein 125-Jahrjubiläum feiern kann, hatte im April 1996 eine 60köpfige interne Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Akten sichtet und zu einer Dokumentation zusammenfügt. Die Arbeitsgruppe besteht aus Historikern, Juristen, PR-Fachleuten und pensionierten Bankangestellten, die die Bank gut kennen, sagte *Willi*. Im Juni 1996 erging eine

Weisung an alle Personen, die historische Daten lagern: Darin wies die Bankführung auf die Problematik hin und versuchte, das Personal für das Thema zu sensibilisieren.

Auch bei der Credit Suisse ist eine Arbeitsgruppe zur Sichtung der Akten eingesetzt, sagte Pressesprecher Christoph *Meier*. Credit Suisse wolle eine klare Situation schaffen, ehe die Historikerkommission und die Treuhandfirmen die Archive der Bank durchsehen. Wie beim Bankverein habe es bei der Credit Suisse schon von jeher Leute gegeben, die sich mit der Archivierung historischer Dokumente befassten. Es seien Kriterien erstellt worden zur Beurteilung welche Dokumente «aufbewahrungswürdig» seien. Ähnlich ist die Situation bei der SBG. Alle drei Grossbanken haben einen unbegrenzten und generellen Aktenvernichtungsstopp erlassen, als der Erlass eines Bundesbeschlusses «betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögen» sich abzeichnete.

Die Kommission zur historischen Untersuchung der Fragenkomplexe «nachrichtenlose Vermögen» und «Reichsbank-Gold» wird an ihrer ersten Sitzung im März vorerst das Vorgehen zu besprechen haben. Dem Präsidenten, Jean-François *Bergier*, schweben thematisch weit gefasste, von einer grösseren Anzahl von Mitarbeitern zu leistende Forschungen vor, die in eine Synthese münden. Dabei gehe es um eine Klärung, nicht um ein Gerichtsverfahren.

Der telefonische Notruf aus der Landesregierung hatte Jean-François *Bergier* am 18. Dezember erreicht, als er schon im Schlaf gelegen hatte. Der ebenso ehrlich wie kultiviert wirken-

de 65jährige Professor für Geschichte an der ETH Zürich, liess durchblicken, dass es nicht ganz sicher sei, wie er sich entscheiden hätte, wenn ihm eine Bedenkzeit eingeräumt worden wäre. Das Präsidium der wissenschaftlichen Kommission, die das Schicksal «der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte» historisch und juristisch untersuchen soll, hat *Bergiers* Alltag jedenfalls auf den Kopf gestellt, zumal in der Startphase, die er praktisch ohne jede Hilfe, mit einem Teilzeitassistenten der ETH, bewältigen musste. Die Frage, ob er für seine Arbeit entschädigt werde, konnte er noch nicht beantworten.

Die Zeit seit der Wahl durch den Bundesrat diene dem Kommissionspräsidenten hauptsächlich zur Aufnahme der nötigen Kontakte: mit dem Bundesarchiv, mit der Task Force des Departements für Auswärtiges, mit in- und ausländischen Vertretern der Juden, um eine Vertrauensbasis zu legen, zwischendurch mit dem Bezirksanwalt, der die Aktenvernichtung bei der Bankgesellschaft untersucht, in erster Linie aber mit den acht anderen Mitgliedern der Kommission selber, von denen vier Ausländer sind. Telefongesprächen sollen persönliche Treffen folgen, Anfang Februar auch in den USA, wo *Bergier* zudem namentlich die Anti-Difamation League und das historische Büro des State Department (es überprüft das Abkommen von Washington) besuchte. Eine Begegnung mit Paul *Volcker*, um mit dessen Kommission die Abgrenzung der Aufgaben abzusprechen, war schon Ende Januar in Zürich möglich. Nicht zuletzt hat *Bergier* in den letzten Wochen eine Person gesucht, die, wissenschaftlich wie auch praktisch versiert, als «directeur des opérations» den Präsidenten entlasten kann. Auch die anderen Kommissionsmitglieder haben berufliche oder sonstige

Verpflichtungen, die eine erste gemeinsame Sitzung erst in den Tagen vom 5. bis zum 8. März möglich machen.

Die Kommission soll die Forschungsarbeit laut Bundesbeschluss leiten. Sie wird also Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anstellen und kann zudem spezielle Experten beiziehen, zum Beispiel aus dem bankwirtschaftlichen Bereich, der unter den Mitgliedern nicht speziell vertreten ist. Mit der Planung des Vorgehens ist *Bergier* noch nicht weit vorangekommen. Er denkt indessen an eine noch überschaubare Equipe – wohl eher 20 als 30 Personen –, die sich auf verschiedene Arbeitsorte, auch im Ausland, verteilen dürfte, ohne dass aber Teilaufträge an ganze Institute vergeben würden. Allein schon aus Gründen der Methodik, weil die schweizerische Forschung gerne zur Abschliessung neige, sei zum Beispiel die Mitwirkung von Amerikanern erwünscht. Wie wird man zu gemeinsamen Resultaten kommen? Die Frage sei verfrüht beziehungsweise noch ungelöst, antwortet *Bergier*. Er hofft, die Kommission werde als Kollegium (ohne eigentliche «Departemente») arbeiten, eine eigene Identität finden und, von Nuancen im Einzelnen abgesehen, mit einer Stimme sprechen (für Äusserungen von Mitgliedern während der Untersuchung seien bald Regeln aufzustellen). Ziel ist für den Präsidenten – stets unter Vorbehalt von Beschlüssen des Gremiums – ein Gesamtbild: Neben Teilberichten sollte eine Synthese verfasst werden, die auch für ein breites Publikum lesbar ist.

Das heisst nun nicht, dass *Bergier* für die Kommission einen Absolutheitsanspruch erheben würde. Das in diesem Zusammenhang häufig verwendete Wort «Wahrheit» liebe er als Historiker nicht. In menschlicher Bescheidenheit sei eher von Klarheit als Ziel der Arbeit zu reden. Und auch nach diesem Massstab könnten gewisse Erwartungen enttäuscht werden. Ob die

Forschungen viel oder wenig Neues hervorbringen werden, wisse man eben noch nicht. Zur «Philosophie» des Kommissionspräsidenten gehört im Weiteren, dass er das Unterfangen nicht als eine Art Gerichtsverfahren versteht? Er zögert sogar, von moralischer Schuld zu sprechen. Seiner – nicht von allen Berufskollegen geteilten – Meinung nach ist es das Metier des Historikers, die Geschichte und die in ihr handelnden Personen zu verstehen – ohne etwas zu entschuldigen –, die Fakten herauszuschälen und sie in ihren Kontext, in die Entwicklung und die «Psychologie» der jeweiligen Epoche einzuordnen. Gerade dies – die eigene Geschichte nehmen, wie sie ist – falle den Schweizern schwer, wie der selektive Umgang mit den Gedenkjahren 1648, 1798 und 1848 zeige. Insofern könnte die Kommissionsarbeit auch eine grundsätzliche Katharsis bewirken.

Generelle Beteiligung, die der geplanten historischen Aufarbeitung auch in der Öffentlichkeit gegeben wird, lässt sich am Wortlaut des Bundesbeschlusses eigentlich nicht ablesen. Dort ist die Rede von «Umfang und Schicksal von Vermögenswerten», die in der Folge näher umschrieben werden, und es heisst, der Bundesrat könne den Gegenstand auf Antrag der Experten neuen Erkenntnissen oder den Arbeiten anderer Untersuchungskommissionen anpassen. Der Präsident möchte den Bereich des Auftrags möglichst weit verstehen, da alle Fragen miteinander zusammenhängen. Die Grenzen und die Schwerpunkte sollten sich im Lauf der Arbeit verdeutlichen.

Bergier hat den nachgereichten Wunsch des Bundesrats akzeptiert, die Historiker sollten den Goldverkehr der Nationalbank und auch die Flüchtlingspolitik (von der vorher eigentlich nicht die Rede war) mit Vorrang behandeln. Das Gesamtprojekt dürfe durch die Vorausberichte nicht zerstückelt werden,

doch seien jene beiden Bereiche bereits gut bearbeitet; und wenn darauf dank den in Aussicht genommenen Konsequenzen einer finanziellen Geste, der politische Druck etwas nachlasse, werde man in Ruhe arbeiten können. Daran, an Sorgfalt, liegt *Bergier* offenkundig viel. Dass willkürliche Einzel-«Enthüllungen» à la *D'Amato* nicht seine Methode sind, hat der Wissenschaftler bereits klargemacht. Viel mühselige Detailarbeit steht den Forschern speziell dort bevor, wo es um kleine Banken, um Rechtsanwälte und Treuhänder geht, die möglicherweise mit Geld von Verfolgten oder von Angehörigen des Naziregimes zu tun hatten. Auch bei den grossen Banken ist die Kommission übrigens zur Durchsetzung ihres Akteneinsichtsrechts letztlich auf Kooperationsbereitschaft angewiesen – nach *Bergier* ist sie gegenwärtig vorhanden. Leicht lässt sich ausrechnen, dass die vorerst vorgesehenen fünf Millionen Franken für fünf Jahre solcher Forschung nicht ausreichen werden.

In einem Manifest für eine Neuschreibung der Geschichte haben sich eine Reihe schillernder «Grössen» der Kunst, Literatur, Musik, und Clowns – wie soll man das auch anders verstehen – und andere einen Aufruf an den Bundesrat und Behörden mit einer Anzeige getan.

Über 100 angebliche Persönlichkeiten rufen Bundesrat und Behörden dazu auf, ihre Politik zu ändern, einen kompromisslosen Kampf gegen den Antisemitismus zu führen und für eine Aufarbeitung der Geschichte zu sorgen, die sich nicht an den Interessen der Banken ausrichtet. (Wieder eine Polemik, die auf zwanghaften Vorstellungen beruht, sic.). Die Aussagen *Delamuraz'* und die Haltung des Gesamtbundesrats, der sich nicht von *Delamuraz* distanziert habe und der von *Delamuraz*

ausgelösten Welle des Antisemitismus nicht energisch entgegengetreten sei, beleidigten nicht nur Juden, sondern alle demokratisch denkenden Menschen in der Schweiz.

«Wir fühlen uns durch diesen Bundesrat nicht vertreten», heisst es im Manifest, zu dessen Erstunterzeichnern die Schriftsteller Peter *Bichsei*, Adolf *Muschg*, Thomas *Hürlimann*, Helen *Meier* und Urs *Widmer* die Hochschulprofessoren Thomas *Fleiner*, Hans Ulrich *Jost* und Beatrix *Mesmer*, die Filmschaffenden Markus *Imhoof*, Thomas *Koerfer* und Rolf *Lyssy*, die Schauspieler Anne-Marie *Blanc* und Matthias *Gnäding*, der Rocksänger Polo *Hofer* und der Clown *Dimitri* gehören. Bei den Initianten des Manifests handelt es sich um Jean-Nils *Dardel*, Madeleine *Dreyfus*, Stefan *Keller*, Paul und Goldy *Parin*, Niccolò *Raselli*, Paul *Rechsteiner* und Catherine *Weber*.

Welche primordiale Bedeutung für das Überleben der Schweiz die schweizerischen Aussenhandelspolitik im Zweiten Weltkrieg besass, publizierte der ehemalige Bundesrat Dr. Hans *Schaffner* 1946 im folgenden NZZ-Bericht. Hinter dem sachlichen, emotionslosen Stil zeichnet sich das ungeheure Spannungsfeld, dem der Autor ausgesetzt war und das er mutig – als Demokrat in einer finsternen Epoche – gemeistert hat.

«Man hat die unerwartete Bewahrung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg dann und wann als ein Wunder bezeichnet. Diese Ansicht hat viel für sich – vor allem wenn man an das alte Sprichwort denkt, welches besagt, dass auch die Wunder verdient sein wollen. Jedenfalls hat das Schweizervolk die Verschonung von Krieg und fremder Besetzung, von Hunger und Elend nicht einfach als ein Geschenk des Schicksals oder der Vorsehung hingenommen, es hat vielmehr in harter Arbeit das

Menschenmögliche getan, um die Gefahr von seinen Grenzen fernzuhalten und das Wunder Wirklichkeit werden zu lassen.

Auf vier verschiedenen Ebenen führte unser Land einen harten, aber erfolgreichen Daseins- und Durchhaltekampf. Die erste Ebene war die aussenpolitische: Hier galt es, vor Ausbruch des drohenden Weltkonfliktes dem Ausland eine nach allen Seiten bereinigte Bilanz vorzulegen. Die Rückkehr zur integralen Neutralität gestattete der Eidgenossenschaft, sich sogar inmitten des ihr feindlich gesinnten Achsen-Europa als neutraler und demokratischer Staat zu behaupten. Frei von allen einseitigen Bindungen, gelang es ihr, sich dem zwar nie offiziell, dafür aber in um so mehr inoffiziellen Varianten an sie gerichteten Appell zum Anschluss an das neue Europa nationalsozialistischer Färbung zu entziehen, ohne einen offenen kriegerischen Zusammenstoss mit dem Dritten Reiche heraufzubeschwören. Wahrscheinlich stehen wir den Kriegsjahren noch zu nahe, um diese Leistung voll anerkennen zu können, in späterer Zeit wird man aber begreifen, was es bedeutete, das aussenpolitische Fundament zu schaffen, auf dem die Schweiz als Oase des Friedens und der Freiheit inmitten eines totalitär regierten Erdteils bestehen konnte.

Die zweite Ebene, auf der die Abwehr geführt wurde, war die militärische. Man darf ohne Übertreibung sagen, dass die Schweiz zu den Ländern gehörte, die die Kriegsgefahr zuallererst kannten und die erforderlichen Konsequenzen aus der Einsicht zogen. Die Stichworte Vindonissa (1933), Wehrvorlage (1934), Wehranleihe (1936), Verfassungsvorlage über den Ausbau der Landesverteidigung (1939) werden wahrscheinlich genügen, um bei unseren Lesern Erinnerung an die planmässigen Vorkehrungen wachzu erwecken, mittels welcher die Behörden,

das Parlament und das Volk gemeinsam an die Verstärkung der schweizerischen Abwehrbereitschaft herantraten. Einzig auf der Grundlage dieser frühzeitig begonnenen Vorbereitungen konnte sich die Reduit-Konzeption entfalten. Auf alle Fälle schien dem Dritten Reiche die schweizerische Armee so gut ausgerüstet und so gut geführt, dass sie den militärischen Angriff auf unser Land so lange als zu kostspielig hinausschob, bis endlich auch für uns die Befreiung aus der Einschliessung durch die Achse kam.

Die dritte Ebene des Durchhaltekampfes ist die kriegswirtschaftliche. Während unsere Armee sich glücklicherweise mit der Rolle einer «army in being» begnügen konnte, trat für die Kriegswirtschaft der bittere Ernstfall ein. Das Leitmotiv dieses Apparates, das sich vielleicht durch die knappe Formel «Vorsorge, Fürsorge, Arbeit und Brot» umschreiben lässt, konnte nur dank umsichtiger Planung, Lenkung und Bewirtschaftung verwirklicht werden. Die Wahrung eines vernünftigen Gleichgewichtes zwischen behördlicher Organisation und privater Initiative trug viel zum Erfolg dieser Bemühungen bei. Auch bei uns herrschten – im Gegensatz zu einer im Ausland weitverbreiteten Meinung – während des Weltkrieges keine wirtschaftsparadiesischen Zustände und kein Überfluss; doch gelang es dank den kriegswirtschaftlichen Anstrengungen, wirklichen Hunger und wirkliche Not von unserem Lande fernzuhalten. Ebenso konnte jegliche Art der Arbeitslosigkeit verhindert und damit bedrohliche soziale und politische Entwicklungen vermieden werden.

Unser weltverbundenes Land kann nicht einmal für ein paar Jahre zur vollen Autarkie Zuflucht nehmen. Die grössten und schönsten binnenwirtschaftlichen Bemühungen wären gescheitert, wenn es den schweizerischen Behörden und dem schwei-

zerischen Handel nicht gelungen wäre, durch alle Hemmungen und Hindernisse der Blockade und Gegenblockade den Gütertausch mit den wichtigsten Versorgungs- und Absatzgebieten aufrechtzuerhalten. Das war, zumal seitdem sich ein doppelter Blockadering um unser Land legte, alles eher als selbstverständlich. Vielmehr erforderte die Wahrung der Import- und Exportmöglichkeiten einen aussergewöhnlichen Krafteinsatz, und auch auf der vierten, der handelspolitischen Ebene spielte sich daher ein regelrechter Daseins- und Durchhaltekampf ab.

Allerdings sah und hörte die Öffentlichkeit davon am allerwenigsten, denn die aussenhandelspolitischen Dinge mussten mit einer Geheimhaltungspflicht umgeben werden, die nicht weniger streng war als die militärische. So kommt es, dass man auch heute gelegentlich Eidgenossen antrifft, die glauben, dass die Schweiz sich während des Krieges sozusagen aus eigenem Boden versorgt oder zum mindesten ernährt hätte. Der nach Kriegsende der breiten Öffentlichkeit wieder zugänglich gewordenen Aussenhandelsstatistik kann man jedoch entnehmen, dass die Wareneinfuhr im Durchschnitt der Jahre 1940 bis 1945 immer noch die Hälfte des Importgewichtes erreichte, das in den Vorkriegsjahren in unser Land gelangte. Im Durchschnitt der Jahre 1940 bis 1943, die fast völlig im Zeichen der Achsen-Umklammerung standen, konnten sogar fast zwei Drittel der friedensmässigen Jahreseinfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen und fast drei Viertel der friedensmässigen Jahreseinfuhr an Fabrikaten hereingebracht werden. Dass solche Aussenhandelsziffern erzielt werden konnten, ist wohl in erster Linie dem zähen Willen und den unermüdlichen Bemühungen unserer handelspolitischen Unterhändler zu verdanken.

Es gibt kaum ein Gebiet der schweizerischen Wirtschaft, über welches so viel Unrichtiges und Missverständliches ge-

sagt und geschrieben wurde, wie dasjenige der Aussenhandelspolitik. Dass die Schweiz von der Achse gezwungen worden sei, ist die mildere, dass sie aus freien Stücken die Kriegsanstrengungen des Dritten Reiches unterstützt habe, die schärfere Formulierung der Vorwürfe, die während des Krieges und teilweise auch heute noch gegen unser Land erhoben werden. Was es bedeutete, die Versorgung eines Kleinstaates sicherzustellen, der – nachdem die Streitkräfte der Westmächte im Frühsommer 1940 bei Dünkirchen unseren Kontinent verlassen hatten – von einem ihm keineswegs wohlgesinnten Mächtegürtel umgeben war, wird zu wenig bedacht. In einem harten und hartnäckigen Ringen mit beiden Kriegsparteien musste die Schweiz sich jeden Fussbreit Lebensraum erkämpfen. Dass dabei die Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Reiche, das uns nicht bloss von Zufuhren abschneiden, sondern seinen wirtschaftlichen Ansprüchen gegebenenfalls auch machtpolitischen Nachdruck verleihen konnte, sich gelegentlich ganz besonders dramatisch gestalteten, liegt auf der Hand.

Aber auch die alliierte Mächtegruppe verzichtete keineswegs auf Druckmittel unserem Lande gegenüber, soweit sie solche anzuwenden in der Lage war. Das zeigte sich bereits bei Kriegsbeginn. Während des sogenannten «drôle de guerre», wo man sich hinter der Maginotlinie in Sicherheit glaubte, wollten die Westmächte ihrem Kriegsgegner vor allem mit wirtschaftlichen Drosselungsmassnahmen zu Leibe rücken. Im Bestreben, den Blockadering so eng als möglich zu schliessen, richteten sie an die Schweiz das Ersuchen, jeglichen Handelsverkehr mit dem Deutschen Reiche einzustellen und sich ungeachtet ihrer politischen und militärischen Neutralität in die alliierte Blockadefront einzureihen.

Diesem Begehren, dem zu entsprechen natürlich ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit lag, stellte die Schweiz den

Grundsatz gegenüber, dass sie auch in Kriegszeiten ihre Aussenhandelsbeziehungen nach allen Seiten und nach Möglichkeit in ihrer bisherigen Struktur und ihrem bisherigen Umfang erhalten und pflegen müsse, und zwar sowohl aus Neutralitätswie aus versorgungs- und exportpolitischen Rücksichten. Ebensovienig konnte und wollte die Schweiz irgendwelche allgemeine Verpflichtungen eingehen, denen zufolge sie in der Wiederausfuhr von Waren, die im eigenen Lande verarbeitet wurden, gehemmt worden wäre. Ferner beanspruchte die Schweiz ein freies Verfügungsrecht für die Erzeugnisse der heimischen Landwirtschaft.

Es bedurfte äusserster Zähigkeit und Geduld, diesem Standpunkt bei Grossbritannien und Frankreich Gehör zu verschaffen. Vielerlei Schwierigkeiten mussten überwunden werden, und mehrmals schien es, als ob eine Verständigung ausgeschlossen sei; aber schliesslich kam mit den Regierungen von England und Frankreich jenes Blockade-Abkommen vom 25. April 1940 zustande, das den schweizerischen Bedürfnissen insofern Rechnung trug, als es den Handelsverkehr der Schweiz grundsätzlich nach allen Richtungen zugestand und auch dem Gütertausch mit Deutschland keinerlei übermässige Hindernisse bereitete. Verboten wurde der Schweiz bloss die Wiederausfuhr der aus alliiertem Machtbereich eingeführten Waren in unverarbeitetem Zustande; nach vollzogener Wiederverarbeitung blieb der Reexport im herkömmlichen Rahmen auch nach gegnerischen Staaten mit wenigen Ausnahmen gestattet, was für die Schweiz als exportorientierten Industriestaat von entscheidender Bedeutung war. Als ausserordentlich wertvoll erwies sich auch der Umstand, dass die Schweiz, gewitzigt durch gewisse unerfreuliche Erscheinungen während des Ersten Weltkrieges, schon vor dem Kriege mit dem Aufbau einer rein staatlichen Überwachungsorganisation für den Aussenhandel

begonnen hatte und nun dafür Gewähr leisten konnte, dass die von den Blockademächten an den Warenbezug geknüpften Bedingungen strikte eingehalten würden. Ausländische Einmischungen in diesen Kontrollapparat oder andere ausländische Eingriffe zu Kontrollzwecken wies die Schweiz zurück.

Der Blockadevertrag mit den Alliierten wirkte sich nur während kurzer Zeit in vollem Umfange aus. Der militärische Vorstoss des Dritten Reiches gegen Westen, der die britischen Armeen vorerst vom Kontinent vertrieb und Frankreich zur Kapitulation zwang, stellte auch unser Land vor eine völlig neue Situation. Ein isolierter Viermillionenstaat inmitten des achsenbeherrschten Europa, der zu allem als «reichsabtrünnig» mit besonderem Übelwollen seitens der deutschen Führungsschicht bedacht war, trat die Schweiz nun in die gefährlichste Phase ihrer Geschichte ein. Heute, wo der sichere Port wieder erreicht scheint, ist es nicht schwer, Ratschläge zu erteilen, was man in den Jahren 1940 bis 1944 anders und besser hätte machen können. Was wirklich zählt, ist aber nicht das billige Besserwissen, sondern der Mut und die Entschlossenheit der Männer, die mit halfen, unser kleines Land in jenen trüben Tagen, als bei Les Verrières aus dem besetzten Frankreich der deutsche Reichsminister und SS-Gewaltige Heinrich *Himmler* hohnlächelnd in die Schweiz hinüberschaute, durch die Gefahrenzone zu führen. Neben der militärischen Bereitschaft und der wirtschaftlichen Bewährung war es auch jetzt vor allem die handelspolitische Umsicht, die es unserem Lande ermöglichte, die scheinbar aussichtslose Lage zu meistern.

Man erkennt rückblickend ohne besondere Mühe, in welche bedenkliche Situation die Schweiz im Sommer 1940 geraten wäre, wenn sie dem englisch-französischen Verlangen, den Handelsverkehr mit dem Deutschen Reiche abzubrechen, auch nur einen Schritt weit entgegengekommen wäre. Hier bewährte

sich das unbeirrbar festhalten an dem Grundsatz der Neutralität und der Allseitigkeit der handelspolitischen Beziehungen. Auf den Präzedenzfall des Blockadevertrages mit den Alliierten hinweisend, in dem jede einseitige und neutralitätswidrige Bindung erfolgreich vermieden worden war, gelang es den schweizerischen Unterhändlern schliesslich, ein entsprechendes deutsches Begehren, das auf den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Grossbritannien und dem britischen Empire hinauslief, zu Fall zu bringen. Damit war gewiss ein wesentlicher Schritt getan; der eigentliche Widerstand gegenüber den deutschen Bestrebungen, die Schweiz in das Wirtschaftspotential der Achse einzugliedern, begann aber erst.

Es wäre für unser Land ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, die deutschen Wünsche, die sich auf den Bezug schweizerischer Waren und die Gewährung schweizerischer Clearingkredite richteten, rundweg in den Wind zu schlagen. Das hätte binnen kurzem zur Lähmung des gesamten schweizerischen Wirtschaftslebens, zu einem bestenfalls kalten Abwürgen der Schweiz geführt. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg war diesmal der wirtschaftliche Druck, den die beiden Mächtegruppen auf die Schweiz ausübten, durchaus nicht gleich geartet und gleich gefährlich. Zwar konnte die alliierte Blockade uns von jeglichem Warenverkehr mit den überseeischen Versorgungs- und Absatzgebieten ausschliessen und uns dergestalt schwersten Schaden zufügen; doch war sie ausserstande, den schweizerischen Aussenhandel mit den Achsenmächten, mit den achsenbesetzten Gebieten und mit den europäischen Neutralen zu unterbinden. Demgegenüber hatte die Achse die Macht und die Möglichkeiten in der Hand, unser Land nicht bloss vom Handelsverkehr mit dem eigenen Herrschaftsbereich und von den europäischen Neutralen abzuschneiden, sondern überdies jegli-

che Zufuhr aus Übersee zu verhindern, was binnen kurzem den Stillstand der gesamten schweizerischen Wirtschaft nach sich gezogen und die Verwirklichung der verschiedenen militärischen und wirtschaftlichen Verteidigungspläne einschliesslich des Mehranbaues schlechterdings verunmöglicht hätte. Unter diesen Umständen konnte die Schweiz nicht erhoffen, das Gleichgewicht zwischen den beiden Kriegs- und Blockadeparteien auf den üblichen handelspolitischen Wegen wahren zu können, wie das 1914 bis 1918 noch halbwegs gelungen war, sondern musste nach neuen Mitteln und Möglichkeiten sinnen, um sich der wirtschaftlichen Einschliessung durch die Achsenmächte zu erwehren.

Aus dieser Zwangslage lässt sich ohne grosse Mühe die schweizerische Clearingpolitik erklären, die in der Einräumung beträchtlicher Kredite an Deutschland gipfelte. Neben der schweizerischen Lieferfähigkeit und den schweizerischen Transportleistungen im deutsch-italienischen Transit bildeten diese Clearingvorschüsse eine nicht zu unterschätzende Waffe in der Hand unserer Unterhändler, mittels deren die Schweiz von Deutschland namhafte Konzessionen erringen konnte.

Es kann sich in diesem Zusammenhänge nicht darum handeln, die einzelnen Phasen der schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges darzulegen; wohl aber kann rückblickend festgestellt werden, dass dank dem Einsatz der schweizerischen Wirtschafts- und Kapitalkraft nicht bloss die Versorgung unseres Landes mit Kohle, Eisen, Schmieröl, weiteren unentbehrlichen Industrierohstoffen, Saatgut und Sämereien aus dem Achsenbereich gewährleistet, sondern ausserdem auch der wirtschaftliche Kontakt mit der alliierten Machtsphäre aufrechterhalten werden konnte.

Wenn man unserem Land aus dem Lager der Alliierten wegen des Umfanges seines Wirtschaftsverkehrs mit den Achsenmächten wiederholt Vorwürfe glaubte machen zu dürfen, so vergass man dabei nicht nur die aussergewöhnlich prekäre militärische und politische Situation der Schweiz; man übersah namentlich auch, dass es ihr gelang, zum Vorteil der Alliierten wesentliche Lockerungen der deutschen Gegenblockade zu erwirken. Diese gingen so weit, dass die schweizerische Industrie schliesslich mit deutscher Genehmigung kriegswichtige Artikel über achsenbeherrschtes Gebiet nach Grossbritannien und den Vereinigten Staaten versandte. Darin wird man einen Erfolg von grosser grundsätzlicher Bedeutung erblicken, der in eindringlichster Weise das Festhalten der Schweiz an ihrer Souveränität und Neutralität im Zeitpunkt der Achsenumklammerung bestätigt.

Bereits in Friedenszeiten gilt im zwischenstaatlichen Handelsverkehr der Grundsatz des «do ut des», der Grundsatz also, dass keine Leistung ohne gleichwertige Gegenleistung des Partners erbracht werde. In der Kriegszeit kommt diesem Prinzip erhöhte Bedeutung zu. Die Schweiz hat unablässig darauf gedrungen, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Deutschen Reiche immer im Rahmen strikter Reziprozität hielten. Sie gab den Deutschen stets nur so viel, als unumgänglich war, um keinen gewaltsamen Konflikt heraufzubeschwören; dabei wachten die schweizerischen Unterhändler mit Argusaugen darüber, dass jedes schweizerische Entgegenkommen, mochte es sich nun um Warenlieferungen, Transitleistungen oder Clearingvorschüsse handeln, durch entsprechende deutsche Zugeständnisse, zum Beispiel erhöhte Bezugsmöglichkeiten für Rohstoffe oder vermehrte Ausfuhrlicenzen für kriegswichtige Waren nach alliierten Ländern, abgegolten werde. Und die Schweiz zögerte keinen Augenblick, ihre Lieferungen

und Kreditfazilitäten stark zu reduzieren, als nach den ersten grossen Niederlagen der deutschen Wehrmacht im Winter 1942/43 die deutsche Lieferfähigkeit merklich nachzulassen begann. Um ihren Standpunkt durchzusetzen, schreckte sie damals nicht davor zurück, zu wiederholten Malen einen Zustand der Vertragslosigkeit gegenüber Deutschland zu riskieren.

Bezeichnend ist übrigens, dass die erste vertragslose Periode zu Beginn des Jahres 1943 eintrat – also ausgerechnet zu jener Zeit, als das Dritte Reich (wie der schweizerische Nachrichtendienst in Erfahrung brachte) allen Ernstes einen militärischen Überfall auf die Schweiz erwog. Durch Druckmittel und Drohungen liessen sich die schweizerischen Unterhändler und der schweizerische Bundesrat aber auch sonst nicht von dem eingeschlagenen handelspolitischen Weg abbringen. Die Verhandlungen zwischen den schweizerischen und den deutschen Delegierten waren überaus hart und verliefen oft stürmisch; doch vermochten die Deutschen weder mit zeitweiliger Einstellung der Kohlenlieferungen noch mit der Ankündigung, dass sie die Immunität der schweizerischen Seeschiffe widerrufen und die schweizerischen Lebensmittelzufuhren aus Übersee unterbinden würden, eine handelspolitische Kapitulation der Schweiz zu erzwingen.

Wenn ich weiter oben erwähnte, dass die schweizerische Handelspolitik gerade gegenüber Deutschland auf dem Grundsatz beruhte, dass Leistungen nur gegen gleichwertige Gegenleistungen erbracht würden, so muss, um Missverständnisse zu vermeiden, freilich hinzugefügt werden, dass der Wertmassstab, nach welchem der wechselseitige Warenaustausch gemessen wird, durch die Kriegsumstände stark verschoben wurde. Das gilt schon für den rein schweizerischen Standpunkt: während vor dem Kriege, vor allem in der Krisenzeit, der Import

handelspolitisch dazu diene, möglichst grosse Exporte zu erwirken, so galt es nun umgekehrt, die Ausfuhr in den Dienst der Einfuhr zu stellen. Es lässt sich nun aber mit Händen greifen, dass in der Mangelwirtschaft des Krieges kriegführende Staaten knappe Rohstoffe an Neutrale und Nichtverbündete nur dann liefern, wenn die Nichtkriegführenden ihnen ihrerseits wertvolle Waren zur Verfügung stellen. Und es erscheint keineswegs erstaunlich, dass jene lebenswichtigen Güter, die Deutschland in Kompensation für Kohle, Eisen, Mineralöl forderte, grossenteils auch in der Schweiz nicht im Übermass vorhanden waren. Aber man hielt es immer noch für besser, gewisse Textilien, Nutzvieh, Lebensmittel (es handelte sich hier nie um entscheidende Mengen) oder elektrischen Strom nach Deutschland zu exportieren und dafür Lebens- und wirtschaftswichtige Grundstoffe zurückzuerhalten, als die geforderten Erzeugnisse zu verweigern, dafür aber binnen kurzem mangels Kohle, Eisen und Schmieröl die ganze Wirtschaft lahmlegen zu müssen.

Die andere Warenkategorie, auf die Deutschland besonders Wert legte, waren ausgesprochen kriegswichtige Artikel (Werkzeugmaschinen, Präzisionsinstrumente usw.) sowie eigentliches Kriegsmaterial: auch da konnte die Schweiz die Lieferung nicht ablehnen, wollte sie nicht Gefahr laufen, dass der Grundsatz der handelspolitischen Reziprozität nun von Deutschland angerufen und mit dem Hinweis auf mangelnden schweizerischen Lieferwillen die Schweiz vom Bezug der deutschen und im deutschen Machtbereich liegenden Rohstoffe ausgeschlossen worden wäre.

Dass das schweizerische Verhalten gegenüber Deutschland richtig gewesen ist, wird vor allem durch die Ergebnisse des schweizerisch-deutschen Handelsverkehrs bestätigt. Nicht nur

wurde dank den deutschen Rohstofflieferungen die schweizerische Wirtschaftskraft während nahezu sechs Kriegsjahren unversehrt erhalten – indem es dank deutschen Zugeständnissen gelang, die Gegenblockade zu durchbrechen und kriegswichtige Waren nach England und Übersee auszuführen, wurde auch der Bezug von Lebensmitteln aus dem alliierten Machtbereich in mancher Hinsicht erleichtert. Besonders aber fällt ins Gewicht, dass die Schweiz vom 1. September 1939 bis zum 30. April 1945 aus Deutschland für eine halbe Milliarde Franken mehr Waren bezog, als sie dorthin lieferte. Auch wenn man die von der deutschen Wehrmacht besetzten Staaten Belgien, Holland und Frankreich mit einbezieht, ergibt sich für die Schweiz ein Einfuhrüberschuss von 450 Millionen Franken. Gegenüber Deutschland war unser Land also der nehmende nicht der gebende Teil.

Wenn der schweizerisch-deutsche Clearingverkehr bloss die Zahlungen für den schweizerischen Warenexport hätte aufbringen müssen, wäre er nicht nur von Anfang an durchaus selbsttragend gewesen, sondern hätte sogar einen Überschuss zugunsten der Schweiz erbracht. Aber im schweizerisch-deutschen Zahlungsverkehr musste noch eine Reihe anderer Forderungskategorien (Überweisungen der Erträge schweizerischer Kapitalanlagen in Deutschland, Zahlungen im Versicherungs- und Reiseverkehr, Zahlungen für Lizenzen, Honorare usw.) berücksichtigt werden, die ihren Ursprung grösstenteils in der engen Verflechtung der schweizerischen und der deutschen Wirtschaft vor dem Kriege und vor dem Machtantritt des Nationalsozialismus hatten. Da man diese Forderungen während des Krieges nicht gut unberücksichtigt lassen konnte, sah die Schweiz sich genötigt, Deutschland bestimmte Kreditfazilitäten zum Zwecke ihrer Erfüllung zu machen. Es ist daher nicht ganz abwegig, wenn erklärt wird, dass die Clearingvor-

schüsse des Bundes an das Deutsche Reich letztlich dazu dienten, die deutschen Zahlungen auf dem Gebiete des Zinsdienstes, des Versicherungsverkehrs, des geistigen Eigentums usw. zu ermöglichen.

Bemerkenswert ist auch die Gegenüberstellung der Bezüge und Lieferungen, die im Verkehr mit der Achse einerseits, mit den Alliierten anderseits erfolgten. Der gesamte Machtbereich der Achse einschliesslich der europäischen Neutralen, die nur über Achsengebiet zu erreichen waren, lieferte von Kriegsbeginn bis Ende 1944 nach Berechnungen des Vororts, des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Waren für 7,1 Milliarden Franken nach der Schweiz und erhielt aus der Schweiz Waren für 5,3 Milliarden Franken. Dass die Schweiz warenmässig mehr von der Achse bezog, als sie dorthin lieferte, lässt die Kritik als besonders unbegründet erscheinen, sie habe die Kriegsanstrengungen der Achse einseitig unterstützt. Die Importe aus den alliierten Ländern umfassten – auf Grund der bereits erwähnten Berechnungen – während des Krieges einen Wert von 2 Milliarden Franken, die Exporte dorthin 1,7 Milliarden Franken. Das ist angesichts der Tatsache, dass die Schweiz von Juni 1940 bis August 1944 vollständig im Bereiche der deutschen Gegenblockade lag, als sehr beträchtlicher Erfolg zu werten. Es ist ein Beweis dafür, dass die Schweiz – bei aller Rücksicht, die sie auf die Ungunst der Zeitumstände und Machtverhältnisse nehmen musste – von der Linie nicht abgewichen ist, die ihr durch ihre Pflichten als freier, unabhängiger und neutraler Staat vorgezeichnet war.

Die Bemühungen der Schweiz, inmitten des achsenbeherrschten Kontinents ihre Souveränität, Neutralität und Wirtschaftskraft zu erhalten, fanden im alliierten Lager nicht immer volles Verständnis und Unterstützung. Das schweizerisch-deut-

sche Wirtschaftsabkommen vom 9. August 1940, welches die Grundlagen für den kriegsgemässen Verrechnungsverkehr zwischen den beiden Ländern und für die Clearingvorschriften enthielt, wurde von den Alliierten selbstverständlich nicht gerne gesehen. Die alliierten Blockadebehörden verschärfte die Richtlinien für die Versorgung der Schweiz; auf den Bezug von Industrierohstoffen aus der alliierten Machtsphäre musste unser Land von 1941 an praktisch fast völlig verzichten, einzig Fettstoffe für die Seifenfabrikation sowie gewisse Rohmaterialien für rein militärische Zwecke wurden der Schweiz in ausserordentlich beschränktem Umfange überlassen, und die Zuteilungen von Lebensmitteln wurden stark herabgesetzt, zeitweilig die Ausstellung von Navycerts (Schiffsgelטים) für die Zufuhr der überseeischen Güter sogar gänzlich eingestellt.

Diese Massnahmen wurden jeweils mit den schweizerischen Leistungen gegenüber Deutschland und teilweise auch gegenüber Italien, mochte es sich nun um Warenlieferungen oder um Clearingvorschüsse handeln, in Zusammenhang gebracht. Wenn aber die britischen und nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika die andern angelsächsischen Wirtschaftskriegs- und Blockadebehörden hofften, durch Bezugskürzungen und ähnliche Druckmittel die Schweizer zu einer Reduktion des Güterverkehrs mit der Achse zu nötigen, so durfte man von Anbeginn an der Richtigkeit der angewandten Methode Zweifel hegen. Denn der Umstand, dass die Schweiz aus alliierten Gebieten überhaupt keine Rohstoffe erhielt, zwang die Schweiz dazu, dem Deutschen Reiche bestimmte zusätzliche Konzessionen zu dem alleinigen Zwecke zu machen, Rohstofflieferungen zu erwirken, die aus dem Lager der Alliierten nicht erhältlich waren. Dergestalt verstärkte die verschärfte Handhabung der alliierten Blockade die Wirtschafts-

beziehungen zwischen der Schweiz und dem nördlichen Nachbarlande, statt sie zu lockern, indem sie die Schweiz künstlich in eine noch grössere wirtschaftliche Abhängigkeit von den den Kontinent beherrschenden Achsenmächten brachte, die ohnehin unser Land militärisch umschlossen hatten.

Es muss hervorgehoben werden, dass die Schweiz sich auch in der Folgezeit allen alliierten Begehren, die mit ihrer Souveränität oder Neutralität unvereinbar waren, mit genau derselben Entschiedenheit zur Wehr setzte, die sie den deutschen Zumutungen gegenüber an den Tag legte. So suchten Amerikaner und Briten im Jahre 1943 bestimmte schweizerische Firmen durch die Drohung, auf die schwarze Liste gesetzt und auch nach dem Kriege vom Handel mit den Alliierten ausgeschlossen zu werden, zur Eingehung einer Verpflichtung der britischen und der amerikanischen Gesandtschaft gegenüber zu veranlassen, derzufolge sie ihre Ausfuhr nach Deutschland völlig einzustellen oder sie stark herabzusetzen hätten. Gegen derartige Einmischungen der Westmächte in unsere Wirtschaftsbeziehungen mit Drittstaaten setzte der Bundesrat sich zur Wehr, indem er am 4. November 1943 die Eingehung irgendwelcher Verpflichtungen gegenüber fremden Vertretungen, die den Warenverkehr mit dem Ausland betrafen, untersagte.

Die schweizerische Aussenhandelspolitik hat während des Zweiten Weltkrieges weitgehend dazu beigetragen, die Wirtschaftskraft unseres Landes zu wahren und eine Souveränität und Unabhängigkeit zu sichern. Da die ausreichende Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen eine wichtige Voraussetzung für die Verstärkung der militärischen Verteidigungsbereitschaft bildete, dienten die Bemühungen auf dem Gebiete des Aussenhandels auch unmittelbar zur Erhaltung der bewaffneten Neutralität. Dass die schweizerischen Anstrengungen

trotz allen Einwänden letztlich selbst auf alliierter Seite nicht vollständig ignoriert wurden, zeigt der Abschluss des Currie-Abkommens, welches nach einem sehr schmerzhaften Unterbruch von nahezu einem Jahr am 7. März 1945 endlich das Wirtschaftstor nach dem Westen wieder aufatet und die Handelsbeziehungen mit den westlichen Alliierten aufs Neue anbahnte.

Ich habe mich bemüht, durch einige Hinweise einen Beitrag zur Klärung jener Missverständnisse zu bieten, die einer gerechten Beurteilung der schweizerischen Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg oftmals im Wege standen – Missverständnisse, die der äusseren Wertschätzung unseres Landes wie seinem innern Frieden abträglich sind. Dass die Schweiz sich handelspolitisch in einem harten, mühseligen und äusserst gefährvollen Ringen mit den Achsenmächten behauptet hat, hoffe ich verdeutlicht zu haben. Hier möchte ich noch auf einen weiteren Umstand hinweisen, der in den Erörterungen über die handelspolitische Haltung der Schweiz vielleicht etwas zu kurz kommt. Wenn es der Schweiz in einem vierfachen Durchhalte- und Daseinskampf gelang, Krieg und Okkupation, Hunger und Not von ihren Grenzen fernzuhalten, so hat sie damit nicht bloss sich selber, sondern zweifellos auch unserem ganzen Erdteil und seinem bevorstehenden Wiederaufbau einen Dienst erwiesen. Angesichts der entsetzlichen materiellen und moralischen Schäden, die unser Kontinent erlitt, hat jedes Stück Boden, über dem die Fahne der Freiheit niemals eingezogen wurde und dessen Wirtschaftsgefüge ungebrochen blieb, besondere Bedeutung erlangt.

Bereits ist die schweizerische Kapitalkraft in hohem Masse der wirtschaftlichen Wiedergenesung Europas nutzbar gemacht worden, und ebenso ist die Unversehrtheit unseres industriellen Apparates verschiedenen europäischen Völkern zugutegekommen. Nicht des billigen Eigenlobes wegen hebe ich diese Tat-

sache hervor, sondern weil es Zeit ist, im Inland wie im Ausland zu verstehen, dass der harte Widerstand, den die Schweiz den Machthabern des Dritten Reiches entgegensetzte, nicht bloss eine schweizerische, sondern eine europäische Angelegenheit gewesen ist.

Die Schweiz kann in Anspruch nehmen, für die Sache der Freiheit an ihrem Orte das getan zu haben, was sie unter den obwaltenden Umständen zu tun in der Lage war. Sie hätte sich, wäre sie von Deutschland angefallen worden, bis zum Äussersten gewehrt; da ihr dieses Los erspart blieb, hat sie als neutraler und nicht kriegführender Staat ihre Unabhängigkeit mit allen verfügbaren Mitteln, nicht zuletzt mit denen der Handelspolitik, verteidigt. Dafür verdienen die verantwortlichen Leiter der schweizerischen Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg den Dank des Schweizervolkes.»

In einem Leserbrief schrieb Sir Peter *Smithers*, der während seiner politischen Karriere als britisches Parlamentsmitglied, Unterstaatssekretär im Foreign Office und Delegierter seines Landes bei den Vereinten Nationen und Generalsekretär des Europarates war, seine bemerkenswerte Betrachtung der Schweiz und ihrer Position im Zweiten Weltkrieg:

«Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Nazideutschland während des Zweiten Weltkriegs müssen im geschichtlichen Kontext gesehen werden. Nach einem Artikel in der «New York Times» wären dafür drei Gesichtskreise zu unterscheiden: der Raubgoldhandel, der *Hitlers* Krieg mitfinanzierte, die schweizerische Zurückweisung jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland und das Schicksal der Vermögenswerte von Juden, die in den Konzentrationslagern umkamen.

Der letzte Punkt ist Gegenstand offizieller Abklärung, und es wäre vernünftig, deren Ergebnis abzuwarten. Aber die ersten beiden Themen sollten heute angegangen werden. Jene unter uns, die persönlich vom Trauma von *Hitlers* Eroberung Europas betroffen waren, verschwinden zusehends von der Bildfläche. Und doch haben wir vielleicht etwas beizufügen, wenn es darum geht, über die Handlungen unserer Zeitgenossen in der Schweiz zu Gericht zu sitzen.

1940 war ich Offizier der Royal Navy, wurde invalide, an Land gesetzt und diente in Frankreich. Beim Eingang zu meinem Büro in Paris stand damals ein kleiner Tisch mit dem Bild des französischen und britischen Oberbefehlshabers. Eines Morgens, beim Antritt seiner Arbeit, hielt der kommandierende Offizier davor kurz inne, ergriff die Photographie, kehrte sie mit der Bildfläche zur Wand, ging ohne ein Wort in sein Zimmer und schloss die Tür. Kurz danach wurde ich mit dem Archiv, das nicht in deutsche Hände fallen durfte, nach Süden gesandt. Mein Weg führte mich durch Strassen, gefüllt mit erneut fliehenden Flüchtlingen, darunter viele Juden, und endlich erreichte ich Bordeaux. Zwei Tage vor dem Waffenstillstand, der dem erbärmlichen Kollaps des französischen Heeres folgte, hatte ich das Glück, einen Flugtransport zurück nach England zu finden.

Hitler dominierte jetzt in Europa. Ich war damals häufig in der Operationszentrale der Admiralität. Tapfere Worte konnte man überall hören. Aber niemand, der die militärischen Gegebenheiten im August 1940 sah, realisierte in seinem Innern nicht, dass die Niederlage eine Möglichkeit, sogar eine Wahrscheinlichkeit war. Der amerikanische Botschafter in London, *Joe Kennedy*, gab uns – ehrlich, aber unklug – als erledigt auf. Vielleicht sind wir etwas ungerecht, wenn wir ihm das nie vergeben haben.

Betrachten wir nun aber die Situation der Schweiz. Italien war dem Krieg der Nazis beigetreten, Frankreich war deren Marionettenstaat. Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Polen, Österreich, Griechenland und Jugoslawien: sie alle waren erobert. In den Vereinigten Staaten gab es starken Widerstand gegen ein Eingreifen in den Krieg gegen Deutschland. Das Überleben Grossbritanniens war bestenfalls fraglich. Die Schweiz – in einem zur deutschen Provinz gewordenen Europa – war von deutschen und italienischen Waffen vollständig eingekreist, und von nirgendher war Hilfe in Aussicht. Wenn die britische Situation alarmierend war, so war die schweizerische *verzweifelt*.

In London und sicherlich auch in Bern war es offensichtlich, dass *Hitler* die Schweiz vernichten konnte, wann immer es ihm passen würde. Er konnte es innerhalb von 24 Stunden tun. Aber er hatte Alternativen. Eine intakte Schweiz konnte ihm von beträchtlichem Nutzen sein. Auf der andern Seite allerdings war die Schweiz gefüllt mit Gold und Standort einer beträchtlichen jüdischen Bevölkerung. Sollte *Hitler* die Schweiz zerstören, würde er grosse Goldreserven erbeuten und die dort lebenden Juden vernichten können. Beide Handlungsmöglichkeiten waren attraktiv. Welche würde er wählen? Die Wahl würde wohl davon abhängen, wie weit die schweizerische Regierung bereit wäre, seinen Bedürfnissen entgegenzukommen. Die Existenz der Schweiz und das Leben der jüdischen Einwohner hingen somit von der delikaten Gewichtsverteilung auf einer Waage ab, die *Hitler* in der Hand hielt.

Wir sollten nicht vergessen, dass die erste Pflicht der Schweizer Regierung nicht der Schutz von Leben und Gut deutscher Juden war oder die Aufnahme von Flüchtlingen der Nazis. Ihre erste Pflicht war, wie die einer anderen Regierung, der Schutz der eigenen Bürger. Dies wiederum hing davon ab, eine Verteilung der Gewichte zu erreichen, welche es für *Hitler* marginal

vorteilhafter machte, die Integrität der Schweiz zu erhalten, statt sie zu zerstören. Es war das ein bemerkenswertes Beispiel kaltblütiger Staatskunst unter Bedingungen, welche von jenen, die sie miterlebt haben, als wahrlich schrecklich empfunden wurden. Die Nachwelt (und ganz besonders die Juden in der Schweiz und die geretteten Flüchtlinge sic.) müsste dafür dankbar sein, dass der Schweizer Regierung solches gelang.

Wenn wir aber die Rhetorik gewisser politischer Kreise (und jüdischer Organisationen sic.) in den Vereinigten Staaten folgen wollten, hätte die Schweiz den Transit des gestohlenen Goldes ablehnen sollen, hätte sie Flüchtlinge in grosser Zahl aus Deutschland aufnehmen müssen und *Hitler* auch in anderen Beziehungen trotzen sollen. Was wäre das Ergebnis einer solchen Politik gewesen? Das Vorteilskalkül *Hitlers* wäre entschieden in Richtung Invasion verschoben worden. Die Goldreserven der Schweiz wären der Nazi-Kriegsmaschine zugutegekommen. Das hätte die amerikanischen und britischen Truppen zusätzliche Leben bei der Befreiung Europas gekostet. Und die Juden in der Schweiz, Bürger wie Flüchtlinge, wären wie Ungeziefer verschleppt und ausgerottet worden.

Nach dem Sieg der Alliierten waren die Vereinigten Staaten und Grossbritannien die führenden Mächte in Europa. Nun war es Zeit, sich um das Schicksal von Vermögenswerten der Opfer der Konzentrationslager zu kümmern. Es ist gut, dass diese Untersuchung jetzt aufgenommen worden ist, auch wenn sie fünfzig Jahre zu spät kommt. Aber künstliche Empörung über die Haltung der Schweizer Regierung im Zweiten Weltkrieg gegenüber Deutschland kann nur jene in Misskredit bringen, die solche Empörung vorspielen.»

«Kein Grund zur Scham» schrieb auch der Nationalrat Franz *Steinegger*, Präsident der FDP Schweiz. «Viele werden sich in diesem Land schon gefragt haben, warum die Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg erneut derart stark ausgebrochen ist. Sicher besteht ein dauerndes Bedürfnis, das Andenken an eine der grössten Tragödien der Menschheit, nämlich den Völkermord durch die Nazis, wachzuhalten; um Ansätze für ähnliche Entwicklungen von Beginn weg zu bekämpfen. Diese Motive vermögen aber die Ereignisse der letzten Monate kaum zu erklären. Bei *Goethe* findet sich der Satz: «Die Menschheit ist bedingt durch Bedürfnisse.» Ein wichtiges Bedürfnis in diesem Zusammenhang dürfte der Wunsch internationaler jüdischer Organisationen, wie des Jüdischen Weltkongresses, sein, die Hilfeleistung an die Opfer des Holocaust und an die Juden in dem nun offenen Osteuropa insgesamt zu verstärken. Es wurde deshalb ein Fund-Raising-Programm notwendig.

Finanzielle Forderungen gegenüber den Tätern und allenfalls gegenüber den Gehilfen in den besetzten Ländern werden in der Schweiz als mehr oder weniger berechtigt angesehen. Als die Schweiz aber wegen unterlassener Hilfeleistung gegenüber den abgewiesenen jüdischen Flüchtlingen und wegen der angeblichen oder wirklichen finanziellen und wirtschaftlichen Profite im Zweiten Weltkrieg ebenfalls ins Visier kam, entstand vorerst Unverständnis.

Zunächst entstand eine Diskussion über die nachrichtenlosen Vermögen. Die Frage der nachrichtenlosen Vermögen ist in erster Linie ein praktisches Problem, eine Frage des Vollzugs und der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Niemand in der Schweiz, auch nicht die Banken, hat ein Interesse, die nachrichtenlosen Vermögen ewig zu verwalten. Als die Diskussion über diese Vermögen wieder aufkam, wurde ein Ombudsmann der Banken eingesetzt und das Volcker-Komitee

geschaffen, dem jüdische und schweizerische Persönlichkeiten angehören.

Die Erwartungen der ausländischen Interessenorganisationen über den Umfang dieser nachrichtenlosen Gelder dürften übertrieben gewesen sein. Dies führte dann dazu, dass nun das sogenannte Raubgold auf die Traktandenliste kam. Die Nationalbank hatte im Zweiten Weltkrieg im Goldhandel einen Handelsgewinn von etwa 20 bis 50 Millionen Franken aufzuweisen. Im Weiteren hat die Schweiz Gold als Zahlungsmittel entgegengenommen. Überdies geriet die Wirtschaftspolitik zwischen der durch die Achsenmächte eingeschlossenen Schweiz und diesen Mächten ins Visier. Im Rahmen des sogenannten Washingtoner Abkommens hatte die Schweiz 1946 einen Betrag von 250 Millionen Franken bezahlt und eine Saidoquittung erhalten. Für das Fund-Raising der ausländischen Interessenorganisation war deshalb auch unter dem Aspekt des sogenannten Raubgoldes nicht gerade viel zu erwarten.

Am 13. Dezember 1996 verabschiedete das Parlament einen Bundesbeschluss betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte. Die Untersuchungen werden von einer unabhängigen Expertenkommission vorgenommen. Diese Kommission (Expertenkommission *Bergier*) ist in der Zwischenzeit vom Bundesrat bestimmt worden. Im November/Dezember steigerte sich der Druck der ausländischen Interessenorganisationen. Die Forderung nach einer «Geste» in der Größenordnung von 250 bis 300 Millionen Franken tauchte auf. Eine entsprechende Ankündigung sollte bis Februar erfolgen. Für den Fall der Ablehnung stand ein konkreter «Sanktionenkatalog» publizistischer und politischer Massnahmen im Raum. Um an der Ernsthaftig-

keit dieser Absichten keine Zweifel entstehen zu lassen, wurden erste Massnahmen lanciert.

Diese Forderung nach einer Geste in der erwähnten Grössenordnung und der Ankündigung von Drohungen rief Missverständnis und Widerwillen hervor. Die Situation hätte allerdings eine breite Lagebeurteilung durch den Bundesrat und die Festlegung einer eigentlichen Strategie nötig gehabt. Stattdessen wurden operative Massnahmen eingeleitet, und der Frust entlud sich in internen Bemerkungen und Interviews.

Es dürfte zur Charakteristik der heutigen Lage gehören, dass einerseits die Gegenseite die rein rechnerisch begründbare Entschädigung überschätzt hat, dass andererseits die schweizerische Seite darüber hinausgehende Forderungen zunächst gar nicht begriffen hat und dass das Schadenpotential zu gering veranschlagt wurde. Wahrscheinlich hätte diese Problematik besser bewältigt werden können, wenn nicht innenpolitisch ein gefährliches Gemisch entstanden wäre. Dabei beziehe ich mich nicht auf die grundsätzlichen Gegner weitergehender Unterstützungsbeiträge und auch nicht auf diejenigen, die einer Geste vor allem aus humanitären oder geschäftlichen Gründen positiv gegenüberstehen.

Vor allem pazifistische, armeekritische und linke Kreise (SP-Typen, wie Paul *Rechsteiner* und *Bodenmann* sic.) sahen die Gelegenheit, die Geschichte «umzuschreiben», um den Stellenwert der bewaffneten Landesverteidigung für die Unversehrtheit unseres Landes am Ende des Zweiten Weltkrieges zu minimieren. Vielmehr sollte dieser glückliche Ausgang in erster Linie der «Komplizenschaft» des Finanz- und Wirtschaftsplatzes mit den Verlierern zugeschrieben werden. Damit traten ak-

tuelle innenpolitische Themen der Sicherheitspolitik und des Finanzplatzes in die Diskussion. Bei der Finanzplatzdiskussion dürfte auch das Interesse anderer Finanzplätze mitspielen. Neben dieser innenpolitischen Instrumentalisierung konnten gewisse Exponenten der Versuchung nicht widerstehen, aus der grössten Tragödie der letzten Jahrhunderte auch noch parteipolitisches Kapital schlagen zu wollen.

Gleichzeitig wurde und wird versucht, diejenigen, die nicht das «richtige Mass» an Betroffenheit zum Ausdruck bringen oder sich über die Zumutungen aus dem Ausland ärgern, mit dem Bannstrahl des Rassismusvorwurfes zum Schweigen zu bringen. Überhaupt sollte jeder Widerspruch durch den Appell an das schlechte Gewissen ausgeschaltet werden. Diese gesinnungspolizeiliche Fahndungsaktion der selbsternannten Tugendwächter der Sprache führt dazu, dass der Rassismusvorwurf derart allgemein und derart instrumentalisiert ist, dass er seine Funktion verliert. (Dies ist in der Tat die grösste Gefahr sic.).

Was für Folgerungen ergeben sich? Unsere Geschichte im Zweiten Weltkrieg soll objektiv aufgearbeitet werden. Dabei kann man sich auf umfangreiche Vorarbeiten stützen. Viele Dinge können aber auf Grund neu erschlossener Quellen eingehender, detaillierter dargestellt werden, oder man kann mit neuen Fragestellungen an den Stoff herantreten und ihn neu interpretieren. Dabei muss aber die Wahrheitssuche das oberste Gebot sein. Eine Neuinterpretation, die lediglich aus vorgefassten Meinungen und Gegenwartstendenzen heraus unternommen wird, ist abzulehnen.

Wenn beispielsweise Mitglieder der unabhängigen Expertenkommission die Reduitstrategie als «Demutsgeste an Deutschland» qualifizieren, muss man hellhörig werden, ebenso wenn Historiker im Manifest vom 21. Januar 1997 einer

neuen politischen «Kultur» der Indiskretion und des Rufmordes das Wort reden und verlangen, dass jedermann nach vorgegebenen Noten singt.

Da es aus Sicht der Schweiz (nicht nur aus eigener Tugend) nicht um Täterschaft oder Gehilfenschaft geht, sondern um unterlassene Nothilfe, könnte das Thema der historischen Aufarbeitung auch etwas weiter gefasst werden. Es geht um das Sympathisantentum gegenüber totalitären Systemen. Eine Auseinandersetzung über das Verhältnis zu den linken totalitären Systemen bis zu den Roten Khmer wäre von hohem Interesse.

Die Banken sind von der Verpflichtung zur überlangen Verwaltung nachrichtenloser Vermögen zu entbinden. Diese Vermögen sind im Rahmen einer Neuregelung vorerst in einem staatlich kontrollierten Fonds zu verwalten und nach bestimmten Zeiträumen definitiv auf das Gemeinwesen zu übertragen. Wobei der Nachweis einer individuellen Berechtigung nach wie vor erbracht werden kann.

Die Einrichtung eines Fonds bzw. einer Stiftung zugunsten der Opfer des Holocaust, eventuell auch anderer Verfolgter ist zu befürworten. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Schweiz verschont geblieben ist, dass sich die Schweiz wegen unterlassener Nothilfe schuldig gemacht und dass die Schweiz verschiedenen Organisationen für die Unterbringung der Flüchtlinge Geld abgenommen hat. Zudem ist es schweizerische Tradition, Menschen in unverschuldeten Notlagen zu helfen. Dieser Fonds sollte vom Bundesrat organisiert und von den verschiedenen staatlichen und privaten Organisationen gespeist werden und durch einen unabhängigen Rat verwaltet werden. Bei der finanziellen Ausstattung dieses Fonds sind durchaus Vergleiche mit anderen Nationen erlaubt.

Grundsätzlich soll mit den Interessenorganisationen in einem Geiste des Entgegenkommens verkehrt werden. Hingegen soll man sich nicht dauernd beleidigen lassen. Wenn sich etwa Beleidigungen, wie sie in einem Fund-Raising-Schreiben des Jüdischen Weltkongresses im September-Oktober 1996 enthalten sind, wiederholen würden, wäre die Zusammenarbeit mit diesen Organisationen abubrechen und wären der Öffentlichkeit sämtliche Fakten (Forderungen, Drohungen usw.) offenzulegen.

Bei einer Radiodiskussion vom 27. Januar 1997 hat SP-Nationalrat *Bodenmann* die Banken, die Wirtschaft, die bürgerlichen Parteien und die Freisinnigen im speziellen pauschal als diejenigen verleumdet, die im Zweiten Weltkrieg die Führung gehabt hätten und deshalb Nazifreunde waren. Nachdem in der Schweiz Protestanten, Katholiken, Juden und alle übrigen den Zweiten Weltkrieg unversehrt überlebt haben, brauchen sich die Freisinnigen nicht zu schämen. Man könnte derartige Behauptungen als billige Propaganda abtun. Die Linke muss davon ablenken, dass sie in den zwanziger und lang in den dreissiger Jahren die notwendige Ausrüstung der Schweizer Armee hintertrieben hat. Wenn ich etwa daran denke, mit welcher Ausrüstung die Gebirgsfüsilere des Urner Bataillons im Sommer 1940 vor der Limmatstellung den Angriff erwarteten, muss dieses Versagen erwähnt werden. Wir müssen allerdings bescheiden sein. Die Frage, warum die Schweiz nicht in den allgemeinen Strudel hineingerissen wurde, ist kaum zu beantworten. Edgar *Bonjour* erklärt in seinen Erinnerungen, dass sich zwar eine ganze Reihe von Gründen dafür angeben lassen, aber verstandesmässig lässt sich die Sache nicht restlos erklären.»

In dem Buch «Ernährungsprobleme in Mangelzeiten. Die schweizerische Kriegsernährung 1939-1946» des Präsidenten

der eidgenössischen Kommission für Kriegsernährung, Prof. Dr. Alfred *Fleisch*, wird am Schluss festgehalten:

«Trotz aller Anstrengung der Landwirtschaft wäre die Ernährung nur auf einem Hungerniveau möglich gewesen, hätten nicht unsere Unterhändler immer und immer wieder trotz doppeitem Blockadering Nahrungsmittel ins Land bringen können.» Über diese Notwendigkeit bestand breite Übereinstimmung, auch bei den Linken. Robert *Grimm* hat in einer Rede im Herbst 1940 erklärt: «Im Ausland sind ganz neue Verhältnisse entstanden, die auch von der Schweiz berücksichtigt werden müssen. Sie ist heute stark angewiesen auf den Wirtschaftsverkehr mit den Achsenmächten und muss ihre Wirtschaft nach europäischen Gesichtspunkten orientieren.» Es könnte auch noch an die Mitwirkungsmöglichkeiten des Schriftstellerverbandes bei der Zulassung von flüchtenden Schriftstellern aus dem Ausland erinnert werden. Die Mitwirkungsmöglichkeit war keineswegs von Solidarität geprägt. Wenn ich im Weiteren an Persönlichkeiten wie Walter *Bretscher* und Gerhardt *Schürch* usw. erinnere, welche in der «Neuen Zürcher Zeitung» und im «Bund» und an anderen Orten eine massgebende Rolle gegen das Nazitum gespielt haben, brauchen wir uns um so weniger zu verstecken.

Schliesslich noch eine Bemerkung gegenüber den Vorwürfen aus dem Ausland. Ab der zweiten Jahreshälfte 1941 wussten die Briten über die Judenverfolgung im Osten ziemlich genau Bescheid. In den USA hatte erst ein Wahlmanöver des Präsidenten *Roosevelt*, der die Stimmen der amerikanischen Juden brauchte, im Januar 1944 zur Gründung eines seinem Stab unterstellten Rats für Kriegsflüchtlinge geführt, mit Filialen und Büros in den neutralen Ländern Schweden, Schweiz, Spanien,

Portugal und der Türkei. Mehrere Projekte, die Ausreise der Juden aus den von *Hitler* besetzten Ländern zu ermöglichen, waren am Widerstand von US-Behörden gescheitert. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch an die Evian-Konferenz von 1938. Damit sollen keineswegs die Verdienste der Verbündeten zur Niederringung der Naziherrschaft herabgewürdigt werden. In der Judenfrage haben aber alle Staaten Schuld auf sich geladen, nicht nur die von den Achsenmächten umgebene Schweiz.» Soweit *Steinegger*.

Dennoch hat auch heute noch die Schweiz als neutrales Land wichtige Funktionen in der Welt. Dies nicht nur wegen des IKRK oder als Vermittler in internationalen Auseinandersetzungen.

So zeigte die positive Bilanz der OSZE, dessen Vorsitz im vergangenen Jahr Bundesrat *Cotti* leitete, erstaunliche und dankbare Züge in der Bosnien-Mission. Das zurückliegende Jahr hat gezeigt, dass auch ein kleines Land wie die Schweiz in der Weltpolitik eine wichtige Rolle spielen kann. So die Bilanz von Bundesrat *Cotti* zum Abschluss des Gipfels der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). In Lissabon waren die Staats- und Regierungschefs zusammengekommen. Sie berieten und stritten zwei Tage lang über Rüstungskontrolle und Nato-Osterweiterung, über das Modell für die europäische Sicherheit im 21. Jahrhundert und verschiedene regionale Konflikte. Just wegen eines regionalen Konfliktes wäre die Schlusserklärung des Gipfels – das «Lisbon Document 1996» – um Haaresbreite gar nicht zustande gekommen.

Vergessen wir schliesslich nicht, dass alle Worte von Demokratie nur Schall und Rauch bleiben, wenn sie nicht von Gesten der Menschlichkeit getragen werden. So sei – stellvertretend für

unzählige und ungenannte menschliche Handlungsweisen in einer unmenschlichen Zeit – ein Zeugnis hervorgehoben.

Unter dem Titel «Ich vergesse Euch alle nicht» schrieb ein als Flüchtlingskind in der Schweiz aufgenommener folgender Brief:

«Ich wurde 1927 als einziger Sohn meiner jüdischen Eltern in Frankfurt am Main geboren und wuchs dort auf. Am 10. November 1938 um, sieben Uhr morgens, nach der Kristallnacht – ich war elf Jahre alt –, wurde mein Vater in unserer Wohnung von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Dies bereitete meiner Kindheit ein jähes Ende: ich wurde erwachsen. Dank einem Immigrationsvisum für Frankreich kam mein Vater nach vier Wochen frei, und wir wanderten aus.

Am Sonntag, dem 13. September 1942 brachten uns Fischer von Amphion über den Genfersee nach Cully. Es war kein Ausflug, den meine Eltern, meine Grossmutter und ich aus irgendeinem fröhlichen Anlass unternommen hätten, nein, es war eine Flucht vor dem sicheren Tod. Wir standen auf der Liste der aus dem damals noch für zwei Monate unbesetzten Gebiet Frankreichs zu deportierenden Juden.

Bei Cully ans Land gegangen, weit unterhalb der Landstrasse, warteten wir, bis das Fischerboot äusser Sicht gekommen war, bevor wir den Hang zur Landstrasse hinaufstiegen, um uns dann Cully zu nähern. Nach kurzer Zeit begegneten wir einem Polizisten, der uns nach unserer Herkunft fragte und uns dann einlud, ihm zu folgen. Er brachte uns in sein Kommissariat, bat uns, etwas zu warten, und verschwand. Kurz darauf kam er in Zivilkleidung zurück: Er wollte uns nicht in Uniform nach Lausanne bringen, wo er uns der Fremdenpolizei übergab.

Welch eine Wohltat sein feinfühliges Verhalten war, vergesse ich nicht. Ein halbes Jahr später, nach ein paar Wochen Aufenthalt in einem Ferienheim der Heilsarmee in Puidoux-Chexbres und nach einigen Monaten in einem Auffanglager der Armee in Lausanne, wurde ich von einer Bauernfamilie in Embergboden/Fahrni in der Nähe von Steffisburg aufgenommen. Die Mutter und die vier erwachsenen Töchter bestellten den Hof. Der Vater arbeitete tagsüber als Strassenwärter. Hier wurde ich wie ein Sohn und Bruder aufgenommen, mit einer Selbstverständlichkeit, Güte und Liebe, wie man sie häufig in der eigenen Familie nicht antrifft.

Gegenleistungen wurden von mir nicht erwartet, sondern ich wurde in die Sekundarschule nach Steffisburg geschickt, damit ich meine unterbrochene Schulbildung wieder aufnehmen. Ich vergesse Euch nicht, Familie E, Eure Wärme, Euer selbstloses Verhalten einem fünfzehnjährigen jüdischen Flüchtlingskind gegenüber.

Während dieses halben Jahres hatte ich einen Sportunfall in der Schule, und mein rechtes Knie war wochenlang im Gips. Ein Klassenkamerad, Bernard K., der der Schule gegenüber wohnte, erzählte dies seinen Eltern, für die es selbstverständlich war, dass ich bei ihnen Unterkunft fand und so die Schule trotz Gipsverband besuchen konnte. Auch hier wurde ich wieder wie ein Kind der Familie aufgenommen, und heute noch sind wir, meine Frau und ich, eng mit der Tochter der Familie K., die inzwischen auch schon Grossmutter ist, befreundet. Ich hatte es hier besonders schön, bei dieser kultivierten, musikliebenden Familie, zusammen mit einem Klassenkameraden, der bald ein lieber Freund wurde. Nein, auch Euch alle vergesse ich nicht.

In Steffisburg fragte mich eines Tages der Englischlehrer, Herr G., wie es eigentlich mit mir weitergehen sollte, da ich ja nun bereits zum zweitenmal die oberste Klasse seiner Schule besuchte. «Was willst du eigentlich einmal werden?» fragte er

mich und sagte, auf meine Antwort, ich wolle Medizin studieren, reagierend: «Du musst nach Bern aufs Gymnasium. Ich werde versuchen, eine Familie für dich ausfindig zu machen. Inzwischen gebe ich dir zwei Bücher, damit du die drei Jahre Latein nachholen kannst, die die Gymnasiasten bereits hinter sich haben. Du hast drei Monate Zeit!» So kam ich nach Bern, zu Pfarrer B. und auf das Gymnasium. Herr G., auch Sie vergesse ich nicht!

Pfarrer Fritz B. und seine Frau Johanna wurden mir zum zweiten Elternpaar während der zwei Jahre, die ich bei ihnen verbrachte. Auch hier wieder war ich von Wärme und Güte umgeben, wie ich es mir nie hätte vorstellen können. Im Hause des Pfarrers lebten noch seine jüngste Tochter Therese und das letzte seiner sechs Kinder, der Sohn Daniel, der mein Altersgenosse und Klassenkamerad war. Die Freundschaft mit ihm dauert bis heute an, und wir sehen uns mindestens einmal im Jahr.

Im Pfarrhaus war ich frei und meiner Arbeit überlassen. Ich durfte tun und lassen, was ich wollte, und man schenkte mir volles Vertrauen, so wie einem eigenen Kind im Familienkreis. Das einzige, was Pfarrer B. bedauerte, war, dass ich nicht viel Gebrauch von der Berner Synagoge machte.

Ich war damals tatsächlich öfter in seiner Kirche, um seine Predigten zu hören, als ich in die Synagoge ging: Was dieser Mann zu sagen hatte, schien mir wertvoll, und ich hörte ihm gern zu. Ein solches Erlebnis wie diesen langen Aufenthalt im Pfarrhaus B. mit seinen mir eng ans Herz gewachsenen Bewohnern vergesse ich bestimmt nie.

Während mein Vater aus dem militärischen Auffanglager direkt in ein ziviles Arbeitslager in der Nähe von Zürich gekommen war, wo er im Lagerbüro beschäftigt wurde, waren meine Mutter und meine Grossmutter im Sommer 1943 in Steffisburg im Pfarrhaus W. aufgenommen worden und wohnten dort, von

dem Ehepaar W. rührend umgeben, bis Mitte 1945. Auch diese Hilfeleistung voller Nächstenliebe zwei Frauen gegenüber, die hilflos und ohne Mittel in der Fremde Zuflucht vor einem tödlichen Schicksal gesucht hatten, vergesse ich nicht.

Heute wird der Schweiz viel vorgeworfen, und jeder Tag bringt neue Nachricht über Untaten, die begangen wurden. Fernsehen, Radio und Zeitungen tragen zur Verbreitung des Skandals auf möglichst unfreundliche Art bei. Ja, es werden in gewissen Kreisen bereits richtige Strafaktionen angekündigt, in Form eines Boykotts zum Beispiel.

Es kommt mir nicht zu, über die Richtigkeit der Anschuldigungen zu urteilen. Auch will ich nicht darauf eingehen, ob es richtig ist, ein halbes Jahrhundert nach den Vorfällen in irgend einer Form Menschen, die heute leben und mit den Dingen eigentlich nichts mehr zu tun haben, für dieselben verantwortlich zu machen. Ich denke, man könnte derartige Vorgänge auch berichtigen, ohne von Unbeteiligten deswegen eine Sühne zu fordern. Aber bestimmt will ich hier zum Ausdruck bringen, dass die damalige Zeit, deren Schwere den heutigen Generationen, wenn überhaupt, nur noch ein historischer Begriff ist, mir und vielen meiner damaligen Leidensgenossen Gelegenheit gab, ganz besonders wertvolle Menschen kennenzulernen und deren Güte, Liebe und Aufopferung zu schätzen. Auch das geschah in der Schweiz und ich vergesse es nicht.

Pierre Adler (Paris)

Auch diese Tradition, auf die wir Schweizer nicht nur zurecht stolz sein können, sondern die eine ganze wesentliche Stärke unseres Gemeinwesens darstellt, lebt spontan fort.

So wurde von Bürgern aus allen Schichten ein Fonds für Menschlichkeit und Gerechtigkeit geschaffen.

Der Funke zündete am 26. Januar in einer Gruppe von Baslern und sprang von dort rasch auf andere über. An einer Medienkonferenz in Bern konnte Ständerat Gian-Reto *Plattner* ein in der Bevölkerung breit abgestütztes Trägerschaftskomitee vorstellen, dem unter anderem der frühere liberale Neuenburger Ständerat Jean-François *Aubert*, der Tessiner Architekt Mario *Botta*, die Schriftsteller Nicolas *Bouvier* aus Genf und der Zuger Thomas *Hürlimann*, die Gewerkschafterin Margrit *Meier*, der Präsident der ETH Zürich, Jakob *Nüesch*, Weihbischof Josef *Gandolfi*, die Verlegersgattin Ellen *Ringier* und die eidgenössischen Parlamentarier Rosemarie *Dormann*, Verena *Grendelmeier*, François *Loeb*, und Fritz *Schiesser* angehören. Der Kreis bleibe offen; die Initianten wollten sich nicht abgrenzen und niemanden ausgrenzen, hob *Plattner* hervor.

Mit einer landesweiten Sammelaktion will das Komitee einen «Fonds für Menschlichkeit und Gerechtigkeit» äufnen, damit unabhängig von Wirtschaft und Institutionen auch die einzelnen Bürger aktiv werden und von Menschen für Menschen etwas für die von der Naziherrschaft nicht Verschonten tun können. «Uns bewegt die Sorge um unsere Verantwortung, wir wollen unsere Selbstachtung bewahren und jene der Schweiz stärken.» Diese Worte stehen am Anfang einer Erklärung, mit der sich die Initianten an die Öffentlichkeit wenden. Das Komitee distanziert sich von jeder Parteipolitik im Umgang mit dieser Verantwortung und wehrt sich entschieden dagegen, jene, die damals in einer schwierigen Lage waren, nachträglich anzuklagen. Zwar habe die Schweiz jene schlimmen Jahre nicht schuldlos überlebt, aber sie habe keineswegs Schuld auf sich geladen. Viele leisteten mutig Widerstand, betonten die Autoren der Erklärung, sei es im Militärdienst oder zu Hause. Viele bewahrten auch tatkräftig Menschlichkeit und Menschenliebe ge-

genüber den Verfolgten. Als Nachgeborene, erklärte *Plattner*, sind wir nicht schuld an dem, was damals passierte. Für Alt-Ständerat *Aubert* steht die einfache Überlegung im Zentrum, dass wir damals im Unterschied zu sehr vielen andern überleben durften, und er sieht die heute getätigte Hilfe als einen bescheidenen Beitrag zu einem Ausgleich der Gerechtigkeit.

Die gesammelten Gelder sollen mittellosen überlebenden Opfern der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft ungeachtet ihrer Religion und Herkunft zugute kommen und auch der Wiederbelebung jüdischer Kultur in Osteuropa dienen. Unterstützen will man aber auch Menschen, die damals den Verfolgten geholfen haben und deshalb in Not geraten sind. Das Startgeld für die Finanzierung der Verwaltungsarbeiten ist bereits versprochen, so dass die Spenden praktisch vollumfänglich den Hilfsaktionen zugute kommen werden. Um rasch zu helfen, warten die Initianten den Aufbau der zeitlich befristeten Stiftung nicht ab, sondern suchten bereits nach Projekten. Zwei wurden an der Medienkonferenz vorgestellt. Das eine unterstützt Sammeltransporte von Hilfsgütern nach Weissrussland, die von der «Aktionsgemeinschaft für die Juden in der ehemaligen Sowjetunion» organisiert werden. Das andere hilft dem «Jüdischen Historischen Institut in Warschau».

Wie zweifelhaft erscheint im Licht der genannten tätigen Hilfe das Ansinnen zweier britischer Parlamentarier, die in die Schweiz kamen, um sich mit schweizerischen Kollegen und der für diese Fragen eingesetzten Arbeitsgruppe des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) und über Fragen der nachrichtenlosen Vermögen und des deutschen Raubgoldes zu besprechen. Im Anschluss äusserte einer der Briten, *Greville Jänner*, die freche Forderung, dass die Schweiz rasch einen «Wiedergutmachungsfonds» einrichte,

damit nicht das Ende der schweizerischen Nachforschungen abgewartet werden müsse, um den jetzt hochbetagten letzten Überlebenden der Shoha Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen.

Als ob die Schweiz mit der Vertreibung und Vernichtung der Juden jemals etwas zu tun gehabt hätte. Als ob es der Schweiz anzulasten sei, dass ganz Europa nach dem Zweiten Weltkrieg immer gerade etwas Wichtigeres zu tun hatte, als die Wiedergutmachung an Opfern, von denen ja wohl jeder politisch Verantwortliche wissen musste, dass sie nicht jünger, sondern älter wurden. Und alle diese professionellen «Fürsprecher» der jüdischen Holocaust-Opfer, haben sie sich überhaupt jemals nach den spontanen Aktionen, wie jene, die ich als Beispiel aufgeführt habe, auch nur erkundigt? Wieviel blinder Business muss diese Leute schon beseelen, dass sie solche Zeichen der spontanen Solidarität schon gar nicht mehr *wahrnehmen*, geschweige denn ein Wort der Anerkennung oder gar des Dankes finden.

Glaubt man denn wirklich, ein ganzes Volk liesse sich bevormunden, und ausgerechnet das Schweizervolk, das sich in seiner Geschichte schon so oft als standhaft demokratisch erwiesen hat? Glaubt man im Ernst, dass von allen Völkern Europas ausgerechnet die Schweizer in den letzten fünfzig Jahren und mehr nichts aus ihrer Geschichte «mitbekommen» hätten, ja schlimmer noch, die Ahnungslosen gespielt hätten, während alle andern Völker fulminante Prozesse der Selbstkritik in Gang gesetzt hätten und heute moralisch und politisch geläutert immun gegen Ungerechtigkeiten sind, die ganze Völker quälen? Wieviele politischen Offenbarungseide hat die westliche Welt nicht in den letzten Jahren geleistet? Bei wieviel politischer Hilflosigkeit und sinnlosem Taktieren mussten die Menschen nicht zuschauen, als es um das ehemalige Jugoslawien oder in jüngster Zeit um Albanien ging? Dafür mussten tausende Un-

schuldige sterben in bestialischen Massakern auf europäischem Boden in allerjüngster Vergangenheit. Ich höre schon den zynischen machtpolitischen Einwand: Ja, gewiss, aber das kann man nicht vergleichen usw. Ich aber sage, wer Massaker duldet oder aus Kalkül und wider besseren Wissens und Gewissens schönredet, handelt – durch Unterlassung in Worten und Taten – nicht weniger inhuman als jener, der die Hand zum Massaker erhebt.

Es werden leichtfertig oder bewusst Massstäbe verschoben, es wird der Stellenwert der Dinge verschoben, Sinn und Bedeutung werden auf so unerträgliche Weise manipuliert, dass man ernsthaft befürchten mag, gewisse Kräfte zielen darauf ab, unser eigenes Denken seiner Mitte zu berauben, der goldenen Mitte des gesunden Menschenverstandes.

Doch ich bin zuversichtlich, dass sich das Schweizervolk – unter dem Druck der Manipulatoren, die uns mit einer kollektiven Gehirnwäsche beglücken wollen – auf seine inneren Werte zurückbesinnt, mit denen es bisher seine Geschichte gestaltet hat. Diese Werte sind nicht im Museum der Geschichte verschwunden, wie einige glauben, sie sind lebendig und werden zu ihrer vollen Stärke zurückfinden, wenn sie denn gefordert werden.

Einer der Schweizer Parlamentarier, der Waadtländer Nationalrat und Präsident der aussenpolitischen Kommission, Victor *Ruffy*, erklärte im Anschluss an den Besuch der beiden britischen Parlamentarier, dass *Jänner* eine rasche Antwort verlangt habe und dass das Parlament, nach *Ruffys* Meinung, sie ihm noch im Frühjahr geben müsse. Es gäbe Hinweise dafür, so *Jänner*, dass auch andere Parlamentarier hier einen Handlungsbedarf sehen und öffentlich unterstützen möchten. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund würde eine Fondslösung ebenfalls begrüßen.

Der Begriff «Wiedergutmachungsfonds» hat für schweizerische Ohren nicht nur etwas Befremdliches, um nicht zu sagen Beleidigendes, weil er einmal mehr – und nicht zuletzt für das Ausland – eine Parallele herstellt zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich. Nicht der Bundesrat hat Millionen von Juden und Zigeunern ermorden lassen, auch wenn er viele mit seiner unmenschlichen Abweisungspolitik in den Tod getrieben hat, aber auch viele durch Asylgewährung rettete. Für die Schweiz dasselbe Wort zu verwenden wie für Deutschland und Österreich stellt eine Assoziation her, die in den Köpfen von Geschichtsunkundigen verheerend wirken muss.

Dass es irgendwann zu einer Fondslösung in irgendeiner Form kommt, ist durchaus denkbar. Es ist allerdings fraglich, ob es der Sache sehr dient, wenn nun das Parlament von sich aus Lösungen vorwegnehmen würde, die einen Erkenntnisstand voraussetzen, der mit dem bisher Eingeleiteten ja gerade erst geschaffen werden soll. Und es ist durchaus nicht offensichtlich, dass es vor allem die Banken sind, bei denen viele nachrichtenlose Gelder zu finden sein werden.

Man könnte sich zum Beispiel fragen, ob nicht ein weiteres unrühmliches Kapitel der damaligen Politik in diesem Sinne aufgearbeitet werden könnte. Die Schweiz hatte nämlich vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) verlangt, dass er die Kosten der Betreuung und der Weiterreise jüdischer Flüchtlinge bezahle. Der SIG, der sich diesem Ansinnen fügen musste, hatte daraufhin etwa 44 Millionen Franken bei jüdischen Organisationen aus dem Ausland und etwa 10 Millionen von den 5'000 erwerbsfähigen Schweizer Juden eingesammelt. Dazu kamen noch die 1,6 Millionen Franken einer Sondersteuer, welche der Bundesrat bemittelten Flüchtlingen unter dem Titel «Solidaritätsopfer» abnahm.

Es empfiehlt sich auch, heute nicht von Summen zu sprechen, wenn man dennoch auf das Fondsthema eingehen wollte. Sie werden auf jeden Fall als erste Offerte betrachtet werden und deshalb um etwa den Faktor 10 zu klein sein. Zwar wurde vom Präsidenten des World Jewish Congress (WJC) mehrfach versichert, es gehe nicht um Geld, sondern um Gerechtigkeit. Doch dieser Botschaft folgen dann regelmässig Aussagen über angeblich in der Schweiz zurückbehaltene Riesensummen. Die Schweiz muss dieses Problem eigenständig und ohne Verhandlungen lösen. Letzteres auch deshalb, weil die Legitimität des WJC, über die moralischen Ansprüche aller dazu Befugten zu verhandeln, keinesfalls feststeht.

Gerechtigkeit gegenüber den letzten noch überlebenden Opfern der Shoa zu üben ist ein Anliegen, dem man nur zustimmen kann. Aber soweit es um die nachrichtenlosen Vermögen geht, gehört es auch zur Gerechtigkeit, dass es um glaubhaft gemachte Forderungen geht. Das Instrumentarium dazu wurde eingerichtet und steht unter der internationalen Kontrolle der Volcker-Kommission. Einen Fonds zu öffnen, der seine Mittel an Organisationen weiterleiten wird, steht nicht unter Zeitdruck, es sei denn unter dem eher fragwürdigen, mit einem eigenen Vorstoss der politischen Konkurrenz zuvorkommen. Auch das Gute muss mit Bedacht und zum richtigen Zeitpunkt erfolgen.

Es ist durchaus einzuräumen, dass es unbestreitbar nicht zuletzt ausländische Stimmen gewesen sind, welche den Stein zur Abklärung ins Rollen gebracht haben. Allein, wen kümmert das Motiv des amerikanischen Senators? Nichts wäre in Bewegung gekommen, wenn es den Notstand nicht tatsächlich gäbe; der Druck aus dem Ausland hat ihn nicht begründet, ihn lediglich sichtbar gemacht. Er besteht im dringenden Bedürfnis des

Landes, sich mit dem einschlägigen Kapitel seiner Geschichte endlich umfassend auseinanderzusetzen. Dies begründet den Notstand, nicht der äussere Druck. Das Land, seine Jugend zumal, ist im Begriffe, qua Parlament einen einmaligen Auftrag zu erteilen, das ist in erster Linie ein politischer Vorgang, der es nicht verdient, dass der Historiker (vielleicht sogar wohlgemeinten) Sand in seine Achsen streut.»

Die Schweizer Demokratie ist von den Lügen und Attacken völlig überrascht worden. Vielleicht war sie in den vielen Jahren der wirtschaftlichen Prosperität und der politischen Ruhe sanft eingeschlafen und in Routinen verfallen. Eigentlich war sie nicht ernsthaft gefordert, weil niemand sie bedrohte. Man machte sich kaum noch Gedanken, so selbstverständlich kam uns ihr Dasein vor. Heute aber ist sie plötzlich wieder gefordert, sie muss Wege finden, um mit allerlei Veränderungen der Welt fertig zu werden. Der Streit mit den jüdischen Organisationen ist unter diesem Gesichtspunkt nicht nur vordergründig das, was er zu sein vorgibt. Hintergründig spüren wir alle, dass es um unser Kollektiv geht, dass die Schweizer Demokratie aufgerufen ist, sich den Vorwürfen zu stellen. Dem Geist und Wort unserer Konstitution zufolge also der Schweizer Souverän.

Als ich den Gedanken zu diesem Buch fasste, war mir dies noch gar nicht mit aller Klarheit bewusst. Ich verspürte einfach das Bedürfnis, zu reagieren und mich zu diesen Dingen zu äussern. Erst im Laufe der Arbeit an den unzähligen Informationen, die in den Medien angehäuft wurden, ohne dass etwas Vernünftiges in dieser Redeflut herauskam, die sich über alle Bürger ergoss, wurde mir immer schärfer deutlich, dass ich dieses Buch zuerst für mich selbst als eine notwendige Reaktion schrieb. Hätte eben diese Reaktion in den Medien stattgefunden, dann – davon bin ich überzeugt – hätte ich mich nicht an

die Arbeit gemacht. Denn natürlich wäre ich dann überzeugt gewesen, dass diese notwendige Arbeit von den Medien gemacht wird, von all jenen, die es eigentlich zu ihrem Beruf gemacht haben sollten, die Meinungen des Souveräns in die Öffentlichkeit zu tragen, die Öffentlichkeit dieser Meinungen als höchstes Gut zu sichern. Stattdessen antichambrieren sie servil bei den (vermeintlich) Mächtigen und (Einfluss)-Reichen, schnappen deren Verlautbarungen auf (wenn es denn wenigstens keine Lügen wären), halten deren Machtkämpfe für den Nabel der Demokratie und kolportieren sie auf jämmerliche und beschämende Weise.

Der Schweizerischen Eidgenossenschaft und ihrer Demokratie erweisen sie damit wahrlich keinen Dienst. Der Bürger wird davon nicht einsichtiger, im Gegenteil.

7. KAPITEL

Nestbeschmutzer und Verräter in der eigenen Reihe

Wir Schweizer sind es nicht gewohnt, in die Kritik zu geraten und angegriffen zu werden, weil wir vermutlich in einer gewissen Selbstzufriedenheit verharren und vom ständigen Lob aus dem Ausland – von dem wir doch so beneidet werden – verhätschelt worden sind.

Und jetzt plötzlich sollen wir sogar gemeinsame Sache mit den Nazis gemacht haben? Diese Vorwürfe aus einem befreundeten Land wie den USA, aus Israel und von den jüdischen Organisationen tun nicht nur weh, vielmehr sind wir zutiefst verletzt, sprachlos, schockiert und können nur noch eines tun: Wie die alten Eidgenossen zusammenstehen und mit einer Zunge reden. Nicht rechtfertigen, sondern sachlich und korrekt darlegen – wie dies bereits in den vorherigen Kapiteln getan wurde –, so dass diese ungeheuerlichen Anwürfe, Lügen und gemeinen Anschuldigungen nicht nur widerlegt, sondern auch als völlig inakzeptabel zurückgewiesen werden.

Die ausländischen Juden, die von der Schweiz nur grosse Geldsummen erpressen wollen, müssen an unserem standhaften Verhalten erkennen, dass jeder Versuch, einen Keil in unsere Mitte zu treiben, zum Scheitern verurteilt ist. Mit den Schweizer Nestbeschmutzern werden wir schon fertig.

Während die Deutschen in den letzten fünfzig Jahren – und auch heute noch – Perfiditäten und Nazigreuelvorwürfe anhören mussten, sind auch deren Kriegsnachkommen vom Hass

nicht verschont geblieben. Und sie mussten für die Sünden all jener büßen, die das Schrecklichste, was die Menschheit je erlebte, getan hatten.

Der Deutsche ist heute jedoch mit einer wesentlich dickeren Haut als der Schweizer gesegnet und er nimmt die verbalen Ausbrüche nicht mehr so ernst, seien sie aus den Kreisen der amerikanischen Scientologen, die sich hemdsärmelig in der Bundesrepublik verbreiten und ihre Machtstellung ausbauen wollen, oder von den Iranern, die ihre Mörder in die deutschen Städte schleusen, um unliebsame Gegner zu beseitigen. Wahrscheinlich haben die Deutschen mittlerweile gelernt, schneller und genauer zu unterscheiden, ob die Kritik ehrlich ist oder ob damit politische oder gar unlautere Zwecke verfolgt werden.

Heute haben wir fast den Eindruck, dass aus dem Nachbarland eher ein wenig Schadenfreude kommt. Vielleicht sagen die Deutschen sich, dass es den Schweizern nicht schaden kann, auch einmal diese Erfahrung zu machen.

Nun, die Deutschen sind nicht nur unsere Nachbarn, sie sind auch zuverlässige Freunde geworden, auch wenn es hin und wieder mal einen «Kotzbrocken» darunter gibt.

Aber wer will behaupten, dass wir Schweizer nicht auch mal über die Stränge schlagen können? Schon mancher Schweizer wurde wegen ungebührlichen Verhaltens im Ausland als persona non grata ausgewiesen. Nur eben, wir kennen uns mit den internationalen Fallstricken noch nicht genug aus. Überall in der Welt wird knallharte Machtpolitik betrieben, versucht man, möglichst clever seine Interessen durchzusetzen, es wird um Vorteile gefeilscht und gepokert, und wir Schweizer wollen dies alles nicht wahrhaben. Wir pflegen lieber unser Image als friedliebendes Land und sind zufrieden, weil wir uns gern als Musterland der Demokratie fühlen und uns mehr oder weniger unauffällig verhalten oder im Ausland mit einem «Ah so...» be-

wundert werden für die schöne Bergheimat, die wir ja nicht selbst geschaffen, sondern so als kleines Paradies mitten in Europa als Geschenk vom lieben Gott erhalten haben. Es ist ebensowenig unser Verdienst, dass wir in diese relativ heile Welt hineingeboren wurden. Aber wir sollten dem Herrgott dafür danken. Und wir tun dies auch redlich, denn wir alle, das Schweizervolk, bringen Jahr für Jahr die gewaltige Spende von rund 730 Millionen Franken für Hilfs- und Sozialwerke auf, die weltweit Not und Elend lindern und den Menschen dabei helfen sollen, auch eine menschenwürdige Welt aufzubauen. Auch da zeigt sich die Schweiz ganz nach der Gesinnung von Henri *Dunant*, dem Gründer des Schweizerischen Roten Kreuzes.

Wenn ich persönlich im vergangenen Herbst bewusst für das Ausländerrecht stimmte und gegen die Blocher-Initiative war, so richtete sich das nicht gegen die SVP-Partei von Christoph *Blocher*, den ich schätze. Mit seinem finanziellen Background als Unternehmer könnte er es sich leisten, sich in eine stille Ecke zurückzuziehen und die Politiker und Parteien ihre eigenen Wege gehen lassen, wie die meisten Superreichen dies tun. Nein, *Blocher* ist ein Kämpfer, ein Ureidgenosse, den man weit und breit in der Schweiz suchen muss. Solche Menschen halten die Werte unseres Staates lebendig, anstatt sie nur als Lippenbekenntnisse im Mund zu führen, und wir sind und müssen dankbar dafür sein, dass es solche noch gibt. Ohne ihn wären wir heute in der EWR und zahlten uns dumm und dämlich.

Aber auch von den «negativen Nebenerscheinungen» würden wir nicht verschont. Eine solche wäre zum Beispiel die Öffnung des Korridors für den gesamten Verkehrs durch das Nadelöhr Schweiz in den Süden und umgekehrt. Oder die Überschwemmung durch das Ausländerrecht, die unsere Bodenpreise durch den Kauf von Liegenschaften ansteigen liesse, oder die katastrophalen Folgen für die Landwirtschaft, weil die Schweiz mit

Agrarprodukten miesester und fragwürdigster Qualität überschwemmt würde und so weiter. Nicht zu reden vom neuen einzuführenden Währungssystem, das alle möglichen Länder aus der EU von von Nord bis Süd, von West und Ost am gesunden Schweizer Franken teilhaben liesse und diesen zwangsläufig entwerten würde.

Ganz anders die Leute von der Sozialistischen Partei, *Bodenmann*, *Ledergerber*, *Rechsteiner* und wie sie alle heissen. Diese würden mit ihren modernistischen Chimären lieber mit Haut und Haaren die Schweiz nicht nur für ein Butterbrot verkaufen, sie glauben durch ihre Heuchelei sich politisch profilieren zu können. *Blocher* nennt sie deshalb Moralisten, und meint damit, dass sie keine vernünftige Politik für die Schweiz betreiben können.

Bodenmann, der umstrittene Walliser, der von einem Pferd auf das andere Pferd sattelt, von einem Ort zum andern eilt, damit er auch noch in den Staatsrat aufgenommen werden soll, meint, dass seine Partei, weil sie die grösste in der Schweiz sei, schon die Stirn haben dürfe zu sagen, was das Volk denke. Es sei die Meinung des Volkes, dass Bundesrat *Delamuraz* sofort sein Mandat niederlegen solle, nachdem jener in einem Interview mit einer welschen Zeitung das Vorgehen der jüdischen Organisationen in die Nähe der «Erpressung» rückte und dadurch weltweit die Juden in Aufruhr versetzte.

Dass aber seit Monaten und Wochen Tag für Tag dieselben die Schweiz als «Handlanger» und «Mittäter» der Nazis beleidigen und die ekelerregendsten Lügen über unser Land verbreiten, weil sie angeblich noch kein «offenes Ohr» für ihre unglaublichen Begehlichkeiten und Wünsche von Milliarden von Franken, fanden, darüber spricht niemand. Da schweigen diese Herren sich aus. Nein, sie gnappen mit dem Kopf, wie man es hin und wieder in der Fernsehsendung «Arena» sieht, wenn ei-

ner der linken Redner etwas sagt, was sie wohlwollend mit Kopfnicken bestätigen, als habe er gerade eine tiefe Wahrheit geschürft.

Bodenmann hat es recht schwer. Nicht nur wegen seiner etwas schweren Zunge und seinem Dialekt, der recht archaisch anzu-hören ist, sondern wegen seiner Arroganz und Rechthaberei. Mit den grossen Tönen, dass «seine Partei die grösste der Schweiz sei», glaubt er, dass das Stimmvolk, wenn eine Abstimmung für ein soziales Paket angenommen worden ist, für das seine Partei sich stark machte, jetzt in jeder Frage hinter ihm steht. Doch wenn er seinem Gegner *Christoph Blocher* im Fernsehen unter die Nase reibt, dass «die Mehrheit des Volkes auf seinem Trend liege», so scheint er etwas übersehen zu haben. Es gibt Dinge, die der Schweizer Bürger, ob parteizugehörig oder nicht, aus Überzeugung selbst entscheidet. Dies hat nichts mit irgendwelchen «Verdiensten» der SP zu tun, sondern mit dem Verständnis des Bürgers von der direkten Demokratie.

Jedenfalls wirkt der Mensch *Christoph Blocher* in seiner ganzen Offenheit und Geradlinigkeit wesentlich sympathischer. Es gäbe noch vieles darüber zu sagen. Und sollte demnächst wieder eine Initiative von der SP aufgelegt werden, könnte es passieren, dass gerade wegen der laufenden Unterstützung dieser Partei für die ausländischen jüdischen Organisationen die Waage zugunsten von *Christoph Blocher* kippt, weil er in seiner Bodenständigkeit und Rechtschaffenheit mit der Wahrheit und nicht mit den «Lauen» die Markzeichen gesetzt hat.

Dann ist da noch dieser Besserwisser *Ledergerber*, der in der «Arena» stets dem Gegner ins Wort fällt und nicht mehr aufhört zu schnorren, so dass der Sendeleiter ziemlich nervös herumsteht und nicht weiss, was er eigentlich noch tun soll. Endlich kommt er auf die Idee, *Ledergerber* das Mikrophon zu entziehen. *Ledergerber* kann es – wie alle von der SP einfach nicht er-

tragen, dass *Blocher* «besser im Volk ankommt». Sie haben ja nach ihrer Überzeugung die Interessen des Volkes gepachtet, und ein volkstümlicher Politiker und Unternehmer kann in ihren Augen nur ein finsterner Demagoge sein. Ihre Gehässigkeiten vor der Kamera werden so in die Stuben der Schweizerbürger getragen, und vor den Bildschirmen sitzen oft auch ausländische Personen, so sie der Sprache zu folgen vermögen.

Als Dritter im Bunde ist Paul *Rechsteiner* zu nennen, der sich vehement als «Sühner» für die angeblich von der Schweiz begangenen Ungeheuerlichkeiten während der Kriegszeit ausgibt. Es kann einem kotzübel werden, wenn dieser profilsüchtige Rechtsanwalt, ohne Atem zu holen, wie mit einer Maschinengewehrsalve daherschnattert.

Was einen verwundert, ist, dass diese Leute, die sich des Schweizers schämen, überhaupt noch in der Lage sind, unter Schweizern zu leben. Das muss für sie ja eine fürchterliche seelische und moralische Belastung sein. Ja, dass sie überhaupt an der Spitze der Regierung im Parlament einen Platz einnehmen? Die Welt ist gross, warum ziehen sie nicht in ein Ostblockland, in den Nahen Osten, in die Balkan-Länder, oder in ein Drittweltland, wo es noch viel mehr Wäsche zu waschen gibt? Aber sie sollten auch einmal ihre eigene reinigen. Denn vor lauter Selbstgerechtigkeit und Anschuldigungen gegenüber jenen Schweizerbürgern, die ihre Pflicht mit grosser Opferbereitschaft an den Grenzen während des Krieges getan haben, und die sich nicht mehr wehren können, weil sie verstorben sind, stinken sie schon von Weitem, weil sie laufend ins eigene Nest scheissen. Die Angriffe dieser Leute gegen Bürger und Staat sind weder heroisch, noch kann man sie als Engagement bezeichnen, sondern lediglich ein Abklatsch von billiger Show, geschmacklos und abstossend. Sie pilgern demütig mit dem Hut in der Hand nach Washington oder in die Falle der auslän-

dischen jüdischen Organisationen, die sie dann als nützliche Helfershelfer für ihre Zwecke missbrauchen, und meinen, dass die breite Bevölkerung der Schweiz für die Aufklärung der Grausamkeiten der Eidgenossen während des letzten Weltkrieges sei, und nur die Schweizer Grossbanken und die Regierung dies noch nicht schuldbewusst begriffen hätten.

Die Juden haben es schon immer verstanden, ihre Tricks auszuspielen, Zwietracht zu säen und Leute vor den Karren ihrer Interessen zu spannen. Es durfte kosten was es wolle, solange es nicht von ihnen bezahlt werden musste. In diesen Momenten kommen da einem immer wieder die Namen «Shylock» aus «Der Kaufmann von Venedig» von William Shakespeare oder «Fagin» in «Oliver Twist» von Charles *Dickens* in den Sinn. Auch wenn man kein Antisemit ist, sollen einem diese Vergleiche erlaubt sein.

Denn es ist doch selbstverständlich, dass es in der Weltliteratur zahlreiche jüdische Grössen gibt, vor denen man respektvoll den Hut ziehen muss. Ich denke dabei vor allem an Gottfried Ephraim *Lessing* mit «Nathan der Weise», auch an *Hölderlin*, *Mörike*, *Heine*, *Raabe* und wie sie alle heissen. Sie bilden den Gegenpol zu jenen jüdischen Gruppen, die gegen andere zu Felde ziehen.

Unterstützt werden diese linksorientierten SP-Politiker noch von den sogenannten künstlerischen «Grössen», wie Schriftsteller, Musiker, Schauspieler, Literatur- und andere Professoren unterschiedlichster Färbung, darunter auch der Querulant und Nestbeschmutzer Nationalrat *Ziegler*. Einer, der schon längst nicht mehr in die Regierung gehörte. Wann wird er es jemals begreifen lernen? Wie ernst diese Leute genommen werden können, haben wir in der Vergangenheit immer wieder feststellen können. In den entscheidenden Momenten, wo es galt, sich zur Wahrheit zu bekennen und Farbe zu zeigen, tauchen

sie ab und halten sich bedeckt, um später wieder mit ihrer Kritik aufzuwarten, was sie besser oder anders gemacht hätten. Solange es ihnen um eine Gunst und Streicheleinheiten ging, versagten sie nicht. Sobald jedoch diese ausblieben und blankes Unverständnis ihnen entgegenschlug, machten sie sich dies zunutze, dass man sie eben nicht verstehe, um dann beleidigt und verbittert den Rückzug anzutreten.

Als weiteres Übel in unserer Gesellschaft ist die unwürdige Haltung von Seiten der Presse, Journalisten und von Fernsehleuten zu nennen. So hatte sich der von Verleger Michael *Ringier* verhätschelte Frank A. *Meyer* in einem Presseforum zähnefletschend, sabbernd und geifernd über Bundesrat Jean-Pascal *Delamuraz* und über die Korrespondenz von Botschafter *Jagmetti* ausgelassen, als ob er vor dem In- und Ausland zeigen müsste, dass die ganze Schweiz darob erbost wäre und diese beiden Personen in Bausch und Boden verdammt werden müssten. Ach ja, dieser Frank A. *Meyer*, eitel und soviel von sich haltend, sich mit aller Welt wichtig tuend, dass er eben den Bundesrat *Ogi* an der Strippe hätte und ihm wieder einmal gehörig die Meinung sagen müsse, versaut nicht nur im Fernsehen die Sendungen, wo man glücklicherweise durch Knopfdruck einen anderen Sender wählen kann, sondern auch noch *Ringiers* Presse, wo er sich – völlig inkompetent – überall einzumischen versteht. Und *Ringier*, der immer noch nicht gemerkt hat, welcher Schaden letztlich durch diesen Streitgenossen mit seinem Getue entsteht, stützt ihn weiterhin. Bereits haben bei *Ringier* die besten Topleute den Hut genommen, weil die Streitfrage der Kompetenz nicht restlos geklärt wurde.

Einen «Ränkeschmied» und «Einflüsterer» nannte ihn Karl *Wild* in der März-Ausgabe der *BILANZ*. Und was man alles über diesen bornierten Mächtigen *Meyer* hört und liest ... so-

viel Mühe um etwas, was sich nicht lohnt. Ein Mann, der nach eigener Aussage ebensoviel im Bildschirm festgehalten werden will, wie diejenigen, die er interviewt. Es sei das ungeschriebene Gesetz und darüber wolle er sich mit niemandem unterhalten. Gilt er wirklich soviel? – Ich brauche seine Sendungen nicht zu sehen. Nur einmal, als Bundesrat Willi *Ritschard* eingeladen war, von dem er auch prahlt, wie eng verbunden sie gewesen sein sollten, sah ich das Interview mit grosser Überwindung. Aber auch dieser Stern wird vom Himmel sinken. Die Frage bleibt, wie lange kann es sich *Ringier* noch leisten, einen solchen Mann zu halten? Im Vergleich zu Frank A. *Meyer* strahlen Personen wie Erich *Gisling* schon etwas anderes aus. Und es wäre in der Tat besser, *Gisling* oder der Sendeleiter und Chefredaktor der NZZ, Dr. Hugo *Butler*, würden dem Fernsehen länger erhalten bleiben als *Meyer*.

Mit welchen massiven Mitteln sowohl gewisse Journalisten des Schweizer Fernsehens DRS und vor allem die «Sonntagszeitung» operieren, wurde nicht nur von jenem kriminellen Stück Journalismus (der seinen Namen nicht verdient!) illustriert, das den Schweizer Botschafter *Jagmetti* zum vorzeitigen Rücktritt veranlasste. Auch mir als Autor dieses Buches wurde auf übelste Weise mitgespielt.

Simon *Hubacher* von der «Sonntagszeitung» rief mich eines Nachmittags an und teilte mir mit, dass ihm die Anzeige dieses Buches, das kurz vor Drucklegung stand, nicht gefalle und er auf der andern Seite sei. Welche andere Seite es auch geben mag äusser der Wahrheit dieses Titels: *Uns trifft keine Schuld!*

Ich erklärte ihm, dass sich dieser Titel in erster Linie auf die Eidgenossenschaft und auf das Schweizervolk bezieht und nicht auf die Banken, Unternehmen, die möglicherweise mit Lieferungen an die Deutsche Wehrmacht geholfen hätten, und auch

nicht auf jene Exekutive, wie die Bundesräte *Pilet-Golaz*, von *Steiger* oder dem Polizeivorsteher *Dr. Rothmund* und andere *Frontier*, die Schuld auf sich geladen haben.

Dies passte *Hubacher* anscheinend überhaupt nicht ins Kalkül. Und wenn ich heute betrachte, wie dieser Journalist blitzschnell die Ebene der offenen und ehrlichen Kommunikation verliess, um mich, den Autor, in erbärmlichster Weise anzugreifen und meine wirtschaftlichen Verhältnisse in aller Öffentlichkeit auszubreiten, als sei ich ein Riesenbetrüger, den es vor der ganzen Schweiz blosszustellen gelte, so wird mir klar, dass dieser *Simon Hubacher* von vornherein nur eines im Sinn hatte:

Mit allen Mitteln (auch den schäbigsten!) zu verhindern, dass ein kritisches Buch erscheint, in dem ich freimütig sage, was viele Schweizerinnen und Schweizer denken.

Da aber weder *Hubacher* noch das Schweizer Fernsehen von mir Unterlagen oder Auszüge aus dem Buch erhalten konnten, weil ich gerade dem vorbeugen wollte, was mit *Jagmetti* geschehen war, blieb ihnen als Waffe nur noch der «Enthüllungsjournalismus», den man als wahre Seuche der heutigen Medien bezeichnen muss, und sie griffen meine Person in erbärmlichster Weise an. Alle Gegendarstellungen wurden von der Redaktion der «Sonntagszeitung» mit fadenscheinigen juristischen Begründungen abgewiesen und nicht veröffentlicht, um dem Leser Glaubwürdigkeit der verzerrten Berichte zu suggerieren.

Ich sei einer Frau *Gerber* noch 50'000 Franken schuldig, obwohl sie mit einem Vergleich vor Jahren abgegolten wurde. Als sie dann dennoch gerichtlich klagte, wurde sie abgewiesen. Obwohl das Fernsehen die Unterlagen eingesehen hatte, wurde nur die Version Frau *Gerbers* ausgestrahlt, die dann meinen

Brief vorlas, dass ich – wenn ich etwas Geld verdienen sollte – ihr zusätzlich und unabhängig von diesem Gerichtssentscheid die 50'000 Franken noch bezahlen würde (weil ich eben kein erbarmungsloser Geschäftsmann bin – ganz im Gegenteil und oft zu meinem eigenen Schaden – und der karge Geschäftserfolg des Buches von Frau *Gerber* mich ja auch betrübte). Allerdings bat ich sie, im Gegenzug keine weiteren Diffamierungen über mich zu verbreiten. Sie hielt sich nicht daran, und ich hätte heute wieder das Recht, ihr das zugesagte Geld zu verweigern.

Es kamen nun persönliche Dinge – auch die unglaublichsten Verleumdungen – aufs Tapet, die nichts aber auch gar nichts mit diesem Buch zu tun haben, nur um die Glaubwürdigkeit des Autors kaputtzumachen. Dass ich kein Rassist bin, bezeugen die bereits von mir herausgegebenen Bücher *Daniel Heim*, die autobiographischen Charakter haben. Ich habe immer gedacht, Jean-Jacques *Rousseau* übertreibt. Heute gerät man ins Schaudern, wie die Drahtzieher der sogenannten Öffentlichkeit über einen Menschen, der ihnen nicht genehm ist, herziehen.

Nicht nur die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten des Schweizer Fernsehens und ein Teil der Presse beweisen, dass in ihrer Schweizer Fahne schon längst das weisse Kreuz verschwunden ist, und dass man nur noch röter vor Zorn werden könnte. Nicht nur, dass diese Leute zu Verrätern am eigenen Land werden, sie stiften noch meine Nachbarn und Bekannten an, solche zu werden.

Einem Nestbeschmutzer wie Jean *Ziegler* hingegen wird jeder erdenkliche Spielraum geboten, und die Redaktoren freuen sich noch an ihm.

Wie undemokratisch sind doch diese Verhaltensweisen, wo mit perfidesten Mitteln jeder mundtot gemacht werden soll, der nicht in ihr Bild passt. Die Wahrheit wird sich aber dennoch durchsetzen.

Am Run auf die Auflagensteigerung hat sich über Fehlinformationen und Diffamierungen speziell die «Sonntagszeitung» aus dem Hause Tages-Anzeiger stark beteiligt. Auch der «Tages Anzeiger» und die dem Konzern angehörende «Berner Zeitung» schlugen in die gleiche Kerbe. Und es verwundert ja dann eben nicht, wenn jene einem solchen Vorstoss von Bundespräsident Arnold *Koller* und dem Finanzminister Bundesrat Kaspar *Villiger* beistimmen und diese Idee als überragend preisen. Tage später – entgegen der laufenden Mitteilung der Stimme aus dem Volk vom Schweizer Fernsehen «Schweiz aktuell» – behaupteten sie, der grösste Teil der Schweizer Bevölkerung stehe hinter dem Milliarden Ding, das der Bundesrat verkündete. Schauen wir einmal in einem Jahr weiter, wie das Volk tatsächlich abstimmen wird. Vor allem, wenn nach den Prognosen die Wirtschaft noch schlechter wird, die Arbeitslosigkeit und die Armut zunehmen. Ausserdem wird ja behauptet, dass dieses Geld auch gegen die Armut in der Schweiz bestimmt sein soll. Wäre dann diese Politik nicht völlig verfehlt? Würde das dann nicht zu einer ungeheuren Inflation führen? *Villiger* behauptet nein. Die Ehemaligen der Nationalbank indessen sagen Ja. Die Problematik dieser Transaktion wurde bereits im vorigen Kapitel ausreichend behandelt. Es liegt also nur noch am Volk darüber zu befinden, ob unser Schweizerfranken später durch den «Euro», oder bereits heute schon durch Bundesrat *Villiger* und Konsorten verschwinden wird.

Wenn Zeitungen und Presseorgane zum Schaden der Schweiz im Ausland mit ins gleiche Horn stossen, wie diejenigen, die unser Land in Bausch und Bogen verdammen und unser Ansehen – und vor allem unsere Väter und Vorfahren – beleidigen, dann mögen sie ihre Leserschaft verlieren. Sie haben es nicht anders verdient. Diesbezüglich haben bereits einige

Zeitungen diese Erfahrungen machen müssen. Wenn die Briten nicht davor zurückschrecken, in ihrer «The Sunday Times» eine geschmacklose Fotomontage mit einem offenen Konzentrationslager-Tor von Auschwitz «Arbeit macht frei» abzudrucken mit einer heilen Schweizerlandschaft dahinter, so zeigt dies, in welche traurige Presselandschaft wir geraten sind. «Blood Money» titelt dieses englisch-jüdische Schundblatt von *Mardoch*. Erst hatten die BBC und die «The Times» – die interessanterweise ebenfalls *Mardoch* gehört – angekündigt, die Rede von Arnold *Koller* sei «staatsmännisch» ja «visionär» und jetzt bringen sie eine so billige Effekthascherei.

Aber auch die Schweizer Filmmacher stehen dieser These nicht fremd. Besonders die linksrevisionistische Geschichtsschreibung, wie die von Pseudo-Historiker Jakob *Tanner* und Daniel *Monnat*. Dieser hat einen angeblichen Dokumentarfilm mit dem Heinrich *Böll* nachempfundenen Titel «Die verlorene Ehre der Schweiz» produziert. Eine sehr einseitige und völlig unbrauchbare Sache. Der Kommentar von *Monnat* war entsprechend, dass die Schweizer des Zweiten Weltkriegs Leute waren, «die aus der schlimmsten Krise des 20. Jahrhunderts für sich Nutzen zu ziehen wussten». Der Beitrag zeigte durchwegs nur die eine, schlimme Seite der Medaille. Lediglich bei den Schlusspassagen des Films, welche der Nationalbank und den Firmen Alusuisse, Maggi, Georg Fischer und Elektrowatt gewidmet waren, wurde, zumindest in Ansätzen, der Versuch unternommen, zu differenzieren.

Für das Strickmuster des Beitrags bezeichnend waren die Rollenverteilungen: Alte Leute, die empört ihr Geschichtsbild verteidigten, Gymnasiasten, welche für eine offene und kritische, heutige Schweiz zu stehen hatten, und die Historiker Jacques *Picard*, Jakob *Tanner*, Sebastian *Guex*, Hans-Ulrich *Jost* und Marc *Perrenoud*, welche ihre meist einseitigen Analysen

vortragen. Bedenkt man, dass die beiden Erstgenannten ebenfalls vom Bundesrat ernannte Mitglieder der Kommission Bergier sind, fragt man sich heute schon, ob und wieweit wohl diese Sicht die «neue, endgültige» (die niemals endgültig sein kann laut Professor *Bonjour*), vom Parlament bestellte Schweizer Geschichte prägen werde.

Im Übrigen wird schon in der Presse gemeldet, dass der mit Spannung erwartete Bericht der US-Regierung über die Goldgeschäfte Nazi-Deutschlands keine neuen Elemente bezüglich der Rolle der Schweiz enthalten wird. War also diese ganze Geschichte von den ausländischen jüdischen Organisationen nur angezettelt, um Unfrieden zu stiften, um Lösegeld zu erpressen? Müssten sich diese Organisationen jetzt nicht bei den Schweizern entschuldigen – sie für ihr ungeheuerliches, geldgieriges Verhalten? – Ja, das meine ich, das wäre jetzt am Platz.

Nicht nur, dass es nichts war mit den zuerst genannten 10, dann 7 und schliesslich 5 Milliarden Schweizer Franken, die in den Tresoren der Schweizer Banken auf die jüdischen Hinterbliebenen harren sollten. Letztlich waren es doch nur noch 38 bis 40 Millionen Franken, die die Schweizer Grossbanken stets angegeben hatten. Und ich will wetten, dass am Schluss der Berichte wohl einige angebliche «Mängel» in der schweizerischen Ausländerpolitik im Zweiten Weltkrieg herausgefunden werden, sonst aber nichts, aber auch rein nichts an Schuld gegen die Schweiz erbracht und schon gar nicht erwiesen wird.

Wenn nun kirchliche Kreise sich zu einer Schuld bekennen, wie dies in der Schweizerischen Bischofskonferenz getan worden ist, jüdenfeindliches Denken geduldet, teilweise sogar seit zwei Jahrtausenden von den christlichen Gemeinschaften gefordert zu haben, so ist diese Stellungnahme berechtigt. Nur der christliche Glaube hat die barbarischen Kreuzzüge erlaubt, die

dann aber auch noch auf den mohamedanischen Glauben ausgeweitet wurden. Aber immer und immer wieder wurden die Juden von den Progromen in Mitleidenschaft gezogen. Die Kirchenführer und Fürsten bekräftigten dies jeweils, indem sie den Juden die Schuld an Jesus von Nazareths Tod zuerkannten, auch wenn die Vollstrecker die Römer waren. Und sie nannten stets die Worte, die Jesus der weinenden Mutter Maria und Maria-Magdalena am Kreuz sagte: «Weinet nicht um mich. Weinet um euch und eure Kinder!»

So recht ins Bild unserer tendenziösen Presselandschaft passt schliesslich auch der völlig verantwortungslose Stil der «Enthüllungen», die hochgespielt, aufgebauscht und öffentlich ausgebreitet werden, möglichst bevor die Fakten geklärt sind. Der Fall *Meili* war ein Paradebeispiel für diese Art der «Berichterstattung». Wer sich davon provozieren lässt und einen Fehler in der Wortwahl begeht, dem kann es ergehen wie dem Präsidenten der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), Robert *Studer*. Der Anwalt des Wachmanns Christoph *Meili* reichte Klage ein, indem er *Studer* rufschädigende Unterstellung vorwarf. Die SBG wiederum war gezwungen, die Klage als haltlos zurückzuweisen, d.h. ebenfalls auf dem zivilrechtlichen Weg zu reagieren.

Vielleicht kommt es auch in der Schweiz so weit, dass wir nur noch über unsere Anwälte miteinander reden und das offene und ehrliche Wort völlig verstummt. Zumindest die Anwälte wird es freuen. *Studer* habe *Meili* in der Sendung «Arena» des Schweizer Fernsehens unmissverständlich unlautere und unethische Motive unterstellt, teilte *Meili*-Anwalt Marcel *Bosonet* mit. Die beim Bezirksgericht Horgen eingereichte Klage laute auf Verletzung der Persönlichkeitsrechte, hielt er auf Anfrage fest. In diesem Zusammenhang habe er verschiedene An-

träge gestellt, die er aber nicht präzisieren wollte, da der SBG und *Studer* die Klage noch nicht vorliege.

Bossonnet, der von jüdischer Seite als Anwalt für *Meili* zugezogen wurde, hatte der SBG und *Studer* vier Tage Zeit gegeben, zu den in der Sendung «Arena» vom 17. Januar 1997 gemachten Bemerkungen Stellung zu nehmen. *Studer* hatte in der Sendung gesagt, *Meili* habe für sein Vorgehen, als er historische Akten vor der Vernichtung rettete, nicht nur ehrbare Motive gehabt. In der Sendung hatte er diese Aussage jedoch nicht begründet.

Studers Rechtsvertreter antwortete *Bossonnet*, *Meili* hätte die Aktenvernichtung noch stoppen können, wenn er den Fund unverzüglich gemeldet hätte. Dies wäre «im objektiven Interesse aller Beteiligten gewesen». Da *Meili* aber den Dienstweg nicht eingehalten habe, erwecke dies den Eindruck, es sei ihm darum gegangen, sich Publizität für die eigene Person zu sichern. *Bossonnet* war jedoch mit der Begründung nicht zufrieden. Die SBG und deren Direktor hätten die medienwirksame Unterstellung weder konkretisieren noch belegen können, begründete er die Klage. Er wirft *Studer* und der SBG insbesondere vor, sie stünden nicht zu ihrem Fehlverhalten, sondern drehten den Spieß um. Der Wachmann habe couragiert und unter Inkaufnahme einschneidender, auch wirtschaftlicher Folgen aufgedeckt, dass die SBG Akten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges vernichten wollte, hiess es im Communiqué. Mit der Wahrung von *Meilis* Interessen in diesem Fall wurde die Rechtsanwältin *Cornelia Kranich-Schneiter* betraut.

SBG-Sprecherin *Gertrud Erismann* bezeichnete die Klage als haltlos. *Studers* Bemerkungen in der Fernsehsendung seien präzisiert worden, und es würden im Brief Tatsachen aufgeführt. Zudem habe *Studer* nie gesagt, es sei kein Fehler gemacht worden. Wenn man bedenkt, wie unglaublich überempfindlich die Juden in ihrer Sache reagieren, verwundert einen nur, war-

um auch von der Presse und der Öffentlichkeit her keine energischere Zurückweisung der infamen Lügen und Behauptungen, die gegen die Schweiz vorgebracht werden, erfolgt. Der stotternde und kaum zu einem richtigen Satz fähig sprechende *Meili* – jedenfalls hört es sich in den Fernsehsendungen jeweils so an – ist gar nicht in der Lage gewesen zu beurteilen, ob er nun tatsächlich wichtige Akten (er redete im Fernsehen nur von so schönen, von handgeschriebenen Bänden) behändigen konnte. Hier machen – insbesondere auch mit der eher nebenbei bemerkten Erklärung *Studers* – die Juden vielzuviel Aufhebens. Es scheint, als ob sie es direkt darauf anlegten, permanent mit der Schweiz im Streit zu stehen, um soviel wie möglich herauszuholen.

Hanspeter *Thür*, Nationalrat der Grünen Partei schrieb in der NZZ folgenden Brief, der viele bemerkenswerte Einsichten darüber enthält, wie selbst in der Politik hohe Exponenten sich in die Gefahr begeben, ihr Handeln am Spektakulären, an «medienwirksamen Aktionen» zu orientieren:

«Die längst fällige Auseinandersetzung um den Antisemitismus verkommt zunehmend zu einer parteipolitischen Abrechnung. Der Vorstand der SP Schweiz hat mit der reichlich späten Rücktrittsforderung an die Adresse von Bundesrat *Delamuraz* dieser Entwicklung Vorschub geleistet, nachdem die betroffenen jüdischen Kreise das «Bedauern» von Bundesrat *Delamuraz* akzeptiert hatten. Die Forderung ist umso abstoßender, als zum Vornherein klar war, dass eine solche Forderung rein gar nichts bewegen wird. Im Gegenteil: Sie provozierte eine breite welsche Solidarisierung über alle Parteigrenzen hinweg (inklusive SP) mit dem Volkswirtschaftsminister.

In der Romandie war man sich einig, dass die Aussagen von Bundesrat *Delamuraz* inakzeptabel waren, dass er aber deswe-

gen noch lange kein Antisemit war und eine Rücktrittsforderung deswegen übers Ziel hinausschoss. Als der Vorstand der Grünen die Lage diskutierte, war man insbesondere über den Umstand beunruhigt, dass die Äusserung von *Delamuraz* eine landesweite Welle des Antisemitismus auslöste. Nach gründlicher Diskussion kamen wir zur Überzeugung, dass eine Rücktrittsforderung von diesem Problem ablenkt und ausserdem den Kampf gegen den Antisemitismus zwangsläufig zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung degradiert.

Dass Exponenten der SP der Versuchung nicht widerstehen können, diese Auseinandersetzung parteipolitisch auszunutzen, zeigt auch die Art und Weise, wie das kürzlich publizierte Manifest lanciert wurde. Von der Handvoll Initianten sind rund die Hälfte SP-Exponenten, zwei davon Nationalräte. Warum hat man sich nicht die Mühe genommen, wenn schon politische Exponenten an der Spitze dieser Bewegung stehen sollen, auch andere Parteivertreter zu begrüssen? Oder will man mit dem Manifest den Eindruck vermitteln, dass nur Linke konsequente Kämpfer gegen Antisemitismus sind? Interessant ist, dass auch die letzte Freitags-«Arena» im Fernsehen nach diesem Muster gestrickt wurde. «Sind Linke und Medien Nestbeschmutzer?» war die Fragestellung und suggerierte, dass nur Linke gegen den Antisemitismus ankämpfen. Folgerichtig war die Meinung jener, welche zwar die Aussagen von *Delamuraz* nicht goutierten, sich aber mit guten Gründen nicht zu einer Rücktrittsforderung hinreissen liessen, nicht erwünscht.

Ich hoffe sehr, dass wir in diesem Thema rasch zu einem fruchtbaren Diskurs gelangen, der mit einschliesst, dass es einen linken Antisemitismus gibt, den es aufzuarbeiten gilt und der anerkennt, dass es auch auf der Rechten eine echte Besorgnis über den latenten Judenhass gibt.»

So kam also aus der SP-Küche die Rücktrittsforderung, die nicht nur daneben, sondern auch politisch völlig falsch und unangebracht war: Die Gemütslage ist SP-Präsident Peter *Bodenmann* jeweils an den Gesichtszügen abzulesen. Dass ihm die erst abgesagte und dann doch durchgesetzte ausserordentliche Parteivorstandssitzung nicht in den Kram passte, war unschwer zu erkennen. Doch eben – Genosse Paul *Rechsteiner* aus St. Gallen hatte sich in der Fernseh-Arena weit aus dem Fenster gelehnt und musste den starken Worten fast gezwungenermassen Taten folgen lassen.

Mit Unterstützung des Genfer Fraktionskollegen Jean-Nils *Dardel* entwarf er nur Stunden vor Sitzungsbeginn eine Resolution, die den Kopf von Bundesrat *Delamuraz* und eine unmissverständliche Distanzierung des Gesamtbundesrats von dessen Äusserung forderte. Weder Fraktion noch andere Gremien hatten Gelegenheit, das Papier zu studieren, das den nicht gerade zahlreich erschienenen Vorstandsmitgliedern erst bei ihrem Eintreffen im Bundeshaus ausgehändigt wurde.

Verteilt wurde im Lauf der Sitzung auch das immerhin rund vier Wochen zurückliegende Interview des letztjährigen Bundespräsidenten, über das manche Anwesende offensichtlich gar nicht so recht im Bild waren. Ein Votant gab unumwunden zu, dass er bei der Anreise nach Bern noch gegen eine Rücktrittsaufforderung an *Delamuraz* war, nach der Lektüre des Originaltextes diese nun aber aus voller Überzeugung unterstützt.

Auch andere Vorstandsmitglieder haben sich ihre definitive Meinung erst im Verlauf der über dreistündigen Debatte gebildet, so etwa Generalsekretärin Barbara *Haering-Binder* und Fraktionschefin Ursula *Hafner*, die, im Unterschied zum Parteipräsidenten, schliesslich der Rücktrittsforderung zustimmten.

Bodenmann hatte zu Beginn der langen Diskussion die bisherige Haltung der SP-Spitze erläutert: Da Edgar *Bronfman* namens des Jüdischen Weltkongresses die nachgeschobene Erklärung von *Delamuraz* als irgendeine Art Entschuldigung akzeptiert habe, sei man der Meinung gewesen, die Partei könne sich dieser Logik beugen. Wie andere vertrat aber auch *Bodenmann* die Ansicht, *Delamuraz* habe mit seinen Äusserungen dem latenten Antisemitismus in der Schweiz die Tür geöffnet und ihn hoffähig gemacht. Noch weiter ging *Dardel* als welscher Mitautor der Resolution, indem er *Delamuraz* die bewusste Verwendung schlimmster antisemitischer Stereotype sowie Verständnis für antisemitische Reaktionen unterstellte.

Nationalrat *Rechsteiner* konnte ein gewisses Bedauern nicht verhehlen, dass seine nicht minder scharfe Attacke ausgerechnet den der SP liebsten Freisinnigen trifft, der eben noch mitgeholfen hatte, das Arbeitsgesetz zu modifizieren. Es gehe jedoch nicht um *Delamuraz* als Person, sondern um die Frage, wie antisemitisch die Zukunft der Schweiz sei. Der Sozialdemokratie als verlässlichste Kraft im Kampf gegen Faschismus und Antisemitismus bleibe gar nichts anderes als die Feststellung, dass *Delamuraz* als Bundesrat nicht länger tragbar sei. Andere meinten, der Bann müsste auf die Bundesräte *Cotti* und *Koller* erweitert werden, die ebenfalls zweifelhafte Aussagen gemacht hätten. Den Sozis sollte eigentlich klar sein, dass die Bemerkungen von Bundesrat *Delamuraz* nicht anderes zum Ausdruck brachten als die Faust im Sack des Schweizers. Ausserdem können weder eine Partei noch ein Gesetz Antisemitismus verhindern. Es gibt immer Mittel und Wege, eine Formulierung zu finden, die die Juden – oder auch solche, die heuchlerisch gegen den Antisemitismus ankämpfen wollen, um sich in der Öffentlichkeit zu produzieren – als antisemitisch ausle-

gen können. Wenn aber gewisse Juden in infamer Weise Lügen gegen jemanden oder gegen einen Staat verbreiten, um mit Sanktionen und Boykottandrohungen ein Ziel, nämlich sehr viel Geld zu erpressen, zu erreichen, müssen sie auch in Kauf nehmen, dass der Verunglimpfte sie nicht mit Glacehandschuhen anfasst. Und wenn von *Bodenmann, Rechsteiner* und der Sozi-Bande gefordert wird, dass ein Bundesrat wegen einer Meinung, die er zu Recht vertritt, zurücktreten solle, dann müssten zuerst einmal diese Miesmacher selbst von der politischen Bühne abtreten. Erst dann gäbe es wieder Ruhe in unserem Lande.

Die grundsätzliche Kritik am Delamuraz-Interview wurde auch von den Gegnern der Resolution geteilt. Namentlich der Berner Nationalrat Peter *Vollmer* und der Freiburger Ständerat Pierre *Aeby* warnten jedoch eindringlich davor, die gegenwärtige Krise zu personalisieren und damit von den wahren Problemen abzulenken. Mit der Rücktrittsforderung greife man zu kurz und erschwere bloss die Aufgabe der von Botschafter *Borer* geleiteten Task Force.

Die Berner Nationalrätin Ursula *Bäumlin* appellierte, ob der Vergangenheitsbewältigung nicht die drängenden Probleme der Gegenwart zu vergessen. Und eine welsche Delegierte meinte, mit der Rücktrittsforderung betreibe die SP höchstens Wahlhilfe für den Waadtländer Freisinn. Die Mehrheit folgte jedoch der eindringlichen Mahnung der neuen Generalsekretärin, angesichts der ethisch-moralischen Dimension der Entscheidung führten taktische Überlegungen nicht zum Ziel. Nachdem auch noch der linke Historiker Peter *Hug* die Würde der Demokratie vom Abgang *Delamuraz*' abhängig gemacht hatte, stimmte der Vorstand mit 25 zu 11 Stimmen der Feststellung zu, dieser sei als Bundesrat untragbar geworden. Die voll-

ständige Resolution, die unter anderem auch das bisherige Verhalten des Gesamtbundesrats als inakzeptabel qualifiziert und vom Kollegium eine klare und unmissverständliche Distanzierung von den Äusserungen *Delamuraz* fordert, wurde mit 30 Stimmen bei 5 Enthaltungen genehmigt. – Und irgendwie schien es, als ob sich der Parteipräsident bereits wieder ein bisschen über den losgetretenen Knallkörper freute.

Was für ein erbärmlichen Haufen Eidgenossen oder Nestbeschmutzer haben wir doch in unserem Lande! Leute, die nicht genug Zivilcourage haben, um zu einer Sache einheitlich zusammen zu stehen! Was muss das Ausland von einem solchen verräterischen Bund denken, der so verquer und wie Hühner durcheinandergackert, wenn sie eine Gefahr wittern. Ich möchte solche Typen sehen, wenn es wieder einmal in unserem Lande ernst würde. Wir können nur hoffen, dass dies nicht die ersten Landesverräter sein werden, denn die Grundlagen ihrer Überzeugungen erscheinen – zumindest in der Beurteilung ihres politischen Gegners *Delamuraz* – mehr als fadenscheinig. Aber so scheint der Stil der neuen Zeit zu sein: Man zielt auf die Integrität des anderen, tut scheinheilig so, als sei von ihm zu fordern, er habe ein «Heiliger» zu sein, findet scheinheilig – wie sollte es anders sein – eine Schwäche beim andern und schwenkt sie öffentlich wie eine Trophäe. Wer weiss, ob sich das Volk nicht eines Tages angewidert von solchen Spektakeln abwenden wird, denn die Bürger und Wähler sind feinfühlicher, als manche glauben.

Den Waadtländer Sozialisten, die einen weiteren Sitz in der Kantonsregierung erobern wollten, hat die Attacke ihrer Landespartei auf Bundesrat *Delamuraz* gerade noch gefehlt. Ein Kandidat verbreitete ein Communiqué, um sich von der Rücktrittsforderung an den Waadtländer Bundesrat zu distanzieren.

Dann meldete sich Nationalrat *Chiffelle* schon in den Morgen-
nachrichten im gleichen Sinne zu Wort; die frühere Kantonal-
parteipräsidentin, Marlyse *Dormond*, war schlicht niederge-
schlagen und am Mittag schickte auch der Parti Socialiste Vau-
dois per Fax noch sein ausdrückliches Bedauern der SP nach.
Aber nicht nur die sozialistischen, sondern die Waadtländer
überhaupt waren aufgewühlt; in «24 heures» lief gleich zwei
Kommentatoren der Mund über: «Pourquoi diable JPD devrait-
il démissionner?»

Gleich oder ähnlich tönt es aus allen Ecken des Welschlan-
des. Man hat den Eindruck, dass nach dem Fehlschuss der SP
noch etwas deutlicher und unverschlüsselter Zustimmung ge-
äußert werde zu dem, was sich in *Delamuraz*' Äusserungen
verbarg. Es sei wohl nicht an ihm gewesen, es zu sagen, schrieb
Roger *de Diesbach* in der Freiburger «Liberté», doch gelte es,
ebenso wie wir uns selber in die Augen schauen wollen, drin-
gend weitere Fragen zu stellen, zum Beispiel diejenige, ob sich
in die legitimen Vorhaltungen jüdischer Organisationen nicht
vielleicht auch andere Interessen mischten. Wer solche Fragen
stellt, riskiert, alsogleich zum Antisemiten gestempelt zu wer-
den. Wir stellen sie trotzdem. Die Resolution, mit der die Sozi-
alisten den Kopf von *Delamuraz* fordern, beweist, dass neue
Tabus an die Stelle der alten treten.

Ist es nicht bestürzend, dass *de Diesbach* sich veranlasst
sieht, mitten im Bericht über sein Unbehagen zu sprechen, dass
er schon verspürt, wie Aussagen nur noch umhüllt von Hinwei-
sen erscheinen können, in denen erklärt wird, was mit eben die-
sen Aussagen gemeint ist, nicht gemeint ist und voraussichtlich
von andern gemeint sein könnte, wenn jene andern es denn übel
meinen. Sind wir schon so weit, dass ein offenes (und sei es
heftiges, aber ehrliches) Wort erst bei tausend unsichtbaren In-

stanzen um Erlaubnis betteln und um Verständnis werben muss, bevor es wagt, sich auszusprechen? Wer «stempelt ab»? Die öffentliche Meinung? Wohl kaum, denn überall dort, wo damit das ehrliche Wort des mündigen Bürgers gemeint sein sollte, bemerken wir, dass «Abstempeln» sehr viel mit Bevormundung des Bürgers zu tun hat, und dass die Bevormunder eines verabscheuen wie der Teufel das Weihwasser: die Zivilcourage jenes Bürgers, der den Mut hat, öffentlich seine Meinung zu sagen, ohne Hass und Hintergedanken.

Alt-Bundesrat Georges-André *Chevallaz* stellte sich in einem Radio-Gespräch, in dem er sich mit dem Interview seines Nachfolgers in der Landesregierung weitgehend einverstanden erklärte, die Frage, ob neben der bereits bestellten Historikerkommission nicht eine weitere einzusetzen wäre, die den Gründen und Zusammenhängen der gegenwärtigen Häufung massiver Angriffe auf unser Land nachzugehen hätte. In der Tat rückt dieser Gesichtspunkt immer stärker in den Vordergrund, und es ist gut, dass er frühzeitig öffentlich geäußert wurde. Denn alles deutet darauf hin, dass die Diskussion noch genau auf diese Zusammenhänge zurückkommen wird.

Mit diesem Hinweis schliesst sich der Teufelskreis innerer Querelen, die es der Schweiz so schwer machen, sich mit den Attacken von aussen vernünftig und erfolgreich auseinanderzusetzen.

8. KAPITEL

Das Echo auf die Attacken aus dem Volk

Die spontanen Reaktionen der Bürger liefen mittlerweile tausendfach bei Tages- und Wochenzeitungen ein, also bei jenen Organen, deren Aufgabe es ist (jedenfalls sein sollte), der Meinung der Menschen Öffentlichkeit zu verschaffen, damit diese auch gehört, respektiert und angemessen beantwortet werde. Generell möchte ich sagen, dass die überwältigende Mehrheit der Leserschriften aus dem In- und Ausland Empörung über die Vorwürfe gegen die Schweiz zum Ausdruck bringt.

Die nachstehend abgedruckten Lesermeinungen stammen von verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen. Ich enthalte mich dabei bewusst jeder weiteren Bemerkung, weil die Briefe für sich selbst sprechen.

Es ist aber soviel festzuhalten, dass auch diese Briefe zum Teil so interessant sind, als ob man einen Roman liest. Viel Geschichtliches und Wertvolles tut sich darin auf und so überlasse ich es dem Leser selbst, sich mit den vielen Gedanken, Beobachtungen, Erlebnissen, Meinungen, mit den unzähligen Facetten dieser Welle aus dem Volk auseinanderzusetzen und sich ein eigenes Urteil zu bilden. Ängste, Ärger, Wut, Verwundung und Empörung breiten sich hier in allen Bevölkerungsschichten aus.

Allein, wenn die noble NZZ in einem so breiten Rahmen solche Leserbriefe abdruckt, bedeutet dies schon einiges.

Das «Raubgold» beschäftigt seit Wochen Medien, Öffentlichkeit, Finanzwelt und Politik. Die Banken reagieren verwirrt und konfus, und die Öffentlichkeit, traditionell amerika- und judenfreundlich gesinnt, verstört auf all diese schweren Anschuldigungen und unbewiesenen Behauptungen amerikanischer Politiker und gewisser jüdischer Organisationen. Dabei müsste es zumindest allen Beteiligten, deren Blick über Europa hinausreicht, klar sein, dass dieses Vorgehen einer langbewährten amerikanischen Taktik entspricht, um die Interessen amerikanischer «Pressure Groups» durchzusetzen: Man beginnt gegen ein Land, das sich zu einem ernstzunehmenden Wirtschaftskonkurrenten entwickelt unter irgend einem humanitären Vorwand gezielt mit Hilfe von austauschbaren Organisationen, eine Medienkampagne in den USA und im Ausland. Unter dem Druck der «öffentlichen Meinung» und der angedrohten wirtschaftlichen Sanktionen wird dann das Problem vorläufig im Interesse der USA beigelegt, nur um später unter einem Vorwand wieder hervorgeholt zu werden, falls es sich als nötig erweisen sollte. Wäre es nicht besser, statt einer «Partnership for Peace» beizutreten, dieses Geld dazu zu verwenden um eine Abteilung «psychologische Wirtschaftskriegsführung» aufzubauen? – Alexandra *Nogawa* (Basel)

Ein nicht erfundenes Beispiel: Mein Grossvater Hugo Angermann transferierte in den dreissiger Jahren legal Geld über die Deutsche Bank in Dresden auf ein Schweizer Konto, weil er Angst und Wut verspürte über den sich abzeichnenden Weg Deutschlands. Bald wurde die Devisenzwangsbewirtschaftung eingeführt. Er meldete sein Auslandsguthaben nicht an, weil er das gute Geld diesem Staat nicht gönnte. Zur eigenen Tarnung und im Vertrauen auf die Schweiz liess er das Guthaben «nach-

richtenlos», natürlich auch im Kriege. Durch das Verbrechen der Bombardierung der Innenstadt Dresdens Mitte Februar 1945 werden Eigentümer und alle Erben bis auf meine Mutter getötet, alle Unterlagen vernichtet.

Die Erbin kannte weder den Namen der Bank noch Einzelheiten der Geldanlage ihres Vaters in der Schweiz. Sie schrieb in den fünfziger Jahren an die drei Schweizer Grossbanken. Bitte versetzen Sie sich in die Lage des Bankers, der das Angermann-Konto seit Jahren nachrichtenlos führt und jetzt hört, dass es zwar eine Erbin gibt, aber dass sie nichts Genaueres weiss und nichts nachweisen kann. Die Versuchung zumindest ist gross, das Konto rückwirkend zu löschen und das Geld dem Bankgewinn zuzuführen. Eine kürzlich veranlasste Suche durch die von den Banken unabhängigen Stiftung Schweizerischer Bankenombudsmann in Zürich erbrachte, dass von keiner Bank eine positive Rückmeldung kam. Ich glaube das gerne, und doch weiss ich, dass das Konto zu Kriegsbeginn existierte und kein Berechtigter es auflöste. Ebenso mag ein Libanese Geld nach England oder ein Perser Geld nach Frankreich in vermeintliche Sicherheit gebracht haben, ehe er selbst in den Wirren umkam. Dass dieses Problem nicht längst gelöst ist, spricht nicht für die Banken. – Klaus *Schmiedel* (Königstein)

Es scheint mir, dass es für den Jüdischen Weltkongress bedeutend einfacher wäre, das von den Nazis geraubte jüdische Gold von der Rechtsnachfolgerin des Dritten Reichs, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, einzuklagen. Schliesslich sind die Taten der Nazis bekannt und relativ einfach zu beweisen. Es war Nazideutschland, das Belgien und die Niederlande überfallen und das Gold geraubt hat. Und man weiss auch genau, wieviel Gold sich die Deutschen aus den Staatsschätzen angeeignet, und ziemlich genau wieviel Gold sie von Privatleu-

ten gestohlen haben. Keiner wird behaupten, dass sie gutgläubig in den Besitz jenes Goldes gelangt sind. Es ist klar, dass es sich dabei um einen völkerrechtswidrigen Raub gehandelt hat. Warum versteift sich der Jüdische Weltkongress also auf die Schweiz, als hätte die Schweiz das Gold geraubt und 6 Millionen Juden umgebracht?

Und warum richtet sich neuerding ein Teil des Zorns des jüdischen Weltkongresses auch gegen die Zentralbanken Amerikas und Englands, die gleichfalls Nazigold gehortet haben sollen, notabene gegen die Zentralbanken jener Mächte, die Europa von den Nazis befreit und damit unzähligen Juden und anderen Menschen das Leben gerettet haben? Die Alliierten und die Schweiz sitzen auf der Anklagebank, während die Deutschen sich wohl insgeheim ins Fäustchen lachen, vor allem wenn sie vom Jüdischen Weltkongress noch aufgefordert werden, bei den Nachforschungen mitzuhelfen, um die Schweiz und die Alliierten zu zwingen, für die Taten, die die Vorfahren der heutigen Deutschen begangen haben, zu bezahlen und geradzustehen. – Christof *Schauwecker* (Zürich)

Vor einigen Jahren wurde mit «Erfolg» die Fichenaffäre inszeniert. Etwas später prasselte ein Trommelfeuer von Anschuldigungen betreffend die vor mehr als 50 Jahren von der Schweiz gehandhabte Flüchtlingspolitik auf die ganze Nation nieder. Und nun ist eine weitere Untat aus der Mottenkiste gezogen worden. Diesmal handelt es sich um die von schweizerischen Banken während der Nazizeit entgegengenommenen Fluchtgelder und deren Verwaltung. Von all dem, was zu den drei als Beispiel herangezogenen Forderungen nach sogenannter geschichtlicher Bewältigung (worin besteht diese überhaupt?) zu entgegnen wäre, sei zuhanden der eifrigen Ankläger

und ihrem Anhang nur auf die alte Erfahrung hingewiesen, die Goethe seinerzeit mit folgenden Worten spöttisch umschrieben hat: «Der Handelnde ist immer gewissenlos, es hat niemand Gewissen als der Betrachtende.» – Fredy *Rüfenacht* (Aarau)

Bekanntlich bewundern die Österreicher die Eidgenossen, und zwar nicht nur wegen ihrer Geschicklichkeit, sich aus Kriegen herauszuhalten, sondern auch wegen ihrer wirtschaftlichen Erfolge. Um aber solche Gefühle ohne Schaden ertragen zu können, muss man manchmal auch etwas Schadenfreude geniessen, wenn in der Schweiz irgend etwas nicht so grossartig läuft wie gewohnt. Die Frage des Nazigoldes ist ein solcher Anlass, sollte aber für die Schweizer kein Anlass sein, sich in tiefer Zerknirschung zu üben. Die Schweizer Demokratie war letztlich im Gegensatz zur österreichischen austro-faschistischen Diktatur fähig, das Schweizervolk zur geistigen Landesverteidigung zu führen. Die Bereitschaft der Schweizer, ihr Land militärisch zu verteidigen, hat sich im Bewusstsein der damals schon politisch Denkenden mehr als wohltuend abgehoben von der Kapitulation Österreichs vor Hitler-Deutschland. – Heinz *Kienzl* (Wien)

Während der Umzingelung durch die Nazis kaufte die Schweiz von diesen geraubtes und umgeprägtes Gold und verkaufte dieses Gold an andere Länder. Dies war keine Ruhmestat der Schweiz. Besonders heftig war die Anklage des britischen Aussenministeriums. Doch mit fremdem Gold war Grossbritannien weit hemmungsloser. Während die Schweiz den Tatbestand der Hehlerei erfüllte, haben die Briten sowohl den der Untretung wie auch der Hehlerei erfüllt.

Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die baltischen Staaten eng mit Grossbritannien verbunden. Wegen der internationalen Gefah-

ren übergab die Republik Lettland ihre Goldreserven der englischen Nationalbank zur sicheren Aufbewahrung. Im Anschluss an den Hitler-Stalin-Pakt besetzte die Sowjetunion die baltischen Staaten. Die Besetzung und Annexion der baltischen Staaten wurde von den Westmächten nie anerkannt.

Nach einigen Jahrzehnten wurden die sowjetische Besatzungsmacht und die britische Regierung handelseinig. Obwohl die sowjetische Annexion nicht anerkannt war, übernahm England die Goldreserven der lettischen Republik zu Eigentum. Mit dem Wert des Goldes wurden britische Staatsbürger direkt entschädigt, die bei der russischen Revolution zu Schaden gekommen waren. Ferner wurden Schulden der sowjetischen Regierung in England bezahlt, und der Rest wurde den Sowjets gutgeschrieben. Damit waren die britischen Staatsbürger die einzigen, die für die Verluste in der russischen Revolution entschädigt wurden. – Bea C. *Matzinger* (Thalwil)

Mit einem Grossinserat in der NZZ vom 14.10.96 wirbt Michael E. Dreher, Nationalrat der Freiheitspartei, für seine Zeitschrift «Tacho», für seine Partei und für sich selbst. Die Kontroverse um die verschwundenen jüdischen Vermögen während und nach dem Zweiten Weltkrieg liefert ihm dazu willkommenen Vorwand. Schon im Voraus ist Dreher «überzeugt, dass sich nach Abschluss der Untersuchungen Enttäuschungen breit machen und vielleicht neue Anschuldigungen erhoben werden». Angesichts des Zeitablaufes, des Beweisnotstandes, des Ablebens der Opfer und der meisten Täter ist Enttäuschung in der Tat zu erwarten. Das darf auf der anderen Seite kein Grund sein zur Schadenfreude! Schliesslich haben die Schweizer Behörden von damals den Nazis den Vorschlag gemacht, den J(u-den-) Stempel einzuführen. In der Folge wurden an unserer

Grenze mehr jüdische Menschen ins Verderben zurückgestossen als hereingelassen, mit Hilfe und im Einverständnis der Aktivdienst-Generation. (Gewiss es gab rühmliche Ausnahmen, die gegen diese unmenschliche Politik ihre Stimme erhoben). Für diese andere Seite des Aktivdienstes, die ich an unserer Südgrenze 1943/44 selbst miterlebt habe, schäme ich mich zeit lebens. Dreher und seine Gesinnungsgenossen sollten sich auch an diesen Aspekt unserer Geschichte erinnern und schweigen. Sein Entlastungsversuch in Form eines Gegenangriffs ist angesichts der beispiellosen Tragödie zynisch und deplaciert. –
K. Meyer (Zürich)

Fragen an Israel stellt Ihr Leser Erich Schmid aus Stockhausen (NZZ 29.10. 96). Damit seine Fragen nicht unbeantwortet verhallen, sei versucht, auf das Wesentliche einzugehen. Das durch den jüdischen König David erbaute Jerusalem wies über die 3'000 Jahre seiner Existenz stets eine jüdische Bevölkerungsmehrheit auf. Die El-Aksa-Moschee auf dem Tempelberg wurde auf den Überresten des zweiten Tempels gebaut. Während der 400 Jahre türkischer Herrschaft war von der Existenz eines palästinensischen Volkes nie die Rede. Der Sultan von Konstantinopel stand dem jüdischen Wiederaufbau des Heiligen Landes mit Wohlwollen gegenüber, versprach er sich doch davon einen günstigen Einfluss auf seine Finanzen. Die ersten jüdisch-arabischen Gespräche führten am 3. Januar 1919 zu einem Wiederaufbauvertrag zwischen Chaim Weizmann, dem späteren ersten Präsidenten Israels, und Faisal, dem späteren König von Syrien. Am 29. November 1947 gab die Generalversammlung der Uno ihren Segen zur Unabhängigkeit Israels. Die arabischen Staaten waren dagegen, und Israel musste seine Unabhängigkeit dreimal auf den Schlachtfeldern verteidigen. Die meisten Palästinenser, die nicht bereits im Lande geboren wurden, stammen aus den umliegenden Ländern. Ab 1882 war

eine verstärkte Einwanderung zu verzeichnen, da der Wiederaufbau durch jüdische Siedler ihnen verbesserte Existenzmöglichkeiten bot. Von Madagaskar war übrigens nie die Rede. Im Jahre 1903 boten die Engländer den Juden Uganda als Siedlungsgebiet für aus Russland vertriebene Juden an, doch wurde diese Idee am sechsten Zionistenkongress verworfen, da für ein Ersatzvaterland kein Interesse bestand. Bereits 1856 war im damaligen Palästina von Rückwanderern die erste landwirtschaftliche Siedlung entstanden.

Wer hat Land weggenommen? Die Araber besitzen 650-mal mehr Land als der Kleinstaat Israel. Die Ölscheichs könnten einen Teil ihrer Ölmilliarden für den Aufbau und die Besiedlung der arabischen Wüstengebiete einsetzen, statt ihre Bankkonten im Westen zu vermehren. – Philippe *Kind* (Biel)

Aus historisch wenig fundierten Gedanken entstammen wohl selten richtig gestellte Fragen. Umgekehrt lassen sich aus falschen rhetorischen Fragen interessante Rückschlüsse auf die Gedanken des Fragestellers ziehen. Was also steckt hinter den Fragen dieses schlecht informierten Zeitgenossen? Die Antwort auf die Frage, wer in all den Jahrhunderten vor dem Zweiten Weltkrieg wohl im heutigen Israel gelebt habe, versteht sich seiner Ansicht nach von selbst: die Palästinenser natürlich. Und auf seine nächste Frage, wer wem was weggenommen habe, gibt der Schreiber auch gleich selber die naheliegende Antwort: die Juden.

Im heutigen Israel lebten während Jahrhunderten auch Juden vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Bemühungen an den Pariser Verhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg um eine territoriale Aufteilung Palästinas zwischen Juden und Arabern zeigen, dass der jüdisch-arabische Konflikt nicht eine Folge des Holocaust ist. Den Teilungsplan (Juden, Araber und Engländer hat-

ten schon unterschrieben), hatte übrigens Frankreich in letzter Minute verhindert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dann bekanntlich ein Teilungsplan Palästinas von der Weltgemeinschaft angenommen. Nur die Araber waren damit nicht einverstanden und entfachten einen Krieg nach dem anderen gegen den neuen Staat Israel. In der Folge dieser kriegerischen Auseinandersetzungen verloren die Araber de facto ihren palästinensischen Staat. – Gabriel *Juri* (Zürich)

Falls es den britischen Abgeordneten Jänner und Hunt gelingen sollte, die Schweiz sofort zu einer «Wiedergutmachungs»-Summe in Sachen geraubtes oder eben nicht geraubtes Gold zu bewegen, könnten wir Parlament und Bundesrat abschaffen. Fortan würde dann ein Zeigfingerdruck aus dem Ausland genügen, um unsere Verwaltung zum laufen zu bringen. Eine Geste wäre wohl früher am Platz gewesen, heute indessen darf der Kommission nicht vorgegriffen werden, welche umfassend und ohne Druck einen Bericht erarbeiten muss, der auch für spätere Generationen wegweisend sein soll. Die Schweiz muss sich nicht nur über das Gold, sondern auch über sich selbst klarwerden. Dies kann sicher nicht anhand einer weiteren Demontage des Rechtsstaates erfolgen. – Franziska *Geissler* (Küsnacht)

Ohne mich einmischen zu wollen, möchte ich als jahrzehntelanger Freund der Schweiz vom Ausland her doch etwas zur sogenannten Raubgoldaffäre-Kampagne anmerken. In dieser Angelegenheit befindet sich die Schweiz bis jetzt ständig in einer rein defensiven Position, lässt sich diese geradezu aufdrängen und erweckt so verstärkt den Eindruck, ihr unangenehme Wahrheiten verbergen zu wollen. «Muss schon etwas dran sein», so denken unwillkürlich zahlreiche wenger gut infor-

mierte Leute. Die wöchentlich vorgeblich «neuen Enthüllungen» vorwiegend aus Richtung New York bestätigen ihnen das nur. Wäre es da nicht endlich höchste Zeit für eine offizielle, deutliche Richtigstellung von Seiten des Bundesrates zur Sache? Eine Klarstellung dessen, was war und was nicht war, was zu erwarten ist und vor allem was nicht zu erwarten ist? Es bestehen doch wohl kaum Zweifel, dass hinter der überwiegenden Zahl aller derzeitigen Spekulationen, Vermutungen und verdeckten Angriffe keineswegs nur ethisch-moralische Forderungen und Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit stecken, sondern eine willkommene Gelegenheit in Richtung «hier sei etwas zu holen». Dabei werden wenig vorhandene Tatsachen und rechtliche Beweismittel überwiegend und lautstark verdeckt durch vorgeschobene moralisch-ethische Anklagen und sogar Schuldzuweisungen, welche gewissermassen der Schweiz als Ganzes in Form einer «Gewissensprüfung» gerne aufgelastet werden sollen. Spezielle clevere Anwälte in «Glücksrittermannier» warten nur auf solche Fälle, in der gar nicht unberechtigten Hoffnung, «etwas bleibt immer hängen (auch für mich)!»

Natürlich hat die Schweiz es heute schwer, schwerer sicher als vor fünfzig Jahren, da eine rechtlich einwandfreie Vergangenheit heute nicht mehr genügt. Es wird immer Einzelfälle geben, wo Fehler gemacht wurden, bewusst oder unbewusst. Fehler vor allem auch aus der damaligen europäischen und Weltlage heraus. Aber es wird viel zu wenig berücksichtigt, in welcher hoffnungslos erscheinender Position sich die Schweiz damals befand. Eine freie Insel mitten in einem unfreien, diktatorisch beherrschten Europa mit höchst ungewisser Zukunft. Umgeben von Krieg und Chaos. Wir denken immer von heute, rückblickend aus. Wenn die Schweiz überhaupt eine Art Vergangenheitsbewältigung zu leisten hat, dann eher ganz aus sich selbst

heraus, von innen und eigenverantwortlich vor und für ihre Geschichte und nicht gegenüber einem Pseudotribunal selbstüchtiger Advokaten und Juden. – Ronald *Lentz* (Hamburg)

In der «Sonntags-Zeitung» vom 1. Dezember konnte man lesen, dass SP-Präsident Bodenmann Herrn Bundesrat Delamuraz als den «schlechtesten Wirtschaftsminister von ganz Westeuropa» bezeichnete.

Ich möchte nun gerne wissen, ob auch eine Bewertungsliste von amtierenden Parteipräsidenten vorhanden ist, und wenn ja, in welcher Zeitung diese veröffentlicht wird. –

Dora *Gfeller* (Kilchberg)

Die Attacken des Herrn D'Amato gegen die Schweiz und die Schweizer Banken wie auch der Auftritt von Herrn Bubis in einer kürzlich ausgestrahlten Sendung des Schweizer Fernsehens, in der er den Schweizer Banken einen Kraftausdruck entgegenschleuderte, haben mich bewogen, eine Erfahrung bekanntzugeben, die ich in Sachen nachrichtenloser Vermögen gemacht habe.

In den siebziger Jahren unternahm ich als Sachbearbeiter einer Zürcher Bank etliche Nachforschungen in Deutschland und Österreich nach Eigentümern, beziehungsweise Erben von nachrichtenlosen Vermögen. Ich hatte Erfolg, indem ich die Erben ausfindig machen konnte, bis auf einen Fall in Wien. Es handelte sich dort um den Inhaber einer Apotheke. Am 25. Und 26. November 1976 habe ich die Nachforschungen durchgeführt. Diese zeitigten folgendes Resultat: Der Apotheker war Jude, was ich vorher nicht wusste. Er sei im Jahre 1938 von der Gestapo abgeholt und deportiert worden. Man habe nie mehr etwas von ihm gehört. Über Familienverhältnisse erhielt ich auch einige wertvolle Auskünfte, aber nicht erschöpfende. Bei

der Österreichischen Apotheker-Kammer, Wien, fand man im herbeigeholten Dossier folgende Notiz:

Am 1.7.1939 wurde Herr X, da mosaischen Glaubens, der Stellung als Apotheker enthoben. Nun begab ich mich zur Israelitischen Cultusgemeinde, Wien. Hier wurde ich dem zuständigen Herrn zugewiesen. Dieser Herr wurde telefonisch avisiert, und er empfing mich im Korridor. Ich erklärte ihm den Grund meines Besuches. Er erwiderte, es sei unmöglich, Daten aus der Zeit von 1938 bis 1945 ausfindig zu machen. Es habe keinen Sinn noch Nachforschungen anzustellen über Geschehnisse, die so lange zurücklägen. Ich insistierte und sagte ihm u.a., man könnte doch im nebenanliegenden jüdischen Rothschild-Altersheim bei den Insassen oder bei Apothekern, die im Umkreis der fraglichen Apotheke domiziliert sind, eine Umfrage machen, «es gehe doch um etwas». Der Herr wurde ungeduldig, und in etwas brüskem Ton antwortete er: «Bekomm das Geld wer will, ich kann nicht helfen.» Nach diesen Worten verabschiedete er sich kurz, drehte sich um und verschwand im nächstliegenden Büro. Sehr enttäuscht über diese totale Interessenlosigkeit und Schnellabfertigung im Korridor verliess ich die Israelitische Cultusgemeinde. – Karl *Engler* (Zürich)

Wie der jüdische Weltkongress bin auch ich der Ansicht, dass es bei der Rückgabe fremden Eigentums nicht nur um Geld geht, sondern auch um Gerechtigkeit. Eigentum kann äusser aus Geld, Gold und Gemälden auch aus Grund und Boden bestehen. Dabei geht es doch darum, alle Eigentumswerte wieder den rechtmässigen Besitzern zurückzugeben, rückwirkend ab einem bestimmten Datum. Nun wirft der jüdische Weltkongress der Schweiz und schweizerischen Institutionen vor, diese Rückgabe absichtlich zu erschweren und zu verzögern. Dürfen

wir vom Weltkongress erwarten, dass auch er sich an den gleichen Grundsatz hält und sich dafür einsetzt, dass der jüdische Staat alles Eigentum wieder den rechtmässigen Besitzern zurückgibt? Ob dann dieser Grundsatz ab dem Jahre 1939 oder erst ab 1967, dem Jahr, auf das sich die bekannte Uno-Resolution bezieht, angewandt werden soll, darüber kann diskutiert werden. – Hermann *Wild* (Zürich)

Wer die harte Realität und den massiven Druck des Zweiten Weltkrieges den dezidierten Widerstand der eigenen Familie und des Bekanntenkreises gegen den deutschen Nationalsozialismus, die jahrelangen Abwesenheiten des eigenen Vaters von Familie und Geschäft miterlebt hat, sieht sich in Anbetracht des gigantischen, weltweiten gegen die Schweiz gerichteten Spektakels verschaukelt und hintergangen. Hintergangen fühlt man sich von jenen Schweizern, die offenbar als miese Sympathisanten oder berechnende Machiavellisten mit Hitler-Deutschland kollaboriert haben, seien sie nun im Bankwesen, in der Politik oder anderswo in diesem Sinne aktiv gewesen. Ich zögere nicht, jene als gemeine Landesverräter zu betrachten, nichts weniger. Die Schweiz bzw. die Mehrheit des Schweizervolkes stellten sie nicht dar. Es müsste daher ein echtes Anliegen sein, dass sie demaskiert werden. Dafür ist es nie zu spät.

Miesgemacht fühlt man sich aber auch von jenen (meist jüngeren) Historikern, die in politisch gefärbter Froschperspektive ihre subjektivistische Schau nur auf diejenigen Phänomene richten, die die Schweiz und ihr Volk verunglimpfen. Der notwendigen Aufklärung, die dringend not täte, dienen sie nicht. Ihnen fehlt nicht nur jede Vorstellungskraft, sondern auch der gute Wille (und die Fähigkeit), einigermassen objektiv zu sein. Schliesslich bleibt man perplex vor der Masslosigkeit der arroganten Angriffe von D'Amato und Konsorten, die die Schweiz

und das Schweizervolk pauschal an den Pranger stellen und auch nicht vor der Ungeheuerlichkeit zurückschrecken, die Schweiz in die Nähe der Verantwortung für den Holocaust zu rücken. Der Gipfel der Absurdität! Offenbar ist diesen Leuten jedes Mittel recht, um ihrem Machthunger, ihrem Geltungsbedürfnis und ihrer Geldgier zu frönen.

Nein, die Schweizer Bevölkerung, die jene Zeiten durchgestanden hat, verdient diese miesen Anwürfe nicht. Um so wichtiger ist es, dass heute alle Machenschaften und Beteiligten von damals objektiv entlarvt werden. Das schulden wir den leidgeprüften jüdischen Mitmenschen, die durch die Schergen des deutschen Nationalsozialismus, auf unmenschlichste Weise verfolgt, gefoltert und ermordet wurden. Das schulden wir aber auch der grossen Mehrheit des Schweizervolkes, welches während des Zweiten Weltkriegs die wahre Schweiz ausmachte und sich dem Horror des totalitären deutschen Nationalsozialismus zutiefst überzeugt entgegenstellte. –

Alfred *Reichmuth* (Wollerau)

Wochen sind verstrichen seit Prof. Klaus Urnerts Vorschlag, mit den Goldgewinnen der Nationalbank eine Holocaust-Stiftung zu schaffen. Ist denn wirklich niemand da, der darauf hinweisen will, dass diese Gewinne bereits vor 50 Jahren auf Veranlassung von Bundesrat Ernst Nobs eingezogen worden sind? 100 Millionen der schliesslich im Washingtoner Abkommen geleisteten 250 Millionen Franken stammten von der SNB, und zwar ganz klar mit Bezug auf die gemachten Handelsgewinne. Es ist doch einfach sträflich, Begehrlichkeiten zu wecken in einer Zeit, wo jeder normal empfindende Amerikaner überzeugt ist, dass auch für ihn irgendwo ein Jackpot für erlittene Schmach, Produkthaftpflicht oder was auch immer warte. Und Frau Grete Beer, die im Juli in Begleitung der Medien die Schweiz bereiste? Offenbar war es ihr Onkel, der das Geld abgezogen

hat. Für einmal wären also die Schweizer Banken (und damit wir Schweizer) aus dem Schneider. Aber da mag sich kein einziger Pressemann aufrappeln: gute Nachrichten sind schlechte Nachrichten. Es würde doch sehr interessieren, ob ihr Onkel unterschiftsberechtigt war oder sich als Erbe ausgewiesen hat. Im ersten Fall war es richtig, jede Auskunft zu verweigern, im zweiten hätte die Bank zwar fehlerhaft gehandelt, aber eben auch gezeigt, dass der Erbnachweis nicht immer stur gehandhabt worden ist. – R. *Steiner* (Zürich)

Dem Grossmaul Bodenmann sei Dank! Wegen seiner Dummheit wissen wir jetzt, dass gewissen Euroholikern buchstäblich jedes Mittel – bis hin zum Landesverrat – recht ist, um unser Land der Brüsseler Zentrale anzuhängen. Nun ist auch klar: Nicht der Medien-Buhmann Blocher gefährdet die bilateralen Verhandlungen, sondern das Medien-Hätschelkind Bodenmann. Blocher kämpft offen mit dem demokratischen Instrument des Referendums für ein optimales Ergebnis, Bodenmann sabotiert dieses mit heimlichem Herumtelefonieren.

Wie es sich für Feiglinge gehört, versteckt sich der Gerne-gross hinter seiner Immunität. Man täusche sich nicht: Ohne deren Aufhebung und ohne Sanktionen sinkt das Ansehen unseres Parlaments in der Öffentlichkeit unter die Stufe eines Kindergartens. Nur in einer Bananenrepublik müssen zwar Parkbussen bezahlt werden, während Landesverräter ohne Sanktionen davonkommen. Solange sich ferner die Genossen von einem Landesverräter (verführen lassen, ist diese Partei insgesamt eine Zumutung für unsere Demokratie und verdient keinerlei Respekt mehr. Vor wenigen Tagen erst beschimpften die Sozis die SVP wegen eines Abstimmungsinsertes. Man darf gespannt sein, wie die Saubermänner nun den eigenen Stall ausmisten.

Ob die Medien etwas aus dem Desaster lernen? Laufen sie dem skrupellosen Selbstdarsteller aus Brig weiter hintennach? Und lässt sich das Staatsfernsehen DRS weiterhin als «Arena» für den Wichtigtuer missbrauchen? –
Peter *Dielheim* (Löhningen)

In seiner beispiellosen Sabotageaktion hat Peter Bodenmann gezeigt, wie weit seine Verachtung für den Bundesrat geht. Dass seine perfiden Ränkespiele von der grössten Fraktion der Bundesversammlung nicht nur hingenommen, sondern sogar noch gutgeheissen werden, muss auch den abgebrühten Beobachter schockieren. Überraschen kann es da allerdings nicht, dass Bodenmann nun verkündet, die Partei müsse international aktiv bleiben, und zynisch hinzufügt, er werde sich Mühe geben, «dies in Zukunft noch besser zu machen». Wenn die sozialdemokratische Fraktion weiterhin alles erlaubt, was ihrem Präsidenten gefällt, dann verkommt sie tatsächlich zum Bodenmann-Clan. – Michael *Schmid* (Zürich)

Der Disput um das Interview von Bundesrat Delamuraz nimmt immer groteskere Formen an. Unterscheidungsvermögen, Logik und damit Fair-play bleiben auf der Strecke. Am Anfang stehen Erklärungen und Entscheidungen des gesamten Bundesrates, man wolle alles tun, um die historische Wahrheit zu ergründen. Entsprechend ist eine «Task Force» im Aussenministerium und eine unabhängige Historikerkommission mit internationaler Beteiligung eingesetzt worden. Genügend Arbeitszeit wurde beiden eingeräumt, und es wurde geschätzt, die schwierige Arbeit könnte bis zu fünf Jahre beanspruchen. Das war einem amerikanischen Senator zu viel. Er behauptete die Schuld der Schweiz sei erwiesen. Deshalb müsse sie sofort einen Wiedergutmachungsfonds von 250 Millionen US-Dollar

zur Verfügung stellen. Man habe genügend Druckmittel auf die Banken, um dieser Forderung Nachachtung verschaffen zu können. Inzwischen haben Banken und Historiker ermittelt, die bereits bekannten 38 Millionen an nachrichtenlosen, auf Schweizer Geldinstituten liegenden Vermögen seien um 4 Millionen höher.

Dann kam das Interview von Bundesrat Delamuraz, in dem er die Forderung nach einem 250 Millionen-Wiedergutmachungsfonds mit «Lösegelderpresung» verglichen hat. Die Reaktion darauf hat ihm mehrfach Recht gegeben. Zunächst ist der Sprecher der amerikanischen Regierung nicht auf den Ursprung der Kontroverse eingetreten, sondern hat, nachdem er sei Befremden über die Form der Erklärung von Bundesrat Delamuraz Ausdruck gegeben hatte, bestätigt, dass es auf die Aufklärung und Bekanntmachung der historischen Wahrheit ankäme. Dann kam die Erklärung des Präsidenten der Israelitischen Gemeinde der Schweiz. Sie betraf bezeichnenderweise nur die 42 Millionen der anerkannten nachrichtenlosen Vermögen auf Schweizer Banken. Diese sollten einem Wiedergutmachungsfonds zugeleitet werden, da sie höchstwahrscheinlich zum grössten Teil von Holocaustopfern stammen. Menschlich eine befriedigende Lösung. Die Frage ist nur, welche Rechtsgrundlage sie möglich macht. Dass die Banken die Verfügungsgewalt über ihnen anvertrauten Güter einfach abtreten, passt weder in bestehende Gesetze noch zu den Bank-Gepflogenheiten. Könnten nicht diejenigen, die glauben die Opfer vertreten zu können, überprüfbare Vorschläge ausarbeiten, an wen Zahlungen zu leisten sind? Würde dadurch nicht den Banken die Möglichkeit gegeben, in eigener Verantwortung und ohne Verzug zu handeln?

Eine sachliche Untersuchung dieser Art und ein offener Dialog darüber dürften wahrscheinlich mehr zu befriedigenden Lö-

sungen beitragen als die Erklärungen von israelischer Seite, man plane, alle israelischen Vermögen von Schweizer Banken abzuziehen, um die Schweiz zur Einsicht zu zwingen. Abgesehen von der Verwechslung der Banken mit der Regierung, bestätigen solche Drohungen nur, wie recht Bundesrat Delamuraz mit seiner vielleicht etwas zu harschen Formulierung hatte. – Rudolf *Rometsch* (Grindelwald)

Für die Schweiz ist es ein Gebot der Stunde, Zeichen zu setzen. Die Schweiz ist im Zweiten Weltkrieg relativ unversehrt geblieben. Ein Fonds nennen wir ihn Solidaritätsfonds, sollte unverzüglich geschaffen werden für mittellose Opfer von Nazis und deren Nachkommen.

Auch die Schweizer Banken müssen jetzt handeln, und zwar sollen alle möglichen Optionen geprüft werden (Nachforschungen von Geldern usw.). Wir dürfen uns aber weder von D'Amatos Propagandashow noch von den Drohungen von gewissen jüdischen Kreisen, ihre Gelder von Schweizer Banken abzuziehen, beeindrucken lassen. –

Roland *Tschaeppler* (Zürich)

Das Interview mit dem scheidenden Bundespräsidenten Jean-Pascal Delamuraz, publiziert am 31. Dezember 1996 in der Lausanner Zeitung «24 heures», las ich mit grosser Befriedigung. In einem insgesamt gut ausgewogenen Rückblick auf sein Präsidialjahr hat Delamuraz zu den Angriffen, die aus England und Amerika gegen die Schweiz und ihre Banken gerichtet wurden, in offenen Worten Stellung genommen. Damit hat er dem Unbehagen Ausdruck verliehen, das in den letzten Monaten angesichts jener Anfeindungen viele von uns plagte. Man greift nun aus Delamuraz Äusserungen die Worte «Erpressung» und «Lösegeld» heraus, mit denen er die Forderungen des Jüdischen Weltkongress (JWC) charakterisierte, und kriti-

sierte sie als überspitzt, ja beleidigend. Zum diplomatischen Vokabular gehören diese Wörter ja gewiss nicht, doch wenn der JWC von uns als «Zeichen des guten Willens» die Zahlung einer Viertelmilliarde Franken fordert und gleichzeitig droht, einen Boykott unserer Banken auszulösen was ist das denn anderes als eine Erpressung? Statt sich darüber zu entrüsten, dass der schweizerische Bundespräsident sich getraut, diese Dinge bei ihrem unschönen Namen zu nennen, besännen sich der JWC und seine Verbündeten besser auf einen zivilisierteren Umgangston gegenüber einem kleinen Volk, das 1933-1945 seine besten Kräfte daransetzte unabhängig und frei zu bleiben. – Huldrych M.F. *Koelbing* (Zürich)

Es mag manchem Schweizer erscheinen, die erneute emotionale Entladung der Holocaustopfer und ihrer Erben gelte nun einem Sündenbock, der sich für diese Rolle eignet, und dies ist offensichtlich der Finanzplatz Schweiz. Die überaus gehässigen Reaktionen des Jüdischen Weltkongresses sowie anderer Organisationen auf die mutige Stellungnahme Bundesrat Delamuraz', der sich gegen das Trommelfeuer aus Amerika und die beleidigenden Kommentare von D'Amato zur Wehr setzte und nicht nur seinen Bundesratskollegen, sondern auch vielen Parlamentariern (zum Beispiel Carlo Schmid) und nicht zuletzt der Schweizer Bevölkerung aus dem Herzen sprach, suchen wohl eine offensichtlich verwundbare Nation, um von ihr Wiedergutmachung schlechthin verlangen zu können. Die Sündenbockjäger wissen nun, wo sie ihr Opfer suchen müssen, und alle Animationen ergiessen sich in den Trichter Schweiz, mit dem heuchlerischen Hinweis, unser Land könnte ein Beispiel geben. Auch als Kleinstaat (mit einem schlechten Gewissen gegenüber zurückgewiesenen jüdischen Flüchtlingen, darf sich die Schweiz durch die moralische Übermacht der Holocaust-

opfer nicht an die Wand drücken lassen. Die vorzeitige Errichtung eines Entschädigungsfonds käme einer Kurzschlusshandlung gleich. – Theo *Wepfer* (Uster)

Wäre ein Fonds als kleines Zeichen der Versöhnung nicht angebracht? Sie, Herr Bundesrat Delamuraz, lehnen dies ab, wenn die Schuldfrage nicht der Wahrheit gemäss auf dem Tisch liegt. Es kann für die gesamte Regierung noch sehr schwer werden. Wie würden Sie reagieren, Herr Delamuraz, wenn Ihre ganze Familie und die Verwandtschaft durch einen kriminellen Akt umgebracht worden wäre und die Banken sich über Jahre hinweg geweigert hätten, Ihnen Auskunft über allfällige Vermögen zu geben? Verstehen Sie jetzt vielleicht die Wut der Überlebenden, dass diese angesichts dieser Schuld und Tatsachen Ihnen persönlich den Vorwurf machen, dass Ihre Aussage, die Aussage eines Staatsmannes, unwürdig und der Gipfel der Unverschämtheit sei? Wäre ein Fonds für die noch lebenden Opfer nicht ein kleines Zeichen der sogenannten Wiedergutmachung, ja der Sühne? – Ruedi, Annemarie und Hanspeter *Vogt* (Zizers)

Ich bin stolz auf die Generation, die damals für die Geschicke unseres Landes verantwortlich war. Sie konnten unser kleines Land und seine Bevölkerung aus dem Krieg heraushalten ohne Unterstützung, ohne Verbündete, und das ist eine politische Meisterleistung, die ihresgleichen sucht. Sie verdient unsere volle Anerkennung und uneingeschränkten Dank. Da gibt es nichts zu verheimlichen, zu entschuldigen, zu bewältigen. Die damals Verantwortlichen haben die beste Politik gemacht, die in dieser Lage für unser Land möglich war. Sie haben mit der deutschen Übermacht Geschäfte getätigt, die für unser Überleben nötig waren, denn die Deutschen liessen in unser völlig iso-

liertes Land nur hinein, was ihnen passte. Diejenigen, die uns diesen Handel zum Vorwurf machen wollen, waren damals Hunderte von Kilometern von uns entfernt und haben heute noch keine Ahnung, wie unsere Lage damals war. –

Ulrich *Hertig* (Biel)

Wenn sich alle beteiligten Parteien gegenseitig bekräftigen, es gehe nicht ums das Geld, sondern um die historische Aufarbeitung der Vergangenheit, die Moral und die Ethik, dann wird der normale Bürger hellhörig. Denn er weiss, dass diese Bekräftigungen unehrlich sind. Es geht nur um das liebe Geld! Hier ein kleiner Sofortfonds, dort ein beträchtlicher Fonds und der ganz grosse Fonds dann etwas später. Nun kommt der Bundespräsident der Schweiz und sagt im Klartext, um was es wirklich geht, und schon ist der Teufel los.

Die Wahrheit wird nicht gerne gehört – weder hier noch im Westen, noch am Mittelmeer. Auf arrogante, gefühlskalte und erpresserische Art wird der Regierung der Schweiz ein Ultimatum gestellt. Sie soll ihr unbotmässiges Verhalten gefälligst sofort ändern, sonst werde man schweizerische Interessen schädigen. – A. *Bodmer* (Binningen)

In Antwort des Schreibens an die «Neue Zürcher Zeitung» vom 17.12.96 von einem Leser (R Steiner, Zürich) möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Nachricht, ein Onkel von mir habe Geld vom Konto meines Vaters bei einer Schweizer Bank abgezogen, nur ein Gerücht war

Schweizer Behörden haben dieses Gerücht mit Entschuldigung zurückgezogen. Ich hoffe, meine Erläuterung wird dem Leserbriefschreiber zu Ohren kommen. Ich habe viel durchgemacht, und diese Verleumdungen tun weh. –

Greta G. *Beer* (New York City)

Die Frage liegt nahe, wie denn Israel reagieren würde, wenn – vorausgesetzt, es wäre bereit, nach 50 Jahren eine Expertenkommission zur Untersuchung geltend gemachten Unrechts gegenüber der palästinensischen Bevölkerung zuzulassen –, wenn also gefordert würde, es müsse bereits zuvor Geldmittel zur Wiedergutmachung zur Verfügung stellen. Mit einiger Wahrscheinlichkeit würde man in Israel eine solche Forderung als unzumutbare Vorwegnahme und damit zwangsläufig als Präjudizierung des angestrebten Untersuchungsergebnisses zurückweisen. Genau dies aber hat Bundesrat Delamuraz in seinem von jüdischer Seite scharf kritisierten Interview getan. –
John R. *Lademann* (Zumikon)

Wenn ein Bundesrat ungeachtet des volkswirtschaftlichen und aussenpolitischen Schadens für unser Land seine Zunge nicht im Zaume halten kann, wird er zur untragbaren Belastung für die Schweiz. Wer in höchstem Amt den Ruf nach einem Entschädigungsfonds für Holocaustopfer als «Lösegeld-Erpressung» diskreditiert, disqualifiziert sich selbst. Die Regierungsdirektion der USA trägt sich bereits mit dem Gedanken von gezielten Handelsrestriktionen nun tatsächlich gegen den Banken- und Finanzplatz Schweiz. Bundesrat Delamuraz hat seine Pflicht längst getan. Heute aber kann er nicht, vielmehr muss er gehen – je rascher, desto besser, denn er hat in grob-fahrlässiger Weise unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt. – Hans-Jacob *Heitz* (Winterthur)

Es mag sein, dass das spontan gewählte Wort in diesem Fall nicht optimal war. Aber ich bin sicher nicht der einzige, welcher den Bundesräten dankbar ist, dass in den letzten Tagen endlich einmal der Flut von Anklagen und Forderungen – auch nicht immer in zimperlicher Sprache – in Sachen nachrichtenerlose Vermögen Paroli geboten wurde.

Es könnte auch wieder einmal gewürdigt werden, wie viele Mitbürger und Flüchtlinge in der Schweiz vom grauenhaften Holocaust verschont blieben. Wenn die Eidgenossenschaft in jenen späten dreissiger Jahren nicht die politische Entschlossenheit («... dem droht der Krieg!») sowie die finanziellen Anstrengungen für eine glaubwürdige Verteidigung (gern. Berichten deutscher Stellen) aufgebracht hätte, wer weiss? Die heute so gern ins Spiel gebrachten allfälligen wirtschaftlichen Gründe spielten in jener Periode für das Dritte Reich noch keine Rolle bzw. hätten eher für eine kampflose Besetzung – wenn sie eben à la Skoda-Werke möglich gewesen wäre – gesprochen. Es sind jetzt in Ruhe und Würde die Resultate der verschiedenen Kommissionen abzuwarten. Ich habe als Bänkler an den Nachforschungen der sechziger Jahre persönlich mitgewirkt und weiss, dass schon damals (lange bevor Mr. D'Amato) seriös nach den «Vermögen verschwundener Ausländer» – damalige offizielle Bezeichnung – geforscht wurde. – Oskar *Bürli* (Urdorf)

Wie immer es sich mit den nachrichtenlosen Vermögen verhält, ist doch die Tatsache, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg Tausende von jüdischen Flüchtlingen zurück- oder ausgewiesen und damit in den sicheren Tod geschickt hat, erwiesen. Dafür hat sich die Schweiz entschuldigt, aber nie materiell Wiedergutmachung geleistet. Man konnte also durchaus und, ohne sich etwas zu vergeben, sofort einen Fonds errichten, ohne die Abklärungen über die viel komplexeren Fragen der nachrichtenlosen Vermögen abzuwarten, wenn man klarstellte, dass damit das Unrecht gegenüber den zurückgewiesenen Flüchtlingen abgegolten werden sollte. Diskutieren sollte man aber die Zweckbestimmung des Fonds. Holocaustopfer wurden von der BRD materiell entschädigt. Ich zweifle daran, dass es heute viele in materieller Not befindliche Opfer der Konzentrationslager gibt.

Die seelische Unbill kann man aber nicht mehr gut machen. Deshalb sähe ich eher einen auf die Zukunft ausgerichteten Fondszweck. Man könnte zum Beispiel (...) bestehende und neue israelisch-arabische Gemeinschaftsprojekte auf dem Gebiet der Erziehung, Kultur und Wissenschaft fördern. Die Schweiz würde sich dabei auf die Äufnung des Fonds und das Controlling beschränken, während die Mittelvergabe durch ein Komitee von anerkannten israelischen und arabischen Persönlichkeiten erfolgen würde. – Hans *Hegetschweiler* (Hedingen)

Bei der Debatte über die Schatten des Zweiten Weltkrieges geht es um die nachrichtenlosen Vermögen sowie die Gold-Transaktionen der Nationalbank während des Krieges und wie richtig bemerkt wurde (NZZ, vom 6.1.97), generell um unsere Haltung gegenüber den Greueln der damaligen Zeit, insbesondere wegen «unterlassener Hilfeleistung». Dazu kommt aber ein Weiteres. Ebenso, vielleicht sogar mehr noch als die Verfehlungen vor fünfzig Jahren, die in einer uns jetzt kaum mehr vorstellbaren Bedrohungslage begangen wurden, stehen die Unterlassungen der jüngeren Zeit zur Debatte. Und hierfür haben wir Heutige einzustehen. Wie kommt es, dass wir nach einem halben Jahrhundert keine überzeugende Antwort haben auf die Frage, was mit den nachrichtenlosen Vermögenswerten geschehen ist? Wir haben während eines halben Jahrhunderts im wesentlichen gehandelt, als ob nichts Besonderes geschehen wäre. Die Vermögenswerte wurden wohl von den Depositären nicht angeeignet, sondern liegen weiterhin, samt Zinsen, bereit für denjenigen, der sich als Erbe oder sonstwie als Berechtigter ausweisen kann. Das ist rechtlich korrekt – in einer normalen Situation.

Wir haben nicht erkannt, dass der Verbleib von Vermögenswerten von Holocaust-Opfern nichts gemeinsam hat mit einem

normalen nachrichtenlosen Vermögen, sondern dass hier eine in der Abscheulichkeit des Ablebens der Berechtigten einmalige Situation vorlag, die ein aussergewöhnliches Handeln erfordert hätte.

Das Nichterkennen hängt mit der «handelsrechtlichen Neutralität» unseres Finanz- und Wirtschaftsplatzes vor allem in den sechziger und siebziger Jahren zusammen, mit einem Handeln und Wirtschaften, das sich selbst ein korrektes Verhalten zum unbedingten Gebot macht, aber die Augen verschliesst vor dem Umfeld. Zu denken ist an die Beschränkung des Blickwinkels auf das Vordergründige, auf den Treuhänder anstelle des wirtschaftlich Berechtigten, auf die Gesellschaft anstelle der Gesellschafter, auf den Rechtsnachfolger anstelle des ursprünglich Berechtigten. Rechtliche Abstraktionen helfen im Normalfall, aber sie bedürfen der dauernden materiellen Kontrolle des erkennbaren tatsächlichen Hintergrundes, damit im aussergewöhnlichen Fall die Ausnahmeregelung Platz greifen kann. Das zu lange zu wenig getan zu haben bildet ein Versagen, das nicht die Väter trifft. Für die Unterlassungen nach dem Krieg können und müssen wir schon nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse einstehen. Dazu bedarf es nicht eines Verhandeln über einen Fonds. Es bedarf einer beherzten Geste, die im Ausmass ihrer Grosszügigkeit wenigstens teilweise an das Ausmass der bisherigen Kleinlichkeiten heranreicht. In der Hoffnung natürlich, dass die laufenden Untersuchungen nichts Zusätzliches an den Tag bringen, das über individuelles Versagen hinausgeht. – Prof: Walter A. *Stoffel* (Freiburg)

Die Schweizer Grossbanken, vorzüglich summa cum laude durch amerikanische Durchleuchtungsinstitute ausgezeichnet, Stolz dieses Landes, mitverantwortlich am wirtschaftlichen Gedeihen einer an Bodenschätzen armen Alpenregion, willkom-

mene Sponsoren auf allen denkbaren Spiel- und Sportplätzen der Künste und Leibesübungen, Vertraute von Geldanlegern jeglicher religiösen oder politischen Zugehörigkeit und jeglichen Standes, Investoren im In- und Ausland, erfahren in diesen Wochen und Monaten eine wohl beispiellose Verleugnung statt Solidarisierung durch vermeintliche Träger der Schweizer Öffentlichkeit. Was der Bürger in letzter Zeit – sei's in der Presse oder über den Hörfunk von Schweizer Schriftstellern und Junghistorikern in oft müder oder dann rebellischer Art über schweizerische Geldinstitute mit rühmenswerter Vergangenheit vorgesetzt bekam, strotzte von erschreckender Einfalt des Denkens, Wägens und Urteilens. Pfadfinder auf der Suche nach den historischen Wahrheiten (die Wahrheit ist leider keine mathematische Grösse), die sich oberlehrerhaft zu Geschehenem und der Gegenwart recht beliebig äussern, verraten wenig Zivilcourage in der Auseinandersetzung mit Partnern, die weder bei ihrer Gesprächstaktik noch Wortwahl sich als wählerisch erwiesen haben und nur eine Wahrheit zu kennen glauben – die ihrige. – Erwin A. Sautter (Zumikon)

Gemäss der Schweizerischen Bankiervereinigung liegen 38,7 Millionen Franken als sogenannte nachrichtenlose Gelder auf Schweizer Banken; sie wurden aber nur zum Teil in der Kriegs- und Vorkriegszeit deponiert. Der genannte Betrag umfasst nämlich alle Guthaben, die seit mehr als zehn Jahren als nachrichtenlos gelten. Diese Guthaben müssen, soweit immer möglich, den rechtmässigen Besitzern oder Erben, seien es Juden oder Nichtjuden, zugesprochen werden, schon aus diesem Grund stehen sie für einen Fonds nicht zur Verfügung. Der Betrag von 38,7 Millionen Franken erscheint relativ klein; das hat aber klare Gründe: In den dreissiger Jahren und in den Kriegs-

jahren konnte gar nicht von einem Finanzplatz Schweiz gesprochen werden. Vielmehr stand es damals um das schweizerische Bankenwesen denkbar schlecht. «Die Eidgenössische Bank» beispielsweise konnte vor dem Zusammenbruch nur gerettet werden dank der Übernahme durch die Bankgesellschaft. Wenn damals Vermögen aus Deutschland überhaupt noch ins Ausland verschoben werden konnten, so geschah das nur in kleinem Mass Richtung Schweiz. Bevorzugte Finanzplätze waren vor allem London und New York. Von jenen namenlosen Vermögen spricht seltsamerweise kein Mensch. Ebenso spricht niemand davon, dass herrenlose Vermögen in den USA nach fünf Jahren in der Regel an den Staat fallen, während sie in der Schweiz nicht angetastet werden! –

Hans *Fehr*, Nationalrat (Eglisau)

Hunderttausende von Schweizer Soldaten haben während des Zweiten Weltkrieges tausend, zwölfhundert und mehr Dienstage an der Grenze verbringen müssen – zum Schutz auch der jüdischen Flüchtlinge in der Schweiz! Sie haben also wohl mehr (auch materielle!) Opfer gebracht als die Geldopfer, die man den jüdischen Kreisen für ihre Flüchtlinge abverlangte. Sie haben nie dafür eine Entschädigung erhalten und auch keine verlangt. Auch Mitglieder meiner Familie haben damals grosse persönliche Opfer gebracht (materielle und immaterielle), und sie haben es wirklich nicht verdient, dass sie heute nur noch als Sündenböcke herhalten müssen. Nicht Forderungen wären zu erwarten, sondern Worte des Dankes. – Alfred *Schefer* (Zihlschlacht)

Am 8.1.1996 wurde in der Sendung «Echo der Zeit» von Radio DRS über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg moniert. Einige Journalisten sowie Peter Bichsei («Des Schweizer Schweiz ist eine sprachlose») schneuzten bei dieser Gelegenheit wieder einmal lustvoll ins Schweizer Fahnentuch. So wur-

de gefordert, man solle doch endlich, endlich zugeben, dass es in der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges eine geldgierige Wirtschaftskollaboration mit Deutschland gegeben habe. «Plötzlich wissen wir alle», wurde dann verkündet, «dass es die Bankgeschäfte waren, die schmutzige Diplomatie auch, welche der Schweiz ihre Unberührtheit sicherten.»

(...) Waren die Verdienste der Aktivdienstgeneration um unser Verschontbleiben tatsächlich nur ein verlogener Mythos, wie in der Sendung behauptet wurde, dann bleibt doch nur die eine Folgerung: Das Schweizervolk, Peter Bichsei gehörte schon dazu, unsere jüdischen Mitbürger und all die Zehntausende in unserem Land geflüchteten Juden haben ihre leibliche Unversehrtheit den jetzt so verfeimten geldgierigen Banken und allenfalls noch schmutziger Diplomatie zu verdanken. Die Alternative hätte gelaute: Krieg mit all seinen Schrecken, Besetzung der Schweiz und somit Abtransport sämtlicher Juden zur Station «Endlösung».

In unsern von Hitlers Armeen überrollten Nachbarländern wurden, gar oft mit wohlwollender Unterstützung durch die staatlichen Behörden, Hunderttausende Juden in Viehwaggons gepfercht und auf eine grauenvolle Reise in Tod und Verderben geschickt. Keine dieser Regierungen wird heute mit Forderungen nach Vergangenheitsbewältigung überschüttet oder gar mit Boykott bedroht. Der Schweiz aber wird das damals von Nazi-deutschland erzwungene Lavieren zwischen Anpassung und Widerstand als moralische Schandtat angekreidet – nicht nur vom Ausland, sondern z. B. auch von intellektuellen Wichtig- tuern im «Echo der Zeit». –

Rosmarie *Weibel-Gasser* (Konolfingen)

Wie ich der NZZ vom 13.1.1997 entnehmen kann, trafen nun also im Zuge der emotional geführten Diskussionen um die

nachrichtenlosen Vermögen die ersten dezidiert antisemitischen Leser(innen)briefe auf Ihrer Redaktion ein. Leider überrascht dies kaum: Seit dem Mittelalter werden Juden und Jüdinnen mit Gier nach Geld in Verbindung gebracht. Dieser dumpfe, schwammige Antisemitismus ist also schon lange quer durch die Bevölkerungen vieler Länder manifest. Gerade auch intellektuelle Menschen sassen und sitzen diesem Mythos auf. Als Beispiel für die Literatur können etwa Ezra Pounds *Usura-Cantos* oder seine Radiosendungen für das faschistische Mussolini-Italien dienen. Antisemitismus war noch nie das «Problem» einer spezifischen Bevölkerungsschicht, und genau das macht ihn unter anderem so gefährlich. Berücksichtigt man nun, dass Antisemitismus in vielgestaltiger Form auch heute noch in diesem Land latent vorhanden ist, sind Aussagen wie die von Bundesrat Delamuraz (...) bilden eine willkommene Plattform für antisemitische Agitation! Eine Entschuldigung und eine eindeutige Distanzierung von Antisemitismus ist das mindeste, was von einem Politiker seines Ranges nach einer derartigen Übertretung zu erwarten wäre. – Andi Zogg (Zürich)

(...) Der scheidende Bundespräsident hat es mit seiner bestenfalls oberflächlich verklausulierten Formulierung verstanden, das Ventil zu öffnen, und nun zischt unter Hochdruck der alte Antisemitismus aus dem durch die gegenwärtige Diskussion aufgeheizten Kessel um die nachrichtenlosen Vermögen. Was offensichtlich vielen Schweizern seit Langem am Herzen gelegen hat, aber seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestenfalls hinter vorgehaltener Hand geflüstert wurde, darf dank obrigkeitlichem Erlass endlich wieder laut ausgesprochen werden. Der aufgestaute Antisemitismus mit den altbekannten Vorurteilen entflammt wieder mit umgeschminktem Gesicht. Die

Aufarbeitung der jüngeren Geschichte hat eben erst begonnen, und bereits verweigern viele Schweizer die Auseinandersetzung mit den Tatsachen. Allzulange hat man ein idealisiertes Inseldasein gefristet und an das selbstentworfenen Traumbild geglaubt. Der Schrecken des Aufwachens aus der selbstgewählten Isolation ist nun um so schmerzhafter. Für viele Zeitgenossen bietet die Flucht in den Antisemitismus das altbewährte Muster, die unerwünschten (historischen) Realitäten weiterhin zu ignorieren. – F. Levy (Zürich)

Mit wachsender Sorge verfolgen viele die Auseinandersetzung zwischen der Schweiz und internationalen jüdischen Organisationen. Heute ist die Krise noch weitgehend ein Problem der Politiker und Bankfachleute. Es besteht aber die Gefahr, dass es bei einer Eskalation zu einem Problem zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern werden könnte. Nach den unqualifizierten zum Teil altbekannten, unwahren Beschuldigungen und unverhüllten Drohungen der internationalen jüdischen Organisationen fühlen sich die Antisemiten bestätigt. Sie haben ja schon immer vor der gefährlichen, rücksichtslos eingesetzten wirtschaftlichen Machtfülle und dem politischen Einfluss dieser Organisationen gewarnt. Die vom Antisemitismus nicht angesteckten Normalbürger sind hingegen stark verunsichert. Diese Verunsicherung wurde auch durch die unglücklichen populistischen Äusserungen von Bundesrat Delamuraz nicht gemildert. Dadurch könnte der Einfluss des Antisemitismus Auftrieb erhalten, und zwar nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa. Im europäischen Ausland beobachtet man zurzeit die Krise mit gemischten Gefühlen: eine gewisse Schadenfreude gegenüber der bisher beneideten Schweiz schwingt mit, aber auch das eigene schlechte Gewissen: es gibt kaum eine Nation in Europa, die keine Vergehen gegenüber ihren jüdi-

schen Mitbürgern begangen, die alles Menschenmögliche für die Rettung jüdischer Flüchtlinge getan hätte. Auch am Raubgold haben sich einige andere Finanzplätze ebenfalls bereichert. Ist die Aktion gegen die Schweiz ein Einzelfall, oder werden weitere Staaten nach bewährter Taktik einer nach dem anderen aufgerollt? Ist die Schweiz ausgewählt worden, weil da wirtschaftlich am meisten zu holen ist oder weil sie als Kleinstaat und Nichtmitglied der EU weder auf eine eigene Machtbasis noch auf Solidarität und Unterstützung in Europa zurückgreifen kann? Wer wird der nächste sein? Diese Fragen werden nicht nur von Politikern, sondern auch von einfachen Bürgern in Europa aufgeworfen.

In dieser Situation haben die jüdischen Bürger der Schweiz eine nicht ganz einfache Position. Sie sind integraler Teil des schweizerischen, aber auch des jüdischen Volkes, was zu einem Loyalitätskonflikt führen könnte. Andererseits kennen sie beide Seiten nicht nur oberflächlich, sondern von innen her und sind deshalb für eine Vermittlerrolle prädestiniert. Dass diese Chance ergriffen werden kann, beweisen die ruhigen, aber entschiedenen Sätze, die der Ehrenpräsident der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich, S. Feigel, seiner Zuschrift an die NZZ gefunden hat. Es gelang ihm, positive und negative Aspekte in den Handlungen und Äusserungen beider Seiten in die richtigen Proportionen zu setzen. Dies gibt zur Hoffnung Anlass, dass die Stimmen der Vernunft siegen werden, bevor es zu grösseren, schwer zu reparierenden Schäden im friedlichen Zusammenleben zwischen Mehrheit und jüdischer Minderheit kommen könnte. – J. Zergèny (Seltisberg)

In der Masse der vielen Artikel, die zu diesem Themenkreis erschienen, sticht derjenige von Rolf C. Ribi wohlthuend heraus. Bundesrat Delamuraz hat mit seiner unstatthafter Äusserung

ein fatales Signal mit einer verheerenden Wirkung ausgesandt, die zu einem ungunstigen Klima geführt hat. Gerade deshalb ist es so wichtig, die Sachlage klar und deutlich darzulegen und die mitschwingenden Untertöne aufzuzeigen. – Vera *Kronenberg*, Präsidentin des Bundes Schweizerischer Jüdischer Frauenorganisationen (Basel)

Bundesrat Delamuraz hat das ausgesprochen, was die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer empfindet. Leisetreteri und Checkbuchdiplomatie sind kein Mittel, um den Hunger auf unsere Steuergelder zu stillen. – Alma *Schütz* (Schmitten)

Was dieser Herr D'Amato aufführt, ist mehr als ein Angriff. Ich hätte schon längst gerne ein Wort vom Bundesrat gehört. Herr Delamuraz hat es nun gesagt. Bravo! – R. *Surer* (Flawil)

Nach meinem Sprachempfinden setzt der Begriff «Erpressung» zwei Fakten voraus: zum einen eine Forderung und zum andern die Androhung von Massnahmen, die bei Nichterfüllung der Forderung realisiert werden. Beides trifft bei der «Holocaust-Affäre» zu. Der Jüdische Weltkongress (JWC) will Geld. Falls die Schweiz nicht zahlt, werden Boykotte angedroht. Meines Erachtens hat Bundesrat Delamuraz den Begriff Erpressung daher zu Recht verwendet. – Rudolf *Fügli* (Pfäffikon)

Nachdem nun Bundesrat Delamuraz begründet um Verständnis für seine Reaktion ersucht hat, sollten jene, die mit Boykott gedroht haben, auf weitere Druckversuche verzichten. Von Fonds aus nachrichtenlosen Vermögen sollten zudem auch Holocaust-Opfer nichtjüdischen Glaubens berücksichtigt werden. Und: Nicht nur allfällige schweizerische, sondern alle fehlbaren Ban-

ken, auch amerikanische, sollten Leistungen erbringen. Allseitige Nachforschung und Wiedergutmachung tut not. – Emil *Rahm* (Hallau)

Wieso ist es undenkbar, dass einem Politiker die Galle hochkommt angesichts solcher Forderungen, Ultimaten und Boykottandrohungen aus dem Ausland? Die ganze professionell organisierte Medienkampagne erschwert den beiden zur Wahrheitsfindung eingesetzten Kommissionen die Arbeit ungemein. Zudem gefährdet sie die vorhandene Sympathie und den Goodwill gegenüber den jüdischen Naziopfern in unverantwortlicher Weise. – Max *Feurer* (Riehen)

Vehement ist der Aufschrei im jüdischen Lager wegen des Wiederaufflammens des Antisemitismus in der Schweiz. Wo liegt die Ursache dafür? Die Antwort geben die Auftraggeber von Senator DAmato am besten selber! Wen wundert's, wenn angesichts massivster Anschuldigungen gegen ein ganzes Volk Anerkennung in Ablehnung, Sympathie in Antipathie umschlägt? Muss sich ein düsteres Kapitel der Geschichte wirklich wiederholen? – Robert *Koller* (Rüti)

Verfolgt man die derzeitige Diskussion um die nachrichtenlosen Gelder und die Haltung der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges, so fällt immer wieder auf, dass niemand die Frage der Rechtspflichten eines neutralen Staates im Konfliktfalle anspricht. Der Verfasser ist zwar nicht Völkerrechtler, kann sich aber noch gut erinnern, im völkerrechtlichen Seminar gelernt zu haben, dass der neutrale Staat im Konfliktfalle verpflichtet ist, mit beiden Parteien einen handelspolitischen «courant normal» aufrechtzuerhalten. Er darf somit seinen Handel mit den Kriegsparteien weder erheblich steigern noch reduzieren. Nun

war Deutschland für die Schweiz von jeher ein wichtiger Handelspartner. Das Deutsche Reich konnte somit de jure wie de facto ohne Weiteres auf die Verpflichtung des Neutralen aus der Courant-normal-Regel pochen. Dass die Parteien dabei auch konvertible Devisen erhalten, nimmt die völkerrechtliche Regelung bewusst in Kauf. Hätte die Schweiz ihre handelspolitischen völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzt, hätte das Deutsche Reich in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Retorsionsmassnahmen gegen die Schweiz ergreifen können. Dazu war es auch machtmässig ohne Weiteres in der Lage. Lebenswichtig war zum Beispiel die völkerrechtlich garantierte freie Schifffahrt auf dem Rhein. Die Schweiz als belagerte Insel konnte mithin gar nicht anders, als sich soweit wie möglich an die völkerrechtlichen Vorgaben zu halten. Ihr daraus einen Vorwurf zu machen ist weder rechtlich noch moralisch angängig. Auf dem Spiel standen Hunger und möglicherweise Krieg für die eigene Bevölkerung. – Peter *Plattner* (Frauenfeld)

Sicher haben wir in der uns durch den Krieg aufgezwungenen Lage Fehler gemacht, aber immer in Wahrung unseres legitimen Selbsterhaltungsrechtes. Unter diesen Voraussetzungen sind die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 und die Goldpolitik der Schweizerischen Nationalbank im Zweiten Weltkrieg zu beurteilen. Dabei ist strikte zu beachten, dass die verantwortlichen Behörden ab September 1939 unter den Zwängen der kriegerischen Ereignisse für eine ihnen unbekannte Zukunft entscheiden mussten. Sie hatten es nicht so einfach wie etwa Alfred A. Häsler, der 1967, ohne für das Land irgendwelche Verantwortung übernehmen zu müssen, den Bundesrat im Nachhinein kritisieren konnte. 1939 war das Boot voll. Der Präsident der Eidgenössischen Kommission für Kriegsernäh-

rung, Prof. Dr. Alfred Fleisch, hat in seinem Standardwerk «Ernährungsprobleme in Mangelzeiten. Die schweizerische Kriegsernährung 1939-1946» als Schluss festgehalten: «Trotz aller Anstrengung der Landwirtschaft wäre die Ernährung nur auf einem Hungerniveau möglich gewesen, hätten nicht unsere Unterhändler immer und immer wieder trotz doppeltem Blockadering, Nahrungsmittel ins Land bringen können.» Ich erspare es mir, die Kriegswirtschaft, insbesondere die Rohstoff- und Energieprobleme, hier darzustellen, aber die Historikerkommission wird gut beraten sein, diesen Aspekt zur gerechten Beurteilung der Verantwortlichen von 1939 bis 1945 zu beachten, denn die Ernährungs- und die Energielücke machten uns ab 1940, als wir von den Achsenmächten vollständig umzingelt waren, total abhängig und erpressbar. Alfred A. Häslar vermerkt in seinem Buch «Das Boot ist voll», 9. Auflage 1992, S. 328, folgendes: «6.-15. Juli [1938]: Konferenz von Evian zur Besprechung der Flüchtlingsfrage. 32 Staaten nehmen teil. Ergebnis gleich Null.» Die Schweiz war immer bereit, bei der Emigration deutscher Juden als Durchgangsland mitzuhelfen, sie in Sicherheit zu bringen. Als überfülltes Land und wegen der damit verbundenen Schwäche der Selbstversorgung konnte sie aus dem legitimen Sicherheitsbedürfnis der eigenen Bevölkerung nur als Durchgangsland dienen. Da aber die ganze Welt sich in Evian um die Flüchtlingspolitik herumdrückte, war die Mitwirkung der Schweiz als Durchgangsland total blockiert. Ich sehe nicht ein, warum sich unser Land unter diesen Umständen als Prügelknabe für die grausame Entwicklung in Deutschland verleumden lassen soll. Nachdem 32 Staaten in Evian sich (...) gedrückt hatten, kann man der kleinen, von einer erpresserischen Hungerblockade bedrohten Schweiz nicht vorwerfen, sie habe durch Abweisung Flüchtlinge in den Tod geschickt. –

Hans *Bachofner* (Zürich)

Bundesrat Delamuraz hat mit seinem Interview vom Altjahrsabend die zu erwartenden Proteste ausgelöst, am Ende aber erreicht, dass sich Herr D'Amato und Sprecher führender jüdischer Organisationen nach wochenlangen Schelten und Drohungen gegen die Schweiz gemässigt haben und der Jüdische Weltkongress Forderungen nach einem 250-Millionen-Fonds in Abrede gestellt hat. Das lässt darauf hoffen, dass die peinlich späte Suche nach berechtigten Ansprüchen gegenüber den Banken und Verhandlungen über angemessene Kollektiventschädigungen auf anständige Weise und nicht mehr über die Medien geführt werden. Dass diese weiter mit Neuigkeiten in dieser Sache gefüttert werden, dafür werden das Simon Wiesenthal Center und vor allem Ed Fagan sorgen, die für ihre Mandanten Klage gegen die Schweizer Banken in Amerika führen. Seine Aussagen hat Herr Delamuraz nicht widerrufen, doch ist zweifelhaft, ob seine Warnung, dass die Schweiz in der Welt nicht nur Freunde hat, gehört worden ist. Der Sachverhalt ist nicht neu, doch hat die politische Crème zu lange auf dem Mythos unserer Armee, unserer moralischen Überlegenheit sowie unserer Sonderstellung als Vermittlernation aufgebaut. Zu wenige haben umgelernt. Politische Sonderlinge sind wir zwar, aber keine Musterknaben. Das haben viele nicht begriffen.

Es bringt auch nichts, den Schweizern Schuldgefühle einzuflössen, indem man sie an absoluten Massstäben misst, wie das einige unserer Autoren immer wieder getan haben. Das ist nur die Perversion der moralischen Arroganz. Unsere Bundesregierung im Zweiten Weltkrieg kollaborierte mit Deutschland und konnte dadurch die Schweiz vor einer Besetzung bewahren. Das war politischer Opportunismus, aber die Vorteile, welche die Schweiz daraus gezogen hat, möchten auch die Kritiker reinen Herzens in unserem Lande nicht missen. – R.U. (Wettiswil)

In vielen Kommentaren und Berichten zur «Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg» wird mit keinem Satz die damalige kritische Situation und Bedrohung unseres Landes erwähnt: wir waren eingekreist vom militärisch übermächtigen und kriegswütigen Nazi-Deutschland, diktatorisch geführt von einer skrupellosen, unberechenbaren Verbrecher-Regierung, die mehrmals drohte, uns ebenfalls – wie die Nachbarländer – ins Reich einzugliedern, d. h. mit Krieg zu überziehen. Unsere Landesregierung wurde dauernd unter Druck gesetzt (...). Und hier machen sich all jene schuldig, die den Eindruck erwecken, unsere Regierung hätte damals ohne äusseren Druck, freiwillig, aus einer antisemitischen Einstellung heraus, flüchtende Juden abgewiesen. Haben denn diese Leute vergessen, dass es die erste und oberste Pflicht einer Regierung ist, für die Sicherheit, das Wohl und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sorgen? Genau diese Aufgabe haben die damaligen Bundesräte sehr ernst genommen. Sie mussten sich vor Augen halten, dass eine Ablehnung der Hitler-Forderungen Krieg bedeuten konnte, mit all seinen schrecklichen Folgen: Verwüstung des Landes, Elend und Not für unsere Kinder, Frauen und Männer und insbesondere auch Verfolgung der Juden. Ich war 1940 zehn Jahre alt und könnte vieles von den damaligen Bedrohungen und Ängsten berichten. Es ist billig und eine ungehörige Arroganz, wenn heute Medienleute, welche die damalige Situation und den wahren Sachverhalt nicht genau kennen, sich ein Urteil und Schuldzuweisungen anmassen und sich darüber hinaus noch profilieren wollen mit angeblich geschichtlichen Quellen, die manipulierbar sind und immer nur einen Teil der Wahrheit zeigen. – Hans *Popp* (Liebefeld)

In der gegenwärtigen Debatte über nachrichtenlose Vermögen und Nazigold aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs befremdet

mich, dass immer wieder nur davon die Rede ist, die Schweiz müsse einen Fonds zur Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Schreckenherrschaft, besonders zugunsten der jüdischen Opfer derselben bereitstellen. Was dabei immer wieder übersehen wird, ist, dass die Schweiz offenbar das einzige Land in Kontinentaleuropa war, das genügend Widerstand geleistet hat, um nicht Teil des nationalsozialistischen Imperiums zu werden. Damit will ich nicht in Abrede stellen, dass auch in anderen Ländern ein starker und aktiver Widerstand gegen Hitlers Expansionspolitik bestanden hat, aber dennoch war dieser offensichtlich nicht stark genug, um Hitlers Armeen vom Überfall auf diese Länder abzuhalten. In Österreich wurden die deutschen Angriffstruppen von jubelnden Menschenmassen empfangen, und selbst Frankreich, das zu den alliierten Siegermächten zählt, liess sich in wenigen Tagen zur Hälfte besetzen, setzte im unbesetzten Teil eine Marionettenregierung ein und zählte während des Krieges weit mehr Kollaborateure als Resistance-Mitglieder. Neutrale wie die Niederlande, Belgien oder Dänemark liessen sich innert weniger Tage und praktisch ohne Widerstand überrollen. Und obwohl sie sich immer gerne als «Opfer» sehen, haben Angehörige dieser Länder (mit Ausnahme Dänemarks, das in einer riskanten Aktion seine Juden evakuiert hat) sich an der Denunziation und Deportation von Juden in sehr aktiver Weise beteiligt. Alle besetzten Länder stellten bedeutende Kontingente von Freiwilligen an die Waffen-SS und haben somit Kriegsschuld auf sich geladen, weit mehr, als die Schweiz dies tat.

Die Schweiz hingegen hat alles unternommen, um frei zu bleiben, um nicht ein Teil des faschistischen Europa zu werden, sondern, umgeben von Feinden, ein demokratisches und freies unabhängiges Land zu bleiben. Die Kriegswirtschaft und die jahrelange Mobilisation eines grossen Teils der Bevölkerung

haben die Schweiz bis an die Grenzen der sozialen und wirtschaftlichen Belastbarkeit geführt, und trotzdem hat sie bei einer Bevölkerung von weniger als 5 Millionen noch 230'000 Flüchtlinge aufgenommen. Die Schweizer Banken haben sich im wahrsten Sinne des Wortes neutral verhalten, denn sie haben Transaktionen aller Kriegsparteien durchgeführt, nicht nur zugunsten Deutschlands, sondern auch zugunsten der Alliierten, soweit es ihnen möglich war. Die Schweiz hat zwar Rüstungsgüter nach Deutschland verkauft, doch waren die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten, die von der Schweiz (zuungunsten der Achsenmächte und oft zugunsten der Alliierten) ausgingen und die von Armeestellen (also nicht von Untergrundaktivisten, die gegen die offizielle Schweiz operierten) durchgeführt wurden, wahrscheinlich von weit kriegsentscheidender Natur als die Örlikon-Geschütze (die übrigens auch bei der Royal Navy und auf US-Flugzeugträgern im Einsatz standen). Unter dem Gesichtspunkt der damaligen Lage und unter der Berücksichtigung der Dinge, die in allen anderen Ländern Kontinentaleuropas geschahen, können wir der Aktivdienstgeneration jedenfalls nur Dank und Anerkennung entgegenbringen, dass sie alles unternommen hat, damit mitten im besetzten Europa wenigstens ein freies, unabhängiges und demokratisches Land überleben konnte, und nicht, wie es heute getan wird, die Schweiz als verdeckten, aber besonders eifrigen Verbündeten Nazi-deutschlands hinstellen. –

D. *Papadopoulos* (Rheinfelden)

Die SP und die Grünen haben sich der internationalen Kampagne gegen die Schweiz angeschlossen. Wären diese Parteien wirklich bereit gewesen, den sechsfachen Betrag der als nachrichtenlos feststehenden Vermögen innert zweier Monate in einen Fonds zu bezahlen, dessen Verwendung einzig und allein

in der Hand der jüdischen Weltorganisationen und des Staates Israel läge, dessen heutige Regierung den Friedensprozess im Nahen Osten blockiert? Über 200 Millionen Franken gleichsam als Vorschuss ins Blaue in einer Zeit, in der die öffentliche Hand auf allen Ebenen und in allen Bereichen spart? Kein Zweifel, die Schweiz ist verpflichtet, die historische Wahrheit über ihr Verhalten im Zweiten Weltkrieg genau aufzudecken und eine ihrer Schuld entsprechende Wiedergutmachung zu leisten. Aber was ist mit der völlig verschwiegenen nichtjüdischen Hälfte der Opfer des Dritten Reiches? Soll sie geschichtslos in der Vergessenheit verbleiben, und müssen ihre Nachkommen bei der Wiedergutmachung leer ausgehen, nur weil sie weniger finanzstark und nicht organisiert sind? Eine wirkliche Wiedergutmachung kann nicht durch Überweisung eines Geldbetrages an die jüdische Weltorganisation oder an den Staat Israel erledigt werden. Die entsprechenden Kommissionen müssen paritätisch – unter Einschluss der Vertreter der nichtjüdischen Opfer – zusammengesetzt sein. Ich kenne und schätze viele Menschen jüdischer Abstammung und weiss, dass die meisten von ihnen es ablehnen, aus dem Opferstatus ihres Volkes Kapital schlagen zu wollen. Deshalb muss es auch möglich sein, die Politik einzelner zionistischer Organisationen kritisieren zu dürfen, ohne deswegen als Antisemit verschrien zu werden. Das Urteil über die historische Schuld der Schweiz im Zweiten Weltkrieg muss die schwierige politische Situation der damaligen Generation in Rechnung stellen. Die Nachkriegsgeneration schreibt den Verriss der Kriegsgeneration aus gepolsterten Sesseln und ohne von einem aggressiven Gegner bedroht zu sein. – Peter *Mattmann-Allamand* (Kriens)

Legenden sind gefährlich. Die Dolchstosslegende half den krieglüsternen Nazis an die Macht. Eine fatale Legende um

das Eigentum von nachrichtenlosen Vermögen geht um die Welt. Es ist erschreckend, wie in der Öffentlichkeit die nachrichtenlosen Vermögen der Banken mit Nazi-Geldern oder Holocaust-Geldern verwechselt werden. Senator D'Amato findet, wenn die Banken intensiver suchen würden, dann kämen noch mehr als die 40 Millionen zum Vorschein. Jugendliche im Ausland erklären den Medien, dass sie bereit seien, für das auf Schweizer Banken lagernde Geld ihres Volkes zu kämpfen. Einem solchen Szenario kann vorgebeugt werden. Die Schweiz muss die Eigentümer der nachrichtenlosen Vermögen publizieren und den Berechtigten eine steuerliche Amnestie anbieten. Dies sowohl bei den Banken als auch bei den vergessenen Freizügigkeitskonten der beruflichen Vorsorge. Darin wird es sich zeigen, dass die Eigentümer dieser Vermögen meist gestorbene Rentner sind, die beim Eintritt ins Altersheim einen Notgroschen verheimlicht hatten. Andere hatten ihre Familienangehörigen nicht über ihr Vermögen informiert usw. Was von den gesetzlich Erbberechtigten nicht verlangt wird, das soll die Schweiz dem verlangten Fonds beisteuern. Hier dürfte es sich zeigen, ob es um die Wahrheitssuche oder um Geld geht. –
B. C. *Matzinger* (Thalwil)

Nach einem halben Jahrhundert werden unkalkulierbare Forderungen an die Nachkommen jener Generation gestellt, die dank ihrer Weitsicht und unbeugsamem Erhaltungswillen sich aus der Weltkatastrophe herauszuhalten vermochte. Heute geht es um Forderungen von Entschädigungen an die Söhne und Töchter jener Eltern, die durch die fürchterlichen Ereignisse eines gnadenlosen Krieges zu Opfern wurden. Indessen: Wo auf der Welt und zu welchem Zeitpunkt konnte Ähnliches geltend gemacht werden? Welche Nachfahren von Kriegsgenerationen – sei es von nationalen oder internationalen Konflikten – sind je

zu Entschädigungen von Kriegsopfern angehalten worden? Im Laufe der Weltgeschichte haben Hunderte, ja Tausende von Kriegsereignissen und Konflikten stattgefunden, ohne dass jemals Entschädigungen für Kriegsverluste an Private in grösserem Ausmass erfolgt wären.

Reparationsentschädigungen von Staat zu Staat gehören nicht in dieses Kapitel. Wie viele Millionen mussten in der Vergangenheit als Folge von kriegerischen Ereignissen in tristen, unzulänglichen Verhältnissen weiterleben und ihr irdisches Dasein in Elend und Siechtum verbringen? Wurde ihnen irgendwelche Abgeltung für das Ungemach zugestanden? Und es waren und sind Menschen, die meistens die Sonnenseite des Lebens kaum kennen. Dass die Situation der Fordernden jenseits des Ozeans mit jenen zu vergleichen ist, kann kaum angenommen werden. Und doch würde allen das gleiche Recht zustehen. Halten die Gegebenheiten nur annähernd einem Vergleich stand? Müssen wir damit rechnen, dass in Zukunft Millionen von Kriegsgeschädigten für erlittene und noch zu erleidende Verluste Forderungen erheben? Und an wen? Soll der jetzige Fall zum Präzedenz- und Präjudizfall mit unabsehbaren Folgen werden? – René *Martin* (Stäfa)

Laut NZZ vom 20.12. 96 hat der Jüdische Weltkongress (WJC) die Ernennung des Briten Harold James als Mitglied der Untersuchungskommission als völlig inakzeptabel bezeichnet, «weil er viele Aspekte dieser Situation im Voraus und vorschnell beurteilt» habe (und nicht im Sinne des WJC). Aber was anderes als genau dies machen denn der WJC und sein Sprachrohr D'Amato seit Beginn der Kampagne? Sie urteilen und verurteilen vorschnell, mit einer gehörigen Portion Arroganz und neuerdings noch mit Erpressung, indem sich der WJC einen Boykottaufruf gegen die Schweizer Banken vorbehält, falls diese

nicht tun, was der WJC für richtig hält. Ich bin für eine möglichst rückhaltlose, offene Aufklärung der Schatten, die sicherlich vorhanden sind. Nur, wo Schatten sind, muss es auch Licht haben.

Eine Freigabe der bisher festgestellten nachrichtenlosen Vermögen von jüdischen Opfern würde ich begrüssen. Alles andere sollen nun die Kommissionen von Bund, Banken usw. untersuchen und Schatten wie Licht unter Würdigung der damaligen Verhältnisse darstellen. Obwohl es dem WJC bekanntlich um Gerechtigkeit und nicht sosehr um Geld geht, ist zu befürchten, dass der WJC alles, was nicht seinen kühnen Vorstellungen entspricht, als «völlig inakzeptabel» zurückweisen wird. Die Weichen dazu sind mit der Diskreditierung von Harold James durch den WJC bereits gestellt worden. –

Walter *Häusler* (Tägerwilen)

Ich bin aufgewachsen in einem Dorf im St. Galler Rheintal, das Ziel einer der grössten Flüchtlingsströme jener unseligen Zeit gewesen ist. Ich sah sie kommen. Sah ihre Lager. Sah auch, wie sie mit der Zeit auf höheren Befehl brutal unterbrochen wurden. Hörte aus nächster Nähe von den Tragödien an der nahen Grenze. Vergessen habe ich das nie. Mein Leben lang habe ich es in der Öffentlichkeit als Ausdruck meiner kollektiven Schuld bezeugt. Doch wehre ich mich gegen das Kollektivurteil, die Schweiz habe ihr Unrecht bis heute verschwiegen. Es gab damals Kämpferinnen und Kämpfer gegen dieses staatlich verordnete Unrecht.

Der bekannteste unter ihnen, der St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüniger, der seine lebensrettenden Dienste mit Strafe und Entlassung zu bezahlen hatte, wurde kürzlich endlich rehabilitiert. Weniger bekannt waren jene vielen kleinen Leute an der Grenze die illegal Flüchtlinge versteckten und den Transport ins Landesinnere und damit ihre Rettung besorgten. Meine Eltern gehörten zu ihnen. Dank erhielten sie nie. Erst seit der

gegenwärtigen Diskussion, da von jüdischer Seite nichts als Anklagen zu hören sind, schmerzt mich die Undankbarkeit. Legal und illegal wurde immerhin eine beachtliche Zahl von verfolgten Juden in der Schweiz aufgenommen. Darf man das heute nicht auch sagen? Ist das allzu selbstverständlich? Oder wird man dann bereits als Antisemit abgestempelt?

Während jeder Schweizer – genau wie der Bub an der Grenze – wusste oder wissen konnte, was mit den Zurückgewiesenen geschah, hatten die meisten von uns von den offenbar schmutzigen Geldgeschäften mit Nazideutschland bis heute keine Ahnung. Wir können nur hoffen, dass das gründlich untersucht wird. Tote können nicht ersetzt werden. Wohl aber zumindest bis zu einem gewissen Grad unrechtmässig erworbenes Geld. Das soll es auch. Und zwar von jenen, die davon profitiert haben. Persönlich weigere ich mich, für die Profiteure geradezustehen. – Arnold *Kuster* (Hedingen)

Wenn ein Fonds für Nazi-Opfer eingerichtet werden soll, müssen drei Fragen gründlich überlegt und beantwortet werden:

1. Wer soll entschädigt werden: Nur jüdische Nazi-Opfer? Alle Nazi-Opfer? Auch Betreuer (Zahler) für jüdische Opfer? Auch Betreuer (Zahler) für andere Opfer?

2. Wer soll zahlen: Die Verursacher, also Deutschland und Österreich? Die Mitläufer, also jene 12 Staaten, die Juden an die Nazis auslieferten? Die Verweigerer, also jene 36 Staaten, die im Juli 1938 zur Flüchtlingskonferenz von Evian eingeladen waren und allesamt Asyl für Juden ablehnten? Die «Appeaser», z.B. England und Frankreich, die mit Hitler Händchen schüttelten und trotz den bekannten fürchterlichen Vorkommnissen erklärten: «Peace for our time»?

3. Was sind die Folge Wirkungen: Soll für alle Kriege ein Opfer-Fonds geschaffen werden, auch für Nahost, Bosnien, Rwanda? Bevor genügende Antworten zu diesen Fragen vorliegen, sollte kein Fonds geäufnet werden. – Gottfried *Weilenmann* (Männedorf)

Es fällt auf, dass zur Debatte der herrenlosen Vermögen und zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg aus dem Munde von Christoph Blocher praktisch nichts zu vernehmen ist. Die Gründe liegen auf der Hand. Offensichtlich vertragen sich die auch von schweizerischer Seite vorgekommenen Verfehlungen und Unterlassungen gegenüber den Juden nur schlecht mit der von Christoph Blocher vorgegaukelten heilen Schweiz von gestern und der gleichzeitigen Verteufelung aktueller Bestrebungen, das heisst insbesondere jeglicher Annäherung an Europa. Mag sein, dass Blocher für sich in vielem etwas differenzierter denkt, doch geht es ihm bei seinen öffentlichen Auftritten in erster Linie darum, das zu sagen, was seine Anhänger von ihm zu hören begehren. Und dass dazu nicht unbedingt auch eher unrühmliche Episoden der Schweizer Geschichte gehören, dafür hat der sein Parteivolk aus dem Effeff kennende Vollblutpolitiker ein überaus feines Gespür. – Werner *Peter* (Luzern)

Es ist bekannt, dass die USA 1946 im sogenannten Washingtoner Abkommen von der Schweiz die Überweisung aller deutschen, in der Schweiz liegenden Vermögenswerte forderten, also unabhängig davon, ob die deutschen Besitzer Anhänger oder Gegner der Nazis waren. Was für Folgen das haben konnte, illustriert folgender Einzelfall: Mein Vater, Rechtsanwalt, gehörte von allem Anfang an zu den entschiedenen Gegnern der Nationalsozialisten. Zu seinen Klienten gehörte u.a. eine deutsche Familie, ebenfalls Gegner des Regimes, deren

Vermögen er verwaltete, und so war es für ihn folgerichtig, wenn auch gefährlich, dieses Vermögen vor dem Zweiten Weltkrieg in dem Moment, dass es nach Deutschland hätte überwiesen werden müssen, in die sogenannte Familienstiftung überzuführen und so vor dem Zugriff des deutschen Fiskus zu bewahren. Es muss wohl nicht näher ausgeführt werden, dass diese Transaktion nach Schweizer Recht in bester Ordnung war. Schlimm wäre es für meinen Vater geworden, wenn die Schweiz von den Deutschen überrannt worden wäre. So konnte er nach Kriegsende aufatmen, aber nur kurz. Denn nun forderten die Amerikaner die Herausgabe, die er wieder mit Verweis auf die Stiftung verweigerte. Dadurch machte er sich nach amerikanischem Recht schuldig, was ihm jahrelang zugesetzt hat und auch hätte schaden können.

Es ist klar, dass es sich hier amerikanischerseits um das Faustrecht des Kriegsgewinners handelte. Wie viele Vermögen in welcher Grössenordnung es damals betraf, ist mir nicht bekannt. Zur historischen Würdigung darf gewiss die Marshallplan-Hilfe dagegen gehalten werden. Es soll auch nicht abgelenkt werden von Fehlern und Schuld, die die Schweizer Regierung und die Schweizer Nationalbank damals in schwierigen Zeiten auf sich geladen haben. Aber es würde dem amerikanischen Senator D'Amato gut anstehen, auch diese Seite zur Kenntnis zu nehmen, bevor er mit seinen einseitigen Anschuldigungen und fortgesetzten Forderungen gegen die Schweiz weiterfährt. – Bernhard *Billeter* (Zürich)

Die Palästinenser Hebrons sehen sich Besitzansprüchen ausgesetzt, deren Grund 2'000 Jahre (Zeit des Titus Vespasianus) zurückliegt. Senator D'Amato belebt dahingegen eine nur 50 Jahre zurückliegende Aktualität. Würde er mit seinen Forderungen 2'000 Jahre zurückgehen, müssten wir hier alle auszie-

hen und das Feld den Kelten bzw. deren späten Nachkommen überlassen, also den Basken, Iren, Schotten und den Kelten von Wales. – Lothar *Knaak* (Ascona)

Carlo Jagmetti entstammt einer Familie, deren geistige Ausrichtung man mit Fug und Recht als «prosemitisch» bezeichnen darf. Ihre Angehörigen haben zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, als sich andere Mitbürger noch duckten, stets und kompromisslos für die Sache der Juden und gegen den Nationalsozialismus Stellung bezogen. Zum Teil haben sie freundschaftliche Beziehungen mit jüdischen Kreisen unterhalten, sicher aber alle sich gegen jeglichen Anpassungsdruck gewehrt. Dieser Mitgift auf den Lebensweg ist Carlo Jagmetti auch als Diplomat und Mensch treu geblieben. Was er am 19. Dezember 1996 geschrieben hat, war ein vertraulicher Bericht an seine Vorgesetzten, nicht zur Veröffentlichung gedacht. Im Rapportwesen hat sich ein Diplomat nicht der diplomatischen Sprache zu befleissen, im Gegenteil ungeschminkte Information und persönliche Eindrücke im Klartext zu schildern. Dazu gehört unter Umständen auch das Mittel einer überspitzten Wortwahl. Vertraulichkeit von Papieren benötigt jede Regierung und Armee, um ihre Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Wer solche Papiere veröffentlicht, begeht nicht nur einen Stil- und Rechtsbruch, sondern giesst Öl ins Feuer der Emotionen. Einmal mehr sind die Folgen der Publizität der Indiskretion anzulasten. Man kann sich darüber nicht wundern in einer Zeit, da Missbrauch einer Vertrauensstellung und Verstoss gegen Berufsethos prämiert werden. – Jürg H. *Schmid-Gassmann* (Zürich)

Wem hat die Indiskretion im Fall Jagmetti etwas genützt? Ausschliesslich der betreffenden Zeitung Die Jagd der Medien nach aufsehenerregenden Neuigkeiten im Dienste der Auflage kennt

keine Grenzen mehr. Begrenzt werden könnte diese Entwicklung, wenn die Leser die Erzeugnisse solcher Medien nicht mehr kaufen würden. Dies ist jedoch eine Illusion angesichts der ebenfalls grenzenlosen Lust auf Sensationen grosser Teile der Konsumenten. Es sind die Gaffer, die bei Unfällen zur Stelle sind. Mit ihnen kann diese Art Journalismus immer rechnen. Es gab sie als Konsumenten des Schaurigen und als Schadenfreudige zu allen Zeiten. Sie waren beim Pranger und bei Hinrichtungen zugegen. Heute hocken sie in ihrer Stube und lesen die Sonntagszeitung. Gefragt wäre die Verantwortung Medienschaffender für mehr als nur für die Auflage, oder Einschaltquote. – R. *Schupbach* (Lozwil)

In den sechziger Jahren sind die derzeit wieder in die öffentliche Diskussion gelangten nachrichtenlosen Vermögen in Schweizer Banken bereits einmal Gegenstand von Abklärungen auf Aufarbeitungen gewesen. Einer meiner Studienfreunde war damals Assistent eines der für diese Arbeiten Verantwortlichen intensiv an der damaligen Tätigkeit beteiligt. Er hat mir überzeugend geschildert, mit welcher Gewissenhaftigkeit operiert wurde und wie man im Zweifelsfall eher zugunsten möglicher Ansprecher gehandelt habe. Er ist überzeugt, dass seine Kollegen bei anderen Grossbanken im Wesentlichen kaum anders gehandelt haben und ihre Einvernahme das heute verdunkelte Bild aufhellen würde die damals hauptverantwortlich Aktiven treten nunmehr zum Teil in biblisches Alter ein. Selbst damals noch relativ junge Beteiligte befinden sich im Bereiche des Pensionsalters.

Nachdem schwere Vorwürfe über den Umgang mit nachrichtenlosen Konten erhoben worden sind, werden die jetzt eingesetzten Abklärungsgremien nicht darum herum kommen, die Vorgänge aus den sechziger Jahren mit zu durchleuchten. An-

gesichts des Alters der damals Wirkenden drängt sich eine vorsorgliche Beweisaufnahme auf. Es darf nicht geschehen, dass das Gewinnen von Informationen einzelner relevanter Zeitzeugen verpasst wird, wie dies seinerzeit beim Erstellen des Berichtes von Prof. Edgar Bonjour über die Geschichte der schweizerischen Neutralität stellenweise geschah. Dadurch entfielen interessante Hinweise und Auskünfte über Sachverhalte, die zu ihrer Zeit den Akten nicht oder nicht vollständig anvertraut worden waren. Man kann sich vorstellen, dass z.B. die Methode und der Geist, nach denen in den sechziger Jahren gegenüber nachrichtenlos gebliebenen Guthaben vorgegangen wurde, nur anhand mündlicher Aussagen Beteiligten und nicht allein auf Grund damaliger Aktendossiers vollständig begriffen werden können. Dies vermag aber kapitale Bedeutung für die Beurteilung der Vergangenheit zu erlangen.

Dieser Umstand ist dem einen oder anderen, der sich mit solchem in der Bundes Verwaltung befasst, seit geraumer Zeit bekannt. Die ersten Ansätze zur Umsetzung sind indessen in dem unerhörten Trubel, dem die Behörden in jüngster Zeit ausgesetzt worden sind, steckengeblieben. Zweck dieser Zeilen ist es, die Notwendigkeit dieser vorsorglichen Beweisaufnahmen nochmals, zum rechtzeitigen Handeln ermunternd, in Erinnerung zu rufen. – Roberto *Bernhard*

Israel leidet unter einer Doppelbelastung. 1967 führte es im Sechstagekrieg einen Präventivschlag gegen die Araber. Zu diesem Krieg sagte Rabin in einem Interview in «Le Monde»: «Ich glaube nicht, dass Nasser einen Krieg wollte.» In der Resolution Nr. 242 hatte die Uno im November 1967 den Abzug aus den von Israel eroberten Gebieten verlangt, vermochte aber nicht sich durchzusetzen. Jetzt muss Israel Gebiet um Gebiet von den besetzten Gebieten zurückgeben. Der Traum von Gross-Israel ist ausgeträumt.

Dazu kommt der Historikerstreit und mit ihm das Aufarbeiten einer belasteten Vergangenheit: Schuld an den vor dem Nazi-Terror fliehenden Juden und an den zur Flucht gezwungenen, ihres Landes beraubten Palästinensern. Der israelische Politiker und Historiker Simcha Flapan beschrieb in seinem 1988 erschienenen Buch «Die Geburt Israels» eine Wirklichkeit, die weit entfernt von einer mythisch verklärten Betrachtungsweise Israel nicht als einen strahlenden David zeigt, wie es viele haben möchten. Dazu kamen nebst anderen von M. Marek aufgeführten historischen Arbeiten die Bücher von zwei bedeutenden israelischen Schriftstellern, Amos Oz und David Grossmann. (...) Sie schildern in sensibler Sprache das oft so armselige, hoffnungslose Leben der unterdrückten Palästinenser in Israel selbst und in den besetzten Gebieten. Wie auch wir Schweizer unsere schuldhafte Vergangenheit erleiden und verarbeiten müssen, so gilt das auch für das junge Israel. Mit Anteilnahme und Verständnis für menschliche Schuld wollen wir Israel und die Palästinenser auf diesem schwierigen Weg begleiten. Beide haben ein Recht darauf. –
Heinz *Ochsner* (Beringen)

Ich danke den Schweizer Juden für ihre Sachlichkeit und den Willen, positiv auf alle Beteiligten einzuwirken. Es wäre höchste Zeit, nun diesen Fonds einzurichten mit den nachrichtlosen Vermögen bei den Banken und einer Spende der Nationalbank. Steuergelder sollten hierfür nicht verwendet werden. Und: Der Export von Waffen sollte noch besser kontrolliert werden, damit die Schweizer Industrie sich nicht erneut schuldig macht! – Annemarie *Chapuis* (Liestal)

Die offizielle Schweiz hat im Zweiten Weltkrieg Schuld auf sich geladen, ebenso die Banken. Aber: Die Schweiz war damals einem enormen Druck durch die Nazis ausgesetzt.

In Kreuzlingen aufgewachsen, habe ich dies hautnah miterlebt. Dieser Druck wird in den Untersuchungen zu wenig beachtet. Was jetzt abläuft, nenne auch ich Erpressung. Sie wird von den Medien noch angeheizt – von Leuten, welche diese schwere Zeit weder erlebt haben noch verstehen können. –
Heinrich *Fürst* (Kreuzlingen)

Ich bin bestürzt, wenn ich von Hetzbriefen an die jüdischen Organisationen höre, die durch Bundesrat Delamuraz' Worte ausgelöst wurden. Ebenso berührt es mich, wenn jede kritische Haltung gleich als Antisemitismus bezeichnet wird. –
Ruedi *Vismara* (Zürich)

Regierung und Banken drängen nun plötzlich auf eine möglichst rasche Äufnung des von jüdischen Kreisen geforderten Fonds – aus Angst vor den angedrohten Boykottmassnahmen. Eine gründliche Untersuchung durch die Task Force sowie eine dem Ergebnis entsprechende finanzielle Entschädigung der Holocaust-Opfer würde von den Schweizern mitgetragen, jedoch nicht unter solchem Druck. – Leni *Frauenfelder* (Dübendorf)

Wenn hier von «der Schweiz» gesprochen wird, gehen die Vorwürfe an die falsche Adresse. Denn schuldig (...) sind diese verantwortungslosen Wirtschaftsdrahtzieher, die auch heute noch ihre Entscheide nur nach ihrem eigenen Nutzen treffen, unbekümmert darum, ob es um die Existenz des Fussvolkes geht – denn sie selbst leben ja gut. – Hans M. *Suter* (Freiburg)

Herr Delamuraz hat als erster und einziger die gegen die Schweiz gerichtete Hetzkampagne richtig als «Erpressung» bezeichnet. Die Reaktion der betroffenen Kreise hat ihm Recht gegeben. – M.O. *Reutter* (Zürich)

Wehrwillen, Kampfbereitschaft sowie die feste Entschlossenheit unserer Armee und des Volks, sich mit allen Mitteln einem allfälligen Einfall der Wehrmacht entgegenzustellen, hätten überhaupt keinen Einfluss gehabt auf die Tatsache, dass Deutschland die Schweiz im letzten Krieg nicht angegriffen habe. Alles nur ein Mythos der Bürgerlichen, erklärte SP-Generalsekretärin Haering-Binder in der «Arena» des Fernsehens. Die Geschichte der Schweiz müsse neu geschrieben werden, denn es seien die Schweizer Banken und die Wirtschaft gewesen, die mit zweifelhaften Geschäften mit den Nazis Ungemach von unserem Land fernhielten. Wenn auch die Schweiz nicht in den Krieg verwickelt war, so wurde die Kriegsgeneration nach den schon mageren dreissiger Jahren doch um viele Lebensjahre betrogen. Verzicht und überall Einschränkungen, finanzielle Sorgen und Nöte, eine ständige, durch viele Gerüchte gespeiste zermürbende Ungewissheit sowie Angst vor dem Krieg war das Los der Mütter und ihrer Kinder, ja der ganzen Zivilbevölkerung. Die Männer standen an der Grenze, und die Hetz- und Propagandtiraden Goebbels drückten zusätzlich auf die Psyche. Und jetzt kommt eine, die die schwere Luft der Kriegsjahre nicht geatmet hat, und schlägt in einem fragwürdigen Auftritt, im Glauben, sich und ihre Partei damit zu profilieren, der Nation ins Gesicht. Frau Haering-Binder, Ihre Behauptung ist eine ungeheure Beleidigung, eine Demütigung der Aktivdienstveteranen und der gesamten Weltkriegsgeneration der Schweiz! Und ausserdem strotzt sie vor Arroganz und Blödeheit. – Karl *Tobler* (Kappel bei Olten)

Wenn man mich hören könnte, würde ich schreien in der Hoffnung, Senator D'Amato und Vorsitzender Avraham Burg könnten mich hören. Gerne würde ich den Amerikanern und Kanadiern vorwerfen, sie hätten mich vor 40 Jahren abgewie-

sen. Ich tue es jedoch nicht, denn die Schweiz hat mich aufgenommen. Ich war 14, mein kleiner Bruder 11 und einer von Zigtausenden. Die Schweiz hat uns Obdach, Heimat, Ausbildung und später Arbeit gegeben. Ich wurde eine der ihrigen. Ich konnte in der Schweiz viel lernen. Am Anfang kämpfte ich mit Heimweh. Aber wonach? Der Kommunismus hat meine Leute ruiniert, Stalin hat mehr Menschen ausgerottet als Hitler. Hitlers Tod wurde bejubelt, Stalins Tod mussten wir im Kindesalter beweinen, denn man hat uns beigebracht, er wäre unser Vater gewesen. Unsere Verwandten, Freunde, Eltern wurden von Stalin in den Tod getrieben. Wir hatten aber keine Lobby, die für uns gekämpft hätte. Wir haben auch heute keine. Was uns angetan wurde, wird nirgends publiziert und für die Untaten, die an uns begangen wurden, werden wir nicht entschädigt. Mit Geld ist ja auch nichts gutzumachen. Das Geld müsste auch den Hungernden und Kriegsversehrten in der ganzen Welt zugesandt werden. Man müsste auch vergessen können, wie wir es konnten, denn Tote aufwecken können wir nicht. Wir haben vergessen können, auch die Kanonenrohre, in deren Maul wir geschaut haben. Die Schweiz half uns zu vergessen. Wie es schon Churchill formulierte: «Ein demokratischer Staat, der inmitten seiner Berge für Freiheit in Selbstverteidigung eintritt.» Und Churchill musste es ja wissen. Und die Binder von der SP sollte sich dabei ein Beispiel nehmen. –

Gilly *Bemath* (Kilchberg)

In der Schweiz ist das Schicksal jüdischer Flüchtlinge in verschiedenen Berichten und Büchern aufgearbeitet. Der Bundesrat hat zwei Kommissionen beauftragt, das Problem der nachrichtenlosen Vermögen von Nazi-Opfern (Juden und Nichtjuden) aufzuklären. Aber, dies meine Ansicht, die Gegner Nazi-Deutschlands – USA, Russland (als Nachfolger der Sowjet-

union), Grossbritannien und auch Frankreich – haben endlich einmal die Frage anzugehen, warum sie nichts zum Schutze bzw. zur Rettung der von den Nazi-Schergen verfolgten Juden unternommen haben. Ich habe die Memoiren von Sir Winston Churchill (7 Bände) durchgesehen. Im Text findet sich eine beeindruckende Fülle von politischen, militärischen und wirtschaftlichen Betrachtungen und Berichten zum grossen Ringen mit Nazi-Deutschland – aber kein einziger Hinweis auf das Schicksal der Juden. Auch in der Erklärung der grossen Drei (Roosevelt, Churchill und Stalin) findet sich keine Erwähnung des Schicksals der Juden.

Janusz Piekalkiewicz formuliert in seinem Werk «Der Zweite Weltkrieg» die grundsätzliche Frage: «Warum die Verantwortlichen auf alliierter Seite keinen einzigen Luftangriff auf die ihnen von der Lage her genau bekannten Objekte oder auf Bahnlinien, über die Transporte aus den europäischen Ghettos in die Vernichtungslager rollten, angeordnet haben, bleibt eine der bisher ungelösten Fragen dieses Krieges. Immer wieder haben Amerikaner – vor allem Juden – an das War Department in Washington die vergebliche Bitte gerichtet, die US-Luftstreitkräfte auch gegen Lager einzusetzen, um so die Tötung von Millionen von Menschen zumindest zu erschweren. Das Buch ist 1985 erschienen. Ich meine, die Antwort ist immer noch ausstehend. – Jürg W. Meyer (Wettingen)

Sind unsere schärfsten Ankläger Antisemiten? Anders kann das feindselige Verhalten von ein paar in- und ausländischen Heckenschützen kaum interpretiert werden, müsste ihnen doch bewusst sein, dass ungerechtfertigte oder über das Ziel hinauschiessende Angriffe in unserem Lande das Gegenteil bewirken. Die bekannten Ausfälle des selbst in den USA umstrittenen Senators Alfonse D'Amato und vom mehrfachen Milliar-

där Edgar M. Bronfman sind ebenso kontraproduktiv wie die bewusst verzerrte Wiedergabe des Strategiepapiers von Botschafter Carlo Jagmetti in der «Sonntags-Zeitung». Und als letzter der «Viererbande», der Politaktive Paul Rechsteiner, der mit dem gut inszenierten Empörungsaufschrei die Gunst der Stunde zu nutzen sucht und sich mit seiner Rücktrittsforderung gegenüber Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz parteipolitische Qualifikationen zu schaffen erhofft. Umfragen beweisen mit aller Deutlichkeit: Unqualifizierte Angriffe auf unser Land oder dessen Repräsentanten sind dazu angetan, die schweigende Mehrheit des Schweizervolkes zu mobilisieren, um sich dann schützend vor die zu Unrecht Bedrängten zu stellen. Geht man davon aus, dass sich die erwähnten Scharfmacher dieser Tatsache bewusst sind, müssten sie sich vom Ergebnis her den Vorhalt des Antisemitismus gefallen lassen! –

Hansueli *Bleiker* (Morschach)

Die Auseinandersetzung um die «nachrichtenlosen» Vermögen hat mit dem «Manifest» einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Herausforderung ist anzunehmen. Klarstellungen sind angebracht: 1. Unsere Geschichte braucht nicht neu geschrieben zu werden, wie die SP vorgibt. Es gibt bereits zahlreiche – keineswegs zimperliche – Publikationen zur einschlägigen Thematik. Wo Lücken bestehen, sind sie zu füllen (was bereits an die Hand genommen wurde). Sollten Schulbücher (welche eigentlich?) noch ein falsches Bild vermitteln, sind sie zu revidieren.

Wer immer noch glaubt, die Schweiz sei im Krieg eine Musteration gewesen und sei es heute noch, möge in sich (und in die einschlägige Literatur) gehen. Die Frage ist allerdings, wie weit dieser Glaube eigentlich noch verbreitet ist. Antisemitismus ist, wie jede Pauschalverdammung und jeder Rassismus, eine Kulturschande (Kultur im Sinne der spezifisch menschl-

chen Auseinandersetzung mit dem Dasein). Ihn aber mit polemischer Stimmungsmache und unsachlichen Pauschalurteilen abbauen zu wollen, ist entschieden der falsche Weg.

Äusser in literarischen Gedankenspielen dürfte es auch bei eifrigsten Bemühungen schwerfallen, den Schweizern von heute Schuldgefühle im Zusammenhang mit Auschwitz und seinen Ursachen und Folgen einzupflanzen. «Aufarbeitung der Vergangenheit» kann für die Nachgeborenen (der Begriff hat durchaus seine Berechtigung) nur bedeuten durch vollständige Information trügerisches geschichtliches Selbstbewusstsein zu enttäuschen und Denkprozesse auszulösen. Auch die Konfrontation mit historischen Fakten bewirkt indessen nichts ohne den Geist des Verstehen wollens und der Versöhnung. Aggressivität und Anklagen ohne Ende vertreiben ihn und bewirken Verhärtung – menschliche Elementarmechanismen, die auch dann nicht ausgeschaltet sind, wenn uns apokalyptisches Entsetzen überschwemmen muss darüber, wessen der Mensch fähig ist.

Es bedrücken uns noch andere Probleme, die zu einer Erwartungshaltung gegenüber unserer Regierung Anlass geben. Ihr bei jeder Enttäuschung unser Vertrauen zu entziehen, entspricht nicht unserem Staatsverständnis. Es gilt, die Proportionen zu wahren.

Eine Auseinandersetzung, in der sich die einen gar nichts, die andern alles leisten dürfen, erinnert an totalitäre Verhältnisse (die Manifestanten und ihre Kreise haben sich nie von den arroganten Rundschlägen gewisser Exponenten – nicht der Juden! – distanziert). Dasselbe gilt von der Manier, jede abweichende Meinung offen oder unausgesprochen als antisemitisch zu diffamieren. Das sind Merkmale einer Kriegführung nicht des Gespräches und eines «freundlichen Zusammenlebens».

Die Zustimmung zur Errichtung eines Fonds fiel überzeugter aus, wenn sich die Postulanten nicht als fanfarenblasende Ra-
cheengel verstehen wollten. – Camille *Schmid* (Zürich)

Warum lösen die Banken das Problem der nachrichtenlosen Vermögen nicht in eigener Regie unter dem Motto: Weniger Staat? Die Bankvertreter sind der richtige Ansprechpartner, denn die nachrichtenlosen Vermögen liegen in den Tresoren privater Banken und nicht in eidgenössischen Zeughäusern. Gleich einer heissen Kartoffel hat man das Problem den Politikern zugeschoben, und eine unkritische Presse hat daraus eine pauschale Verantwortung der Schweiz gemacht. –

R. *Wünsche* (Bauma)

Woher stammt die Information, wonach es «Angriffe aus den USA und aus Israel, die dem Schweizer Volk eine kollektive Schuld zuschieben wollen», gegeben habe. Mir sind, äusser losem Gerede, keinerlei derartiger tatsächlicher Anschuldigungen bekannt geworden in Verbindung mit dem Problem der nachrichtenlosen Vermögen. Es gab Meldungen über Ausländer, die ihrer Entzauberung des Bildes, das sie sich von der Schweiz als einem makellosen Heidiland gemacht hatten, Ausdruck verliehen. Solche Äusserungen dürfen wohl kaum als eine kollektive Schuldzuweisung gedeutet werden. –

André S. *Meyer* (Belp)

Was so ein Jean-François Bergier oder Alfred A. Häsler meint, kann uns völlig egal sein. Wir waren zu Recht froh und dankbar, dieser Morderei entronnen zu sein (...) ohne Idealisierung und Verdrängung! Auch guter Wille ist eine Zumutung, wir hatten niemandem den Krieg erklärt oder an diesem teilgenommen, im Gegenteil, wir waren abwehrbereit – dank General Guisan. – W. *Ambühl* (Buchs)

Sie bemühen sich, beiden Seiten einigermaßen gerecht zu werden. Ihre persönlichen Ansichten in Ehren – deplaziert finde ich jedoch ihre Qualifikation des Bundesrates Delamuraz. Seine Aussage beruhte auf Protokollen von Thomas Borer, der diese sicher nicht aus Jux verfasst hat, sondern als Ergebnis von Besprechungen, die er im Auftrag der Regierung zu führen hatte. Die inkriminierte Aussage war zwar emotionell und nicht unbedingt den protokollarischen Usanzen entsprechend. Aber sie wurde weitherum verstanden. Deshalb auch das Aufheulen der damit angesprochenen Kreise. Sie führte unter anderem dazu, dass jüdische Organisationen hinterher ihre Aussagen leugneten, Drohungen herabspielten und die Protokolle als Missverständnis glaubten bezeichnen zu müssen. –

Willi *Hochreutener* (Zürich)

Vom grossen deutschen Volk unter Hitler, das ganz Europa an sich reissen, alle Juden ausradieren wollte und ausplünderte, spricht keiner mehr. Es sind doch die Deutschen, die noch heute die Verantwortung tragen sollten und die auch für die vielen Millionen Judengelder verantwortlich sein müssten. –

Albert *Annaheim* (Zürich)

Wenn D'Amato und der Jewish Weltkongress so weitermachen, werden die Juden bald wieder das meistgehasste Volk sein. Besonnene Männer wie Sigi Feigel und mehr Frauen wie Lylli Nabholz gehören jetzt her. Vor allem das Volk will Sauberkeit im Nazigold! – E. *Balleter* (Zürich)

Die zahlreichen Pannen um die Holocaustgelder zeigen uns mit aller Deutlichkeit: Die Schweiz ist nicht gewohnt, internationalen Druck auszuhalten und die eigene Geschichte aufzuarbeiten. Unbestritten ist, dass die Schweiz mit den verfolgten Juden im Zweiten Weltkrieg Schuld auf sich geladen hat. Dafür gibt

es nur eines: eine ehrliche, und offene Politik des Bundesrates. Unbestritten ist auch, dass die Schweiz Mühe hat, die eigene Geschichte aufzuarbeiten. Der wichtigste Schritt ist aber mit der eingesetzten Historikerkommission gemacht.

Dass wir nun aber derart massiv zur internationalen Zielscheibe von selbsternannten Gerechtigkeitskämpfern geworden sind, hängt weder mit den Verfehlungen des Bundesrates und der Banken während des Zweiten Weltkrieges zusammen, noch mit dem Widerstand gegen die Geschichtsaufarbeitung, sondern mit dem fehlenden Krisenmanagement.

Alle politischen Pannen, vom Fauxpas von Bundesrat Delamuraz bis zur Indiskretion des Jagmetti-Papiers hätten vermieden werden können, wenn die Schweiz frühzeitig eine offene und offensive Politik geführt hätte, statt sich bis zum Eklat im Schützengraben zu verschanzen.

Bundesrat Flavio Cotti trägt dafür als Aussenminister die Verantwortung. Er hat das Dossier schlecht geführt und wäre gut beraten, wenn er künftig weniger aussenpolitische Glorien in einer OSZE oder politisch belanglose Shakehands wie mit Yassir Arafat suchte, sondern seine Hausaufgaben machte; nämlich handfeste Abkommen mit dem Jüdischen Weltkongress und mit der amerikanischen Regierung, um eine weitere Eskalation des politischen Kesseltreibens gegen die Schweiz zu verhindern. – Filippo *Leutenegger* (Moderator der Fernsehsendung «Arena»)

Ich habe es satt, von Besserwissern belehrt zu werden. Es sollte auch Hanspeter Thür auffallen, dass laufend von Juden und nochmals von Juden gesprochen wird. Von allen andern Nationen, die ebenfalls unverschuldet in die Kriegswirren einbezogen wurden, wird kein Wort gesprochen. Dass die Juden als einziges Volk eine Wiedergutmachung seit Jahrzehnten von

Deutschland laufend erhalten, darüber wird kein Wort verloren! – Hans *Martin* (Rüschlikon)

Während der Kriegsjahre hatten wir weder Sozialhilfe noch Stempelgelder, als die Väter an der Grenze standen, hatten Selbständigerwerbende null Einkommen. Was glauben Sie, was Frauen und Kinder schufteten mussten? Das steht nicht in Ihren Geschichtsbüchern. – Meta *Lehmann* (Münsingen)

Das Elend der besprochenen Zeit können Sie nie und nimmer beurteilen. Sie sehen auch immer darauf, dass Juden (genau wie andere Menschen) an der Grenze weggeschickt wurden. Aber wieviele Juden die Schweiz aufgenommen hatte, das wird nie gesagt. – Gabriele *Wiest-Stoffel* (Bolligen)

Es macht mich krank, diese Sprüche der 68er zu lesen: Einer, der dabei war, sechs Jahre in der Schweiz bleiben musste, Angst hatte, als es eines Nachts im Jahr 1940 hiess «Alarm, die Deutschen kommen» oder vor der Skihütte stand und fast 1'000 Bomber flogen darüber. – Hans *Stalder* (Bern)

Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie nicht nachvollziehen können, was uns damals bewegte und dass Sie mit Terminologien von heute operieren für eine Zeit, die in nichts der jetzigen glich. Die Geschichtsbücher verhehlen nämlich nicht nur unser Unrecht. Aber ich wünschte mir etwas mehr Zurückhaltung im Urteil!

Warum wenden Sie sich nicht einmal an Zeitzeugen? Es gibt sie und sie sind beileibe nicht alle «gaga», wie Ihre Generation vereinfachend annimmt. Vielleicht könnte dies Ihre Sicht der Dinge etwas entschärfen. Auch wir haben es satt, nur mit Anwürfen bedacht zu werden! – Didi *Gumpp* (Luzern)

War die Aktenvernichtung bei der Schweizerischen Bankgesellschaft nur ein unglückliches Versehen oder sollten die alten Papiere absichtlich zum Verschwinden gebracht werden? Laut einer exklusiv der «HandelsZeitung» vorliegenden repräsentativen Umfrage des Zürcher Institutes für Markt- und Kommunikationsforschung «d&s» glaubt die Mehrheit der Befragten (42%), dass die SBG bei der Vernichtung historischer Akten bewusst Vorschriften verletzt hat. Nur gerade 34% können sich vorstellen, dass es sich dabei um ein zufälliges Versehen handelte. 24 % fällten in der Befragung kein eigenes Urteil.

In Ihrem Titel fehlt das Wörtchen «nur», und dies kann nur von jemandem ausgelassen worden sein, der die damalige Zeit nicht hautnah miterlebt hat. Im Buch «Die Schweiz muss noch geschluckt werden» von Klaus Urner ist anhand von Originaldokumenten ersichtlich, dass ab Mitte 1940 auf Anordnung Hitlers wiederholt Angriffspläne zur Eroberung der Schweiz ausgearbeitet worden sind. Unsere im Laufe des Krieges gesteigerte Wehrbereitschaft kommt darin durch die immer höhere Anzahl Divisionen zum Ausdruck, welche die Deutschen zur Eroberung der Schweiz vorsahen. –

Werner *Grenacher* (Horgen)

Ich finde Ihren Titel verfehlt und beleidigend. Als Wehrmann stand ich bis zum Schluss als Soldat für unser Vaterland an der Grenze. Dass wir Soldaten nun so gekränkt werden, ist eine Schande. – Max *Bauer* (Zürich)

Im Fall einer Schweiz ohne Armee wären wir jungen Deutschschweizer spätestens nach Stalingrad für Hitler marschiert. Wer hätte dies verhindern wollen? Dann wären auch Züge von hier aus nach Auschwitz gerollt. Und wir müssten heute ganz anders über den letzten Krieg diskutieren. – Alois *Bloch* (Hochwald)

Unsere echten Anstrengungen zur Landesverteidigung, gestützt von inständigen Gebeten, sind von Gott belohnt worden. Dem ganzen Himmel sei in erster Linie Dank gesagt, dass wir vom Schlimmsten verschont geblieben sind. –

Louis-Emil *Schaedler* (Einsiedeln)

Zum Anhang sei hier noch erwähnt, dass einige Reaktionen noch bezüglich Nationalrat Christoph *Blochers* Vortrag am Zürcher SVP-Parteitag Erwähnung finden sollten, sowie die internationalen Reaktionen auf den Vortrag des Bundespräsidenten Arnold *Koller* vor der Vereinigten Bundesversammlung. Dabei ist den meisten ausländischen Regierungen und den jüdischen Organisationen nicht bewusst – oder vielleicht wollen sie es nicht wissen –, dass der Beitrag der Stiftung lediglich ein Wunsch oder ein Vorschlag sein kann. Denn ob das Schweizervolk jemals diese ungeheuerliche Selbsterstörung ihrer eigenen Währung und der Wirtschaft mit dem Geschenk von 7 Milliarden Franken annehmen wird oder ob es überhaupt zu der Überzeugung gelangen wird, dass dieser Betrag moralisch gerechtfertigt ist, bleibt bis zum nächsten Jahr noch offen. Allein die gegenwärtige Zeit mit all ihren konjunkturellen Zeichen, die auf wirtschaftliche Verschlechterung deuten, könnte zu dem führen, was die meisten Schweizer und Bankiers hoffen, eine Absage an den Bundesrat. Oder man wird wieder zur ursprünglichen Idee zurückkehren mit einer vernünftigen Basis in der Grössenordnung von 100 bis 150 Millionen, die sich in diese Stiftung einbinden liessen. Denn man muss sich doch fragen, warum die Schweiz dies alleine tun sollte, wo sie der einzige Staat auf der Welt war, der in den Kriegswirren fast dreissigtausend jüdischen Flüchtlingen das Leben schützte. Was über die letztgenannte Summe geht, soll von jenen Staaten, die Mitverantwortung tragen – vor allem aber auch von den Milli-

ardären *Bronfman* und Konsorten getragen werden. Sonst fühlen wir Schweizer uns nur als die Dummen. Wir sollten zahlen, dass wir uns gewehrt haben, damit nicht auch wir noch niedergemetzelt wurden.

Weit über tausend, während seines Vortrags meist mucksmäuschenstille Zuhörer in zwei Sälen vermochte der Zürcher Nationalrat und kantonale SVP-Präsident Christoph *Blocher* mit nur viertägiger Vorankündigung aus der ganzen Schweiz zu einem zweistündigen Vortrag «Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg – Eine Klarstellung» nach Zürich-Örlikon zu locken. Einige Hundert weitere sollen an der Tür des überfüllten Hotels International abgewiesen worden sein. Die anwesenden kamen in den Genuss der wohl ersten Blocher-Rede mit Fussnoten (35) und Literaturverzeichnis.

Der 25seitige Text ist auf Grund seiner grossen Bedeutung in diesem Buch im 6. Kapitel «Die schweizerische Eidgenossenschaft und ihre Demokratie» vollständig abgedruckt.

Der Zürcher Volkstribun, der es sich nicht nehmen liess, mehr oder weniger gewagte Analogien zur laufenden Europadiskussion zu ziehen (dasselbe, umgekehrt, aber auch Bundesrat Flavio *Cotti* vorwarf), setzte seinen Zuhörern eine auf profunde Kenntnis der jüngeren Schweizer Geschichte beruhende historische Lektion vor, die immer wieder von Applaus oder Gelächter (besonders, wenn es um die sich angeblich wie verwirrte Hühner benehmenden Behörden oder Intellektuellen ging) unterbrochen wurde, das Publikum aber zwei Stunden im Banne hielt. Bei aller Berücksichtigung der dunkleren Seiten des Schweizer Verhaltens zollte er der damaligen Schweiz (und der Weltkriegsgeneration) doch im gesamten «Respekt, Hochachtung und Bewunderung für ihre Politik». Den Versuch der

Medien, ihm eine Referendumsandrohung zu entlocken, wies er konsequent zurück. Er habe nie eine solche gemacht und pflege nicht auf hypothetische Probleme zu reagieren und ziehe es vor – im Unterschied zum Bundesrat – zu überlegen, bevor er reagiere.

Blochers Rede löste gemäss Sonntagspresse unterschiedliche Reaktionen aus. In einem Interview der «Sonntags-Zeitung» sagte der Task-Force-Chef Botschafter Thomas *Borer*, *Blochers* Äusserungen über die Historikerkommission sei kein Rückenschuss, sondern *Blochers* gutes Recht; für ihn selber seien die künftigen Befunde der Kommission «von wegleitender Bedeutung». *Borer* zeigte sich zuversichtlich, dass *Blocher* eine konstruktive Rolle spielen wird.

Christoph *Blocher* habe in seinem Referat zur Schweiz im Zweiten Weltkrieg das Unrecht an den Juden «sehr summarisch und einseitig» behandelt, kritisierte Michael *Kohn*, Expräsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. In einer «patriotischen Albisgütli-Stimmung» habe der Redner einige Volltreffer gelandet, meinte *Kohn*. Die Munition dazu habe ihm Senator Alfonse *D'Amato* geliefert mit seinen ständigen Beleidigungen und Vorverurteilungen.

Zu den vorausseilenden Kommentatoren der *Blocher*-Rede in Zürich gehörte auch der amerikanische Senator Alfonse *D'Amato*. Er liess dem Zürcher Nationalrat via Schweizer Botschaft mitteilen: «Ihre heutige in den Medien wiedergegebenen Äusserungen haben mich schockiert. Ihre Behauptung, die Schweiz habe keinen Grund dafür, sich für die mit Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg gemachten Geschäfte zu entschuldigen, ist nicht nur falsch, sie ist unverschämt. Fünfzig

Jahre nach dem erschreckendsten Ereignis in der Geschichte der Menschheit gibt es immer noch solche, die behaupten, sie hätten nur Befehle befolgt. Es ist schockierend und entsetzlich, dass Sie sogar eine simple Entschuldigung für die Kollaboration mit den Nazis während des Holocaust als indiskutabel ansehen. Ihre Äusserungen sind eine frostige Warnung, dass die Welt wachsam bleiben muss, damit wir unsere Fähigkeit zur moralischen Empörung nicht verlieren.»

Christoph *Blochers* Antwort via USA-Botschaft fiel see aus: «Ihrer kurzen Notiz entnehme ich, dass Sie weder wissen, was in der Schweiz heute vor sich geht, noch was während des Zweiten Weltkriegs geschah.» *Blocher* sende ihm deshalb einstweilen den deutschen Text seiner Rede – auch auf dem Internet abrufbar – und werde ihm, nach der Übersetzung in die weiteren Schweizer Sprachen Französisch und Italienisch, noch die englische Version zugehen lassen.

Eine positive Würdigung mit einigem Staunen kam aus den USA über die splendite Stiftung. In den US-Medien erschienen erste Berichte von Korrespondenten und Redaktionsmitgliedern über die Rede von Bundespräsident *Koller*. Abgesehen von fehlerhaften Sensationsmeldungen in einem Teil der New Yorker Boulevardpresse und oberflächlichen ersten Kurzmeldungen in den elektronischen Medien berichteten die grossen US-Tageszeitungen einigermassen ausgewogen über den neuen Plan der Schweizer Regierung zur Entschärfung der Kontroverse um die verschollenen Holocaust-Vermögen. Der von den jüdischen Weltorganisationen noch gleichentags begrüsst Vorschlag des Bundesrates zur Schaffung einer «Schweizerischen Stiftung für Solidarität» wurde als «dramatische Geste»

in der «Washington Post», als «bisher kühnstes finanzielles Manöver der Schweizer» in der «New York Times» oder als «goldene Idee» bei «Daily News», zur «Zerstreuung des internationalen Aufschreis bezüglich der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg» von «Wall Street Journal» dargestellt.

Die wenigsten Autoren der Zeitungsartikel zogen selber den Schluss des New Yorker Senators Alfonse *D'Amato*, dass der Plan der Schweizer Regierung ein «erstaunliches Eingeständnis von Schuld» darstelle. Im Bericht der «New York Times» fand sich gar nicht ein einziges Zitat des Senators. Dafür hiess es in verschiedenen Artikeln, dass die Schweizer Regierung auf die «Anschuldigungen vom Holocaust profitiert zu haben, erst auf äusseren Druck» reagiert habe. Dabei wurde teilweise auch die Äusserung von Bundespräsident Arnold *Koller* wiedergegeben, dass die Stiftung ein «ein echtes Zeichen der Bekräftigung der humanitären Tradition der Schweiz und die Dankbarkeit für das Verschontbleiben im Zweiten Weltkrieg setzen» sollte.

In ein paar Berichten wurde dann auch noch direkt oder zwischen den Zeilen die Vermutung angestellt, dass die Rede *Kollers* nicht zufällig wenige Wochen vor dem möglicherweise scharfen Bericht der US-Regierung über verschollene Holocaust-Vermögen stattfand.

Entgegen ersten irreführenden Meldungen von Agenturen und im Kontrast zu den etwas sensationell aufgezogenen Schlagzeilen wurde in den Artikeln der führenden US-Printmedien einigermassen klar zwischen der allgemeinen «Stiftung für Solidarität» und dem bereits bestehenden Spezialfonds, in den nun die Nationalbank zusätzliche 100 Millionen Franken einzahlen will. Zudem wiesen die meisten Zeitungen darauf

hin, dass die Stiftung erst einen Regierungsplan darstellt, der noch unausgegoren ist und auf härteren innenpolitischen Widerstand stossen könnte. In dem Zusammenhang wurde vielfach die Kritik des Zürcher SVP-Chefs *Blocher* erwähnt, der argwöhnte, dass der «Bundesrat den Kopf» verloren habe.

Die Ankündigung einer Stiftung für Solidarität durch die Schweiz ist in den ersten Reaktionen in Deutschland fast routinemässig verzeichnet worden und hat keine unmittelbare Kommentierung erfahren. Für einmal gelangte zwar die Schweiz dadurch in die Hauptnachrichtensendungen der Fernsehstationen. Auf einen Hinweis auf die Bedeutung der Geste oder auf eine genauere Gewichtung des Ereignisses wartete man zunächst vergeblich. Bei den Zeitungen, die sich zumeist nur auf kleinere Agenturmeldungen beschränkten und bloss in wenigen Ausnahmefällen kürzere Korrespondentenberichte enthielten, verhielt es sich nicht anders.

Immerhing wurde andeutungsweise Erstaunen über den geplanten Umfang der Stiftungsleistungen erkennbar. Der Berichterstatter der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» schrieb von einer «in diesem Ausmass unerwarteten humanitären Geste», verwies jedoch zugleich auf die Tatsache, dass sie ein unterschiedliches Echo in der Schweiz gefunden habe. Dementsprechend wurde vor allem *Blochers* Kritik wiedergegeben.

Für die Korrespondentin der «Süddeutschen Zeitung» kam die Bildung der Solidaritätsstiftung «überraschend». Dass neben der Erichtung der Solidaritätsstiftung zusätzlich die Schweizerische Nationalbank ihrerseits 100 Millionen Franken in den von den Grossbanken gebildeten Fonds für Shoa-Opfer einzahlen soll, fand nicht überall Erwähnung.

In der Berner Tageszeitung «Der Bund» erschien ein Leser-

brief aus Deutschland unter dem Titel «Keine Hilfe für Hitler» mit dem Wortlaut:

«Die Behauptung im «Bund» vom 18. Februar, IG Farben hatte Hitler finanzielle Hilfe geleistet, entbehrt jeglicher Grundlage. Interessant ist aber, dass nach Sidney Aarburg (de Geldbronnen van het National-Socialisme-Driegespreken mit Hitler, van Holkema und Warendorfs Uitg. Mij., Amsterdam 1948) «gewisse kapitalistische Kreise der USA» von 1929-1933 etwa 34 Milliarden US-Dollar an Hitler und die NSDAP gezahlt haben, u.a. süfisanterweise über die jüdische Bank Mendelssohn & Co. Amsterdam, um ein Bollwerk gegen Kommunismus und sozialistische Revolution zu sichern. –
H.-J. Maurer, Bodolz (D)

Eine Stellungnahme von offizieller Seite zum Vorhaben der schweizerischen Regierung war nicht zu erwarten. Aus begrifflichen Gründen kennzeichnete grösste Zurückhaltung von Anfang an die deutschen Reaktionen auf die Schweizer Mühen im Umgang mit der Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg und den Nazi-Raubgoldgeschäften. In den Medien fanden die Auseinandersetzungen zwar allmählich vermehrte Aufmerksamkeit.

Da und dort schimmerte zuweilen eine unterschwellige Genugtuung darüber durch, dass selbst die Schweiz nicht mehr völlig unangefochten in ihrer früheren Selbstgerechtigkeit zu verharren vermochte. Andererseits war jedoch zunehmend Verwunderung darüber zu verspüren, wie leicht sich Spitzenpolitiker in Bern und Zürich immer wieder in unhaltbare Positionen abdrängen liessen. Angesichts des Stiftungsbeschlusses und vor allem die Höhe der dafür in Aussicht gestellten Summen verschlug es zunächst offenbar den meisten deutschen Beobachtern die Sprache.

Die Ankündigung von Bundesrat *Koller* über die Errichtung des Fonds für Opfer des Shoa wurde von Radio und Fernsehen sowie sämtlichen führenden Tageszeitungen Grossbritanniens recht prominent verzeichnet. Das einflussreiche Mittagsjournal des BBC-Radios brachte einen kurzen Ausschnitt von *Kollers* Rede und bemühte sich mit Äusserungen vom linken Jean *Ziegler*, der den Fonds als «unaufrichtige Alibiübung» abtat, um ein Gegengewicht. Von den wichtigen Zeitungen kommentierten nur der «Independent» und die «Times» die Nachricht.

Der «Independent» stellt fest, dass es doch merkwürdig sei, wie wenig schmeichelhaft sich die nationalen Stereotypen über dieses Land präsentierten, das doch in seinem Innern derart vielgestaltig und das gegen aussen so offen für Handel und Tourismus sei. Die Schweizer gälten allgemein als «geheimniskrämmerisch, egoistisch, langweilig und selbstgefällig». Zu dieser Liste sei kürzlich ein wesentlich ernsterer Vorwurf dazugekommen: «Eigensinnige Kurzsichtigkeit in Bezug auf den Holocaust». Die Nachricht über die Schaffung eines so grosszügigen Fonds sei daher nicht nicht nur an sich willkommen, sie widerlege auch jene Stereotypen. Obwohl die Schweizer damit auf das internationale Interesse an dieser Sache reagiert hätten und zugleich den Ergebnissen der historischen Untersuchungen zuvorkommen wollten, sei dies nichtsdestoweniger eine «grosse Geste», welche den Schweizern und ihrer Regierung zu Ehre gereiche. In dem Bericht zitiert die Zeitung allerdings auch Nationalrat *Blocher* mit dessen empörten Ausruf, dass die Regierung «den Kopf verloren» habe.

Der rechtsgerichtete «Daily Mail» spricht von der «bisher kühnsten Antwort» der Schweiz auf den immer lauter werdenden Vorwurf des Auslands, dass das Land unter dem Deckmantel seiner Neutralität vom Krieg profitiert habe.

Der linksliberale «Guardian» versteht seinen Bericht mit der Überschrift «Die Schweizer werben um die Gunst ihrer Kritiker mit Fonds für Opfer».

Der den Konservativen nahestehende «Telegraph» kritisiert den Mangel an wichtigen Details in *Kollers* Rede – wie die Frage, welcher Anteil des Fonds den Holocaust-Überlebenden und deren Familien zugute kommen werde. Auch sei in der Rede weder die Frage der «nachrichtenlosen» jüdischen Bankguthaben in der Schweiz noch jene der grossangelegten Goldtransfers, bzw. «Goldwaschaktionen» Nazideutschland in und via die Schweiz angeschnitten worden.

Die «Times» nannte in ihrem Tageskommentar die Rede *Kollers* «zutiefst bewegend», einen «staatsmännischen Akt», eine «visionäre Rede auf dem Niveau der grossen Deklarationen europäischer Politik – aus einem Lande, von dem man das bisher eigentlich kaum erwartet hätte». Die Implikationen dieser Ankündigung gehen jedoch nach Meinung der «Times» weit über die Busse für vergangenes Unrecht hinaus: «Erstmals in Jahrhunderten» seien die Schweizer mit der Tatsache konfrontiert worden, dass die Alpen sie nicht von der Weltmeinung abzuschirmen vermögen und dass «neutraler Isolationismus» nicht immer die beste mögliche Politik darstelle. In kleinen Schritten öffne sich die Schweiz gegenüber der Welt jenseits der Grenzen. Die Initiative der Regierung werde viel dazu beitragen, «die Engstirnigkeit zu beheben, welche den Schweizern in den letzten Monaten einen so schlechten Dienst erwiesen habe.»

Die beschränkte Fähigkeit der Schweiz, sich der eigenen Geschichte zu stellen, findet in Österreich zwar Verständnis, doch stösst die Auseinandersetzung um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg auf eher geringes Interesse.

Die Schweiz begehe denselben Fehler wie Österreich in Sachen *Waldheim*, hiess es hier, nachdem offenkundig geworden war, dass die ersten Reaktionen auf die Vorwürfe aus dem Jüdischen Weltkongress durch Edgar M. *Bronfman*, unangemessen waren. Nun aber sieht die Tageszeitung «Die Presse» in der angekündigten Einrichtung eines Solidaritätsfonds «helvetische Grösse». In einem Kommentar auf der ersten Seite schrieb Andreas *Schwarz*, die Schweiz habe Würde gezeigt. «Gegenüber den Opfern, weil man nicht um ein paar Rappen feilschte, sondern Nägel mit Goldknöpfen macht und Unrecht gut machen will; und gegenüber den Schweizern, weil man in Bern nicht durch direkte Zahlung dem Volk ein allgemeines Schuldeingeständnis aufgezwungen hat.» Denn die Schweiz habe zwar Fehler begangen, habe aber keine faschistische, antisemitische oder kriegsrische Vergangenheit. Auf dem guten Ruf der Schweiz laste allerdings der Eindruck, sie habe sich im Krieg bereichert, ihr Wohlstand basiere auf Hehlerei.

Auch die «Tiroler Tageszeitung» widmete *Kollers* Rede einen kurzen Kommentar. Die Leiterin des Ressorts Weltpolitik, *Monika Dajc*, erinnert unter dem Titel «Kritischer Blick zurück» an *Gorbatschew* und sein «Fazit über die einschneidenden Folgen des Zuspätkommens». Wie in Österreich sei der Anstoss aus dem Ausland gekommen. «Mit kaum für möglich gehaltener Wucht war die wahrhaftige Idylle ins Gerede und unter Druck gekommen. Das vernichtende Urteil vom Land, das Kindern und Enkeln von Holocaust-Opfern die Herausgabe des Erbes verweigert, machte die Runde. *Koller* hat die Linie vorgegeben, doch die Mehrheit muss ihm erst noch folgen.» Auch «Die Presse» sieht die Gefahr, dass die Mehrheit *Koller* nicht folgt. Die helvetische Grösse wäre laut Andreas *Schwarz* bald wieder dahin, «wenn jetzt eine selbstzerstörerische Debatte be-

ginnt, gar ein Volksentscheid an der Entscheidung nagt», den Hilfsfonds ins Leben zu rufen.

Das offizielle Frankreich hat zur Schweizer Problematik bisher praktisch geschwiegen, nicht zuletzt, weil ähnliche, wenn auch andersgelagerte Probleme zur Entschädigung jüdischer Opfer zu alliierten Raubgoldbeständen noch nicht gelöst sind. Die angesehene Zeitung «Le Monde» spielt in ihrem Kommentar darauf an, wenn sie *Kollers* «Anfang einer Gewissensforschung, dem andere in Europa folgen sollten», lobt. Der Berner Korrespondent von «Le Monde», Jean-Claude *Bührer*, bezeichnete die Rede des Bundespräsidenten mit der ankündigung der Solidaritätsstiftung als «guthelvetische Gleichgewichtsübung» zur Beruhigung im Inland und zur Imageverbesserung im Ausland, die geteilte Reaktionen – Enttäuschung bei der Linken, Entrüstung bei der nationalistischen Rechten (das Lager von Nationalrat *Blocher*) – hervorgerufen habe.

Der Genfer Korrespondent der linksstehenden «Libération», Pierre *Hazan*, bedauerte dagegen im direkten Widerspruch zu «Le Monde», dass *Koller* keine klare Stellungnahme zur Kollaboration sowie – wie die SP kritisiert – zum Antisemitismus, zur Flüchtlingspolitik und zum Finanzplatz Schweiz abgegeben habe, weil er die nationalistische und populistische Rechte nicht verärgern wollte. Die Solidaritätsstiftung wird in den wenigen französischen Zeitungen, die überhaupt darüber berichtet haben, als positive Überraschung bewertet und die Höhe des Fonds als beachtlich bezeichnet, auch wenn darin der Versuch einer antizipierten Imageverbesserung erkannt wird. Der Korrespondent des konservativen «Le Figaro», Laurent *Mossu*, relativiert diese Grosszügigkeit insofern, als die buchhalterische Neubewertung der Goldreserven der Nationalbank – ähnlich wie bei anderen Zentralbanken – seit Langem im Gespräch ge-

wesen sei und so oder so erfolgt wäre. Auch die Wirtschaftszeitung «La Tribune» – die Jean-François *Bergier* zur Aufgabe seiner Expertenkommission interviewt hatte – sieht im Vordergrund der finanztechnischen Konstruktion für den Fonds die «politische Entscheidung» und verweist auf die notwendige Verfassungsänderung. Die «Agence France Presse» meldet aus Zürich die gemischten schweizerischen Reaktionen, welche auf einen ungewissen Ausgang eines Volksentscheides deuten, wozu sie auch den NZZ-Kommentar erwähnt. «Le Monde» stellt der Schweiz allgemein eine zugleich schmerzliche und heilsame aber von einigen Kreisen befürchtete Vergangenheitsbewältigung in Aussicht.

Eine Feststellung wird man nicht los: All diejenigen, die die Schweiz loben und kritisieren über den Fonds – der wie *Blocher* befürchtet zu einem Zeitpunkt kommt, wo die Historikerkommission noch keinen Bericht veröffentlichte, eher das Gegenteil auslöste und die Schweiz als Verdächtiger bestätigt, – sind sehr froh, dass die Schweiz und nicht sie – die eine wesentlich grössere Mitschuld als die Schweizer am verheerenden Geschehen im Nazi-Reich tragen – ins Visier der Juden geraten sind. Schon die Dimension der Stiftung verschlägt Grossstaaten wie England, Deutschland und Frankreich den Atem.

Es drängt sich daher – gerade, weil diese Neubeschuldigungen immer wieder gegen die Schweiz auftauchen werden – die Frage auf, warum der Schweizer Bundesrat so kopflos handelte, obwohl er meinte, eine grosse Geste von überragender Bedeutung tun zu müssen, ohne das Volk vorher zu konsultieren. Eine schmerzliche Tatsache wird die Regierung erfahren, wenn das Stimmvolk endgültig sich von diesem Ansinnen verabschiedet. Diese inkonsequente Haltung der Landesregierung hat sie sich

selbst eingebrockt und niemand wird ihren Mitgliedern die Verantwortung und die neu folgenden verbalen Auseinandersetzungen abnehmen können.

Während von den Bundesratsparteien die FDP keine Schuldanerkennung mit der genannten Stiftung sieht, meint die CVP, dass sie eine interessante Idee sei. Die SVP findet begreiflicherweise diese ad hoc Entscheidung des Bundesrates einen fragwürdigen Befreiungsschlag, der die Probleme nicht löst, sondern nur noch verstärken wird. Besonders, wenn letztlich das Volk an der Urne den Segen verweigert.

Nur die SP hat die Meinung, dass diese Stiftung die richtige Verbindung mit dem Bankenplatz Schweiz sei. – Aber was hätte man auch anderes von einer fragwürdigen Partei erwarten können, die lieber den Bürgern im eigenen Lande in den Rücken fällt?

Quellennachweis

Neue Zürcher Zeitung – Der Bund – Tages-Anzeiger – Die Welt – Die Zeit – Frankfurter Allgemeine Zeitung – Westdeutsche Allgemeine Zeitung – Süddeutsche Zeitung – Schweizer Illustrierte – Sonntagszeitung – Der Brückenbauer – Die Coop-Zeitung – Die Presse – Tiroler Tageszeitung – Le Monde – Le Figaro – La Tribune – 24 heures – The Times – The Sunday Times – Independent – The Guardian – The Daily Telegraph – New York Times – Washington Post – Daily News – Jedio Acharnot – Al-Ayyam – Haaretz – Dagens Neyheter – Rede von Bundespräsident Arnold Koller vor der Vereinigten Bundesversammlung – Referat von Nationalrat Dr. Christoph Blocher «Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg» – Schweizer Fernsehen 10vor10 – Schweizer Fernsehen Schweiz aktuell – Schweizer Fernsehen Rundschau – Radio DRS – BBC, London – NBC, London

sowie:

Werke von Edgar Bonjour «Die Geschichte der schweizerischen Neutralität», Carl Jacob Burckhardt «Gesammelte Werke», Winston S. Churchill «Memoiren».

Personenregister

Aarburg, Sidney	562
Abegg, Werner	78
Adar, Aldad	381
Adler, Edith	310
Adler, Pierre	462
Aeby, Pierre	491
Albright, Madeleine	313
Al-Masri	244, 245
Altermatt, Urs	160
Ames, Aldrich	308, 309
Arafat, Yasir	238, 243, 244, 245, 247, 260, 283, 553
Arnold, Armin	212
Arthur Andersen	24
Aubert, Jean-François	463, 464
Baker, James	256
Bär, Hans J.	22, 25, 73
Barak, Ehud	237
Barak, Zvi	25
Bartoszewski, Wladyslaw	165
Bauer, Jehuda	283
Bäumlin, Ursula	491
Beck, Volker	305
Beer, Greta	18-20, 88, 508, 515
Beerli, Christine	28
Begin, Menachem	283
Begun, Martin	329
Beilin, Yossi	234, 235, 324
Ben Gurion, David	281, 282
Ben-Yair, Michael	235, 236
Beraja, Ruben	25
Bergier, Jean-François	56, 67, 71, 75, 114, 121, 126, 160, 161, 358, 425-429, 551, 567
Berman, Herbert E.	329
Bichsei, Peter	430, 521, 522
Bilbeisi, Abd al-Halim	251
Biton, Miri	104, 105
Blanc, Anne-Marie	430
Bloch, Rolf	28, 30, 106, 126, 137, 173, 179, 183, 226

Blocher, Christoph	227, 228, 368, 369, 375, 376, 383, 411, 413, 473-476, 509, 539, 556- 559, 561, 563, 567
Blum, Leon	277
Blum, Roger	349
Bodenmann	456, 474, 475, 488-492, 505, 509, 510
Bokassa, Jean	129
Bedel	483
Böll, Heinrich	134, 341, 349-351, 391, 397, 484,
Bonjour, Edgar	543
Borer, Thomas	16, 22, 29, 30, 32-36, 55, 58, 61, 64, 65, 94, 106, 108, 113, 114, 116, 122, 125, 126, 173, 182, 193, 198, 219-221, 225, 326, 491, 552, 558
Böschenstein, Hermann	392
Bosonnet, Marcel	485,486
Botta, Mario	463
Boumberger, Thomas	157,158
Bouvier, Nicolas	463
Bradfield, Michael	25
Braun, Rudolf	163
Breitman, Richard	263
Brenner, Beat	99, 148
Bretscher, Walter	457
Bronfman, Edgar	17, 18, 30, 31,34, 35, 64, 66, 67, 107, 126, 210, 293, 295, 336-338, 366, 378-380,489, 549,557,565
Brown, Joseph	300, 301
Brun, von	306
Bruton	255
Brzezinski, Zbigniew Buh- rer, Jean-Claude Burckhardt,	256 566
Carl J. Burg, Avraham	269 25, 45, 48, 49, 51-53, 58, 62, 63, 86, 88, 90, 91, 117, 125, 204, 209, 331, 336, 381
Burns, Nicolas	43, 95, 97
Bush, George	257
Bütler, Hugo	479
Capone, Richard	113

Casanova, Achille	78
Castelmur, Linus von	156
Cattani, Alfred	157
Chamberlain, Arthur Neville	391
Chevallaz, Georges-André	494
Chiffelle	492
Chirac, Jacques	104, 206, 239
Churchill, Winston S.	199, 264, 268, 356, 383, 389, 548
Cibula, Jan	102
Clinton, Bill	17, 18, 31, 131, 210, 239, 247, 248, 255, 256, 257, 293, 313, 323
Cotti, Flavio	16, 20, 22, 23, 40, 41,45, 54, 88, 89, 94, 97 114, 115, 122, 160, 218- 220, 224, 402, 458, 490, 553, 557
Cottier	27
Cromme, Gerhard	418
D'Amato, Alfonse	13-17, 19, 20, 21, 29-37, 47, 53, 72, 80, 81, 84, 85, 88, 95, 106, 107, 110, 112, 118, 121, 123-126, 131, 135, 138, 150, 153, 156, 157, 181, 191, 194, 196,215, 220, 227, 290-293, 336, 378, 380, 429, 505, 507, 512, 513, 526, 527, 530, 535, 536, 540,546,548, 552, 558, 560
Dajc, Monika	565
Danioth	25
Dardel, Jean-Nils	430, 489, 490
Dayan, Yael	239
de Charette	208
de Diesbach, Roger	493
de Gaulles, Charles	271
Defago, Alfred	65, 88, 107, 112,113, 122
Delamuraz, Jean-Pascal	43, 45, 48, 49, 51-56, 58, 59, 62- 67, 79, 160, 330, 333, 381, 421, 422, 429, 474, 478, 487-489, 491, 493, 505, 510-514, 516, 523-526, 530, 549, 552
Desler, James	327
Deutch, John	309,310
Di Telia, Guido	204
Dickens, Charles	477
Dimitri	430

Döblin, Alfred	214
Dormann, Rosemarie	463
Dormond, Marlyse	492
Dreher, Michael E.	500, 501
Dreifuss, Ruth	59,61,62, 160
Dreyfus, Madeleine	430
Dunant, Henri	473
Dürrer, Adalbert	128
Eagleburger, Lawrence	256
Eden, Anthony	271,272
Eichhorn, Franz	278
Eichmann, Adolf	158, 184, 223, 274, 275,280
Eisenhower, Dwight D.	276
Eizenstadt, Stuart	17, 94, 95, 96, 97, 107, 126, 127, 195
Elgemyr	203
Ereikat	244
Erismann-Peyer, Gertrud	325, 326, 334,423,486
Fagan, Edward	46, 50,205, 328, 530
Fahey, Helen	310
Färber	213,214
Favez, Jean-Claude	273
Feigel, Sigi	60, 102, 332,409, 525, 552
Firbanks, Richard	256
Flapan, Simcha	544
Fleiner, Thomas	430
Fleisch, Alfred	457,529
Flüeh, Nikolaus von	306
Ford, Glyn	219
Foxmann, Abraham	72, 73, 370
Freeh, Louis	309
Frenkel, Max	63, 76, 91, 108, 119, 123, 182, 198, 293
Frick	27
Friedlaender, Saul	163,166
Friedman, Michel	103
Friedman, Noam	279
Funk, Walther	139
Gandolfi, Josef	463
Gasteyger, Curt	25
Gates, Bill	339
Gemperli	27

Gendelmeier, Verena	463
Gerber, Charlotte	480, 481
Gerster, Johannes	305
Ghadhafi	317
Ghali, Boutros	322
Gilat, Marit	105
Gisling, Erich	479
Gnädinger, Matthias	430
Goebbels, Josef	82, 393
Gold	238
Goldstein, Baruch	240, 241, 258
Goldstein, Marcel	103, 104
Graber, Pierre	348
Graf, Christoph	195,196
Grimm, Robert	457
Grossmann, David	544
Griininger, Paul	394, 537
Gux, Sebastian	483
Guggenheim, Paul	269
Guiliani, Rudolph	92, 329
Guisan, Henry	389, 392,551
Gustloff, Wilhelm	213
Gut, Rainer E.	73-77, 99, 134
Haering-Binder, Barbara	489, 546, 547
Hafner, Ursula	489
Haggenmüller, Erwin	423
Hajdenberg, Henri	206
Halberthal, Moshe	283
Häni, Hanspeter	148, 149
Harrison, Leland	269
Häsler, Alfred A.	528, 529, 551
Hausmann	223
Hawn, Goldie	305
Hazan, Pierre	566
Hedin	203
Heine, Heinrich	477
Heir, Marvin	222, 223, 230
Herzl, Theodor	175
Hess, Rudolf	158
Hilberg, Raul	268
Himmler, Heinrich	268,436
Hiraoika, Takeshi	319

Hirs, Alfred	159
Hirsch, Alain	24
Hirschsohn, Avraham	48,51, 117, 126
Hirt, Ulrich	21
Hitler, Adolf	145, 170, 189, 213, 215, 264, 267, 271, 273, 283, 315, 386, 387, 390, 392, 447-450, 458, 522, 547, 552, 555, 562
Hjelm-Wallen, Lena	296
Hofer, Polo	430
Hoffmann, Dustin	305
Hopej, Judith	293
Horthy, Miklos von	274
Hryschtschenko, Konstantin	316
Hubacher, Helmut	401
Hubacher, Simon	479,480
Hubschmid, Andreas	73
Hug, Peter	41, 166, 168, 169, 221, 491
Hunt, David	22, 23, 219, 503
Hürlimann, Thomas	430, 463
Hussein	234
Hussein, Saddam	306, 307
Ilan, Amitzur	281
Imhoof, Markus	430
Israel, Gur Arie	105
Jaccobi, Klaus	25
Jäckel, Eberhard	264
Jagmetti, Carlo	14, 15, 18-20, 83-85, 87-90, 95- 97, 112,478-480, 541,549
James, Harold	38-40, 164-166,536
Janner, Greville	19-22,23,218-222,382,464,466, 503
Janssen, Karlheinz	263
Jolies, Paul R.	17
Jost, Hans-Ulrich	430,483
Juppé, Alain	104, 206
Kabariti	247
Kahane, Rabbi	258
Kanjorski, Paul E.	31
Karski, Jan	270, 271
Katzav, Moshe	324
Kauter, Christian	16

Keller, Stefan	430
Klarsfeld	207
Kleist-Schmenzin, Ewald von	268
Knight, Jim	322
Koch, Karl	277
Koerfer, Thomas	430
Kohl, Helmut	209, 304, 305
Koller, Arnold	41, 46, 53, 54, 59, 62, 65, 115, 222, 223, 351, 365, 375, 378, 380- 383, 412, 420, 482, 483, 490, 556, 559, 560, 563-566
Koppelman, Isidor	268
Kranich-Schneiter, Cornelia	98, 486
Krayer, Georg	22, 30, 73, 226
Kreis, Georg	162, 163
Kronenberg, Vera	526
Küchler	25, 26
Kutschma	318
Lacan, Jacques	262
Landau, Uzi	251, 254
Laqueur, Walter	263, 275
Lauder, Ronald	25
Lazio, Rick	47
Leach, James A.	30, 36, 173
Ledergerber	474, 475
Leifland, Leif	217
Leigh Davison, Diane	205
Lessing, Gotthold Ephraim	477
Leuttenegger, Filippo	98
Leutwiler, Fritz	371, 373-377
Levin, Neil	107, 109, 111
Levinger	260
Lewis, Charles	292
Lichtheim	269
Loeb, François	65, 108, 219, 463
Lowinger, Henry	21
Ludwig, Carl	343
Luther King, Martin	300, 301
Lyssy, Rolf	430
Lyssy, Thomas	77, 86, 117
Maisky	272
Maissen, Thomas	184

Marcos, Ferdinand	129
Mardoeh	483
Marty	26, 27
Matile, Silvia	77, 327, 328
McCall, Carl	107, 109, 110, 120, 121, 334
McKittrik, Thomas	39, 154
McLaughlin	330
Medein, Freih Abu	255
Megged, Ahron	283
Meier, Christoph	425
Meier, Helen	430
Meier, Margit	463
Meili, Christoph	68-72, 97, 98, 369, 370, 485-487
Meir, Golda	281
Mendelssohn, Martin	326
Mengiardi	25
Merezit	235
Mesmer, Beatrix	430
Meyer, Frank A.	478, 479
Meyer, Hans	172, 365, 372, 375, 376
Milton, Sybil	164, 166
Minger	392
Mitterand, François	104, 189
Molcho	238
Monnat, Daniel	483
Monod, Pierre	51
Mordechai	259
Morgenthau, Henry	184, 266
Mörike	477
Morris, Benny	281, 284
Mossu, Laurent	566
Moussolini, Benito Amilcare Andrea	145, 387
Mubarak, Mohamed Hosni	247
Mühlemann, Lukas	73
Muschg, Adolf	390, 430
Nabholz, Lili	197, 332, 552
Nagler, Neville	383
Nasser, Gamal Abd el	543
Natshe, Mustafa	259
Neeman, Yaako	236
Netanyahu, Benjamin	226, 233-239, 243, 246, 247, 248, 253-255, 257, 260, 261, 323

Neuborne	292
Newman, Steve	107
Nicholson, Harold	308-311
Nobs, Ernst	158, 171, 186, 187, 508
Nüesch, Jakob	463
Obrecht, Hermann	386, 392
Ogi	478
Oltramare, Georges	386
Ospel, Marcel	62,73
Otto, Wolfgang	278
Oz, Amos	544
Pachlewi	129
Papon	206
Parin, Goldy	430
Parin, Paul	430
Pataki, George	106, 107, 291, 334
Patton, George	141
Peider	25
Peres, Shimon	233-235, 237, 256, 260
Peron, Juan Domingo	204
Perrenoud, Marc	41, 166, 221, 483
Picard, Jacques	30, 163, 166, 483
Piekalkiewicz, Janusz	548
Pilet-Golaz, Marcel	344, 392, 393,480
Pius XII.	272
Plattner, Gian-Reto	26, 463, 464
Porat, Dina	282
Pound, Ezra	523
Priebke, Erich	184, 204
Primakow	239
Puderbeutel	214
Puhl, Egon	158
Raabe, Wilhelm	477
Rabin, Yitzhak	233, 236, 237, 260, 543
Rackiewicz, Wladyslaw	271
Rajoub, Jibril	259, 260
Rappard	159
Raselli, Nicolo	430
Ray, James Earl	301
Reagan, Ronald	37
Rechsteiner, Paul	79, 430, 474, 476, 489-491, 549
Reynaud, Paul	277

Rhinow, René	24, 26
Riegner, Gerhart	267-269, 274
Ringier, Ellen	463
Ringier, Michael	478, 479
Rings, Werner	157, 172
Ritschard, Willi	371, 479
Ritzmann, Heiner	386
Röchling, Hermann	277
Rom, Werner	68, 102
Roosevelt, Franklin D.	268, 271, 406, 457, 548
Rosenberg, Walter	273
Rosenfeld, Martin	42, 84, 93
Ross	248
Roth, Jean-Pierre	170, 171, 219
Roth, Urs	73
Rothmund, Heinrich	133, 136, 308, 394, 480
Rubin, Seymour	195
Ruffy, Victor	466
Ruth, Arne	296, 297
Salazar, Antonio de Oliveira	143
Salin, Edgar	267, 268
Salis, Jean-Rudolf von	162, 358
Samper	320
Samuels	204
San ter	255
Schaffner, Hans	430
Schallum, Avi	281
Schiesser, Fritz	463
Schildknecht, Kurt	372
Schindler	159
Schlinger, Rudolfine	46, 47
Schlinger, William	46, 47, 48
Schlumpf, Leon	148, 149
Schmid, Carlo	25, 26, 27, 513
Schmidt, Hans	278
Schneeberger	159
Schneider, Heinrich	197
Schneider, Paul	278
Schulte, Eduard	268, 269
Schürch, Gerhardt	457
Schürmann, Leo	377
Schuschnigg, Kurt von	277

Schwarz, Andreas	565
Schwendmann, Thomas	44
Segev, Tom	280-283
Seymour, Eileen	394
Shachak, Amnon	235, 259, 260
Shachor, Oren	234
Shaki, Avner	236
Sharon, Ariel	245, 254
Shin Bet	243
Shoval, Zalman	324
Siegenthaler, Hansjörg	386
Sikorski, Wladyslaw	271
Silver, Sheldan	121
Silverman, Sidney	269
Singer, Israel	25, 45, 48, 49, 65, 93, 122, 225, 226, 331, 336, 380
Skypalsky	319
Smith, Arthur L.	146, 148
Smithers, Peter Sir	447
Sommer, Arthur	267, 268
Spoerry, Vreni	27
Stalin, Josef	142, 387, 547, 548
Stallone, Silvester	306
Stauffenberg, Claus Schenk von	266
Steiger, Eduard von	133, 308, 480
Steinberg, Elan	38, 80, 106, 109, 166, 194, 294, 421
Steinegger, Franz	45, 46, 451, 458
Stephens, Darrel	322
Stone, Oliver	305
Strauss, Julius	82
Strauss, Ludwig	82
Strauss, Robert	256
Stucki, Walter	159, 344, 405, 410
Studer, Robert	97, 98, 485-487
Sultanik, Kalman	34, 333
Tanner, Jakob	163, 397, 398, 483
Thür, Hanspeter	487, 553
Thyssen, Fritz	277
Tiberi	206
Tobler, Robert	385
Trepp, Gian	154

Urbach, Mel	330
Urner, Klaus	23, 182, 185, 508, 555
Vallone, Peter F.	92, 107, 109-111, 328, 329
Villiger, Heinrich	82
Villiger, Kaspar	49, 81, 112, 359, 366, 367, 368, 370, 371, 372, 482
Villiger, Max	82
Vischer, Jakob	349
Volcker, Paul A.	23, 24, 25, 31, 107, 121, 126, 151, 152, 155, 177, 180, 426
Vollmer, Peter	491
Voyame, Joseph	165
Vrba, Rudolf	s. Rosenberg, Walter
Wachsman, Nachshon	258
Wahlen, F. T.	341,386
Waldeck-Pyrmont	278
Waldheim, Kurt	337, 565
Waldmann, Hans	306
Wallenberg	218, 296, 297
Weber, Catherine	430
Weisshaus, Gizella	205, 328
Weizmann, Chaim	260, 501
Werzberger, Naftali	279
Westerwelle Guido	304
Wetzler, Alfred	273
Widmer, Urs	430
Wiesenthal, Simon	196
Wild, Karl	478
Willi, Michael	326, 424, 425
Wise, Stephen	269
Wittlesey, Faith	37
Zempel, Lea	249
Ziegler, Jean	477,481,563
Zygielbojm, Szmuel	267

Sachregister

«Schweizerische Stiftung für Solidarität»	363-365, 415, 559-561, 566
AHV	416
Alusuisse	483
American Jewish Congress	269
amnesty international (ai)	248
Anti Difamation League (ADL)	72, 73, 108, 426
Arabische Liga	248
Atombomben-Dom	319
Aussenpolitische Ständeratskommission (APK)	15, 16, 19, 29
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)	39, 50, 140, 153, 154, 221
Bank Hopoalim	104, 105
Bank Leu	73
Bank Leumi	105
Bank Mendelssohn & Co. Amsterdam	562
Bank of England	209, 382
Bankenausschuss US-Repräsentantenhaus	30, 36,47
Bankenausschuss US-Senat	19, 21, 30, 33, 36
Bergier-Kommission Board of Deputies of British Jews	s. Historikerkommission 383
Buchenwald-Report	276
Bund Schweizerischer Jüdischer Frauenorganisationen	526
Bundesgericht	28
Bundesrat	16, 17, 19, 22, 41, 45, 51, 53-56, 61, 64-67, 71, 76-80, 85-87, 100-102, 108, 114, 116, 119-122, 129, 135, 137, 146, 154, 157, 159, 160, 166, 167, 172, 183, 185, 201, 202, 222, 225-227, 348, 353, 360, 363, 365, 376, 379, 380, 403, 415,421, 426, 428-430, 440, 445, 452, 453, 467, 505, 509, 510
Cambridge University	164
Center for Public Integrity	292

Christlich Soziale Volkspartei (CVP)	116, 128, 369, 568
Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft (CJA)	229
CIA (Central Intelligence Agency)	307, 308, 316, 317, 320
Commissariat général aux questions juives	104, 207
Conseil représentatif des institutions juives en France (CRIF)	103, 206
Credit Suisse First Boston	325
Credit Suisse Groupe	73, 99, 134, 424, 425
Currie-Abkommen (1945)	446
Delegacion de Asociaciones Israelitas Argentinas	25
Deutsche Bank	40, 69, 164, 496
Deutsche Reichsbank	34, 39, 139, 140, 141, 146, 147, 158, 164, 172, 193, 194, 204
drôle de guerre	434
Eidgenössische Bank	68, 69, 521
Eidgenössische Bankenkommission (EBK)	152, 334
Eidgenössische Fremdenpolizei	394
Eidgenössische Kommission gegen Rassismus	163
Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)	61, 160
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)	16, 19, 20, 85, 86, 125, 160, 193, 198, 464
Eidgenössisches Volksdepartement (EVD)	43, 44
El-Aksa-Moschee	501
Elektrowatt	483
ETH Zürich	23, 161, 368, 426, 463
EU-Kommission	255
Europa-Institut der Universität Basel	162
Europäische Menschenrechtskonvention	29

Europäische Union (EU)	312, 313, 369, 402, 403, 474, 525
Europarat	447
EWR	
(Europäischer Wirtschaftsrat)	402, 403
Expertenkommission	s. Historikerkommission
FBI	
(Federal Bureau of Investigation)	309,310
FDP	16, 45, 46, 54, 79, 116, 182, 197, 332, 568
Federal Reserve Bank	209
Fibi Bank	105
Fichenaffäre	163, 349, 498
Flüchtlingskonferenz	
von Evian (1938)	394, 458, 529, 538
Foreign Office	39, 40, 269, 381, 447, 499
Foxtrott-U-Boote	317
Freisinnig-demokratischer	
Presseverband	72
Genfer Konvention	273
Georg Fischer	483
Geska	81
Gestapo	21, 459, 505
Group of Eminent Persons	s. Volcker-Kommission
Grüne Partei	487, 533
Haager Landkriegsordnung	140
Hamas	259
Hamdan	251
Heilsarmee	460
Historikerkommission	32, 33, 38, 41, 51, 56, 57, 67, 75, 78, 114, 116, 126, 167, 172, 176, 180, 188, 202, 289, 332, 353, 358- 360, 369, 379, 397,422, 423,425, 426, 452, 454, 468, 494, 510, 529, 558, 567
Holocaust Educational Trust	382
Human Rights Watch	320
IG Farben	562
Ingenieurschule Biel	163
Institut für die Wissenschaft vom Menschen (Wien)	164
Institut für Europäische Geschichte (Mainz)	164

Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales (Genève)	164
Inter-Allied Reparation Agency (IARA)	142, 144, 145
Internationale Konvention gegen die Folter	250
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	217, 269, 272, 366, 388, 458
Internationales Privatrecht	166, 167
Intifada	284
Islamischer Jihad	249, 250, 259
Israelische Kultusgemeinde Wien	506
Israelitische Kultusgemeinde Zürich (ICZ)	60, 68, 70, 88, 102, 332, 525
Jewish Agency (israelische Einwanderungsbehörde)	25, 45, 48, 50, 51, 52, 86, 90, 117, 121, 131, 204, 209, 336, 381
Jewish Community Relations Council	329
Jischuw (jüdische Gemeinde)	282, 283
Jüdischer Weltkongress	s. World Jewish Congress (WJC)
Jüdisches Dokumentationszentrum Simon Wiesenthal (Los Angeles)	14, 15, 165, 184, 204, 222, 225, 230, 326, 530
Jüdisches Historisches Institut (Warschau)	464
Kach-Partei	240
Knesset	48, 50, 51, 117
Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Europarat)	165
Konjunkturforschungsstelle (KOF)	368
KPMG Peat Marwick	24
Ku-Klux-Klan	306
Landau-Bericht	252
Likud	238, 248, 256
Lisbon Document 1996	458
Maggi	483
Maginotlinie	434

Menschenrechtsinstitut (Bukarest)	165
Misrachi Bank	105
Mossad (israelischer Geheimdienst)	280
National Security Agency	263
Nationale Demokratische Volksbewegung Uhuru	322
Nationalrat(skommission)	15,29
Navycert	444
Neue Aargauer Bank	73
Osloer Abkommen	238, 244, 247, 253, 254
OSS (Vorläufer des CIA)	2, 194
OSZE	402, 458
Pariser Konferenz	146
Pariser Protokolle (1994)	244
Parti Socialiste Vaudois	493
PLO	283
Polnische Nationalbank	167
Price Waterhouse	24
Reduit-Konzept	432, 454
Reichskristallnacht	459
Republican	
Senatorial Committee	290, 291
Résistance	104, 209, 532
Rifkind-Bericht	39
Roma	102, 114
Roma-Weltorganisation	102
Rote Khmer	455
Schwedische Reichsbank	203, 296
Schwedische Staatsbahnen (SJ)	217
schweizerisch-deutsches Wirtschaftsabkommen (1940)	444
Schweizerische Bankgesellschaft (SBG)	67-69, 71, 73, 74, 77, 83, 97, 98, 99, 135, 326, 328, 334, 422-425, 485, 486, 512, 555
Schweizerische Bankiervereinigung (SBVG)	14, 22-25, 30, 49, 51, 57, 101, 109, 118, 152, 180, 182, 185, 197, 294, 326, 327, 328, 330, 331, 332, 520
Schweizerische Kreditanstalt	73

Schweizerische Nationalbank (SNB)	23, 24, 39, 42, 74, 76, 78, 99-102, 114, 115, 118, 139, 141, 146, 147, 158, 163, 167, 170-172, 176, 185-187, 192-194, 202, 203, 219, 226, 227, 357, 360, 363-365, 371-377, 379, 380, 452, 483, 508, 518, 528, 540, 561, 566
Schweizerische Volksbank	73
Schweizerische Volkspartei (SVP)	16, 79, 116, 227, 376, 383, 568
Schweizerischer Anwaltsverband	21
Schweizerischer Bankenombudsmann	100, 148, 150-152, 186, 188, 328, 451, 497
Schweizerischer Bankenverein (SBV)	46, 47, 62, 73, 76, 99, 134, 229, 424, 425
Schweizerischer Handelsund Industrieverein (Vorort)	101, 118, 443
Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG)	23, 28, 30, 42, 77, 84, 85, 93, 102, 106, 108, 117, 126, 137, 168, 173, 179, 182, 183, 198, 200, 226, 229, 394, 421, 422, 466, 467
Schweizerisches Bundesarchiv	72, 166, 169, 193, 195, 196, 426
Scientology-Sekte	302-305, 472
Scud-B-Raketen	s. SS-21-Raketen
Sinti	114
Sozialdemokratische Partei (SP)	71, 79, 116, 117, 128, 369, 474-476, 487, 488, 493, 533, 568
SS-21-Raketen	317
Ständerat	25, 28, 155
Stanford University	164
Svenska Kugellagerfabriken (SKF)	216
Task Force	16, 20, 22, 30, 55, 61, 64, 78, 79, 94, 114, 116, 155, 166, 185, 193, 198, 219, 220, 326, 426, 491, 510

Tripartite Commission for the Restitution of Monetary Gold	145, 147, 148, 210, 211
unabhängige Expertenkommission	s. Historikerkommission
unabhängiger Ausschuss angesehener Persönlichkeiten Unesco	s. Volcker-Kommission
Universität Basel	319
Universität Princeton	77
Universität Zürich	164
UN-Menschenrechtscharta	163
UN-Resolution 242	250
US Holocaust Memorial Museum (Washington)	261
US-Finanzministerium	164
US-Handelsministerium	21, 230
US-Nationalarchiv	94, 327
US-Repräsentantenhaus	36
US-Senat	173, 179, 182, 173
US-State Department (US-Aussenministerium)	303, 312, 426
Vichy-Regime	31, 33, 36, 94, 95, 97, 132, 269,
Vierte Genfer Konvention	104, 207, 209, 337
Volcker-Ausschuss	250
Volcker-Komitee	s. Volcker-Kommission
Volcker-Kommission	s. Volcker-Kommission
	23, 31, 32, 36, 51, 52, 55, 57, 75, 100, 111, 113, 138, 151, 177, 185, 188, 201, 202, 288, 289, 295, 328, 331, 332, 379, 423, 451
	254
Volksfront für die Befreiung Palästinas	s. Schweizerischer Handels- und Industrieverein Vorort
	69
Wache AG	264
Wannsee-Konferenz	23, 145, 146, 186, 191, 199, 210,
Washingtoner Abkommen (1946)	221, 327, 426, 452, 539
Washingtoner Konferenz	159
World Council of Orthodox Jewish Communities	330

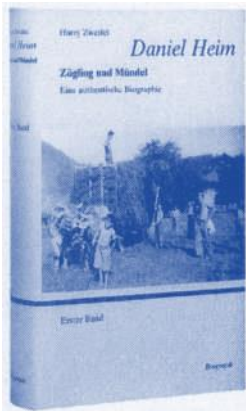
World Jewish Congress (WJC)	17, 18, 23, 29, 30, 34-38, 45, 50, 51, 53, 60, 64, 65, 80, 81, 93, 106, 108, 109, 121, 122, 124, 126, 127, 165, 184, 192, 200, 204, 209, 215, 217, 218, 220, 224, 226, 267, 271, 285, 288, 293-297, 331-334, 336- 338, 366, 370, 373, 374, 378, 382, 410, 421, 451, 456, 468, 497, 498, 506, 513, 526, 536, 537, 552
World Jewish Restitution Agency	125
World Jewish Restitution Organization (WJRO)	106, 121, 122, 126, 127, 210, 226, 366, 378
World Zionist Organization	5. World Jewish Congress
Wounded Knee	300
Zentralrat der Juden in Deutschland	103
Zentralstelle für Flüchtlingshilfe	168
Zentralstelle für Wohlfahrtsunternehmen (Zewo)	310, 312
Zionistenkongress	119, 175, 200, 502

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
<i>Vorwort</i>	7
1. Kapitel <i>Die Attacken gegen die Schweiz</i>	13
2. Kapitel <i>Herrenlose Gelder auf Schweizer Banken und das Raubgold</i>	129
3. Kapitel <i>Die Juden, der WJC und Alfonse D'Amato</i>	231
4. Kapitel <i>Unverarbeitete Geschichte der Amerikaner</i>	299
5. Kapitel <i>Ultimative Boykottandrohungen</i>	325
6. Kapitel <i>Die Schweizerische Eidgenossenschaft und ihre Demokratie</i>	341
7. Kapitel <i>Nestbesmutzer und Verräter in den eigenenn Reihen</i>	411
8. Kapitel <i>Das Echo auf die Attacken aus dem Volk</i>	495
Quellennachweis	569
Personen-/Sachregister	571

Biograph

Das autobiographische Werk des Autors



ISBN 3-9520288-1-9
378 Seiten, Leinen mit Goldprägung sFr.
36,80

Harry Zweifel
Daniel Heim –
Zögling und Mündel
Erster Band

Im ersten Band seines als Trilogie ausgelegten autobiographischen Werkes schildert Harry Zweifel Kindheit und Jugend eines Zöglings im Spannungsfeld zwischen Heimen, liebevollen Bezugspersonen, die dennoch Vater und Mutter nicht ersetzen können und Vormund, dem Vertreter seelenloser Bürokraten.

In schlichter Sprache fügt der Autor die Mosaiksteine der spärlichen Freuden und der seelischen Leiden zusammen. Vor seinen Augen bilden sich Momente, in denen man sich in die triste Welt des jungen Oliver Twist versetzt fühlt.

Doch die Geschichte orientiert sich nicht am illustren literarischen Vorbild, sie handelt ganz einfach vom Schicksal eines jungen Menschen mitten in der Schweiz der Gegenwart.

Daniel Heim, so sein Name, erhebt sich über alle Enttäuschung und Verbitterung, und mancher, dem vielleicht eine glücklichere Kindheit zuteilwurde, wird sich verwundert fragen, aus welchen Wurzeln der am Ende alles überwindende Lebensmut seine Kraft geschöpft haben mag.



ISBN 3-905248-01-8
264 Seiten, Leinen mit Goldprägung sFr.
36,80

Harry Zweifel
Daniel Heim –
Die Jahre danach
Zweiter Band

Mit der Hypothek einer dreissigjährigen Bevormundung wird Daniel Heim in die Welt entlassen. Offen und schonungslos wird im zweiten Band erzählt, nicht etwa wie der auf das Leben unvorbereitete Mensch in schwierigste Situationen gerät, sondern wie die subtil auf das Scheitern im Leben ausgelegte Erziehung, die der wehrlose junge Mensch über sich ergehen lassen musste, am eigenen Leibe überwunden werden muss. Extreme und widersprüchliche, immer wieder den Misserfolg hervorruhende Verhaltensweisen wechseln einander wie in einem Kaleidoskop ab. Und immer wieder ist es die verheerende Macht des Geldes, an der Daniel Heim zu scheitern droht.

Es sind Jahre, wo die Existenz aus Desillusion, Fehlern und Wunden zu bestehen scheint, und das Denken und Fühlen unter unmenschlichen Druck geraten.

Und doch findet man in dieser fesselnden Lebensbeichte jene geheimnisvolle Überlebenskraft wieder, den Willen zur Befreiung, der schon das Kind vor dem Untergang bewahrte.